Protokoll

der 45. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 7. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Zaira Esposito (SP); Melanie Eberhard (SP), Barbara Heer (SP), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

2. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
1. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027 3
4. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027 5
5. Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP) 5
6. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK) 6
7. Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission 7
8. Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK 7

Beginn der 45. Sitzung

Mittwoch, 7. Januar 2026, 09:00 Uhr

2. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.01.26 09:00:14]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie hier zur ersten Sitzung im neuen Jahr und wünsche Ihnen für das Jahr 2026 von allem nur das Beste. Ich bitte Sie alle, Ihre Plätze sofort einzunehmen, denn wie es Tradition ist, dürfen wir am ersten Sitzungstag im neuen Jahr jeweils Musikerinnen und Musiker für ein Konzert begrüssen. Ich freue mich sehr, heute ein Trio des Jazz-Campus begrüssen zu dürfen. Es sind die Sängerin Patricija Škof, Gitarristin Emma Stahl und Kontrabassist Leon Frei. Sie werden uns drei Stücke spielen. Money Matters, wie passend für dieses Haus, von Ben Zahler, Ballade von Mani Matter und Hemmige von Mani Matter. Herzlich willkommen und danke. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Vielen herzlichen Dank den Musikerinnen und Musikern des Jazz-Campus.

Die Ereignisse in der Silvesternacht in Crans-Montana sind schrecklich und machen tief betroffen. So viele junge Verstorbene, so viele junge verletzte Menschen. Unsere Gedanken sind bei ihnen und bei ihren Angehörigen. Unser Dank gilt den Menschen, die bei der Bewältigung der Ereignisse helfen und geholfen haben und so einen unermüdlichen Einsatz für die Verletzten leisten. Zum Gedenken an die Verstorbenen und aus Verbundenheit mit den Verletzten möchte ich Sie bitten, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Traktandum 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 136, 137, 140, 142, 143, 144 und 146 werden mündlich beantwortet. Weitere Mitteilungen / Beschlüsse gibt es keine. Herr Weber hat sich zur Tagesordnung gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe einen Antrag zur Tagesordnung. Ich habe die letzten zwei Grossratstage nicht gesprochen, aber jetzt muss ich. Ich rede nur noch zu wichtigen Sachen und im Januar rede ich nur jetzt und zu meiner Interpellation. Wir stehen heute vor einem sehr wichtigen…

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie können nur einen Antrag stellen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte den Antrag begründen. Wir stehen heute vor einem sehr wichtigen Staatsakt. Wir Grossräte haben die grosse Ehre, wir dürfen unseren Präsidenten noch selbst wählen. Ich komme jetzt zum Antrag. Wir müssen die Wahl des Grossratspräsidenten auf den 21. Januar verschieben, das beantrage ich jetzt. Ich begründe. Wie sagt man in Bern im Nationalrat vor der Bundesratswahl, die Nacht der langen Messer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte noch zwei Sätze sagen. Jetzt haben wir diese Nacht auf heute in Basel. Viele Krisensitzungen unter den Parteien. Ich begründe das noch kurz. Wir machten uns vor einem Jahr lächerlich, fünf Wahlgänge, alle Medien sagten, wir sind ein Kindergarten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie haben Ihren Antrag gestellt.

Eric Weber (Fraktionslos): Ein Satz noch zum Schluss. Wenn Sie jetzt nicht aufhören, die Karriere anderer Menschen zu verhindern, wird sich das Blatt ändern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen. Herr Weber beantragt, Traktandum 3 auf den 21. Januar zu verschieben. Wir stimmen über den Antrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008004, 07.01.26 09:22:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme. Traktandum 1 ist somit erledigt.

1. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.01.26 09:22:11]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen zu genehmigen.

3. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027

[07.01.26 09:22:35]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion SVP beantragt die Wahl von Gianna Hablützel-Bürki als Grossratspräsidentin. Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Die hohe Kunst in der Politik liegt im Kompromiss. Ich möchte meine Kandidatur zurückziehen, aber ich möchte es begründen. Ich wäre gerne Präsident von Ihnen allen. Seit Kindheit habe ich diesen grossen Wunsch, aber es dürfen jetzt keine Stimmen verschenkt werden. Ich hoffe, ich werde für meine Stimme fürstlich entlohnt, denn oftmals ist meine Stimme das wichtige Zünglein an der Waage. 50% Linke, 50% Bürgerliche, dazwischen Eric Weber. Sie sehen, es wird spannend, es finden hier schon Gespräche statt. Ich bitte auch Herrn Präsident Balz Herter, dass alle einzelnen Stimmen nach der Wahl verkündet werden mit Namen und nicht nur, dass es heisst, weitere Kandidaten haben fünf Stimmen gemacht. Bitte die vollen Namen nennen, denn das ist wichtig für das Protokoll. Ich danke Ihnen sehr. So hoffe ich, dass ich Alterspräsident werde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank, Herr Weber, das hat jetzt nichts mehr damit zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich ziehe meine Kandidatur zurück. Ich möchte mich ab sofort auf die Grossratswahl vom 22. Oktober 2028 konzentrieren. Es geht schnell.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will nur zu Protokoll geben, meines Erachtens ist nach der letzten Änderung unserer Geschäftsordnung eine Kandidatur eines Fraktionslosen für das Büro, Statthalteramt und Präsidium rechtlich nicht mehr zulässig und all diese eventuellen Stimmen sind als ungültig zu werten. Das Ratsbüro besteht jetzt aus so vielen Personen, wie wir Fraktionen haben, und aus jeder Fraktion ist jemand im Ratsbüro. Das heisst, wenn ein Fraktionsloser gewählt würde, würde das Ratsbüro auf neun erweitert, das ist nicht vorgesehen. Somit haben Sie mit der letzten Änderung der Geschäftsordnung verhindert, dass gültig ein Fraktionsloser gewählt werden kann als Statthalterin oder als Präsidentin. Somit sind allfällige Stimmen, die abgegeben würden für eine Fraktionslosen, als ungültig zu werten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir schliessen die Redner*innenliste. Wir kommen zur Wahl. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Plätze einzunehmen. Die Karten werden nur an Ihrem Platz ausgegeben.

Als Wahlbüro für diese und weitere geheimen Wahlen der heutigen Sitzung schlage ich ihn vor:

Georg Mattmüller, Leiter des Wahlbüros

Brigitte Kühne, Sektor 1 und 4

Harald Friedl, Sektor 2

Michael Graber, Sektor 3

Silvia Schweizer, Sektor 4

Sind Sie damit einverstanden?

Herr Weber, Sie haben Ihre Kandidatur zurückgezogen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Aber ich möchte auch die Wahl kontrollieren, ich möchte auch Stimmen auszählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf. Sitzen Sie an Ihren Platz zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden, wie ich vorhin gesagt habe, nur am Sitzplatz abgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel wieder einzusammeln und danach ausserhalb des Saals auszuzählen. Wir unterbrechen solange die Sitzung. Ich werde wieder läuten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 97.

Total eingegangene Wahlzettel 95.

ungültig Wahlzettel 3.

gültige Wahlzettel 92

47 ist das absolute Mehr.

Der Grosse Rat wählt

mit 63 Stimmen Gianna Hablützel als Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027.

4. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027

[07.01.26 09:49:55]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Fraktion LDP beantragt die Wahl von Michael Hug als Statthalter. Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt. Ich bitte Sie alle, wieder Ihre Plätze einzunehmen und das Wahlbüro die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden wie vorhin nur am Sitzplatz ausgegeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 95,

Total eingegangene Wahlzettel 95,

ungültige Wahlzettel 0,

gültige Wahlzettel 95,

absolutes Mehr 48,

Der Grosse Rat wählt

mit 72 Stimmen Michael Hug als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2026/2027.

Balz Herter, Grossratspräsident: Weitere Stimmen erhalten haben:

Catherine Alioth 6.

Vereinzelte 2.

Es gab 15 leere Wahlzettel.

5. Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

[07.01.26 10:07:11]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 5 bis 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Ich starte die Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008009, 07.01.26 10:08:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Für die Wahl als Mitglied der Begnadigungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Seyit Erdogan. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Seyit Erdogan wählen will, stimmt JA, wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008011, 07.01.26 10:09:09]*

Der Grosse Rat wählt

Seyit Erdogan als Mitglied der Begnadigungskommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Seyit Erdogan in die Begnadigungskommission gewählt mit 93 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung. Ich gratuliere herzlich zur Wahl in die Begnadigungskommission und wünsche viel Freude im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK)

[07.01.26 10:09:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Von der GPK vorgeschlagen wurde Amina Trevisan. Es sind nur Mitglieder der GPK wählbar. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Amina Trevisan wählen will, stimmt JA, wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008014, 07.01.26 10:10:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Amina Trevisan als Mitglied der IGPK Universität

Balz Herter, Grossratspräsident: Amina Trevisan wurde mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung in die IGPK Universität gewählt. Auch Ihnen viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

7. Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

[07.01.26 10:10:31]

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsidentin der JSSK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Hanna Bay. Wählbar sind nur Mitglieder der JSSK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, somit schreiten wir auch hier zur Wahl.

Abstimmung

Wer Hanna Bay wählen will, stimmt Ja, wer die Wahl ablehnt, stimmt Nein.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008016, 07.01.26 10:11:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

Hanna Bay als Präsidentin der JSSK zu wählen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Hanna Bay wurde mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung als Präsidentin der JSSK gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude im Amt.

8. Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

[07.01.26 10:11:38, 25.0345.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionsmehrheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Umwidmung. Die Kommissionsminderheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Staatsbeiträge. Das Wort hat für die Kommissionsmehrheit Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Die Finanzierung der BPG hat diesen Rat in den letzten Jahren mehrfach stark beschäftigt und die Steuerzahlenden auch viel gekostet. Das lag nur zum Teil an der Covid-Krise. Zur komplexen Vorgeschichte verweise ich auf die Einleitung im vorliegenden Kommissionsbericht sowie die früheren Berichte der WAK und die entsprechenden Grossratsdebatten. Bei allem dem war aber stets klar, es soll eine Personenschifffahrt auf dem Basler Rhein geben.

Da die vom Grossen Rat im Jahr 2024 gewährte Finanzierung der BPG Ende 2025 auslief, unterbreitet der Regierungsrat dem Rat eine neue Grundlage, damit die Fortführung der BPG gesichert werden kann. Entgegen den bestehenden Erwartungen beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat aber keinen neuen Betriebsbeitrag, sondern die Umwidmung der Aktien der BPG ins Finanzvermögen, damit die BPG an die auf Services rund um den Betrieb von Personenflussschiffen spezialisierte Basler Firma United Waterways veräussert werden kann. In der Gruppe von United Waterways kann nach Wertung des Regierungsrats eine stabile Zukunft der BPG gesichert werden.

United Waterways hat dem Kanton angeboten, über ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft Floating Venues AG 100% des Aktienkapitals der BPG zu übernehmen. Ich erwähne kurz die wichtigsten Eckpunkte dieser Übernahme. Die BPG ist als eigenständige Gesellschaft mit eigenem Marktauftritt fortzuführen. Der Betrieb eines Mindestangebots ist für eine Zeitdauer von 12 Jahren vereinbart oder wäre, muss man sagen. Vielleicht noch als kleine Rahmenbedingung, es gibt Vorverträge, Letter of Intent, also das ist alles soweit geklärt zwischen der Regierung und der Firma, aber es ist natürlich nicht verbindlich, solange der Verkauf nicht stattgefunden hat.

Die Aktien der BPG sowie die MS Rhystärn dürfen nicht ohne Zustimmung des Kantons weiterverkauft werden. Im Personalbereich dürfen in den nächsten drei Jahren keine Kündigungen ausgesprochen oder Verschlechterungen der Lohn- und Anstellungsbedingungen umgesetzt werden. Kaufgegenstand wären die Aktien der BPG und damit sämtliche beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerte im Eigentum der BPG per Stichtag 31. Dezember 2025 inklusive der Fahrgastschiffe der BPG. Gleichzeitig würden auch alle zum Stichtag 31. Dezember 2025 bestehenden Forderungen an die BPG sowie sämtliche zu diesem Zeitpunkt bestehenden Anstellungs-, Lieferanten-, Service- oder sonstigen Verträge übernommen. Der Kaufpreis für die BPG würde 250’000 Franken betragen.

Der Grosse Rat entscheidet formell nicht direkt über den Verkauf der BPG, sondern lediglich über die Umwidmung der Aktien. Nach der Umwidmung liegt der Verkauf in der Kompetenz des Regierungsrates. Entscheidet der Grosse Rat jetzt halt erst im 2026 über das Geschäft, so kann der Verkauf dennoch rückwirkend per 1. Januar 2026 abgewickelt werden. Das ist vertraglich auch so aufgegleist. Das ist also kein Problem, dass wir das heute erst entscheiden.

Der Regierungsrat begründet seinen Antrag damit, dass ein Weiterbetrieb der BPG in kantonaler Verantwortung mit erheblichen zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden wäre. Ohne strukturelle Veränderungen müsste der jährliche Betriebsbeitrag deutlich erhöht werden. Zudem wären in den kommenden Jahren zusätzliche Investitionen in die Flotte sowie eine Kapitalerhöhung erforderlich. Vor diesem Hintergrund erachtet der Regierungsrat eine privatwirtschaftliche Lösung als finanziell nachhaltiger.

Die Kommission hat diese Vorlage intensiv beraten. Das Ergebnis ist knapp. Mit 6 zu 5 Stimmen beantragt die Mehrheit der Kommission, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Die Mehrheit der Kommission teilt die Einschätzung des Regierungsrats, dass die BPG strukturell nicht in der Lage ist, ihren Betrieb langfristig ohne erhebliche zusätzliche öffentliche Mittel sicherzustellen. Sie hält fest, dass die bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen bereits heute angespannt sind und sich diese Situation angesichts des Alters der Flotte, steigender Unterhaltskosten sowie notwendiger Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur weiter verschärfen dürfte. Weiter hebt die Mehrheit hervor, dass mit United Waterways ein erfahrener Betreiber zur Verfügung steht, der bereits heute im Bereich der Personenschifffahrt tätig ist und über entsprechende betriebliche, organisatorische und kommerzielle Kompetenzen verfügt. Die Mehrheit sieht darin die Chance, das bestehende Angebot stabil weiterzuführen und gleichzeitig gezielt weiterzuentwickeln, insbesondere im Bereich von Rund-, Event- und Charterfahrten. Dies könnte zur besseren Auslastung und damit zu einer wirtschaftlich tragfähigeren Betriebsform führen.

Ein zentrales Argument der Mehrheit betrifft die Risikoverlagerung. Mit dem Verkauf würden nicht nur die laufenden Betriebskosten, sondern auch die Investitions- und Erneuerungsrisiken vollständig auf den privaten Betreiber übergehen. Die Mehrheit anerkennt, dass mit einem Eigentümerwechsel Veränderungen verbunden sein können, erachtet aber die vorgesehenen vertraglichen Absicherungen als ausreichende Garantien für den Übergang, die Weiterführung des Angebots und die Aufrechterhaltung der Anstellungsbedingungen. Diese Elemente werden von der Mehrheit als angemessener Ausgleich zwischen öffentlichem Interesse und unternehmerischer Freiheit gewertet. Auch wenn damit nicht jede künftige Entwicklung vollständig abgesichert werden könnte, sind die zentralen Risiken aus Sicht der Mehrheit hinreichend adressiert.

Sollte vom Grossen Rat die Umwidmung der Aktien ins Finanzvermögen nicht gutgeheissen werden, so wäre es aus Sicht der Kommissionsmehrheit klar falsch, ohne vertiefte Diskussion über den Leistungsauftrag der BPG bereits über die Höhe des Betriebsbeitrags zu beschliessen heute. Sollte die BPG im Eigentum des Kantons verbleiben, so müssen der Grosse Rat und insbesondere die Kommission nochmals die Gelegenheit erhalten, den Businessplan und die Ziele der Leistungsvereinbarung ausführlich zu diskutieren. Das ist in der Kommissionsberatung zu diesem Geschäft nicht geschehen, denn der Regierungsrat hat dem Grossen Rat keinen Eventualantrag für eine neue Leistungsvereinbarung unterbreitet und entsprechend war dies auch nicht Gegenstand der Kommissionsberatung.

Dem Grossen Rat heute als Alternative zur Veräusserung der BPG einen Betriebsbeitrag in der Höhe von 1 Mio. Franken für eine Leistungsperiode von fünf Jahren vorzulegen, erachtet die Kommissionsmehrheit als nicht seriös. Um der Kommission die Möglichkeit zu geben, über die richtige Höhe des Betriebsbeitrags zu diskutieren, wird darum eventualiter bei einer Ablehnung der Veräusserung die Ablehnung des Grossratsbeschlusses beantragt, damit der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Verlängerung der Leistungsvereinbarung unterbreiten kann, die in der Kommission ordnungsgemäss beraten werden wird.

Die Argumente der Kommissionsminderheit, die zur Ablehnung des Vorschlags der Regierung führten, sind die folgenden: Die Kommissionsminderheit beurteilt die Ausgangslage grundlegend anders. Sie hält fest, dass die BPG ein öffentliches, identitätsstiftendes und historisch gewachsenes Angebot darstellt, das über eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung

hinausgeht. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein sei Teil des öffentlichen Raums. der touristischen Infrastruktur und des städtischen Selbstverständnisses und erfülle damit aus Sicht der Minderheit sehr wohl eine öffentliche Aufgabe. Die Minderheit äusserte insbesondere Bedenken hinsichtlich des vorgesehenen Kaufpreises von 250’000 Franken. Dieser widerspiegle weder den materiellen Wert der Schiffe noch den immateriellen Wert der Marke, der bestehenden Infrastruktur und der langjährigen Aufbauarbeit. Mit dem Verkauf wird aus Sicht der Minderheit substanzielle öffentliche Wertschöpfung dauerhaft aus der Hand gegeben, ohne dass der Kanton dafür eine angemessene Gegenleistung erhält.

Weiter weist die Minderheit darauf hin, dass ein Verkauf die strategischen Handlungsmöglichkeiten des Kantons unwiderruflich einschränkt. Während eine öffentliche Trägerschaft politische Steuerung, Anpassungen des Angebots und sozialpolitische Rücksichtsnahmen ermögliche, verliere der Kanton bei einer Privatisierung weitgehend den direkten Einfluss auf Ausrichtung, Preispolitik und Angebotsgestaltung. Besondere Bedeutung misst die Minderheit den Auswirkungen auf das Personal bei. Sie gibt zu bedenken, dass die im Kaufvertrag vorgesehenen Regelungen zur Weiterbeschäftigung zeitlich begrenzt sind und keine langfristige Sicherung der heutigen Anstellungsbedingungen gewährleistet sei. Die Minderheit beurteilt zudem die vorgesehenen vertraglichen Sicherungen insgesamt kritischer als die Mehrheit. Schliesslich verweist die Minderheit darauf, dass die BPG in den letzten Jahren bereits Entwicklungsschritte eingeleitet habe und sich in einem strategischen Erneuerungsprozess befinde.

Statt eines Verkaufs beantragt die Kommissionsminderheit daher, die BPG weiterhin in kantonaler Verantwortung zu führen und die Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2026 bis 2030 zu erneuern. Konkret beantragt sie die Bewilligung von insgesamt 6.5 Mio. Franken, davon 5 Mio. Franken für die Betriebsbeiträge über fünf Jahre sowie 1.5 Mio. Franken für eine Kapitalerhöhung, um die finanzielle Stabilität der Gesellschaft zu stärken und notwendige Investitionen zu ermöglichen. Die Minderheit ist der Auffassung, dass mit dieser Lösung eine planbare, transparente und politisch verantwortbare Weiterentwicklung der Basler Personenschifffahrt möglich bleibt und der Kanton die Kontrolle über ein öffentlich relevantes Angebot behält.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bin nun sehr gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Debatte gehen, hat noch die Kommissionsminderheit und Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Gerne berichte ich aus Sicht der Kommissionsminderheit zum vorliegenden Geschäft. Die Kommissionsminderheit vertritt eine mit der Haltung anlässlich der letzten parlamentarischen Debatte vor eineinhalb Jahren zur Basler Personenschifffahrt eine kohärente Position. Wir beantragen Ihnen wie vor eineinhalb Jahren eine Erhöhung des Betriebsbeitrages. Damals haben Sie diesen, entgegen unserem Antrag damals noch als Kommissionsmehrheit, nur reduziert gesprochen, sowohl bezüglich der Dauer als auch der Höhe. Die BPG konnte deshalb ihre damals erarbeitete Strategie auch nur reduziert umsetzen. In der Folge trat im Oktober 2024 der umstrittene Geschäftsführer zurück. Aus unserer Sicht hat sich die BPG seither trotz engem Korsett gut entwickelt, das Angebot wurde ausgebaut und erfreut sich grosser Beliebtheit, wie Sie bei einem Besuch auf dem Rhystärn leicht feststellen können.

Die Kommissionsminderheit wünscht sich weiterhin eine BPG unter kantonaler Kontrolle, den Verkauf der BPG lehnen wir ab. Warum? Die BPG ist kein beliebiges Unternehmen, sie macht den Rhein und damit unsere Stadt erlebbar, für Tourist*innen genauso wie für Einheimische. Die BPG stiftet damit Identität und leistet einen wichtigen Beitrag für den hiesigen Tourismus. Soweit sind wir uns vielleicht einig. Was spricht aber aus unserer Sicht gegen einen Verkauf? Erstens, mit dem vorgesehenen Verkaufspreis von 250’000 Franken verkauft der Kanton seine Schiffe deutlich unter Wert. Zweitens, der Kanton gibt seine Kontrolle über eine zentrale Basler Institution auf. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein ist weit mehr als ein touristisches Zusatzangebot, sie ist ein öffentlich relevantes, identitätsstiftendes Element dieser Stadt. Sie ist niederschwellig, generationenübergreifend und für breite Bevölkerungskreise zugänglich. Mit dem Verkauf der BPG gibt der Kanton seine steuernde Einflussmöglichkeit aus der Hand. Er kann künftig weder das Angebot noch die Preisgestaltung oder die Ausrichtung verbindlich mitbestimmen. Es gibt keine Garantien für Fahrten ohne Konsumationszwang, keine Sicherstellung sozialverträglicher Preise und keine Verpflichtung, das Angebot im Sinne der lokalen Bedürfnisse weiterzuentwickeln. Zwar wird auf eine Betriebsgarantie von 12 Jahren verwiesen, doch diese Garantie ist zeitlich begrenzt und danach besteht keinerlei Sicherheit, dass weiterhin eine Personenschifffahrt mit Rücksicht auf die Interessen der Basler Bevölkerung betrieben wird. Der Kanton verabschiedet sich mit diesem Entscheid dauerhaft aus der Verantwortung. Auch die vertraglich vorgesehene Rückkaufoption vermag die Minderheit nicht zu beruhigen. Sie ist aus unserer Sicht politisch kaum realistisch. Sollte das Angebot dereinst als ungenügend beurteilt werden, ist äusserst fraglich, ob dann eine politische Mehrheit für einen Rückkauf zustande käme. Drittens, unzureichende Garantien für das Personal. Während der Betrieb für 12 Jahre abgesichert wird, gelten die Garantien für die Anstellungsbedingungen lediglich für drei Jahre. Diese Diskrepanz ist problematisch und unausgewogen. Viertens, der Verkauf der BPG ist eine irreversible Entscheidung.

Aus diesen Gründen beantragt die Kommissionsminderheit die Ablehnung des Verkaufs. Die Alternative ist dann, wie der Regierungsrat im Ratschlag ausgeführt hat, die Erhöhung des Betriebsbeitrages und damit kommen wir zum zweiten Teil des Minderheitsantrags.

Bereits 2024 haben wir dem Grossen Rat diese Erhöhung beantragt. Damals wurden wir überstimmt. Die Erwartungen, die der Grosse Rat mit diesem Entscheid, nur den halben Beitrag zu sprechen, verknüpft hat, wurden jedoch erfüllt. Das Führungspersonal wurde ersetzt, ein Strategieprozess wurde umgesetzt, Kostenstrukturen wurden verbessert, neue Angebote eingeführt und die Nachfrage gesteigert. Der Geschäftsverlauf der Jahre 2024 und 2025 zeigt klar, die BPG ist heute besser aufgestellt als noch vor zwei Jahren. Bereits seit dem Ratschlag von 2020 ist bekannt, dass die BPG ein stabiles finanzielles Fundament benötigt. Die Erfahrungen nach der Pandemie zeigen jedoch ebenso klar, dass die BPG reformfähig ist. Mit einem angemessenen Betriebsbeitrag kann sie diesen Weg weiterverfolgen und ihr Angebot eigenständig weiterentwickeln.

Ein zentraler Punkt für die Minderheit ist die politische Einflussmöglichkeit. Bleibt die BPG im Eigentum des Kantons, kann ihr Angebot bewusst weiterentwickelt werden, auch in Richtung eines niederschwelligen, quasi öffentlichen Angebotes. Der Rhein soll für alle erfahr- und erlebbar bleiben, nicht nur für den Tourismus. Mit dem Betriebsbeitrag ist die BPG zusätzlich in der Pflicht. Die Minderheit erwartet, dass die Gesellschaft den Weg der Erneuerung konsequent weitergeht, ihr Angebot verbessert und dort, wo es sinnvoll ist, auch Synergien mit privaten Partnern eingeht. Der entscheidende Unterschied bleibt, diese Entwicklung erfolgt unter öffentlicher Steuerung. Ein Betriebsbeitrag ist keine Subvention ohne Gegenleistung. Er ist das Instrument, mit dem der Kanton ein öffentlich relevantes Angebot sichert und gestaltet.

Es gibt heute zwei klare Alternativen, Privatisierung oder Erhöhung des Betriebsbeitrages. Die Minderheit der Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt deshalb, lehnen wir den Verkauf der BPG ab, behalten wir als Kanton die Kontrolle über die Basler Personenschifffahrt, sprechen wir den notwendigen Betriebsbeitrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Rhein ist wichtig für unsere Stadt, für unsere Selbstverständlichkeit, für unsere Emotionalität. Das Erlebnis des Rheins auch auf den Schiffen ist entsprechend wichtig, wichtig für unsere Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für unser Angebot an Touristinnen und Touristen und da leistet die BPG ein sehr wichtiges Angebot für unsere Stadt und für unseren Kanton. Da sind wir uns alle einig. Bis anhin gab es keinen privaten Anbieter, der bereit war, dieses Angebot sicherzustellen. Ursprünglich war ja die BPG mal privat, das hat nicht funktioniert, der Staat ist eingesprungen im Interesse, dieses Angebot sicherzustellen und das war auch die Motivation. Weil kein Privater da war, war der Staat bereit, die Firma selber zu besitzen und mit Staatsbeiträgen diese Firma zu finanzieren und die Schiffe jeweils zu kaufen und der Firma zur Verfügung zu stellen.

Die BPG. Wir haben im 2023 nach Covid einen intensiven Strategieprozess gehabt mit externen Spezialistinnen und Expertinnen über die Ausrichtung der BPG. Dieses Ergebnis haben wir Ihnen bei der letzten Leistungsvereinbarung dargelegt. In den vergangenen zwei Jahren, seit 2024, wurden auch diese Strategieempfehlungen konsequent durch die heutige BPG-Führung umgesetzt. Es wurde eine verstärkte Kostensteuerung eingeführt, man hat die Produktionseffizienz vergrössert, man ist einer Einkaufsgemeinschaft beigetreten, man hat Anpassungen bei der Gastronomie vorgenommen, man hat Anpassungen auch bei der Einsatzplanung des Personals und beim Personalaufwand vorgenommen und es gab einen Wechsel in der Geschäftsführung. Alles wichtige Ereignisse, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben und die die BPG gestärkt hat.

Aber auch diese umgesetzten Massnahmen haben klar und deutlich gezeigt, im Stand-Alone, und das ist der grosse Unterschied zwischen den beiden Varianten, die wir heute diskutieren, die BPG alleine auf sich gestellt, ist auch in Zukunft angewiesen auf staatliche Unterstützungsbeiträge in der Höhe von einer Million. Das haben wir vor zwei Jahren dargelegt, das legen wir Ihnen auch heute dar. Das ist der Gap, der existiert auch nach den Anpassungen, die vorgenommen wurden. Also das bleibt bestehen. Und wie gesagt, dieses Stand-Alone, eine Firma, und nicht die Eigentümerform primär, sondern das Stand-Alone, eine Firma allein für zwei Schiffe trägt alle Fixkosten. Die ganze Produktentwicklung, die ganzen IT-Systeme, die ganze Personalplanung, die ganze Unterhaltsplanung, die ganze Beschaffung von neuen Schiffen, etc. leistet diese kleine Firma allein, da fliesst zu viel Ressourcen in den Overhead, in diese Funktionen.

Deshalb war der Regierungsrat einerseits überrascht, aber auch sehr erfreut, als dieses Angebot, die United Waterways, an uns herangetragen wurde. Das ist ein Basler Unternehmen mit Sitz in Basel, das sehr breit aufgestellt ist. Die Firma besitzt 120 Schiffe. Sie wissen, wie man Schiffe unterhält, sie wissen, wie man Schiffe plant. Diese Firma ist auch aktiv bei städtischen Flussgesellschaften in Köln, in Dresden, sie haben dort bewiesen, dass sie aus defizitären Gesellschaften florierende oder eigenwirtschaftlich funktionierende Unternehmen gemacht haben. Sie sind auch aktiv in London. Das ist also diese Opportunität, die Sie haben, die sich heute ergibt, dass eine Basler Firma in Zukunft das machen wird und die BPG nicht mehr auf sich alleine gestellt ist, sondern integriert wird in diesen Verbund und deshalb all diese Synergien auch

realisiert werden können. Und das ist ein sehr entscheidender Punkt, weshalb diese Variante kostengünstiger ist, weil es eben Teil ist einer grossen erfahrenen Schifffahrtsgesellschaft mit Sitz in Basel.

Der andere Teil ist quasi auf der Umsatzseite, mehr Gäste auf das Schiff zu bekommen. Das ist die Absicht von United Waterways. Wie schafft man das? Das soll geschehen mit mehr Fahrten, das soll geschehen auch mit einer stärkeren Verknüpfung mit anderen Stakeholder, insbesondere auch mit der Kabinenschifffahrt, das heisst, dass die Touristinnen und Touristen, die nach Basel kommen, auch dann noch Tagesausflüge hier in Basel auf der BPG machen können. Das alles spricht dafür. Dann haben wir in dem Vertrag die heutigen Leistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, fixiert. Diese sind sichergestellt, aber der Käufer plant, mehr Leistungen zu fahren, aber dieses Mindestangebot, das heute gefahren wird, das ist auch sichergestellt, vertraglich fixiert mit dem Vertrag, den wir mit United Waterways abgeschlossen haben.

Die Alternative oder der Stand-Alone, quasi das Weiter-Alleinige-Führen der BPG, das ist die andere Variante, die Sie heute wählen können. Der Hauptunterschied ist sicher bei den Kosten. Ich glaube, das muss man so benennen, da sprechen wir von einem jährlichen Betriebsbeitrag von 1 Mio. Franken, das macht auf 12 Jahre rund 12 Millionen. Dann muss die Gesellschaft rekapitalisiert werden, 1.5 Millionen, auch das heute, und dann kommt der ganze Schiffersatz, der auch kommen wird. Die Christoph Merian, die wird man ersetzen müssen in den kommenden Jahren, der Rhystärn hat 9 Millionen gekostet, der Ersatz, es gibt auch im Schiffsbau eine Teuerung und dann muss es auch erneuerbar sein, was höchstwahrscheinlich dazu führen wird, dass die Beschaffung auch eher teuer wird, und wir haben mit United Waterways eine Gesellschaft, die Erfahrung schon hat im Bereich der Dekarbonisierung, die BPG hat keine Erfahrung. Also der Ersatz der Christoph Merian ist da und 2037, das ist am Ende dieser 12 Jahre, da muss auch der Rhystärn dekarbonisiert werden, da braucht es ein zweites neues Schiff. Diese beiden Schiffe, die werden wir, wenn der Stand-Alone bleibt, Ihnen beantragen müssen, dass Sie als Grosser Rat auch diese beiden Beschaffungen finanzieren. Dann sprechen wir von über 40 Mio. Franken in diesen 12 Jahren.

Das ist der finanzielle Unterschied, über den Sie entscheiden können. Und ehrlich gesagt, dann zu sagen, dass die 250’000 Franken ein zu tiefer Verkaufspreis sei, das geht also ökonomisch so was nicht auf. Eine Gesellschaft, die uns 42 Mio. Franken kostet in den kommenden 12 Jahren, können wir noch für 250’000 Franken verkaufen. Ihr Gegenangebot kostet 42 Mio. Franken, bei diesem Angebot erhalten wir 250’000 Franken, also soll mir bitte niemand hier drin sagen, dass dieser Verkaufspreis zu tief sei.

Zu den Anstellungsbedingungen, das ist mir ein wichtiger Punkt, der war auch wichtig bei den Verhandlungen mit der BPG, also nicht mehr BPG, United Waterways. Heute, die BPG ist ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, die Angestellten sind privatrechtlich angestellt nach Marktbedingungen. Das heisst, im Gastronomiebereich, der allgemeingültige GAV ist gültig heute und der ist auch gültig, wenn der Besitzer / die Besitzerin wechselt, das ist egal, ob es ein Privateigentum ist oder ein staatliches, dieser GAV gilt auch in Zukunft. Das nautische Personal, da ist eher das Problem, die Leute zu finden. Da gibt es einen Arbeitsmarkt, da muss ein Anbieter attraktiv genug sein, damit er die Matrosinnen und Matrosen, die Kapitäninnen und Kapitän überhaupt findet. Mit United Waterways haben wir eine Gesellschaft, die auch nautisches Personal ausbildet und es gelten die branchen- und ortsüblichen Bedingungen. Man kann nicht irgendjemanden hierherbringen, die Schiffe fahren zu lassen und zu einem schlechten Lohn zu bezahlen, das geht nicht, rechtlich nicht, das wird entsprechend kontrolliert. Und es gibt eine Kündigungsfrist von drei Jahren, ja, die gibt es, um Sicherheit zu geben dem Personal, im Stand-Alone gibt es diese Sicherheit nicht. Also das ist einfach eine zusätzliche Sicherheit, die es gibt für diese drei Jahre, um auch diesen Change, um die Akzeptanz zu finden, auch bei der Belegschaft, die auch Chancen erhält durch diese neue Eigentümerschaft.

Risiken, ja, es gibt Risiken, bei beiden Varianten gibt es Risiken, wie das Leben mit Risiken behaftet ist. Der Regierungsrat schätzt die Risiken bei einem Verkauf als deutlich kleiner ein. Wir sind nämlich den Risiken der Geschäftsentwicklung, der Marktentwicklung nicht mehr ausgesetzt, sondern das trägt der private Unternehmer. Falls es nicht funktioniert in den 12 Jahren und das Leistungsangebot nicht erbracht wird, können wir diese Gesellschaft für die gleichen 250’000 Franken zurückkaufen und das wieder zurückführen in eine staatliche Logik, wie wir sie die letzten Jahre geführt haben. Also auch dieses Risiko haben wir abgedeckt.

Und ja, ein Risiko gibt es auch beim Stand-Alone. Das sind auf der einen Seite die Marktentwicklung, die Kostenentwicklung und auch dort braucht es regelmässig Parlamentsentscheide. Alle fünf Jahre für den Staatsbeitrag für die beiden neuen Schiffe und auch dort weiss der Regierungsrat nicht, wie der Grosse Rat entscheiden wird. Also das Risiko für einen allfälligen Rückkauf und Weiterbetrieb, also Risiko, das ist ein parlamentarischer Entscheid, den Sie fällen können, aber auch bei den Leistungsbeiträgen besteht Ihre Kompetenz als Grosser Rat, diese Entscheide so zu fällen, wie Sie möchten, das dann einfach deutlich häufiger, als wenn die Schiffe nicht mehr dem Staat gehören.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, dieser Umwidmung zuzustimmen. Der Verkaufsvertrag ist ausgehandelt, wir können es dann umsetzen. Das ist die Variante, die Ihnen der Regierungsrat vorschlägt. Es ist ein wichtiges Angebot, aber nicht ein explizit Service Public, das der Staat erbringen muss, das Angebot kann sehr wohl auch von einem Privaten und vor

allem von einer grossen Firma, wo die BPG ein Teil ist von einem Grossen, erbracht werden. Deshalb bin ich froh, wenn Sie dieser Umwidmung heute zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Ich gebe es zu, es war taktisch wahrscheinlich unklug, genau nach Regierungsrat Kaspar Sutter hier das Rednerpult zu betreten. Ich muss jetzt mein Votum kurz gedanklich umschreiben, weil sehr vieles schon gesagt wurde, das auch ich berechnet habe. Auch in der SVP-Fraktion gab es die Sofortreaktion bei einzelnen, nein, das darf man ja nicht machen. Das gehört zu Basel, das gehört zum Kanton, das war schon immer so, das darf man auf keinen Fall privatisieren. Nun, in der Politik, neben Leber, Milz und Zwergfell, ist das Herz das wichtigste Organ. Bei gewissen Geschäften, insbesondere auch bei diesem, schadet es aber nicht, auch dem Hirn eine gewisse Bedeutung beizumessen und statt reiner Emotionalität auch ein bisschen Rationalität ins Spiel zu bringen. Rationalität bedeutet eben Zahlen. Im Detail haben Sie sie soeben gehört von Regierungsrat Sutter.

In der Summe rund 40 Millionen über 12 Jahre, ohne die Teuerung einzurechnen. Rund 3.3 Mio. Franken pro Jahr, das ist die Preisdifferenz zwischen dem Verkauf und dem Weiter-wie-bisher-Betrieb. 3.3 Mio. Franken pro Jahr. Überlegen Sie sich mal, wie viele gescheite, von mir aus auch dumme Sachen, man mit 3.3 Mio. Franken Staatsgeld anstellen kann. Über die Budgetpostulate werden wir ja später noch reden. Diese Zahl, auch das hat Regierungsrat Sutter gesagt, ist in Verbindung zu setzen mit dem Kaufpreis. Der Kaufpreis wirkt tief, auch das wurde bei uns bemängelt, aber er ist nicht tief, er ist überhaupt nicht tief im Vergleich zu den Opportunitätskosten. Betriebswirtschaftlich ist diese Lösung schlicht und einfach eine Glanzlösung.

Regierungsrat Sutter hat mit Recht das Thema der kritischen Grösse angesprochen. Wenn Sie ein Restaurant betreiben mit sechs Plätzen, dann können Sie so gut kochen, wie Sie wollen, Sie werden nie profitabel werden. Wenn Sie ein Hotel haben mit 12 Zimmern, ist wahrscheinlich Franz-Xaver Leonhardt der Einzige, der das profitabel betreiben könnte. Oder gehen Sie davon aus, dass das Joggeli mit dem FCB 1’000 Sitzplätze verkaufen könnte, keine Chance, damit profitabel zu werden. Das ist die Problematik der BPG. Man mag sich verbessert haben, man mag sehr vieles sehr gut machen mittlerweile, das will ich gar nicht beurteilen, die Gesellschaft hat mit zwei Schiffen, die Gesellschaft hat mit einem Betrieb ausschliesslich auf dem Rhein und ausschliesslich in Basel keine Chance. Die Käuferin betreibt 120 Schiffe, da sprechen wir von Skaleneffekten. Nicht nur rein finanziell, es ist nicht nur so, dass Sie die IT und die Marketingabteilung für diese Gesellschaft für alles gemeinsam betreiben können, sondern vor allem auch für das Personal. Weil sie können rangieren, sie bieten Jobs an, vielleicht einer Nachwuchsführungskraft, die bisher irgendwo im mittleren Management war, können sie anbieten, dass diese Person verantwortlich wird für den Teil Flusswirtschaft oder umgekehrt, der Chef der Flusswirtschaft ist irgendwann Chef über 120 Schiffe statt über zwei Schiffe. Und vor allem, die Leute haben eine gewisse Sicherheit, die haben die Sicherheit, dass ihre Jobs nicht, nachdem die Staatsbeitragsperiode von fünf Jahren abgelaufen ist, alle vernichtet werden. Also auch für das Personal ist es betriebswirtschaftlich eine viel spannendere Lösung, wenn wir heute diesem Verkauf zustimmen.

Soweit zum Hirn, aber auch das Herz kommt zum Zug, meine Damen und Herren. Es ist eine Basler Lösung. Der Käufer kennt die Gesellschaft, kennt unsere Stadt, kennt die Verhältnisse hier, weiss, worauf er sich einlässt. Es ist eine Lösung mit überraschend vielen Garantien, dass wir so viele Garantien über so lange Zeit bekommen, insbesondere dort, wo sie wirklich nötig sind, Regierungsrat Sutter hat erklärt, weshalb es bei den Jobs gar nicht nötig ist, mehr Garantien zu bekommen, weil der Markt hier zugunsten der Mitarbeitenden funktioniert, GAV, usw., und dass wir eine Lösung haben mit einer Geschäftsidee, die stimmig ist, bei der das Angebot nicht verkleinert werden darf, im Gegenteil davon auszugehen ist, dass das Angebot noch grösser wird, das sind alles Argumente, die auch das Herz zum Jubeln lassen müssen. Ich neige ja nicht zur Euphorie und ich neige schon gar nicht dazu, sozialdemokratische Regierungsräte allzu überschwänglich mit Komplimenten zu überhäufen. Hier mache ich eine Ausnahme. Ich gratuliere Regierungsrat Sutter, dem Regierungsrat als Ganzes, als Gremium zu diesem Deal. Ja, wir haben jetzt gehört, es ist vielleicht auch etwas Glück im Spiel und man hat das als Vorschlag an die Regierung herangetragen, aber ich schlage vor, nehmen Sie das Kompliment an, so viel kommen ja von mir nicht zu Ihnen, Regierungsrat Sutter.

Weder Herz noch Hirn, meine Damen und Herren, können die dogmatische Fundamentalopposition der WAK-Minderheit, sprich der Ratslinken nachvollziehen und dogmatische Fundamentalopposition ist es. Es geht schlicht um das Prinzip, der Staat darf nichts verkaufen, das ihm gehört, Punkt. Andere Argumente, die Sinn machen, habe ich bis jetzt weder gelesen noch gehört. Stimmen Sie also, geschätzte Damen und Herren, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu und sichern Sie damit für die Gesellschaft mindestens die nächsten 12 Jahre, mit grosser Wahrscheinlichkeit eine viel, viel längere gute Zukunft, weil die Alternativen kosten nicht nur einfach viel Geld, Alternativen sind auch der Konkurs der Gesellschaft, das darf man nicht ausschliessen, oder dass wir schlicht und einfach etwas durchfüttern mit abnehmender Produktivität, mit reduziertem Angebot, weil wir es uns irgendwann schlicht nicht mehr anders leisten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Alle sagten, das geht nicht, dann kam einer, der wusste das nicht und hat es einfach gemacht. Dieser eine ist heute Robert Straubhaar. Über Jahre sagte man uns, kein Privater könne Schifffahrt auf dem Rhein kommerziell erfolgreich betreiben. Jetzt haben wir jemanden, der kommt und sagt, ich kann das und ich will das machen. Ich denke, wir alle hier drin haben ein gemeinsames Anliegen. Wir wollen ein gutes Schifffahrtsangebot auf dem Rhein, das den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Wie erreichen wir das? Die Geschichte der BPG kann man leider nicht als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Davon zeugen nicht nur Darlehen, die wir der BPG erst geben und dann abschreiben mussten, davon zeugt auch das Ringen über zusätzliche Staatsbeiträge, dass wir in diesem Gremium immer wieder hatten. Wir mussten uns angesichts der schlechten Zahlen in einem Detaillierungsgrad mit der BPG auseinandersetzen, der für uns eigentlich zu tief war, aber er war nötig aus Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden.

Wir können mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sein. Die BPG, das haben wir von meinem Vorredner gehört, ist gefangen in ihrer Struktur, in ihrer Grösse und ihrem Eigentumsverhältnis. Nur dank massivem Druck, den wir das letzte Mal aufbauen mussten, kam es zu leichten Verbesserungen. Heute aber haben wir die grosse Chance, das zu durchbrechen. Heute können wir der BPG neue Möglichkeiten eröffnen. Wir können erstens der BPG ermöglichen, von den grossen Erfahrungen von United Waterways zu profitieren, die schon in anderen Städten konkret bewiesen hat, dass sie erfolgreich Flussschifffahrt in Städten betreiben kann. Wir können zweitens der BPG ermöglichen, als Teil eines grösseren Unternehmens Skaleneffekte zu nutzen, Kosten zu sparen und damit wirtschaftlich erfolgreich zu werden. Das ist in der jetzigen Struktur, auch das haben wir gehört, einfach nicht möglich. Ohne Grösse, keine Skaleneffekte.

Wir können drittens der BPG ermöglichen, ihr Angebot auszubauen und damit mehr Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, als das heute der Fall ist. Und all dies mit einer Garantie nicht nur für den Betrieb, sondern auch für das Personal. Wer von uns weiss denn schon, was in 12 Jahren ist? Ein Unternehmer, der bereit ist, eine Betriebsgarantie für 12 Jahre abzugeben, muss zutiefst überzeugt sein von seinem Vorhaben. Und wo bitte bekommen Sie als Arbeitnehmer eine Arbeitsplatzgarantie für drei Jahre und das erst noch in dieser wirtschaftlich herausfordernden Zeit? Die implizit geäusserte Erwartung, die Arbeitsplatzgarantie müsse ebenfalls zwölf Jahre betragen, scheint mir doch sehr realitätsfremd zu sein.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, Privatisierungen seien aus Prinzip abzulehnen, so wie es die Linke heute tut. Lehnen Sie die Umwidmung heute ab, bedeutet das jedoch, die BPG in den Fesseln des Status quo zu belassen. Das bedeutet ein Durchwursteln wie bisher, ohne grössere Entwicklungsmöglichkeiten und ohne Ausbau des Angebotes. Denn die Eigentümerschaft durch den Kanton bedeutet, dass die Politik das Angebot bestimmt. Können wir das wirklich besser als ein Schifffahrtsunternehmer? Ich denke, die Vergangenheit hat gezeigt, dass dem nicht so ist. Zudem hat die Politik, dieser Grosse Rat, vor nicht allzu langer Zeit entschieden, dass sie das heutige Angebot gar nicht ausbauen will. Ich erinnere daran, dass wir vor nicht allzu langer Zeit einen Ausbau in Form von Vaporetti abgelehnt haben, die SP hat das einstimmig abgelehnt mit der Begründung, man wolle den öffentlichen Verkehr nicht konkurrenzieren und auch mein Nachredner hat sich in den Medien entsprechend geäussert.

Lehnen Sie heute die Umwidmung also ab, dann bedeutet das Stillstand für die nächsten Jahre, den Preis für diesen Stillstand zahlen wir, die Steuerzahlenden. Die FDP entscheidet sich klar dafür, der BPG die Perspektive zu geben, eine weitere Erfolgsgeschichte von United Waterways zu werden. Davon profitieren wir alle durch ein besseres Angebot, durch eine Entlastung der Staatskasse und durch eine Schifffahrt auf dem Rhein, die so ausstrahlen kann, wie wir uns das schon lange wünschen. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die vom Regierungsrat beantragte Umwidmung und bittet Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Ich sehe es ein bisschen anders, ich sehe es ganz anders, und zwar reden wir heute über Grundsätzliches. Es geht um die Privatisierung, es geht darum, wollen wir Einfluss, den wir jetzt haben, wollen wir den abgeben, es geht darum, wollen wir Verantwortung, die wir wahrnehmen sollten, abschieben und es geht um Kontrolle, die wir jetzt noch haben, wollen wir das abgeben oder nicht und das Ganze für den nicht nur kleinwirkenden, sondern der ist wirklich sehr klein, Preis von 250’000 Franken. Denn es geht nicht nur um das defizitäre Unternehmen, das ist momentan so, die BVG hat ihre Probleme, aber es gibt auch andere Gründe, warum diese Firma momentan defizitär unterwegs ist.

Es ist eine Firma, ein Unternehmen, die enorm wichtig ist für diesen Kanton. Das habe ich selbst gemerkt, ich habe es selbst nicht gedacht, aber ich habe es selbst gemerkt im Vorlauf dieser Sitzung, wie viel Nachfrage es gibt. Ich dachte, es gibt viel grössere Geschäfte, aber nein, es besteht ein Interesse, es ist emotional und es ist wichtig und identitätsstiftend für unseren Kanton. Und uns ist es ja auch wichtig, dass wir gute öffentliche Angebote haben, dass wir gute touristische Angebote haben

und das geben wir jetzt aus der Hand und das liegt komplett quer in der Landschaft. Eine gute touristisch genutzte Infrastruktur geben wir ab für 250’000 Franken und den eben genannten Einfluss und die Verantwortung, das alles geben wir ab.

Die Kontrolle ist, wie gesagt, weg, die Kontrolle vor allem auch über die Preispolitik ist auch weg. Während wichtige Eckpunkte gesichert wurden, ist die Preispolitik nicht gesichert und schon jetzt können sich nicht alle eine Fahrt auf dem Rhein leisten. Es ist nicht gesagt, aber das Risiko, dass sich das verschärft, dass die Preispolitik nicht in eine positive Richtung geht für Menschen mit weniger Einkommen, dieses Risiko gehen wir ein mit dem Verkauf.

Kurz zu den Arbeitsbedingungen. Das Angebot wurde für 12 Jahre gesichert, das kann man an dieser Stelle auch sagen, ist eine gute Verhandlungsleistung, aber ich stelle mir schon die Frage, warum dann die Arbeitsbedingungen nicht auch länger gesichert wurden. Man entlässt die Arbeitnehmenden in eine Unsicherheit und es ist einfach ungenügend, wenn man es gegenüberstellt gegen die Sicherung von den zwölf Jahren.

Und jetzt zur Alternative der Kommissionsminderheit respektive auch den Vorschlag der Regierung. Das ist kein Luxusprojekt, es ist wirklich kein Luxusprojekt. Es geht um die Sicherung von einem wichtigen öffentlichen Angebot, von einem touristisch genutzten Angebot, das uns ja eigentlich allen auch wichtig sein sollte, und von einem sozial identitätsstiftenden Angebot. Das ist es, worüber wir reden. Und eine Million pro Jahr, das müssen wir auch mal in Relation setzen zu anderen Betrieben, die wir hier drinnen in diesem hohen Hause schon beschlossen haben, das ist absolut möglich für die nächsten paar Jahre, dieses Unternehmen zu stabilisieren. Und dann haben wir aber auch Ansprüche, also das müssen wir schon sagen. Wenn wir nicht umwidmen und nicht verkaufen und die Beiträge erhöhen, dann haben wir auch Ansprüche an die BPG. Sie soll sich weiterentwickeln, sie soll Synergien nutzen, das wollen wir schon, aber es ist ja schon eine lustige Geschichte, dass wir sagen, ja, die haben ja nichts gemacht, Innovationsmangel und so, und man hat sie aber bewusst unterfinanziert vor ein paar Jahren. Also das müssen wir ja schon sehen, es gibt ja schon einen Grund, warum die BPG nicht dort steht, wo sie jetzt ist. Sie wurde bewusst unter Druck gesetzt und unterfinanziert.

Und zum Schluss möchte ich Ihnen noch eine Frage mitgeben. Das Angebot ist für 12 Jahre gesichert. 12 Jahre sind sehr, sehr lang und United Waterways, ich möchte ihnen gar nichts unterstellen, ich gehe davon aus, die haben die besten Absichten, dieses Unternehmen gemäss einer Basler Lösung weiterzuführen, aber in 12 Jahren, was ist in 12 Jahren? Wir wissen es alle nicht, aber ich kann Ihnen versichern, in 12 Jahren muss sich dieses Parlament wieder damit auseinandersetzen. Wir wissen nicht, in welche Richtung das geht, wir wissen nicht, wo die Schiffe sein werden, ob es das Angebot dann noch gibt, verringert, das wissen wir alles nicht. Und diesen Trade-off sind Sie bereit einzugehen. Und das ist wirklich, wirklich schade.

In diesem Sinne, bitte folgen Sie der Kommissionsminderheit, erhöhen Sie den Beitrag und sichern Sie dieses Angebot.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird entgegengenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Herr Mahmoud, auch Sie möchten Synergien nutzen, wenn es in Staatshand bleibt. Auf dem Bielersee, Genfersee oder Zugersee?

Ismail Mahmoud (SP): Erstens möchte ich mir nicht anmassen zu sagen, was die BPG genau tun sollte, aber Synergien können weitaus anders genutzt werden, zum Beispiel auch der öffentliche Verkehr und allgemein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Zu meinem Vorredner möchte ich gerade noch Bezug nehmen zur Preispolitik. Ich finde 50 Franken für eine Fahrt nach Rheinfelden und zurück auch sehr teuer, aber so wie ich mich erinnere, war vom künftigen Betreiber zu erfahren, dass er es auch zu teuer findet und es günstig anbieten möchte. Dies nur ein kleiner Einschub.

Die Schifffahrt ist Teil der Basler Tradition und die lokale Passagierschifffahrt ein unverzichtbares Angebot für unsere Stadt, das haben wir auch schon gehört. Die Basler BPG ist dabei ein bedeutender Akteur. Ihre Ausflugs- und Charterfahrten erfreuen sich grosser Beliebtheit und werden von der Bevölkerung wie von Gästen vielseitig genutzt. Es ist daher unser gemeinsames Ziel, dieses Angebot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die vom Grossen Rat im Juni 2024 gewährte Finanzierung der BPG läuft Ende 2025 aus. Ab 2026 braucht es eine neue Grundlage für die Zukunft der Gesellschaft. Die Fraktion der GLP sah stets ein Potenzial in der BPG, war aber auch kritisch gegenüber deren Entwicklung. In jüngster Zeit

hat sich die BPG positiv entwickelt, die Zahlen sind besser als in den Vorjahren, was auf eine angepasste Strategie, verbesserte Abläufe, aber auch weniger wetterbedingte Ausfälle zurückzuführen ist.

Seit Jahrzehnten ist die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft ein geschätztes Angebot, doch heute stehen wir vor einer Grundsatzentscheidung und diese ist, soll der Kanton weiterhin erhebliche Mittel in eine kleine und strukturell tendenziell defizitäre Gesellschaft investieren oder die Chance nutzen, die sich mit dem Angebot von United Waterways eröffnet. Die Ausgangslage ist klar, trotz Strategieprozess und Verbesserung konnte die BPG ihre kritische Grösse nicht verändern, was auch nicht zu erwarten war. Der Betrieb bleibt kostenintensiv, die Ertragsschwankungen sind erheblich und die Investitionsbedarfe für Schiffsantriebe und Infrastruktur sind hoch. Es ist schwer abzuschätzen, wie sich der Betrieb in dieser Grösse weiterentwickeln kann.

Für die Jahre 2026 bis 2030 wären jährlich rund 1 Mio. Franken Betriebsbeitrag sowie eine Kapitalerhöhung von 1.5 Mio. Franken nötig, ohne Garantie, dass sich die strukturellen Probleme lösen. Demgegenüber steht das Angebot von United Waterways, ein erfahrener, international tätiger Konzern mit Sitz und Verankerung in Basel, der Knowhow, Synergien und Skaleneffekte einbringt, die eine kleine kantonale Gesellschaft nie erreichen kann. Die Betriebsgarantie über 12 Jahre, das Rückkaufsrecht, die Besitzstandswahrung für das Personal und die Verpflichtung zur CO_2-Neutralität bis 2037 sind starke Sicherheiten. Sie schaffen Vertrauen, dass die Personenschifffahrt nicht verschwindet, sondern sich weiterentwickelt mit einem ganzjährigen Angebot, neuen Kooperationen und einer stärkeren touristischen Positionierung Basels.

Natürlich gibt es Risiken. Der Verkaufspreis ist relativ niedrig, die Einflussmöglichkeiten des Kantons nehmen ab und nach Ablauf der Garantie bleibt eine gewisse Unsicherheit. Doch diese Risiken sind begrenzt und durch vertragliche Mechanismen abgefedert. Die Alternative, eine massive öffentliche Finanzierung ohne Aussicht auf Kostendeckung, ist weder nachhaltig noch verantwortbar. Die BPG bleibt ein Stück Basler Identität, doch Identität entsteht nicht durch Eigentumsverhältnisse, sondern durch erlebte Qualität und die Tatsache, dass die Schiffe weiterhin am Rheinknie fahren werden. Mit United Waterways hat die BPG die Chance, diese Qualität unserer Schifffahrt auszubauen und den Rhein für Bevölkerung und Gäste noch attraktiver zu machen, ohne dass der Kanton weiterhin Millionen investieren muss.

Wie schon 2024 setzt sich die Fraktion der Grünliberalen für das langfristige Überleben der BPG und der Personenschifffahrt auf dem Rhein ein. Die Weitergabe des Unternehmens ist ein grosser Schritt, der umsichtig abgewogen werden muss. Für uns überwiegen die Vorteile klar. Den Verkauf sehen wir nicht als Verlust, sondern als eine Chance für die Zukunft der Personenschifffahrt in Basel. Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt daher, der Umwidmung der Aktien und dem Verkauf an United Waterways zuzustimmen. Wir tun dies nicht nur im Sinne einer liberalen Politik, die den Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren lässt, sondern auch im Sinne einer progressiven Politik, die Chancen nutzt und anstehenden Veränderungen mutig begegnet. Sollte die Mehrheit in diesem hohen Haus eine Umwidmung und somit den Verkauf ablehnen und die BPG im Eigentum des Kantons verbleiben, so müsste der Grosse Rat und insbesondere die Kommission nochmals die Gelegenheit erhalten, den Businessplan und die Ziele der Leistungsvereinbarung ausführlich zu diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Wie schon vor anderthalb Jahren, als wir zuletzt über die BPG diskutiert haben, geht es ja auch heute im Kern wieder um die Frage, ist das Angebot der BPG wichtig für Basel, muss es darum zwingend in unseren Händen bleiben und darf uns das auch etwas kosten. Oder ist es etwas, das wir eigentlich nicht unbedingt brauchen, das uns nur viel kostet und wir deshalb die Marke BPG und die dazugehörende Infrastruktur dringend verscherbeln sollten, wenn sie dann jemand will.

Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb erachten die BPG und das Angebot als ein wichtiges Puzzleteil der Identität von Basel-Stadt und stehen darum ganz klar auf der Seite der Kommissionsminderheit, die die BPG unter dem Dach des Kantons behalten will. An unserer Einstellung hat sich also nichts geändert seit der letzten Behandlung dieses Geschäfts. Wenn wir nämlich die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft heute verkaufen oder besser gesagt, um einen symbolischen Beitrag loswerden, dann geben wir das Stück Basel langfristig aus der Hand und damit auch die Möglichkeit, unseren Vater Rhein für alle Baslerinnen und Basler sowie für unsere Besucherinnen und Besucher auf dem Wasser erlebbar zu machen.

Die Mehrheit der Kommission ist zwar der Ansicht, und wie Lorenz Amiet sogar euphorisch, dass das Unternehmen BPG und das jetzige Angebot auch mit einem Verkauf an United Waterways respektive Floating Venues langfristig einen Teil des Stadtbilds und ein Angebot für die Bevölkerung und den Tourismus bleiben wird. Ich wünschte, ich könnte auch so euphorisch sein, aber wir haben da unsere Zweifel. Es gibt zwar die Übergangsbestimmung von 12 Jahren, in der die Schiffe weiterhin in Basel bleiben sollten und in einer ziemlich schwammig formulierten Form der Öffentlichkeit zugänglich bleiben müssen. Wie das Angebot dann allerdings genau aussieht, wissen wir nicht. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass es mehr Publikumsfahrten gibt, weil die ja erfahrungsgemäss nicht so gewinnbringend betrieben werden können wie die Charterfahrten.

Der mögliche Neubetreiber hat dann auch durchblicken lassen, dass es wahrscheinlich ist, dass die Schiffe häufiger verchartert werden, vor allem auch innerhalb von seinem grossen Firmenkonglomerat, sprich, dass Gäste, die mit den Hotelschiffen nach Basel kommen, dann gerade noch mit den BPG-Schiffen durch die Altstadt gefahren werden und das Münster anschauen können. Das könnte bedeuten, dass die Schiffe weniger für die Bevölkerung, aber auch weniger für Basler Veranstaltungen wie zum Beispiel das Bücherschiff zugänglich werden und dass das Publikumsangebot auf ein Minimum gemäss dieser Vereinbarung beschränkt wird. Fairerweise muss man auch sagen, dass im Hearing auch mehr Publikumsfahrten versprochen worden sind. Wie rentabel das ist, hat United Waterways aber gerade kürzlich im Rahmen der Vaporetti durchblicken lassen, wo es ganz klar geheissen hat, dass das die öffentliche Hand subventionieren muss, wenn man das möchte.

Und damit sind wir beim nächsten Punkt, bei den Schiffen. Dass man die einigermassen rentabel betreiben kann, wenn man die Investitionskosten nicht hat, United Waterways kriegt den Rhystärn und Christoph Merian ja bekanntlich zu einem Symbolpreis, das leuchtet ein. Wie sieht es aber aus, wenn die die Lebensdauer einmal erreicht haben, wenn schon bei der Anschaffung von Vaporetti eine Subventionierung der Schiffe als notwendig betrachtet wird, wie sieht es denn bei Neuanschaffungen für die BPG aus? Gut vorstellbar, dass es dann einfach keine neuen Schiffe mehr gibt, wenn sich der Betrieb auf dem kurzen Rheinabschnitt als nicht rentabel herausstellt. Was wir eigentlich jetzt schon wissen, dass es das nicht ist. Wahrscheinlicher als ein neues Schiff ist fast mehr, dass der Rhystärn nach der 12-Jahre-Betriebsgarantie an andere Standorte in anderen Gesellschaften wie United Waterways abgezogen wird, beispielsweise nach Köln oder Düsseldorf, wo sie eine grössere Auslastung und Rentabilität erzielen können, und Christoph Merian ersatzlos stillgelegt wird. Dass in diesem Fall ein Rückkauf durch den Kanton mehrheitsfähig ist, halten wir für eine Utopie.

Nicht zu vergessen sind dabei die Angestellten der BPG, die haben, wie wir gehört haben, nur die nächsten drei Jahre Sicherheit, weiterhin für die BPG arbeiten zu können, zum gleichen Lohn. Was nachher passiert, ist unklar und es ist gut möglich, dass die Nutzung von Synergien im United Waterways-Konzern nicht zum Vorteil dieser Menschen sein wird.

Unter diesen Vorzeichen gibt es nach dem Ablauf der 12-jährigen Betriebsgarantie also absolut gar keine Sicherheit mehr, dass die Personenschifffahrt weiterhin im Sinne der Standortinteressen von Basel weitergeführt wird. Wir wissen es nicht, aber es ist durchaus denkbar, dass die BPG sich dann aus weniger rentablen Bereichen zurückzieht und sich mehr auf exklusive Angebote konzentriert, falls die Schiffe überhaupt in Basel bleiben, mit den entsprechenden negativen Folgen für die Basler Bevölkerung, aber auch für den Tourismus insgesamt. Für uns ist klar, eine lebendige, vielfältige und gut zugängliche Personenschifffahrt ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie stärkt das Image von Basel als Kultur-, Kongress- und Tourismusstadt. Solche Standortfaktoren lassen sich nicht kurzfristig rechnen, sie wirken langfristig und gerade deshalb müssen sie uns etwas wert sein und gehören zwingend in die öffentliche Verantwortung.

Wir erkennen auch ausdrücklich an, dass in den letzten zwei Jahren bei der BPG viel richtig gemacht worden ist. Die Massnahmen, die im Strategieprozess definiert worden sind, zeigen Wirkung. Die BPG hat ihre Kostenstruktur verbessert, besonders in der Gastronomie und bei den Lohnkosten. Gleichzeitig ist es auf der Ertragsseite gelungen, den Umsatz pro Gast zu steigern. Besonders erfreulich ist die Entwicklung im 2025, neue Stadt- und Hafenrundfahrten sowie thematische Angebote haben zu einer positiven Nachfrage geführt. Gerade solche Angebote sind für den Tourismus Basel entscheidend. Sie schaffen Mehrwert, sprechen unterschiedliche Zielgruppen an und stärken so das Profil von Basel als vielseitige Destination. Der Geschäftsverlauf zeigt auf, die BPG ist auf dem richtigen Weg und die operative Führung leistet starke Arbeit. Gerade deshalb ist der Plan, die BPG jetzt zu veräussern, aus unserer Sicht schwer nachvollziehbar. Mit einem Verkauf würde der Kanton seine Einflussmöglichkeit auf die Ausgestaltung des touristischen Angebots nämlich aufgeben. Es gäbe keine Garantie mehr, dass ein Angebot mit touristischer, aber vielleicht geringer kurzfristiger Rentabilität weiterhin besteht.

Natürlich braucht es dafür auch ein stabiles finanzielles Fundament, wir haben es gehört von Regierungsrat Kaspar Sutter. Wir sind aber überzeugt, dass der erhöhte Betriebsbeitrag gut investiertes Geld ist. Er ermöglicht Planungssicherheit, Angebotsentwicklung und Qualität, alles Faktoren, die direkt zur Standortqualität beitragen. Gleichzeitig erwarten wir von der BPG, dass sie den eingeschlagenen Erneuerungskurs konsequent weiterverfolgt und Synergien mit privaten Partnern dort nutzt, wo es sinnvoll ist, gerade zum Beispiel mit United Waterways und seinen Hotelschiffgästen, das ist offenbar noch ein brachliegendes Potenzial.

Unser Fazit ist klar, die Privatisierung der BPG gefährdet langfristig ein zentrales touristisches Angebot und damit einen wichtigen Standortfaktor für Basel. Der Kanton würde für einen sehr tiefen Preis eine Institution und die zugängliche Infrastruktur aus der Hand geben, die massgeblich zur Attraktivität unserer Stadt beiträgt. In diesem Sinn beantragen wir Ihnen, dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Jérôme Thiriet, was halten Sie davon, wenn sich der Kanton auch noch ein paar Helikopter zutun würde, um attraktive Rundflüge zu machen?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Da halte ich gar nichts davon.

Balz Herter, Grossratspräsident: Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir beraten heute nicht irgendein Geschäft, wir beraten einmal mehr die Zukunft der Ausflugsschifffahrt auf dem Rhein und damit ein grosses und wichtiges Stück Basel. Ich sage es gleich zu Beginn ganz klar, wir müssen die BPG in und für Basel behalten, aber genau deshalb müssen wir heute Ja sagen zum Verkauf der Basler Personenschifffahrt respektive zur zugrundeliegenden Umwidmung der Aktien.

In den letzten Jahren hat sich etwas Grundlegendes verändert. Früher war im Rat klar, die Personenschifffahrt kostet Geld, viel Geld und wir nehmen das bewusst in Kauf. Dieses Selbstverständnis gibt es heute aus vielerlei Gründen nicht mehr. Vor knapp zwei Jahren haben wir erlebt, wie selbst eine bürgerliche Mehrheit, die hier drin auch nicht immer selbstverständlich ist, inklusive der GLP nämlich, diese hohen Kosten nicht mehr bedingungslos hingenommen hat, obwohl auch dort Konsens bestand, die BPG zu erhalten. Und genau hier liegt das erste zentrale Problem. Wenn der Verkauf heute scheitert, ist die Finanzierung der BPG morgen immer wieder Diskussionsthema, insbesondere wenn grössere Investitionen anstehen und das werden sie, wie wir von unserem Finanzminister sehr eindrücklich mit hohen Zahlen belegt bekommen haben. Dann beginnt ein wiederkehrendes Geschacher um Steuermillionen und diese Situation ist für die BPG und deren Entwicklung, die in den letzten Jahren sehr positiv zu verzeichnen ist, nicht zweckdienlich.

Das zweite Problem, die Flotte, da habe ich auch schon darauf angespielt. Bei der Christoph Merian laufen in absehbarer Zeit die Zulassungen aus und um sie weiter zu betreiben, sind hohe Investitionen nötig oder sogar ein Neubau, Neukauf. Die Kommissionsmehrheit hat es sehr klar benannt, wir sprechen von Investitionen im zweistelligen Millionenbereich, zusätzlich zu jährlich rund 1 Mio. Franken Betriebsbeitrag und wer weiss, vielleicht auch weiteren Kapitalerhöhungen in den jetzt zugrunde stehenden 12 Jahren. Wenn diese Investitionen nicht kommen, bleibt der BPG faktisch nur noch der Rhystärn und mit einem einzigen Schiff kann keine Personenschifffahrtsgesellschaft überleben, ausser mit massiven Subventionen. Und paradoxerweise ist dieses Schiff oft genau dann auf Kursfahrt, wenn man mit Charterfahrten viel Geld verdienen könnte. Das ist ein strukturelles Problem, kein Managementfehler und genau das beisst auch der hier vorhandene Konsens, dass wir die BPG ja eben auch den Baslerinnen und Baslern zur Verfügung stellen wollen und auch den hiesigen Touristen.

Drittens, und auch das ist entscheidend, leidet die BPG als staatliche Miniorganisation unter einem strukturellen Defizit. Sie muss Verkauf, Marketing, Buchhaltung, Personalwesen und IT selbst stemmen für eine sehr kleine Einheit, die je nach Investitionslage noch weiter schrumpft. Nach dem Verkauf würde genau das anders. Unter dem Dach von United Waterways werden diese Leistungen von einer bestehenden Administration mitgetragen. Die Kommissionsmehrheit spricht hier zu Recht von echten Skaleneffekten und Synergien, die der Kanton niemals herstellen kann und für deren Ersatz wiederkehrend Steuermillionen fliessen müssten. Hier kurz zu meinem Vorredner der SP, ich komme nachher noch mehr auf Ihr Votum zu sprechen, Synergien fallen nicht einfach vom Himmel, die sind nicht einfach da. Man kann nicht schnippen und dann hat man die Synergien. Die wären bei United Waterways durch jahrzehntelanges Knowhow, durch professionelle Strukturen vorhanden in einem Rahmen, in dem wir sie nie und nimmer selbst erreichen könnten.

Ein vierter kleiner Punkt ist das Personal und die Wetterabhängigkeit, die wir in den bisherigen Ratschlägen auch immer nachlesen durften. Dort geht auch klar hervor, es braucht eine Flexibilität, die mit den Strukturen von United Waterways gegeben wäre und die die BPG bei bestem Willen nie selbst erreichen könnte. Wenn es zu wenig Wasser hat, hat man zu viel Personal, wenn es gut läuft, ein warmer Sommer, die Leute wollen auf den Rhein, eine Touristenwelle, dann hat man zu wenig Personal, das Einnahmepotenzial geht in die andere Richtung mit, das ist eine schwierige Situation.

Ein weiterer Punkt, den wir offen ansprechen müssen, betrifft den Antrag der Minderheit. Dieser will für weitere vier Jahre Geld sprechen, ohne dass eine vertiefte Berichterstattung durch die neue Geschäftsführung der BPG stattgefunden hätte in der Kommission. Das ist äusserst unseriös und unprofessionell, vor allem wenn man bedenkt, wie viel in der BPG gegangen ist, seit wir vor anderthalb Jahren hier zum letzten Mal debattiert haben. Das ist sehr bemerkenswert und auch höchst problematisch, denn damit wird implizit anerkannt, dass mit den heutigen Strukturen keine weiteren betriebswirtschaftlichen Verbesserungen mehr erwartet werden. Wer Millionen bewilligt, ohne Leistungsziele, ohne klare Erwartungen und ohne strukturelle Änderungen einzufordern, gibt faktisch das Bekenntnis ab, mehr Effizienz erwarten wir jetzt nicht mehr, wir sprechen ein bisschen von Synergien, aber der Kanton muss dann einfach bezahlen. Und genau das hat in den letzten Jahren im Grossen Rat keine Mehrheit mehr gefunden und dafür liegt heute eine gute Alternative vor. Und genau deshalb ist der Weg der Minderheit politisch nicht tragfähig und der Weg der Mehrheit, der vom Regierungsrat vorgeschlagen wird, ein

Win-win-win. Ein Win für die BPG, ein Win für die Kantonsfinanzen und das grösste Win für die Baslerinnen und Basler und Personen, die Basel gerne besuchen und den Rhein erleben möchten.

Ich gehe jetzt gerne noch ein bisschen auf die Argumente, die wir vorher gehört haben, ein und muss hier meine Notizen kurz neu büscheln, und zwar fand ich es recht spannend, dass die SP genannt hat, dass wir die Kontrolle abgeben, aber genau diese Kontrolle eben in Form eines Hearings oder eines kleinen Check-ins in der Kommissionsarbeit mit dem Leitungsteam der BPG nicht stattgefunden hat. Dann ist es einfach eine Scheinkontrolle und dann ist dieses Argument eigentlich nicht gültig. Zudem wurde davon gesprochen, wie wichtig und identitätsstiftend die BPG für Basel ist. United Waterways ist eine Unternehmung mit Sitz in Basel, mit jahrzehntelanger Erfahrung, mit positiven Business Cases, die sich genauso ausgewirkt haben, wie sie es sich vorgestellt haben. Wir verkaufen die BPG jetzt nicht irgendwo hin nach Usbekistan. Es ist ja der Sinn, dass das in Basel bleibt und dass es weiterhin die Basler Personenschifffahrt bleibt. Auch das fand ich ein bisschen strub.

Und die drei Jahre, die Sie kurz finden als Anstellungsbedingungen. Ja, wo genau gibt es drei Jahre Anstellungsbedingungen sonst? Nicht einmal im Kanton ist man so sicher, wie wenn man für einmal weiss, dass man drei Jahre lang sicher das Arbeitsverhältnis nicht verlieren kann. Es nimmt mich wunder, ob bei der Kurierzentrale die Arbeitsverhältnisse auf drei Jahre hinaus garantiert sind. Ich schaue zum grünen Vorredner, ich gehe nicht davon aus. Auch dass wir vom Regierungsrat gehört haben, der auch dem AWA vorsteht, dass durch Kontrollen sichergestellt wird, dass die Arbeitsverhältnisse nicht geltende Gesetze oder Gesamtarbeitsverträge verletzen, stimmt mich sehr zuversichtlich. Ich finde es ein wichtiges Bedenken, wir müssen es thematisieren, aber ich vertraue unseren staatlichen Strukturen, dass dorthin geschaut wird und dass, wenn Risikofaktoren wahrgenommen werden, sehr sauber und gründlich kontrolliert wird.

Die 12 Jahre, das finde ich wirklich auch ein schwieriges Thema, weil das ist eine lange Zeit, da gibt es viele Risiken. Wenige Unternehmer machen heute Prognosen, wo sie in 12 Jahren stehen mit ihren Firmen. Es ist eine so lange Zeit und wir haben jemanden, der sich darauf einlässt und wenn wir nach 12 Jahren Worst-Case als Kanton die BPG wieder zurückkaufen, weil es nicht klappt, dann sind wir im Prinzip mit jedem Preis, der unter 53.5 Millionen liegt, immer noch auf der Seite, wo wir Geld eingespart haben. Ich habe dort die Investitionsbeiträge, die wir grob genannt bekommen haben, reingerechnet, die Million pro Jahr und eine einmalige Kapitalerhöhung, wo ich auch nicht sicher bin, ob die wirklich einmalig bleiben wird, wenn wir die BPG behalten würden, und komme so auf diese 53.5 Millionen. Ich bin überrascht, dass der Regierungsrat die BPG nicht für einen symbolischen Preis von einem Franken an United Waterways weitergegeben hat. Möglich wäre es gewesen.

Das wären diese Punkte gewesen, ich bin also wirklich nicht überzeugt von diesen Argumenten aus der Kommissionsminderheit und möchte so jetzt wirklich noch einmal zusammenfassen, was wir mit einem Verkauf erhalten würden. Eine 12-jährige Betriebsgarantie in Zeiten, in denen viele Leute sich nicht einmal auf einen Einjahreshorizont auf die Äste hinauslassen wollen. Ein Rückkaufsrecht für den Kanton. Es ist also dann noch nicht das letzte bisschen Hoffnung verloren, wenn es nicht klappen sollte mit dem neuen Betreiber. Es wären keine Entlassungen und keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für drei Jahre im Verkauf inkludiert und wir hätten ein klares Bekenntnis zu einem CO_2-neutralen Betrieb bis 2037 und Erfahrungen dazu, wie das klappen kann, Knowhow, an das wir anknüpfen können, und eine Unternehmung, die sich zu den Klimazielen des Kantons bereits im Vorfeld eines potenziellen Verkaufs bekennt. Das sind starke Argumente. Der Kaufpreis ist tief, ja, aber er widerspiegelt die Realität, ein hoher Investitionsbedarf, enge Auflagen, keine Subventionen mehr.

Deshalb bitte ich Sie, rein sachlich hier zuzustimmen und nicht auf die emotionale Rhetorik der Basler Dybli-Fans reinzufallen, sondern hier diesen guten Entscheid, der ein Win-win-win ist, heute anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die BastA hat immer an der BPG festgehalten. Der Grosse Rat hat 2022 bei der Leistungsvereinbarung einen Kompromiss beschlossen. Eine knappe Mehrheit wollte möglichst wenig Mittel sprechen, eine Minderheit, darunter auch meine Fraktion, wollte dem Antrag des Regierungsrates folgen. Das Resultat war eine auf zwei Jahre befristete und finanziell reduzierte Leistungsvereinbarung. Damit hat das Parlament der BPG Zeit gegeben, jedoch mit beschränkten Mitteln. Zeit gegeben, um ihre Strategie zu überarbeiten und sich weiterzuentwickeln. Der Grosse Rat hat aber nicht den Auftrag erteilt, die BPG zu verkaufen und dagegen wehren wir uns.

In der Zwischenzeit hat sich einiges verändert. Es gab einen Wechsel in der Geschäftsleitung. Dieser Abgang ist klar auf den Druck des Parlaments zurückzuführen. Wichtig ist jedoch, die BPG hat ihre Strategie überarbeitet und diese Entwicklung zeigt Wirkung, trotz beschränkter Mittel. Aber solche strategischen Neuausrichtungen brauchen Zeit und öffentliche Unterstützung, sicher aber keinen Verkauf. Ja, dieses Kaufangebot kommt sehr überraschend. Die United Waterways AG ist über ihre Tochtergesellschaft Floating Venues bereit, 100% der Aktien zu übernehmen.

Für meine Fraktion gibt es hauptsächlich vier wichtige Gründe, weshalb wir dieser Umwidmung nicht zustimmen können. Erstens, mit dem Verkauf der BPG verlieren wir die öffentliche und demokratische Kontrolle über die Personenschifffahrt. Das ist leider ein bekanntes Muster bei Privatisierungen. Auch wenn eine Betriebsgarantie für 12 Jahre vorgesehen ist, werden wir danach keinen Einfluss mehr auf das Fahrtenangebot und die Preispolitik haben. Und selbst wenn diese Privatisierungsstrategie scheitern würde, der Kanton Basel-Stadt hätte zwar das Recht, die BPG innerhalb dieser 12 Jahren zurückzukaufen, wir bezweifeln jedoch stark, dass ein solcher Rückkauf tatsächlich erfolgen würde.

Zweitens, die dreijährige Bestandsgarantie für das Personal ist ungenügend. Mit der Umwidmung wird diese Verantwortung an einen privaten Akteur abgegeben mit allen bekannten Risiken für das Personal. Wir teilen die Euphorie der SVP und den anderen Parteien absolut nicht.

Drittens, wir wollen nicht nur Unterhaltung-, Freizeit- und Charterfahrten, sondern auch mehr öffentlichen Verkehr auf dem Rhein. Auch wenn die United Waterway Shuttle-Schiffe auf dem Rhein plant, um Grenzgänger*innen aus Frankreich und Deutschland nach Basel zu bringen, bleibt doch die Finanzierung offen. Da müssten laut dem Hauptaktionär der United Waterway die Gemeinden einspringen. Das heisst also, dass trotz Privatisierung öffentliche Gelder fliessen sollen, wodurch Basel zahlt, ohne die volle Kontrolle zu behalten. Werden wir auch beim Ersatz der Christoph Merian für die Finanzierung gefragt werden? Wieso verkaufen wir überhaupt, wenn wir den Kauf von neuen Schiffen mitfinanzieren sollen?

Viertens, die United Waterways hat nicht nur 120 Schiffe, sie befindet sich auf Expansionskurs, nicht nur dem Wunsch nach Basel. Aber die Gesellschaftsstruktur der United Waterways ist für uns nicht übersichtlich. Diese Gesellschaft hängt ausserdem vom Hauptaktionär ab. Diese beabsichtigte Abhängigkeit der BPG von einer einzelnen Person stellt für uns ein erhebliches Risiko dar. Für uns hat die BPG eine klare öffentliche Nutzung. Sie ist nicht nur ein Wirtschaftsunternehmen, sondern erfüllt einen öffentlichen Auftrag. Sie sichert Mobilität, Tourismus und Lebensqualität. Das sind zwar weiche Faktoren, aber wichtige. Die BPG ist für uns kein Fass ohne Boden. Sie benötigt öffentliche Gelder, ja, aber im Vergleich zu anderen Aufgaben oder Infrastrukturprojekten sind diese Mittel überschaubar. Es handelt sich um einen jährlichen Betriebsbeitrag von rund einer Mio. Franken für einen wichtigen Teil des Basler Tourismus und der Identität der Bevölkerung mit dem Rhein.

Und kurz zum Argument von Luca Urgese, dass die BPG eine Belastung für den Steuerzahler ist. Die Finanzierung ist eine Art Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Mit dem gleichen Argument könnten wir die BVB oder sogar die Spitäler oder die Uni verkaufen. Die Situation bei der BPG hat sich in den letzten Jahren verbessert, trotz strengen finanziellem Korsett. Abläufe wurden optimiert und effizienter gestaltet. Wie bereits gesagt, Strategieänderungen brauchen Zeit und Unterstützung und wir sind bereit, diese Unterstützung zu leisten.

In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag der Kommissionsminderheit zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Um es vorwegzunehmen, die Fraktion Mitte-EVP unterstützt den Antrag der Kommissionsmehrheit und stimmt der beantragten Umwidmung der Aktien der Basler Personenschifffahrt vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu. Ehrlich gesagt war auch ich überrascht, dass wir einem Vorschlag aus sozialdemokratischer Küche mal ohne Vorbehalte folgen können, und wir finden den Ansatz zukunftsrechtlich. Lassen Sie mich die für unsere Fraktion ausschlaggebenden Gründe wie folgt zusammenfassen:

Erstens stellt sich, und das war der Kern der Diskussion, die Frage der Staatsaufgabe und der staatlichen Verantwortung. Die Personenschifffahrt auf dem Rhein ist zweifellos ein geschätztes und ein identitätsstiftendes Angebot, aber sie ist bei allem Respekt keine Kernaufgabe des Staates. Es handelt sich um ein Freizeit- und Tourismusangebot, nicht um Grundversorgung und nicht um öffentlichen Verkehr. Der Kanton hat diese Aufgabe viele Jahre wahrgenommen, weil sich offenbar kein privater Betreiber fand. Das war im Grundsatz richtig, denn auch unserer Fraktion ist das Angebot der BPG wichtig. Heute aber liegt erstmals ein konkretes, tragfähiges und vertraglich abgesichertes Angebot eines erfahrenen privaten Unternehmens vor. In einer solchen Situation um jeden Preis an einer staatlichen Betriebsführung festhalten zu wollen, wäre aus unserer Sicht kaum zu rechtfertigen.

Das Interessanteste an der heutigen Debatte ist ja die Frage der Rolle des Kantons respektive des Staates bei Freizeitbeschäftigungen. Aus Sicht unserer Fraktion soll der Staat nicht selbst Unternehmer sein. Er kann das schlechter als Private. Wo strukturelle Defizite einer privaten AG im Eigentum des Kantons über Jahre hinweg mit Steuergeldern gedeckt werden müssen, stellt sich nicht primär eine soziale, sondern eine ordnungspolitische Frage. Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber privaten Wirtschaftsakteuren und der Glaube, der Staat müsse Leistungen dauerhaft selbst erbringen und finanzieren, führen häufig dazu, dass unternehmerische Risiken verstaatlicht werden. Genau davon lösen wir uns mit diesem Entscheid in verantwortungsvoller Weise und übergeben die Aufgabe einem Privaten, der es nach unserer Auffassung kann.

Zweitens geht es um finanzielle Nachhaltigkeit. Die BPG ist trotz aller Bemühungen, trotz Strategieprozessen und Effizienzsteigerungen strukturell defizitär geblieben. Das ist kein Vorwurf an die Mitarbeitenden oder das Management, sondern eine Folge der Unternehmensgrösse, der hohen Fixkosten und der fehlenden Skaleneffekte. Wenn der Kanton Eigentümer bleibt, bedeutet das mit hoher Wahrscheinlichkeit jährliche Betriebsbeiträge in der Grössenordnung von rund einer Million Franken, zusätzliche Kapitalerhöhungen und mittelfristig Investitionen im zweistelligen Millionenbereich für Flotte und Infrastruktur. Für die Fraktion Mitte-EVP ist klar, dauerhafte Defizitfinanzierung ohne realistische Aussicht auf Eigenwirtschaftlichkeit widerspricht einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Wer entscheidet, muss auch das Risiko tragen und genau dieses Risiko wird mit der vorgeschlagenen Lösung konsequent auf einen privaten Akteur übertragen. Dass wir es einen Privaten machen lassen, ist gerade keine Aussage, dass das Angebot der BPG nicht wichtig sei, im Gegenteil.

Drittens, die Qualität des Angebots wird durch vertragliche Leitplanken gesichert. Ein zentraler Punkt für unsere Zustimmung sind die vertraglich vorgesehenen Sicherheiten. Es handelt sich hier nicht um eine unkontrollierte Privatisierung, sondern um eine klar strukturierte Übergabe mit Leitplanken. Diese Leitplanken sind im Ratschlag und im Kommissionsbericht abgehandelt. Ich wiederhole sie hier nicht, wir erachten sie als verlässlich. Diese Elemente stellen sicher, dass öffentliche Interessen gewahrt bleiben, ohne dass der Staat selbst Unternehmer spielen muss. Das ist aus unserer Sicht zielführend und verantwortungsvoll.

Viertens haben wir mit dem Vorschlag des Regierungsrats und der Kommissionsmehrheit die Chance für eine positive Entwicklung statt einer Verwaltung der aktuellen Mängel. Der Entscheid heute ist nicht primär eine Frage des Sparens, sondern eine Frage der Perspektive. Die Einbindung der BPG in eine international tätige Unternehmensgruppe eröffnet echte Entwicklungsmöglichkeiten, Synergien im Betrieb, professionelles Marketing, bessere Auslastung, ganzjährige Angebote. Das ist etwas, was der Kanton als Eigentümer realistischerweise nicht leisten kann und auch nicht leisten soll.

Zusammengefasst, die vorgeschlagene Lösung ist finanziell vernünftig, ordnungspolitisch sauber und vertraglich gut abgesichert. Sie entlastet den Staat nachhaltig, wahrt die Interessen der Bevölkerung und gibt der BPG eine realistische Zukunftsperspektive. Die Fraktion Mitte-EVP folgt deshalb der Kommissionsmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Fraktionssprechenden ist erschöpft. Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden. Als erstes hat sich Beda Baumgartner eingetragen.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte ansetzen bei dem, was Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat, was ökonomisch Sinn macht und nicht Sinn macht und was gesagt wurde. Also einfach, um das hier mal klarzustellen, wir diskutieren weder über 42 Mio. Franken noch 53 Mio. Franken, sondern wir diskutieren über den Verkauf der BPG und eventuell den Betriebsbeitrag von einer Million Franken für die nächste Betriebsbeitragsperiode. Alle anderen Kosten, die Sie hier gehört haben, würden eventualiter nochmals in diesem Rat diskutiert. Das ist ja auch der Grund, warum gewisse Leute, das habe ich auch schon gehört, diese Gesellschaft am liebsten privatisieren und verkaufen würden, damit wir uns diese knappen und aufwendigen Diskussionen sparen würden. Aber das gehört auch zur Ehrlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier über das diskutieren, was wir wirklich beschliessen im Rahmen dieses Geschäftes.

Dann das zweite zu progressiver Politik und Innovation. Ja, ich muss Ihnen schon sagen, wenn man 2025 sagt, die progressive und innovative Politik ist die Privatisierung eines öffentlichen Unternehmens, einer öffentlichen Institution, dann muss ich sagen, dann bin ich gern in der sogenannten dogmatischen Fundamentalopposition von Lorenz Amiet. Nur etwas noch zur dogmatischen Fundamentalopposition, all diese Punkte, die Sie gesagt haben mit den Leitplanken und das alles, was ja gesichert ist, das ist während 12 Jahren gesichert, liebe Kolleginnen und Kollegen, während 12 Jahren. Ich möchte die Krokodilstränen dann im 13. Jahr in diesem Saal nicht haben von Ihnen allen, wenn wir dann nicht das Angebot haben, das wir möchten für die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft.

Dann muss ich auch mal etwas klarstellen, der Zustand des Unternehmens, ich finde es schon ein bisschen dreist fast von bürgerlicher Seite. Vor zwei Jahren haben Sie einen Betriebsbeitrag bewilligt, der ganz klar zu tief war. Trotzdem hat das Unternehmen die Führungsebene gewechselt, das war eine klare Forderung von Ihnen, und hat auch den Turnaround geschafft. Dieses Unternehmen hat mit einem viel zu tiefen Betriebsbeitrag den Turnaround geschafft. Gehen Sie auf die Schiffe, die sind gut besucht. Es ist einfach ein falsches Bild, das von der BPG hier auch gezeichnet wird. Es ist einfach nicht so, dass wir hier einfach vor einem Scherbenhaufen stehen.

Und ja, wenn Sie komplett betriebswirtschaftliche Profitlogik anwenden wollen, dann müssen Sie sofort verkaufen. Machen Sie das sofort, aber dann sagen Sie das auch ehrlich. Die Preispolitik ist nicht gesichert im momentanen Vorschlag, ist einfach nicht so und wir können uns schon verlassen, was der Unternehmer gesagt hat. Wenn ich der Unternehmer wäre, der das Unternehmen kauft, dann würde ich Ihnen auch ganz viele Sachen sagen, die nicht schriftlich gesichert sind, weil ich ja diese Möglichkeit haben möchte, dieses Unternehmen zu bekommen. Es wäre auch ein bisschen strategisch sehr blöd von mir. Wir haben aber einmal ein erstes Anzeichen bekommen, in welche Richtung es gehen könnte, wenn Herr Straubhaar nämlich sagt, ja, wir könnten ja diese Vaporetti-Idee mal testen, aber es wäre gut, wenn die Vaporetti vom Staat

bezahlt würden. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Ausgangslage, wie wir diese Privatisierung diskutieren und es gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass eigentlich jetzt immer, seit ich in der WAK bin und wir dieses Geschäft behandelt haben, die bürgerliche Seite halt auch nicht bereit war, diesen Betrag zu sprechen, den die BPG braucht.

Dann Synergien. Es gibt ganz viele Sachen, die die neue BPG machen kann. Ja, dann ist meine Erwartung, dass sie auch auf die Privaten zugeht und diese möglichen Synergien nutzt, was ich halt nicht glaube und das glaube ich einfach nicht, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil ich überzeugt bin, dass jemand, der in der Marktwirtschaft als Unternehmer agiert, auch unternehmerisch denkt, glaube ich einfach nicht, dass er nach den Verpflichtungen, die er gemacht hat mit der Regierung, dass er dann nachher weitergehend etwas einfach aus, ich weiss nicht, Mäzenatentum zur Verfügung stellt oder dann einfach noch Rücksicht nimmt, was wir uns alle eigentlich vorgestellt haben, wie diese Basler Institution in privaten Händen weitergehen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen einfach fertig überlegen. Wenn wir dieses Unternehmen jetzt verkaufen, dann ist dieses Unternehmen verkauft und dann können Sie noch während den zwölf Jahren, wenn die Privaten es tatsächlich nicht schaffen, die Garantie einzuhalten, können Sie rückkaufen. Aber nachher ist diese Einflussmöglichkeit weg oder, und das fand ich ja dann auch relativ treffend von Frau von Falkenstein, dann zahlen wir 53 Millionen, damit wir die BPG wieder haben können. Also Entschuldigung, irgendwann müssen wir schon ein bisschen eine Realitätsebene in diese Diskussion bringen. Sie wollen privatisieren, okay, aber dann stehen Sie auch zu den Folgen dieser Privatisierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Amiet und Frau von Falkenstein.

Lorenz Amiet (SVP): Beda Baumgartner, Sie haben ein paar Mal von Ehrlichkeit gesprochen. Können Sie mir erklären, wo die Ehrlichkeit ist, gleichzeitig von einem Turnaround zu sprechen und gleichzeitig den Staatsbeitrag, also die Subvention und das Cash auf eine Million pro Jahr verdoppeln zu wollen?

Beda Baumgartner (SP): Ja, das kann ich sehr gerne. Ich war schon vor zwei Jahren für dieser Forderung und bin auch heute dafür. Wenn Sie innovativere Produkte bei der BPG entwickeln wollen, dann brauchen Sie mehr Spielraum, das wurde uns ausführlich dargelegt und das wäre jetzt nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Können Sie sich vorstellen, dass Sie mich falsch verstanden haben, weil ich nicht gesagt habe, dass wir es für 53 Millionen zurückkaufen, sondern dass alles, was darunter liegt, eigentlich eingespart wäre?

Beda Baumgartner (SP): Ja, dann habe ich Sie falsch verstanden, ich kann mir aber bei bestem Willen nicht vorstellen, dass wir diesen Preis, den wir jetzt nur symbolisch abgeben, dass wir den bezahlen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich habe mir überlegt, soll ich was sagen, aber ich möchte was sagen, weil es nicht nur um den Kopf geht, um das Herz, Lorenz Amiet, sondern wir haben auch einen Bauch und gewisse Entscheidungen werden auch im Bauch gefällt. Beim Kopf ist es einfach, der Regierungsrat hat einen Ratschlag, der ist überzeugend. Der Minderheitsvorschlag hat keine wirklich gute Alternative und der Kopf sagt hier, ja, wir sollen das überweisen oder dem zustimmen. Beim Herz ist es etwas schwieriger. Wenn ich in den Saal schaue, es hat sehr viele Abwesende, die lieber Kaffee trinken, also so viel bluten tut es dann im Grossen Rat auch nicht, wenn ich mir die Beteiligung an dieser Diskussion anschaue.

Im Bauch liegt es etwas schwer und ich ziehe einfach den Hut von dem unternehmerischen Mut des Käufers, der das Angebot hier macht. Weil in der ganzen Schweiz ist dieses Angebot auf einem öffentlichen Gewässer mit öffentlichem Teilangebot einfach nicht profitabel. Es gibt es nicht und wenn jemand kommt und sagt, er macht hier ein Geschäft, dann bin ich als Unternehmer etwas skeptisch, aber das ist eben das unternehmerische Risiko und er macht das Angebot, also wünsche ich ihm einfach ganz viel Erfolg und auch der Gesellschaft, die dann nach unserem Entscheid planen kann und ich hoffe natürlich aus touristischer Sicht, dass dieses Angebot attraktiver, vielfältiger wird.

Aber ich habe noch zwei Bemerkungen. Wir werden immer wieder für dieses Angebot auf unserem Rhein Geld in die Hand nehmen müssen, nämlich für Infrastruktur auf dem Land, zum Beispiel die Instandsetzung der Schifflände. Also Geld wird es uns kosten, aber da können wir dann wieder diskutieren. Und ein zweiter Gedanke ist, wenn wir das privatisieren, sollten wir auch kleinen oder anderen Anbietern, die ein Geschäftsmodell haben, keine Steine in den Weg legen und ihnen mit der gleichen Offenheit auch diese Möglichkeit bieten, hier ein Geschäft zu machen, das schlussendlich unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, den Besuchenden zugutekommt. Ich wünsche viel Erfolg und persönlich empfehle ich Ihnen jetzt, diesen Ratschlag zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit hat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese intensive Diskussion über die BPG. Sie liegt uns alle am Herzen und egal, ob Sie der Mehrheit oder der Minderheit folgen heute, die BPG bleibt so bestehen als Aktiengesellschaft privatrechtlich mit dem heutigen Personal, das da ist mit den beiden Schiffen Rhystärn und Christoph Merian, Christoph Merian solange das noch möglich ist. Das bleibt bestehen, die Fahrten bleiben bestehen, so wie sie heute sind, die Firmen können weiterhin diese Charterfahrten buchen, sie als Publikum und die Einwohnerinnen und Einwohner können weiterhin das niederschwellige Fahrangebot nutzen. Das ist auch vertraglich festgeschrieben für diese 12 Jahre, ein niederschwelliges Fahrangebot ohne Konsumationsverpflichtungen. Es gibt auch ein klares mengenmässiges Mindestangebot, das ungefähr dem heutigen entspricht für die Hauptsaison, das ist alles fixiert, niederschwellig, ohne Konsumationszwang, das bleibt bestehen, das Herz und das Erlebnis des Rheins bleibt weiterhin da.

Zwei Punkte möchte ich hervorheben, die mir zu kurz gekommen sind in der heutigen Debatte. Das eine ist, die BPG bewegt sich in einem Markt von Angebot für unsere Einwohner*innen und für unsere Gäste. Niemand muss auf dieses Schiff gehen, man geht freiwillig, wenn man will, wenn das Angebot und der Preis stimmt. Das bedeutet einerseits für die heutige staatliche Lösung, ja, die Steuerungsmöglichkeiten sind da auch begrenzt. Das Unternehmen soll Angebote bringen, die eine Nachfrage finden und soll Angebote zu einem Preis bringen, die einerseits ihre Kosten decken, aber andererseits auch nachgefragt werden. Unter dieser Restriktion ist schon die heutige BPG. Wir haben hier drin nie die Fahrpreise bestimmt von der BPG, ja zum Glück auch nicht, weil der Preis muss dort liegen, dass es überhaupt nachgefragt wird und das wird auch für den zukünftigen Eigentümer, falls Sie dem zustimmen heute, der Fall sein, er muss ein Angebot bringen, das nachgefragt wird und er muss einen Preis bringen, der nachgefragt ist und das gibt automatisch Limitierungen. Weil wenn der Preis zu hoch ist, dann erlebe ich den Rhein im Rhytaxi oder ich sitze in einer Buvette und nehme nachher die Fähre. So simpel ist das.

Von dem her kann ich diese Ängste, dass der Preis da irgendwie nicht staatlich jetzt reguliert wird, die kann ich nicht nachvollziehen, weil wenn er zu hoch geht, dann kommt die Kundschaft nicht mehr, dann erlebt man den Rhein anders. Von dem her haben wir ganz bewusst nicht Preise fixiert, sondern ein Mindestangebot. Natürlich in der Hoffnung, dass das Angebot steigt und da haben wir auch die Zusage des Käufers, dass er das eher steigern will, weil das Geschäft ist fixkostenlastig, mit jedem Gast mehr auf dem Boot verdient er mehr Geld und die Kosten steigen nicht im gleichen Masse, weil die Grenzkosten verglichen zu den Fixkosten relativ tief sind. Das ist der Marktdruck, das ist ein Wettbewerb. Und das ist mir wichtig zu sagen, wir haben nicht ein natürliches Monopol, das wir regulieren müssen in den Preisen, sondern wir haben eine freie Entscheidungsmöglichkeit, unsere Gäste und unsere Einwohnerinnen und Einwohner, die hier die dämpfende Wirkung haben auf diese Preise. Und die BPG hat in der Vergangenheit die Preise auch schon angehoben, wo das möglich war und nötig war und durchsetzbar war.

Der zweite Punkt, der zu kurz gekommen ist, und das erstaunt mich, das ist die Dekarbonisierung. Die Basler Stimmbevölkerung hat entschieden, dass wir bis 2037 Netto-Null erreichen möchten. Das ist in vielen Bereichen gut aufgegleist. Bei der Schifffahrt ist das ziemlich anspruchsvoll, wir haben dort hohe Energiedichten. Diese Schiffe zu dekarbonisieren, ist eine Herkulesaufgabe. Und es ist klar, die Erwartung an die BPG, 2037 fährt die CO_2-frei und das ist keine einfache Aufgabe und ich bin froh, dass mit der möglichen neuen Eigentümerschaft jemand da ist, der schon ein Schiff hat, das CO_2-frei fährt, der Erfahrung hat und auch für die anderen Schiffe auf diesem Weg ist. Ich bin da sehr froh, dass diese Dekarbonisierung, da habe ich grösstes Vertrauen, als wenn wir als Kanton, wir haben noch nie ein Schiff dekarbonisiert, wenn wir als Kanton diese Schiffe dekarbonisieren müssen. Und ich habe wirklich gestaunt, dass die Dekarbonisierung heute in dieser Debatte nicht vorgekommen ist und ich finde das ein sehr wichtiger Bestandteil, war auch immer eine klare Bedingung in den Verhandlungen mit United Waterways, dass die Netto-Null bis 2037 erreicht werden muss. Und es bedingt in der Konsequenz auch, dass auch der Rhystärn nach 2037 nicht mehr fahren wird in Basel. Das heisst, wir müssen den auch, wenn es beim Staat bleibt, abschreiben bis dann, weil spätestens dann, wenn wir weiterhin eine Schifffahrt wollen, braucht es ein erneuerbar betriebenes Schiff, ein zweites, beide müssen dann erneuerbar sein.

Die lieben Vaporetti, ja, das ist so eine schöne Idee, die haben wir schon geprüft. Der Regierungsrat möchte das nicht, der Grosse Rat hat das das letzte Mal auch nicht gewollt, jetzt haben Sie nochmal einen Anzug überwiesen, wir werden das selbstverständlich wieder prüfen und darlegen, was das bedeuten würde an Kosten, an Aufwand, an Verlangsamung des

öffentlichen Verkehrs, das wird dargelegt werden. Aber dieser Entscheid ist ein völlig anderer. Ja, Herr Straubhaar hat hier eine Möglichkeit dargelegt, als Unternehmer sieht er Möglichkeiten, aber auch er sieht, dass das defizitär ist, so ehrlich ist er und wenn wir das wollen als Kanton und als Stadt, dann werden wir entscheiden müssen, ob wir das wollen, wie viel wir bereit sind zu bezahlen und wer das dann machen wird. All diese Entscheide sind da, hat nichts zu tun mit der heutigen Diskussion, einfach gar nichts.

Nochmals zum Preis. Wenn Sie heute nicht umwidmen, dann muss die Gesellschaft rekapitalisiert werden, schon alleine das kostet 1.5 Millionen, das absolute Minimum, das notwendig ist, also Cash-out für den Kanton von 1.5 Millionen an die BPG. Die ist notwendig, wenn Sie heute beim Stand-Alone festhalten möchten. Und ja, wenn wir einen Vertrag über 12 Jahre abschliessen, ich glaube, wenn wir diesen Case mit dem Stand-Alone mit der heutigen Situation vergleichen möchten, dann müssten wir auch auf der Kostenseite diese 12 Jahre anschauen und deshalb ist es korrekt, dass wir nicht nur die nächsten fünf Jahre an Betriebsbeiträgen anschauen. Wir wissen nicht, was in sechs Jahren ist, vielleicht ist ein tieferer Betriebsbeitrag möglich, was meine Hoffnung wäre, vielleicht muss der auch höher sein, das wissen wir heute nicht, das stimmt. Diese Exploration ist eine Schätzung. Aber dass es neue Schiffe braucht und dass die kosten werden, das ist eine Tatsache und da wird es den Grossen Rat und den Kanton brauchen, wenn es beim Staat bleibt, das wird die BPG im Stand-Alone nicht alleine finanziert bekommen. Also diese Kosten, das wissen wir heute schon, wenn wir dieses Angebot möchten, auch nach 2037, brauchen wir zwei erneuerbare Schiffe und die wird der Kanton finanzieren müssen. Also diese Kosten, die kommen. Das wissen wir heute und ich glaube, es ist wirklich fair, wenn man diese Kosten vergleicht zwischen dem Stand-Alone und einer Umwidmung heute.

Zwölf Jahre, ich finde das auch eine lange Zeit, für ein Unternehmen sowieso, aber auch für unseren Kanton. Wir sehen in den 12 Jahren, ob die United Waterways das schafft, ihr Versprechen einlösen kann, wenn nicht, kaufen wir es zurück für 250’000 Franken und können es wieder selber machen und mit Staatsbeiträgen machen. Ja, das ist die Rückfalloption, die bleibt bestehen, aber wenn das Unternehmen das 12 Jahre schafft, dann bin ich ziemlich sicher, dass es auch im 13. Jahr funktionieren wird.

In diesem Sinne, nach Abwägung der Kosten, der Risikostruktur von beiden Varianten möchte ich Sie wirklich bitten, heute jetzt diese Möglichkeit, diese Opportunität wahrzunehmen und der Umwidmung dieser Aktien zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommissionsminderheit hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Ich möchte hier nicht noch gross verlängern, weil wir kurz vor dem Mittag sind. Die verschiedenen Argumente wurden genannt. Was mir aber wichtig ist zu sagen, wir finden durchaus, dass es seriös ist, Ihnen diesen Antrag heute zu stellen, weil wir hier eine Vorgeschichte haben, nämlich, dass wir vor eineinhalb Jahren bereits den gleichen Antrag gestellt haben und Sie sich damals entschieden haben, die BPG an eine kurze Leine zu nehmen. Wir sind einfach in dieser Zeit von eineinhalb Jahren bestätigt worden, dass das Potenzial besteht, den Betrieb der BPG im Besitz des Kantons weiterzuführen, dass das eine Perspektive hat. Die Vorredner haben das erläutert. In diesem Sinne möchte ich einfach das nochmal sehr stark betonen, dass wir hier mit gutem Gewissen Ihnen diesen Antrag stellen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommissionsmehrheit hat Andrea Knellwolf das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Für die Kommissionsmehrheit hat die Debatte und vor allem auch die Ausführungen von Regierungsrat Kaspar Sutter noch einmal ganz klar aufgezeigt, dass es sich hier eigentlich um einen Glücksfall handelt, der doch sehr hoffen lässt, dass wir unsere Basler Personenschifffahrt weiterhin haben werden. Wir alle finden, es ist wichtig, dass diese bestehen bleibt. Die Uneinigkeit besteht darüber, wie viel das kosten soll und in welcher Organisationsform das zu geschehen hat und ich denke, mit der von der Regierung erarbeiteten Lösung, für die ich mich auch nochmal herzlich bedanke, besteht die allergrösste Chance, dass wir dieses wichtige Element für unseren Kanton, für unsere Stadt, für unsere Bevölkerung und Besuchenden weiter erhalten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir werden nun über beide Grossratsbeschlüsse eine Detailberatung durchführen und diese danach gegenüberstellen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses der Kommissionsmehrheit (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Detailberatung des Grossratsbeschlusses der Kommissionsminderheit (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

- Staatsbeiträge

- Erhöhung Aktienkapital

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zum Entscheid über den Grossratsbeschluss.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsmehrheit, Umwindung. NEIN heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsminderheit, Staatsbeiträge.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008019, 07.01.26 11:53:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Grossratsbeschluss der Kommissionsmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Kommissionsmehrheit entschieden mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008021, 07.01.26 11:54:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Aktien des Kantons Basel-Stadt der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) werden vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen umgewidmet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Schluss der 45. Sitzung

11:54 Uhr

Protokoll

der 46. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 7. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Zaira Esposito (SP), Barbara Heer (SP), Jo Vergeat (Grüne/jgb), Erich Bucher (FDP), Helena Meyer (SP), Stefan Wittlin (SP), Anina Ineichen (Grüne/jgb), Daniela Stumpf (SVP), Oliver Bolliger (BastA!), Andrea Strahm (die Mitte/EVP), Edibe Gölgeli (SP), Ivo Balmer (SP), Nicola Goepfert (BastA!), Adiran Iselin (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

22. Neue Interpellationen 2
22.1. Interpellation Nr. 136 Melanie Nussbaumer betreffend Notfalltelefon bei häuslicher Gewalt 2
22.2. Interpellation Nr. 137 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Strategie des Regierungsrats zum Bahnausbau nach der Studie «Verkehr '45» 4
22.3. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung 5
22.4. Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf 6
22.5. Interpellation Nr. 140 Leoni Bolz zur Verteilung der Mittel der Fonds Innovation sowie Gesellschaft & Umwelt 6
22.6. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen 8
22.7. Interpellation Nr. 142 Lukas Faesch betreffend kohärente Politik zur Begrünung des Öffentlichen Raums 8
22.8. Interpellation Nr. 143 Michael Graber betreffend Littering von Feuerwerksabfall in der Neujahrsnacht 2026 9
22.9. Interpellation Nr. 144 Lorenz Amiet betreffend wie wird eine Katastrophe "Crans-Montana" in Basel verhindert? 10
22.10. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlihofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt 11
22.11. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Vorgehen des Regierungsrates bei einer möglichen Anpassung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich 12
22.12. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung? 14
9. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK 14
9.1. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK 26
10. Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK 26
10.1. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK 36
10.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK 36

Beginn der 46. Sitzung

Mittwoch, 7. Januar 2026, 15:00 Uhr

22. Neue Interpellationen

[07.01.26 15:00:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe die folgenden Mitteilungen zu machen.

Vertretung von Lukas Faesch in der GPK: Lukas Faesch hat seine Stellvertretung in der GPK durch Raoul Furlano bis 28. Januar 2026 verlängert.

Änderung Fraktionspräsidium: Die Fraktion FDP hat kommuniziert, dass Daniel Seiler ab 1. Februar das Fraktionspräsidium von Erich Bucher übernehmen wird.

Zweite Änderung im Fraktionspräsidium: Die Fraktion Mitte-EVP kommuniziert, dass ab Februar die Fraktion ad interim durch den Vizefraktionspräsidenten Bruno Lötscher geleitet wird, er ersetzt Andrea Strahm.

Schweigeminute am Freitag um 14.00 Uhr auf dem Marktplatz: Am Freitag, 9. Januar findet der nationale Trauertag statt. Um 14.00 Uhr findet schweizweit eine Schweigeminute statt und die Kirchenglocken werden läuten. Die Regierungsmitglieder, ich als Grossratspräsident und auch Sie als Mitglieder des Grossen Rates, sind eingeladen, sich hierfür um 14.00 Uhr vor dem Rathaus auf dem Marktplatz einzufinden. Am Rathaus wird neben der Basler auch die Walliser Fahne gehisst. Ebenfalls ist die Bevölkerung herzlich eingeladen, sich diesem gemeinsamen Akt der Trauer und der Solidarität mit dem Kanton Wallis und den Opfern auf dem Marktplatz anzuschliessen.

Dies waren meine Mitteilungen. Wir kommen zu den Interpellationen.

22.1. Interpellation Nr. 136 Melanie Nussbaumer betreffend Notfalltelefon bei häuslicher Gewalt

[07.01.26 15:01:49, 25.5553.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitend: Für die Umsetzung der 24/7 Erreichbarkeit der Opferhilfe wurde bewusst auf die Kombination der Beratungsstelle der Opferhilfe und der dargebotenen Hand gesetzt. Die beiden Organisationen ergänzen sich gut. Die Opferhilfe, deren Kerngeschäft es ist, Opfer von häuslicher und anderer Gewalt zu beraten und zu unterstützen, und die Dargebotene Hand, die über viel Erfahrung mit der Abdeckung einer 24/7-Erreichbarkeit und Krisenberatungen hat, werden als eine geeignete Kombination erachtet.

Zu Frage 1. Die Freiwilligen der Dargebotenen Hand beraten Menschen, die in Krisen oder gar in akuter Gefahr sind, bereits seit über 50 Jahren. Durch spezifische Schulungen und die kontinuierlichen Weiterbildungen durch die Opferhilfe beider Basel erfüllen die Mitarbeitenden der Dargebotenen Hand die Anforderungen zur Entgegennahme der Anrufe über die nationale Opferhilfenummer vollumfänglich.

Zu Frage 2. Die beiden Basel entrichten einen jährlichen Staatsbeitrag von insgesamt 175’000 Franken an die Dargebotene Hand. Da es sich bei der schweizweiten Opferhilfenummer mit einer Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit um ein neues Angebot handelt, wurden zur Berechnung Richtzahlen des Betriebs der Nummer 143 eingesetzt. Bei der Bemessung des

Staatsbeitrags sind zusätzliche spezifische Ausbildungskurse für die Freiwilligen, zusätzliche Weiterbildungen in Zusammenarbeit mit der Opferhilfe beider Basel, zusätzliche Supervisionen und vermehrte professionelle Begleitung der Freiwilligen berücksichtigt. Konsequenterweise wurde auch das Pensum der Bildungsverantwortlichen der Dargebotenen Hand aufgestockt. Der entsprechende Lohnanteil ist ebenfalls im Staatsbeitrag enthalten, so dass der Zusatzaufwand für Supervision und Betreuung, Weiterbildungen und Qualitätssicherung abgedeckt sind. Abgedeckt sind durch den Staatsbeitrag auch die Anschaffung der notwendigen Infrastruktur und Spesen für die Freiwilligen.

Zu Frage 3: Die Freiwilligen der Dargebotenen Hand verfügen über das erforderliche Fachwissen, auch im Bereich häusliche Gewalt. Sie erhalten neben der Grundausbildung über ca. sechs Monate regelmässige Weiterbildungen durch die Dargebotene Hand. Zusätzlich werden die Freiwilligen regelmässig durch die Opferhilfe beider Basel weitergebildet und begleitet. Bei komplizierten Fällen, die eine umfassende Beratungsleistung erfordern, erfolgt eine Übergabe des Falls durch die Dargebotene Hand an die Opferhilfe beider Basel. Die freiwilligen Mitarbeitenden haben während ihres Dienstes die Möglichkeit und in gewissen Fällen sogar die Pflicht, das weitere Vorgehen mit der Geschäftsleitung abzusprechen.

Zu Frage 4: Bei den fünf Minuten Gesprächszeit handelt es sich um einen Richtwert für die Telefonate, welche eine Triage oder eine schnelle Krisenintervention erfordern. Für die Basisberatung wurde eine Richtzeit von zehn Minuten festgelegt. De facto dauert ein Telefonat der Dargebotenen Hand im Durchschnitt 20 Minuten. In akuten Situationen kann die Telefondauer jedoch auch erheblich länger sein.

Zu Frage 5: Im Rahmen der Leistungsvereinbarung führen die beiden Kantone regelmässige Reporting-Gespräche mit der Dargebotenen Hand. Vor der Erneuerung der Leistungsvereinbarungen wird der Betrieb als Ganzes angeschaut, bewährte Praktiken und Herausforderungen werden thematisiert und es wird evaluiert, wie diesen am besten begegnet werden kann. Sollten ausserhalb der festgelegten Gefässe Schwierigkeiten auftreten, werden Gespräche aufgenommen und Lösungen gesucht.

Zu Frage 6: Insgesamt nutzen 13 Deutschschweizer Kantone für die Erreichbarkeit in der Nacht die Dargebotene Hand, setzen dafür also auf eine Lösung ausserhalb der Opferberatungsstellen, auch die Kantone Aargau und Solothurn. Der Kanton Zürich arbeitet mit einer 2/7-Intake-Lösung der Opferhilfestelle. Dabei werden zwar bezahlte Mitarbeitende zur Bedienung der Opferhilfenummer eingestellt, es handelt sich dabei aber auch um nicht spezialisierte Beraterinnen und Berater. Die SODK leitet einen monatlichen Austausch zwischen den kantonalen Stellen, die mit der Einführung der Opferhilfenummer beauftragt sind. Dabei werden die verschiedenen Modelle verglichen und evaluiert. Aufgrund von unbekannten Faktoren mussten für das neue Angebot der nationalen Opferhilfenummer Annahmen getroffen werden. Der Vertrag mit der Dargebotenen Hand wurde deshalb in einem ersten Schritt bewusst nur für zwei Jahre abgeschlossen. Bei Bedarf können auf die neue Staatsbeitragsperiode Anpassungen vorgenommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst einmal vielen Dank für die Antwort. Ich kann schon mal sagen, dass ich teilweise zufrieden bin respektive vor allem auch ein wenig beruhigt werden konnte. Sie haben ausgeführt, dass die Schulungen für diese Freiwilligen für diese spezielle Telefonnummer und Krisenintervention wirklich ausgebaut werden, dass auch die Supervisiongelder gewährleistet sind, etc. Ich glaube, im Rahmen dieser kleinen und günstigen Leistungsvereinbarung ist das das Maximum, das man herausholen kann. In dem Sinne bin ich wirklich ein wenig beruhigt, auch dass es nicht nur fünf Minuten Zeit pro Anruf geben darf, sondern dass das nur ein Richtwert ist und im Durchschnitt so ein Telefonat 20 Minuten dauert. Das hat mich auch beruhigt.

Es macht für mich auch Sinn, dass dieser Vertrag jetzt nur für zwei Jahre ausgehandelt wurde. Ich plädiere hier schon dafür, dass das verlängert wird respektive dass auf keinen Fall noch die Gelder gekürzt werden, sondern unbedingt noch mehr investiert wird. Ich denke, es ist wahnsinnig wichtig, dass hier genau hingeschaut wird, dass hier auch genug Geld fliesst, damit diese Schulungen passieren, damit diese Qualität gewährleistet werden kann.

Es ist auch übrigens wirklich gar keine Kritik an der Opferhilfe oder an der Dargebotenen Hand. Ich bin sicher, die machen sehr gute Arbeit, diese Freiwilligen werden ja eben geschult und machen das auch schon lange, aber hier ist halt wirklich die grundsätzliche Frage, was uns so eine Krisenintervention kostet oder wie wir diese Staatsaufgabe gewährleisten, umsetzen wollen. Das steht hier für mich im Fokus.

Diese Krisenintervention ist eine extrem wichtige Aufgabe. Gerade wenn man bedroht ist, von häuslicher Gewalt betroffen ist, ist es wahnsinnig wichtig, dass diese erste Kontaktstelle gut funktioniert, dass man dort gut aufgehoben ist, dass diese Personen professionell reagieren, triagieren können und so weiter. Und natürlich kann man das mit Freiwilligen machen, natürlich können das auch Freiwillige gut machen, wenn man eben diese Schulungen und Qualität überprüft. Aber es ist trotzdem die Frage: Was ist uns das wert? Wenn wir uns an andere Staatsaufgaben erinnern – mir kommt da zum Beispiel die Polizei in den Sinn oder die Schulen – da kommt niemandem in den Sinn, das mit Freiwilligen zu machen, weil es eben

wichtige Aufgaben sind für die Gesellschaft. Und in diesem Bereich, wenn es um häusliche Gewalt geht, wenn es oft auch um Frauenleben geht, ist es plötzlich okay, wenn wir das mit Freiwilligen machen und so günstig, wirklich extrem günstig. 85’000 Franken pro Jahr ist uns das wert für diese Kriseninterventionsnummer.

Und das ist schon eine grundsätzliche Frage, die ich mir hier stelle. Und ich bin auch nicht einverstanden mit der Regierung, dass man dieses Modell gewählt hat. Ich glaube, es muss da mehr Wertschätzung hinein, es muss schlussendlich auch mehr Geld fliessen, weil das eben eine wichtige, relevante Staatsaufgabe ist und damit das wirklich gewährleistet ist, dass das funktioniert, müssen wir hier mehr investieren.

Es ist typisch, dass für dieses Thema eben nicht so viel investiert wird, wir haben das auch im Dezember vom Nationalrat mitbekommen. Die wollten ja zuerst diese Präventionsmillion nicht sprechen und nur aufgrund von grossem gesellschaftlichem Druck ist man dann darauf eingegangen und dann wurde diese Präventionsmillion gegen häusliche Gewalt trotzdem noch gesprochen. Und das ist sinnbildlich dafür, wie mit diesem Thema umgegangen wird. Und diese Lösung hier, die vom Regierungsrat des Kanton Basel-Stadt ausgearbeitet wurde, ist auch wieder sinnbildlich genau für diese Haltung, dass eben schlussendlich dieses Thema nicht so viel Wert ist und dieses Thema nicht so viel kosten darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.2. Interpellation Nr. 137 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Strategie des Regierungsrats zum Bahnausbau nach der Studie «Verkehr '45»

[07.01.26 15:12:09, 25.5577.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort,

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu den einleitenden Bemerkungen: Die Ausgangslage für den Bahnausbau hat sich innerhalb eines Jahres grundlegend verändert, zuerst mit der Mitteilung des Bundes vor rund einem Jahr, dass der gesamte Bahnausbau in der Schweiz massiv teurer werde und länger gehe als ursprünglich angenommen, in der Folge mit dem Bericht des ETH-Professors Weidmann, der den ursprünglich geplanten Bahnausbau in Basel als zu teuer und zu gross einschätzte. Angesichts dieser neuen Ausgangslage haben die Regierungen der beiden Basel entschieden, ihre Forderung in Bern zu redimensionieren. Wir fokussieren auf eine Durchmesserlinie für die S-Bahn und fordern dafür eine rasche Realisierung.

Konkret bedeutet dies, dass innert den nächsten rund 30 Jahren mehrere neue S-Bahn-Angebote realisiert werden sollen. Sie sehen das in der Grafik, die nun angezeigt wird, visualisiert. Die grösste Herausforderung, die wir aktuell im S-Bahn-Verkehr in der Region haben, sind die beiden Sackbahnhöfe Basel SBB und Badischer Bahnhof. Nur eine Verbindung zwischen diesen beiden Bahnhöfen ermöglicht, dass S-Bahnen beispielsweise aus dem Birstal bis zum Badischen Bahnhof, sprich zu grossen Arbeitsplatzgebieten wie der Roche oder im Rosental fahren können oder in die andere Richtung, aus dem Wiesental in Richtung Basel SBB ohne langen Stopp beim Basel Badisch Bahnhof. Bei der Grafik sehen Sie die blauen Verbindungen, die heute bestehen, und die roten Verbindungen, diese Durchbindungen, die eben möglich wären mit einer solchen Durchmesserlinie.

Die Konzentration auf diesen Quantensprung soll den Durchbruch in der langjährigen Planung rund um den Bahnausbau bringen. Die Regierungen der beiden Basel erwarten deshalb vom Bundesrat, dass er die Durchmesserlinie in den sogenannten Eckwerten, die im Januar erwartet werden, die Eckwerte zu Verkehr 45, verankert.

Zu Frage 1: Ja, davon ist der Regierungsrat überzeugt. Ohne Tiefbahnhof lassen sich keine zusätzlichen Verbindungen realisieren, da oberirdisch im Bahnhof die Kapazitäten fehlen und ein zeitlicher Ausbau nicht möglich ist, da wir uns da im dicht bebauten städtischen Raum befinden. Der Regierungsrat hat jedoch mit der Redimensionierung des gesamten Ausbaus und damit auch des Tiefbahnhofs die nötigen Weichen gestellt, damit sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Ganzen verbessert. Neu soll der Tiefbahnhof nur zwei statt vier Gleise umfassen und halb so teuer sein. Auch bei geringeren Kosten des Gesamtausbaus muss der Ausbau etappiert werden, da sich die Durchmesserlinie mitsamt Bahnhofsausbauten nicht in einer einzigen Botschaft realisieren lässt. Dies wird übrigens auch in anderen Regionen der Schweiz so gehandhabt. Der Regierungsrat befand sich zu diesen Fragen auch im Austausch mit dem ETH-Gutachter Weidmann, der die neue Stossrichtung der Regierungen mit der fokussierten Durchmesserlinie als sinnvoll und richtig einstuft.

Zu Frage 2: Der Bahnausbau in Basel umfasst mehrere Teilprojekte. Eine andere Reihenfolge wurde untersucht und ist technisch realisierbar, aber wenig sinnvoll. Auch wenn die Durchmesserlinie baulich zuerst realisiert würde, also die unterirdische Verbindung zwischen den Bahnhöfen, braucht es entsprechende Kapazitäten in den Bahnhöfen, damit die neuen S-Bahn-Verbindungen geschaffen werden können.

Zu Fragen 3 und 4: Ja, der Regierungsrat möchte sich genau auf eine solche Durchmesserlinie fokussieren, ein Verzicht auf einen Tiefbahnhof Basel SBB ist aber, wie gesagt, nicht möglich, da es oberirdisch zu wenig Platz gibt, um neue Bahnverbindungen einzuführen, sowohl im Regional- wie auch im Güter- und Fernverkehr.

Dann noch zwei Bemerkungen. Der Planungslead der letzten Jahre lag übrigens, wie immer wieder festgehalten, nicht bei den Kantonen, sondern beim Bund, konkret beim Bundesamt für Verkehr. Der Regierungsrat hat seine Abwägung sorgfältig und im Austausch mit diversen Exponentinnen und Exponenten in Bundesbern gemacht. Zentral ist nun, dass der Bundesrat diese Durchmesserlinie in den Eckwerten zu Verkehr 45 verankert. Dies wäre angesichts der schwierigen Ausgangslage mit beschränkten Finanzierungsmitteln und der Konkurrenz unter den Kantonen ein massgeblicher Erfolg, aber auch der wirtschaftlichen Bedeutung der Region für die Gesamtschweiz angemessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin mit der Antwort insgesamt zufrieden. Meine Interpellation habe ich zu einem Zeitpunkt eingereicht, es war zwar nur ein Tag vor der Pressekonferenz, als der Kanton noch am Tiefbahnhof SBB festgehalten hat. Die Kehrtwende der Regierung Ende Dezember oder Mitte Dezember war atemberaubend. Mit einem Federstrich wurde das 14,2 Mia. Franken teure Projekt Herzstück deutlich verkleinert oder halbiert. Projektiert ist jetzt eine Durchmesserlinie, die tatsächlich Chancen hat, ins nächste Aufbauprogramm des Bundes aufgenommen zu werden.

Ich begrüsse das zwar späte, aber nun hoffentlich rechtzeitige Umschwenken der Regierung. Allerdings macht die Regierung meines Erachtens nicht die beste Figur. Es war doch von Anfang an klar, dass die Finanzierung des Herzstückes mit den über 14 Mia. Franken kein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat und im gesamten Budget, das der Bund zur Verfügung hat, eine zu grosse Nummer geworden ist. Ich bin jetzt froh, dass auch der Zeithorizont nicht mehr bei 2080 mit dem Herzstück, sondern jetzt schon bei 2045 plus zehn Jahre hoffentlich eine Chance hat.

Das Projekt Herzstück wurde seit Planungsbeginn immer teurer und irgendwann hätte man im BVD Alarm schlagen müssen. Bei solchen Projekten braucht es Vorgaben, wie teuer es werden darf, damit es politisch eine Chance hat und bis wann der Bau fertig sein muss. Man kann nicht einfach darauf losplanen, sondern muss auch das verkehrstechnisch Wünschbare vom politischen Machbaren trennen.

Ich hoffe nun sehr, wie Regierungsrätin Esther Keller im letzten Teil von ihrem Votum gesagt hat, dass wir jetzt noch kurz vor Schluss in diesem neuen Ausbauteil 2045 Platz haben und wir dann eine Durchmesserlinie haben, die die Region braucht und verdient.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Besuch auf der Zuschauendentribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Gruppe von angehenden Informatikerinnen und Informatikern. Der Berufsschule Basel. Lehrperson ist Dominik Beyeler. Herzlich willkommen bei uns. (*Applaus)*

22.3. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung

[07.01.26 15:20:52, 25.5590.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

22.4. Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf

[07.01.26 15:21:12, 25.5589.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist jetzt eine Interpellation, die aus meinem Team kommt, dazu hatte nicht ich die Idee, aber Sie wissen, als Politiker hat man Leute, die Ihnen zuarbeiten als persönliche Mitarbeiter. Das Informationsrecht von uns Grossräten ist ein hohes Gut. Ich kann mich kurz fassen, aber ich freue mich, dass auch andere Grossräte hier vorne reden und sagen, wir seien mit der Antwort der Regierung nicht einverstanden. Teilweise werden unsere Fragen als Grossrat an die Regierung einfach nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, könnten Sie zum Thema kommen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stelle konkrete Fragen an die Polizei und ich möchte nicht den Satz hören, ja, es wurden Autos verkauft. Ich möchte wissen, wie viele zivile Polizeifahrzeuge in den letzten zehn Jahren bei der Basler Polizei ausgemustert worden sind. Und dann muss man halt einmal eine Fleissarbeit machen und die Unterlagen der Steuern und der Verkäufe anschauen. Aber ich werde nicht mehr als Grossrat akzeptieren, dass meine Interpellationen pumpig beantwortet werden, dann werde ich die Interpellation noch einmal einreichen und mit Juristen kämpfen.

Und das ist ganz legal, was ich frage. Bitte nennen Sie Automarke, Automodell, Kilometerstand und Verkaufspreis. Ich bitte um eine Übersicht, und auch wenn die Übersicht fünf Seiten ist und ein Mitarbeiter drei Monate arbeiten muss und ich in der Zeitung lese, Eric Weber beschäftigt den ganzen Kanton, dann ist es so, aber unsere Aufgabe ist es, die Regierung zu kontrollieren, dafür bekommen wir heute Nachmittag 200 Franken, und ich kann mit gutem Gewissen sagen, die 200 Franken heute Nachmittag habe ich mit gutem Glück verdient, weil ich gute Fragen stelle und das ist ein hohes Gut, das ist das höchste Gut, das wir haben, unser Informationsrecht als Abgeordnete. Ein normaler Bürger darf das gar nicht fragen.

22.5. Interpellation Nr. 140 Leoni Bolz zur Verteilung der Mittel der Fonds Innovation sowie Gesellschaft & Umwelt

[07.01.26 15:26:32, 25.5593.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1a: In der Kategorie 1 bis 49 Mitarbeitende, auf Vollzeitstellen Schweiz umgerechnet, wurden 42 Gesuche eingereicht und davon 41 ganz oder teilweise bewilligt. In der Kategorie 50 bis 249 Mitarbeitende wurden 14 Gesuche eingereicht und davon 13 ganz oder teilweise bewilligt. Vom gesamten nach allen Kürzungen bewilligten Fördervolumen entfielen 4,3% auf die erste Kategorie und 4,6% auf die zweite Kategorie.

Zu Frage 1b: In der Kategorie ab 250 Mitarbeitenden wurden 32 Gesuche eingereicht und 30 ganz oder teilweise bewilligt. Der Anteil am Fördervolumen betrug 91,1%. Davon wurden in der Unterkategorie von 250 bis 499 Mitarbeitenden 2,5% des Fördervolumens gewährt, in der Unterkategorie 500 bis 2’499 Mitarbeitenden waren es 6,0%, in der Unterkategorie ab 2’500 Mitarbeitenden waren es 82,6%.

Zu Frage 2: Im Förderbereich Innovation entsprach ein Gesuch nicht den förderberechtigten Branchen, das Unternehmen zog darauf das Gesuch zurück, und bei einem Gesuch waren die Mitarbeiter nicht bei der gesuchsberechtigten juristischen Person angestellt. Bei der Elternzeit wurden zwei Gesuche abgelehnt, da die Einführung der freiwilligen Elternzeit erst im Jahr 2025 erfolgte. Im Förderbereich Umwelt wurde kein Gesuch abgelehnt.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat rechnete damit, dass die Förderung in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt langsam anläuft und die Nachfrage zu Beginn deutlich tiefer als die zur Verfügung stehenden Mittel ist. Dafür gibt es folgende Gründe. Das massgebende Geschäftsjahr ist 2024. Die Volksabstimmung zum teilrevidierten Standortförderungsgesetz und dann mit zum Basler Standortpaket fand aber erst im Mai 2025 statt. Das bedeutet, dass potenzielle Gesuchsteller:innen erst fünf Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres mit Sicherheit wussten, dass eine Förderung mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2024 möglich ist. Eine Verhaltensänderung war dadurch nicht möglich. Beim Förderbereich Innovation war es hingegen deutlich einfacher, Ansprüche auch rückwirkend geltend zu machen, weil die förderfähigen Aufwände ohnehin entstanden waren. Zweitens, die Zeitperiode, in der die Unternehmen Gesuche einreichen konnten, war auch aufgrund des Referendums sehr kurz. Und drittens, die ersten Projektbeiträge für die öffentlichen Forschungskooperationen erfolgen aufgrund der Komplexität erst im Jahr 2026. Diese 15 Millionen konnten deshalb im vergangenen Jahr noch gar nicht ausgeschöpft werden. Und viertens, die im 2025 nicht ausgeschöpften Gelder im Fonds Soziales und Umwelt werden auf das Jahr 2026 übertragen.

Zu Frage 4: Der Kanton kommunizierte via Medienmitteilung und über seine Internetseite. Zudem führte er zwei Webinars in Zusammenarbeit mit der Handelskammer beider Basel und dem Arbeitgeberverband Basel durch. Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat das Basler Standortpaket in seinen KMU News 2025 ausführlich gewürdigt, inklusive einem Interview mit den für die Vollzug zuständigen Personen im Amt für Wirtschaft und Arbeit. Im Jahr 2026 wird für die Gesuchseinreichung mehr Zeit zur Verfügung stehen. Der Kanton plant eine breitere Informationskampagne, um besonders KMU zu einer Gesuchseinreichung zu motivieren.

Zu Frage 5: Bereits im ersten Jahr informierte der Kanton auf einer eigenen Website ausführlich, aktuell und vollständig über das gesamte Basler Standortpaket. Diese Webseite bleibt im Jahr 2026 das wichtigste Kommunikationsmittel.

Zu Frage 6: Im ersten Jahr war dies nicht möglich, weil die Förderung sich auf das bereits abgeschlossene Geschäftsjahr 2024 bezog. In Zukunft wird das zukünftige Amt für Wirtschaft und Arbeit das Einführungsjahr der freiwilligen Elternzeit abfragen.

Zu Frage 7: Siehe die Antwort auf Frage 5. Der Regierungsrat geht auch davon aus, dass ein Informationsaustausch unter den berechtigten Unternehmen stattfinden wird.

Zu Frage 8: Bei der Erstellung des Budgets 2025 lag erst der Ratschlag des Regierungsrates vor. Im Ratschlag des Regierungsrates war vorgesehen, dass maximal 300 Mio. Franken in den Fonds fliessen dürfen. Im 2025 war somit der Maximalbetrag budgetiert. Der Grosse Rat hat den Maximalbetrag auf 500 Mio. Franken erhöht. Aufgrund des definitiven Maximalbetrags wurde die Äufnung auf 400 Mio. Franken für das Jahr 2026 budgetiert. Die für 2026 budgetierte Äufnung in Höhe von insgesamt 400 Mio. Franken berücksichtigt die Wahrung des Haushaltsgleichgewichts, wie dies das Standortförderungsgesetz verlangt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Leoni Bolz (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation bezüglich der Ausgaben mittels des neu geäufneten Innovations- und Gesellschafts- und Soziales Fonds durch Steuereinnahmen der OECD-Mindeststeuer.

Beim Abstimmungskampf wurde gross versprochen, dass auch die KMU profitieren werden und dass es nicht um eine Rückverteilung der Steuereinnahmen und somit eine Umgehung der OECD-Steuer gehe. Nun sind 82,6% des gesamten Fördervolumens bei Unternehmen mit über 2'500 Mitarbeitenden gelandet. Von den 246,5 gesprochenen Millionen insgesamt sind dies also 203,6 Millionen. Die Anzahl der Gesuche in diesem Bereich wurde nicht wie gewünscht angegeben. Es lässt sich entsprechend nur vermuten, dass es sich nur um ein bis vier Unternehmen, die grössten Player von Basel, handeln kann, die entsprechend diese 203,6 Millionen erhalten haben. Das sind also auch genau diejenigen, die diese Steuern bezahlt haben. Der Anteil der KMU hingegen ist mit 8,9% und damit mit nur 21,9 Millionen erschreckend klein. Befürchtungen, dass das Geld zu einem sehr grossen Teil den grossen Firmen rückverteilt wird beziehungsweise grosse Pharmaunternehmen subventioniert werden, wurden bestätigt. Dass die Gesuche zur Elternzeit im nächsten Jahr noch dazukommen sollten, ist da nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Ich hoffe sehr, dass die erwähnte breitere Informationskampagne im nächsten Jahr tatsächlich die KMU noch etwas erreicht. Dass andere Organisationen als KMU und eine ausführlichere Sensibilisierung nicht in Erwägung gezogen werden, bedaure ich. Ich bin erstaunt, dass die Grundlage für den Entscheid, den Fonds von 300 Mio. Franken auf 400 Mio. Franken im Jahr 2026 zu erhöhen, so dünn ist. Damit werden aufgrund des knappen Budgets Kürzungen in anderen Bereichen oder wie von der GLP jüngst gefordert über alle Departemente hinweg aktiv in Kauf genommen, um, wie es jetzt eben doch wieder klar wurde, den grossen Playern ihre Steuern zu erleichtern. Dies ist nicht im Sinne des OECD-Gesetzes und schlecht mit einer sozialen und grünen Politik zu vereinbaren. Ich bedanke mich für die Antworten, ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

22.6. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen

[07.01.26 15:34:34, 25.5594.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

22.7. Interpellation Nr. 142 Lukas Faesch betreffend kohärente Politik zur Begrünung des Öffentlichen Raums

[07.01.26 15:34:53, 25.5595.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1 zum Thema Grünpolitik: Ja, der Regierungsrat hat 2021 das sogenannte Stadtklimakonzept beschlossen. Das ist der Masterplan für Begrünung im öffentlichen und privaten Raum und umfasst neun Handlungsfelder. Das Stadtklimakonzept verpflichtet die Verwaltung dazu, das Stadtklima bei Planungen angemessen zu berücksichtigen und die Grünversorgung insgesamt zu verbessern. Seither konnte der Grünanteil in den Planungen deutlich erhöht werden.

Zu Frage 2 zum Thema Lead bei der Begrünung: Die Planung und Umsetzung des Stadtgrüns liegt in der Verantwortung des Bau- und Verkehrsdepartements und seiner Vorsteherin. Entsprechend war es auch dieses Departement, das die entsprechenden Ratschläge ausgearbeitet hat, darunter das Förderpaket Grünes Basel und die zusätzlich notwendigen personellen Ressourcen für die Planung und Realisierung von weiteren Strassenbegrünungen im Zuge des Fernwärmeausbaus.

Zu Frage 3: Die Dienststelle Städtebau und Architektur hat den fachlichen Lead bei der Koordination und Umsetzung des Stadtklimakonzepts. Die Massnahmen in Strassen und auf Plätzen werden in intensiver Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erarbeitet und umgesetzt, vor allem der Stadtgärtnerei und dem Tiefbauamt. Ziel ist es, bis ins Jahr 2037 im Kanton Basel-Stadt mindestens 165’000 m2 neue unversiegelte Flächen zu schaffen und den Baumbestand um mindestens 2’000 neue Bäume zu erhöhen. Diese Forderungen wurden im Rahmen der Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend «Ein gesundes Stadtklima» festgehalten, welche 2024 zuhanden des Regierungsrats überwiesen wurde.

Zu Frage 4 bezüglich Kommunikation: Die Bevölkerung wird über verschiedene Kanäle informiert, einerseits über die Website zum Stadtklimakonzept, andererseits über Medienmitteilungen zu konkreten Projekten. Auch bei der jährlichen Medienorientierung zu den anstehenden Bauprojekten informiert der Kanton über die Grünbilanz verschiedener Projekte. Im Rahmen der Motion Christ wird der Regierungsrat in zwei Jahren über die Zwischenbilanz der Begrünung informieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.8. Interpellation Nr. 143 Michael Graber betreffend Littering von Feuerwerksabfall in der Neujahrsnacht 2026

[07.01.26 15:37:43, 25.5596.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat teilt die Auffassung des Interpellanten, dass das Liegenlassen von abgebrannten Feuerwerkskörpern ein Problem ist, unnötige Aufräumarbeiten verursacht und ein Fehlverhalten der Verursacherinnen und Verursacher vorliegt.

Zu Frage 2: Die Personen, welche den Abfall im öffentlichen Raum liegen lassen, wissen in der Regel, dass sie das nicht tun sollten. Informationskampagnen sind möglich, wären aber deshalb in ihrer Wirkung wohl eher bescheiden. Umso wichtiger ist die Verantwortung jeder einzelnen Person, die Abfälle korrekt zu entsorgen und den öffentlichen Raum respektvoll zu behandeln.

Zu Frage 3: Der Einsatz von Abfallkontrolleuren ist dafür nicht geeignet, da ihre Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann, und die Kantonspolizei hat in der Silvesternacht meist dringendere Aufgaben.

Zu Frage 4: Die vorhandenen Abfalleimer sind ausreichend, es braucht keine zusätzlichen. Feuerwerkreste sollten jedoch zuerst auskühlen, bevor sie entsorgt werden, da das Risiko besteht, dass sich infolge der Entsorgung noch glühende Rückstände entzünden. Auch hier liegt es in der Verantwortung der Personen, die Feuerwerke entzünden, die Feuerwerkresten korrekt zu entsorgen. Ist kein Apfeleimer vorhanden, sollen die Abfälle wieder mitgenommen werden, so wie es viele Personen verantwortungsbewusst auch tun.

Zu Frage 5: Die aktuelle gesetzliche Lage verbietet bereits das Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum. Es sind daher keine weiteren Vorschriften erforderlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Graber (Mitte-EVP): Ich möchte ganz am Anfang noch kurz darauf aufmerksam machen, dass dies das Foto ist, auf das ich mich beziehe. Ich hoffe, ich kriege keinen Ordnungsaufruf, wenn ich sage, dass ich das eine Sauerei finde.

Ich möchte zuerst dem Regierungsrat danken für die Antwort. Ich habe die Interpellation erst am Sonntagabend eingereicht. In so kurzer Zeit eine Antwort zu erhalten ist super. Danke vielmals.

Was ist meine Antwort dazu? Ich bin mit allem einverstanden, was Sie gesagt haben, es ist alles richtig gewesen, was Sie gesagt haben. Das Problem liegt bei den Verursachern dieses Litterings und wahrscheinlich wissen die Verursacher auch, dass sie das nicht machen dürfen. Jetzt könnte ich sagen, okay, es ist ja alles okay, die Interpellation ist erledigt, der Kessel geflickt, «Tschüss zäme». Das sage ich nicht. Ich sage nicht «Tschüss zäme», ich sage auf Wiedersehen. Warum sage ich das? Ich vermute, wir werden am 2. August und am 2. Januar wieder solche Sachen sehen. Was ich vermisse in der Antwort des Regierungsrats, ist ein Hauch einer Idee oder einer Strategie oder irgend etwas, wie man dem begegnen könnte. Es stimmt, das Problem liegt nicht bei der Regierung, es liegt auch nicht bei der Stadtreinigung, aber trotzdem, es ist ein Problem und das habe ich in der Antwort vermisst. Weil ich da von der Regierung nicht viel gespürt habe, möchte ich einfach zwei Ideen liefern oder zwei Ansätze. Man kann ja vielleicht auf dieser Basis weiterdenken.

Man könnte vielleicht einfach an den Hotspots ein grosses Plakat aufstellen und auf das Verbot von Liegenlassen oder von Littering aufmerksam machen. Es hätte eine gewisse normative Wirkung, wenn man sieht, dass ein Verbot da steht. Die Hürde könnte dann ein bisschen grösser sein, den Abfall liegen zu lassen.

Und eine zweite Idee wäre eine sehr günstige Massnahme, man könnte Fotos machen und mit einer Medienmitteilung veröffentlichen, dann käme es vielleicht in der BAZ und dann gäbe es vielleicht auch ein Echo aus der Bevölkerung. Ich denke, das wäre eine niederschwellige Massnahme.

Wie gesagt, ich vermisse in der Antwort eine Strategie, wie man dem begegnen könnte. Ich finde, das ist eine etwas verpasste Chance. Auf Wiedersehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.9. Interpellation Nr. 144 Lorenz Amiet betreffend wie wird eine Katastrophe "Crans-Montana" in Basel verhindert?

[07.01.26 15:42:28, 25.5597.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Stellvertretend für Regierungsrätin Tanja Soland, die in Interlaken an einer Konferenz weilt, hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat Basel-Stadt ist erschüttert und zutiefst betroffen von den tragischen Ereignissen in Crans-Montana. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser fürchterlichen Katastrophe, bei ihren Angehörigen und Freunden. Der Regierungsrat hat auch dem Staatsrat des Kantons Wallis in einem gestern versendeten Schreiben seine grosse Anteilnahme ausgesprochen und weitere Unterstützung angeboten bei der Bewältigung dieses Unglücks. Die Sanität Basel hatte bereits am 2. Januar 2026 mit dem Grossraumrettungswagen bei den Verlegungstransporten unterstützt.

Ein solches Unglück ist auch Anlass, innezuhalten, die eigene Praxis zu überprüfen und mögliche Lehren daraus zu ziehen. Der Regierungsrat steht im Austausch mit der Gebäudeversicherung Basel-Stadt und prüft derzeit prioritär zusätzliche Massnahmen mit Blick auf die kommende Fasnacht. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie die medialen Diskussionen zeigen, dass dies einem Bedürfnis entspricht.

Zu Frage 1: Es gelten die schweizweit einheitlichen Brandschutzvorschriften, welche das Interkantonale Organ Technische Handelshemmnisse IOTH mit Beschluss vom 17. September 2015 als verbindlich erklärt und in Kraft gesetzt hat. Die spezifischen Vorgaben sind unter anderem abhängig von der Art der Nutzung und der Anzahl Personen, die sich im Raum aufhalten.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Bewilligungsverfahren für eine entsprechende Lokalität legt die bei der Gebäudeversicherung Basel-Stadt angesiedelte Feuerpolizei die Brandschutzmassnahmen fest. Die Verfügung erfolgt durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat und enthält auch alle anderen Anforderungen betreffend Sicherheit, Gesundheitsschutz, Arbeitnehmerschutz etc. Werden ausserhalb von Bewilligungsverfahren durch die Feuerpolizei brandschutztechnische Mängel festgestellt, so erfolgt deren Bereinigung in der Regel bilateral zwischen der Feuerpolizei und den Betroffenen.

Zu Frage 3: Räume mit grosser Personenbelegung, das heisst mehr als 300 Personen, werden in Basel-Stadt periodisch alle fünf bis sechs Jahre kontrolliert. Ausserdem können die fünf Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei bei jedem Betrieb jederzeit Kontrollen durchführen, was sie bei entsprechenden Meldungen und Vorkommnissen auch tun. Lokalitäten mit einer Kapazität von weniger als 300 Personen werden im Rahmen der Abnahme beziehungsweise der Bewilligungserteilung kontrolliert. Danach werden keine periodischen Kontrollen durchgeführt. Kontrollen finden bei diesen Lokalitäten im Rahmen von Umbauten auf Meldungen und Hinweise gemäss Einschätzung der Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei oder zusammen mit anderen Kontrollen statt.

Zu Frage 4: Die feuerpolizeilichen Abnahmekontrollen im Zusammenhang mit Bewilligungen erfolgen durch die fünf Gebietsverantwortlichen der Feuerpolizei. Diese führen auch allfällige weitere Kontrollen nach Meldungen respektive Vorkommnissen durch. Die periodischen Kontrollen führen ausgebildete, von der Polizei mandatierte Risikoinspektorinnen und -inspektoren durch. Deren Aufwand beläuft sich insgesamt auf 500 bis 1’000 Stunden pro Jahr. Bislang konnte die Feuerpolizei den Auftrag der Brandschutzkontrolle mit den verfügbaren Ressourcen erfüllen. Ob zukünftig allenfalls Anpassungen notwendig sind, wird überprüft.

Zu Frage 5: Die Zahlen der vorher polizeilichen Abnahmekontrollen im Rahmen von Bewilligungsverfahren schwanken von Jahr zu Jahr stark. Eine Statistik zu den Zahlen wird nicht geführt. Die letztmaligen periodischen Kontrollen von Räumen mit Kapazität grösser als 300 Personen fanden 2021 und 2022 statt. Damals wurden rund 40 verschiedene Betriebe kontrolliert. Bei Abnahmekontrollen wie auch bei periodischen Kontrollen sind Mängel, insbesondere kleine, keine Seltenheit. In der Regel werden solche Mängel innerhalb der gesetzten Frist behoben. Bei Betrieben, die eine kleinere Kapazität als 300 Personen haben, werden von der Feuerpolizei rund 20 Kontrollen pro Jahr durchgeführt.

Zu Frage 6: Im Zusammenhang mit Bauabnahmen wird eine Frist von ein bis drei Monaten gewährt. Bei den periodischen Kontrollen beträgt die Frist zur Mängelbehebung drei Monate. Bei gravierenden Mängeln wird die Nutzungsfreigabe verweigert und es erfolgt eine erneute Kontrolle vor Ort.

Zu Frage 7: Ja, für die Cliquenenkeller gelten dieselben Regeln. Die Enthaltung wird im Rahmen des Bewilligungsverfahrens überprüft. Räume mit einer Personenkapazität über 300 Personen werden periodisch alle fünf bis sechs Jahre kontrolliert, Räume mit einer Kapazität unter 300 Personen nach deren Bewilligungserteilung im Rahmen von zusätzlichen Umbauten oder Hinweisen. Vor dem Hintergrund der Vorfälle in Crans-Montane wird Basel-Stadt die bisherige Praxis, die geltendem Recht entspricht, überprüfen. Im Hinblick auf die Fasnacht soll ein Massnahmenpaket erarbeitet werden.

Zu Frage 8: Im Kanton Basel-Stadt gibt es keine speziellen Altersgrenzen für den Aufenthalt in Bar- oder Clubräumen. Betreiberinnen und Betreiber legen teilweise eigene Alterslimiten fest, zum Beispiel ab 18 Jahren. Das Bundesgericht verbietet den Ausschank alkoholischer Getränke an unter 16-Jährige und gemäss dem ergänzten kantonalen Recht ist der Ausschank an unter 18-Jährige nur bis Mitternacht erlaubt. Spirituosen und Mischgetränke mit Spirituosen dürfen gemäss Bundesrecht generell nur erwachsenen Personen ausgeschenkt werden. Der Kanton führt zur Kontrolle und Stärkung des Jugendschutzgesetzes regelmässig Testkäufe durch. Dank einer Anpassung des Bundesrechts ergreift der Kanton seit Anfang 2025 bei Verletzungen der Jugendschutzbestimmungen im Rahmen solcher Testkäufe verantwortungsrechtliche und strafrechtliche Massnahmen.

Zu Frage 9: Die Ereignisse in Crans-Montana haben gezeigt, wie wichtig das Thema Brandschutz ist. Der Regierungsrat ist sich dieser Bedeutung bewusst. Auf nationaler Ebene läuft derzeit eine technische Vernehmlassung der Revision der Brandschutzvorschriften. Nach der Katastrophe von Crans-Montana hat das bei Frage 1 genannte interkantonale Organ IOTH angekündigt, einen Marschhalt einzulegen. Erkenntnisse aus dem Brand in Crans-Montana sollen in den neuen Entwurf einfliessen. Der Regierungsrat wird die Entwicklung sorgfältig verfolgen, ebenso die laufende Untersuchung zum Unglück in Crans-Montana. Er wird beurteilen, ob Anpassungen von kantonalen Vorgaben und Kontrollprozessen sinnvoll sind. Sinnvolle Massnahmen wie beispielsweise mehr Informationen, weitere Angebote für Betreibende zur Thematik und auch Ressourcenaufstockungen sollen geprüft und gegebenenfalls Angriff genommen werden.

Im Hinblick auf die naheliegende Fasnacht legt der Regierungsrat zunächst den Fokus auf dieses Ereignis. Er ist bereits im Gespräch mit der Gebäudeversicherung Basel-Stadt mit dem Ziel, ein sinnvolles Massnahmenpaket zur Brandprävention in Cliquenkellern und anderen Fasnachtslokalen zusammenzustellen. Dieses soll in rund zwei Wochen vorgestellt werden. Das Bewusstsein und die Sensibilität der Betreibenden von Lokalitäten und der verantwortlichen Personen für das Thema Brandschutz aufgrund der tragischen Geschehnisse in Crans-Montana ist feststellbar stark erhöht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Selbstredend sind auch wir zutiefst erschüttert über die Ereignisse aus der Silvesternacht in Crans-Montana und in Gedanken bei den Opfern, egal ob sie überlebt haben oder nicht, und deren Familien, insbesondere als Familienvater von drei Kindern, die genau in der Altersgruppe sind wie die Grosszahl der Opfer. Ich danke dem Regierungsrat sehr für die rasche und detaillierte Beantwortung meiner Interpellation. Ich danke an dieser Stelle aber auch der Sanität Basel-Stadt für die Mitarbeit bei der Bewältigung des Ereignisses, insbesondere auch unter dem Aspekt, dass dem Vernehmen nach Freiwillige diesen Einsatz geleistet haben.

Ich bin natürlich froh zu hören, dass bereits drei Arbeitstage nach dem Ereignis das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Sofortmassnahmen bei der Regierung vorhanden ist und erste Massnahmen bereits eingeleitet sind. Etwas erstaunt, das muss ich zugeben, bin ich, dass es offenbar keine Usanz gibt, für Räume mit weniger als 300 Personen Kapazität periodische Kontrollen durchzuführen. Ich bin aber alles in allem sehr dankbar und auch zufrieden mit dieser Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.10. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlihofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt

[07.01.26 15:53:50, 25.5598.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten, die Interpellantin möchte begründen.

Laetitia Block (SVP): Ich habe eine Interpellation eingereicht zu der noch immer gesperrten Bäumlihofstrasse. Ich habe diese Baustelle stets beobachtet und diese Fortschritte auch immer verfolgt und mich schon im Dezember gefragt, wie diese Baustelle Ende des Jahres fertig werden soll, da man im Dezember gesehen hat, dass es wohl doch noch nicht ganz am Ende ist. Ich habe dann online nachrecherchiert, gedacht, vielleicht gibt es hier Verzögerungen, das kann es ja geben, aber dann festgestellt, online stehen alle Informationen, dass diese Baustelle Ende Dezember 2025 fertig ist, die Sperrung also beendet ist und es gibt keine anderen Informationen. Sie mögen also mein Erstaunen verstehen, als ich am Montag, 5. Januar, dann durch die Bäumlihofstrasse fahren wollte und das nicht konnte.

Ich denke, ich bin hier nicht die einzige, die sich an die Behördeninformationen hält und sich hier gefreut hat, dass diese Bäumlihofstrasse wieder durchfahren werden kann. Es ist nämlich eine von drei Routen von Riehen und von Kleinbasel in die Stadt und da wäre man sehr froh, wenn es diese eine Route wieder gäbe und man so auch mehr Alternativen hätte. Ich wurde aber enttäuscht.

Das ist schon etwas irritierend, wenn man überlegt, man schaut extra online nach, man sieht, okay, die Baustelle ist beendet oder eben sollte beendet sein, keine alternativen Informationen. Das bedeutet, die Information auf der Website wurde nicht aktualisiert. Ich habe es nochmals nachgeprüft, auch heute Mittag ist es immer noch falsch online, dass diese Baustelle Ende 2025 beendet wäre. Von der Verschiebung oder von einer Verlängerung der Baustelle steht nichts.

Es gibz keine Information, keine Medienmitteilung, nicht mal ein Anwohnerschreiben, die Anwohner wissen also nicht, wie lange diese Verschiebung ist, ob die Sperrung auch noch bleibt. Man muss ja sehen, nach Einreichen meiner Interpellation wurde dann ein Geo-Viewer-Tool verlinkt. Wenn man dann auf die Baustelle klickt, findet man jetzt, dass die Baustelle bis Ende März 2026 dauern soll. Ob das auch die Sperrung betrifft, ob diese auch bis Ende März 2026 bleibt, darüber können wir nur spekulieren.

Ich finde, das ist eine Geringschätzung der Zeit und der Nerven der Anwohner von Hirzbrunnen in Kleinbasel bei dieser Baustelle, aber auch aller anderen Automobilisten, die dort durchfahren möchten und die auch auf Behördeninformationen vertrauen. Und wenn man schon online nachschaut, dann sollte man hier auch richtige Informationen erhalten.

Ich bin sehr gespannt auf die Antworten und die Erklärungen der Regierung und ich hoffe und ich bitte auch die Regierungsrätin, endlich diese Falschinformation über diese Baustelle, die auch heute Mittag immer noch online ist, zu korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

22.11. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Vorgehen des Regierungsrates bei einer möglichen Anpassung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich

[07.01.26 15:57:50, 25.5599.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte nicht. Somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich beantworte Ihnen im Namen des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Vielleicht grundsätzlich vorweg: Die Vereinbarung der Tarife ist gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung KVG primär Sache der Tarifpartner, also vorliegend der Leistungserbringer und der Versicherer. Der Kanton ist zuständig für die Genehmigung ihrer Tarifverträge oder für die Tariffestsetzung, falls kein solcher Vertrag zustande kommt.

Zu Frage 1: Mehrere Spitäler haben per Ende 2024 den TARMED-Taxpunktwert von 91 Rappen gekündigt. Der Regierungsrat hat im Januar 2025 den Taxpunktwert provisorisch auf 91 Rappen festgelegt. Da in der Folge keine Einigung zwischen den Tarifpartnern zustande kam, musste das ordentliche Festsetzungsverfahren durch den Kanton eingeleitet werden. Zudem ist für 2026 ein provisorischer TARDOC-Taxpunktwert festzusetzen. Beide Verfahren sind derzeit beim zuständigen Gesundheitsdepartement hängig.

Zu Frage 2: Gemäss KVG ist nicht vorgesehen, bei Tarifverfahren andere Akteure als die direkt betroffenen Verfahrensparteien miteinzubeziehen. Die Tarifhoheit liegt bei den Tarifpartnern, der Kanton darf nur subsidiär eingreifen. Insofern sind Verhandlungen und allfällige Verwaltungsverfahren Sache der involvierten Parteien. Weitere Akteure werden nicht und dürfen auch nicht involviert beziehungsweise informiert werden.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat stützt sich bei jedem Tarifverfahren auf die einschlägigen gesetzlichen Vorgaben gemäss dem KVG und der Verordnung über die Krankenversicherung KVV.

Zu Frage 4: Für den spitalambulanten Bereich wurde ein Festsetzungsverfahren für das Jahr 2025 eingeleitet. Bisher gibt es für 2025 lediglich einen provisorischen Tarif. Da sich die Kostenneutralität gemäss Tarifstrukturvertrag über den ambulanten ärztlichen Einzelleistungstarif TARDOC und dem ambulanten ärztlichen Patientenpauschaltarif Ambulante Pauschalen auf die Basis des Jahres 2025 abstützt, ist die Kostenneutralität erst auf dieser Grundlage zu berechnen, also aufgrund des dannzumals definitiv festgesetzten Tarifs.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat darf nicht in die Tarifhoheit der Tarifpartner eingreifen. Somit kann er auch keine unterschiedlichen Tarife aus eigenem Antrieb angleichen. Die Spitäler haben die Tarifverträge mit den Versicherern gekündigt, um neue Verhandlungen zu erwirken. Anderen Leistungserbringern im ambulanten Bereich steht dieses Vorgehen ebenfalls offen. Somit besteht keine Ungleichbehandlung.

Zu Frage 6: Da der Verfahrensausgang offen ist, können dazu noch keine Angaben gemacht werden.

Zu Frage 7: In den vom Parlament Ende 2025 verabschiedeten Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen sind gewisse Unterstützungsleistungen zugunsten der spitalambulanten Strukturen, insbesondere in der Kinder- und Jugendmedizin enthalten. Weitere zusätzliche sind derzeit nicht geplant.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Jean-Luc Perret (SP): Ich danke herzlich für die Beantwortung meiner Fragen, die ich ja sehr kurzfristig am Montag erst eingereicht habe. Ich wollte mit dieser Interpellation vor allem Licht ins Dunkel bringen, denn über Weihnachten und in den letzten Tagen gelangten auf verschiedenen Wegen Informationen an die Öffentlichkeit, wonach eine Erhöhung des Taxpunktwertes im spitalambulanten Bereich geprüft werde. In einer so sensiblen tarifpolitischen Frage halte ich es für notwendig, dieses Gerücht einzuordnen und Klarheit zu schaffen.

Das Gerücht sagt, dass im angesprochenen Festsetzungsverfahren der Tarif von 91 Rappen auf 95 Rappen erhöht wird. Leider konnte die Antwort dieses Gerücht auch nicht aus der Welt schaffen, weil das Verfahren offensichtlich noch nicht abgeschlossen ist. Ich wollte aber auch meiner Sorge Ausdruck geben, dass ausgerechnet der Kanton Basel-Stadt bei der Einführung von TARDOC als einer der ersten von den gemeinsam vereinbarten Leitplanken abweichen könnte. Ich finde es problematisch, wenn der Kanton mit den schweizweit dritthöchsten Krankenkassenprämien den vielen Empfehlungen nicht folgt, die Taxpunktwerte zumindest vorerst nicht anzutasten. Diese Empfehlungen kamen ja nicht zufällig zustande. Die Umstellung von TARMED auf TARDOC war und ist eine Herkulesaufgabe mit dem klaren Ziel, die Mittel neu gerechter, aber kostenneutral zu verteilen. Genau deshalb wäre es falsch, bereits in der Einführungsphase wieder an den Preisen zu schrauben, bevor sich das neue System überhaupt einpendeln konnte. Und auch wenn die Basis für die spitalambulanten Tarife nun das Jahr 2025 ist, muss man doch davon ausgehen, dass die ganze Kostenneutralität unter der Annahme berechnet wurde, dass sich langjährige Tarife nicht kurz vor oder während der Einführung des TARDOC noch ändern.

Eine Erhöhung hätte einige Leidtragende. Ich denke da natürlich zuerst an die Prämienzahlenden, denn jede Aufweichung der Kostenneutralität erhöht den Druck auf die Prämien und untergräbt zudem die Glaubwürdigkeit des Systems. Zum anderen aber auch alle übrigen Leistungserbringenden, die sich an die tarifpartnerschaftlichen Abmachungen gehalten haben und nun faktisch dafür bestraft werden oder sich ihrerseits zu eigenen Forderungen oder Massnahmen gedrängt sehen.

Zum Schluss ist mir noch wichtig festzuhalten, ich habe Verständnis dafür, dass die Förderung ambulant vor stationär die Spitäler vor grosse Herausforderungen stellt. Diese lassen sich aber meiner Meinung nach nicht nachhaltig durch eine blosse Preiserhöhung lösen. Dafür braucht es tiefergreifende und koordinierte Massnahmen. Ich bin mit der Antwort aber zufrieden, möchte aber nochmals die ausdrückliche Bitte mitgeben, dass der Kanton Basel-Stadt nicht eine unglückliche Vorreiterrolle in einer Frage übernehmen möge, bei der Zurückhaltung ausdrücklich empfohlen wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22.12. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung?

[07.01.26 16:05:14, 25.5600.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit sind die Interpellationen abgeschlossen.

9. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

[07.01.26 16:05:35, 24.0556.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Initiative ihren Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen. Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK Raffaela Hanauer..

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft hat die UVEK im Juni zur Vorberatung überwiesen bekommen. Wir haben an fünf Sitzungen darüber beraten, wir haben uns das Initiativkomitee angehört und eine Vertretung des WSU, konkret des Amts für Wald und Wild beider Basel. Wir legen dem Grossen Rat einen angepassten Gegenvorschlag vor. In unserem schriftlichen Bericht ist dieser umfassend erläutert. Ich konzentriere mich daher in meinem mündlichen Votum auf das Wesentliche.

Die UVEK findet insgesamt, eine Stadt in der Grösse von Basel braucht ein aktives Taubenmanagement. Die Kommission befürwortet daher im Grundsatz auch die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Kombinationen an Massnahmen. Ich gehe auf die einzelnen Massnahmen ein.

Taubenschläge: Die UVEK hat diverse Abklärungen zu den früher in Basel unterhaltenen Schlägen, deren Wirkung und der Realisierbarkeit getroffen. Die Initiative möchte Schläge in allen Quartieren. Der Regierungsrat sieht drei Schläge vor. Wir haben in der Beratung festgestellt, dass zwei weitere Schläge, jener in der Matthäuskirche und im Brausebad St. Johann in Frage kämen und einfach wieder aktiviert werden könnten. Eine Mehrheit der UVEK ist daher der Ansicht, dass eine Erhöhung der Anzahl Schläge angebracht ist, von drei auf fünf.

Zur Fortpflanzungskontrolle: In den Taubenschlägen sollen die Eier mit Attrappen getauscht werden. Es gäbe auch andere Massnahmen zur Fortpflanzungskontrolle wie Vasektomie oder empfängnisverhütendes Futter. Die UVEK stützt jedoch nach ihren Abklärungen den Weg des Regierungsrates, der sich mit jenem der Initiative grundsätzlich deckt, in Basel auf den Eiertausch zu setzen. Damit die Tauben auch weiterhin in den Taubenschlägen brüten, können jedoch nicht alle Eier immer entnommen werden. Einige Tauben müssen daher schlüpfen dürfen. Sollte dies zu einer zu hohen Populationsdichte in den Schlägen führen, können in den Schlägen gezielt auch Tauben entnommen werden. Dies wird jedoch nur gemacht, wenn es zur Populationskontrolle eines Schlages notwendig ist und nicht grundsätzlich.

Pflegeplätze: Die UVEK hat wie auch der Regierungsrat darauf verzichtet, Pflegeplätze für alle kranken und verletzten Tauben einzurichten, wie das die Initiative fordert. Eine tierärztliche Betreuung für die geschätzt 10’000 Tauben in der Stadt Basel sieht der Gegenvorschlag der UVEK also nicht vor. Die Betreuung der Stadttauben in den Schlägen soll jedoch, wie auch bereits vom Regierungsrat so vorgesehen, ausschliesslich durch ausgebildetes tierpflegerisches Fachpersonal erfolgen und veterinär-medizinisch begleitet sein.

Zu den Greifvogeleinsätzen: Die Regierung sieht vor, Greifvögel an Hotspots einzusetzen. Das wird auch schon heute getan und nach unseren Abklärungen spricht sich auch die UVEK dafür aus, dies weiterhin zu tun.

Gezielte Entnahme von Tauben an Hotspots: Das Konzept des Regierungsrates sieht vor, dass an Hotspots bei zu hoher Belastung Tauben entnommen und fachgerecht getötet werden. Dies wird auch schon heute gemacht und dies ist nicht als Massnahme zur Bestandsreduktion vorgesehen. Auch die UVEK hält diese Massnahme nicht als geeignet für die Bestandsreduktion. Sie soll nur dort erfolgen, wo Vergrämungsmassnahmen nicht wirken und unhaltbare Zustände herrschen.

Vogelkundliche Kompetenzstelle: Die UVEK begrüsst, dass der Regierungsrat eine vogelkundliche Kompetenzstelle schaffen will. Dies ist auch eine Forderung der Initiative. Die UVEK wünscht sich, dass sich diese nicht nur mit Tauben befasst, sondern auch beispielsweise mit Krähen und weiteren Vögeln und sieht darin Synergien.

Öffentlichkeitsarbeit: Der Regierungsrat sieht in seinem Gegenvorschlag einen Betrag für Öffentlichkeitsarbeit vor. Die UVEK begrüsst das und gibt zur weiteren Bearbeitung mit, dass sich in unseren Augen diese Arbeit insbesondere auch auf die Sensibilisierung hinsichtlich des Fütterungsverbots mit Verweis auf die ausreichende Fütterung in Schlägen konzentrieren soll. Der verbesserte Vollzug des Fütterungsverbots wird von der UVEK ebenfalls begrüsst.

Zur Fütterung in den Schlägen: Die UVEK hat fundiert über das Füttern in den Schlägen diskutiert. Und wir kommen zum Schluss, dass die Tauben in den Schlägen ausreichend gefüttert werden. Zwar hat auch in der UVEK die Wortwahl im Ratschlag der Regierung zu Rückfragen geführt. Dort wird von marginaler Fütterung und Anfütterung gesprochen, und auch hat die UVEK sich das Budget für die Futtermenge angeschaut. Die UVEK liess sich jedoch versichern und kommt zum Fazit, dass das Konzept des Regierungsrates nicht vorsieht, die Tauben unzureichend zu füttern. Eine ausreichende und artgerechte Fütterung in den Schlägen ist vorgesehen, und sollte das Budget dafür nicht ausreichen, sind die Futterkosten dermassen gering, dass sich die Finanzmittel auch anderweitig auftreiben lassen, weshalb in der UVEK auch davon abgesehen wurde, das Futterbudget zu erhöhen. Wichtig ist für die Bindung der Tauben an die Schläge und für die Gesundheit der Tiere, dass die Tauben ausreichend gefüttert werden. Und wichtig ist dies auch für die Vermittlung gegenüber der Öffentlichkeit des Fütterungsverbots. Das ist also der Fall, sie werden gefüttert.

Verlängerte Dauer und neue Formulierung des Grossratsbeschlusses: Die grösste Anpassung, welche die UVEK am Gegenvorschlag der Regierung gemacht hat, ist die Verlängerung des Pilots um ein Jahr und die Konkretisierung des Grossratsbeschlusses. Während der Regierungsrat nach drei Jahren Pilot vorsah, im Anschluss an den Pilot über eine eventuelle Weiterführung oder Beendigung des Stadttaubenmanagements zu berichten, war das für eine klare Mehrheit, also 11 zu 1, in der UVEK keine befriedigende Perspektive. Die UVEK ist der Ansicht, dass eine Stadt wie Basel ohnehin ein Stadttaubenkonzept braucht und dass man die Learnings aus dem Pilot darin abbilden und in geeignete langfristige Massnahmen giessen soll. Damit die Dienststellen genügend Zeit haben für die Erarbeitung von einem solchen Konzept und einem Folgeratschlag, verlängert die UVEK den Pilot um ein Jahr. So kann nach drei Jahren Bilanz gezogen werden, während die Taubenschläge im vierten Jahr weiterhin betreut sind. Was wir also hier vorschlagen, ist die Entwicklung eines Basler Wegs zum Taubenmanagement. Der Basler Weg soll auf den Learnings der nächsten drei Jahre Pilot aufbauen und er soll eine Kombination von mehreren Massnahmen sein.

Die UVEK beantragt daher mit 10 zu 2 Stimmen, dem angepassten Gegenvorschlag zuzustimmen. Wir beantragen einstimmig, der Stimmbevölkerung zu empfehlen, die Initiative abzulehnen und mit 10 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Einstimmig spricht sich die UVEK bei der Stichfrage für den Gegenvorschlag aus. Zudem beantragt die UVEK mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den Anzug Friedl abzuschreiben, da eine Mehrheit der UVEK mit dem angepassten Gegenvorschlag das Anliegen als erfüllt einstuft.

Abschliessend danke ich dem zuständigen Regierungsrat und dem Amt für Wald und Wild beider Basel für die konstruktive Begleitung der Kommissionsberatung, dem Initiativkomitee für das Anstossen einer spannenden und wichtigen Debatte und freue mich nun auf die Debatte hier im Saal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen heute über die Stadttauben. Stadttauben gehören in vielen Städten zum Stadtbild, sie sind Teil der Stadt. Sie verursachen auch Probleme oder werden von vielen auch als problematisch wahrgenommen. Die Grösse der Population wird als zu hoch erachtet, und dies scheint auch mit ein Grund zu sein, diese Problemsituation. Es gibt auch Tiere, die krank sind, es gibt Bewohner:innen von Wohnungen, die brütende Tauben auf ihren Balkonen haben, es gibt Hotspots, wo es zu viele Tauben gibt, und aus diesem Grund ist ein neues Taubenmanagement angezeigt.

Die Initiative, die eingereicht wurde, nimmt einen Teil dieser Problematik auf und fordert auch, dass ein aktives Taubenmanagement erfolgen muss. Sie nimmt ein Problem auf, das real existiert. Die Antwort des Regierungsrats auf diese Probleme ist der vorliegende Gegenvorschlag, der auch von der UVEK in den Grundsätzen mitgetragen wurde.

In Basel gab es Taubenschläge, die von der Universität errichtet wurden, unter Federführung von Professor Harald Wackenagel Diese Taubenschläge gab es bis 2020 und wurden dann aufgehoben. Hauptgrund war das Fütterungsverbot, das Sie legiferiert haben im Übertretungsstrafgesetz. Da ist man davon ausgegangen, dass das nicht mehr notwendig ist. Jetzt gibt es quasi eine Rücküberlegung auf diese Taubenschläge und die sind auch in diesem Gegenvorschlag so enthalten.

Was ist bestimmend über die Populationsgrösse der Tauben? Es sind zwei Aspekte, die sehr entscheidend sind, das eine ist das vorliegende Nahrungsangebot und das zweite ist das Angebot an Nistplätzen. Und deshalb ist ein sehr wichtiger Punkt des Gegenvorschlags das Fütterungsverbot. Da gibt es auch keinen Widerspruch zur Initiative. Das Fütterungsverbot, das im Übertretungsstrafgesetz ausgeführt wurde, soll weiterhin gelten, aber es soll verstärkt auch umgesetzt werden. Bis heute ist für die Sanktionierung bei Übertretungen dieses Fütterungsverbots die Polizei zuständig und Sie können sich vorstellen, dass die Polizei oft andere Prioritäten hat, als Taubenfütterinnen und -fütterer zu sanktionieren. Aus diesem Grund haben wir ja schon als Regierungsrat mit dem Litteringskonzept entschieden, dass neu auch die Abfallkontrolleure die Kompetenz erhalten sollen zu sanktionieren, wenn das Fütterungsverbot übertreten wird, und wir erhöhen ja mit dem Litteringskonzept auch die Anzahl der Abfallkontrolleurinnen und Abfallkontrolleure von vier auf sechs. Also das Fütterungsverbot, das Nichtfüttern der Tauben, ist das wirksamste Instrument zu einer Beschränkung der Population.

Wie schon bereits gesagt, reaktivieren wir die Taubenschläge, die noch vorhanden sind. Der Regierungsrat wollte drei ursprünglich, die Kommission hat das auf fünf erhöht. Die sind bestehend, das ist relativ einfach machbar und aus diesem Grund folgt der Regierungsrat jetzt auch dem Vorschlag der UVEK und folgt diesen fünf statt drei, das ist relativ einfach machbar, da es diese Taubenschläge schon gibt, die können reaktiviert werden oder wir gehen davon aus, dass das möglich ist. Dort werden die Tauben gefüttert, nicht gemästet, gefüttert mit entsprechend fachgerechten und auch tierrechtskonformen Nahrungsmittel. Das Ziel muss sein, dass die Tauben dort bleiben. Wenn es zu wenig Futter hat, dann verhungern die nicht, sondern dann kommen sie einfach nicht, weil sie sind ja frei, rein- und rauszufliegen, sie können sich überall sonst in der Stadt das Futter holen für den Fall, dass es zu wenig Futter gäbe. Daher gibt es überhaupt keine Absicht, zu wenig zu füttern, sondern man möchte ja, dass die Tauben in diesen Taubenschlägen sind.

Die Taubenschläge haben die Vorteile, dass im besten Fall die Tauben in den Schlägen sind und nicht woanders brüten und die Nistplätze dann auch nicht von anderen Vögeln gleich wieder besetzt werden. Die Taubenschläge führen auch zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands der Tiere, da sie artgerecht gefüttert werden und eben mit dem Eiaustausch mit Attrappen kann man auch die Geburtenrate oder die Reproduktionsrate reduzieren. Das kann man nicht unendlich machen, weil wenn die Tauben merken, dass es gar keinen Nachwuchs mehr gibt, dann werden sie höchstwahrscheinlich diesen Taubenschlag auch wieder verlassen. Daher ist es auch angezeigt – und deshalb auch die fachgerechte Betreuung dieser Taubenschläge – das richtige Mass zu finden an Fütterung, an Austausch und an Kontrolle dieser Tiere, die in diesen fünf Taubenschlägen sein werden.

Die Hotspots bilden den Punkt, der auch für viele Einwohnerinnen und Einwohner sehr nervend ist in dieser Stadt. Wir brauchen auch Massnahmen für diese Hotspots, da ist die Vergrämung mit Greifvögeln, mit Falken angedacht, um an solchen Hotspots einzugreifen, und auch das Abfangen und die tierschutzgerechte Tötung ist vorgesehen an diesen Hotspots. Die Tötung hilft nicht, die Gesamtpopulation zu reduzieren, das zeigen auch Erfahrungen, aber sie kann an Hotspots helfen, dort punktuell die Probleme zu verringern.

Was auch vorgesehen ist, ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und eben diese Vogelkompetenzstelle, die eingerichtet wird. Und auch entscheidend ist die Wirkungskontrolle. Wir wissen heute gar nicht, wie gross die Population ist, daher muss diese zuerst erfasst werden und dann nach den Massnahmen wieder erfasst werden, damit man auch sieht, ob die Massnahmen, die wir ergriffen haben, die gewünschte Wirkung haben oder nicht. Das ist auch Teil dieses vierjährigen Projektes, dass das geschehen wird.

Nach den Erfahrungen der ersten drei Jahre werden wir Ihnen dann diese Erfahrung mitteilen und auch die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen. Ist es wirksam, dann wird es weitergeführt, ist es nicht wirksam, dann wird es nicht in gleicher Form weitergeführt, das obliegt aber dann wiederum Ihnen und uns dann zu bestimmen, wie es mit dem Taubenmanagement weitergehen soll. Das ist auch der Grund, dass wir jetzt mit einer begrenzten Dauer zu Ihnen kommen als Vorschlag.

Die Hauptdifferenz der vorliegenden Initiative ist, schon fast rechtsphilosophischer Art, die Frage, ob es sich bei den Tauben um Haustiere oder um Wildtiere handelt. Diese Frage hat der Bundesgesetzgeber klar beantwortet, indem die verwilderte Haustaube im Jagdgesetz namentlich erwähnt ist, also auf Bundesgesetzesstufe verankert ist und Haustiere darf man nicht jagen. Daher ist klar, der Bund definiert die Stadttauben als Wildtier. Entsprechend sind sie auch bei uns jetzt dem Amt für Wald- und Wildtiere zugewiesen und nicht dem Veterinäramt. Da sehen Sie auch diese Unterscheidung. Wenn man das ändern möchte – und es gibt andere Länder, die das anders einschätzen – dann müsste man das Bundesgesetz ändern und das nicht via kantonale Initiative vorantreiben.

Der Regierungsrat kann aber diese Einordnung nachvollziehen. Die Stadttauben sind heute selbstständig, sie entscheiden selber, mit wem sie sich paaren, wo sie brüten, was sie fressen, wo sie hinfliegen, daher ist es ein Wildtierverhalten dieser Tauben, da braucht es nicht den Menschen, der sich um sie kümmert. Und das hat dann auch Auswirkungen auf die Unterschiede unseres Gegenvorschlag mit der Initiative. Der Gegenvorschlag sieht die Tötung weiterhin vor, und der Gegenvorschlag verzichtet auch darauf, eine tierärztliche Versorgung der Tauben von verletzten und kranken Tauben sicherzustellen. Die Initiative hingegen verlangt das, die will Pflegeplätze für verletzte und kranke Tauben und das erachten wir nicht als zielführend, wenn das Ziel ist, dass die Population in unserer Stadt reduziert werden soll.

Und auch ein Unterschied von Initiative und Gegenvorschlag ist die Frage, wie viele Taubenschläge wir möchten. Die Initiative möchte in allen Quartieren mit 50 Tieren mindestens einen Taubenschlag und der Gegenvorschlag, wie bereits erwähnt, sieht nur fünf Taubenschläge vor, und das auch jetzt mal zeitlich begrenzt auf vier Jahre und dann wird entschieden, ob es weitergeführt wird, ob es mehr gibt, ob es die gleiche Anzahl gibt aufgrund der Erfahrungen, die wir dann daraus gezogen haben.

Zur Schlussfolgerung: Es besteht Handlungsbedarf, das haben die Initiantinnen und Initianten klar auf den Tisch gebracht. Der Regierungsrat und Sie, wir handeln, indem wir diesen Gegenvorschlag heute hoffentlich verabschieden, indem wir ein aktives Stadttaubenmanagement betreiben, das jetzt vormals für vier Jahre, um die entsprechenden Erkenntnisse zu ziehen und dann die Schlüsse zu ziehen, wie das nach diesen vier Jahren weitergeführt werden soll. Aus diesem Grunde bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesem Gegenvorschlag zu folgen und die Initiative abzulehnen und ich möchte mich bedanken einerseits bei der UVEK für die gute und auch sachliche Diskussion bei doch diesem zum Teil emotionalen Thema, und ich möchte mich auch bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amts für Wald- und Wildtiere, die diesen Gegenvorschlag erarbeitet haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen und in der Stichfrage dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Den Änderungsantrag der Mitte lehnen wir ab. Sollte dieser jedoch mehrheitsfähig sein, würden wir diesen im zweiten Schritt ebenfalls unterstützen, auch bei der Stichfrage.

Nachdem ich nun hoffentlich alle Eventualitäten thematisiert habe, jetzt zum Inhaltlichen. Ich denke, man kann grundsätzlich das Initiativkomitee durchaus würdigen, dass es dieses Thema in Form einer Volksinitiative auf die politische Ebene gebracht hat. Es gab auch den Anzug Friedl, aber mit dieser demokratisch zustande gekommenen Volksinitiative hat man natürlich ein sehr starkes Instrument erfolgreich ausgewählt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es im Umgang mit den Stadttauben mehr Einsatz des Kantons benötigt. Für viele sind Tauben ein Ärgernis, andere finden wiederum, dass sie besorgt sein müssen um das Wohl der Tauben. Gleichzeitig haben wir aber auch ein Übertretungsstrafgesetz, in dem ein Taubenfütterungsverbot verankert ist, dieses wird aber aktuell kaum angewendet, und so ist es dazu gekommen, dass diese Initianten in dieser Initiative sehr viele Personen abholen konnten und sehr viele Personen diese Initiative auch unterschrieben haben aus unterschiedlichen Anliegen.

Es stellt sich deshalb auch aus Sicht der SVP-Fraktion nicht die Frage, ob man etwas ändern soll, sondern wie, und wenn man sich die unterschiedlichen Ansätze aus der Initiative und aus den Gegenvorschlägen anschaut, dann sind wir grundsätzlich der Meinung, dass der ursprüngliche Gegenvorschlag der Regierung inhaltlich mehr überzeugt als die Initiative, insbesondere aus diesem Punkt, dass wir das absolute Tötungsverbot von Tauben, wie es die Initiative vorsieht, nicht unterstützen können. Mit dem Gegenvorschlag wird eine tierschutzgerechte Tötung von kranken Tieren oder auch bei grosser Belastung von Hotspots nach wie vor möglich sein. Zudem begrüsst es die SVP-Fraktion, dass ein Schwerpunkt auf die Durchsetzung des Fütterungsverbots gesetzt wird und in Zukunft Personen auch vermehrt. gebüsst werden können, wenn sie gegen das Übertretungsstrafgesetz verstossen.

Wo aus unserer Sicht der Gegenvorschlag der Regierung leicht ungenügend war und die UVEK zu Recht Anpassungen vorgenommen hat, war bei der Anzahl der Taubenschläge. Das war ein zentrales Anliegen auch der Initianten. Hier sind wir der Auffassung, dass es sinnvoll ist, fünf statt nur drei Taubenschläge zu reaktivieren, weil es auch. im verhältnismässigen Rahmen ist und damit kommen wir auch den Anliegen der Initianten mehr entgegen. Jetzt kann man natürlich argumentieren, dass die Initianten noch mehr Taubenschläge gewünscht hätten, jedoch konnte auch der Regierungsrat glaubhaft machen, dass es nicht so einfach ist, zusätzliche Räumlichkeiten dafür zu finden. Sie können sich ja selber vorstellen, wenn Sie ein Hauseigentümer sind, dann haben Sie vielleicht nicht gerade die erste Priorität, ihre Dachwohnung für einen Taubenschlag zu vermieten, und die anderen Mieter hätten wahrscheinlich auch nicht so viel Freude in diesem Haus, wenn das geschehen wird. Entsprechend haben wir anerkannt, dass es halt nicht ganz so einfach ist, hier einfach überall, wo es 50 Tauben sind, einen Taubenschlag zu aktivieren. Hier macht es Sinn, dass wir die fünf bestehenden alten Schläge reaktivieren und auch dann zuerst evaluieren und dann vielleicht für die Zukunft etwas Generelles vorsehen.

Die UVEK hat zudem den Gegenvorschlag auch formell noch angepasst, so dass dieser nicht mehr nur den reinen Pilotprojektcharakter hat, sondern dass man effektiv auch diese Evaluation in Zukunft umsetzen kann. Da hat die UVEK etwas klarer und etwas verbindlicher formuliert als der Regierungsrat und dementsprechend ist auch die SVP-Fraktion hier der Meinung, dass man der Version der UVEK folgen sollte. Entsprechend bitte ich Sie, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen, die Initiative zu verneinen. Wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Gegenvorschlag eine adäquate Lösung gefunden haben und sind auch der Meinung, dass dieser Gegenvorschlag gute Chancen hat, bei der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden. Ich bitte Sie auch, den Anzug von Harald Friedl abzuschreiben, weil wir auch der Meinung sind, dass wir

jetzt mit dieser Volksinitiative und dem Gegenvorschlag ein höheres Level haben, etwas Verbindlicheres als ein Anzug, entsprechend kann dieser Anzug auch als erledigt abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Das grosse Echo, auf das die Initiative bereits im Vorfeld der Einreichung und auch während den Beratungen in der UVEK in den Medien gestossen ist, zeigt, dass die Initianten und Initiantinnen mit ihrer Stadthauben-Initiative ein Thema ins Bewusstsein der Regierung und dieses Parlaments gerückt haben, das es sonst wohl schwer gehabt hätte, je auf die Agenda der Parlamentsgeschäfte zu schaffen. Dafür gebührt den Initiant:innen, die sich mit sehr viel Herzblut für ihre Anliegen einsetzen, unser aller Respekt und Dank.

Die Initiative geht jedoch in ihren Forderungen sehr weit und steht mit ihrer Grundaussage, dass Stadttauben keine Wildtiere seien, im Widerspruch zum Wald- und Wildtiergesetz des Bundes, dass genau dieses postuliert. Dies ist auch ein Grund dafür, dass wir in der UVEK äusserst kompetent durch das Amt für Wald und Wild beraten wurden. Als Biologe konnte ich wieder einmal feststellen und bewundern, wie spannend das Kennenlernen einer Spezies sein kann, die uns eigentlich jeden Tag begegnet und über die wir dennoch so wenig wissen, wenn wir nur einmal richtig hinschauen und uns auf diese einlassen. Ich kann Ihnen versichern, dass sich im Zuge der Beratung unser aller Wissensstand über dieses Wesen grundsätzlich verändert hat.

Aber zurück zum Gegenvorschlag der UVEK, der uns hier nun vorliegt und der den Initiant:innen doch in einigen meiner Meinung nach zentralen Punkten entgegenkommt. So wurde die Anzahl der Schläge, die für den Pilotversuch geöffnet und betrieben werden sollen, von drei auf fünf Schläge erhöht, der Pilotversuch von drei auf vier Jahre erweitert und eine Wirkungskontrolle eingefordert, die den Versuch analysiert und dann die Grundlagen für ein nachhaltiges Taubenmanagementkonzept legt, das die Stadttaubenpopulation auf einer angemessenen und tragbaren Individuenzahl hält.

All diese Massnahmen werden wohl nicht mit Erfolg gekrönt sein, wenn die Fütterung der Tauben ausserhalb der Schläge nicht gestoppt wird. Damit das geschieht, muss die Bevölkerung in die Aktion einbezogen und gut informiert werden, sodass das Fütterungsverbot wirklich auf breiter Front durchgesetzt werden kann. Und hierzu bietet auch dieser Vorschlag nun eine Lösung.

Weiter müssen die Ausnahmen professionell begleitet werden und das ist selbstverständlich nicht gratis zu haben. Sämtliche Arbeiten in der Hauptsache mit Freiwilligen und über Vereine zu bewältigen, scheint uns während des Pilotversuchs nicht zielführend, könnte aber für eine langfristige Umsetzung des Managementkonzepts sehr wohl in Betracht gezogen werden. In der Pilotphase jedoch wird es um die Erhebung von Daten gehen, die wissenschaftlichen Anforderungen genügen sollten und die nach drei Jahren im vierten Jahr analysiert werden müssen, und das muss zentral aus einer Hand erfolgen und kann nicht zwischen verschiedenen Teilnehmergruppen aufgeteilt werden. Der Anspruch der Wissenschaftlichkeit führt auch zur Erhöhung der Taubenschläge, damit wir belastbare Daten erhalten. Steht die Analyse, dann können zielgerichtete Massnahmen allenfalls mithilfe weiterer Akteure umgesetzt werden.

Der uns nun vorliegende Gegenvorschlag, den die UVEK mithilfe des WSU erarbeitet, beschreibt ein machbares und realistisches Vorgehen, das uns nach den vorgesehenen vier Jahren Erkenntnisse geben wird, die wir für ein nachhaltiges Management unserer Stadttaubenpopulation benötigen. So auf jeden Fall sieht es nun dieser Ratschlag vor. Es bleibt aber noch abzuwarten, wie die Regierung und das WSU die Vorgaben wirklich in die Realität umsetzen. Daher bitten wir Sie, den Gegenvorschlag der UVEK anzunehmen und wir werden in einem weiteren Votum dafür einstehen, dass der Anzug von Harald Friedl stehen zu lassen ist, bis die Wirkung der Massnahmen erkennbar werden. Ansonsten werden wir in der Stichfrage gegen die Initiative stimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Nach intensiver Beratung in der UVEK teilen wir grundsätzlich die Ansicht des Regierungsrates, dass ein effektives und langfristig tragfähiges Stadttaubenmanagement aus einer ausgewogenen Kombination verschiedener Massnahmen besteht. Die Rahmenbedingungen für diese Massnahmen sind sowohl ökologisch, wirtschaftlich als auch gesellschaftlich. Wir unterstützen den pragmatischen Gegenvorschlag der UVEK. Die Kommission hat den Gegenvorschlag des Regierungsrates in einigen Punkten noch verbessert. Dies begrüssen wir.

Die nun vierjährige Pilotphase mit den fünf Taubenschlägen ist ein erster Baustein einer langfristigen Gesamtstrategie. Danach geht es darum, aufgrund der Erkenntnisse des Pilotversuches ein langfristiges Stadttaubenkonzept durch eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe mit Fachleuten aus den massgebenden Ämtern und Dienststellen, Tierschutz- und

Tierrechtsorganisationen und dem Tierpark Lange Erlen zu erarbeiten und erfolgreiche Massnahmen später dann demokratisch zu verankern. Wir sind erfreut, dass der Regierungsrat nun auf den UVEK-Gegenvorschlag umgeschwenkt ist.

Somit ist für uns Grünliberale klar, wir empfehlen Ihnen die Initiative zur Ablehnung und bevorzugen den Gegenvorschlag der UVEK vor demjenigen des Regierungsrates. Beim Stichentscheid empfehlen wir den Gegenvorschlag der UVEK. Den Änderungsantrag der Fraktion Mitte-EVP lehnen wir ab. Den Anzug von Harald Friedl empfehlen wir abzuschreiben, da bei Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags ein zusätzlicher Bericht nach zwei Jahren, das heisst noch vor der Auswertung des Pilots, aus unserer Sicht obsolet ist. Falls beides vom Volk abgelehnt wird, würde dem Regierungsrat mit dem Anzug ein nicht erfüllbarer Auftrag vorliegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt dem verbesserten Gegenvorschlag der UVEK, der nun ja auch offensichtlich der Vorschlag der Regierung ist, zu. Bezüglich der Initiative sind wir offen, bei Stichentscheid sind wir dann aber für den Gegenvorschlag. Den Vorschlag der Mitte-EVP lehnen wir ab.

Die Problematik wird von uns anerkannt, die Stadttaubenpopulation ist zurzeit sehr hoch, die Verunreinigungen für die Bewohnenden meist äusserst störend und es ist sehr aufwendig, diese zu säubern. Für die davon betroffenen Einwohnerinnen sind dies auch sehr mühsame Arbeiten. Anfütterungen führen eben oftmals, das wurde uns sehr gut erklärt, zu schlecht ernährten und sogar kranken Tauben.

Und der UVEK war aber auch wichtig, dass das Wildtierrecht nicht vernachlässigt wird und dafür muss eine gute Lösung gefunden werden. BastA ist deshalb der Meinung, dass die UVEK einen Entscheid für das Pilotprojekt getätigt hat, das wichtig und richtig ist, und zwar die Erhöhung von drei auf fünf Taubenschlägen. Damit erhöht sich nämlich auch die Relevanz und Aussagekraft des Pilots selbst. Auch die Verlängerung des Pilots von drei auf vier Jahre scheint uns richtig, um aussagekräftige Resultate zu erhalten. Die Kosten sind vertretbar.

Ganz wichtig scheint uns bei einem erfolgreichen Wildtiermanagement die Aufklärung der Bevölkerung bei Anfütterungen, auch kombiniert mit rechtlichen Konsequenzen. Anfütterungen, vor allem krankmachende Anfütterungen, vergrössern das Problem. Unterstützt werden sollen tiergerechte Abwehr und Schutz betroffener Häuser sowie Balkone, eben auch durch Aufklärung, aber auch die Möglichkeit, in überbordenden Situationen professionelle, tierschutzgerechte Massnahmen von ausgebildeten Wildhütern einzugrenzen.

Entsprechend hat unserer Ansicht nach die UVEK einen valablen Gegenvorschlag geschaffen, der für die Initianten annehmbar sein sollte. Wir stimmen für diesen. Wir wollen dennoch den Anzug Friedl stehen lassen. Wir sehen das nicht als Misstrauensvotum, sondern als folgerichtigen Schritt nach Abschluss eines Pilotes. Dies auch, weil wir der Meinung sind, dass eine gute Lösung und zeitnahe Umsetzung angestrebt werden muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP hat Remo Gallacchi das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte-EVP ist grundsätzlich für den Gegenvorschlag, lehnt die Initiative ab und möchte den Anzug Friedl abschreiben. Die Mitte/EVP-Fraktion EVP möchte den ursprünglichen Gegenvorschlag der Regierung beibehalten. Dies kann ich auch im Namen der FDP und LDP hier verkünden, die unterstützen diesen Gegenvorschlag der Regierung. Inhaltlich werden sie eventuell noch selber etwas dazu sagen.

Warum sind wir für den regierungsrätlichen Gegenvorschlag? Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, egal, ob Initiative oder irgendein Gegenvorschlag, dass etwas gemacht werden muss, ist unbestritten, aber egal, was gemacht wird, es steht und fällt mit dem Fütterungsverbot. Ob sie in den Schlägen füttern oder nicht füttern, das spielt alles keine Rolle. Die Population steht und fällt mit dem Fütterungsverbot in der Stadt, egal welches Konzept Sie haben. Das wurde uns von der Fachfrau vom Amt für Wald und Wild bestätigt. Und damit spielt es im Prinzip für einen Pilot – und es ist ein Pilot, das ist zeitlich begrenzt, das ist nicht etwas, was weiterläuft, sondern aufgrund des Pilots werden dann Massnahmen ergriffen – für den Pilot spielt es keine Rolle, ob Sie drei oder fünf Taubenschläge bewilligen. Es spielt auch keine Rolle, ob Sie das drei oder vier Jahre laufen lassen. Es stimmt nicht, Béla Bartha, in der Kommission habe ich explizit gefragt, ob es irgendeinen wissenschaftlich begründeten Mehrwert gibt, wenn wir fünf statt drei Taubenschläge machen, oder ob wir den Pilot vier statt drei Jahre laufen lassen. Es wurde uns bestätigt, es spielt keine Rolle. Innerhalb von drei Jahren können Rückschlüsse gezogen werden, wie es weitergehen muss.

Dass es auf fünf Schläge und von drei auf vier Jahre erhöht worden ist, ist quasi ein Entgegenkommen für die Initianten, aber es war auch immer klar, dass die Initianten ihre Initiative nie zurückziehen würden. Jetzt kann man spekulieren, sagt die

Bevölkerung eher ja zum Gegenvorschlag, wenn es fünf Taubenschläge sind anstatt nur drei Taubenschläge, obwohl es ja nur ein Pilot ist. Diese Einschätzung teilt die Mitte-EVP-Fraktion nicht. Es wird nicht jemand die Initiative unterstützen, weil es nur drei Taubenschläge sind und nicht fünf Taubenschläge. Das ist eigentlich die Begründung, warum wir beim regierungsrätlichen Vorschlag bleiben und somit auch 330’000 Franken weniger Ausgaben tätigen. Wir sparen nicht, sondern wir geben einfach weniger aus, das im Hinblick auf die SVP, die auch immer fürs Sparen oder weniger Ausgeben ist.

Nun, wie auch immer, der Antrag steht, auf jeden Fall sind wir, egal, welcher Gegenvorschlag durchkommt, für den Gegenvorschlag und lehnen die Initiative ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Pascal Messerli, Oliver Thommen und Béla Bartha. Sie werden entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie argumentieren jetzt mit den Ausgaben. Hätte die Mitte nicht die Möglichkeit gehabt, während der Budgetdebatte einem bürgerlichen Antrag zu folgen, bei dem 19 Millionen hätten eingespart werden können?

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Entschuldigung, das wäre das Budget gewesen. Ich behaupte, die 19 Millionen beruhen quasi auf einem Finanzplan, nicht auf einem Budget.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen stellt die nächste Frage.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben gesagt, niemand würde seine Meinung ändern, egal ob es drei oder fünf Taubenschläge sind. Darum die Frage: bin ich niemand?

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich habe gesagt ich glaube. Das heisst, Sie würden die Initiative unterstützen, weil es nur drei Taubenschläge sind, und wenn es fünf wären, den Gegenvorschlag? Ja gut, dann gibt es halt eine Stimme weniger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha hat das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Sind Sie der Meinung, dass zwei Jahre genügen würden und dass man genügend Daten hätte, um dann im dritten Jahr eine wirklich gute Aussage zu machen? Wir verlieren da einiges an Zeit.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Vielleicht mögen Sie sich nicht mehr erinnern, die Auswertung erfolgt nach drei Jahren und Regierungsrat Kaspar Sutter hat gesagt, dass nach drei Jahren dann nicht mehr einfach nicht mehr gefüttert wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Stadttauben sind nicht zur Freude von allen. Auch in Basel besteht Handlungsbedarf, was vom Initiativkomitee zu Recht aufgegriffen wurde. Die Initiative stellt jedoch sehr weitgehende Forderungen, die mit einem erheblichen organisatorischen Aufwand und hohen Kosten verbunden wären. Dabei ist je nach Ausführung die Wirksamkeit nicht gesichert. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag erarbeitet, der verschiedene Massnahmen kombiniert, Erfahrungswerte aus anderen Städten wurden dabei berücksichtigt. In einem dreijährigen Pilot sollen die Massnahmen erprobt sowie die Taubenpopulation erstmals systematisch erfasst und überwacht werden. Nur so wird ein Blindflug vermieden. Die anderen Massnahmen haben wir ebenfalls bereits gehört, auf die werde ich nicht weiter eingehen.

Im Unterschied zum Ratschlag des Regierungsrats fordert die UVEK die Einrichtung von fünf Taubenschlägen, um mehr Hotspots gezielt zu entschärfen. Das reicht vielleicht nicht, um die Population insgesamt zu reduzieren, aber – und da möchte ich Remo Gallacchi widersprechen – die umliegenden Quartiere werden natürlich entlastet, da die Tauben in den Schlägen brüten und koten, anstatt beispielsweise auf dem Balkon. Zudem beantragt die UVEK eine vierjährige Pilotphase.

Dies gewährleistet, dass Erfahrungen über einen ausreichend langen Zeitraum gesammelt und fundiert evaluiert werden können, bevor nach Ablauf der vier Jahre ein langfristiges Stadttaubenmanagement festgelegt wird.

Sowohl der Gegenvorschlag des Regierungsrats als auch jener der UVEK sehen im Unterschied zur Initiative das Töten von Tauben vor. Dies soll primär bei kranken Tieren sowie punktuell an Hotspots und bei einem Teil der Jungtiere erfolgen. Die Tauben benötigen einen gewissen Bruterfolg aus gesundheitlicher und ethischer Sicht und auch damit sie den Schlag nicht verlassen. Folglich können nicht alle Eier durch Attrappen ersetzt werden. Das Töten von Tieren soll nicht leichtfertig erfolgen und tut es auch hier nicht.

Als Alternative wird häufig die Vasektomie angeführt, die beispielsweise in Bern praktiziert wird. Dabei handelt es sich um einen interessanten Ansatz, dessen Wirksamkeit zwar vielversprechend, jedoch bislang nicht abschliessend belegt ist. Denn um eine effektive Reduktion der Population zu erreichen, müsste ein sehr grosser Anteil der männlichen Tauben eingefangen und sterilisiert werden. Diese Massnahme ist zudem äusserst zeit- und kostenintensiv und erfordert spezialisiertes Personal, das in Basel derzeit nicht verfügbar ist.

Der Ratschlag des Regierungsrats nimmt bereits viele Anliegen der Initiant:innen auf, der angepasste Ratschlag der UVEK kommt den Initiant:innen noch stärker entgegen, entlastet mehr Hotspots und bietet die Möglichkeit, das Taubenproblem anzugehen, wertvolle Erfahrungen zu sammeln und diese nach Abschluss des Pilotprojekts in ein langfristiges Stadttaubenkonzept einfliessen zu lassen. Somit kann das Problem nachhaltig in den Griff gekriegt werden. Die Regierung selbst möchte nicht an ihrem Gegenvorschlag festhalten, ich bitte Sie daher im Namen der SP, dem Gegenvorschlag der UVEK zuzustimmen und den Anzug von Harald Friedl abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Nicole Strahm das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Es ist ein sehr emotionales Thema. Wir wissen alle, es gibt Taubenfreund:innen und Taubenfeind:innen, ein schmaler Grat und ich glaube, viel dazwischen gibt es nicht. Es wurde viel gesagt, ich bin fast am Ende der Rednerliste, ich möchte gar nicht mehr lange werden, aber nur noch eine kleine Symbolik für die heutige Zeit.

Die Taube hatte schon früh eine vielfältige kulturelle Bedeutung und wurde als Symbol für Frieden, Liebe, Hoffnung und Treue verehrt. Trotz grosser Symbolik und anhaltender Sympathie wird der Taubenstand aber zu gross, wird auch das Zusammenleben von Mensch und Tier problematisch. Deshalb auch aus unserer Sicht ganz klar, es muss etwas geschehen. Wir von der Fraktion LDP finden es schade, dass der Regierungsrat sein austariertes dreijähriges Pilotprojekt mit den drei sofort reaktivierbaren Taubenschlägen zurückgezogen hat. Es sind nämlich nur drei sofort reaktivierbare Taubenschläge und nicht fünf, die müssen aufwendiger wieder instandgestellt werden.

Wir unterstützen demnach den Änderungsantrag der Mitte-EVP. Remo Gallacchi hat die Gründe dazu schon ausreichend erläutert, das muss ich nicht mehr tun. Bei der Stichfrage empfehlen wir, den Gegenvorschlag vorzuziehen. Und den Anzug von Harald Friedl und Konsorten werden wir als erledigt betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Fraktionssprechenden ist erschöpft. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Christine Keller hat das Wort.

Christine Keller (SP): Die SP ist offen in der Frage der Initiative. Es wurde, glaube ich, nicht überall korrekt mitgeteilt, erst nachträglich, aber nur damit auch sich alle bewusst sind, wir sind offen und ich darf hier sprechen für diejenigen, die die Initiative befürworten, aber auch dem Gegenvorschlag als Verbesserung gegenüber heute auch zustimmen werden. Allerdings, wie gesagt, hier spreche ich für die Initiative.

Die Taube ist ja seit 1’000 Jahren als Haustier gehalten, das ist unbestritten. Sie kommt nicht von hier, sie kommt von Nordafrika oder Asien. Sie wurde gehalten wegen ihres Fleisches oder als Brieftaube. Sie ist heute eine Pariaform. Der Streit, den Regierungsrat Kaspar Sutter angesprochen hat, ob es jetzt eine Haus- oder Wildtaube ist, ist einer, aber von mir aus gesehen nicht der entscheidende Grund hier in der Haltung zur Initiative. Entscheidend ist ja letztlich, wie man mit diesem Tier umgeht und nicht, ob man es jetzt als Haus- oder Wildtier ansehen. Sicher ist, dass unser Jagdgesetz ausdrücklich vorgibt, dass wir, wenn wir das wollen, selbstverständlich Tiere, auch wenn sie national als Wildtiere gelten, von der Jagd ausnehmen können. Es ist also keineswegs so, dass wir verpflichtet wären, diese Tiere zu jagen.

Die Taube ist ursprünglich aus der Felstaube vom Menschen gezüchtet worden, deshalb sucht sie sich Fassaden, die sie an die ursprünglichen Felsen erinnern. Sie kann nicht, selbst wenn sie es wollte, unsere Städte verlassen und ich muss mich wehren gegen die Haltung, dass das Wildtier für sich selbst sorgen kann. Das kann es eben nicht. Wir Menschen haben es in die Stadt gebracht und wir haben diesem Tier gegenüber eine gewisse Verpflichtung, eine moralische Verpflichtung. Hinzu

kommt, dass es tatsächlich ja auch ein Problem der Menschen ist, wenn Tauben unerwünscht nisten und die Fassaden verschmutzen. Es ist also einmal mehr eine gute Lösung für Mensch und Tier, wenn wir hier eine humane, tierschutzgerechte Lösung, die eben auch wirkt, finden.

Und das Traurige ist, dass das, was am meisten stört bei der Verschmutzung durch Tauben, diese hässlichen «Schlircken», Hungerkot ist, das ist sozusagen Durchfall der Tiere. Würde man sie artgerecht füttern, hätte man dieses Problem weit weniger. Es wurde schon oft gesagt, ein grosser Unterschied, der auch für mich und den Teil der SP, der die Initiative befürwortet, wichtig ist, ist tatsächlich diese sogenannte Entnahme, ein grauenhaftes Wort für Tötung von Jungtauben aus den Schlägen, wo es nötig wird, was die Tiere eben gerade nicht zur Bindung an den Schlag führen wird, ganz im Gegenteil. Wir wissen auch, dass die Tötung von Tieren, wie es hier angeblich ausnahmsweise und diskret erfolgen soll, eben das Problem nicht löst, zwar auch nicht an Hotspots, im Gegenteil. Das Land Niedersachsen hat schon seit 1998 solche Konzepte in verschiedenen Städten gehabt und bei seiner Auswertung 20 Jahre später festgehalten, dass diese Tötung nichts bringt, sondern im Gegenteil sogar wieder Tauben anlockt an die verwaisten Plätze. Also auch in den Hotspots bringt das nichts und es ist nicht wahr, dass das diskret gemacht wird. Ich erhielt schon entsetzte Anrufe, dass beim SBB Tauben geschossen werden.

Also wie gesagt, ich wende mich gegen ein Konzept, das auch die Tötung vorsieht im Gegensatz zur Initiative. Dies ist nicht nur tierschutzwidrig, sondern löst das Problem nur ganz kurzfristig im Sinne einer St. Florians-Politik. Als letztes vielleicht noch zur Frage, warum immer ein Pilot? Das hat Luca Urgese kürzlich in einer viel beachteten Kolumne angesprochen. Basel glaubt immer, alles neu erfinden zu müssen, das ist nicht nötig, im Ausland hat man seit 20 Jahren Erfahrung mit solchen Konzepten, wie sie jetzt die Initiative vorsieht und ich bitte Sie daher, der Initiative zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Jetzt hat Christine Keller schon ein bisschen die Harmonie gestört, darum bin ich froh, dann bin ich jetzt nicht der erste da, der da ein bisschen Gas gibt. Mir kommt es so vor, als erkenne ich hier bei diesem ganzen Verfahren ein altbekanntes Muster. Schon nach der ersten Beantwortung meines Anzugs, der schon ein paar Jahre auf dem Buckel hat, war mir klar, dass der Regierungsrat das Thema des Stadttaubenkonzepts zu wenig ernst nimmt und meiner Meinung nach taktisch auch versucht, ein wenig herauszuzögern. Nun musste er aufgrund einer Volksinitiative – und sie wurde auch schon gewürdigt, da waren sehr engagierte Leute unterwegs und haben da in kurzer Zeit die Unterschriften zusammenbekommen – gezwungen, Vorschläge zu machen.

Ich habe noch selten hier in diesem Grossen Rat Debatten gehört, wo das Wort Handlungsbedarf so oft genannt wurde. Also da ist jetzt etwas gegangen. Leider war der Vorschlag des Regierungsrats zum Gegenvorschlag in meinen Augen, und nicht nur in meinen Augen, das trifft auch für die Initiantinnen zu, zu unambitioniert und ungenügend. Anstelle eines grossflächigen Konzepts präsentiert er wieder einmal ein Pilotprojekt, wie wir es in unserem Kanton schon zur Genüge kennen. Die Pointe oder der Hinweis auf die Kolumne von Luca Urgese wurde auch schon Christine Keller erwähnt, sie ist wirklich sehr lesenswert. Wiederum macht der Kanton ein Pilotprojekt für etwas, das an anderen Orten etabliert ist. Das Beispiel Bern wurde auch schon von mir erwähnt, als es um die Beantwortung meines Anzugs ging. Ich bitte Sie, werfen Sie auch einmal einen Blick dorthin, ich denke, dort ist wirklich einiges aufgegleist und das funktioniert gut.

Ich habe also das Gefühl, der Regierungsrat hat das Setting des Pilots so aufgestellt und gewählt, dass es schon fast zum Scheitern verurteilt sein muss. Die Grösse des Pilots ist meiner Meinung nach wirklich unzureichend, um dann wirklich eine Aussage machen zu können. Vielleicht wäre es besser gewesen, sich wirklich auf ein Quartier zu konzentrieren.

Ich habe den Bericht der UVEK mit grossem Interesse gelesen und weiss die Arbeit der Kommission sehr zu schätzen. Der Bericht ist gut und nachvollziehbar und hat die Meinungen in der Kommission sehr gut wiedergegeben. Ich befürworte natürlich auch die Verbesserungen der UVEK gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrats und werde diesen schlussendlich auch zustimmen. Am wichtigsten erscheint mir bei den Verbesserungen, dass der Regierungsrat nur nach drei Jahren schon ein Fazit ziehen muss und dann nicht schon die Schläge geschlossen werden, sodass der Versuch wenigstens weiterläuft. Dies ist übrigens ein Fortschritt, den wir uns auch bei den Superblocks gewünscht hätten.

Sie spüren meine Enttäuschung zu den Gegenvorschlägen, ich werde aber, wie schon gesagt, den Gegenvorschlag der UVEK unterstützen, weil er endlich eine Handlung gibt und ein Anfang sein könnte. Ich werde aber auch als einer der wenigen der Initiative zustimmen, weil darin ein Konzept verlangt wird, wie es übrigens auch mein Anzug zwar nicht verlangt aber vorschlägt, daher sehe ich da gewisse Verknüpfungen von meinem Anzug mit der Initiative.

Ganz zum Schluss noch ein paar Worte zu meinem Anzug, auch wenn es vergeblich scheint, wenn ich die Kreuztabelle anschaue. Ich bin nicht der Meinung, dass er abgeschrieben werden muss. Sie können das auch nachlesen im UVEK-Bericht, da gibt es eine Minderheit und ich finde, das wurde da sehr gut wiedergegeben. Es ist sehr gut nachvollziehbar. Beim Stehenlassen des Anzugs wäre die Gelegenheit da, nach zwei Jahren uns ein Zwischenfazit bei der Beantwortung des

Anzugs mitzuteilen und auch vielleicht schon Verbesserungen anzubringen. Auf jeden Fall bitte ich Sie, meinen Anzug stehen zu lassen und den Rest habe ich ja vorher schon erläutert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist jetzt erschöpft, Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort. Er verzichtet. Somit hat das Wort Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte auf einzelne Punkte kurz eingehen. Zuerst zur philosophischen Differenz, die Regierungsrat Kaspar Sutter erwähnt hat, betreffend Haustier oder Wildtier. Diese Frage war für die Beratung in der UVEK nicht ausschlaggebend. Für uns stand wirklich im Vordergrund der Debatte, welche Kombination von Massnahmen für ein wirkungsvolles und gleichzeitig tiergerechtes Stadttaubenmanagement in einem Pilot zielführend ist. Wir haben einzelne Massnahmen diskutiert und nicht versucht, Bundesrecht wieder umzustellen mit kantonalem Recht. Wir haben festgelegt, dass es ein Konzept braucht und dieses Konzept braucht es unabhängig davon, ob das Tier ein Haustier oder ein Wildtier ist, und dass die Learnings aus dem Gegenvorschlag zwingend auch in ein Konzept fliessen.

Kurz zu den Jungvögeln, Christine Keller hat diese erwähnt. So wie sie es dargestellt hat, ist das nicht der Fall. Die werden nicht einfach per se entnommen aus den Schlägen. Ich habe in meinem Einstiegsvotum bereits erläutert, wie das zu verstehen ist und verweise darauf.

Nun noch zur Wirkung von Massnahmen auf die Populationsgrösse beziehungsweise die Anzahl der Tauben. Dies wurde in mehreren Voten erwähnt. Ich bestätige, die Kommission hat die Auskunft erhalten, dass die Verfügbarkeit von Futter und auch die Verfügbarkeit von Brutplätzen einen Einfluss hat auf die Fortpflanzung. Das ist unbestritten, ich denke, das ist für sehr viele oder fast eigentlich alle Tierarten unbestritten. Wir haben jedoch auch die Auskunft erhalten, dass es wissenschaftlich umstritten ist, ob der Eiertausch in Schlägen einen Einfluss hat auf die Populationsgrösse. Weil durch Taubenschläge werden Brutplätze geschaffen und es wird auch dort gefüttert, gleichzeitig wird darin aber auch die Fortpflanzung kontrolliert. Entsprechend ist es umso wichtiger, dass der Kanton am Ende des Jahres 3 und ganz am Anfang von dem Pilot auch eine Wirkungskontrolle macht und ein Gesundheitsscreening, um eben dieser Frage nachzugehen, wie denn dieser Effekt der Schläge auch ist.

Man muss auch bedenken, und das wurde in der UVEK auch diskutiert, dass das Fütterungsverbot einfacher vermittelt werden kann, wenn die Menschen wissen, dass in den Schlägen gefüttert wird, was ja der Fall ist. Zudem halten sich Tauben auch weniger im öffentlichen Raum auf, wenn sie Schläge zur Verfügung haben, und sie pflanzen sich weniger fort. Wichtig ist daher wirklich, dies zu prüfen. Wir haben auch in andere Städte geschaut, Harald Friedl hat es erwähnt, in Bern beispielsweise werden die männlichen Tauben sterilisiert. Wir schlagen sehr viele Massnahmen vor, gehen mit eigentlich den meisten Massnahmen auch einig mit dem ursprünglichen Ratschlag der Regierung und schlagen wirklich vor, dass wir mit diesen Massnahmen den Basler Weg entwickeln im Umgang mit unseren Tauben. Besten Dank für die lebendige Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts.

Titel und Ingress, I Gegenvorschlag, Text der Initiative, Ausgabenbericht für ein vierjähriges Pilotprojekt. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen Mitte, EVP, LDP und FDP vor. Sie beantragen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen, ein dreijähriges Pilotprojekt mit Kosten von 517’000 Franken. Das Wort hätte der Antragsteller. Er verzichtet. Wünscht die Kommissionssprecherin das Wort? Sie verzichtet. Ich habe auch sonst keine Sprechenden. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Somit kommen wir zur ersten Abstimmung in diesem Geschäft.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der UVEK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktionen Mitte/EVP, LDP & FDP.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008044, 07.01.26 17:08:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der UVEK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich klar für den Antrag der UVEK entschieden mit 63 gegen 29 Stimmen.

Die Kommission beantragt der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Wir starten auch hier die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008046, 07.01.26 17:09:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben mit 93 Stimmen einstimmig für einen Gegenvorschlag gestimmt.

Wir fahren fort mit der Detailberatung, II Unterstellung ausserordentliches obligatorisches Referendum, III weitere Behandlung.

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung empfehlen. Christine Keller und Harald Friedl beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Es würde auch hier eine Debatte geben. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schreiten wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Verwerfung, NEIN heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008048, 07.01.26 17:10:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3’035 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten ein-gereichten, vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 20. August 2024 an den Regierungsrat überwiesenen, unformulierten Volksinitiative für ein «Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

2020 wurden in Basel-Stadt alle Taubenschläge geschlossen und somit das Basler Taubenkonzept für beendet erklärt. Es ist jetzt an der Zeit für ein neues, zeitgemässes Stadttaubenkonzept für Kanton Basel-Stadt, welches die ungelöste Stadttaubenproblematik nachhaltig angeht. Es soll ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben erarbeitet und umgesetzt werden, das zum Wohle von Mensch & Tier ist. In Anlehnung an das Augsburger

Stadttaubenkonzept, das von vielen europäischen Städten als Vorbild genommen wird, soll Kanton Basel-Stadt ein eigenständiges Stadttaubenkonzept anstreben.

Das angestrebte Stadttaubenkonzept soll folgende, wesentliche Punkte beinhalten:

1. *Ziel ist die langfristige Reduktion der städtischen Taubenpopulation auf ca. 3000-4000 Tauben anhand der unten angegebenen Massnahmen.*

2. *Eröffnung von mind. einem Taubenschlag pro Quartier, in denen eine Taubenpopulation von mehr als 50 Tauben angesiedelt sind.*

3. *Versorgung mit artgerechtem Futter in den Taubenschlägen und ein gezieltes Anfüttern der Tauben während der Einführungsphase zu den neuen Taubenschlägen.*

4. *Kontrolle der Taubenpopulation durch Austausch der Eier gegen Attrappen. Keine Tötung von Tauben. Ausnahme: Aus tierschutzrechtlicher Sicht ist die Erlösung von kranken/verletzten Tauben, die stark leiden, durch fachgerechte Euthanasie zu ermöglichen.*

5. *Tierärztliche Versorgung von kranken und verletzten Tauben, wie auch offizielle Pflegeplätze und ggfs. Dauerpflegeplätze.*

6. *Um die Tauben an die neu installierten Taubenschläge zu binden und den langfristigen Erfolg des Projektes zu sichern, ist am Fütterungsverbot (§ 21 Abs. 1, ÜStG) ausserhalb der Taubenschläge weiterhin festzuhalten.*

7. *Integration einer vogelkundigen Fachstelle beim Kanton Basel-Stadt für die Aufklärung der Bevölkerung und eine offene, transparente Kommunikation durch rechtzeitige und umfängliche Bereitstellung von Informationen.»*

wird beschlossen:

Ausgabenbericht für ein vierjähriges Pilotprojekt «Reaktivierung von fünf Taubenschlägen und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel»

1. Der Grosse Rat bewilligt den Gesamtbetrag von Fr. 830'000 für das vierjährige Pilotprojekt «Reaktivierung von fünf Taubenschlägen und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel», aufgeteilt in vier Jahrestranchen von Fr. 254’500 für das erste Jahr, Fr. 181’000 für das zweite Jahr, Fr. 213’500 für das dritte Jahr und Fr. 181’500 für das vierte Jahr.

2. Der Grosse Rat beauftragt den Regierungsrat, nach Ablauf des dritten Jahres des vierjährigen Pilotprojekts anhand der gewonnenen Erkenntnisse geeignete Massnahmen in einem Stadttaubenkonzept festzuhalten und dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Falls notwendig, legt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Teilrevision des Wildtier- und Jagdgesetzes vom 27. Oktober 2021 (WJG, SG 912.200) vor.

II. Unterstellung unter das ausserordentliche obligatorische Referendum

Der unter I. aufgeführte Grossratsbeschluss (Gegenvorschlag) wird dem ausserordentlichen obligatorischen Referendum gemäss § 51 Abs. 2 KV unterstellt.

III. Weitere Behandlung

Die kantonale Volksinitiative für ein «Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist der Grossratsbeschluss (Gegenvorschlag) den Stimmberechtigten zur Abstimmung zu unterbreiten.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie empfehlen die Initiative zur Verwerfung mit 73 gegen 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

IV Publikation. Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

9.1. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK

[07.01.26 17:10:54, 22.5040.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Auch hier hätten wir wieder die obligate Reihenfolge. Sie verzichten, auch sonst gibt es keine Sprechenden. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Grüne/jgb

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008050, 07.01.26 17:11:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 70 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung für Abschreiben entschieden. Das Geschäft ist erledigt.

10. Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

[07.01.26 17:11:57, 24.1443.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Dieses Geschäft ist nach der Margarethenbrücke und dem Ratschlag zur Peter Merian-Brücke inklusive den Veloabstellanlagen Süd das dritte Bahnknotengeschäft eines Viererpacks. Als nächstes Traktandum nächste Woche kommt dann das vierte und das letzte.

Das vorliegende Geschäft ist eigentlich mehrere Geschäfte in einem. Die UVEK hat daher auch in insgesamt zehn Sitzungen über dieses Geschäft beraten. Es geht einerseits um den Zwischenbericht der bisherigen Arbeiten. Diesen beantragt die UVEK zur Kenntnis zu nehmen. Dann werden weitere Gelder beantragt für die weiteren Planungsarbeiten, insgesamt 5,59 Millionen. Diese waren grundsätzlich unbestritten, bis auf die Massnahmen für das Lobbying und Stakeholdermanagement. Darüber haben wir diskutiert und einige Abklärungen getroffen. Sie sind im Bericht umfassend abgebildet. Ich verzichte

darauf, diese zu wiederholen. Und letztlich beantragt die UVEK mit klarer Mehrheit jedoch auch hier, den 850’000 Franken, verteilt auf drei Jahre, zuzustimmen.

Die Mehrheit der Gelder von diesen 3,59 Mio. Franken sind Gelder für die beim Kanton anfallenden Planungen an kantonalen Infrastrukturen rund um den Ausbau des Bahnknotens. Wir gingen während der Beratung davon aus, dass sich diese Planungen am Herzstück orientieren. Während der Kommissionsberatung wurde bereits klar, dass das Herzstück teurer kommt als erwartet und dass es schwierig wird mit den Bundesgeldern dafür. Das Herzstück wurde im vielzitierten ETH-Gutachten depriorisiert, doch die Kommission sah darin keinen Anlass, keine weiteren Planungsgelder für kantonale Infrastrukturen zu sprechen oder keine Gelder für das Lobbying und Stakeholdermanagement zu sprechen oder die Koordinationsarbeiten des Bahnknotenausbaus nicht auszubauen.

Der Bahnknoten Basel ist an seinen Kapazitätsgrenzen und um die Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr auszubauen und gleichzeitig das S-Bahnnetz weiterzuentwickeln, braucht es weitere Planung, namentlich in einem ersten Schritt den Tiefbahnhof und darauf aufbauend eine unterirdische Verbindung der Bahnhöfe SBB, Badisch Bahnhof und St. Johann je nach Projekt. Das ist nicht einfach eine Idee der Kantone BS und BL. Die Auslöser der Planungsarbeiten, für die wir jetzt Gelder sprechen, sind primär auch die Bestrebungen von BAV und SBB, den Kapazitätsausbau des Bahnknotens hier voranzutreiben. Der Kanton muss da Schritt halten können und die Notwendigkeit eines Kapazitätsausbaus bleibt bestehen, unabhängig des Herzstücks.

Die Stadträume und das ÖV-Netz auf den Bahnausbau anzupassen und als Kanton auch da Schritt zu halten mit den Bundesplanungen ist und bleibt wichtig und wir beantragen deshalb einstimmig bei drei Enthaltungen der Erhöhung der Ausgabenbewilligung um 3,59 Mio. Franken, also der damaligen Ausgabenbewilligung des Ratschlags 1, und dieser Ausgabenbewilligung um 5,59 Mio. Franken zuzustimmen.

Nach Abschluss der Kommissionsberatung hat die UVEK im Dezember von der Medienkommunikation der beiden Regierungen BS und BL Kenntnis genommen. Die Regierungen beider Basel möchten sich neu anstelle des Herzstücks auf eine Durchmesserlinie fokussieren. Die UVEK hat daraufhin geprüft, ob sie Handlungsbedarf sieht. Wir sahen jedoch keinen. Die UVEK bedauert, dass die Kantone sich neu auf die Durchmesserlinie konzentrieren, sie hat jedoch gleichzeitig auch Verständnis dafür, dass das Herzstück beim Bund schlechte Chancen zu haben scheint. Wir wünschen uns, dass der Bund die Notwendigkeit des Kapazitätsausbaus von unserem Bahnknoten anerkennt und den Tiefbahnhof Basel SBB in die Botschaft 2026 aufnimmt. Auch mit Fokussierung auf die Durchmesserlinie braucht es einen Tiefbahnhof und damit auch weitere Planungsarbeiten, die beantragten Gelder bleiben also aktuell.

Nun komme ich zum zweiten Teil des Ratschlags, der Studie Stadtraum Basel SBB. Der Regierungsrat beantragt hier die Kenntnisnahme und in der Studie wird die Gestaltung des öffentlichen Raumes rund um den Bahnhof dargelegt. Die Regierung hat darum gebeten, dass die UVEK zu dieser Gestaltung auch explizit politisch Stellung bezieht. Diesem Wunsch ist die UVEK nachgekommen mit einem umfassenden Bericht und mehreren Stellungnahmen. Ich verzichte darauf, alles mündlich zu wiederholen. Wo notwendig werde ich im zweiten Votum noch auf Dinge aus der Debatte eingehen.

Summa summarum kann ich jedoch sagen, dass die Stossrichtung der Studie in der Kommission eine Mehrheit findet. Dies trifft zu auf die MIV-Einspurigkeit der Margarethenbrücke, die alternative Verkehrsführung eines Teils des Autoverkehrs über die Meret Oppenheimstrasse, die Schaffung eines Markthallenplatzes, den Abriss des Markthallenviaduktes und die Schaffung eines neuen Margarethenparks. In unserem mündlichen Bericht zur Margarethenbrücke haben wir zudem in Aussicht gestellt, beim vorliegenden Geschäft umfassend zur Neugestaltung der Margarethenbrücke Stellung zu beziehen. Die UVEK hat dies in ihrem Bericht gemacht. Da während der Beratung auch das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen wurde, haben wir auch direkt zum Siegerprojekt Stellung bezogen.

Das Siegerprojekt stösst in der UVEK ausnahmslos auf Zuspruch. Im Bericht hat die UVEK einige Anregungen und politische Einschätzung zur weiteren Ausarbeitung des Projekts gemacht. Hervorheben möchte ich insbesondere, dass die Hilfsbrücke während der Bauzeit eine sichere und attraktive Fuss- und Veloverbindung vom Gundeli über die Gleise und zurück durchgehend während der Bauzeit anbieten muss. Eine Integration der Hilfsbrücke in das Bauprojekt anstelle einer separaten Brücke ist für die UVEK daher nur unter diesen Bedingungen akzeptabel. Wir werden beim nächsten Geschäft dann nächste Woche nochmals auf diese Thematik und die Hilfsbrücke zu sprechen kommen, wenn es dann um die Querungen, Brücken und Unterführungen rund um den Bahnhof geht. Die UVEK wünscht sich zudem, dass der Grosse Rat auch über mögliche Zusatzmodule entscheiden kann, welche die SBB nicht finanzieren würden.

Abschliessend noch zu den zwei Vorstössen. Der Regierungsrat beantragte, sowohl die Motion Leuthardt als auch die Motion Vitelli stehen zu lassen, bis die Ausgabenbewilligung zur Margarethenbrücke vorliegt. Dieser Antrag hat in der Kommission eine Mehrheit gefunden. Wir beantragen daher mit 8 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, beide Vorstösse stehen zu lassen und nun bin ich gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir in die Debatte einsteigen, hat Regierungsrätin Esther Keller noch das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte der Kommission ganz herzlich danken für die sehr sorgfältige Beratung dieses grossen Geschäfts. Sie haben einige der Ausführungen gehört. Das war ja, wie gesagt, Teil von mehreren Geschäften, auch rund um den Bahnausbau und ein Teil ist bereits beraten und verabschiedet. Natürlich hat mich auch von verschiedener Seite die Frage erreicht, ob es jetzt diesen Ratschlag überhaupt braucht, ob es diese Ausgaben angesichts des Berichts Weidmann braucht, und ich kann Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen, ja, diesen Ausgabenbericht braucht es unbedingt.

Die Regierungen haben vor Weihnachten bekannt gegeben, dass sie sich beim Bahnausbau auf diese Durchmesserlinie fokussieren möchten. Ich habe das heute Nachmittag anlässlich einer Interpellation etwas länger ausführen können. Hintergrund ist die neue Ausgangslage, dass im Bericht des ETH-Professors Weidmann klar wurde, auch im Umfeld der teureren Bahnprojekte, dass das Herzstück in dieser Form, wie man es bisher geplant hat, einfach zu teuer ist, zu lange gedauert angesichts auch des beschränkten Finanzrahmens.

Und nun wollen wir eben auf diese reine Durchmesserlinie fokussieren und diese dafür rasch umsetzen. Konkret soll die Region endlich ein echtes S-Bahn-Netz erhalten. Denken Sie an Zürich, wo das S-Bahn-Netz das Rückgrat der Wirtschaftsregion ist, immer noch ausgebaut wird und einen grossen Effekt hat, auch volkswirtschaftlich. Ich darf vielleicht nochmals um die Grafik bitten von heute Nachmittag. Diejenigen, die im Saal waren, haben es schon gesehen, für die anderen möchte ich es gerne nochmals zeigen. Was Sie hier sehen, ist eine schematische Darstellung dessen, was wir vorhaben mit dieser Durchmesserlinie. Sie sehen die beiden Bahnhöfe Basel SBB und Basel Badisch Bahnhof und alle roten Linien sind eben diejenigen, die neu möglich sind mit einer Durchmesserlinie. Weshalb ist es so wichtig, dass sie nicht oben in den Badisch-Bahnhof fahren, dann dort wieder kehren und dann über den Ostweg quasi zum Basel SBB und dann weiter? Es ist eben wichtig, weil jede Kehrtwende eines Zugs Zeit braucht. Wer aus Riehen hierherkommt oder nach Basel SBB möchte, kann davon ein Lied singen, da sitzen Sie aktuell sieben Minuten im Zug und warten einfach, bis er weiterfährt, weil es eben ein Sackbahnhof ist. Das ist äusserst ärgerlich und führt natürlich dazu, dass die S-Bahn unattraktiv ist.

Und mit dieser Durchmesserlinie zwischen Badisch Bahnhof und Basel SBB ist es möglich, durchzufahren, dann sind Sie in wenigen Minuten von Riehen beispielsweise am Basel SBB oder weiter ins Birstal, ins Ergolztal, ins Fricktal. Auch umgekehrt, überlegen Sie all die Arbeitsplätze im Birstal, ich denke da an Arlesheim, Abtaun oder umgekehrt an all die Wohnorte, die Wohnungen, die dort sind, die Wohngebiete, die vielleicht gerne in den Norden von Basel gehen würden, ins künftige Klybeck oder ins Rosentalgebiet zur Roche und so weiter. Also es ist, ich betone es nochmal, volkswirtschaftlich relevant, dass wir hier ein attraktives S-Bahn-Netz haben. Und wenn ich 50 Haltestellen aufheben könnte eines Trams oder der verschiedenen Tramlinien, niemals wären die Trams schnell genug, um eine echte S-Bahn zu ersetzen. Und deshalb – wir haben schon viel darüber gesprochen, wir warten schon sehr lange in Basel-Stadt auf diesen Bahnausbau – ist es wichtig, dass wir uns jetzt wirklich geeint dafür einsetzen.

Die Fokussierung auf die Durchmesserlinie ist nicht nur ein Befreiungsschlag, jetzt auch im aktuellen Umfeld ein Angebot an den Bund, uns noch einen Platz zu verschaffen in der nächsten Botschaft innerhalb dieses Verkehrs 45, es bedeutet auch, dass diese S-Bahn-Verbindungen früher kommen können. Sie wissen, die Zahl 2080, die durch die Medien gegeistert ist, die eben bei einem Vollausbau der Zielhorizont gewesen wäre, natürlich auch für den Güter- und für den Fernverkehr und alles, was noch geleistet worden wäre, aber wir sind uns einig, das ist zu lange, so lange wollen wir nicht warten.

Und jetzt komme ich zurück zu diesem Ausgabenbericht jetzt. Es gibt zwei Gründe, weshalb Sie wirklich diesem Ausgabenbericht zustimmen sollten. Einerseits ist es jetzt mal eine Stossrichtung, eine vertiefte grundsätzlich, wir haben über diese Planungen auch schon vor ein paar Jahren nachgedacht. Das Bundesamt für Verkehr war im Lead die letzten Jahre. Man hat eine andere Stossrichtung verfolgt, aber wir müssen diese Stossrichtung jetzt vertiefen und dazu brauchen wir auch auf Seiten Kanton personelle Ressourcen. Und das ist Teil dieses Ausgabenberichts.

Dann müssen wir uns auch vorbereiten. Wenn es eben schneller geht, was ich sehr hoffe und davon ausgehe, dass der Bundesrat das eben in den Eckwerten so beschliesst, dass Basel das weiterverfolgen kann, dann müssen wir die ganzen Bauwerke rund um den Bahnhof SBB fit machen. Wir werden mehr Passagierströme sehen, wir können das heute mit den jetzigen Bauwerken und der heutigen Gestaltung der Umgebung nicht bewältigen und das braucht Zeit. Sie können sich das vorstellen, da wird es auch Mitwirkungsverfahren geben und so weiter, also das braucht Zeit und eben auch personelle Ressourcen.

Last but not least, das etwas umstrittene Wort Lobbying, das immer wieder auftraucht, das offenbar auch ein bisschen was Anrüchiges hat, glauben Sie mir, das ist es nicht. Alle Regionen kämpfen in Bern um ihren Teil des Kuchens. Weshalb? Das klingt etwas banal, aber das Geld ist einfach begrenzt. Und es ist so, dass man sich in Bern dafür einsetzen muss, dass die Argumente gehört werden, dass es hier in Basel eben beispielsweise nicht nur um die S-Bahn geht, sondern dass wir so auch Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr schaffen, was wiederum der Schweiz zugutekommt. Und wir müssen uns in Bern hören lassen, wir müssen Kontakt suchen mit Bundesparlamentarier:innen, wenn es dann Richtung Botschaft geht, und dafür braucht es gewisse Mittel.

Der Bahnkongress, der in zehn Tagen stattfindet, ist ein sehr gutes Gefäss. Da kommt die ganze Bahnwelt nach Basel, wir haben auch dieses Jahr wieder ein wirklich gutes Programm mit dem CEO, auch der SBB, mit Bundesrat Albert Rösti. Aber auch darin, klar, stecken viel Organisation und Ressourcen.

Deshalb, ich darf nochmal zusammenfassen: Ich finde es ist heute wirklich ein wichtiges Zeichen nach Bern. Wir stehen kurz vor dem Entscheid des Bundesrats, der entweder für oder gegen Basel ausfällt. Es ist ein wichtiges Zeichen heute nach Bern, dass wir sagen, wir möchten diesen Bahnausbau, wir möchten diese Durchmesserlinie und wir sind bereit, auf unserer Seite die personellen Ressourcen dafür bereitzustellen. Deshalb bittet Sie der Regierung um Zustimmung und jetzt bin ich auch gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese starten wir jetzt mit Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Der Bund ist leider keine Eier legende Wollmilchsau. Nach Jahrzehnten der Planung ist das Projekt Herzstück für Basel Geschichte weit zu teuer. Diese Erkenntnis ist ernüchternd, eine sorgfältig, professionell und mit viel Herzblut erstellte Arbeit zum jahrzehntelangen Konzept Herzstück wird kaum gewürdigt und wurde für uns alle überraschend mit einem Satz von der Basler und der Baselbieter Regierung beerdigt. Um in Bundesbern dennoch zu retten, was zu retten ist, gilt nun das erklärte Ziel, und das als Quantensprung, eine einzelne S-Bahn-Tunnelachse als reine Durchmesserlinie vom Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof, und das ohne unterirdische Haltestellen in der Innenstadt oder sonst wo. Für dieses Projekt bestehen derzeit weder planerische Klarheit noch eindeutige Zuständigkeiten, geschweige denn Visionen zur Verkehrsführung. Aber eine erste Lobbying-Massnahme ist dabei schon erkennbar, eine zürcherische Nomenklatur.

Mit der Schrumpfung auf eine S-Bahn-Durchmesserlinie geht auch eine markante Verkleinerung des geplanten Tiefbahnhofs SBB einher. Statt vier Gleise sind nur noch zwei vorgesehen. Gleichwohl soll der Tiefbahnhof gebaut werden. Bevor wir uns aber erneut hoffnungsvoll in ein neues Projekt verlieben, dessen Attraktivität, Nutzen und tatsächlicher Bedarf von beiden Regierungen erstaunlich rasch abgeklärt wurden, stellt sich für mich die Frage, ob das reduzierte Herzstücklein dasselbe leistungsfähige S-Bahn-Netz bieten kann und dieselbe langfristige regionale Bedeutung haben wird. Ferner scheint mir fraglich, ob die vorgesehene Redimensionierung nicht zwangsläufig auch eine Reduktion der vorgesehenen Vorleistungsinvestitionen erforderlich macht. Es muss schon transparent dargelegt werden, dass hier Ausgaben als Vorleistungen für die weitere Planung geleistet werden, und zwar einzig und allein, um sicherzustellen, dass Basel weiterhin an vorderster Front nationaler Bahninfrastrukturplanung mitwirken kann und unsere Schlüsselinfrastrukturprojekte nicht vollständig ins Stoppen geraten.

Gleichzeitig sind meines Erachtens Ausgaben für Planung und Projektierung dort zu begrenzen, wo es möglich ist. Unnötige Kosten, etwa für die Ausbauplanung des S-Bahn-Netzes im und zum Klybeck, sind zu stoppen, da sie durch die Reduktion ja hinfällig sind. Ich befürworte sowieso alle möglichen Einsparungen, denn es ist kaum nachvollziehbar, wieso das redimensionierte Projekt dieselben weiteren Planungskosten verursachen sollte wie die ursprüngliche Vollversion. Ich finde, es sollte schon deutlich werden, dass in und aus unserer Region kein vergoldetes weiteres Projekt nach Bern geschickt wird, sondern ein realistisches, zeitnah umsetzbares und vor allem notwendiges Projekt für alle Beteiligten.

Anderes Thema, die Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB Basel: Die vom BVD geplanten Ausbauwünsche und Verkehrsführungen auf der Margarethenbrücke und in der weiteren Umgebung teilen wir nicht vorbehaltlos. Hier haben wir eine differenzierte eigene Haltung. Die mediale Charakterisierung des BVD aus Baum- und Velodepartement ist dabei bezeichnend, ergänzt um ein F für Fussverkehr entsteht hier ein Bild eines Departements, das für den gesamten Raum rund um die Margarethenbrücke einen eigenen Anspruch auf Gestaltung annimmt. Schon jetzt verbindlich über die Ausgestaltung dieser Brücke zu entscheiden, ist in dieser Phase nicht erforderlich. Erst beim Vorliegen konkreter Ausbauprojekte kann abschliessend entschieden und Stellung dazu genommen werden. Für uns hingegen ist bereits jetzt klar, eine einspurige MIV-Führung über die Margarethenbrücke, eine unnötige Verkehrsbelastung der Meret Oppenheimstrasse oder eine Überbeanspruchung der Peter Merian-Brücke sind nicht unser erklärtes Ziel.

Auch die Frage einer künftigen Umnutzung städtischer Räume in Park- und Grünzonen mit damit einhergehenden Umleitungen, Einschränkungen des MIV, neuen Tram- und Buslinienführungen oder teilweise willkürliche Rückbauten hat in diesem Geschäft gegenwärtig keine Relevanz, solange keine belastbaren Kosten-Nutzen-Analysen vorliegen und der Zeithorizont des Bahnknotenausbaus noch unklar ist.

Dem Projekt eines neuen Perronzugangs über die Margarethenbrücke hingegen stehe ich sehr wohl positiv gegenüber. Es gefällt mir sehr gut und verbessert meines Erachtens die missliche Lage vor dem Zentralbahnplatz, unabhängig von der weiteren Entwicklung des Bahnhofs SBB und des Bahnknotenausbaus. Die Finanzierung des Perrons ist geregelt, das ist erfreulich. Der geplante, breite, gedeckte Boulevard entlang der Margarethenbrücke ist für alle Nutzenden ein Gewinn und ermöglicht eine attraktive, zu Fuss benutzbare Querachse vom Gundeli herkommend und zurück. Meines Erachtens erübrigt

dies die Planung eines zweiten Trottoirs auf der Margarethenbrücke. Die frei werdende Fläche könnte sinnvoll für den MIV nutzbar gemacht werden.

Einknicken aber nur aufgrund des Gutachtens Verkehr 45 der ETH ist aber nicht unser Bestreben und deshalb möchten wir mit der Unterstützung der weiteren Finanzierung den Schwung der Planung im massvollen Rahmen aufrechterhalten und wir in Bern mit vereinten Kräften aus Politik und Wirtschaft weiterhin lobbyieren können. Die Region Basel wird in Bern dann hoffentlich nicht ganz vergessen und selbstverständlich für uns alle wird das Augenmerk berechtigterweise auch mal auf uns Basel geworfen.

Nach all meinen Ausführungen und trotz genannter Einwände bitte ich Sie im Namen der Fraktion LDP, den zusätzlich beantragten Ausgaben zuzustimmen. Den Zwischenbericht zu den Planungen und Projektierungen im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel nehmen wir zur Kenntnis. Weiter beantrage ich im Namen der Fraktion LDP, die Motion Beat Leuthardt und Konsorten sowie den Anzug Jörg Vitelli und Konsorten abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Jean-Luc Perret das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP steht klar hinter dem strategischen Ziel eines leistungsfähigen Bahnknotens mit Durchmesserlinie und Tiefbahnhöfen, nicht aus purer Begeisterung für Grossprojekte, sondern weil es ohne diese Infrastruktur schlicht nicht geht. Die Durchmesserlinie ist die Voraussetzung für ein funktionierendes S-Bahn-System in unserer trinationalen Agglomeration, und nur so schaffen wir den nötigen Platz für den internationalen Fern- und Güterverkehr.

Im vorliegenden Ratschlag geht es jedoch nicht um das Bauwerk der SBB selbst, sondern um die Anpassungen, die der Kanton im Umfeld dieses Bauwerks vornimmt, also um die Frage, wie wir den Stadtraum rund um den Bahnhof umgestalten und künftig nutzen wollen. Ein zentrales Element ist dabei der autoarme Markthallenplatz inklusive Abriss der Markthallenbrücke. Uns überzeugt dieser Ansatz. Wir sehen darin die Chance für einen zweiten Bahnhofsplatz mit hoher Aufenthaltsqualität sowie für einen angrenzenden neuen Park. Der neue Markthallenplatz schafft Raum für den öffentlichen Verkehr und die Voraussetzung, um das Tram 30 weiterzuentwickeln. Eine direkte Linienführung in Richtung Nauenstrasse und Heuwaageviadukt werden so möglich.

Ebenfalls eng mit dem neuen Markthallenplatz verbunden ist die neue Margarethenbrücke. Den Planungskredit dafür haben wir bereits verabschiedet und inzwischen liegt ein sehr vielversprechendes Siegerprojekt vor. Was die Verkehrsführung auf dieser neuen Margarethenbrücke betrifft, ist unsere Haltung auch klar. Wir wollen wenig Autoverkehr und mehr Platz für den Fuss- und Veloverkehr. Der Raum um den Bahnhof ist zu wertvoll, um ihn weiterhin primär dem Durchgangsverkehr zu überlassen. Der Vorschlag einer vorerst einspurigen MIV-Führung ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Kompromiss zwischen Erreichbarkeit und Stadtraumqualität.

Zur insbesondere auch aus dem Gundeli oft kritisierten Umleitung in die Meret Oppenheimstrasse möchte ich festhalten, dass wir diese Lösung für vertretbar halten. Uns wurde nachvollziehbar dargelegt, dass der Verkehr im Gundeli insgesamt nur um rund 8% zunehmen wird, eine Grössenordnung, die tragbar ist. Zudem verlagert sich der Mehrverkehr hauptsächlich in eine Strasse, an der deutlich weniger Menschen wohnen als an der Güterstrasse beispielsweise. In der Gesamtbetrachtung bedeutet dies für mehr Anwohnende eine Entlastung als eine zusätzliche Belastung.

Zum Schluss komme auch ich nicht darum herum, die Veränderung des Projekts Bahnknoten Basel zu erwähnen, die uns nach der UVEK-Beratung alle überrascht hat. Das Gesamtprojekt liegt heute in einer deutlich reduzierten Fassung vor. Damit stellt sich die Frage, ob die Teilstrecke Herzstück während der Planung immer grösser geworden ist, um nun sinnbildlich gesprochen von Professor Weidmann wie ein Soufflé aus dem Ofen genommen zu werden und auf eine vernünftige, weiterhin nahrhafte, aber gut verdauliche Grösse zu schrumpfen. Oder planen wir unter dem aktuellen Finanzdruck des Bundes eine abgespeckte Variante, die sich, wie auch schon passiert, bereits bei der Fertigstellung schon wieder als zu klein erweisen wird?

Wir hoffen natürlich auf das erste und in diesem Licht betrachtet sind auch die beantragten Mittel für das Lobbying weiterhin gut investiert und selbstverständlich auch alle anderen Mittel im Ratschlag, um die Umgebung des Bahnhofs fit für die Zukunft zu machen. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem Beschluss zuzustimmen und die Motion Leuthardt sowie den Anzug Vitelli stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Brigitta Gerber das Wort.

Brigitta Gerber (BastA): Der vorliegende Bericht ist ausführlich, informativ, zeigt die grosse Arbeit der Kommission, vor allem durch die Präsidentin und den Kommissionssekretär. Sie haben unseren Dank. Die Margarethenbrücke ist unserer Ansicht nach mit den beiden Perronzügen ein überzeugendes Projekt, das Vorhaben flexibel hinsichtlich MIV (Ein- und Zweispurigkeit) zu bleiben, wie auch hinsichtlich Möglichkeiten, den Tiefbahnhof zu integrieren in das Projekt Margarethenbrücke. Auch die Planung hinsichtlich des Veloverkehrs scheint uns richtig, die Planung des S-Bahn-Netzes wichtig. Eine rasche Umsetzung ist unserer Ansicht nach äusserst wünschenswert.

Allein die Tatsache, dass der Bericht kurz nach der Information der Regierung publiziert wurde, das heisst, nachdem sie öffentlich informiert hat, auf das Herzstück zu verzichten, bringt uns das dazu, eine Rückweisung zu beantragen, da wir der Meinung sind, dass damit der Punkt Lobbying und Stakeholdermanagement 2.2.2 auf veralteten Kenntnissen beruht und wir es durchaus richtig fänden, hier die neuen Erkenntnisse zu haben, um über den Bericht entscheiden zu können. Damit will ich nicht sagen, dass es nicht wichtig ist, Lobbying zu machen und Stakeholdermanagement, aber dadurch, dass das Herzstück wegfällt, ist es ein anderes und ich denke auch vielleicht redimensioniertes.

Deshalb weisen wir zurück an die Regierung. Zudem beantragen wir Stehenlassen der Anträge Leuthardt und Vitelli, wie von der Kommission beantragt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat sich im vergangenen Jahr über riesige Projekte gebeugt und das wohl grösste betrifft sicher die Bauvorhaben rund um den Bahnhofsplatz im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Basel. Im Vordergrund der Projektierungsarbeiten stehen einerseits das Ziel, die heutige unbefriedigende Situation rund um den Bahnhofplatz und die dazugehörige Passerelle, die beide an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sind, zu verbessern und hier mehr Platz für die Reiseströme zu schaffen und andererseits die Funktion des heutigen Bahnknotens Basel als Tor für den internationalen Personenbahn- und Güterverkehr in die und aus der Schweiz für die Zukunft zu sichern. Dabei sollen gleichzeitig mehr Kapazitäten für den regionalen Personenverkehr sichergestellt werden, was ohne den Bau eines Tiefbahnhofs wohl nicht zu schaffen ist. Ich oute mich da gerade als Riehener und ich wäre natürlich froh, wenn wir da bessere Verbindungen hätten.

Auch wenn der Bund mit einigen Entscheidungen wie der Ablehnung von weiteren Nachtzügen oder der Kürzung von Unterstützungszahlungen für die Umlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene und der grundsätzlichen Infragestellung des Herzstücks keine ermutigenden Signale in Richtung einer klimaverträglichen Mobilität sendet, wollen wir im Grundsatz an diesen Zielen festhalten. Die Projekte, welche die UVEK im Einzelnen geprüft hat, haben das Potenzial, diese Ziele weitgehend zu erreichen. Hier stechen vor allem die Entlastung des Bahnhofplatzes vom Tramverkehr und die Verlagerung desselben in Richtung Markthallenplatz und vor allem auf die Margarethenbrücke sowie der neue Perronzugang von den Margarethenbrücken aus hervor. Dabei konnte das Siegerprojekt des Teams Penzel Valier alle Mitglieder der UVEK vollauf überzeugen, dass allen Ansprüchen, sei es mehr Platz für die Personenflüsse als auch mehr Veloeinstellplätze und eine ansprechende Anbindung an das Gundeliquartier genügt.

Aus der Presse konnte man bereits entnehmen, dass die heutige Zwischenlösung einer provisorischen Passerelle von der Bevölkerung nicht ganz überraschend nicht oder vielleicht noch nicht gut angenommen wird, und dies erhöht den Druck, mit einer besseren und vor allem besseren eingebundenen Lösung vorwärts zu machen und genau das wollen wir mit der Annahme dieses Berichtes auch tun.

Am meisten zu diskutieren gab die Projektierung in der UVEK im Bereich des MIV. Hier befinden wir uns aber noch auf der Ebene von Planspielen, was das Endprodukt betreffen wird. Dennoch müssen wir wohl der Tatsache ins Auge sehen, dass der MIV während der Bauphase der neuen Margarethenbrücke nur in eine Richtung geführt werden wird, was uns aber die Möglichkeit gibt zu sehen, wie sich diese Verkehrsführung auf den Verkehrsfluss auswirken wird und ob die Verlängerungen von Fahrstrecken um einige wenige Minuten im Endeffekt zumutbar sein werden oder nicht. Ganz ehrlich vertraue ich hier schliesslich auf die Macht der Gewohnheit.

Wir beantragen daher, den Bericht der UVEK in seiner jetzigen Form anzunehmen und den weiteren zwei Anträgen der Regierung auf Stehenlassen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist für die GLP Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir von den Grünliberalen nehmen diese Vorstudie des Stadtraumes rund um den Bahnhof Basel SBB mit Wohlwollen zur Kenntnis, gerade auch nach der vom Regierungsrat im Dezember kommunizierten Durchmesserlinie anstatt dem nun beerdigten Herzstück. Und ja, Regierungsrätin Esther Keller hat es bereits erwähnt, diese Fokussierung auf

die Durchmesserlinie ist nun eminent wichtig. Es muss vorwärtsgehen mit den ÖV-Kapazitäten, denn Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum von Basel-Stadt und der Agglomeration erfordern höhere Kapazitäten und attraktivere Angebote im S-Bahn-, Fern- und Güterverkehr.

Wir Grünliberalen begrüssen die Vorstudie Stadtraum Bahnhof Basel SBB aus den folgenden Gründen. Die Verteilung der Passagierströme zwischen der Bahn und dem städtischen ÖV sowie dem Stadtraum rund um den Bahnhof Basel SBB ist dringend nötig. Für einen sicheren und komfortableren Veloverkehr sowie um bedeutend mehr Veloparkierstationen zu erstellen, braucht es diesen neuen Stadtraum. Zusätzlich gibt es mehr Fläche für den Fussverkehr sowie entsiegelte, begrünte und beschattete Flächen. Und noch einmal, eine zukunftsfähige ÖV-Infrastruktur ist entscheidend für unsere Stadt, die Agglomeration und somit für die Standortattraktivität.

Noch zwei Sätze zum in der UVEK diskutierten Lobbying. Für uns ist klar, dass die vom Regierungsrat beantragten Ausgaben für das gezielte und professionelle Lobbying und das Stakeholdermanagement von insgesamt 850’000 Franken für drei Jahre sinnvoll investiert sind, gerade in der jetzigen Situation nach dem Bericht der ETH Zürich vom Oktober 2025. Wir müssen mit allen Mitteln und mit gemeinsamer Kraft, will heissen, mit einer klar abgestimmten Haltung von Wirtschaft, Kantonen, Gemeinden und Politik auf die nationale Bedeutung des Bahnknotens und damit die internationale Anbindung der Schweiz aufmerksam machen.

Klar, die beiden hier genannten Zeithorizonte 2035plus und 2050plus sind wahrlich für uns hier drin noch weit entfernt, umso wichtiger, dass wir nun ein klares grünes Signal geben für die weitere Planung, die mit der SBB abgestimmt ist. Behalten wir also das grosse Ganze im Auge, nehmen wir diese Vorstudie mit Wohlwollen zur Kenntnis und erhöhen wir die Finanzierung der weiteren Planung. Die beiden Vorstösse Leuthardt und Vitelli lassen wir stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Am 18. Dezember 2025, sechs Tage vor Weihnachten, wurde von den beiden Regierungsräten Esther Keller und Isaac Reber sowie von der Handelskammer wie aus dem Nichts eine Medienmitteilung zum zukünftigen S-Bahn-System der Region verschickt. Von heute auf morgen wurde nun hoheitlich eine drastische Redimensionierung des Herzstückes beschlossen, eine Reduktion auf die sogenannte Durchmesserlinie, von der man sich in Bundesbern nun eine schnelle Umsetzung wünscht. Das jahrzehntelange Narrativ, es gäbe keine Alternative zum Herzstück und insbesondere die Station Mitte und andere Elemente aus dem Herzstück seien bauplanerisch gesehen das einzige Problem, wurde von heute auf morgen über Bord geworfen und dies, nachdem man den Fraktionen und den Parteien jahrelang auch gepredigt hat, man solle doch gegenüber Bundesbern mit vereinter Stimme auftreten. Ob dieses Einknicken jetzt der richtige Weg ist, um in Bundesbern gehört zu werden, darf in Frage gestellt werden, wir werden uns sehr gerne eines Besseren belehren lassen, aber wir werden hier einfach auch das Gefühl nicht los, dass man in Bundesbern jetzt eher von uns denkt, die Basler wissen ja gar nicht, was sie überhaupt wollen.

Fakt ist jedenfalls, und das ist jetzt völlig unabhängig von der Frage der Redimensionalisierung, dass diese beiden Ratschläge, Traktanden 10 und 11, vor der Medienmitteilung behandelt wurden und aus Sicht der SVP-Fraktion haben wir jetzt eine neue Ausgangslage. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man neu überprüfen muss, ob diese beantragten Gelder nach wie vor nötig sind oder ob hier ebenfalls eine Redimensionalisierung stattfinden könnte. Einige Posten müsste man aus Sicht der SVP-Fraktion neu überprüfen, insbesondere auch das mit den Lobbymandaten, das hat ja auch Brigitta Gerber schon gesagt. Und aus diesem Grund müssen wir hier diese Euphorie leider stören und beantragen bei beiden Geschäften ebenfalls die Rückweisung, nicht weil wir grundsätzlich gegen die S-Bahn sind, in welcher Form auch immer, aber wir sind schon der Meinung, dass das hier nochmals sauber abgeklärt werden muss, und wir beantragen deshalb die Rückweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Mein Vorsprecher hat das ausgeführt, grundsätzlich über das Ganze diskutieren sollten wir in der einen oder anderen Form schon, wir haben nicht mehr so viel Zeit jetzt. Wir diskutieren ja auch über diese Kenntnisnahme dieser Vorstudie, die auch schon zwei Jahre alt ist, die wird jetzt einfach weiterhin so bestätigt, als ob sie ganz neu wäre. Da kann man sicher auch darüber diskutieren. Was mich natürlich auch stört bei all diesen Diskussionen über Verbesserungen für Velofahrer und für Fussgänger, oder wie ich vorhin auch noch gehört habe, Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer ist, dass man sich schon ein bisschen fragen muss, warum diese Vorstudie jetzt einfach gelobt wird, als ob sie jetzt wirklich die Lösung wäre für die Probleme. Man redet vom Zeithorizont 2035plus, weiss aber ganz genau, dass wir in diesem Zeithorizont wahrscheinlich eher Ende 2050 sein werden, wir werden keine Entlastung durch eine Autobahn haben, wir

werden keine Entlastung durch einen Tiefenbahnhof, was auch immer haben 2035 plus. Wir wollen aber Brücken abreissen, wir reden von Parks in diesem UVEK-Bericht, da ist ein Park, wo Tramschienen durchgeführt werden. Mit Tramschienen fährt man durch ein kleines Pärkchen vor der Markthalle. Man lobt das. Man redet von der Tramschiene 30, die über das Heuwaage-Viadukt geführt werden soll. Jeder, der etwas von Statik versteht, weiss, dass dieses Heuwaage-Viadukt wahrscheinlich komplett neu gebaut werden müsste, wenn wir Tramschienen darüberführen wollen. Sie wollen glaube ich langsam, extra ein Verkehrschaos stiften hier und dann loben, dass ein Pärkchen irgendwo nachher entsteht. Das ist schon nicht mehr seriös, da muss ich schon sagen, da geht man in diesem UVEK-Bericht schon ein bisschen unseriös um.

Und dann will man den ganzen Verkehr über diese Meret Oppenheimer-Strasse um den Bahnhof herumführen für die Autos. Und die Lösung, dass es nicht mehr Verkehr im Gundeli gibt, ist, dass man die Güterstrasse auch noch gleich autofrei machen will. Was aber dann in der Gundelingerstrasse und in der Dornacherstrasse passiert, über das wird mit keinem Wort in diesem Bericht etwas erwähnt. Das finde ich schon ein bisschen realitätsfremd. Im Legislaturplan der Regierung 2017-2021 wurde wenigstens noch der Gundeli-Tunnel erwähnt. Hätten wir diesen Gundeli-Tunnel oder würden wir über den diskutieren, dann könnten wir wenigstens jetzt über solche autofreien Areale vor dem Bahnhof diskutieren, aber diese Bereitschaft, darüber zu diskutieren, ist ja scheinbar auch nicht vorhanden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als kleine Information, wir beraten dieses Geschäft noch zu Ende. Tim Cuénod hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Es gab ja viele grundsätzliche Aussagen zum Herzstück. Ich möchte sagen, ich finde den von der ETH präsentierten Bericht vom letzten Oktober nicht über alle Zweifel haben. Es gibt sehr viele Gründe, ihn sehr kritisch zu sehen aus einer regionalen Basler Perspektive. Aber ich finde es sehr gut dass hier zwar, wie gesagt wurde, eine Alternative aus dem Hut gezaubert wurde, aber dass man das Gespräch gesucht hat mit Professor Weidmann, mit anderen und versucht hat, nun eine Lösung zu finden, die im Bundesparlament eine Chance hat, eine Mehrheit zu finden. Ich hoffe, das wird auch zutreffen, das wäre ein grosser Fortschritt. Und wenn das so ist, dann kann diese erste Etappe der Realisierung eines Herzstücks mit einer Durchmesserlinie deutlich früher realisiert werden.

Wichtig ist einfach, dass die Aufwärtskompatibilität gewährleistet ist, das heisst, dass dieser Bau dieser Durchmesserlinie nicht verhindert, dass in Zukunft dieser Y-Ast dazukommt, nicht verhindert, dass in Zukunft auch noch eine Innenstadtstation realisiert wird, sondern dass man es so baut, dass diese zusätzlichen Bauwerke in Zukunft realisiert werden könnten. Aber es besteht jetzt die Chance, und das sehe ich viel positiver als andere, dass wir in brauchbarer Zeit eine Durchmesserlinie bekommen und eine Taktverbindung im S-Bahn-Netz dadurch möglich wird.

Das ist das eine, das zweite sage ich hier als Gundeli-Vertreter. Es geht hier um ein Gesamtpaket und es geht hier letztlich in der Abstimmung auch um ein Bekenntnis zum Ausbau des Bahnknotens und dass Basel das gut begleitet. Und daher ist ein Ja ohne jeden Zweifel vorhanden. Natürlich bestehen im Gundeli erhebliche Befürchtungen, dass es zu einer stärkeren Verkehrsbelastung kommt, insbesondere zwischen der Peter Merian-Brücke und dem heutigen Postreitergebäude. Und diese Befürchtung ist auch nicht einfach vom Tisch. Aber wir stimmen hier über ein Gesamtpaket ab und über einen Planungskredit und wir werden schauen, wie wir die einzelnen Massnahmen zu einem späteren Punkt beraten können. Hier besteht aber seitens Gundeli wirklich die Befürchtung, dass es quasi auf der schönen Vorderseite des Bahnhofs eine deutliche Verbesserung gibt und das Gundeli daher mit erheblichem Mehrverkehr leben muss. Das wird man anschauen dann im Detailprojekt. Ich bin gespannt, wie bis dahin dann die Zahlen und die Planung sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Schlusswort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich versuche es angesichts der vorgeschrittenen Zeit kurz zu halten, ich möchte aber zwei, drei Punkte aufgreifen.

Nicole Strahm, Sie haben zu Recht die Frage aufgeworfen, ob die neue Durchmesserlinie denn den gleichen Nutzen entfaltet wie das Herzstück. Natürlich nicht ganz den gleichen, wir denken schon, dass eine Station wie Klybeck oder Mitte sinnvoll sein kann, aber wie ich in der Grafik gezeigt habe, sind das Allerwichtigste diese Durchbindungen aus den verschiedenen Tälern, die Durchbindung zwischen den Bahnhöfen beispielsweise nach Riehen weiter Richtung Deutschland. Das macht eben eine echte trinationale S-Bahn. Wichtig ist, dass es aufwärts kompatibel ist. Vielleicht möchte die nächste Generation da eine Haltestelle bauen, das wird möglich sein, aber wir fokussieren auf das Wesentliche.

Warum überhaupt die Kostensteigerungen von vor zehn Jahren 3 Milliarden, dann 6, dann 9, dann 14. Das klingt aufs erste wirklich schon mal kaum glaubbar. Das sind zwei Faktoren vor allem. Das eine ist, dass man heute nicht mehr nur das Herzstück bauen wollte im letzten Plan, sondern die SBB wollte eben für den Fern-, für den Güterverkehr und den

Regionalverkehr, ich sage mal über die nächsten 100 Jahre die nötigen Kapazitäten bereitstellen. Das ist lobenswert hinsichtlich Sorgfalt und Weitsicht, aber im aktuellen politischen Umfeld mit dem Bekanntwerden seit einem Jahr darüber, dass wir zu wenig Mittel haben schweizweit und dass alle Projekte länger werden, nicht mehr realistisch. Ich kann nicht sagen, dass die Planung des Bundesamts für Verkehr und der SBB falsch war, aber sie war auf 100 Jahre angelegt und das können wir uns im Moment nicht leisten.

Und der zweite Faktor ist ein rein rechnerischer. Das BAV rechnet aus den Erfahrungen der letzten Jahre neu Kostenreserven, also quasi Risikozuschläge ein bei allen Projekten. Da kam Basel jetzt auch als eines der ersten der schweizweiten Projekte dran und da kam ein wesentlicher Mehrbetrag darauf.

Haben wir als Regierung diese Entwicklung kritisiert? Ja, selbstverständlich. Als wir diese Zahlen gehört haben, haben wir uns auch gewehrt und gesagt, das geht so nicht, das muss man nochmals durchrechnen, geht das nicht anders, geht das mit weniger und da waren wir mittendrin, als dann eben die Nachricht kam, dass der schweizweite Rahmen einfach ein anderer ist, als man ursprünglich angenommen hat.

Und vielleicht noch zu Pascal Messerli: Ja, es ging alles sehr, sehr schnell, da gebe ich Ihnen recht. Das war auch für uns so. Wir sind ja nicht alleine in einem kleinen Boot unterwegs, sondern wir sind mit Planungspartnern trinational unterwegs, mit unseren Planungspartnern beim Bund. Das war eine sehr intensive Zeit, vor Weihnachten, glauben Sie mir, aber wir konnten entweder uns bewegen und ein Angebot an Bern machen oder wir hätten in Schönheit sterben können. Wir haben uns für ersteres entschieden, und zwar dafür, ein Angebot zu machen.

Und das auch zur Frage von Brigitta Gerber, ob es diese Ausgaben fürs Lobbying im Moment braucht. Ja unbedingt. Der Ratschlag ist ja nicht nur fürs Lobbying, sondern eben auch für die personellen Ressourcen. Um diese Durchmesserlinie jetzt zu planen und zu vertiefen, wird es einen Einsatz in Bern brauchen. Wir werden die Parlamentarier:innen überzeugen müssen, dass sie eben auch mal in Basel investieren sollen, eine Wirtschaftsregion, die wirklich einiges auch zur Wirtschaftskraft der Schweiz beiträgt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Zustimmung dieses Ausgabenberichts, wohlwissend, dass das jetzt alles sehr schnell kam, aber wir eben auch schnell handeln mussten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Auch ich versuche, mein Schlusswort sehr kurz zu halten. Als erstes möchte ich den Vorwurf der unseriösen Beratung zurückweisen. Die Studie Stadtraum Bahnhof SBB haben wir nicht unseriös beraten. Wir haben einen umfassenden Bericht vorgelegt, wir haben uns Verkehrssimulationen angeschaut, Beispielswege und Reisezeiten, Mehrbelastungen, Umlagerungen vom Autoverkehr auf andere Routen. Und einfach so hat also eine Mehrheit der UVEK diese Stossrichtung der Studie nicht bestätigt. Auch möchte ich sagen, der erhebliche Mehrverkehr, wie er benannt wurde, für das Gundeliquartier ist gar nicht so gross, das kann man dem Bericht entnehmen, und so viele sind davon auch überhaupt nicht betroffen.

Es war eine doch sehr anspruchsvolle Beratung. Es geht um mehrere städtebauliche Eingriffe und zwar keine kleinen, es geht um grosse, es geht um eine neue sozusagen Bahnhofshalle, eine neue Brücke, es geht auch darum, das Quartier abzuholen und gleichzeitig ging es um den S-Bahnausbau, um Bundespolitik, um Kapazitäten von Güter- und Fernverkehr, um Gelder für zahlreiche weitere Planungen von ÖV- und S-Bahnstationen und um die Zukunft, um das Herzstück oder Durchmesserlinie.

Persönlich hätte ich für diese Debatte und auch für die Leitung in der Kommission zwei Geschäfte befürwortet, so hätten wir auch vielleicht fundierter über diese Studie Stadtraum Bahnhof SBB hier im Saal diskutieren können. Wir haben es nun auch so geschafft und daher möchte ich den Mitgliedern der UVEK für ihre Konzentration während den Sitzungen in diesem anspruchsvollen Geschäft danken, der zuständigen Regierungsrätin und den Mitarbeitenden des BVD möchte ich danken für ihre zuverlässige und kompetente Begleitung dieses Geschäfts und unserer Beratungen. Ihnen beantragen wir, wie gesagt, Zustimmung zu den Anträgen der UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde beantragt durch Brigitta Gerber und Pascal Messerli. Wir starten somit mit dieser Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008053, 07.01.26 18:02:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 72 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 20 des Berichts und Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008055, 07.01.26 18:03:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Grosse Rat nimmt den Zwischenbericht zu den Planungen und Projektierungen im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel zur Kenntnis, im Speziellen die Erkenntnisse aus der bisherigen Planung zum Stadtraum Bahnhof SBB, die den weiteren Arbeiten zugrunde liegen sollen.

2. Für die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung der mit dem Bahnausbau zusammenhängenden kantonalen Infrastrukturen werden die mit GRB 20/37/12.1G am 9. September 2020 bewilligten Ausgaben von Fr. 14'416''000 um Fr. 3'590'000 auf insgesamt Fr. 18'006'000 erhöht. Die zusätzlichen Mittel teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 990'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 3'106'000 auf Fr. 4'096'000 für die Beteiligung am Aufwand auf Stufe Bahnknoten für die Koordination zwischen Bahnplanung und Planung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

- Fr. 1'290'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 3'750'000 auf Fr. 5'040'000 für die Finanzierung der Planung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau (DEFINE) inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

- Fr. 460'000 für die Erhöhung der bisherigen Ausgaben von Fr. 7'560'000 auf Fr. 8'020'000 für die Finanzierung der Projektierung von kantonalen Infrastrukturen im Zusammenhang mit dem Herzstück und Bahnknotenausbau (DESIGN) inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 2, «Öffentlicher Verkehr».

- Fr. 850'000 für die Finanzierung von Lobbying und Stakeholdermanagement im Zusammenhang mit dem Bahnknotenausbau resp. dem «Herzstück» zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

10.1. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK

[07.01.26 18:03:13, 19.5023.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion Bstehen zu lassen und die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Es wurde von der LDP der Antrag gestellt, diesen abzuschreiben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008057, 07.01.26 18:03:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 55 gegen 36 Stimmen.

10.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK

[07.01.26 18:04:06, 17.5445.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK und der Regierungsrat beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Auch hier wurde ein Antrag auf Abschreiben gestellt. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008059, 07.01.26 18:04:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 57 gegen 34 Stimmen. Das Geschäft ist erledigt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Übereinkunft mit meiner designierten Nachfolgerin werden wir, obwohl wir auf der Traktandenliste nicht so weit gekommen sind, auf eine Nachtsitzung verzichten nächste Woche und die Geschäfte im Februar behandeln. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 46. Sitzung

18:05 Uhr

Protokoll

der 47. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Tim Cuénod (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Maria Iona Schäfer (SP), Daniel Seiler (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

15. Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR 2
15.1. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR 8
16. Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom 8
16.01. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Bericht der FKom 18
17. Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 18
18. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 26
19. Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK 29
11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK 32

Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 14. Januar 2026, 09:00 Uhr

15. Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR

[14.01.26 09:00:07, 25.1222.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe die folgende Mitteilung zu machen.

Personelle Änderung im Parlamentsdienst: Ich möchte Sie darüber informieren, dass Raymonde Morf-Lange aus gesundheitlichen Gründen ihre Arbeit beim Parlamentsdienst und als Ratsweibelin nicht fortsetzen wird. Wir bedauern dies sehr. Raymonde Morf Lange arbeitete seit 2004 für den damals neu aufgebauten Parlamentsdienst. Wir haben die Zusammenarbeit mit ihr sehr geschätzt und danken ihr sehr herzlich für den Einsatz und die gemeinsame Zeit. Wir wünschen Raymonde Morf Lange für die Zukunft alles Gute und weiterhin gute Genesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies war meine Mitteilung. Wir fahren fort mit Traktandum 15, das auf heute Morgen terminiert wurde. Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat sich mit dem vorliegenden Ratschlag zur Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes eingehend befasst. Es liegt allerdings kein schriftlicher Kommissionsbericht vor, weshalb ich Ihnen daher heute mündlich Bericht erstatte, gestützt aber selbstverständlich auf die vorliegenden Unterlagen, also sprich auf den Ratschlag des Regierungsrates und die daraufhin folgende interne Beratung in der Finanzkommission.

Kurz zur Historie des Geschäfts: Ausgangspunkt dieser heutigen Behandlung ist die Motion Eberhard und Konsorten, welche eine Anpassung von Artikel 12 des Staatsbeitragsgesetzes verlangte. Konkret geht es um den Teuerungsausgleich bei Staatsbeiträgen, insbesondere bei Finanzhilfen und die geltende Schwelle von 70% Personalkosten. Der Regierungsrat beantragte ursprünglich, die Motion lediglich als Anzug zu überweisen. Der Grosse Rat hat sich jedoch im Juni 2023 dafür entschieden, die Motion als Motion zu überweisen und eine Gesetzesrevision zu verlangen. Der vorliegende Ratschlag des Regierungsrates setzt diesen Auftrag um.

Inhaltlich bewegt sich das Geschäft in einem technisch geprägten Bereich des Staatsbeitragsrechts. Artikel 12 des Gesetzes regelt den Teuerungsausgleich bei laufenden Staatsbeiträgen und unterscheidet dabei zwischen Abgeltungen und Finanzhilfen. Während bei Abgeltungen der Teuerungsausgleich seit jeher automatisch erfolgt, ist er bei Finanzhilfen an einen Schwellenwert gebunden, mindestens 70% Personalkosten an den gesamten Betriebskosten. Diese Schwelle war bereits bei der Einführung des Gesetzes umstritten und hat sich in der Praxis als problematisch erwiesen. Sie führte zu Grenzfällen und Ungleichbehandlungen, insbesondere bei Organisationen mit hohen Sach- oder Mietkosten, aber vergleichsweise tieferen Personalkosten. Genau an diesem Punkt setzt nun die vorgeschlagene Revision an.

Der Regierungsrat schlägt vor, den prozentualen Schwellenwert vollständig aufzuheben. Künftig soll der Teuerungsausgleich bei Finanzhilfen grundsätzlich nach denselben Grundsätzen erfolgen wie bei Abgeltungen, das heisst orientiert an der Personalteuerung des Kantons und am Finanzierungsanteil des Kantons. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass Finanzhilfen bis 50’000 Franken pro Jahr von der automatischen Indexierung ausgenommen werden. Diese Ausnahme wird mit verwaltungsökonomischen Überlegungen begründet. Bei sehr kleinen Beiträgen steht der administrative Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zum finanziellen Effekt. Zudem werden diese Beiträge im Rahmen der periodischen Neuverhandlung ohnehin überprüft.

Die Finanzkommission hat dieses Konzept im Rahmen eines Hearings mit der Vorsteherin des Finanzdepartements diskutiert. Dabei wurden insbesondere drei Aspekte vertieft beleuchtet. Erstens die Systematik der neuen Regelungen. Die Kommission teilt die Einschätzung, dass ein fixer prozentualer Schwellenwert bei den Personalkosten nicht zielführend ist, die vorgeschlagene Lösung ist daher aus unserer Sicht einfacher, transparenter und reduziert allenfalls auch willkürliche Grenzfälle. Zweitens, die Abgrenzung bei kleineren Staatsbeiträgen. Auch hier wurde diskutiert, ob mit der 50’000 Franken-

Grenze faktisch ein neuer Schwellenwert geschaffen wird. Die Kommission kam aber zum Schluss, dass diese Grenze sachlich begründet ist, weil sie nicht an Kostenstrukturen anknüpft, sondern an die Relevanz und an den administrativen Aufwand. Drittens, die finanziellen Auswirkungen. Der Regierungsrat beziffert die Mehrkosten auf rund 0,5 Mio. Franken pro Prozent Teuerung. Die Kommission hat diese Grössenordnung zur Kenntnis genommen. Sie bewegt sich im Verhältnis zum Gesamtvolumen der Staatsbeiträge in einem überschaubaren Rahmen und ist auch entsprechend transparent ausgewiesen.

In der kommissionsinternen Beratung wurde festgehalten, dass die Revision insgesamt eine Vereinfachung und Präzisierung der bestehenden Regelung darstellt. Es wurden keine zusätzlichen Abklärungen notwendig. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass der Ratschlag den parlamentarischen Auftrag umsetzt und keine anderen systemfremden Elemente enthält. Die Kommission hat deshalb den einzelnen Bestimmungen wie folgt zugestimmt: Den Anpassungen in Artikel 12 Abs. 1 mit 9 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, den Anpassungen in Artikel 12 Abs. 2 einstimmig und dem Antrag insgesamt des Regierungsrates dann ebenfalls einstimmig. Wir danken Ihnen, wenn Sie der Kommission folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet, somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Luca Urgese hat das Wort für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Die FDP-Fraktion hat bereits die Motion abgelehnt und bekämpft, die Ursprung dieser Gesetzesänderung war, und folgerichtig lehnen wir auch jetzt diese Gesetzesänderung ab. Zunächst kann man festhalten, und so hat es der Regierungsrat ja auch in seinem Bericht festgeschrieben, dass in einem interkantonalen Rechtsvergleich die Praxis des Kantons Basel-Stadt heute schon sehr grosszügig ist. Es gibt keinen Kanton, der auch nur ansatzweise ähnlich grosszügig ist, wie wir das sind, wenn es um den Teuerungsausgleich geht.

Unsere Kritik ist sehr grundsätzlicher Natur. Man muss sich vor Augen führen, was die Konsequenzen dieser Gesetzesänderung sind. Die Konsequenz ist, dass es jedes Jahr automatisch einen Teuerungsausgleich für alle diese Organisationen geben wird, so wie das heute beim Staatspersonal der Fall ist. Damit werden das gebundene Ausgaben, die ausserhalb der Kontrolle des Grossen Rates liegen werden. Das schränkt unseren finanzpolitischen Spielraum ein. Man hätte beispielsweise ja vorsehen können, dass dieser Teuerungsausgleich unter Vorbehalt eines Beschlusses des Grossen Rates steht. All das ist nicht der Fall, es ist ein Automatismus.

Nun mag man jetzt natürlich sagen, eine halbe Million Franken für einen Teuerungsprozent, das mag ja nicht viel Geld sein. Aber wir dürfen nicht einfach von der heutigen Situation ausgehen, die heutige Situation, wo wir noch Überschüsse haben und eine überaus tiefe Teuerung. Es ist unsere Aufgabe, nicht einfach nur Schönwettergesetze zu machen, sondern Gesetze, die auch funktionieren, wenn es dann vielleicht irgendwann etwas schlechter laufen sollte wirtschaftlich. Und wirtschaftlich schlechter laufen könnte bedeuten, dass wir plötzlich eine stark steigende Teuerung und gleichzeitig schlechtere Finanzergebnisse beim Kanton haben. Und wenn das gleichzeitig auftritt, dann wären wir auf der einen Seite gehalten, unseren Finanzhaushalt irgendwie in Ordnung zu bringen, wir müssten vielleicht auch mal über Kürzungen sprechen, Gott bewahre, und auf der anderen Seite haben wir aber jetzt diesen Teuerungsausgleich, den wir automatisch gewähren müssen und auf den wir keinen Einfluss nehmen können. Und gerade wenn es mal finanziell etwas knapper wird, dann ist es ja unsere originäre Aufgabe mit der Budgethoheit des Parlaments, dass wir dann Diskussionen darüber führen müssen, wo wir jetzt finanzpolitisch unsere Prioritäten setzen. Gibt es vielleicht so etwas wie Opfersymmetrie, wie man das mit diesem schrecklichen Wort jeweils nennt? Also wir müssen hier drin politische Diskussionen darüber führen, wie wir unseren Finanzhaushalt in Ordnung bringen, und mit der Verabschiedung dieses Gesetzes schränken wir unseren Spielraum für genau diesen Prozess mehr ein, als das heute bereits der Fall ist.

Wir haben das Gefühl, das erfolgt hier ohne Not, wir haben ein Gesetz, das jetzt einfach zu zusätzlichem Kostenwachstum führen wird, wir haben diese Möglichkeit nicht. Jetzt könnte man natürlich sagen, ja gut, wenn es dann so weit ist, dann kann man ja das Gesetz wieder ändern. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, wie lange es dauert in diesem Haus, bis wir den gesamten Prozess einer Gesetzesänderung durchlaufen haben. Das dauert seine Zeit, es dauert ein, zwei, drei Jahre, je nachdem, wie schnell die Verwaltung, wie schnell wir arbeiten können und wollen, aber es braucht seine Zeit. Man kann sich ja vorstellen, sollten wir irgendwann genötigt sein, dieses Gesetz wieder zu ändern, diese Regelung wieder abzuschaffen, wie gross dann der Widerstand der betroffenen Organisationen sein wird, die werden sich natürlich auf die Hinterbeine stellen. Also es wird praktisch unmöglich sein, falls es irgendwann notwendig sein sollte, diese Regelung wieder entsprechend abzuschaffen.

Wir halten deshalb diese Regelung für falsch, wir wollen unseren finanzpolitischen Handlungsspielraum nicht entsprechend eingeschränkt sehen, wir möchten uns diesen Handlungsspielraum erhalten und aus diesem Grund lehnen wir diese Gesetzesänderung nach wie vor ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP spricht Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt die vorliegende Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes und damit auch die Umsetzung der Motion. Eingereicht habe ich die Motion vor etwas mehr als drei Jahren. Damals waren wir in einer Phase einer vergleichsweise hohen Teuerung und grosser Unsicherheit, insbesondere auch bei den verschiedenen Organisationen in unserem Kanton, die Staatsbeiträge erhalten. Sie sahen sich damals mit der Situation konfrontiert, dass ihre Mitarbeitenden faktisch immer weniger Lohn erhielten beziehungsweise dieser immer weniger Wert hatte und dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr angespannt war. Bei der Überweisung der Motion herrschte im Grossen Rat denn auch ziemlich breite Einigkeit darüber, dass der Ausgleich der Teuerung bei Staatsbeiträgen grundsätzlich richtig und notwendig ist, jedoch die arbiträre Grenze zur Begünstigung angepasst werden sollte.

Regierungsrätin Tanja Soland brachte dies zum Schluss der Debatte dann auch gut zum Ausdruck, als sie festhielt, dass es beim Grundsatz des Teuerungsausgleichs keine unterschiedlichen Meinungen gäbe und dass insbesondere die im Gesetz verankerte Schwelle bei den Personalkosten wirklich nicht sinnvoll sei. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass automatisierte Anpassungen während laufender Vertragsperioden finanzielle Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben und sorgfältig geprüft werden müssen.

Diese Abwägung zwischen sozialer Verantwortung und haushälterischer Sorgfalt zeigt sich nun auch im vorliegenden Ratschlag. Die Ausgangslage hat sich in den letzten drei Jahren zwar teilweise verändert. Die Verträge wurden in dieser Zeit bei Organisationen inklusive Teuerungsausgleich abgeschlossen und dieser wurde jährlich entsprechend der Teuerung des Kantons auch ausbezahlt. Die Praxis hat sich zumindest bei Organisationen mit anteilsmässig hohen Personalaufwänden über 70% etabliert, und der Kanton hat die Prozesse stetig optimiert. Zumindest habe ich das aus der Aussenperspektive so wahrgenommen.

Es freut mich daher sehr, dass wir nun den nächsten Schritt zur Verbesserung der Situation gehen und die gesetzlichen Regelungen so präzisieren, dass sie langfristig tragfähig und für alle Beteiligten verständlich sind. Die SP-Fraktion begrüsst es sehr, dass mit dem vorliegenden Ratschlag zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes der bisherige Schwellenwert bei den Personalkosten aufgehoben wird. Die bisherige Regelung führt zu schwer nachvollziehbaren Ungleichbehandlungen, insbesondere bei Organisationen mit hohen Sachkosten wie beispielsweise Mieten. Der Verzicht auf eine starre Grenze entspricht dem damaligen Willen des Grossen Rates sowie der in der Debatte mehrfach geäusserten Einschätzung, dass diese Grenze sachlich nicht überzeugte.

Gestützt auf die bewährte Praxis der letzten Jahre geht die SP-Fraktion davon aus, dass die neuen Bestimmungen in der Umsetzung im Sinne der betroffenen Organisationen ausgelegt werden. Konkret erwarten wir, dass grundsätzlich alle Organisationen mit Staatsbeiträgen über dem Schwellenwert von 50’000 Franken pro Jahr einen Teuerungsausgleich auf ihre Personalkosten erhalten, ebenso dass bei bi- oder mehrkantonalen Staatsbeiträgen weiterhin pragmatische Lösungen möglich bleiben, wie dies in den letzten Jahren auch schon gängige Praxis war.

Abschliessend möchte ich mich namens der SP-Fraktion sehr herzlich für die Umsetzung der Motion durch die Regierung bedanken. Ich freue mich, dass wir mit der Revision die Planungssicherheit für beitragsberechtigte Organisationen stärken und zu fairen Arbeitsbedingungen beitragen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Bei dieser Teilrevision steht die zentrale Frage der staatlichen Zusammenarbeit mit Organisationen, die wichtige Leistungen im öffentlichen Interesse erbringen, im Mittelpunkt. Ist ein jährlicher Teuerungsausgleich fair und finanzpolitisch verantwortungsvoll? Die steigende allgemeine jährliche Teuerung stellt viele beitragsberechtigte Institutionen vor grosse Herausforderungen. Die Organisationen haben nur sehr begrenzt Möglichkeiten, die Mehrkosten beim Personal selbst aufzufangen. Dieses Problem ist real und es ist richtig, dass sich der Kanton damit befasst.

Mit dem vorliegenden Vorschlag legt der Regierungsrat eine ausgewogene Lösung vor, die den unterschiedlichen Ausgangslagen der Institutionen gerecht wird, ohne neue starre Automatismen zu schaffen. Zentral ist der Verzicht auf einen fixen Schwellenwert bei den Personalkosten. Die bisherige Grenze von 70% war letztlich willkürlich. Dieselbe hätte auch für die in der Motion geforderte Absenkung auf 60% gegolten. Solche Schwellenwerte führen zwangsläufig zu Ungleichbehandlungen. Institutionen, die knapp darunter liegen, gehen leer aus, unabhängig davon, wie angespannt ihre finanzielle Situation tatsächlich ist. Das Grundproblem wäre also nicht gelöst, sondern lediglich verschoben worden.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Version verzichtet konsequent auf einen solchen Schwellenwert und regelt den Teuerungsausgleich systematisch. Damit wird anerkannt, dass unterschiedliche Kostenstrukturen wie hohe Mietkosten oder bewusst tief gehaltene Löhne nicht automatisch gegen eine Teuerungsanpassung sprechen dürfen. Gleichzeitig bleibt die

Indexierung klar begrenzt. Der Teuerungsausgleich orientiert sich an der Personalteuerung des Kantons und wird nur entsprechend dessen Finanzierungsanteil gewährt. Das schafft Transparenz und Planbarkeit.

Es ist wichtig und gut, dass bewusst auf neue Automatismen verzichtet wird. Der Teuerungsausgleich gilt während laufender Verträge, nicht aber automatisch bei Neuverhandlungen. Steigende Kosten können berücksichtigt, müssen aber weiterhin begründet werden. Damit bleibt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit gewahrt. Das ist ein zentraler finanzpolitischer Schutzmechanismus.

Die Motion Eberhard greift ein reales Problem auf und setzt einen wichtigen politischen Impuls. Mit der Forderung nach einer fixen Absenkung des Schwellenwerts bietet sie jedoch keine sachliche Lösung. Der Regierungsrat hat das Anliegen aufgenommen, weiterentwickelt und in eine praktikable, rechtlich sauber und finanzpolitisch verantwortbare Vorlage überführt. Aus diesen Gründen unterstützt die LDP die Teilrevision des Staatsgesetzes gemäss Antrag des Regierungsrats und spricht sich gleichzeitig dafür aus, die Motion Eberhard als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Niggi Rechsteiner für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorweg ein Beispiel des willkürlichen Schwellenwerts. Ich arbeite in einer Organisation, die hat mehrere Institutionen. Zwei sind mit Staatsbeiträgen unterstützt, und im letzten Jahr gab es für die eine einen Teuerungsausgleich auf den Anteil der Personalkosten des Anteils des Staatsbeitrags und für die andere nicht, weil die eine 71% Personalkosten hatte und die andere 59%. Das ist schwer erklärbar, und deshalb findet die Fraktion der Grünliberalen, dass die vorliegende Teilrevision sachlich richtig, pragmatisch ausgestaltet und politisch notwendig ist. Sie trägt einer Realität Rechnung, die viele Organisationen seit Jahren spüren. Die Teuerung betrifft sie unmittelbar, ohne dass sie, anders als der Kanton oder die Wirtschaft, über ausreichende Möglichkeiten verfügen, diese Kostensteigerungen selbst abzufangen.

Besonders zu begrüssen ist der Verzicht auf den bisherigen Schwellenwert von 70% bei den Personalkosten. Diese Grenze war letztlich willkürlich und hat zu sachlich nicht begründbaren Ungleichbehandlungen geführt. Organisationen mit hohen Miet- oder Sach aber tiefen Lohnkosten wurden systematisch benachteiligt, obwohl sie ebenso Leistungen im öffentlichen Interesse erbringen. Die neue Regelung ist gerechter, transparenter und näher an der tatsächlichen Kostenstruktur der Institutionen.

Gleichzeitig bleibt unseres Erachtens die Revision massvoll. Es wird kein unbegrenzter Automatismus eingeführt, Kleinstbeiträge bis 50’000 Franken sind ausgenommen und bei Staatsbeiträgen, die aufgrund von Vollzugsaufgaben des Bundes oder zusammen mit anderen Kantonen geleistet werden, kann von den gesetzlichen Regelungen betreffend Teuerungsausgleich noch abgewichen werden. Auch die bewährte Berechnungsmethode auf Basis des kantonalen Teuerungsausgleichs schafft Planbarkeit für den Kanton wie auch für die betroffenen Organisationen.

Auf Basis der bisherigen Praxis gehen wir davon aus, dass die neuen Bestimmungen pragmatisch umgesetzt werden, insbesondere erwarten wir, dass Organisationen mit Staatsbeiträgen über 50’000 Franken pro Jahr den Teuerungsausgleich unbürokratisch auf die Personalkosten erhalten, und dass bei bi- und mehrkantonalen Beiträgen weiterhin praktikable Lösungen möglich bleiben.

Nicht zuletzt stärkt diese Teilrevision die soziale und kulturelle Infrastruktur unseres Kantons. Wer von diesen Organisationen Qualität, Professionalität und faire Arbeitsbedingungen erwartet, muss ihnen auch ermöglichen, Teuerung zumindest teilweise auszugleichen. Alles andere wäre kurzsichtig und würde langfristig höhere Kosten verursachen. Aus diesen Gründen bittet Sie die Fraktion der GLP, der Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes zuzustimmen. Die Motion Eberhard ist bei einer Annahme der Teilrevision durch den Grossen Rat erfüllt und kann als erledigt abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich kann es kurz machen. Wir von BastA sind froh, dass die Motion von Melanie Eberhard umsichtig umgesetzt wurde und begrüssen die vorliegende Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes und stimmen dieser zu. Die mühsamen Diskussionen über den Teuerungsausgleich für soziale Organisationen, die wesentliche grundlegende Arbeit und wichtige Arbeit für unsere Stadt tagtäglich leisten, sind dann nun endlich vom Tisch.

Ich schätze es sehr, dass der Regierungsrat über die Motionsforderung hinaus gedacht und schlussendlich entschieden hat, in Zukunft keine Prozentgrenze mehr anzuwenden und stattdessen den automatischen Teuerungsausgleich neu an eine Höhe der gesprochenen Finanzhilfe zu koppeln. Von dieser neuen Regelung profitieren deutlich mehr soziale Organisationen als bisher und auch Organisationen mit hohen Infrastrukturkosten werden zukünftig nicht mehr von einer Teuerungsanpassung ausgeschlossen. Dies soll auch für Organisationen gelten, das ist mir auch noch wichtig, die eben

auch bikantonal unterwegs sind, so dass man dort eine gute und pragmatische Lösung finden kann, dass da nicht wieder eine neue Grenze entsteht.

Ebenso ist die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Abgeltung und Finanzhilfe bei der Ausrichtung von Teuerungsausgleichen sehr zu begrüssen, denn durchaus gibt es Organisationen, die beide Varianten von Staatsbeiträgen kennen und korrekterweise die Teuerung wie bis anhin nur an einen Teil der Belegschaft hätten weitergeben können, was aber in der Praxis sowieso nie gemacht wurde. Das ist auch gar nicht umsetzbar.

Kurz noch zur ablehnenden Haltung der FDP und ihrer Bedenken betreffend schwindendem finanzpolitischen Handlungsspielraum: Da verweise ich auf den vom Regierungsrat jährlich festzulegenden Beitrag, welcher in das Standortförderprojekt Zurückverteilung verschoben wird. Wenn es also eng wird, dann soll bitte dort der gewünschte Handlungsspielraum wiederhergestellt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb spricht Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): In der Finanzkommission bestand grosse Einigkeit, dem Ratschlag zur Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes zuzustimmen und die heute geltende Schwelle von 70% Personalkostenanteil zu streichen, weswegen eben auch kein schriftlicher Bericht der Kommission vorliegt und wir die Debatte deshalb hier noch einmal führen.

Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt die Teilrevision, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wird. Wir haben es jetzt mehrfach gehört, eine arbiträre Schwelle, die an die Personalkosten angebunden ist, ist nicht sinnvoll und führt zu einer Ungleichbehandlung, insbesondere von jenen Staatsbeitragsempfangenden, die diese Schwelle knapp nicht erreichen. Eine Senkung der Schwelle würde das Problem nicht lösen, weswegen die Streichung klar zu begrüssen ist, wie sie der Regierungsrat nun vorschlägt und wie sich der Grosse Rat auch in der Debatte in der Zweitüberweisung der Motion bereits einig war und auch heute wieder einig ist, mit Ausnahme der FDP, wobei ich mir vorstellen kann, dass David Jenny seinem Kollegen Luca Urgese vielleicht auch noch widersprechen wird.

Dass kleinere Finanzhilfen von jährlich unter 50’000 Franken von der neuen Regelung ausgenommen bleiben, ist sinnvoll. Bei diesen Finanzhilfen reicht es, wenn ein allfälliger Teuerungsausgleich wie bisher alle vier Jahre ausgehandelt wird. Auch dass für bikantonale Staatsverträge wie etwa die Universität oder die FHNW separate Regelungen ausgehandelt werden müssen, da mehrere Kantone involviert sind, leuchtet ein. Wir begrüssen ausserdem, dass ab Inkrafttreten der neuen Regelung auch all jene Staatsbeiträge einen jährlichen Teuerungsausgleich erhalten werden, die schon zuvor abgeschlossen worden sind, also nicht nur die, die jetzt neu ausgehandelt werden.

Aufgrund der aktuell tiefen Teuerung ist vielleicht etwas aus dem Blick geraten, vor welche Herausforderungen ein fehlender Teuerungsausgleich die Empfänger:innen von Staatsbeiträgen stellen kann. Bei einer jedes Jahr stark steigenden Teuerung, wie wir das in den letzten Jahren eher hatten, sinken die Löhne nominell, die die Beitragsempfänger:innen auszahlen können, empfindlich. Aktuell ist die Teuerung tief, sie kann aber jederzeit wieder anziehen, und dann wird es einen Unterschied machen, ob die Staatsbeiträge jährlich angepasst werden und damit auch die Löhne fair angepasst werden können in den Organisationen oder nicht.

Das vielleicht noch vorgebrachte Argument, dass der Aufwand der Verwaltung zu gross sei für die jährliche Anpassung der Staatsbeiträge, erschliesst sich uns nicht. Wir gehen davon aus, dass jedes Departement einen guten Überblick hat, dass sie Listen mit ihren jeweiligen Staatsbeiträgen haben und dass die Zuständigen dann in der Lage sein werden, den jährlichen Betrag, den sie überweisen müssen, vor der Überweisung noch kurz an den Teuerungsausgleich anzupassen, und das scheint uns zumutbar zu sein. Für die Empfänger:innen von Staatsbeiträgen mit hohen Personalkosten wird die Teilrevision des Gesetzes also einen grossen Unterschied machen, vor allem dann wieder, wenn die Teuerung zunimmt und insofern bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, der Teilrevision zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher kommt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will meinem geschätzten Fraktionskollegen Luca Urgese nicht widersprechen, ich will einfach einige ergänzende Überlegungen einbringen, die mich schon zur Zweitunterzeichnung der Motion geführt haben und mich auch heute zu einem Ja bewegen.

Zuerst einmal dazu, was wir da ändern oder was wir eben nicht ändern. Wir ändern nicht, dass sich die Anpassung der Teuerung auch bei Finanzhilfen auf den Personalkosten entsprechend dem Finanzierungsanteil des Kantons erstreckt. Also wenn der Kanton zu 50% finanziert, wird eben auch nur zur Hälfte ermöglicht, dass dann die Personalteuerung ersetzt werden kann. Und ich weiss aus einer Institution, in der ich bin, zum Beispiel Spitex Basel, da sind die Einnahmen nicht

beliebig heraufschraubbar, die hat aber einen Staatsbeitrag. Ich will das nur als Beispiel nennen, weil zum Beispiel die Krankenkassen freiwillig auch nicht mehr zahlen. Und solche Beispiele gibt es relativ viele. Wenn wir hier die Teuerung anpassen, heisst das schlussendlich nicht, dass wirklich die Löhne auch vollständig der Teuerung angepasst werden können.

Dann darf man doch auch noch sehen, dass unverändert bleibt Artikel 15 des Staatsbeitragsgesetzes, dringliche Massnahmen. Als Beitrag zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts kann der Regierungsrat nach Anhörung der Finanzkommission Verträge betreffend Staatsbeiträge unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist- und das ist nicht die vertraglich vereinbarte – vorzeitig kündigen und neu vorhanden. Und dann Absatz 2: Vorrangig sind die Verträge betreffend der Finanzhilfe zu kündigen. Und das ist ja hier unangetastet.

Und dann doch noch zur Erinnerung vielleicht an Oliver Bolliger betreffend Steuerungsmassnahmen. Die Institutionen mit Staatsbeiträgen sind im Fachkräftemarkt sehr oft in Konkurrenz mit dem Kanton. Und der Kanton bestimmt das massgebende Lohnniveau hier in Basel-Stadt. Und ich meine, wenn wir uns auch gesamthaft bei den Lohnmassnahmen zurückhalten, dann tragen wir auch dazu bei, dass gemeinnützige Institutionen besser rekrutieren können. Ich glaube, das ist auch eine Stellschraube, die vielleicht nicht so beliebt ist bei der Linken, aber finanzpolitisch ist diese auch anwendbar und ich glaube, der Arbeitsmarkt hat sich ja bei uns auch wieder gedreht. Das muss man unter gewissen Gesichtspunkten bedauern. Ob wirklich alle Massnahmen, wie sie von der Regierung vorgeschlagen werden und die es wiederum schwieriger machen für gemeinnützige Institutionen zu rekrutieren, alle zu 100 oder 120% Sinn machen, ist eine andere Frage und von daher halte ich jetzt die jetzt vorgeschlagene. Änderung für vertretbar, auch unter finanzpolitischen Erwägungen. Und ich glaube, wir haben andere Stellschrauben, ohne um das Mantra, das Oliver Bolliger wieder einmal wiederholt hat, zu kreisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: David Jenny hat schon vieles vorweggenommen, das ich jetzt auch nicht wiederholen möchte. Der Regierungsrat hat die Motion von Ihnen überwiesen bekommen. An Ende heisst es, entweder man indexiert oder man indexiert nicht. Die Schwelle kam ja damals auch nicht vom Regierungsrat ins Gesetz. Ich glaube, dass das keinen Sinn macht, das sehen wir heute wohl alle. Und bei den kleinen Staatsbeiträgen war es uns einfach wichtig, dass wir es gleich machen. Es gab auch eine Überlegung, ob wir die Departemente entscheiden lassen, aber dann hätten wir gleich wieder einen Vorstoss gehabt. Ich glaube, das bringt es auch nicht, es soll einfach gleich sein. Es ist pragmatisch.

Finanzpolitisch ist es nicht die grösste Stellschraube. Ich glaube, die Stellschraube, die wir haben, wenn wir die Staatsbeiträge alle vier Jahre dem Grossen Rat vorlegen, ist wohl grösser. Ich nehme auch an, dass prozentual dieses Wachstum um einiges höher ist, als was jetzt die Teuerung betrifft. Klar, die Situation kann sich einmal ändern, aber im Moment erachten wir die Frage der Teuerung als eher etwas Nebensächliches. Daher gehen wir davon aus, dass dies so nicht problematisch ist.

Und bei den Staatsbeiträgen, an denen mehrere Kantone beteiligt sind, werden Sie im Einzelfall darüber diskutieren können. Persönlich finde ich das schon schwierig, muss ich sagen, wenn wir als Kanton Basel-Stadt überall einfach automatisiert mehr bezahlen sollen und alle anderen Kantone machen das nicht. Diese Praxis ändert sich nicht mit der Teilrevision heute, aber wir haben das schon mehrmals diskutiert. Das ist wirklich schwierig, wenn ein Kanton einen anderen Beitrag leistet. Dieser Umgang ist auch für das Unternehmen, für den Verein nicht wirklich einfach, wenn jeder etwas anderes macht. Daher hoffe ich, dass wir diese Praxis beibehalten können. Am Ende ist auch für die Institution wichtiger, welche Leistung bezahlt wird in diesen vier Jahren, wenn man den ganzen Beitrag anschaut. Das ist viel relevanter als die Frage, ob indexiert wird oder nicht.

Daher danke ich Ihnen für die gute Aufnahme und auch, dass die Finanzkommission dem so zustimmt, was ich Ihnen auch empfehlen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Damit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Ratschlags und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008080, 14.01.26 09:36:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Staatsbeitragsgesetz (StBG) vom 11. Dezember 2013 [1]) (Stand 18. Februar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

1 Staatsbeiträge werden während eines laufenden Vertrags jährlich der Teuerung angepasst. Die Anpassung an die Teuerung richtet sich nach der Personalteuerung beim Kanton und wird auf den Personalkosten entsprechend dem Finanzierungsanteil des Kantons gewährt.

2 Keine Anpassung an die Teuerung gemäss Abs. 1 erfolgt bei Finanzhilfen bis jährlich Fr. 50'000.

3 Von den Regelungen gemäss Abs. 1 und 2 kann abgewichen werden bei Vollzugsaufgaben des Bundes oder bei mit anderen Kantonen gemeinsam ausgerichteten Beiträgen.

§ 26 (neu)

Übergangsbestimmung zur Änderung von § 12 vom [Datum einfügen]

1 Auf bestehende Staatsvertragsverhältnisse ist ab Inkrafttreten der Änderung von § 12 das neue Recht anwendbar.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

15.1. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR

[14.01.26 09:36:33, 22.5564.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion als erledigt abzuschreiben.

16. Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom

[14.01.26 09:36:45, 25.1115.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir sprechen nun über die besagte Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie über den Bericht zur Motion Tobias Christ und Konsorten, Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel. Worum geht es heute? Im Kern geht es um eine gezielte Präzisierung von § 7 des Finanzhaushaltsgesetzes. Der Regierungsrat soll sich bei der generellen Aufgabenüberprüfung, der sogenannten GAP, die einmal pro Legislatur stattzufinden hat, konkrete Entlastungsziele setzen und dem Grossen Rat über die Erreichung dieser Entlastungsziele berichten. Zusätzlich wird eine zweite, dies allerdings doch nur formale Anpassung mit dieser Revision heute vorgenommen. Das Finanzhaushaltgesetz erhält neu auch im Titel offiziell die Abkürzung FHG, was das Zitieren und die rechtliche Handhabung vereinfacht.

Ein kurzer Blick auf die Geschichte des Geschäfts: Ich möchte kurz in Erinnerung rufen, weshalb wir heute über dieses Geschäft diskutieren und debattieren werden. Ausgangspunkt ist diese besagte Motion Tobias Christ. Sie stellte fest, dass die GAP durchgeführt wird, aber ohne verbindliche messbare Zielvorgaben zur Entlastung. und ohne klare Erfolgsmeldungen. Darum verlangte die Motion eine Ergänzung des FHG, Entlastungsziele sollen gesetzt werden und darüber soll dann auch entsprechend berichtet werden.

Der Regierungsrat nahm 2024 dazu Stellung, er lehnte die Motion ab und begründete dies damit, dass die GAP bewusst ergebnisoffen sei, kein Sparprogramm sei und ein fixes Entlastungsziel, die Aufgabenüberprüfung verzerren könne. Der Grosse Rat hat die Motion dann aber trotzdem zur Erfüllung überwiesen mit dem Auftrag, innert Jahresfrist die gesetzliche Grundlage entsprechend anzupassen. Der Regierungsrat hat diesen Auftrag nun umgesetzt und die vorliegende Teilrevision vorgelegt und beantragt gleichzeitig, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wir führen also keine Grundsatzdiskussion, das haben wir auch nicht in der Finanzkommission gemacht, über Sinn und Unsinn der GAP, sondern wir führen eine Diskussion und führten eine Diskussion über eine gesetzliche Umsetzung des parlamentarischen Auftrages der Motion Christ.

Die Finanzkommission hat sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und dabei nicht nur den Gesetzestext, sondern auch die praktische Bedeutung der vorgeschlagenen Ergänzungen des Regierungsrates diskutiert. Ausgangspunkt war für die Kommission stets der Zweck der generellen Aufgabenüberprüfung. Die GAP ist ein Instrument, mit dem der Staat seine Aufgaben periodisch überprüft auf ihre Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit, ihre Qualität und ihre Effizienz. Die Kommission teilt diese Grundausrichtung, sie hält aber fest, dass die GAP kein Sparprogramm ist und auch künftig keines sein soll. Ziel ist nicht der pauschale Abbau staatlicher Leistungen, sondern die kontinuierliche Verbesserung der Aufgabenerfüllung zugunsten der Bevölkerung. Effizienzgewinne sollen dort erzielt werden, wo sich Aufgaben aufgrund von Erfahrungswerten, organisatorischen Anpassungen, technologischen Entwicklungen oder veränderten Rahmenbedingungen besser, einfacher oder Ressourcen schonender erfüllen lassen. Vor diesem Hintergrund hat die Finanzkommission die vorgeschlagene gesetzliche Ergänzung grundsätzlich unterstützt, gleichzeitig aber grossen Wert auf eine präzise inhaltliche Einordnung gelegt.

Die Kommission wollte verhindern, dass mit der Einführung eines Entlastungsziels falsche Erwartungen geweckt oder politische Missverständnisse geschaffen werden. Gerade deshalb hat sie ihre Haltung im Bericht sehr klar und bewusst differenziert festgehalten, auch in der Annahme, dass selbstverständlich ein Kommissionsbericht Teil der Materialien bei der Auslegung des FHG ist. Der Begriff Entlastungsziel war in der Kommissionsberatung der zentrale Diskussionspunkt. Die Finanzkommission war sich bewusst, dass dieser Begriff politisch unterschiedlich interpretiert werden kann und teilweise automatisch mit Sparprogrammen oder Leistungsabbau gleichgesetzt werden kann. Genau diese Verkürzung wollte die Kommission vermeiden. Aus Sicht der Finanzkommission bedeutet ein Entlastungsziel keinen pauschalen Sparauftrag und keinen Abbau politisch beschlossener Leistungen. Es geht vielmehr darum, sichtbar zu machen, wo staatliche Aufgaben mit weniger Ressourcen, mit schlankeren Prozessen oder mit moderneren Instrumenten erfüllt werden können, ohne dass der Leistungsumfang oder die politische Zielsetzung in Frage gestellt werden.

Die Kommission hat deshalb auch festgehalten, dass die zentralen Bewertungsgrössen der GAP weiterhin Qualität, Wirksamkeit und Effizienz bleiben sollen. Der Begriff der Entlastung darf nicht dazu führen, dass beispielsweise politisch gewollte Leistungen in Frage gestellt werden. Wo ein politischer Leistungsauftrag besteht, ist dieser grundsätzlich nicht Gegenstand einer Überprüfung auf seine staatliche Notwendigkeit, sondern lediglich auf die Art und Weise seiner Umsetzung. Gleichzeitig verkennt die Finanzkommission nicht, dass Effizienzgewinne sehr wohl auch finanzielle Auswirkungen haben können. Entlastung kann bedeuten, dass Überkapazitäten erkannt, Doppelspurigkeiten abgebaut oder auch Prozesse vereinfacht werden. Solche Effekte sind nicht nur legitim, sondern sie sind ausdrücklich auch erwünscht. Entscheidend ist jedoch, dass sie transparent hergeleitet, sachlich begründet und nachvollziehbar ausgewiesen werden.

Die Finanzkommission hat sich deshalb auch bewusst dagegen ausgesprochen, einen fixen Prozentsatz oder ein starres Sparziel gesetzlich festzuschreiben. Ein solcher Ansatz würde die GAP zu stark in Richtung eines Sparinstruments verschieben und könnte die inhaltliche Qualität der Aufgabenüberprüfung beeinträchtigen. Stattdessen soll der Regierungsrat selbst Entlastungsziele definieren, diese begründen und im Nachgang offenlegen, wie und in welchem Umfang sie erreicht wurden oder weshalb sie in einzelnen Fällen nicht erreicht werden konnten.

Trotz dieser klaren Abgrenzung hat die Finanzkommission die gesetzliche Ergänzung als sinnvoll erachtet, denn die bisherige Praxis der GAP hat gezeigt, dass eine sehr breit angelegte Überprüfung über die gesamte Verwaltung zwar formal korrekt ist, in der Wirkung aber oft an Grenzen stösst. In solchen Prozessen besteht die Gefahr, dass einzelne Dienststellen primär ihre bestehenden Strukturen verteidigen, anstatt offen über Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren. Mit der Verpflichtung, konkrete Entlastungsziele zu formulieren, wird der Regierungsrat gezwungen, Schwerpunkte zu setzen und die GAP stärker zu fokussieren. Eine solche Fokussierung erhöht aus Sicht der Kommission die Wirksamkeit des Instruments und den eigentlichen Grundgedanken dieses Instruments deutlich. Es erlaubt es, ausgewählte Aufgabenbereiche vertieft oder vertiefter zu analysieren und dort gezielt oder gezielter nach Effizienzpotenzialen zu suchen, anstatt überall ein wenig und nirgends konsequent hinzuschauen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Transparenz gegenüber dem Parlament. Der Grosse Rat erhält künftig nicht nur einen Bericht über durchgeführte Prüfungen, sondern auch eine strukturierte Darstellung darüber, welche Ziele gesetzt wurden und in welchem Umfang diese erreicht worden sind. Damit wird die GAP für das Parlament besser nachvollziehbar und auch einfacher politisch einzuordnen. Schliesslich stärkt die Ergänzung auch die Steuerungsfunktion. Sie macht deutlich, dass Aufgabenüberprüfung kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument, mit dem die Verwaltung lernfähig bleiben und sich weiterentwickeln soll. Entlastungsziele sind dabei kein Dogma, sondern ein Orientierungsrahmen, an dem sich die Analyse und die Berichterstattung ausrichten.

Aus all diesen Gründen ist die Finanzkommission zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagene Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes richtig ist unter der klaren Voraussetzung, dass Entlastung im Sinne von Effizienzgewinnen verstanden wird und nicht als Sparprogramm oder Leistungsabbau. Die Kommission unterstützt die deshalb vorgeschlagenen Änderungen, die Beschlüsse in der Detailberatung waren klar. Die Titelanpassung inklusive offizieller Abkürzung FHG wurde einstimmig angenommen, die Ergänzung von § 7 Abs. 2 «setzt sich konkrete Entlastungsziele» wurde einstimmig angenommen bei fünf Enthaltungen und die Ergänzung von § 7 Abs. 3, der Bericht über die Zielerreichung, wurde ebenfalls einstimmig angenommen bei ebenfalls fünf Enthaltungen. Diese Enthaltungen in der Finanzkommission drücken nicht eine Ablehnung des Prinzips aus, sondern widerspiegeln in erster Linie die politische Sensibilität des Begriffs Entlastung. Umso mehr hat die Kommission Wert darauf gelegt, die richtige Interpretation festzuhalten.

Diese Vorlage ist also keine Revolution, sie ist eine sinnvolle Präzisierung und eine Konsequenz aus einem klaren politischen Auftrag des Parlaments, den Sie letztlich auch dem Regierungsrat erteilt haben. Wir stärken damit die GAP, weil diese Veränderung des Prozesses dazu führen wird, dass die Verwaltung stärker verpflichtet sein wird, Ziele zu benennen und Resultate transparent auszuweisen, ohne daraus ein Sparprogramm zu machen. Oder anders gesagt, es geht nicht um Streichen um des Streichens willen, sondern darum, nun besser und effizienter zu werden und das nachvollziehbarer für Parlament und die Öffentlichkeit. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Antrag zu folgen und die Vorlage anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet in einer ersten Runde. Fleur Weibel hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb hat der Überweisung der Motion Christ, auf die die Anpassung des FHG zurückgeht, zweimal geschlossen abgelehnt. Wir waren der Ansicht, dass mit der generellen Aufgabenüberprüfung GAP bereits jetzt die Effizienz und Wirksamkeit von staatlichen Aufgaben überprüft und allfällige Massnahmen vorgenommen werden können. Die zusätzliche Formulierung eines Entlastungsziels erschien uns deshalb einerseits nicht notwendig und andererseits vermuteten wir hinter dem Begriff des Entlastungsziel ein eigentliches Sparprogramm. Aufgrund der Diskussion in der Finanzkommission über Sinn und Zweck eines extra zu formulierenden Entlastungsziels und einer sorgfältigen Bestimmung dessen, was mit einem konkreten Entlastungsziel genau gemeint ist und was nicht, können wir nun dem vorliegenden Bericht der Finanzkommission aber zustimmen. Kommissionspräsident Joël Thüring hat bereits sehr ausführlich die Diskussion der Finanzkommission dargelegt. Ich gehe jetzt nicht nochmal im Detail darauf ein, sondern halte mich kurz.

Die Fraktion GRÜNE/jgb schliesst sich den von Joël Thüring ausgeführten Formulierungen der Finanzkommission an und betont auch noch einmal, dass das Ziel der GAP weiterhin dasjenige ist, Aufgaben hinsichtlich ihrer Qualität, Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen. Es geht also auch zukünftig nicht um den Abbau von politisch gewollten Leistungen. Für uns ist zentral, wie es auch für die Finanzkommission zentral ist, dass die GAP nicht dazu dienen darf, Leistungen durch die Hintertür abzubauen. Das Entlastungsziel darf also keinesfalls einem Sparprogramm gleichkommen. Durch die neue Schwerpunktsetzung soll vielmehr die Wirksamkeit der GAP erhöht werden. Es geht also darum, Aufgaben anhand von konkreten, überprüfbaren und zu berichtenden Entlastungszielen gezielter hinsichtlich ihrer Qualität und Effizienz zu prüfen und auch die Nachvollziehbarkeit für das Parlament zu erhöhen. Und in diesem Sinne kann die Fraktion GRÜNE/jgb dem Bericht der Finanzkommission und damit auch der Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die LDP.

Luca Urgese (FDP): Die GAP, die generelle Aufgabenüberprüfung, ist ein sehr wichtiges Instrument. Es liegt in der Natur jeder, vor allem jeder grösseren Organisation, dass sie laufend wächst und deshalb soll man regelmässig überprüfen, ob man all das, was man macht, immer noch machen muss und ob man das, was man weiterhin machen will, nicht noch etwas effizienter machen kann.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen ging, ich habe die Berichte über die GAP jeweils mit Interesse gelesen und am Schluss des Berichtes dann jeweils die Stelle gesucht, wo stand, das ist jetzt das Gesamtergebnis, so viel sind wir jetzt effizienter geworden, wir konnten jetzt Franken X sparen, indem wir all diese Effizienzmassnahmen ergriffen haben. Denn wenn man effizienter wird, sollte ja in der Regel am Schluss dann doch in Franken und Rappen irgendetwas dabei herauskommen. Doch Fehlanzeige, ich zumindest habe diese Stelle in den Berichten jeweils vergeblich gesucht. Umso wichtiger ist es, dass wir künftig ein konkretes Entlastungsziel haben, welches dann auch im Bericht entsprechend ausgewiesen werden kann, ob und wie das erreicht wurde oder vielleicht sogar übertroffen, wer weiss.

Die FDP unterstützt deshalb diese Gesetzesänderung klar und ohne Vorbehalte. Wo wir allerdings einen Vorbehalt bzw. wenn man so will, einen Widerspruch zu Handen der Materialien haben, ist bei der von der Finanzkommission im Bericht aufgeführten Haltung, dass staatliche Leistungen und Aufgaben, denen ein konkreter politischer Wille zugrunde liegt, grundsätzlich von einer Überprüfung auf ihre staatliche Notwendigkeit ausgeschlossen werden sollen.

Erstens kennt das Finanzhaushaltsgesetz keine solche Beschränkung. Es steht explizit im Gesetz drin, dass die staatliche Notwendigkeit überprüft werden soll und das kann auch bedeuten, dass man feststellt, dass es nicht mehr notwendig ist, eine bestimmte Leistung durch den Staat zu erbringen. Das macht es dann noch nicht zum Sparprogramm, sondern es kann sein, dass man durch die Entwicklung der Zeit zum Schluss kommt, früher war es notwendig, dass der Staat Leistung XY erbringt, heute ist es nicht mehr notwendig, deshalb verzichten wir darauf.

Und zweitens macht eine solche Einschränkung schlicht und einfach auch keinen Sinn. Jeder staatliche Leistung und Aufgabe lag irgendwann ein politischer Wille zugrunde. Also wenn Sie den politischen Willen als Grundlage nehmen, dass die GAP sich das nicht ansehen darf, dann machen Sie die GAP eigentlich im Ergebnis obsolet. Jede Aufgabe, jede Leistung wurde irgendwann, sei es vom Parlament oder von der Regierung oder von den Stimmberechtigten, politisch beschlossen. Nun, ein politischer Wille gilt ja auch nicht automatisch für immer. Ein politischer Wille kann sich ändern und genau deshalb ist es sinnvoll, dass man im Rahmen der GAP auch die Möglichkeit hat anzusehen, ob es immer noch der aktuelle politische Wille ist, dass eine solche Leistung erbracht werden soll.

Es ist gerade Aufgabe der generellen Aufgabenüberprüfung, Tätigkeiten zu identifizieren, die vielleicht nicht mehr notwendig sind, und dann, wo nötig, den Prozess in die Wege zu leiten, um allenfalls einen neuen politischen Willen abzuholen. Das erfolgt nicht durch die Hintertür, das erfolgt durch die Vordertür. Die Kompetenzen des Grossen Rates bleiben selbstverständlich unberührt. Sollte man zum Schluss kommen, dass eine staatliche Leistung künftig nicht mehr erbracht werden soll und das vom Grossen Rat so beschlossen wurde, braucht es selbstverständlich einen neuen Beschluss des Grossen Rates. Das hatten wir in der Vergangenheit auch schon, dass wir dann hier drin die Diskussion geführt haben, ob es jetzt einen neuen politischen Willen gibt oder eben nicht.

Im Ergebnis, klar, wir unterstützen diese Gesetzesänderung, die Begründung der Finanzkommission oder diese geäusserte Einschränkung können wir nicht mittragen. Das macht es noch nicht zum Sparprogramm, das möchte ich hier klar und deutlich sagen. Es ist schlicht und einfach die Natur der GAP, dass man regelmässig über die Bücher geht und schaut, ob all das, was man macht, auch in Zukunft machen will. Wir bitten Sie, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen. Auch die SVP-Fraktion wird dieser Gesetzesänderung zustimmen, im Wissen jedoch, dass wir damit keine finanzpolitische Revolution beschliessen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass auch das Parlament finanzpolitisch einen breiten Handlungsspielraum hat und diesen auch in den letzten Jahren etwas zu wenig ausgenützt hat für unser Empfinden, haben aber zumindest positiv zur Kenntnis genommen, dass wir im Dezember 2025 das erste Mal so etwas wie eine Budgetdebatte hatten. Entsprechend sind wir auch der Meinung, dass wir auch unabhängig von dieser Gesetzesänderung als Parlament diesen Handlungsspielraum in Zukunft mehr wahrnehmen müssten.

Wir sind der Meinung, dass wir hier dieser Gesetzesänderung zustimmen können, müssen aber auch klar festhalten, dass grundsätzlich auch die SVP-Fraktion die Erwartung hat, dass die Verwaltung effizient arbeitet. Das benötigt eigentlich gar nicht mal ein Gesetz, es sollte eigentlich eine Grundhaltung sein. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es Sinn macht, dass wir hier dieses Finanzhaushaltgesetz jetzt auch verfeinern, damit der Regierungsrat Schwerpunkte setzen kann, wo er dann entlasten möchte und über diese Entlastungsziele auch periodisch berichtet. Entsprechend sind wir der Meinung, dass es Sinn macht, dass wir hier dieses Gesetz anpassen und verfeinern, aber trotzdem auch mit der Grunderwartung, dass die Verwaltung effizient arbeiten sollte, unabhängig von dieser Gesetzesänderung, und auch, dass wir trotzdem, auch wenn wir dieses Gesetz jetzt ändern, auch im Parlament unsere Hausaufgaben machen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tobias Christ hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Eigentlich wollte ich nach dem Fraktionssprecher der SP sprechen, aber nun hat sich die Rednerliste geändert und ich vertraue darauf, dass Ivo Balmer das ganz gut machen wird und noch einmal helfen kann klarzustellen, was mit diesem ominösen Satz, der von Luca Urgese angesprochen worden ist, mit diesem politischen Willen gemeint war. Ich selber begrüsse zuerst mal im Namen der GLP, dass mindestens im Votum von Fleur Weibel für die Grünen zum Ausdruck gekommen ist, dass sich die Fraktion der Grünen anschliessen kann und diese Änderung unterstützt. Das begrüssen wir sehr. Es war mir und uns Grünliberalen ein grosses Anliegen, dass wir das mit einer soliden Mehrheit auf den Weg bringen können, denn es hat keinen Sinn, dass wir hier mit einer knappen bürgerlichen Mehrheit so eine Änderung im Finanzhaushaltgesetz beschliessen. Das wäre ein schlechter Anfang, um diese Verbesserung der GAP, wie wir sie anstreben mit dieser Motion, auf den Weg zu bringen. Ich hoffe, das bestätigt sich dann nachher auch noch einmal im Votum der Fraktion SP.

Nun eben zu diesem ominösen Satz mit diesem politischen Willen. Ich masse mir nicht an, noch einmal klarzustellen, was die Finanzkommission hier genau gemeint hat. Vielleicht kann Ivo Balmer noch dazu beitragen, das zu klären oder vielleicht auch der Kommissionspräsident. Aber aus Sicht der Grünliberalen müssen wir hier klarstellen, es ist sicherlich nicht das gemeint, was Luca Urgese angedeutet hat, dass, wo immer mal ein politischer Wille war, das nicht hinterfragt werden darf in der GAP. Denn da gebe ich ihm recht, dann gäbe es nichts mehr zu hinterfragen, deshalb kann klarerweise das nicht gemeint sein. Gemeint war, mindestens in unserem Verständnis, dass wenn der politische Wille klar manifest ist, also ganz konkret ein Grossratsbeschluss vorliegt oder sonst ein klarer formaler Beschluss, der auch einigermassen aktuell ist, dass dann die Verwaltung das nicht übersteuern soll im Rahmen der GAP. Oder wenn die Regierung ein hartes Sparziel vorgeben würde, was ja erklärtermassen nicht ihre Absicht ist, dann sollte hier klar sein, es ist nicht die Idee, dass die Verwaltung dann den politischen Willen übersteuern kann und Sparmassnahmen an einem Ort im Rahmen dieser GAP auf den Weg bringen kann, die so nicht gewollt sind. Das ist gemeint damit. Und in dem Sinne stehen wir auch voll hinter diesen Formulierungen als GLP.

Und einfach, dass es noch einmal gesagt ist, wir GLP haben kein Problem mit dem Wort Sparen, wir sind durchaus der Ansicht, dass wir auf der Ausgabenseite ein Problem haben, schon jetzt beim Kanton, auch wenn wir finanziell recht gut dastehen, und wir befürchten, dass das in Zukunft viel stärker wieder ein Thema werden könnte. Daher wäre es kein Problem, wenn die GAP dazu beitragen kann, dass man wirklich spart. Aber wir stehen, wie gesagt, hinter dem, was im Bericht der Finanzkommission zum Ausdruck kommt, dass es mit dieser Änderung hier primär nicht darum geht, Sparprogramme zu ermöglichen, das wäre nicht der richtige Weg, sondern es geht eben um diese berühmten Effizienzgewinne, die anfallen und die man auch realisieren soll. Es geht darum, Ineffizienzen auszumachen in der Verwaltung. Das kann dann zu Einsparungen führen, muss aber nicht, es kann auch nur dazu führen, dass Ressourcen besser alloziert werden. Aber da wollen wir mehr Klarheit, da wollen wir ein klares Ziel haben und mehr Transparenz schaffen, dass es auch wirklich passiert und dass es nicht irgendwo untergeht, auch wenn wir vertrauen, dass die Verwaltung grundsätzlich mit ihren Ressourcen gute Sachen macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Olivier Battaglia für die LDP.

Olivier Battaglia (LDP): Vor acht Jahren, als ich hier im Grossrat Einsitz nehmen durfte, war meine Vorgängerin in der Finanzkommission Patrizia von Falkenstein und hat schon seit längerer Zeit immer wieder das Thema GAP als Thema hier vorne gefordert. Und sie hat immer wieder gesagt, dass es da Handlungsbedarf gäbe. Ich finde es ein spannendes Umfeld, denn wir haben da eine interessante Spannung zwischen den operativen Aufgaben, die eine Verwaltung wahrnehmen muss, und dem gesetzlichen Auftrag. Mir wurde mal gesagt, es müsse im Prinzip für das administrative Handeln in der Verwaltung zuerst einmal eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, anschliessend müsse Geld gesprochen werden, ein Budget gesprochen werden und dann sei die Verwaltung handlungsfähig. In meiner Zeit bei der Finanzkontrolle durfte ich auch immer wieder sehen, dass neue Leitende von Dienststellen dazugekommen sind aus der Privatwirtschaft, und die haben

auch ganz logischerweise Ideen gehabt, wie man diese Aufgaben erfüllen kann. Zum Teil haben sie diese Mechanismen nicht gekannt, dass man da im Prinzip diesen Auftrag, das Budget und so weiter zuerst haben muss, damit man überhaupt etwas tun darf oder dass dann schlussendlich die Effizienzsteigerung, die neuen Ideen plötzlich so weit sich entwickelt haben, dass dieses «Korsett» der Aufgaben, die zugeteilt worden sind durch das Parlament, dann eine andere Dimension angenommen haben.

Wir möchten nun nicht sagen, dass es eine Sparübung ist, sondern es geht um die kritische Würdigung von den Aufgaben, die die einzelnen Dienststellen vornehmen und dass man sich dort wirklich mal kritisch mit dem Thema befasst, wo haben wir Fortschritt erzielt, positiv, Wo haben wir Effizienzen durchgesetzt? Ich denke heute vor allem auch an die Themen wie die ganze Digitalisierungsthematik, die durchaus Effizienzen mit sich bringen kann. Das ist nicht falsch. Wichtig ist aber, dass wenn wir irgendwelche gesetzlichen Anpassungen machen möchten, wenn wir steuern möchten, wir das hier in diesem hohen Haus machen.

Also für die LDP ist eigentlich die Motion Tobias Christ und Konsorten eine gute Grundlage, damit die GAP endlich die notwendige Messbarkeit bei Wirksamkeit und Effizienz bekommt. Mit dieser Anpassung im Finanzhaushaltsgesetz korrigieren wir ein langjähriges Defizit in der Finanzsteuerung und die LDP stimmt der Gesetzesänderung sowie der Einführung der Abkürzung FHG mit Überzeugung zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP spricht Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ja, Tobias Christ, ich habe gedacht, wir machen die Dramaturgie ein bisschen spannender am heutigen parlamentarischen Morgen. Wenn Sie dann noch eine Replik auf mich halten möchten, dann sind Sie ja ganz frei, noch ein Einzelvotum zu halten. Angesichts dieser Anpassung müssen wir schon diese Debatte auch führen, was wir intensiv getan haben in der Kommission, und Kommissionspräsident Joël Thüring hat gesagt, wie wir auch gerungen haben um die Auslegung dieses neuen Finanzhaushaltgesetzes, wobei eigentlich nicht viel passiert. Der Titel sei geschenkt, über das spreche ich jetzt gar nicht mehr, aber über diese Ergänzung mit diesem konkreten Entlastungsziel, das eben vor einer Überprüfung gesetzt wird.

Die GAP steht ja schon lange im Gesetz und ist als Instrument angelegt und ist damit verankert, und sie wird auch gemacht. Diese staatlichen Tätigkeiten werden periodisch überprüft und vor allem auch reflektiert und darin Wirksamkeit, Qualität und ja, dann nehme ich dieses betriebswirtschaftliche Argument, Effizienz eben überprüft werden. Bis anhin waren sie ergebnisoffen, weil eben diese Zielsetzungen nicht im Vorfeld explizit gesetzt wurden und explizit auf dieses finanzielle Ziel gesetzt wird.

Die SP-Fraktion ist bei den Grünen. Wir haben beide Male die Motion, die Auslöser war, bekämpft und wir bleiben auch heute kritisch. Und diese Kritik sieht man auch dem Bericht der Finanzkommission an. Es geht eben nicht um die GAP, sondern es geht um diese neue Logik, die sich jetzt mit dieser Nennung von konkreten Entlastungszielen ergeben könnte. Und hier ist der Konjunktiv. Eben gerade deshalb ist es für die SP-Fraktion zentral, dass diese gesetzlichen Anpassungen so verstanden werden - und deshalb ist das auch so deutlich in diesem Bericht erkenntlich –, dass das kein politisches Sparinstrument sein darf in der Anwendung. Es geht eben einzig um Qualität, Wirksamkeit und Effizienz und politisch beschlossene Leistungen stehen mal prinzipiell nicht zur Disposition und das meint, wo es eine gesetzliche Verankerung gibt, wo es einen Grossratsbeschluss gibt, wo wir eben öffentliche Leistungen wahrnehmen, muss es umgesetzt werden.

Dieser Begriff ist spannungsreich, das haben wir aus den Fraktionsvoten herausgehört, und diese Klarstellung aus dem Bericht der Finanzkommission ist deshalb wichtig. Ich glaube, einen Begriff, den man auch nochmals betonen kann, ist eben die Lernfähigkeit der Verwaltung. Natürlich wird sie effizienter, weil auch neue Mittel da sind, das hat Olivier Battaglia schön gesagt. Das soll eben mit einem konkreten Entlastungsziel hinterlegt werden. Aber es ist nicht die Aufgabe dieser neuen GAP, irgendwelche politischen Aufträge, die die Verwaltung hat, aufs Spiel zu setzen oder zu überprüfen.

Die SP-Fraktion verdeutlicht diese kritische Begleitung auch des weiteren Prozesses, indem sie sich heute teilweise enthält, und gewisse Kolleg:innen meiner Fraktion werden auch die Anpassungen ablehnen. Und ein wichtiger Punkt dieses Teils der Fraktion, die ablehnen werden, ist auch die grundsätzliche Überlegung, dass wir eben nicht der Meinung sind, dass öffentliche Verwaltung einfach mal eins zu eins gleichgesetzt werden kann mit Unternehmen. Das ist etwas anderes. Es geht hier um staatliches Handeln, das eben nicht primär über Kennzahlen oder irgendwelche Zielwerte gesteuert werden kann. Ich denke hier an Leistungen im sozialen Bereich, in der Bildung, beim Klima, aber auch beim Wohnen. Das sind politisch gewollte Leistungen, und somit sind sie auch immer normativ irgendwo begründet. Das heisst, diese Effizienz aus dieser Betriebswirtschaftslogik, die kann nur zu einem gewissen Teil in der Umsetzung erfolgen, aber nicht bei der politisch normativen Setzung. Das geht nicht. Und so verstehen wir diese Entlastungsziele, wie sie jetzt ergänzt werden in diesem Finanzhaushaltsgesetz, nicht. Sonst wären für uns Ziel und Zweck auch völlig verfehlt.

Und das möchte die SP mit den Enthaltungen, die kommen werden, unterstreichen und betonen, dass wir mit dieser «Betriebsverwirtschaftlichung» unserer Verwaltung auch vorsichtig umgehen müssen und dieses Entlastungsziel jetzt nicht zur Tabula Rasa führt. Ich glaube, alle hier drin teilen diesen Punkt. Mit Gewissheit kann ich es einfach für meine Fraktion sagen, weil wir oft darüber reden, aber ich glaube, alle hier drin teilen die Grundlage, dass eben diese Vorlage nicht entscheiden wird, was die Aufgabe des Staates ist, es geht nicht um die politische Definition von irgendwelchen Handlungen.

Und das ist der Kern dessen, was nicht passieren darf mit diesen Entlastungszielen. Es geht nicht darum, dass wir dann irgendwann politisch diskutieren, was der Staat, was unsere Verwaltung für unsere Bürger:innen und Mitbewohnenden in unserem Kanton tun und leisten sollte. Und wenn wir das als Klammer haben hier drin, dann denke ich, geht das in die richtige Richtung und dann haben wir eine neue Überprüfbarkeit, so wie es Luca Urgese ja in seinem Votum auch gemeint hat, dass man nämlich sagt, was man jetzt vertieft und zu welchen Schlüssen man gekommen ist. Aber es geht nicht um die politische Diskussion inhaltlicher Natur über Leistungen, die wir erbringen.

Ich danke Ihnen und freue mich, dass wir diesen Diskurs weiterführen können, dass wir dann am Schluss eine gute Entscheidungsgrundlage haben. Ich nehme die beiden Zwischenfragen entgegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben sehr pointiert ausgeführt, wie Sie diese Gesetzesänderung interpretieren und ich sehe da auch keinen Dissens mit der Finanzkommission, dass es eben keinen Leistungsabbau gibt, diese generelle Aufgabenüberprüfung. Aber wieso stimmt denn die SP jetzt gegen diese Gesetzesänderung?

Ivo Balmer (SP): Das ist jetzt Politik. Ich weiss nicht. Wir machen hier eine Gesetzesanpassung. Und da ist die Enthaltung eigentlich falsch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Tobias Christ hat bei der Auslegung des Begriffs des politischen Willens eine gewisse zeitliche Einschränkung gemacht und gesagt, man soll nicht gegen einen aktuellen politischen Willen vorgehen. Teilen Sie das oder würden Sie sagen, ein politischer Wille, egal wann er geäussert wurde, sei es auch vor 100 Jahren, ist unantastbar?

Ivo Balmer (SP): Für mich sind Ziele in der Verfassung unantastbar. Wenn man die überprüfen möchte, dann muss man einen neuen politischen Vorstoss machen, um diese zu ändern oder auch irgendwelche Gesetzesanpassungen festzumachen. Deshalb gibt es im politischen Willen keine zeitliche Einschränkung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Patrizia Bernasconi für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Fraktion BastA war immer gegen die Überweisung der Motion Christ. Für uns hätte diese klar die GAP zu einem Sparinstrument verwandelt. Nun haben wir eine formelle Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vor uns, beraten von der Finanzkommission, in der wir nicht mehr vertreten sind.

Es ist heute mehrmals beteuert worden, dass diese Gesetzesänderung keinen Sparauftrag bedeutet, keinen Abbau von beschlossenen Leistungen darstellt. Es gehe um Effizienzgewinne. Wir nehmen es jetzt mal einfach so zur Kenntnis. Die Frage aber, wie genau dieses Gesetz umgesetzt wird, bleibt offen und wir kennen heute zu wenig, vor allem nicht, wie ein Entlastungsziel genau konkret definiert werden soll, zumal Entlastungsziel im finanziellen Rahmen immer Ausgabenkürzungen beziehungsweise Sparmassnahmen bedeutet. Was das uns in Zukunft bringen wird, diese Ergänzung des Finanzhaushaltgesetzes, können wir heute nicht bestimmen. Das wird aber im Gesetz sein und kann sich auch wieder ändern.

Meine Fraktion wird sich deshalb enthalten. Damit möchten wir trotz aller Beteuerungen unsere Skepsis ausdrücken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Also ich verstehe nichts mehr. Ich kann mich ganz kurz fassen. Ich weiss nicht, worum es geht, ich bedauere sehr, dass es für uns Grossräte nichts mehr auf Papier gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, wir haben das bereits gehört.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann als Ein-Thema-Partei nicht überall mitreden und ich freue mich über die fünf Stimmen, die ich bekommen habe, als ich gesagt habe, ich wolle es auf Papier. Es vereinfacht einfach die Arbeit im Parlament.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit diesem Geschäft zu tun. Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich fühle mich in meine Jugend zurückversetzt, da habe ich einen Aufsatz geschrieben zur Lehre und Praxis der authentischen Interpretation. Die authentische Interpretation ist, wenn ein Parlament verbindlich in einem Rechtsakt festlegt, wie eine Bestimmung zu verstehen ist. Das versuchen jetzt Ivo Balmer und die ihm Folgenden auch, aber da wage ich doch zu bemerken, dieses Rechtsinstitut ist dem basel-städtischen Verfassungsrecht unbekannt und wird sicherlich nicht schon eingesetzt beim Erlass einer Bestimmung. Ich glaube, wenn man zu faul ist, eigene Anträge auch zu formulieren, dann sollte dies auch keine Gnade finden in der zukünftigen Auslegung eines Gesetzes.

Aber es gibt ja sicherlich Sachen, die klar sind. Bei einer GAP geht es zuerst mal wahrscheinlich nicht um das Ob, sondern vor allem um das Wie, aber auch dort kann man entsprechende Ziele festlegen, die können zum Sparen führen, das wollen Sie ja verhindern, und andererseits kann natürlich auch festgestellt werden, dass es Aufgaben geben kann, die es wirklich nicht mehr braucht, aber die nur gesetzlich vorgeschrieben sind, vielleicht auch in der Verfassung. Da dürfen wir – und da ist jedes politische Organ frei, auch der Regierungsrat, der ja als staatsleitende Behörde zu agieren hat – sagen, dass wir das so nicht mehr verantwortlich finden und eine entsprechende Verfassung und Gesetzesänderung vorbereiten werden.

Und wenn Sie jetzt hier mit Ihren Bemerkungen in diesem unglücklich formulierten Kommissionsbericht wie auch jetzt in der Debatte quasi ein allgemeines Denkverbot auf alle Zeiten festschreiben wollen, dann widerspreche ich hier zuhanden der Materialien und ich glaube, es wäre wirklich besser, dass man nicht irgendwo einen Konsens zu einem Vorschlag simuliert und dann von Anfang an Bemerkungen platzieren will, die wirklich aus diesem halbeffizienten Tiger dann vollendlich einen Papiertiger machen. Dann sagen Sie doch, Sie seien dagegen, Sie wollten nirgends sparen, Sie wollten nichts überprüfen, Effizienz sei ein schlimmes betriebswirtschaftliches Wort, das per Verfassungsänderung verbannt werden müsste.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Auch ich bin etwas verwirrt, das gebe ich zu, und das eigentlich wegen der ganzen Diskussion. Ich habe mich gefragt, ob Sie die GAP nicht einfach streichen möchten, vor allem wenn ich an die Budgetpostulate denke, die nachher drankommen und aus fast allen Fraktionen herkommen.

Es wurde vom Grossen Rat bestimmt, dass wir diese Aufgabenüberprüfung machen. Ich habe immer die Ansicht vertreten, dass diese Gesetzesänderung an sich nicht viel ändere, weil wir das heute schon hätten machen können mit dem Entlastungsziel, das haben wir nicht gemacht. Wir haben natürlich trotzdem finanzielle Gewinne gehabt. Das war unsere Philosophie bisher, man überprüft und wenn das Departement Geld einspart, dann darf es das behalten und damit etwas anderes machen, damit auch ein Anreiz da ist.

Wir machen das übrigens auch neben der GAP. Wir haben eine Artikel-8-Prüfung, alle Geschäfte werden von uns geprüft auf ihre finanziellen Auswirkungen, dort passiert es eigentlich auch immer wieder, dass wir sagen, braucht es wirklich vier Stellen, geht es auch mit zwei, können wir das mal befristen und so weiter. Das machen wir eigentlich immer. Ebenso wie wir durch das Bevölkerungswachstum nicht jedes Mal die Stellen nachziehen. Ich glaube, das gibt es nur bei den Lehrern, dort ist das automatisch, ansonsten machen wir das nicht. Das ist auch ein Effizienzgewinn, den wir versuchen umzusetzen.

Und man kann das unterschiedlich machen. Wir haben bisher immer diese BAK-Studie gemacht und dann einzelne Themen angeschaut. Das ist eine Art und Weise, die Aufgabenüberprüfung zu machen. Wenn Sie jetzt diese Gesetzesänderung machen, möchten wir das einmal anders versuchen, also dass wir vielleicht wirklich ein Entlastungsziel festlegen. Das haben wir jetzt noch nicht beschlossen, es wird ja nachher auch mit der Finanzkommission diskutiert, dass man vielleicht den Fokus

etwas anders setzt. Ich weiss nicht, warum Sie so Angst haben, es gibt keine Hintertür. Wir sind nicht der Gesetzgeber, das sind Sie. Diese Hintertür gibt es nicht, Sie sind der Gesetzgeber.

Aber selbstverständlich muss man gewisse Aufgaben, auch wenn sie mal politisch gewollt waren, überprüfen, wenn niemand mehr eine Veranstaltung besucht oder wenn es nie wieder schneit, wenn es zehn Jahre nicht mehr schneit im Kanton, wird man vielleicht aufhören mit dem Trottoirreinigungsdienst, den Vorhaltekosten. Das ist doch legitim. Und das geht ja alles wieder zu Ihnen. Der Spielraum, den wir haben, ist nicht sehr gross. Und ich kann mich beim besten Willen wirklich nicht erinnern, wann wir welche Leistung abgebaut haben. Ich bin immer noch beim Sportmuseum, das ist die einzige, an die ich mich erinnern kann, das Kindernest, das sehe ich jetzt auch noch nicht, da nehme ich auch an, das wird weitergehen und wird wahrscheinlich noch viel höher alimentiert werden. Ich kann mich beim besten Willen nicht erinnern. Daher weiss ich nicht, warum Sie sich so Sorgen machen, das ist mir nicht ganz klar.

Aber auch auf der bürgerlichen Seite: Sie wollen die Handänderungssteuer halbieren, aber Sie wollen auch nichts abbauen. Man kann dann das Geld nicht einfach nur ausdrücken, man muss dann auch mal sagen, dass man auf eine Zusatzleistung verzichtet. Aber ich glaube, wir machen das mehr bei den einzelnen Geschäften. Eine GAP kann gewisse Schwerpunkte setzen, wir versuchen das jetzt mal mit einem anderen Ansatz, die kann vielleicht mal ein Thema hinterfragen, anschauen, ob man das auch anders organisieren könnte. Wir versuchen jetzt mal eine andere Umsetzung. Das wird ja durch die Finanzkommission begleitet. ich glaube, es gab mal so ein Entlastungspaket, das war auch im Rahmen einer GAP. Und was ist geblieben? Doch, es stimmt, wir haben noch etwas abgeschafft. Den Apéro des Regierungsrates, genau, das war ein grosser Finanzgewinn.

Sie sehen ja, der Spielraum des Regierungsrates ist nicht so gross. Die wichtigen Fragen kommen alle ins Parlament oder vor die Bevölkerung. Es gibt diese Hintertür nicht. Wir werden jetzt einfach mi diese GAP, die wir machen müssen, ein wenig anders machen und da können wir uns ja am Ende dann darüber unterhalten, wie das war, ob das Sinn macht oder nicht. Man könnte auch die GAP streichen als Entlastungsziel, dann hätten wir auch weniger Aufwand.

Also machen Sie sich keine Sorgen, die Umsetzung wird diskutiert mit der Finanzkommission, die wichtigen Entscheide treffen sowieso Sie, daher müssen Sie keine Befürchtungen haben, es gibt keine Hintertür, wir werden das transparent darlegen. Daher hat der Regierungsrat sich jetzt entschieden, dies so umzusetzen und ich glaube, wir können jetzt dem auch einmal zustimmen und schauen, wie die Umsetzung erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Kommissionspräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die lebhafte Diskussion. Ivo Balmer hat mit seinem Votum auch ein bisschen wiedergegeben, wie wir in der Finanzkommission darüber diskutiert haben. Wir haben dabei oft auch das Wort vom Speck verwendet. Wir haben diese Diskussion tatsächlich so geführt, dass der Entscheid für den Antrag der Finanzkommission heute einstimmig war, aber unter Berücksichtigung dieser Enthaltungen. Und wir haben versucht, diese Enthaltungen im Bericht festzuhalten, auch wenn es eigentlich keine Stimmen sind. Und dies, weil es natürlich eine Grundsatzdiskussion ist, wie man diese Formulierung interpretieren will.

Regierungsrätin Tanja Soland hat nun auch ein bisschen das ausgeführt, was ich am Schluss auch als Antwort auf beispielsweise Luca Urgese gesagt hätte: Dieser klare politische Leistungsauftrag oder dieser klare politische Wille bei einem solchen GAP ist natürlich schon vor allem auch auf sehr aktuelle Dinge bezogen. Regierungsrätin Tanja Soland hat jetzt auch dargelegt, dass die Sorge nicht allzu gross sein kann, Luca Urgese. Wenn der Grosse Rat im November beschliesst, den Winterdienst zu verstaatlichen, dann ist es wahrscheinlich nicht besonders klug, wenn der Regierungsrat ein halbes Jahr später in der GAP just das als Entlastungsziel definiert. Das kann wahrscheinlich der Regierungsrat dann auch so verstehen, dass niemand sonderlich erfreut wäre, wenn er genau das dann gleich ein halbes Jahr später wieder hervornimmt und dort quasi damit seine ursprünglich ablehnende Haltung zur Übertragung dieser Aufgabe an den Staat gleich wieder streichen lassen möchte.

Der Regierungsrat, und das ist der zweite Punkt, hat keine Kompetenz, etwas zu streichen. Das ist dieses vielleicht auch ein bisschen sehr theoretische Denken dieser GAP, als man diese GAP eingeführt hat – das war übrigens auch ein politischer Wille diese GAP. Die Entscheidung über Ausgaben fällen Sie, Sie fällen sie regelmässig jeden Monat im Parlament, wir fällen sie grundsätzlich einmal im Jahr mit der Behandlung des Budgets im Dezember eines Jahres für das Folgejahr und Sie fällen sie ganz regelmässig auch entgegen dem Wunsch oder dem Antrag des Regierungsrates. Und das ist letztlich das, was auch entscheidend ist und nicht das, was der Regierungsrat ganz konkret in eine GAP schreiben würde. Denn am Schluss des Tages kann der Regierungsrat in einer GAP alles festhalten. Der Grosse Rat wird immer weiterhin individuell und nicht im Rahmen der Berichterstattung zu diesem Bericht der generellen Aufgabenüberprüfung wieder entscheiden.

Und Sie machen das ja eindrücklich auch regelmässig, nämlich zum Beispiel heute oder nächsten Mittwoch mit Budgetpostulaten, die dann von der Grössenordnung her vermutlich doch auch so sind, dass man beim einen oder anderen

dann die Frage stellen könnte, ob das das etwas wäre, was man als Entlastungsziel definieren könnte oder müsste. Aber selbst dort sind Sie als Parlament (und ich möchte das gar nicht bewerten als Finanzkommissionspräsident) frei, wiederum selber mit Ihren Anträgen zu steuern und zu definieren, wo eben nicht entlastet werden soll oder wo der Staat zusätzlich belastet werden muss.

Deshalb wäre ich hier auch wie Regierungsrätin Tanja Soland etwas lockerer in der Befürchtung, was nun die Umsetzung dieser Motion anbelangt. Wir nehmen aber als Finanzkommission entgegen, dass der Regierungsrat uns zugesichert hat, die Ausgestaltung dieser GAP mit uns zu besprechen. Wir möchten als Finanzkommission diese GAP allerdings dann auch nicht begleiten. Das ist eine Trennung zwischen den Gewalten Exekutive und Legislative, die sinnvoll ist. Aber der Regierungsrat hat uns gegenüber Rechenschaft abzuliefern und deshalb macht es sicher Sinn, dass wir jetzt in diesem ersten neuen Umlauf dann bei der nächsten GAP vorgängig miteinander diskutieren, wie diese neue GAP mit dieser neuen Formulierung im FHG allenfalls präziser umgesetzt werden kann, um möglichst vielleicht auch einen grösseren Mehrwert zu erzielen.

Deshalb bittet die Finanzkommissin Sie noch einmal einstimmig, diesen Änderungen, so wie sie der Regierungsrat vorgelegt hat und wie sie auf Basis der Motion Christ hier drinnen schon behandelt wurde, anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussbestimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 11 Nein, 25 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008083, 14.01.26 10:31:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012 [1]) (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz, FHG)

§ 7 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

2 Er kann dabei Schwerpunkte vornehmen und orientiert sich an Vergleichsgrössen ausserhalb der kantonalen Verwaltung. Er setzt sich konkrete Entlastungsziele.

3 Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat das Ergebnis der Prüfung zur Kenntnisnahme und veranlasst gegebenenfalls das Erforderliche. Er berichtet über die Erreichung der Entlastungsziele.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 60 Stimmen gegen 11 Stimmen bei 25 Enthaltungen.

16.01. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Bericht der FKom

[14.01.26 10:31:25, 23.5657.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Tobias Christ und Konsorten als erledigt abgschrieben.

17. Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[14.01.26 10:31:41, 25.1408.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Mit dem Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029 beraten wir über die Ausrichtung einer Finanzhilfe in Form von Betriebsbeiträgen an fünf Trägerschaften. Es sind dies der Verein Knaben- und Mädchenmusik Basel, der Verein Knabenkantorei Basel, der Verein Mädchenkantorei Basel, der Verein Musikverband beider Basel und die Genossenschaft Musikwerkstatt Basel zur Förderung improvisierter Musik. Alle fünf Institutionen sind bestens bekannt und werden seit Jahren durch den Kanton unterstützt. Die Knaben- und Mädchenmusik Basel, die Knabenkantorei Basel und der Musikverband beider Basel haben darum ersucht, ihre bisherigen Staatsbeiträge unverändert weiterzuführen. Die Mädchenkantorei und der Musikverband beider Basel haben um eine Erhöhung der Staatsbeiträge ersucht. Die BKK begrüsst das vielfältige musische Angebot der fünf Institutionen ausdrücklich und würdigt auch deren gesellschaftliches Engagement. Die grundsätzliche Unterstützung der fünf Institutionen ist in der Kommission unbestritten. Trotzdem gehe ich ganz kurz auf die Herausforderungen von einzelnen Trägerschaften ein.

Für die Knaben- und Mädchenmusik ist es zunehmend schwierig, die Nachwuchsgewinnung zu gestalten, da das Spielen eines traditionellen Blasmusikrepertoirs in einem urbanen Umfeld immer weniger gefragt ist. Darum hat die KMB frühzeitig reagiert und beispielsweise die traditionelle Basler Fasnachtsmusik im Ausbildungsprogramm gestärkt. Zudem geht die Institution gezielt auch auf Personen zu, die im Erwachsenenalter ein Blasmusikinstrument wieder oder neu erlernen möchten. Mit den erfolgreichen Bläserklassen an Primarschulhäusern hat die KMB schliesslich gezeigt, dass es sich lohnt, Kooperationen mit den allgemeinbildenden Schulen einzugehen.

Die Knabenkantorei bewegt sich in einem für die Nachwuchsgewinnung besonders schwierigen Feld. Knaben geraten immer früher in den Stimmbruch, wodurch sich die Verbleibdauer von Knaben mit Sopran- oder Altstimme in einem Chor stetig verkürzt. Junge Männer mit Tenor- oder Bassstimme sind während ihrer Pubertät aber nur mit grossem Aufwand dazu zu motivieren, regelmässig an Chorproben teilzunehmen. Auch wenn die Konkurrenz durch andere Freizeitangebote stark ist, hat die KKB die Zahl der Aktivmitglieder stabil halten können, was grosse Anerkennung verdient. Wie für viele andere private Trägerschaften im Kulturbereich ist es auch für die KKB zunehmend schwieriger, Beiträge von Stiftungen einzuwerben und das, obwohl die KKB ein hohes Ansehen in der Basler Musiklandschaft geniesst. Die BKK weist in diesem Zusammenhang aber noch darauf hin, dass die evangelisch-reformierte Kirche der KKB den Bischofshof unentgeltlich als Proberaum zur Verfügung stellt und zudem auch einen finanziellen Beitrag leistet. Dies wird im Ratschlag nicht erwähnt, ist für die KKB aber wertvoll und für die BKK nennens- und verdankenswert.

Die Mädchenkantorei hat in ihrem Gesuch für die Erneuerung des Staatsbeitrags auch um eine Erhöhung von 15’000 Franken pro Jahr ersucht. Die MKB zeigt sich sehr dankbar, dass der Kanton für die eben abgelaufene Leistungsperiode bereits eine substanzielle Erhöhung des Staatsbeitrags gesprochen hat. Dies trage essenziell dazu bei, dass die hohen

Mietkosten im Proberaum Don Bosco getragen und damit die Ausbildungsstätte sichergestellt werde. Um der steigenden Anzahl Sängerinnen gerecht zu werden, wurde im März 2023 eine neue Stelle Kursleitung vor allem für die jüngeren Mädchen geschaffen. Da die Mädchenkantorei aus finanziellen Gründen aber nur ein kleines Pensum mit einem unterdurchschnittlichen Lohnabend anbieten kann, war die Stelle lange nicht besetzt und die Arbeit musste vom bestehenden Team aufgefangen werden. Um die prekären Arbeitsverhältnisse im Team, gerade auch was die Lohnsituation betrifft, zu verbessern, brauche die Mädchenkantorei rund 25'000 Franken mehr jährlich. Obwohl die MKB ihre Drittmittelakquise bereits stark intensiviert habe, um das strukturelle Defizit von rund 80'000 Franken aufzufangen, möchte die Institution einen Teil der zusätzlich benötigten Gelder über Drittmittel einwerben. Da das aber nicht gänzlich möglich sein wird, ersucht die MKB, wie erwähnt, um eine Erhöhung des Staatsbeitrages.

Ein Teil der BKK möchte diesen Erhöhungsantrag nicht unterstützen, weil die beantragten Staatsbeiträge an die Knabenkantorei und die Mädchenkantorei in einem Missverhältnis stehen, obschon die Anzahl der Vereinsmitglieder sich auf einem ähnlichen Level bewegt und die Mittelaufstockung bei der MKB mit der gestiegenen Mitgliederzahl begründet würde. Ein anderer Teil der Kommission plädiert hingegen für die Erhöhung des Staatsbeitrages mit dem Argument, dass sich die Knabenkantorei aufgrund ihrer längeren Tradition und umfangreicheren Finanzmittel in einer besseren Position befinde. Zudem macht ein wesentlicher Teil des Staatsbeitrags der Mädchenkantorei die Miete für die Probelokalität, welche sehr hoch ist, aus. Dass die Knabenkantorei derart ideale Konditionen für ihre Proberäume aufweist, darf der Mädchenkantorei nicht zum Nachteil ausgelegt werden. Der Antrag, den Staatsbeitrag an die Mädchenkantorei auf dem bestehenden Niveau zu lassen, wurde in der Kommission mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ebenfalls einen Erhöhungsantrag hat die Musikwerkstatt Basel gestellt. Die Institution beantragt eine Erhöhung um 30'000 Franken jährlich und möchte damit einen sukzessiven Abbau von der Warteliste bei Instrumenten erreichen, die Löhne des Personals an die indexierte Teuerung anpassen und einen massvollen Aufbau von Rücklagen tätigen können, um das Eigenkapital zu stabilisieren. Der Regierungsrat schlägt eine Erhöhung des Staatsbeitrags von jährlich 15'000 Franken vor, dies, um den Teuerungsausgleich bei den Löhnen des Lehrpersonals und die Stabilisierung des Eigenkapitals zu ermöglichen. Die BKK kann dies einstimmig unterstützen.

Entsprechend dieser Ausführungen beantragt die BKK, die Staatsbeiträge so, wie sie der Regierungsrat vorgelegt hat, zu genehmigen. Für die Knaben- und Mädchenmusik, die Knabenkantorei, den Musikverband beider Basel und die Musikwerkstatt Basel einstimmig mit 12 Stimmen und für die Mädchenkantorei mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wir reden heute über die musikalische Bildung und ich möchte mir erlauben, zu Beginn meines Votums Ihnen eine kurze Übersicht zu geben über die Art, wie der Kanton Basel-Stadt mit musikalischer Bildung umgeht. Wir haben ja für die musikalische Bildung von Laien die Musikschulen unter dem Dach unserer Musikakademie Basel als verantwortlich und in diesem Fall erfolgt die Finanzierung über einen Staatsbeitrag mit dem Erziehungsdepartement. Sie erinnern sich, dieser Staatsbeitrag wurde im vorletzten Jahr 2024 erneuert mit rund 14,7 Mio. Franken pro Jahr für die Jahre 2025 bis 2028. Wir hatten damals eine Erhöhung beschlossen um 1,1 Mio. Franken pro Jahr. Ich erwähne das deshalb, weil dieser Staatsbeitrag an die Musik-Akademie natürlich vom Volumen weitaus grösser ist als die Beiträge, über die Sie heute entscheiden.

Unter den kleineren Institutionen der musikalischen Bildung nehmen eben ergänzend die Musikwerkstatt Basel, die Knaben- und Mädchenmusik Basel, die Knabenkantorei Basel und die Mädchenkantorei Basel eine wichtige Rolle ein. Hier sind Einzel- und Gruppenunterricht sowie Ensemble musizieren eng verzahnt, es bestehen Angebote zum Singen als auch zum Spielen von Instrumenten. Und dann gibt es natürlich auch etliche Vereine, in denen das Erlernen von Instrumenten, namentlich Blasinstrumenten und das gemeinsame Musizieren im Vordergrund steht. Diese wichtige Basisarbeit der Vereine wird durch den Musikverband beider Basel koordiniert und begleitet.

Und wie Sie zur Kenntnis nehmen, weil ich heute spreche, werden eben die Staatsbeiträge, über die wir heute befinden, im Präsidialdepartement von der Abteilung Kultur betreut. Es gibt dann zusätzlich noch gewisse Bundesbeiträge in allerdings kleinerem Rahmen. Der Kanton Basel-Stadt beteiligt sich am nationalen Förderprogramm Junge Talente Musik.

Das alles ist etwas kompliziert, zugegeben, derzeit ist eine Motion hängig, die Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes. Der Regierungsrat stellte da in seinem Schreiben vom September 2024 auch in Aussicht, in absehbarer Zeit eine Strategie zur Förderung der musikalischen Bildung im Kanton vorzulegen. Das Erziehungsdepartement als zuständiges Departement für die Musikakademie ist hier in der Leitung, alle Abklärungen und Beantwortungen finden natürlich dann auch in enger Abstimmung mit dem für die Kultur zuständigen Präsidialdepartement statt und der Regierungsrat plant im Laufe des Jahres 2026 auch dazu zu berichten. Dies einleitend, weil die Zuständigkeiten vielleicht nicht überall auf den ersten Blick ganz einleuchtend sind und durchaus auch historisch gewachsen sind.

Wir haben nun diesen Sammelratschlag zu den fünf Institutionen der musikalischen Bildung. Bei zweien wurden Erhöhungsanträge gestellt, bei dreien keine. Der Regierungsrat beantragt, einem Anliegen vollumfänglich nachzukommen und beim zweiten die Erhöhung teilweise zu berücksichtigen. Die Verhandlungen mit den Trägerschaften konnten gut geführt werden und wir können hier also sozusagen auch im Konsens mit den Institutionen Anträge unterbreiten.

Die Erhöhungsanträge sind betraglich im Vergleich zu den Beiträgen und den Erhöhungen für die Musikakademie in sehr kleinem Rahmen, es geht um je 15’000 Franken pro Jahr für die Mädchenkantorei Basel und für die Musikwerkstatt Basel. Insgesamt bewegen wir uns in einer Staatsbeitragshöhe von gut 880’000 Franken pro Jahr, für die vierjährige Laufzeit ergibt das dann etwas über 3’500’000 Franken. Der Gesamtbetrag im Vergleich zu dem, was wir sonst auch für musikalische Bildung sprechen, ist nicht gigantisch, die Erhöhung, die darf man als sehr moderat bezeichnen.

Nun möchte ich nicht im Detail auf die einzelnen Institutionen eingehen, im Ratschlag sind dazu eben detaillierte Ausführungen zu finden und auch die Präsidentin der BKK hat schon einige sehr wertvolle Informationen gegeben. Ich möchte auch kurz die Mädchenkantorei Basel erwähnen, die ja eben, wie wir gehört haben, in der Bildungs- und Kulturkommission kontrovers diskutiert wurde. Wir haben seitens Regierungsrats diesen erneuten Erhöhungsantrag der Mädchenkantorei besonders sorgfältig geprüft und können die Ursachen, die zu diesem Erhöhungsantrag geführt haben, sehr gut nachvollziehen. Vor allem auch möchte ich betonen, dass die Situation der Mädchenkantorei und der Knabenkantorei eine andere ist in den Umständen. Es wurde erwähnt von der Präsidentin der BKK, die Situation mit der Miete, aber generell auch mit der Drittmittelakquise sind die Voraussetzungen teilweise unterschiedlich. Das ist nicht eine Gesetzmässigkeit, diese Unterschiedlichkeit, sondern sie ergibt sich in der Historie dieser beiden Institutionen und Sie kennen den Grundsatz und der gilt auch für Staatsbeiträge, wir haben eine Gleichbehandlung, die eben auch beinhaltet, dass man bei ungleichen Voraussetzungen auch ungleich behandeln kann, auch wenn zwei Institutionen ähnliche oder in diesem Fall analoge Dinge anbieten. Es sind zwei unterschiedliche Institutionen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Und entsprechend ist es sinnvoll, jetzt hier bei der Mädchenkantorei eine Erhöhung vorzunehmen, bei der Knabenkantorei nicht. Das sind keine qualitativen Aussagen dahinter, selbstverständlich, die Arbeit beider Kantoreien wird von der Öffentlichkeit und auch vom Regierungsrat hoch geschätzt.

Wenn wir in der Detailberatung noch weiter in die Details gehen wollen bei diesem Erhöhungsantrag von 15’000 Franken pro Jahr, dann können wir es tun. Ich würde jetzt aber vorschlagen, dass ich es auf dieser generellen Ebene belasse. Ich möchte danken allen Institutionen für ihre hervorragende Arbeit. Ich möchte danken auch der BKK für die sorgfältige Prüfung der Erhöhungsanträge und dann auch für den mehrheitlich beschlossenen Entscheid, dem Regierungsrat in seinen Anträgen zu folgen und dies bitte ich Sie auch zu tun, BKK und Regierungsrat in den Anträgen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Jenny Schweizer hat das Wort für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ja, es gibt sie noch, die Vereine der musikalischen Bildung, die keine Erhöhung beanspruchen, und es gibt die, die immer wiederkehren, eine Erhöhung brauchen und fordern. Sie alle haben das Schreiben der Mädchenkantorei erhalten, wie bereits vor vier Jahren findet es die Mädchenkantorei angebracht, nach der Veröffentlichung des BKK-Berichtes dem Grossen Rat nochmals ins Gewissen zu reden.

Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Mädchenkantorei nicht schon wieder wie vor vier Jahren bevorzugt behandelt werden muss. Vor vier Jahren hat der Rat entschieden, der Mädchenkantorei finanziell markant unter die Arme zu greifen, weil sie sich selbstverschuldet in zu teure Räumlichkeiten im Don Bosco eingemietet hat, deren Mietzins sie sich überhaupt nicht leisten konnte und so in eine finanzielle Schieflage geriet. Heute liegen die Wünsche anders, sie möchte mehr Lohn bezahlen, obwohl sie sich dies leider auch nicht leisten kann.

Die Mädchenkantorei vergleicht sich gerne mit der Kantorei der Knaben. Wenn wir aber die Mädchen mit der Knabenkantorei vergleichen, so sehen wir, dass beide gleich viele Kursteilnehmende haben. Daraus können wir doch auch schliessen, dass ebenso der Aufwand für die musikalische Schulung sich im gleichen Rahmen befindet, während die Knabenkantorei sich aber höhere Lohnausgaben mit einem niedrigeren Staatsbeitrag leisten kann. Das Argument der Mädchenkantorei, dass bei ihnen die Drittmittelbeschaffung schwieriger ist als bei der Knabenkantorei, finden wir ein sehr schwaches Argument und auch nicht begründbar.

Aus dem Musterbudget ist zu entnehmen, dass die Mädchenkantorei die Erhöhung für die Ausrichtung eines 13. Monatslohnes einsetzen wird. Die dringende Lohnerhöhung würde aus erhöhten Betriebsbeiträgen der Konzertreise, die alle zwei Jahre stattfindet, bezahlt. Da aber diese Reisen dann im darauffolgenden Jahr wieder wegfallen, erschliesst sich uns nicht, wie dann die erhöhten Löhne wieder beglichen werden können oder aber die nächste Staatsbeitragsperiode wird fällig und es wird wiederum eine Aufstockung dieser beantragt, weil nach einer Erhöhung sicherlich keine Senkung verantwortbar ist.

Sie sehen, es ist in unseren Augen immer eine Aufwärtsspirale und die Schere im Verhältnis zur Knabenkantorei geht immer weiter auf. Bis heute betrug die Differenz 20’000 Franken pro Jahr, wenn Sie der Regierung folgen, werden es 35’000 Franken pro Jahr sein und dies bei gleich hohen Kursteilnehmenden. Daher bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Staatsbeitrag für die Mädchenkantorei nicht zu erhöhen und bei 115’000 Franken pro Jahr zu belassen. Bei den Staatsbeiträgen für den Verein Knaben- und Mädchenmusik 1841, Verein Knabenkantorei, Musikverband beider Basel und Musikwerkstatt folgt die SVP-Fraktion der Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Wussten Sie, dass musikalische Bildung sich auf die geistige Entwicklung der Menschen auswirkt, das zusammen Musizieren soziale Kompetenz und Emotionalität fördert? Bei diesen Staatsbeiträgen geht es in erster Linie um die Basis, also das Erlernen dieser Fertigkeiten und die Freude an der Musik zu erleben und zu vermitteln. Es geht also nicht darum, Profis auszubilden, auch wenn der eine oder die andere später diesen Weg einschlagen wird.

Ich begrüsse sehr, dass die Regierung im Ratschlag auf das Factsheet des Verbandes der Musikschulen Schweiz eingeht und mit diesem Ratschlag die musikalische Bildung nicht nur fördert, sondern auch ihre Notwendigkeit und ihren Mehrwert erkennt. Vier Vereine und eine Genossenschaft, die sich um diese Fertigkeiten und Freuden in der musikalischen Bildung kümmern, sind in diesem Ratschlag zusammengefasst. Sie arbeiten alle auf einem professionellen und hohen Niveau. Sie ergänzen mit ihrem unterschiedlichen Angebot die Musikschule der Musikakademie. Diese Institutionen erhalten einen Staatsbeitrag, doch bringen sie auch einen hohen Anteil an Drittmitteleigenleistungen auf.

Die Präsidentin hat es auch erwähnt. Es gibt Nachwuchsschwierigkeiten. Beeindruckend ist da, dass Sie hier auf Innovation setzen und beispielsweise hat die Knaben- und Mädchenmusik vermehrt Fasnachtsmusik einbezogen und auch Bläserklassen an Schulen. Und das könnte hier drin ein paar von Ihnen interessieren, es gibt ein Programm für Erwachsene im höheren Alter, die ihr Instrument wieder mal in die Hände nehmen möchten oder einen lang gehegten Wunsch, endlich ein neues Instrument zu lernen. Auch positiv erwähnen möchte ich die vermehrte Zusammenarbeit zwischen der Knaben- und Mädchenkantorei mit gemeinsamen Projekten und Angeboten.

Nun führen wir hier drin aber offensichtlich eine ähnliche Debatte wie in der Kommissionssitzung. Das meiste ist unbestritten, aber diese eine Erhöhung von 15’000 Franken pro Jahr für die Mädchenkantorei, das passt einigen nicht. Der Antrag liegt ja auf dem Tisch. Als ich mein Votum geschrieben habe, wusste ich nicht, was meine Kollegin sagen wird, aber ich konnte antizipieren, dass vielleicht das Wort Gleichbehandlung, jetzt kam das Wort bevorzugt, zur Rede kommt, irgendetwas mit dieser Bedeutung. Wie das Bild einer Waage, ausgeglichen die Waagschalen auf einer gleichen Höhe. Auf den ersten Blick hat man eine Knaben- und eine Mädchenkantorei, beides Chöre, beide mit einem sehr ähnlichen Auftrag. Sie haben unterschiedliche Einnahmen bei den Mitgliederbeiträgen und dem Kursschulgeld, die Mädchen etwas mehr. Auch bekommen Sie schon 20’000 Franken mehr vom Kanton. Die Waage geht immer ein bisschen rauf und ein bisschen runter. Nun kommen aber zwei wichtige Anteile, die ich auf die Waage lege. Die Mietkosten, das ist kein Ertrag, sondern ein Aufwand und es kommt ein sehr tiefer Anteil der Miete ins Gewicht beim KKB. Die Waage geht hier also bedeutend runter. Der Liegensanschaftsanteil für das KKB beträgt 2’835 Franken und ist nicht einmal einfach die Miete, bei den Mädchen 89’369 Franken. Das ist doch ein gewichtiger Unterschied. Sie sehen, die Waage, die Jungs haben bedeutend mehr auf ihrem Konto. Wir rechnen und das ergibt eine Differenz von 86’534 Franken, die die Mädchenkantorei für die Mieter ihrer Räumlichkeiten zahlen muss.

Zurück zur Ausgangslage. Die Knabenkantorei soll laut Ratschlag 95’000 Franken pro Jahr erhalten, die Mädchenkantorei 130’000 Franken. Das ist eine Differenz von 35’000 Franken. Sie erinnern sich, durch die Nichtmiete hat die Knabenkantorei schon mal 86’534 Franken mehr zur Verfügung. Wenn wir das also mit den unterschiedlichen Mietkosten rechnen, bekommen die Mädchen bedeutend weniger für den Restaufwand, also Löhne, allgemeinen Personalaufwand, Verwaltungsbetriebsaufwand.

Oder möchten Sie es lieber mit dem Jahresergebnis vergleichen? Da ist die Differenz nämlich nur noch 10’478 Franken mehr für die Knabenkantorei. Also geht die Waage doch noch ein bisschen mehr ins Ausgeglichene. Die Mädchenkrantorei ersucht nun aber um 15’000 Franken pro Jahr. Also hätten Sie dann 4’522 Franken mehr als die Knabenkrantorei im Jahr. Diesen beantragen sie, weil sie überzeugt sind – und ich sehe diese Begründung als notwendig –, dass sie angemessene und faire Löhne für ihre Mitarbeitenden bezahlen.

Da ich sowohl in der Kommissionsberatung vor vier Jahren wie auch in der vor ein paar Monaten war, weiss ich, dass die Miete ein Thema ist. Ich gönne es der Knabenkantorei und finde es toll, dass sie in der reformierten Kirche eine sehr grosszügige Unterstützerin haben, die de facto keine Miete für ihre Räumlichkeiten verlangt. Und ich danke an dieser Stelle für diese bildungskulturelle Unterstützung. Die Mädchenkantorei hat, bevor sie im Don Bosco die geeigneten Räumlichkeiten gefunden hat, einiges ausprobiert, beispielsweise Klassenzimmer in Schulhäusern. Sie haben lange gesucht. Das Don

Bosco, ja, das ist teuer, dafür kann aber die Mädchenkantorei nichts. Und glauben Sie mir, sie haben nicht einfach das erstbeste Domizil ausgewählt und angenommen.

Der andere Aspekt, das sind die Löhne. Es steht im Bericht, es braucht zusätzlich Gelder für zum Teil prekäre Arbeitsbedingungen im Team, einen möglichen 13. Monatslohn und bessere Anstellungsbedingungen bei einem Kleinstpensum. Ja, Jenny Schweizer, auch Kulturschaffende haben einen angemessenen Lohn verdient. Die Mädchenkantorei benötigt für diese Erhöhung 25'000 Franken. Die Mädchenkantorei hält aber nicht einfach die hohle Hand hin und bittet den Staat, dies zu begleichen. Sie wird 10'000 über Drittmittel selber finanzieren und bittet den Kanton lediglich um 15'000 Franken. Zurück zur Waage. Wir waren etwa hier, Mädchen, Jungs mehr, bedeutend tiefere Mieten, deswegen. Es kommt aber gleich mehr Gewicht noch auf die Waage. Sie haben bedeutend höhere Spenden, die Knaben, abgerundet 211'000 Franken, bei den Mädchen aufgerundet 143'000 Franken. Ich habe natürlich keinen Einblick, wer wie viel spendet, aber ein Verein, der seit 1927 Generationen von Knaben, jetzt erwachsene Männer bis über 90 Jahre alt, musikalisch geprägt hat und ganz anders in dieser Stadt verwurzelt ist, hat mehr Chancen auf hohe Spendeneinnahmen. Die Mädchenkantorei, die erst seit 1991 die singende Mädchengeneration ausbildet, hat es da doch bedeutend schwerer. Der Spendenunterschied 68'412 Franken. So ist es im Moment.

Ich bitte Sie, diese Faktoren zu bedenken, auch ob Gleichbehandlung gleichzusetzen ist mit gleich viel Geld vom Kanton, damit die finanziellen Ressourcen etwa im Gleichgewicht sind. Wir machen hier mal 15'000 Franken drauf, wir nähern uns ein bisschen, ja, noch nicht ganz, aber es könnte hinhauen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Zustimmung den Antrag der BKK-Mehrheit und der Regierung, damit es hier bei diesem Thema bei den Kantoreien zu mehr Gleichgewicht kommt und lehnen Sie den Antrag der SVP ab, die die Waage wieder ins Ungleichgewicht bringen wird. Die Kreuztabelle hat mich etwas irritiert, ich bin davon ausgegangen, dass die meisten den Antrag der Regierung unterstützen. Ich hoffe, Sie bleiben jetzt auch dabei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin für die Mitte.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Meine Vorrednerin hat im ersten Teil ihres Votums zum Ausdruck gebracht, wie bedeutsam die musikalische Bildung ist. Als Fraktion Mitte-EVP teilen wir selbstverständlich diese Einschätzung und ich wiederhole jetzt nicht alle einzelnen Aussagen, die Sasha Mazzotti zu diesem Bereich bereits formuliert hat.

Wir sind auch sehr davon überzeugt, dass es wichtig ist, diesen Bereich auch von den kleineren Institutionen zu unterstützen und in diesem Sinne unterstützen wir auch die Anträge, die im Ratschlag formuliert sind. Allerdings, bei der Mädchenkantorei werden wir den Änderungsantrag der SVP unterstützen. Hierzu ganz kurz. Wir teilen die Haltung von Regierungspräsident Conradin Cramer, dass ungleiche Vorbedingungen auch zu ungleichen Unterstützungsbeiträgen führen können. Das war der Grund, warum wir bei der letzten Runde auch dem damaligen Erhöhungsantrag zugestimmt haben. Wir haben das damals unterstützt. Und als ich vor einer Woche bei der ersten Kopie auf dem Sitz gesehen habe, der Antrag sei 95'000, da habe ich gerade kurz überlegt, nein, also wenn es dann so ist, das wäre jetzt nicht im Sinne, wie wir das als Mitte-EVP-Fraktion sehen, sondern wir sind der Meinung, wir haben diese Ungleichheit, die gerade auch durch diese Mietsituation entsteht, damals mit dem Erhöhungsantrag unterstützt, aber wir sehen bei dem jetzt wiederum vorliegenden Erhöhungsantrag diese Ungleichheit nicht genügend klar, so dass wir sehen könnten, dass dies berechtigt wäre.

Wir denken, dass es fast ein bisschen implizit gesagt wurde im vorherigen Votum, als würde die Knabenkantorei keine angemessenen Löhne zahlen wollen. Ich gehe mal davon aus, dass auch die Knabenkantorei das Anliegen hat, den verschiedenen Leuten, die da tätig sind, auch angemessene Löhne zu bezahlen. Aus diesem Grund sehen wir hier diesen Unterschied jetzt nicht, dass man das nochmals zusätzlich nur auf einer Seite unterstützen sollte.

Es geht uns auch nicht um die 15'000 Franken als Betrag. Selbstverständlich, 15'000 Franken ist im Verhältnis zu anderen Beträgen, über die wir hier diskutieren, ein geringer Betrag. Es geht uns hier auch um Gleichheit, wir denken aber, dass die Ungleichheit ja bereits berücksichtigt ist.

Noch eine kleine Nebenbemerkung, die Knabenkantorei hat mit diesen für sie sehr vorteilhaften guten Bedingungen des Probeortes durchaus auch eine damit verbundene Verpflichtung, auch mitzuwirken an verschiedenen Gottesdiensten im Laufe des Jahres. Es ist also in dem Sinn nicht einfach nur geschenkt. Das scheint mir auch noch wichtig. Wir werden grundsätzlich den Anträgen zustimmen, bei der Mädchenkantorei dem Antrag der SVP folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sasha Mazzotti. Sie wird entgegengenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Ich hoffe sehr, dass die Knabenkantorei gerechte Löhne bezahlt. Wir haben aber festgestellt, dass ja rundum mehr Geld zur Verfügung steht, weil da höhere Spenden sind, weniger Mieten. Sind Sie nicht auch dafür, dass angemessene Löhne bei der Mädchenkantorei bezahlt werden, weil sie ja weniger zur Verfügung haben?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin dafür, die Frage ist, woher das Geld kommt. Es muss nicht von uns kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungspräsident Conradin Cramer hätte das Wort, er verzichtet, Franziska Roth verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Verein Knaben- und Mädchenmusik Basel, Seite 8 des Berichts.

Titel und Ingress

Ziffer 1 Staatsbeiträge

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008086, 14.01.26 11:04:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein «Knaben- und Mädchenmusik Basel 1841» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 803’708 (Fr. 200’927 p. a.), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Verein Knabenkantorei Basel, Seite 9 des Berichts.

Titel und Ingress,

Ziffer 1 Staatsbeiträge

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationskausel.

Wir kommen auch hier zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008088, 14.01.26 11:05:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Knabenkantorei Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 380’000 (Fr. 95’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Verein Mädchenkantorei Basel, Seite 10 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz: Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt eine Kürzung auf insgesamt 460’000 Franken, pro Jahr 115’000 Franken. Das Wort hätte die Antragstellerin. Sie verzichtet. Alle weiteren verzichten ebenfalls. Somit stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Antrag BKK, NEIN heisst Zustimmung Antrag der SVP.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008090, 14.01.26 11:06:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

der BKK zu folgen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind dem Antrag der BKK gefolgt mit 55 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008091, 14.01.26 11:06:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Mädchenkantorei Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 520’000 (Fr. 130’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Ich komme zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Verein Musikverband beider Basel, Seite 11 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz Publikationsklausel. Auch hier starte ich die Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008092, 14.01.26 11:07:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein «Musikverband beider Basel» werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 440’000 (Fr. 110’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5 Musikwerkstatt Basel, Seite 12 des Berichts.

Titel und Ingress

Ziffer 1 Staatsbeitrag

Ziffer 2 Teuerungsausgleich

Publikationsklausel.

Ich starte auch hier die Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008093, 14.01.26 11:08:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Genossenschaft «Musikwerkstatt Basel Genossenschaft zur Förderung improvisierter Musik» Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'380’000 (Fr. 345’000 p. a.) bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Stimmen gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

18. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[14.01.26 11:08:22, 25.1387.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Bird’s Eye Jazzclub wurde 1994 gegründet und gehört unter den kleineren Clubs zu einem nachgefragten und renommierten Spielort in Europa. Es finden jährlich rund 250 Konzerte an fünf Abenden pro Woche statt. Der Club bietet sowohl international bekannten Musikerinnen und Musikern als auch regionalen Nachwuchstalenten, insbesondere vom Jazz Campus der FHNW, eine wichtige Auftrittsplattform. Zudem erfüllt er einen Bildungsauftrag durch regelmässige Workshops für Schulklassen und pflegt zahlreiche Kooperationen mit regionalen Kulturinstitutionen.

Träger des Clubs ist der Verein Jazz Live Basel. Er wird von einem sechsköpfigen Vorstand geführt. Per 2022 hat eine betriebliche Reorganisation stattgefunden, welche zu einem selbst organisierten Betriebsmodell ohne explizite Position der Geschäftsführung zur Folge hatte. Die künstlerische Leitung wird seitdem von einem dreiköpfigen Booking-Team ausgeübt. Die finanzielle Situation der Institution darf dank grosszügiger und langfristiger mäzenatischer Zuwendungen grundsätzlich als stabil bezeichnet werden. Selbst erwirtschaftete Mittel decken 15 bis 20% der Kosten und der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad liegt bei rund 95%.

Mit dem Erneuerungsantrag für die Staatsbeiträge ab 2026 hat die Trägerschaft einen Erhöhungsantrag um 40’000 Franken pro Jahr gestellt. Begründet wird dies mit einem seit 2010 unveränderten Staatsbeitrag trotz erheblichem Leistungsausbau, wie mehr Konzerte, mehr Bands, deutlich mehr Publikum, mit höheren Aufwänden für faire Gagen, mit höheren technischen Anforderungen und organisatorischer Mehrbelastungen. Zudem sollen die Workshops für Schulen weiterentwickelt und ausgebaut werden, indem auch Bands mit grösserer Besetzung diese Workshops geben können.

Der Regierungsrat möchte teilweise auf diesen Erhöhungsantrag eintreten und beantragt im vorliegenden Ausgabenbericht eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 20’000 Franken pro Jahr. So soll der erhöhte Aufwand im Zusammenhang mit der künftigen Zielsetzung einer diversen Programmierung berücksichtigt werden, nicht aber der erhöhte Aufwand für grössere Workshop-Besetzungen.

Die BKK erachtet den Verein Jazz Live Basel als kulturelle Bereicherung für Basel. Der Verein hat es geschafft, sich in den rund 30 Jahren seines Bestehens zu einem renommierten und gefragten Jazzlokal zu entwickeln. Ebenfalls würdigt die Kommission den hohen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad der Institution ausdrücklich. Trotzdem erachtet eine Kommissionsminderheit die Erhöhung des Staatsbeitrags in Anbetracht der hohen Lohnsumme des Vereins als nicht opportun, da die bezahlten Löhne wohl deutlich über marktüblichen Löhnen lägen. Der Antrag, die Höhe des Staatsbeitrages auf bisheriger Höhe zu belassen, wurde mit 8 zu 2 Stimmen aber abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit allerdings heisst die

Erhöhung des Staatsbeitrages gut, da die zusätzlichen Mittel zur Umsetzung einer vielfältigeren Programmgestaltung eingesetzt werden sollen. Entsprechend stimmt die BKK mit 9 zu 2 Stimmen dem vorliegenden Ausgabenbericht zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zu Regierungspräsident Conradin Cramer kommen, möchte ich Besuch auf der Tribüne begrüssen. Wir haben eine 10. Klasse des Zentrums für Brückenangebote Clara mit Lehrperson Astrid Bertschi hier. Willkommen bei uns, schön, interessiert ihr euch für die Politik.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Würdigung der Präsidentin der BKK will ich mich namens des Regierungsrats vollumfänglich anschliessen. Der Verein Jazz Live Basel leistet vor allem auch mit dem Bird's Eye Jazz Club, der uns allen bekannt ist, Ausserordentliches, jährlich rund 250 Konzerte, viele Gastspiele, Vermittlungsangebote, zahlreiche Kooperationen mit anderen Institutionen, etwa mit dem Bebbi sy Jazz, mit Culturescapes, mit diversen Musikfestivals, mit der Musik-Akademie Basel, mit dem Zentrum für Afrikastudien, mit den staatlichen Museen. Mit diesem dichten Programm, mit diesen vielen Kooperationen, ist der Verein Jazz Live Basel ein national und international relevanter Akteur im Jazzbereich, und das alles hier in der Basler Innenstadt. Ein grossartiges Angebot, das wir hier in Basel ermöglicht sehen, immer wieder aufs Neue seit 1994.

Sie haben es auch gehört von der Präsidentin der BKK, der Eigenfinanzierungsgrad von Jazz live ist ganz ausserordentlich, dank einem ganz ausserordentlichen mäzenatischen Engagement über die Stiftung Levedo. Wir haben nun seit längerem auch einen Kantonsbeitrag. Zunächst waren das Beiträge von Basel-Stadt und Beiträge von Basel-Landschaft aus der Kulturvertragspauschale, das war bis 2021, seit 2022 mit dem neuen Kulturvertrag ist die Finanzierung durch die öffentliche Hand nun ganz in der Verantwortung von Basel-Stadt. Wir haben die bisherigen Beiträge aus Basel-Landschaft in den basel-städtischen Beitrag integriert. Und wir haben auch eine Neuerung seit Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, dass die Staatsbeiträge an den Verein Jazz Live Basel zu einem Drittel dem Bereich der Alternativkultur zugerechnet werden.

Nun hat die Trägerschaft um eine Erhöhung von 40'000 Franken pro Jahr ab dem Jahr 2026 nachgesucht. Es gab hier Argumente bezüglich der Mehrkosten aufgrund der Programmation vor allem auch von Konzerten und Workshops mit Jazz-Grossformationen, die dann entsprechend mehr Personal und Technik benötigen. Daraus begründet sich der Erhöhungsantrag, den der Regierungsrat sorgfältig geprüft hat und in Würdigung, in Wertschätzung des unglaublichen Angebots des Bird's Eye Jazz Clubs möchte der Regierungsrat nun auch eine Erhöhung sprechen im Umfang der Hälfte des Erhöhungsantrags, im Umfang von 20'000 Franken pro Jahr.

Die Würdigung umfasst auch, dass der Club eben fester Teil unserer Basler Musik- und Kulturlandschaft ist, dass er eine wichtige Plattform ist für den Nachwuchs, dass er wichtig ist für die lokale Szene, aber eben auch als Impulsgeber für Basel. Mit internationalen Gästen und Programmen dient der Club, wie schon gesagt, er liegt im Herzen der Altstadt, er bietet auch eine unvergleichliche akustische Qualität. Er ist da, er ist offen für ein breites Publikum, wird auch von einem breiten Publikum besucht, gleichzeitig ist er ein, ich würde fast schon sagen, Pilgerort für Spezialistinnen und Spezialisten und er ist eben aufgrund dieses Club-Charakters attraktiv für grosse, aber auch für kleinere Formate.

Die Trägerschaft hat den hälftig genehmigten Erhöhungsantrag so auch akzeptiert. Sie wird, die Präsidentin der BKK hat das auch schon ausgeführt, gewisse Dinge einsparen wollen, unter anderem etwa die Produktion der CD Live at the Bird's Eye, die vorerst eingestellt wird. Das Grundprogramm aber wird durch die nur eingeschränkte Erhöhung des Staatsbeitrags natürlich nicht in Frage gestellt.

Wir sind überzeugt seitens Regierungsrats, dass mit einem Staatsbedarf von neu 115'000 Franken im Verhältnis zum Gesamtbudget von rund 2 Mio. Franken eine Entwicklung des Bird's Eye Jazz Clubs weiterhin möglich ist. vom Kanton begleitet wird und eben auch in einem weiterhin absolut moderaten Rahmen weiter ermöglicht wird, und ich empfehle Ihnen daher, diesem Erhöhungsantrag auch zu folgen, nehme auch erfreut zur Kenntnis, dass die BKK nach einlässlicher Diskussion auch grossmehrheitlich diesem Antrag folgen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Sie haben es gesehen, die SVP-Fraktion hat Ihnen einen Änderungsantrag unterbreitet, auch bei diesem Geschäft für den Verein Jazz Live. Wir möchten diese zusätzlichen Staatsbeiträge nicht sprechen. Ich habe heute Morgen in irgendeinem Post einer Grossratskollegin gelesen, die SVP möchte sparen. Nein, die SVP möchte beim Jazz Live nicht sparen, die SVP möchte auch nicht kürzen, sondern die SVP möchte, dass bei diesem Verein die Staatsbeiträge auf der jetzigen Höhe verbleiben und nicht um 20'000 Franken pro Jahr erhöht werden. Das ist der konkrete Antrag, den Sie auch vorliegen haben.

Wir haben uns in der SVP-Fraktion nicht inhaltlich mit dem Verein Jazz Live weitergehend auseinandergesetzt, weil wir der Ansicht sind, dass im Bericht des Regierungsrates und selbstverständlich auch im Bericht der Bildungs- und Kulturkommission ausreichend gewürdigt wird, welche Bedeutung Jazz Live für unseren Kanton und für unsere Region hat. Regierungspräsident Conradin Cramer hat nun auch auf den beachtlichen Eigenfinanzierungsgrad der Institution hingewiesen und das ist genau das Argument, weshalb die SVP-Fraktion gesagt hat, dass sie keinen Bedarf sieht für eine symbolische Erhöhung des Staatsbeitrages. Wenn wir in Zeiten einer vernünftigeren Finanzplanung für den Kanton, in Zeiten, wo wir über die Ausgabenpolitik des Kantons sprechen, sprechen wollen, sprechen müssen, einzelne Dinge anschauen, dann können wir sicher feststellen – und ich hoffe, Sie widersprechen mir nicht- , dass der Verein Jazz Live, wenn er diese 20’000 zusätzlichen Franken Staatsbeiträge des Kantons Basel-Stadt nicht erhält, nicht in Nöte geraten wird und auch nicht in der Existenz gefährdet ist. Und das ist aus unserer Sicht in einer kulturpolitischen Diskussion durchaus auch beachtenswert und aus unserer Sicht eben auch zu gewichten.

Und in dieser Gewichtung haben wir uns entschieden in der Fraktion, dass wir diesem Erhöhungsantrag des Regierungsrates nicht folgen werden, dass wir Ihnen beantragen, bei den heutigen Staatsbeiträgen zu bleiben. Über die Ausgaben der Kulturpolitik werden wir im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des Kulturleitbildes dann sicherlich auch noch diskutieren. Der Regierungsrat hat ja dort in der Vernehmlassung auch gewisse Änderungen, was die Schwerpunkte anbelangt, in Aussicht gestellt. Wir wollen in dieser Frage der Ausrichtung der zukünftigen Kulturpolitik in Basel-Stadt schon darauf hinweisen, dass, wenn wir als Kanton weiterhin sehr grosszügig Kulturinstitutionen alimentieren, es aber durchaus sinnvoll ist und richtig ist, dass wir dann schon dort die Prioritäten setzen, wo wir feststellen, dass ohne die Unterstützung des Kantons eine Institution nicht mehr existieren könnte oder aber in Nöte geraten würde. Und hier ist nun der Verein Jazz Live Basel (nicht nur der Verein Jazz Life Basel, das sei an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich erwähnt) sicherlich nicht eine dieser Institutionen, die davon existenziell betroffen wären, wenn der Kanton nun sagt, es muss auch einmal genug sein mit den Staatsbeiträgen, es kann nicht sein, dass regelmässig alle vier oder acht Jahre diese Staatsbeiträge erhöht werden.

Heute machen wir keine Wertung der Arbeit des Vereins Jazz Live Basel, diese haben wir einmal gemacht, Sie können sich erinnern, in der letzten Staatsbeitragsperiode, als es darum ging, auch dann mit der Institution Beiträge zu kürzen. Der Regierungsrat hat dies damals getan, weil der Verein gegen Auflagen in der Corona-Pandemie verstossen hat. Diese Diskussion wurde dort bereits geführt. Wir sind der Meinung, heute ist es mit dem jetzigen Staatsbeitrag gut. Die Arbeit des Vereins ist damit trotzdem ausreichend gewürdigt und deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag heute zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Möchte noch jemand sprechen? Nein, das ist nicht der Fall. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz: Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor. Sie beantragt eine Kürzung auf insgesamt 380’000 Franken, pro Jahr 95’000 Franken. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SVP.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 21 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008095, 14.01.26 11:23:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

der BKK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 72 gegen 21 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008096, 14.01.26 11:23:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Jazz-Live Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 460’000 (Fr. 115’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

19. Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

[14.01.26 11:24:01, 25.1389.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Beratungsstelle für Frauen wird von familea seit 1907 geführt. Sie ist offen für Frauen von 18 Jahren bis zum AHV-Alter, die Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben und nicht von einer anderen Institution beraten werden oder nicht in der Lage sind, sich private Unterstützung zu organisieren. Die polyvalente Beratungsstelle unterstützt in Themenbereichen, bei denen sich geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf die Lebensverhältnisse der Frauen auswirken, zum Beispiel Arbeit in einem Niedriglohnsektor, alleinerziehend oder alleinstehend. Die Kombination von niederschwelliger Sozial- und Rechtsberatung umfasst Bereiche wie Trennung und Scheidung, Budgetfragen und Schuldenberatung, finanzielle Notsituationen, persönliche und familiäre Probleme, Schwangerschaft, Mutterschaft oder auch Fragen zu rechtlichen Situationen. Sie verfolgt einen ganzheitlichen, systemischen Ansatz, so dass Frauen auch mit Mehrfachproblematiken an einer Stelle umfassend begleitet werden können. Das Beratungsangebot ist im sozialen Basel fest verankert und vernetzt und leistet einen wichtigen Beitrag, um den strukturellen Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken. Es wird stark nachgefragt. So ist die Anzahl der Klientinnen seit 2020 um rund 51% gestiegen.

Die Frauenberatungsstelle der familea hat um die Weiterführung und Erhöhung des Staatsbeitrages um 160’000 Franken pro Jahr ersucht. Das Gesuch um Erhöhung wird mit stark angestiegenen Fallzahlen, zunehmend komplexen Fragestellungen sowie notwendigen Lohnanpassungen begründet. Zudem sollen ergänzende Angebote geschaffen werden. Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 95’000 Franken jährlich. Damit soll die benötigte Stellenaufstockung sichergestellt werden. Den Ausbau von ergänzenden Angeboten erachtet der Regierungsrat zum aktuellen Zeitpunkt nicht als notwendig und eine allfällige Lohnanpassung sollte die Dachorganisation gewährleisten können.

Die BKK erachtet das Beratungsangebot der Frauenberatungsstelle der familea als sehr wichtig. Die Kommission würdigt zudem die gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und dem Verein. Unbestritten ist in der

Kommission die Finanzierung der personellen Aufstockung um 100 Stellenprozent aufgrund der stark gestiegenen Fallzahlen und der erhöhten Komplexität der Fälle. Die Kommission ist sich darüber einig, dass die Zahlung marktkonformer Löhne wichtig ist.

Nicht einig ist sich die Kommission aber, ob es Aufgabe des Staates ist, allgemeine Lohnerhöhungen mitzutragen. Ein Teil der Kommission möchte das mit einer grösseren Erhöhung des Staatsbeitrags unterstützen. Ein anderer Teil der Kommission stellt in Frage, dass familea keine marktüblichen Löhne zahlt, zumal dazu keine Informationen vorliegen. Zudem weisen die Kommissionsmitglieder auf die äusserst komfortable finanzielle Situation des Vereins hin. Diese würde eine Entwicklung der Lohnstrukturen zulassen, sofern sie von den Verantwortlichen als notwendig erachtet werden sollte.

Eine weitere Uneinigkeit besteht darin, ob die Erweiterung des Angebots um die Aspekte Digitalisierung, berufliche Qualifizierung und Begleitung im Rahmen von Kindschutzmassnahmen durch eine grössere Erhöhung des Staatsbeitrags ermöglicht werden soll oder nicht. Mit diesem Angebot soll eine langfristig soziale und finanzielle Stabilisierung der Situation der Frauen erreicht werden. Ein Teil der Kommission findet diese Angebotserweiterung wichtig. Ein anderer Teil der Kommission wiederum möchte diese Angebotserweiterung nicht unterstützen, da die Konzepte dazu nicht bekannt sind. Würden die Projekte ohne Wissen um deren Sinnhaftigkeit und entgegen der Empfehlung des Regierungsrates gefördert, bestände die Gefahr, dass im Kanton Doppelspurigkeiten geschaffen werden. Eine entsprechende Abstimmung zu dieser Frage ist in einer ersten Runde mit Stichentscheid zugunsten einer grösseren Staatsbeitragserhöhung ausgefallen. In einer zweiten Runde ist der Entscheid dann mit 7 zu 5 Stimmen gekippt worden.

Nach eingehender Diskussion beantragt die BKK dem Grossen Rat einstimmig mit 12 Stimmen, den Staatsbeitrag, so wie er vom Regierungsrat vorgelegt wird, zu bewilligen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch hier möchte ich mich vollumfänglich der Würdigung durch die Präsidentin der BKK anschliessen. Die Frauenberatungsstelle der familea leistet seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag für die Gleichstellung von Frauen in Basel-Stadt. Die Arbeit der Beratungsstelle setzt dort an, wo geschlechtsspezifische Benachteiligungen besonders prägnant hervortreten. Das zeigt sich bei der Zusammensetzung der Klientinnen und auch bei der Bearbeitung der Themen. Die meisten Klientinnen der Frauenberatungsstelle sind alleinerziehende Mütter. Alleinerziehende Mütter sind überproportional von Armut betroffen. Daneben gehören alleinstehende Frauen zur zweitgrössten Gruppe. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Und die Beraterinnen unterstützen diese Frauen, die oft nicht in der Lage sind, die ihnen zustehenden Hilfen direkt selbst alleine zu beantragen, und die Beraterinnen vermitteln in finanziellen Notlagen unbürokratische Überbrückungshilfen aus einem Fonds von Stiftungen und privaten Spenden.

Die Frauenberatungsstelle arbeitet dabei vernetzt mit anderen sozialen Institutionen und mit staatlichen Stellen zusammen. Vor jeder Beratung klärt sie ab, ob bereits eine andere Beratungsstelle involviert oder ein anderes Angebot auf den konkreten Fall eventuell besser zugeschnitten ist. Es erfolgt also eine sorgfältige Triage und eine effiziente Arbeitsteilung. Die interdisziplinäre Zusammensetzung des Beratungsteams, bestehend aus erfahrenen Sozialarbeiterinnen und einer Juristin, ermöglicht dann auch ein effektives Vorgehen.

In der Beratung werden die ratsuchenden Frauen über ihre Rechte und Pflichten informiert, sie werden bei deren Durch- und Umsetzung unterstützt. Und so trägt das Angebot zur langfristigen sozialen und finanziellen Stabilisierung und zur Selbständigkeit der Klientinnen bei. Der Ansatz Hilfe zur Selbsthilfe entlastet gleichzeitig auch den Kanton, entlastet die kantonalen Behörden.

Die Nachfrage, wir haben es von der Präsidentin der BKK gehört, ist ungebrochen hoch, hat im Verlauf der letzten Staatsbeitragsperiode nochmals stark zugenommen. 2020 berieten die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstelle 554 Klientinnen, 2024 waren es bereits 834. Aufgrund dieses markanten Anstiegs beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des bisherigen Staatsbeitrages. Die Frauenberatungsstelle der familea ist für die Erfüllung ihres Auftrags auf eine Mittelbeteiligung des Kantons an den Betriebskosten in der Höhe von 484’000 Franken jährlich angewiesen. Ich bitte Sie entsprechend zusammen mit der BKK, diesen Staatsbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 zu bewilligen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Mann und als Grossrat beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten. Ich möchte das begründen. Ich frage meine männlichen Grossratskollegen: Was wird für uns Männer gemacht? Wenn man den Text

durchliest, denkt man immer, der Mann ist der Täter, die Frau ist das Opfer. Das sehe ich nicht ein. Ich bitte auch meinen Kollegen Beat K. Schaller zu dem Thema zu reden. Es wäre schön, wenn hier mehrere Redner auf der Rednerliste stehen würden.

Ich verstehe nicht, dass die Kommissionspräsidentin den ganzen Text abgelesen hat, den wir online haben. Es heisst ja, es sei alles online. Aber meiner Meinung nach liest das ja sowieso keiner.

Und ich muss wirklich sagen, es gibt in unserem Kanton zu viele Angebote für Frauen. Ich stelle fest und ich weiss, wovon ich rede und ich bekomme Unterstützung von vielen Leuten, die sagen, dass die jungen Frauen genügend Hilfe von Männern bekämen, und so ist es. Es gibt Statistiken, die zeigen, dass Frauen Sozialhilfe erhalten, neben dem Geld, das sie vom Mann bekommen. Das ist alles Schwarzgeld. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Nein, ich bin noch nicht fertig. Ich muss noch zum Regierungspräsidenten Stellung nehmen. Unser Regierungspräsident hat eine gute Rede gehalten und ich muss als Präsident der Liste Ausländer Stopp aufhorchen. Er hat etwas gesagt, was nicht im Onlinebericht steht. Er hat gesagt, es beträfe viele Frauen mit Migrationshintergrund, die diese Gelder nicht allein beantragen könnten. Also es sind Frauen aus dem Ausland, die angeblich die Gelder nicht beantragen können und darum brauchen sie Hilfe. Aber ich frage mich als Mensch und Grossrat, wie denn diese Frauen in die Schweiz gekommen sind, wenn sie die Hilfeleistungen nicht beantragen können.

Ich komme zum Schluss. Wenn es Frauen sind aus dem Ausland, so muss man festhalten, dass jedes Land eine Botschaft in der Schweiz hat. Wenn sie einen syrischen Pass haben, können sie zur syrischen Botschaft in Bern gehen. Die Botschaften sind da, um ihren Landsleuten zu helfen. Und das muss man einfach einmal ordentlich sagen, dass es Botschaften in Bern gibt. Wir haben ja sogar in Basel 20 verschiedene Konsulate, etwa das italienische Konsulat am Rheinweg. Und auf diesen Konsulaten und Botschaften gibt es für die Frauen Hilfe. Und wenn du im Ausland bist, bekommst du auch keine Hilfe. Dann heisst es «Geh auf die Botschaft der Schweiz in Russland, dort bekommst du dann Hilfe». Man darf nicht immer den Kanton in die Haftung nehmen und für uns selber, für uns Schweizer haben wir kein Geld.

Ich komme zum Schluss. Auch ich gehe auf Botschaften, aber ich gehe auf die Botschaft von Belarus, weil ich Wahlbeobachter bin in Belarus, was auch auf der Homepage des Grossen Rats steht. Dann gehe ich auf eine Botschaft. Aber ich bitte diese Frauen, gehen Sie auf die Botschaften von Ihrem Land, dort gibt es Unterstützung.

Darum verlange ich Rückweisung und Nichteintreten, weil es wird mir einfach zu viel in diesem Kanton, in dem man Geld verschleudert. Und hätten wir nicht Novartis und Roche, wären wir sozial pleite und bankrott.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Eric Weber hat Eintreten bestritten und Rückweisung beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst nicht Zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008098, 14.01.26 11:37:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie wollen auf das Geschäft eintreten mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Jetzt stimmen wir noch über Rückweisung ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008099, 14.01.26 11:38:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Geschäft nicht zurückweisen mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008100, 14.01.26 11:39:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Frauenberatungsstelle der familea werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'936’000 (Fr. 484'000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

[14.01.26 11:39:21, 24.1416.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der Titel des Geschäfts spricht schon Bände. Das Geschäft ist das vierte und damit auch das letzte der vier Bahnknotengeschäfte, die wir in diesem Jahr in der UVEK und hier im Parlament beraten haben. Auch hier handelt es sich, wie schon bei dem Herzstück/Durchmesserlinien-Geschäft und den Planungsgeldern dort, die wir letzte Woche bewilligt haben, um weitere Planungsarbeiten, hier insgesamt von fünf Infrastrukturen rund um den Bahnhof. Der Regierungsrat beantragt also Planungsgelder für fünf unterschiedliche Projekte. Alle separat sind höher als 300'000 Franken und müssen damit auch durch den Grossen Rat bewilligt werden. Hinzu kommen auch personelle Ressourcen für Koordinationsarbeiten dieser Arbeiten.

Die UVEK hat an fünf Sitzungen über diese Begehren beraten. Im Kommissionsbericht sind die diversen Abklärungen separat nach den jeweiligen Projekten festgehalten. Ich verweise dazu auf unseren Bericht. Ich werde nur auf die wichtigsten Positionierungen kurz eingehen. Insgesamt sind es 6,88 Mio. Franken, die der Regierungsrat ursprünglich beantragte. Die UVEK beantragt jedoch einstimmig eine angepasste Ausgabenbewilligung, reduziert um 0,6 Mio. Franken von 6,28 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um eine Reduktion um 100'000 Franken beim Velotunnel Korridor 4 und um eine halbe Million weniger, da die UVEK auf weitere Planungsarbeiten zur provisorischen Velopasserelle ebenfalls verzichten will.

Zuerst kurz zu den 0,1 Mio. Franken zum Velotunnelkorridor 4. Hier hat die UVEK vor allem die Ziele, die mit dem schon seit langem im Richtplan eingetragenen Velotunnel erreicht werden sollen, überdacht und differenziert. Wir halten es in Anbetracht des kommenden Neubaus Nauentor und einer damit entstehenden deutlich attraktiveren, einfacheren Verbindung nicht für angebracht, den Tunnel so mit diesen Funktionen wie ursprünglich vorgesehen, eben als Erschliessung und Anbindung des Gundelis an den Zentralbahnplatz, zu bauen. Die Planungen einstellen wollten wir jedoch natürlich auch nicht, denn wenn ein Tiefbahnhof gebaut würde, würde wohl an dieser Stelle auch eine zusätzliche Unterführung für den Fussverkehr geplant werden, aber nicht vom Kanton, sondern seitens SBB und BAV. Es wäre daher eine vertane Chance, wenn der Kanton nicht parallel zur SBB sich überlegen würde, was er selbst in der Tiefe für das Velo tun könnte. Eine Veloverbindung mit einer damit auch zusätzlich noch verbundenen Velostation oder ähnlichem wäre eine Überlegung wert. Somit soll dieser Velotunnel neu nicht einfach nur von A nach B ein Tunnel sein, der den Zentralbahnplatz und das Gundeli verbindet, sondern Velostationsoptionen und eine Verbindung mit der Fussgängerunterführung soll mitgedacht werden. Diese neue Betrachtungsweise führt zu einer leichten Reduktion der notwendigen Planungsgelder.

Nun zur provisorischen Velopasserelle, die von der Motion Hochuli gefordert wird. Hier hat die UVEK die bisherigen Abklärungen zur Machbarkeit dieser provisorischen Passerelle sich angeschaut und diskutiert. Diese sind auch im Ratschlag der Regierung abgebildet und ausgeführt. Wir kamen in der UVEK zum Schluss, dass eine solche Velopasserelle für den Veloverkehr weder besonders attraktiv noch besonders einfach, gut oder generell realisierbar ist. Wir haben uns die Planungsgruppe Gundeli dazu auch angehört. Diese haben als Alternative eine Velohochbahn auf dem Erdbeergraben eingebracht. In der UVEK stiess die Idee zuerst auf Interesse, weshalb wir von der Verwaltung deren Realisierbarkeit abklären liessen. Die Abklärungen zeigten, dass einerseits diese Hochbahn sehr zahlreiche Problemstellungen aufweist. Die UVEK kam daher auch zum Schluss, dass kaum alle diese Probleme mit weiteren Planungsgeldern behoben werden könnten, und andererseits stellten wir in Frage, ob es tatsächlich ein guter Ersatz wäre für die Passerellen-Idee, da die Hochbahn am Pruntruter-Kreisel enden würde. Wer also vom Gundeli her kommt, würde dennoch lieber über die Margarethenbrücke fahren wollen.

Wir haben daher auch diese Idee nicht weiterverfolgt, sondern kamen zum Schluss, dass die beste Lösung für die Bauphase während dem Neubau der Margarethenbrücke und allenfalls auch Massnahmen auf der Peter Merian-Brücke eigentlich mit dem Neubauprojekt der Margarethenbrücke bereits vorgelegt worden ist. Dort ist eine Hilfsbrücke in Planung bzw. war angedacht, ist es eventuell immer noch. Diese ist an beiden Enden gut an die weiteren Strassen angeschlossen, ist ebenerdig und direkt. Wir haben daher auf die weiteren Planungsgelder für eine provisorische Velopasserelle verzichtet, auch für eine Velohochbahn Erdbeergraben, und möchten politisch mitgeben, dass umso wichtiger ist, dass im Bauprojekt der Margarethenbrücke während der Baustellenzeit eine gute, sichere und attraktive Veloverbindung gewährleistet sein muss, unabhängig davon, ob die Hilfsbrücke nun gebaut wird oder ob sie bereits in das Bauprojekt integriert wird, wie das das Siegerprojekt vorsieht. Eine Integration dieser Hilfsbrücke in das Bauprojekt ist nach Ansicht der UVEK daher nur unter der Bedingung möglich, dass für das Velo und auch den Fussverkehr eine adäquate Verbindung geschaffen wird.

Nun noch kurz zu den anderen Projekten. An diesen haben wir keine Anpassungen vorgenommen, sondern lediglich, wo nötig und wo auch von Seiten Regierung und Verwaltung gewünscht, politische Einschätzungen für die weiteren Planungen mitgegeben. Ich verzichte darauf, diese nochmals zu wiederholen, sondern bitte darum, dass sie in den weiteren Projektphasen der jeweiligen Projekte Berücksichtigung finden. Sie sind alle im Bericht detailliert dargelegt. Am wichtigsten sind dabei wohl die Aussagen zur Ausführungsvariante der Zollibrücke sowie deren gute Anbindung an die weiteren Velorouten und auch die Aussage zur Dringlichkeit der Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf. Die UVEK hat zu jeder der Brücken auch separat eine Abstimmung abgehalten. Nicht jede Brücke beziehungsweise Unterführung erfährt gleich breit Unterstützung, alle finden jedoch eine gute Mehrheit.

Der gesamte Finanzbeschluss wird letztlich einstimmig unterstützt.

Abschliessend möchte ich sagen, dass diese fünf Projekte eigentlich alle unter demselben Stern standen. Immer mehr Menschen möchten zu Fuss oder mit dem Velo an den Bahnhof oder vom Bahnhof an den Arbeitsplatz oder nach Hause gelangen. Mit den rund 6 Millionen, die wir heute für die Planungen von gleich mehreren Brücken und Unterführungen beantragen, soll der Bahnhof SBB deutlich besser erreichbar werden für Menschen zu Fuss und auf dem Velo. Heute wäre dafür ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Nun noch zu den drei Vorstössen, zu denen wir auch Entscheide fällen. Zur Motion Yilmaz betreffend Zollibrücke beantragen wir einstimmig, gleich wie der Regierungsrat das auch vorsah, diese abzuschreiben. Die Zollibrücke scheint auf gutem Kurs.

Zum Anzug Vitelli, der die Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merianweg fordert, beantragt eine klare Mehrheit der UVEK, den Anzug stehen zu lassen.

Zum Anzug Cuénod zur besseren Veloanbindung vom Gundeli in die Innenstadt beantragt ebenfalls eine Mehrheit der UVEK, diesen stehen zu lassen.

Es bleibt mir nun noch den Mitarbeitenden des BVD sowie der zuständigen Regierungsrätin zu danken für die kompetente Begleitung des doch recht komplexen Geschäftes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Letzte Woche habe ich an dieser Stelle bei dem artverwandten Geschäft, dem dritten der vier Bahnknoten-Ratschläge, etwas ausführlicher gesprochen. Letzte Woche anlässlich des Zwischenberichts zu den Planungen rund um den Bahnausbau habe ich Ihnen geschildert, wie sich die neue Ausgangslage präsentiert, weshalb die Regierung zur Fokussierung auf die Durchmesserlinie gekommen ist und was die weiteren Schritte sind. Diejenigen, die letzte Woche vielleicht nicht im Saal waren, aber da noch Interesse haben, finden die entsprechenden Dokumente eben in der letztwöchigen Sitzung.

Ich möchte jetzt wirklich einfach nur ganz kurz darauf hinweisen, dass es wirklich auch hier sehr wichtig ist, dass diese Mittel gesprochen werden. Wir haben im Moment die Situation, dass der Bahnhof SBB eine Art Riegel ist, auch zwischen dem Gundeli und der Innenstadt, dass heute sehr viele Fahrrad- und auch Fusswege rund um den Bahnhof SBB nicht optimal sind, und wir möchten unbedingt die ganzen Entwicklungen, die rund um den Bahnhof jetzt stattfinden, nutzen können für Verbesserungen.

Vielen herzlichen Dank der Kommission nochmals für die auch hier sehr sorgfältige Auseinandersetzung, auch noch mit Ideen, die im Verlaufe der Beratung aufgekommen sind, zu denen man nochmals Abklärungen gemacht hat. Vielen Dank auch für die Stossrichtungen, die uns immer helfen, dann im weiteren Verlauf der Bearbeitung zu wissen, was mehrheitsfähig sein wird. Der Regierungsrat bittet Sie um Zustimmung zum Ausgabenbericht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

Brigitte Kühne (GLP): Kurz und bündig zu einem grossen Geschäft: In der UVEK haben wir die Diskussion entlang der einzelnen Projekte geführt und dies waren ja nicht wenige. Und ja, die Handelskammer hat es aus meiner Sicht richtig erkannt, alle Projekte wurden mit Augenmass von der UVEK beurteilt, auch die vorgeschlagene provisorische Velobrücke Erdbeergraben.

Aufgrund der sorgfältigen Beratung in der UVEK ist für uns Grünliberale klar, dass die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung über die Gleisquerungen den Fuss- und Veloquerungen in erster Linie das Gundeli mit dem Rest von Basel-Stadt sinnvoll und praktisch verbinden soll und dass die Planung aller Querungen immer Schritt halten müssen mit den SBB.

Daher heissen wir den Bericht der UVEK gut und schreiben die Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten ab und lassen den Anzug Jörg Vitelli sowie den Anzug Tim Cuénod stehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Auch die GRÜNEN/jgb unterstützen den Bericht, so wie er jetzt heute vorliegt. Wir haben uns in der UVEK über neun verschiedene Querungsmöglichkeiten gebeugt und wir konnten es wenden und drehen, wie wir wollten, zwischen der Margarethenbrücke und der Merianbrücke wird es sehr schwierig, eine weitere Querung für das Velo vor allem

zu finden und wir müssen in dem Sinn heute schon sagen, dass wir halt erst, wenn wir diesen Tiefbahnhof irgendwie vielleicht einmal realisieren werden können, vielleicht eine Möglichkeit sehen werden, dort das Velo auch mitzuberücksichtigen und da eine weitere zusätzliche Querung zu machen, die das Gundeli eben besser mit der Stadt verbindet. Deshalb haben wir auch dort weiterhin noch Gelder gesprochen, weil wir eben da eine Möglichkeit sehen.

Wir haben uns da ja auch darauf konzentriert, dass der Veloverkehr profund bei den jetzigen Bauvorhaben mitgedacht wird und sich bei dieser die Situation für die Velofahrer:innen massgeblich verbessert. Das gilt also vor allem für die Margarethenbrücke und eben auch für die Peter-Merian-Brücke. Bei letzterer mussten wir auch einige Kompromisse eingehen, weil dort schlicht und einfach auch grosse Interessen bei der SBB bestehen, und wenn da die Stadt zu sehr übersteuert und zu viel will, dann muss sie natürlich auch die Gelder dafür sprechen, und das wollen wir ja in dem Sinn nicht, sondern wir wollen das weiterhin in der Verantwortung der SBB belassen und hier diese Brücke nicht übernehmen. Daher war da ein Kompromiss zu finden und man hat Verbesserungen für den Langsamverkehr, aber sicher nicht das Ideale. Aber so ist es nun mal.

Was wir wirklich profund diskutiert haben, ist die Zolli-Brücke, die gleichzeitig für die Fussgänger und das Velo eine neue Verbindung darstellen soll. Hier wurden auch viele Varianten abgeklärt, die eine direkte Verbindung über das Zolli-Gelände ermöglicht hätten, aber vom Zolli wegen zu grosser Beeinträchtigung des Naturerlebnisses oder der Tierhaltung selbst abgelehnt worden wären. Daher wurden die Querungen im Korridor der Elsässerbahn direkt über den Bahngleisen schliesslich bevorzugt. Dabei wurde ersichtlich, dass alle Bauwerke, Einhausungen oder Brücke massive Eingriffe in die Natursubstanz mit sich bringen und so die von mir geforderten Biotopverbundachsen beispielsweise gefährden und einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.

Mit einer Volleinhausung zum Beispiel besteht die Möglichkeit, auf dem Deckel zu begrünen und eine Längs- oder auch Quervernetzung zu gewährleisten. Die Einhausung aber wiederum hat dann den Nachteil, dass sie für die Durchlüftung des Tals einen Querriegel bildet, und daher ist diese Brückenidee immer noch da, eine offene Brücke, die eine Durchlüftung ermöglicht. Also Sie sehen, wir haben da einige Diskussionen schon geführt, aber in diesem Fall zum Beispiel stand im Zentrum, eine gute Biotopverbundsachse zu bilden, kombiniert mit dieser Zolli-Brücke. All diese Aspekte müssen in diese Ausformulierung des Auftrags für einen Studienwettbewerb im Fall der Zolli-Brücke einfliessen und es ist zu hoffen, dass wir im Zuge des Wettbewerbs eine gute Lösung präsentiert erhalten werden.

Damit unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb die Anträge der Regierung um Abschreibung der Motion Semseddin Yilmaz und das Stehenlassen der Anzüge Jörg Vitelli und Tim Cuénod.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitta Gerber für die Fraktion BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt einer weiteren Finanzierung der Planung der vorliegenden Projekte zu. Velo- und Fussgängerquerungen mitten im Stadtgebiet, das durch Geleise zerteilt wird, sind wichtig für die beiden Stadtteilseiten. So profitiert die Zollibrücke respektive der Zolli von der Einhausung der Bahnlinie und so können wir das Dach für eine Velo- oder Fussgängerquerung nutzen. Sie sollten allerdings auch nachts gut und sicher sein, dahinter werden wir stehen.

Eine Unterquerung der Münchensteinerstrasse respektive Verbesserung des Hexenwegleins beim Merianweg scheint uns sinnvoll. Wer schon mal in diesem engen Aufgang vor oder nach einem Match im St. Jakobsstadion gestanden hat, weiss das zu schätzen, obwohl der Perimeter auch die Nauenstrasse hätte miteinbeziehen können, um da eventuell auch noch zusätzliche Velofahrkapazitäten zu schaffen. Das hätte uns auch gefallen.

Die Querungen am St. Alban und Wolfsgottesacker sind sehr wichtig, da mit dem Bau von Genossenschaften auf dem frei werdenden Terrain auch dringend gute Anbindungen an Quartiere wichtig sind, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten sollen geschaffen werden. Vorausschauend scheint uns respektive hoffen wir auch, dass hier zusätzlicher Wohnraum entstehen kann. Es ist ein schmaler Schnitz, er ist sehr exponiert.

Der Tunnelplan auf der Höhe des Postgebäudes ist noch nicht ganz ausgegoren, aber die Idee, vom Gundeli direkt auf den Zentralbahnplatz zum Veloparking oder weiter in Aeschenplatz fahren zu können, wie dies in Städten wie Lyon oder Zürich umgesetzt wurde, scheint uns äusserst attraktiv und auf keinen Fall schon zum jetzigen Zeitpunkt wegen irgendwelcher Höhenunterschiede etc. abzuschreiben. Dazu sollte die Projektierung des Tiefbahnhofes erst einmal weiter sein.

Wir stimmen dem Bericht zu, die Motion Yilmaz schreiben wir ab, die Anzüge Vitelli und Cuénod möchten wir stehen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe mir die Namen für die Rednerliste notiert und wir fahren am Nachmittag weiter.

Schluss der 47. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Maria Ioana Schäfer (SP), Daniel Seiler (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK 2
11.1. Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollibrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK 7
11.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian-Weg, Bericht der UVEK 7
11.3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK 8
12. Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR 8
13. Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK 10
14. Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR 12
14.1. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR 16
20. Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo 16
21. Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo 18
23. Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt) 20
24. Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel) 26
25. Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen) 30
26. Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“) 32
27. Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark) 33
28. Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen) 35

Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 14. Januar 2026, 15:00 Uhr

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:00:16, 24.1416.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zurück zur Nachmittagssitzung und wurde von Seyit Erdogan noch darum gebeten, auf den Apéro der alevitischen Gemeinde aufmerksam zu machen, der heute Abend um 18.30 Uhr im alevitischen Kulturzentrum an der Elsässerstrasse stattfindet. Alle, die noch spontan kommen möchten, können vorbeikommen. Es hat anscheinend genügend Plätze und Verpflegung. Vielen Dank.

Wir gehen zurück zu Traktandum 11. Dort hat sich Nicole Strahm eingetragen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ganz so einen Lobgesang anstimmen wie meine Vorredner*innen kann ich leider, auch wenn ich meine ganze Euphorie für gewisse Projekte hervorhole, dann doch nicht. Alle genannten Projekte, ob ober- oder unterirdisch, werden sehr aufwendig und anspruchsvoll in der Umsetzung und mit erheblichen Hürden bestückt. Das heisst, es dauert und dauert und dauert. Die Illusion einer schnellen Umsetzung ist leider bei keinem dieser Projekte gegeben, auch die Machbarkeit noch nicht überall definitiv abgeklärt und weiter, es wird ausserordentlich teuer in der Realisierung.

Die Fraktion der LDP zeigt sich gleichwohl sehr liberal und grosszügig in Sachen Finanzierung. Wir stimmen der Planungs- und Projektierungsfinanzierung zu, und zwar einfach, weil wir hier nicht die Verhinderung eines grossen ganzen Projekts rund um den Bahnknotenausbau sein wollen und diesem eine Chance geben wollen, und zwar für alle Verkehrsteilnehmenden. Deshalb zeigen wir auch in diesem Geschäft, wie bei den vorangehenden, guten Willen, aber mit kritischen Bemerkungen. Und kleiner Einschub meinerseits, wir haben alle gelernt, alles ist ein Geben und Nehmen und deshalb freue ich mich, dass als nächstes eine allseitige Unterstützung zugunsten des Ausbaus des MIV gesprochen wird. Ideen dazu gibt es mehr als genug.

Diese Vorlage, wir haben es gehört, ist und war für uns in der Kommission sehr komplex und ich bin deshalb sehr froh, dass es sich hier nur um den Planungs- und Projektierungskredit handelt und wir nach dieser Phase die vorgeschlagenen Projekte noch individuell vertieft anschauen können. Zum einen der extrem teure Velotunnel vom Gundeli zum Centralbahnplatz mit allen erdenklichen Hürden und ohne wirkliche Nutzenanalyse. Eine oberirdische Lösung wäre sicher attraktiver, ungefährlicher und schneller realisierbar. Immerhin hat die UVEK das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch als ungenügend erachtet und streicht wenigstens beim Budget einige wenige Prozente. Oder weiter, die sehr aufwendig zu realisierende Zolli-Brücke, die das Gundeldinger- mit dem Bachlettenquartier verbinden soll. Die Idee gibt es zwar schon lange, aber die Umsetzung verzögert sich fast ins Unendliche. Die Tiere im Zolli möchten keine Brücke über ihren Köpfen und befürworten sicher nur eine Brücke über den dortigen Gleisen. Die Velofahrenden andererseits möchten möglichst schnell von A nach B kommen, auch hier, ich bin gespannt auf die detaillierten Pläne.

Immerhin gab es bei der provisorischen temporären Passerelle Bahnhof SBB einen endgültigen Entscheid. Da hat sogar die UVEK den Riegel geschoben und die Finanzierung der Planung gestrichen. Und ich sage Ihnen, das will was heissen. Wir bekommen ja eine neue Margarethenbrücke und zur Gestaltung deren Oberfläche kann dann das gesparte Geld eingesetzt werden und das dann vor allem für alle Verkehrsteilnehmenden. Wenn wir wählen könnten, würden wir Projekte wie den Güterbahnhof Wolf, Wolf – St. Alban und das Hexenweglein priorisiert behandelt wünschen, obwohl auch diese Umsetzungen eine Herausforderung werden und noch in den Sternen stehen. Hier muss nämlich die SBB zuerst ihre Hausaufgaben machen, denn hier bestehen komplexe Einbindungen in SBB-Infrastrukturen. Und bei Wolf – St. Alban muss sogar eine Überquerung von Autobahn und Bahngleisen auf verschiedenen Höhen überwunden werden. Detailpläne, ich bin gespannt.

Zu den Personalkosten gibt es auch in unserer Fraktion geteilte Meinungen. Es ist schon nicht ganz nachvollziehbar, dass bei Reduktionen in den Planungen auch die Personalkosten gleichbleiben sollen. Sie bleiben aber, wie beantragt, auf dem

geforderten Niveau. Es sind hier Fachstellen, wie in der Verwaltung nicht anders möglich zu besetzen und es macht den Braten bei all diesen Ausgaben auch nicht mehr feisser, ob es einen 100%-Job werden wird oder einen mit nur 95%. Ich unterstütze deshalb den Entscheid der UVEK zur vollen Finanzierung.

Mit all meinen kritischen Bemerkungen und den gewünschten Priorisierungen in den Projekten empfehlen wir von der Fraktion LDP, die reduziert beantragten Ausgaben zu genehmigen, einhergehend mit dem hoffentlich erhörten Wunsch zu einer sorgfältigen und auch massvollen Ausgabenpolitik. Die Motion empfehlen wir abzuschreiben und die beiden Anzüge stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen und auch auf das Votum von letzter Woche zu Traktandum 10 verweisen, nachdem der Regierungsrat gemeinsam mit der Handelskammer eine Medienmitteilung Ende des Jahres gemacht hat. Fünf Tage vor Weihnachten hat sich für uns sowohl beim Traktandum 10 wie auch beim Traktandum 11 eine neue Situation ergeben, so dass wir der Meinung sind, dass man auch konsequenterweise hier den Rückweisungsantrag an den Regierungsrat stellen muss, was die SVP-Fraktion hiermit auch beantragt. Wir sind hier grundsätzlich inhaltlich nicht der Meinung, dass man das Ganze neu erfinden muss. Der Beschluss bei Traktandum 10 war deutlich umstritten, wir sind aber schon auch der Meinung, dass wir in der Gesamtwürdigung dann doch eine Situation haben, wo man sehr viel für den Fuss- und für den Veloverkehr macht, aber sehr wenig für den motorisierten Individualverkehr. Das hat ja auch Kollege Seiler letzte Woche kritisiert bei Traktandum 10, entsprechend wäre hier inhaltlich die Kritik der SVP-Fraktion geringer, weil wir ja nicht grundsätzlich gegen den Fuss- und Veloverkehr sind. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir hier eine neue Situation haben und es dementsprechend nur konsequent ist, wenn wir auch hier zurückweisen. Es ist ja auch so, dass jetzt beim Traktandum 10 bereits das Referendum angekündigt wurde, das hat man in den Medien lesen können und entsprechend wäre es auch hier vernünftig, wenn wir hier zurückweisen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Meine Frage ist relativ einfach. Sind Ihnen eigentlich die Menschen im Gundeli, die Zahl der Velofahrenden hat deutlich zugenommen die letzten Jahre, die diese Überquerung seit langem wünschen, sind die Ihnen diesbezüglich vollkommen egal?

Pascal Messerli (SVP): Nein, sind sie nicht, aber für uns hat sich eine neue Situation jetzt ergeben mit dieser Medienmitteilung der Regierung und entsprechend wollen wir das noch einmal sauber geprüft haben, obwohl wir jetzt inhaltlich nicht sämtliche Anliegen anzweifeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Die SP-Fraktion beantragt, der UVEK zu folgen und in diesem Sinne machen wir dasselbe wie die LDP-Fraktion auch und ich gehe auch einig mit Nicole Strahm-Laranchy, dass sämtliche dieser Projekte noch viel Zeit in Anspruch nehmen werden und noch viele Hürden nehmen müssen, um umgesetzt werden zu können. Aber, und das ist wichtig, ich bin um einiges euphorischer und zuversichtlicher, dass diese uns wirklich weiterbringen, dass diese wirklich dieser Stadt und den Menschen dieser Stadt zugutekommen werden, auch wenn es noch einige Zeit dauern wird. Ich möchte gerne kurz von West nach Ost durchgehen und zu jedem dieser Teilprojekte etwas sagen. Wenn Sie denn die Übersicht verloren haben, weil auch die Reihenfolge nicht immer dieselbe ist, dann empfehle ich Ihnen einen Blick auf Seite 3 des UVEK-Berichts, wo diese fünf Orte auf einer Karte dargestellt sind.

Zuerst zur Zollibrücke, die ist tatsächlich ein wichtiger Lückenschluss für den Langsamverkehr, für Velofahrende, für Fussgänger*innen zwischen dem Gundeli und dem Bachlettengebiet. Das ist mehr oder weniger unbestritten, die Umsetzung wird auch hier nicht ganz einfach sein. Wir haben anerkannt, dass für die Lage dieser Querung nur der Korridor Elsässerbahn in Frage kommt. Das ist die bestehende Zäsur im Zolli und wir respektieren in diesem Sinne auch die Vorgaben und Wünsche des Zollis, die anderen möglichen Korridore zu verwerfen. Wir erhoffen uns davon auch, dass wir jetzt wirklich vorwärtskommen. Es bleibt die Abhängigkeit zur SBB, wie übrigens auch in anderen Teilprojekten.

Dann zu sämtlichen Querungsmöglichkeiten, Querungsideen und Gedanken rund um den Bahnhof SBB. Hier besteht ja ein Konnex zu den Geschäften, die wir bereits beschlossen haben, was die Margarethenbrücke und die Peter Merian-Brücke angehen. Was mir bleibt aus der Beratung in der UVEK, ist, dass unsere Erkenntnis schon ist, dass diese beiden bestehenden Brücken die wichtigen Verbindungen sind. Und die müssen wir ausbauen, hier müssen wir sicherstellen, dass sie funktionieren. Alles, was noch dazu kommen soll, ist optional und ist vor allem sehr schwierig umzusetzen.

Zur Margarethenbrücke, hier wurde uns in der Beratung in der UVEK wirklich versichert, dass die Veloverbindung über die Margarethenbrücke immer gewährleistet bleibt, also dass auch während der Bauzeit keine längeren Unterbrüche entstehen werden, unabhängig davon, ob es eine Hilfsbrücke gibt oder ob dies im Bestand mit dem Neubauprojekt gelöst wird. Für das Gundeli ist diese Verbindung essenziell. Die ist auch viel wichtiger als die Schaffung von zusätzlichen Verbindungen oder die Prüfung zusätzlicher Verbindungen, wie beispielsweise diesem vorgeschlagenen Steg, vorgeschlagen von der Planungsgruppe Gundeli am Erdbeergraben.

Wir haben erkannt, dass die geforderte Überführung auf Höhe Elsässertor schlicht nicht sinnvoll umsetzbar ist, vor allem wegen den grossen Höhendifferenzen, die nötig wären, und den langen Rampen, die dann entstehen würden, wie auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen. Die UVEK beantragt ja deshalb, auf diese 500’000 Franken zu verzichten. Das wurde auch bereits anerkannt und ich denke, das darf exemplarisch so gelesen werden, dass unsere Kommissionsberatung hier wirklich kritisch war und dass wir auf keinen Fall unnötig Geld für Projektierungen ohne Realisierungschance ausgeben wollen.

Diese Unterführung, an der wir festhalten, diese Unterführung auf Höhe Heumattstrasse, diese Querung, die ist im Teilrichtplan Velo eingetragen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die nur sinnvoll umsetzbar ist gemeinsam mit dem Tiefbahnhof in einem direkten Zusammenhang und sprechen dieses Geld deshalb auch mit dieser Vorgabe. Und da muss ich Nicole Strahm widersprechen, es wurde gesagt, dass dies oberirdisch viel einfacher umsetzbar wäre und jetzt eine teure unterirdische Lösung angestrebt wird. Das stimmt nicht, es ist eben oberirdisch nicht umsetzbar. Wir haben die Fahrleitungen, wir haben grosse Höhendifferenzen, wir haben keine Möglichkeit für die Zugänge zu einer oberirdischen Querung und deshalb ist die unterirdische das, was wir weiterverfolgen müssen, auch wenn das selbstverständlich teuer ist.

Dann die letzte Querung, die jetzt im Bericht nicht gross thematisiert wird, ist die beim Nauentor. Da gibt es, so viel ich weiss, keine Neuigkeiten. Die Resultate aus dem Wettbewerb zum Nauentor, die gehen in eine gute Richtung. Wir hoffen, dass es da vorwärtsgeht.

Dann kurz zur Unterführung Hexenweglein, Unterführung der Münchensteinerbrücke, die ist ja Teil der angedachten künftigen Velovorzugsroute St. Johann –Bahnhof SBB und diese Umsetzung, die wird anspruchsvoll. Die ist vielleicht ein bisschen kleiner und weniger teuer, aber der Veloweg führt durch das Jacob-Burckhardt Haus und das Tramgeleise liegt direkt daneben. Zudem gibt es Abhängigkeiten zum Ausbau des Bahnknotens. Ich bin gespannt, wie es da vorwärtsgeht und drücke allen Involvierten den Daumen.

Die beiden Verbindungen am Wolf zu guter Letzt, die Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf, die steht in einem Zusammenhang mit mehreren Arealentwicklungen. Wir haben das Areal Wolf im Norden des Gleisfelds und wir haben das Areal Dreispitz Nord wie auch Walkeweg im Süden des Gleisfelds und verbunden sind diese Gebiete nur über die Münchensteinerbrücke. Da führt ein Weg von etwa 1,5 Kilometer von Areal zu Areal und mit dieser Brücke, mit diesem Steg wären es nur noch 300 Meter. Hier geht es um städtische Vernetzung, es geht um Schulwege und deshalb ist diese neue Verbindung von grosser Bedeutung. Diesen Steg, den gab es übrigens früher schon mal an gleicher Stelle, im Dach der Historischen Halle auf dem Areal Wolf ist der Einstieg auf diesen ehemaligen Steg noch ersichtlich. Die Weiterführung ins St. Alban-Quartier, da haben wir uns überzeugen lassen, dass diese nicht umgesetzt werden kann bzw. dass es nicht sinnvoll ist, diese umzusetzen, solange dieser Steg nicht gewährleistet ist und deshalb ist dies dann einfach die logische Fortsetzung.

Ich möchte noch kurz auf den Rückweisungsantrag eingehen, der mich schon überrascht, überrascht nicht, weil er steht im «Chrüzlistich», aber etwas irritiert. Ich denke, wir müssen wirklich differenzieren. Bei der letzten Sitzung, als es um die Gelder für das Lobbying ging, da verstand ich den Rückweisungsantrag immerhin. Hier sehe ich schlicht keinen Zusammenhang. Hier geht es um den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur für Velos und Fussgänger*innen rund um den Bahnhof. Was diese fünf Punkte verbindet, ist, dass immer Gleise überquert werden, aber das hat nichts mit dem Herzstück zu tun, das hat sowieso gar nichts mit einer Haltestelle Mitte zu tun. Also das, was jetzt da allenfalls geändert werden muss im Grossen, das hat keine Auswirkungen auf diese städtischen Beziehungen, die wir dringend brauchen. Deshalb finde ich es auch nicht einen logischen Schritt. Falls die Kolleginnen und Kollegen aus der SVP-Fraktion diese Veloinfrastruktur für unnötig halten, dann können Sie auch einfach Nein drücken, aber eine Rückweisung ohne klaren Auftrag verstehe ich wirklich nicht.

Nun, aus Sicht der SP-Fraktion sind dies allesamt wichtige Verbesserungen für die Veloverbindungen und für die fussläufige Vernetzung der Stadt. Ich habe es gesagt, sie sind alle verbunden mit grossen Herausforderungen und wir sind vor allem stark abhängig von der SBB. Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich im Namen der basel-städtischen Bevölkerung hartnäckig bei den SBB für ein zügiges Voranschreiten der Projekte einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Stefan Wittlin, gehen Sie mit mir einig, dass die Velofahrenden vom Gundeli über die Peter Merian-Brücke können, und gehen Sie mit mir einig, wieso eine Überquerung beim Wolf umsetzbar sein soll und beim Bahnhof nicht?

Stefan Wittlin (SP): Wir haben ganz andere Platzverhältnisse, wir haben ja die Überquerung im Bahnhof genau geprüft und sie gestrichen, weil wir zum Schluss gekommen sind, dass sie nicht umsetzbar ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Voten, die Debatte. Ich höre da grundsätzlich eine grosse Einigkeit, das freut mich sehr. Vielleicht auch noch kurz zum Rückweisungsantrag der SVP. Ich könnte ihn nachvollziehen, wenn es so wäre, dass mit dem Entscheid der Regierung zur Fokussierung auf die Durchmesserlinie es so wäre, dass das Projekt nun komplett anders daherkäme oder dass man beispielsweise gar keinen Tiefbahnhof Basel SBB braucht. Es ist aber so, dass man auch mit der Durchmesserlinie auf einen Tiefbahnhof Basel SBB beispielsweise angewiesen ist, einfach eben zwei statt vier Geleise, weil einfach die Kapazität oberirdisch nicht reicht. Und es ist auch nicht so, dass jetzt irgendwie diese ganze Realisierungszeit durch diese Fokussierung länger würde, im Gegenteil. Wir erhoffen uns ja genau durch die Fokussierung, dass man diese ganze Durchmesserlinie mitsamt den Bauwerken, die dafür nötig sind, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre realisieren kann. Das ist doch ein wesentlicher Fortschritt, wenn wir daran denken, dass beim BAV zeitweise irgendwie vom Zeithorizont 2080 die Rede war. Umso mehr sollten wir jetzt wirklich vorwärts machen mit diesen Planungen rund um den Bahnhof SBB. Dazu brauchen wir natürlich die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen und deshalb sind wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Zuerst zum Rückweisungsantrag. Der Rückweisungsantrag wurde in der UVEK nicht gestellt, die UVEK beantragt, den Ausgaben zuzustimmen. Dann wurde in den Voten von der Peter Merian-Brücke gesprochen, hier einfach kurz, um Missverständnisse zu vermeiden, wir hatten vier Bahnknotengeschäfte, die Peter Merian-Brücke war das zweite, was wir hier in den Rat gebracht haben. Beim vorliegenden vierten Geschäft geht es nicht direkt um die Peter Merian-Brücke, sondern um den, wenn man so will, den Velotunnel des Korridors 4, der eben gleich nebenan liegt. Es gibt einen gewissen Konnex zur Peter Merian-Brücke, weil der Velotunnel und das Nauentor-Projekt und die Peter Merian-Brücke Abhängigkeiten haben bzw. ähnliche Ziele verfolgen, was den Veloverkehr und den Fussverkehr und die Führungen dort in diesen Projekten anbelangt. Es gibt also diesen Konex, aber beantragt sind Gelder für den Velotunnel 4 und zum Nauentor-Projekt haben wir im zweiten Geschäft auch Stellung bezogen, wie auch zur Peter Merian-Brücke.

Dann noch kurz zur Zollibrücke. Dort wurden die Varianten in den Fraktionsvoten erwähnt, Einhausung versus Brücke. Hier, um das noch zu differenzieren, die UVEK hat diese Varianten diskutiert und kam eigentlich zum Schluss, dass sie zwar eine gewisse Präferenz hat für eine Volleinhausung, dass sie aber diese Frage auch als nicht nur politische, sondern auch recht technische Frage von Machbarkeit, von Sinnhaftigkeit, etc. auch einstuft und deshalb haben wir es für den weiteren Wettbewerb offengelassen und uns nicht auf eine Variante festgefahren, obschon wir eine gewisse Präferenz für die Volleinhausung in der Kommission erkannten.

Dann noch zum Velotunnel. Es wurde der Tiefbahnhof als Vorbedingung für diesen Velotunnel im Korridor 4 erwähnt. Hier möchte ich kurz differenzieren. Die Kosten-Nutzen-Frage wurde in der UVEK stark diskutiert beim Velotunnel und es ist auch so, wenn der Tiefbahnhof kommt, verändert das die Kosten-Nutzen-Frage dieses Velotunnels sehr gross. Die UVEK hat also diesen Konnex gemacht zum Tiefbahnhof und zu den Vorteilen, die er bringt. Was wir aber nicht gemacht haben oder diskutiert haben, ist, dass die Planungen erst direkt nur mit dem Tiefbahnhof zusammenhängend gemacht werden sollen oder können. Wir haben beispielsweise auch weitere Dinge diskutiert, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschieben könnten, beispielsweise die unterirdische Erschliessung des Veloparkings am Centralbahnplatz über das Gundeli oder aber auch Synergien, die es mit den Parkings gäbe, die teilweise nicht ganz ausgelastet sind, wo man allenfalls weitere Velostationen auch schaffen könnte. Der Bedarf an Veloabstellplätzen, da sind wir auch als UVEK schon mehrfach darauf eingegangen in den früheren Bahnknotengeschäften und dieses Mitdenken von möglichen Velostationen unterirdisch und

möglichen Verbindungen unter den Velostationen bzw. unter den Veloabstellplätzen und den Quartieren steht auch unter diesem Stern.

Ob es weitere Varianten gibt für diesen Velotunnel, der ja im Richtplan eingetragen ist, und Varianten, die allenfalls das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch verschieben können, das haben wir offengelassen, darüber haben wir auch nicht philosophiert, es kann jedoch sein. Der Tiefbahnhof ist also ein ausschlaggebender Faktor gewesen und wir wünschen uns, dass das miteinander gedacht wird, es ist aber nicht als Bedingung formuliert worden in der Kommission.

In diesem Sinne beantragen wir als Kommission, den Ausgaben zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung durch Pascal Messerli beantragt. Er beantragt, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 82 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008102, 14.01.26 15:26:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 82 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Wir fahren fort mit der

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

Finanzierung der Planung

Finanzierung der Projektierung,

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008104, 14.01.26 15:26:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat bewilligt die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung der mit dem Bahnausbau zusammenhängenden kantonalen Fuss- und Veloverkehrsinfrastrukturen in der Höhe von Fr. 6'280'000. Diese teilen sich wie folgt auf:

Fr. 3‘700‘000 für die Finanzierung der Planung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Define») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

Fr. 2‘580‘000 für die Finanzierung der Projektierung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Design») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1, «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur».

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen.

11.1. Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollibrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:26:48, 19.5284.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Motion Semseddin Yilmaz als erledigt abzuschreiben. Die UVEK verzichtet auf ein Votum, der Regierungsrat ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion als erledigt abzuschreiben.

11.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian- Weg, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:27:06, 19.5292.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Anzüge Jörg Vitelli und Konsorten sowie Tim Cuénod und Konsorten stehen zu lassen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Pascal Messerli hat sich gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Es ging vorhin im Fraktionsvotum vergessen, die SVP-Fraktion beantragt, die beiden Anzüge Vitelli und Cuénod abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Anzug Vitelli ab. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Anzug Jörg Vitelli

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008109, 14.01.26 15:28:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 67 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Anzug Tim Cuénod. Pascal Messerli beantragt, den Anzug abzuschreiben.

11.3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:28:44, 19.5293.04]

Abstimmung

Anzug Tim Cuénod

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008111, 14.01.26 15:28:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten auch diesen stehen lassen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

12. Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR

[14.01.26 15:28:54, 25.1253.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Es sind eigentlich zwei Aufwertungen, über die wir hier sprechen, die des Kronenplatzes und die der Grünanlage Schulgasse.

Die Gelder für diese beiden Umgestaltungen werden in einem Ratschlag beantragt, da der Kronenplatz und die Grünanlage Schulgasse nahe beieinander liegen.

Wir haben das Geschäft in einer unserer Sitzungen im November beraten. Die UVEK hat zu ihrer Beratung eine Vertretung der Stadtgärtnerei eingeladen und wir beantragen dem Grossen Rat nach den Abklärungen einstimmig, dem Gesamtbetrag von rund 2 Mio. Franken zuzustimmen. Für eine Übersicht der zwei geplanten Aufwertungen verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrats. Ich berichte hier mündlich noch über die zusätzlichen Abklärungen der UVEK.

Zuerst zum Mitwirkungsverfahren. Das Mitwirkungsverfahren für die beiden Anlagen hat im 2021 stattgefunden. Umgesetzt wird das Projekt jedoch erst ca. im 2028. Daher hat man sich in der UVEK erkundigt, wie das Quartier, insbesondere die Personen, die am Mitwirkungsverfahren teilgenommen haben, seither weiter informiert und miteinbezogen wurden und wie mit der langen Projektdauer im Allgemeinen umgegangen wird. Die Verwaltung ihrerseits hat geschildert, dass die Stadtgärtnerei das Stadtteilsekretariat Kleinbasel jeweils über die wesentlichen Schritte zum Projekt informiert, wie beispielsweise zur Publikation des Ratschlags, und generell auf dem laufenden halte. Das Stadtteilsekretariat nimmt seinerseits wichtige Informationen in einem E-Mail-Verteiler auf. Auch übergeordnet werden die Stadtteilsekretariate und Quartierkoordinationen über eine jährliche Zusammenkunft zu Partizipationsprojekten orientiert. Dieser Anlass wird vom Präsidialdepartement organisiert.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Jugendangeboten. In der UVEK hat man sich erkundigt, inwiefern die Interessensgruppe der Jugendlichen mit den beiden Aufwertungen bedient würde, zumal auf den ersten Blick keine attraktiven Angebote für Jugendliche in den Aufwertungen festgestellt werden konnten. Die Verwaltung hat auf den direkt an die Grünanlage angrenzenden Pausenplatz der Primarschule verwiesen, wo es unter anderem einen Basketballkorb gibt, und auf die Sitzgelegenheiten, die auf beiden Anlagen geschaffen werden, wobei die Grünanlage Schulgasse für Jugendliche wohl attraktiver sei, da sie sich dort geschützter bewegen könnten. Zudem hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass im Mitwirkungsverfahren weder von Jugendlichen noch von der Jugendarbeit spezifische Wünsche kamen. Die Jugendarbeit suche primär nach Räumlichkeiten.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Sitzgelegenheiten. In der UVEK wurde festgestellt, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Gegensatz zum Kronenplatz nur wenige, insgesamt drei Sitzgelegenheiten angedacht sind. Die Vertretung der Verwaltung hat dafür keinen expliziten Grund vorgebracht. Die UVEK wünscht sich daher, dass im Bauprojekt in Bezug auf die Grünanlage Schulgasse nochmals geprüft wird, ob nicht mehr Sitzgelegenheiten geschaffen werden können.

Zu den Abklärungen und zur Haltung der UVEK zum Sandkasten und dessen Beschattung. In der UVEK wurde festgestellt, dass der neue Sandkasten des Kronenplatzes mitten in der Sonne zu liegen kommt. Der heutige Sandkasten befindet sich bereits am selben Ort. In der UVEK hat man sich daher erkundigt, ob der Sandkasten nicht neu im Schatten der Bäume angelegt werden könne. Sie erhielt die Auskunft, dass dies nicht ginge aufgrund des Wurzelwerks der alten Bäume. Am vorgesehenen Ort wird das Wurzelwerk am wenigsten tangiert. Der UVEK ist es ein Anliegen, dass Spielplätze, wenn immer möglich, auch Schatten haben. Sie regt daher an, in der weiteren Feinplanung eine geeignete Beschattung des Sandkastens zu prüfen. Eine solche soll jedoch die Spielmatte nicht tangieren.

Die UVEK macht also zwei Empfehlungen. Erstens wünscht sie sich, dass der Sandkasten in geeigneter Weise beschattet wird zum Schutz der Kinder und zweitens, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Bauprojekt noch mehr Sitzgelegenheiten geplant werden. Gestützt auf diese Abklärungen beantragen wir Ihnen einstimmig, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gehört, Sie haben hier gleich zwei Anträge für Sanierungen, Neugestaltungen von Anlagen in Kleinhüningen vorliegen in einem Ratschlag. Es ist klar, diese Orte befinden sich in einer sehr dicht bebauten Gegend und es ist deshalb eben besonders wichtig, dass wir dort eine hohe Qualität an Grünflächen haben. Die Projekte wurden unter der Beteiligung von Anwohnenden geplant und jetzt möchten wir da vorwärts machen. Es gibt einen tollen Spielplatz, insbesondere beim Kronenplatz. Sie finden die Pläne im Bericht und wir haben dazu ja schon etwas gehört von der Kommissionspräsidentin. Deshalb mache ich es kurz. Vielen Dank an die Kommission für die Anregungen, die wir mitnehmen und auch die speditive Behandlung. Dank dieser schnellen Behandlung können wir zeitnah jetzt mit den weiteren Planungen und Umsetzung starten, sofern Sie dem Ausgabenbericht zustimmen natürlich und das würde mich sehr freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- Aufwertung Grünanlagen

- Ausgaben Entwicklungsbeitrag

- wiederkehrende zusätzliche Aufgaben

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008113, 14.01.26 15:36:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'058’500 für die Aufwertung des Kronenplatzes und Grünanlage Schulgasse bewilligt. Die Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

· Fr. 1'951’000 neue Ausgaben für die Aufwertung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“. (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, Basis April 2024 = 125.2).

· Fr. 96’000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.

· Fr. 11’500 als jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

13. Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

[14.01.26 15:36:05, 25.1426.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zur Erneuerung des Staatsbeitrags sowie Bewilligung von Ausgaben in der Höhe von 1.66 Mio. Franken an das Felix Platter Spital für das Projekt «AdvantAGE» für die Jahre 2026

bis 2028. Im Kanton Basel-Stadt besteht eine Versorgungslücke in der Übergangspflege für vulnerable ältere Menschen mit Multimorbidität, insbesondere beim Übergang vom Spital ins häusliche Umfeld. Nach Spitalaufenthalten ist das Risiko von Rehospitalisierungen erhöht. Das Modellprojekt AdvantAGE begegnet dieser Problematik mit einem interprofessionellen ambulanten Versorgungsansatz zur Sicherung der Selbstständigkeit und zur Vermeidung von erneuten Spitaleintritten und vorzeitigen Pflegeheimeintritten. Das vom Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP) gemeinsam mit verschiedenen Partnern entwickelte Angebot entspricht dem Legislaturplan 2025 bis 2029 und dessen Ziel einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Grundversorgung durch Stärkung ambulanter Leistungen und Prävention.

AdvantAGE besteht aus einem klinischen Team, unter anderem Advanced Practice Nurses, ärztliche, soziale und therapeutische Fachpersonen sowie einem wissenschaftlichen Team für Evaluation und Forschung. Ein regelmässiger Austausch mit relevanten Stakeholdern ist sichergestellt. Die Evaluationen der Jahre 2023 und 2024 zeigen, dass die Projektziele weitgehend erreicht wurden. Das Projekt soll von 2026 bis 2028 weitergeführt und anschliessend in die Regelversorgung überführt werden. Gespräche mit nationalen Akteuren zur tariflichen Abgeltung im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung verliefen positiv. Eine künftige Integration könnte den Kanton finanziell entlasten.

Zum Vorgehen der Kommission. Der Grosse Rat hat den vorliegenden Ausgabenbericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen, die Kommission hat die Vorlage inklusive Kommissionsbericht an drei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Sie hatte lediglich Fragen zu einzelnen Aspekten des Projekts. AdvantAGE wird als vielversprechender medizinischer Ansatz im Umfeld von Hospital at Home beurteilt, der jedoch hinsichtlich Finanzierung medizinischer Belastbarkeit weiterentwickelt werden muss. Bei einer Überführung in den Regelbetrieb ist der Einbezug weiterer Spitäler denkbar.

Eine zentrale Voraussetzung ist die ausreichende Verfügbarkeit von Advanced Practice Nurses. Da entsprechende Weiterbildungen derzeit nur an zwei Fachhochschulen angeboten werden, soll die Ausbildungsmöglichkeit ausgebaut und auch berufsbegleitend ermöglicht werden. Ebenso ist eine ausreichende Tarifierung erforderlich, um den verstärkten Einsatz von APN zu erlauben. Aktuell bestehen tarifrechtliche Regelungen nur für stationäre und ambulante Leistungen, nicht jedoch für die Transitionsphase. Eine ordentliche Kassenabrechnung setzt daher die Überführung des Pilotprojektes in den Regelbetrieb voraus. Das Departement geht davon aus, dass dies gelingen wird, insbesondere aufgrund der erwarteten Kosteneinsparungen durch günstigere Behandlungen zu Hause und vermiedene Spitalwiedereintritte. Das Projekt richtet sich an Patientinnen und Patienten ab 65 Jahren und es ist klar in der Altersmedizin verortet. Die Aufgabenverteilung zwischen Spital, Spitex und weiteren Akteuren ist geregelt, die Koordination liegt bei den APN. Angehörige werden informiert, jedoch nicht verpflichtend eingebunden. Ziel bleibt der Erhalt der Selbständigkeit nach der Spitalentlassung.

Zur fehlenden Indexierung der Beiträge nahm die GSK die schriftliche Erläuterung des Gesundheitsdepartements zur Kenntnis, wonach ein Teuerungsausgleich nach Inkrafttreten der Anpassung des Staatsbeitragsgesetzes vorgesehen ist. Darüber haben wir ja bereits heute Morgen debattiert und die entsprechenden Gesetzesänderungen beschlossen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig, der nachfolgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten der Kommission für seine Ausführungen. Er hat Ihnen bereits dargelegt, worum es geht beim Antrag, den wir Ihnen gestellt haben. Ich kann nur noch ein bisschen vielleicht Kontext geben und die eine oder andere Ergänzung anbringen. Die Ausgangslage ist ja die positiverweise, dass wir eine immer höhere Lebenserwartung haben. Nicht ganz so positiv ist, dass viele von uns nicht bei bester Gesundheit das höhere Alter oder das ganz hohe Alter erreichen, sondern eben im Alter dann auch mit häufigen Spitaleintritten konfrontiert sind. Es ist festgestellt worden, dass sehr häufig einzelne Patientinnen und Patienten der Geriatrie eben wiederkehrend hospitalisiert werden müssen, weil sie nicht richtig trittfassen nach dem Spitalaustritt. Und dort in dieser intensivierten Begleitung nach dem stationären Aufenthalt sehen wir eben ein grosses Potenzial und haben Ihnen das Projekt AdvantAGE erstmals für die Jahre 2023 bis 2025 hier vorgelegt. Ich bedanke mich dafür, dass wir das nötige Vertrauen damals schon erhalten haben und dieses Projekt für die ersten drei Jahre finanzieren konnten.

Nun ist es eben so, dass es noch ein wenig mehr Zeit braucht, um die nötigen Grundlagen zu sammeln und aufzubereiten, damit dann diese Art von Spitalanschlussleistung oder Spitalaustrittsbegleitleistung auch ordentlich tarifiert werden kann. Also wir reden hier von einer Übergangsposition. Es ist nicht der Plan, in dieser Art Projektbeitrag langfristig diese Art von Versorgung zu finanzieren. Das längerfristige Ziel ist, dass derartige Leistungen eben in die Tarifstruktur integriert werden können und ordentlich über die üblichen Finanzierungspfade im Gesundheitswesen abgerechnet werden können und an diesem Punkt sind wir noch nicht. Deshalb ist es wichtig, hier nun dranzubleiben und deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie auch jetzt für die Jahre 2026 bis und mit 2028 die dafür notwendigen Finanzen im Umfang von 556’000 Franken pro Jahr uns sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008115, 14.01.26 15:45:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Fortführung des Modellprojekts «Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)» des Felix Platter-Spitals werden für die Jahre 2026 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 1'668'867 Franken (556'289 Franken jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14. Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 15:45:12, 25.1574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die JSSK hat den vorliegenden Ausgabenbericht für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Ausstiegsprogramms für Sexarbeitende an einer Sitzung und im Beisein der entsprechenden Vorsteherin des JSD, der Abteilungsleiterin Recht und Beschaffungen im JSD sowie der neu ernannten Leiterin der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe behandelt. Da sich die Kommission im Grundsatz einig war über die Unterstützungswürdigkeit des Projekts, wurde auf einen schriftlichen Bericht verzichtet und ich berichte zu diesem Geschäft mündlich.

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt im Umgang mit Prostitution seit Jahren ein liberales Modell mit Verbotsvorbehalt. Prostitution ist somit mit gewissen Einschränkungen und Auflagen erlaubt, aber auch reglementiert. Das oberste Ziel ist der Schutz und die sicheren Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende. Viele Massnahmen hierfür, namentlich Koordination, Information, Beratung, Unterstützung, aber auch Kontrolle und gewisse Sanktionen, sind etabliert und haben sich in den letzten Jahren bewährt.

Mit dem vorliegenden Ausgabenbericht soll dieses Mehrsäulenmodell um einen weiteren Pfeiler, namentlich die Ausstiegshilfe, im Rahmen eines Pilotprojekts erweitert werden. Das Geschäft geht auf einen Vorstoss von Christoph Hochuli und Konsorten aus dem Jahr 2023 zurück, welcher wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, forderte. Der Regierungsrat hat darauf reagiert und in seinem Ausgabenbericht aufgezeigt, wie ein solches Angebot in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Fachstelle umgesetzt werden kann. Anlässlich der Beratung wurden der Kommission eindrücklich die Hürden für einen Berufswechsel weg von der Sexarbeit aufgezeigt. So wohnen die Sexarbeiter*innen oftmals auch an ihrem Arbeitsort, ein Ausstieg aus ihrem Beruf bedeutet somit auch, dass ihre bisherige Bleibe entfällt. Viele kommen aus dem Ausland, verfügen über keinen längerfristigen oder sicheren Aufenthaltsstatus. Hinzu kommen sprachliche Barrieren oder ein tiefer Bildungsgrad, was es für die Personen oft schwierig gestaltet, ausserhalb der Sexarbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften. Sexarbeiter*innen sind zudem teilweise stark isoliert sozial, verfügen über kein Umfeld ausserhalb des Berufs und schliesslich bestehen teilweise auch familiäre Verpflichtungen im In- und Ausland, so dass Ausstiegswillige nicht nur für sich, sondern auch für weitere Familienangehörige sorgen müssen.

Der Ausgabenbericht sieht daher vor, dass das Ausstiegsprogramm vor diesem Hintergrund dieser Hürden und Bedürfnisse ein abgestimmtes Paket darstellt, welches Unterstützungsleistungen bereitstellen soll. Dies startet bei einer individuellen Beratung über Unterstützung bei der Arbeitsintegration und der Wohnberatung bis hin zu finanzieller Einzelfallhilfe. Das Konzept sieht in den Bereichen Arbeitsintegration und Wohnberatung insbesondere auch vor, dass Mandate an spezialisierte Dritte vergeben werden können. Die einzelnen Massnahmen sind im Ausgabenbericht detailliert beschrieben, weshalb ich an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichte. Begleitet werden soll das Pilotprojekt von einer externen Evaluation. Dies ist wichtig, um die Wirksamkeit und die Massnahmen zu messen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen für ein allfälliges, künftiges, dauerhaftes Angebot.

Mit Freude hat die Kommission zur Kenntnis genommen, dass mit Aliena eine Organisation für das Pilotprojekt gefunden werden konnte, welche seit vielen Jahren im Bereich der Beratung, der Begleitung und der sozialen Unterstützung für Sexarbeitende niederschwellige Arbeit leistet, bestens vernetzt ist und vor allem auch beim Klientel bekannt und geschätzt ist. Auch das JSD verfügt seit 2014 über eine entsprechende Leistungsvereinbarung für das Grundangebot und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, im Namen der Kommission Aliena für ihre wichtige Arbeit zu danken. In zeitlicher Hinsicht ist das Pilotprojekt für fünf Jahre projektiert. Ziel ist es, dass das Projekt im Jahr 2026, also so schnell wie möglich, starten kann. Für 2026 bis 2030 ist die Durchführung des Projekts, die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und die Evaluation geplant. Für 2031 wären, je nach Ergebnis der Evaluation, Anpassungen zu machen und, falls das möglich und gewünscht ist, die Überführung in die Regelstruktur geplant. Da der Staatsbeitrag für das Grundangebot von Aliena ohnehin im Jahr 2031 erneuert werden müsste, könnte mit der vorliegenden Zeitplanung ein neuer Staatsbeitrag für Aliena erarbeitet werden, welcher auch die Ausstiegshilfe beinhalten würde.

Zu den finanziellen Auswirkungen. Die Finanzhilfe bei den Personalkosten beträgt jährlich knapp 135’405 Franken und beinhaltet insgesamt 120 Stellenprozente. Die Sachkosten betragen jährlich 147’600 Franken und beinhalten auch die Mittel für die Mandatsvergabe für die Pakete Wohnen und Arbeitsintegration an Dritte. Dies ist insbesondere auch deswegen, weil Aliena auch gesagt hat, dass sie da nicht über die entsprechende Expertise verfügen und hier auf bekannte Partner zurückgreifen möchten. Die Kosten für die externe wissenschaftliche Begleitung betragen jährlich 3’600 Franken, insgesamt resultieren somit Kosten von 286’605 Franken respektive 1.43 Millionen insgesamt für das fünfjährige Projekt.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass in der entsprechenden Tabelle auf Seite 5 des Ausgabenberichts sich ein kleiner Fehler eingeschlichen hat. Die jährlichen Personalkosten betragen nicht 138’925 Franken, sondern 135’405 Franken. Dieser Fehler wurde anlässlich der Kommissionsberatung entdeckt und im Nachgang der Sitzung korrigiert. Die Differenz rührt daher, dass die Arbeitsplatzkosten von 4’400 Franken über fünf Jahre bei der Berechnung für das einzelne Jahr nicht nur anteilsmässig, sondern insgesamt berücksichtigt wurden. Deswegen die kleine Abweichung. Die Totalkosten des Pilotprojekts und der Grossratsbeschluss sind aber im Bericht korrekt.

Im Rahmen der Kommissionsberatung waren die Voten im Grundsatz unisono positiv für Unterstützung. Einige Punkte sorgten aber dennoch für Gesprächsbedarf. Ich möchte sie kurz erläutern. Für Diskussionsbedarf sorgte einerseits die Schätzung der Verwaltung, dass jährlich ca. zehn Personen pro Jahr begleitet werden können. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass in Basel-Stadt etwa 2’300 Sexarbeiter*innen angemeldet sind und schätzungsweise nochmals etwa 1’000 unangemeldet hier arbeiten, ist diese Zahl doch sehr tief. Die Verwaltung führte hierzu aus, dass sich in den vergangenen Jahren 25 bis 35 Frauen für einen Ausstieg interessiert hätten und eine Erstberatung in Anspruch genommen haben. Davon hätten aber nur etwa ein Drittel den Ausstieg auch weiterverfolgt. Die Gründe hier für den Abbruch seien sehr unterschiedlich. Zum Beispiel wurde die psychische Labilität, die Verpflichtungen, mangelnde Ausbildung oder geringe Sprachkenntnisse genannt. Es ist ein Pilotprojekt, das aufzeigen soll, ob ein solches Projekt sinnvoll ist. Der grosse Begleitaufwand erfordere zudem die Beschränkung auf eine realistische Zahl und diese Zahl sei namentlich zehn. Die Kommission erachtete diese Ausführungen dann auch mehrheitlich als schlüssig und wies darauf hin, dass Basel-Stadt mit diesem Projekt weitestgehend Neuland betrifft, was auch die hohen Kosten rechtfertigt.

Weiter wurde von einem Teil der Kommission angemerkt, dass fünf Jahre für ein Pilotprojekt doch relativ lang sind. Die Mehrheit der Kommission erachtete aber diese Dauer eben auch mit Blick auf eine allfällige Koordination mit der Erneuerung

des allgemeinen Leistungsauftrags von Aliena sowie der Tatsache, dass es hier grundlegende Aufbauarbeit zu leisten gibt, welche eben halt dauert, was nicht von heute auf morgen geschehen kann, erachtet eine Mehrheit der Kommission die fünf Jahre als angemessen. Ein anderer Antrag wurde jedenfalls nicht gestellt.

Und schliesslich wurde auch mit einer gewissen Ernüchterung festgestellt, dass auch das geplante Ausstiegsprogramm gewisse Probleme, Abhängigkeiten und Prekarisierungen nicht lösen kann. Prostitution ist und bleibt ein globalisiertes Geschäft. Viele Sexarbeiter*innen halten sich nur für kurze Zeit in der Schweiz oder auch in Basel auf und haben aufgrund der migrationsrechtlichen Bestimmungen teilweise keine Aussicht auf einen dauerhaften Verbleib in der Schweiz und damit kommen sie für das Ausstiegsprogramm auch nur beschränkt in Frage. Trotzdem erachtet die Kommission das Projekt für die übrigen Personen als sinnvoll und als wichtig.

Nach engagierter Diskussion stimmte die JSSK dem Ausgabenbericht schliesslich zu und empfiehlt die Zustimmung zum entsprechenden Grossratsbeschluss. Der Anzug von Christoph Hochuli soll infolge Erfüllung des Anliegens abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich vorab bedanken bei der JSSK für die gute Zusammenarbeit auch in diesem Geschäft, das wir doch auch sehr speditiv in einer Sitzung haben beraten können. Ich möchte nicht alles wiederholen, was die Kommissionspräsidentin schon erläutert hat, ich stimme diesen Erläuterungen allen zu. Ich möchte dennoch ein paar Dinge noch anmerken. Ich denke, es ist schon wichtig zu sehen, dass der Kanton Basel-Stadt seit den 90er-Jahren ein liberales Modell in der Prostitution fährt. Wir haben es gehört, wir haben eine bewilligungsfreie Regulierung der Sexarbeit mit Verbotsvorbehalt. Der Fokus lag und liegt bis heute auf dem Schutz dieser vulnerablen Sexarbeitenden und eben nicht im Ausbau der repressiven Instrumente. Ich denke, wir sind hier in Basel-Stadt gut gefahren mit diesem Modell und wir wollen auch an diesem Modell festhalten.

Wir haben dieses Mehrsäulenmodell, das wir eben jetzt gezielt weiterentwickeln und um eine weitere Säule, namentlich die Ausstiegshilfe, ergänzen wollen. Der Regierungsrat ist ebenfalls froh, dass wir mit der Fachstelle Aliena über wirklich eine erfahrene Partnerin verfügen in diesem Bereich und die eben auch einen etablierten Zugang hat zu dieser Zielgruppe. Weil wir haben es gehört, in diesem Milieu, in diesem Umfeld ist es entscheidend, dass auch dieses Vertrauensverhältnis aufgebaut wird. Da investieren wir sehr viel auf Behördenseite, aber auch auf Seiten der Fachleute, die wir in den Leistungsvereinbarungen, in den Staatsbeitragsverhältnissen haben.

Wir haben es gehört, es ist ein Pilotprojekt, es dauert über fünf Jahre. Ja, das tönt nach einer langen Zeit, es ist aber schon richtig, auch was die Kommissionspräsidentin gesagt hat, wir müssen das zuerst etablieren, wir müssen es aufbauen und wir haben ja auch inklusive noch den Bericht über die Evaluierung dieser Pilotphase auch drin in diesen fünf Jahren. Ich denke, das ist sicher angemessen, damit wir dann wirklich auch bereit sind, wenn die Staatsbeitragsperiode wieder neu verhandelt wird, dass wir mit Aliena schauen können, was brauchen wir, braucht es Justierungen, braucht es Ausbau, braucht es was auch immer, das müssen wir jetzt eben zuerst schauen, aber ich denke, wir haben dann sicher eine seriöse Datenbasis.

Und vielleicht noch zur zweiten Zahl, die genannt wurde, diese Schätzung der zehn Personen. Das tönt wirklich nach sehr wenig, aber es fehlen, wie gesagt, Erfahrungswerte. Wir haben gehört, es gibt einige Hürden auszusteigen. Es ist immer noch ein sehr mit viel Scham und Tabus behaftetes Metier und da wirklich dann auch den Ausstieg zu finden, entsprechend auch Geld zu verdienen, Unterkunft zu finden, das ist nicht ganz einfach und da braucht es diese vertrauensvolle Begleitung auch und deshalb sind wir von einer vorsichtigen Schätzung ausgegangen. Selbstverständlich wäre es schön und wäre auch das Ziel, dass wir mehr Sexarbeitende damit auch erreichen und auch zeigen können durch diese Begleitung und dieses Angebot, dass es möglich ist und ich denke, deshalb sind wir etwas vorsichtig mit der Schätzung eingestiegen, aber natürlich mit der Erwartung, dass wir genau in diesen fünf Jahren auch dieses Angebot etablieren können.

In diesem Sinne und vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, dem Antrag der JSSK und eben auch des Regierungsrates zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Christoph Hochuli für die Mitte-EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Im Januar 2023 haben Sie meinen Anzug für wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, sehr deutlich an den Regierungsrat überwiesen. Inzwischen hat der Regierungsrat den Anzug erfreulicherweise mit dem vorliegenden Ausgabenbericht beantwortet. Der aktuelle Mehrsäulen-Ansatz soll damit um eine weitere Säule, die Ausstiegshilfe, ergänzt werden. Der Regierungsrat beantragt Ausgaben an den Verein Aliena für

insgesamt rund 1’433’000 Franken, verteilt auf fünf Jahre bis 2030 für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende. Anschliessend soll ab 2031 aufgrund der Erkenntnisse ein wirksames und bedarfsgerechtes Programm etabliert werden. Dieses Programm wird durch die erfahrene Fachberatungsstelle Aliena mit einer individuellen und bedarfsgerechten Unterstützung im Rahmen eines Case-Managements umgesetzt. Mit einer engen Zusammenarbeit mit diversen Partnerorganisationen, etwa in den Bereichen Arbeitsintegration, Wohnungswesen und Therapieangebote.

Dieses Pilotprojekt ist so wichtig, weil gemäss einer Studie der deutschen Regierung 89% der Prostituierten aus ihrem Beruf aussteigen möchten. Viele dieser Menschen, es sind vor allem Frauen, erleben psychische, körperliche und/oder sexuelle Gewalt in ihrem Beruf. Zwei Drittel der Prostituierten leiden an posttraumatischen Belastungsstörungen, viele auch an Depressionen und greifen deshalb zu Alkohol und Drogen. Die grosse Mehrheit prostituiert sich aus wirtschaftlicher Not heraus oder sogar unter Zwang. Ein Ausstieg scheitert meist an der Alternativlosigkeit, oft verschärft durch unsicheren Rechtsstatus, geringe Berufsausbildung, mangelnde Sprachkenntnisse und psychischen Zustand. Viele leiden auch unter der Stigmatisierung und dem Verlust von sozialen und familiären Beziehungen. Ich bin überzeugt, dass das geplante Pilotprojekt vielen Menschen, vor allem Frauen, helfen wird, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben ausserhalb der Sexarbeit zu erlangen. Ich bedanke mich herzlich beim Regierungsrat und im Speziellen beim JSD für die gute Umsetzung meines Anzugs und Aliena für die Durchführung des Ausstiegsprogramms.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, den vorliegenden Ausgabenbericht zu genehmigen. Meinen Anzug können wir als erledigt abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Auch ich begrüsse die Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels. Da schon manches erläutert wurde, halte ich mich kurz. Die Fachstelle Aliena hat viel Erfahrung in der Begleitung von Sexarbeitenden. Ich kenne die Arbeit seit vielen Jahren und auch mehrere Mitarbeitende. Aliena ist als Fachstelle breit vernetzt und ist auch bereit, mit anderen Institutionen zusammenarbeiten, eben gerade, weil sich Aliena auch bewusst ist, dass es Ergänzungen braucht und eine gute Zusammenarbeit mit anderen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, Aliena und auch anderen Institutionen wie etwa Rahab von der Heilsarmee für ihr Engagement zu danken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Kommissionspräsidentin und die Regierungsrätin verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008117, 14.01.26 16:04:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Aliena «Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe» werden für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'433’025 für die Jahre 2026 bis 2030 (Fr. 286'605 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14.1. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 16:04:12, 22.5514.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, den Anzug Christoph Hochuli als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

20. Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:04:27, 25.5093.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat deren Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!» wurde der Petitionskommission am 19. März 2025 überwiesen. Ende Oktober fand das Hearing mit einer Vertretung der Petentschaft und zwei Vertretern der Verwaltung, also des BVD, sowie einem Vertreter des ASTRA statt. Die beiden Vertreter*innen der Petentschaft erläuterten sehr anschaulich den jahrzehntelangen Einsatz der an der Osttangente ansässigen Bevölkerung für den Lärmschutz. Im Februar 2022 bewilligte der Grosse Rat Ausgaben für die Erstellung eines Vorprojekts für die Überdeckung der Autobahn an der Westseite der Breite in der Länge von 465 Metern für die Erhöhung der Lärmschutzwand an der Schwarzwaldallee und für eine neue Lärmschutzwand an der Signalstrasse.

Die Quartierbevölkerung verbindet grosse Hoffnungen mit diesem vom Kanton zu finanzierenden Vorhaben. Die Petition fordert denn auch konkret, diese sogenannt übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen umgehend umzusetzen. Zudem fordert die Petition auch, die Umsetzung von Tempo 60 als kostengünstigste Lärmschutzmassnahme endlich zu realisieren. Gemäss einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Januar 2025 wird diese Forderung nun zumindest in der Nacht erfüllt. Eine weitere Forderung betrifft Massnahmen zur Verkehrsberuhigung wie lärmarme Strassenbelege und ein Verkehrsleitsystem. Zudem soll die Bevölkerung laufend über den Stand der Planungen informiert werden.

Die Petentschaft kritisierte am Hearing, dass der Regierungsrat noch keinen Fahrplan zur Umsetzung der übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen vorgelegt habe, obwohl der Entscheid des Grossen Rates schon vor dreieinhalb Jahren gefällt wurde. Sie befürchtet auch aufgrund schon gemachter negativer Erfahrungen, dass die Sache auf die lange Bank geschoben werde. Für die Dringlichkeit dieses Anliegens spricht gemäss der Petentschaft auch der Umstand, dass die Verkehrsmenge auf der Osttangente in den nächsten 20 Jahren noch weiter zunehmen wird. Lärmschutzmassnahmen sind gemäss der Petentschaft auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes angebracht. Neuere Lärmstudien zeigen, dass jede Massnahme, die zu einer Reduktion der Lärmbelastung beiträgt, potenziell auch den Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessern kann. Dies ist insbesondere auch ein wichtiges Argument gegenüber allfälligen Einwänden wegen zu hoher Kosten.

Die Vertreter der Verwaltung und des ASTRA bestätigten, dass Tempo 60 nach der laufenden Sanierung spätestens ab 2029 in der Nacht gelten solle. Wäre der Rheintunnel nicht abgelehnt worden, hätte auch tagsüber generell Tempo 60 eingeführt werden können. Die Vorprojekte für die Lärmschutzwände auf der Signalstrasse und der Schwarzwaldallee würden

voraussichtlich bis Mitte 2026 abgeschlossen sein. Wann der Ratschlag zur konkreten Umsetzung folge, stehe noch nicht fest. Die Lärmschutzwände bei der Galgenhügel-Promenade dürften hingegen bis Ende 2026 gebaut sein. Das Vorprojekt für die Einhausung Breite West der Osttangente wurde im Hinblick auf den Bau des Rheintunnels geplant. Mit der Ablehnung des Rheintunnels in der Volksabstimmung habe sich nun die Ausgangslage geändert und es müsse nun neu geprüft werden, ob und wie die 465 Meter lange Einhausung realisiert werden kann. Dafür brauche es eine neue Machbarkeitsstudie und ein neues Vorprojekt.

Die Petitionskommission hat für die Unzufriedenheit der Petentschaft grosses Verständnis. Die Anwohner*innen, die hinter dieser Petition stehen, kämpfen teilweise seit Jahrzehnten für mehr Wohn- und Lebensqualität entlang der Osttangente. In dieser Zeit sind zwar einzelne Massnahmen wie der Einbau von Schallschutzfenstern oder die Einhausung Breite Ost umgesetzt worden, gleichzeitig hat aber der Verkehr auf der Osttangente massiv zugenommen und dürfte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Gleichzeitig wurden am Hearing aber auch die Herausforderungen, die sich der Verwaltung stellen, deutlich. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat in Bezug auf die Einhausung Breite West nicht mit Szenarien gearbeitet, sondern hat lediglich in der Annahme, dass der Rheintunnel in der Volksabstimmung angenommen werde, projektiert und geplant. Dass man sich in der Verwaltung über allfällige andere Umsetzungsmöglichkeiten erst seit Ablehnung des Rheintunnels Gedanken macht, ist aus Sicht der Petitionskommission ärgerlich. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass der Kanton den Bau des Rheintunnels offiziell unterstützt hat und es aus dieser Haltung heraus widersprüchlich gewesen wäre, eine Einhausung der Osttangente in der Annahme zu planen, dass der Rheintunnel nicht gebaut wird.

Die PetKo findet es aber bedenklich, dass die übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen seit über zwei Jahren nicht umgesetzt werden, da sie nicht vom Rheintunnel abhängig sind und ein klarer parlamentarischer Auftrag besteht. Für die PetKo ist es unverständlich, warum diese niederschwelligen Massnahmen nicht schneller ergriffen wurden, insbesondere wenn man den hohen Leidensdruck der Anwohnenden und ihr jahrelanges grosses Engagement für Verbesserungen berücksichtigt. Sie wünscht sich diesbezüglich Flexibilität von Seiten Regierungsrat und Verwaltung. Die PetKo stellt fest, dass die Ablehnung des Rheintunnels für die Anwohnenden der Osttangente negative Auswirkungen hat. So fliesst weiterhin der gesamte Verkehr oberirdisch mitten durch das Quartier. Die Einhausung Breite West verzögert sich, Tempo 60 tagsüber dürfte weiterhin nicht eingeführt werden und ein Rückbau der Osttangente scheint keine Option mehr zu sein.

Deshalb fordert die Kommission den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat so bald als möglich Ratschläge vorzulegen für jene übergesetzlichen Massnahmen, für die noch keine Ausgaben beschlossen wurden. Die PetKo nennt bewusst Ratschläge in der Mehrzahl, denn die beiden Lärmschutzwandprojekte lassen sich vor der Einhausung Breite West umsetzen. Dass das Vorprojekt für diese über dreieinhalb Jahre nach dem Grossratsbeschluss noch immer in Ausarbeitung ist, steht in keinem Zusammenhang mit der Ablehnung des Rheintunnels. Die Petitionskommission möchte den berechtigten Anliegen der Petentschaft Nachdruck verleihen und beantragt deshalb mit diesen kritischen Bemerkungen, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die erste Fraktionssprecherin Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Ich schliesse mich in grossen Teilen dem Votum von Heidi Mück an, möchte aber einfach doch noch einmal ein bisschen mehr vielleicht auf den Tisch hauen. Weil ich wirklich finde, erstens sind es nicht nur dreieinhalb Jahre, sondern 16. März 2022, es geht wirklich nicht lange, dann sind es schon vier Jahre seit diesem Beschluss, und seit der Bericht verabschiedet wurde von der Petitionskommission sind ja auch noch wieder ein paar Wochen verstrichen. Ich möchte einfach schon noch einmal darauf hinweisen, dass in diesem Grossratsbeschluss beschlossen wurde, 1.85 Mio. Franken für Vorprojekte zu sprechen und zu bewilligen, und zwar nicht unter dem Vorbehalt, dass ein Rheintunnel gebaut wird. Das war überhaupt nicht Teil dieses Grossratsbeschlusses und deshalb befremdet es mich und die SP-Fraktion auch wirklich, dass wir da noch nicht weiter sind.

Wenn das so ist, wie wir das jetzt auch im Bericht der Petitionskommission wieder lesen konnten, dass man halt einfach irgendwie verpasst hat, in Szenarien zu denken und wirklich ganz fest vom Bau des Rheintunnels ausging und deshalb jetzt wie das neu denken muss, dann bedeutet das in der Schlussfolgerung auch, dass man diese Lärmschutzprojekte erst machen wollte nach 2040. Weil sonst macht der Zusammenhang ja gar keinen Sinn und das finde ich gegenüber der betroffenen Bevölkerung, den Anwohnenden in der Breite und auf der anderen Seite Schwarzwaldallee, etc., das finde ich wirklich ein schlechtes Zeichen, wenn man im März 2022 Gelder spricht, um Lärmschutzmassnahmen umzusetzen, den Auftrag gibt, macht ein Vorprojekt für die ganze Überdachung im Osten, dann kann man das doch nicht erst nach 2040 vorsehen, das ist doch ein Affront.

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir diesen Bericht dem Regierungsrat überweisen können und hoffe sehr, dass da jetzt Bewegung in die Sache kommt und dass man die Anliegen der lärmgeplagten Anwohnenden wirklich ernster nimmt und vorwärts macht und da jetzt Nägel mit Köpfen macht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Frau Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:14:59, 25.5173.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission hat Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» wurde der Petitionskommission im April 2025 überwiesen. Im November fand das Hearing mit den drei Vertreterinnen der Petentschaft und dem Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung statt. Die Petition ist in ihrem Wortlaut relativ ausführlich, weshalb ich zuerst einmal die konkrete Forderung erwähne, die auch aus dem Titel ableitbar ist. Das Verbot der Nutzung des Spielplatzes im Innenhof des Wohnheims für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAS) an der Reiterstrasse soll aus der Hausordnung dieses Wohnheims gestrichen werden. Die Unterzeichnenden der Petition bestehen zudem auf eine vorurteils- und rassismusfreie Begegnung mit den ankommenden unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.

Die drei Vertreterinnen der Petentschaft bezeichneten im Hearing das Verbot zur Nutzung eines Spielplatzes für die Bewohner*innen des im Februar 2025 eröffneten Wohnheims für UMAS als rassistisch. Ihrer Meinung nach wäre es wichtig gewesen, dass die Sozialhilfe eine kritische und verantwortungsvolle Haltung gegenüber den lautstark geäusserten Bedenken eines Teils der Anwohner*innen eingenommen und abgewartet hätte, wie sich die UMAS in ihrem neuen Zuhause einleben, anstatt die Forderung nach einem Spielplatzverbot unhinterfragt zu akzeptieren. Die Vertreterinnen der Petentschaft wiesen auch darauf hin, dass der Rassismus in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat und dass darüber viel zu wenig gesprochen wird. Mit ihrer Petition sei auch die Absicht verbunden, eine Diskussion über Rassismus anzustossen.

Der Leiter der Sozialhilfe berichtete über die Erfahrung, dass sich kaum jemand grundsätzlich gegen Asylliegenschaften ausspreche, jedoch die Eröffnung einer solchen Liegenschaft in der direkten Nachbarschaft regelmässig Ängste und Befürchtungen auslöse. Nach der Eröffnung stellen die Anwohnenden dann jeweils fest, dass Asylsuchende keine Probleme verursachen. Aufgrund der negativen Stimmung im Quartier, die sich an einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung deutlich gezeigt hatte, habe die Sozialhilfe entschieden, in der Hausordnung des Wohnheims Ende April ein Spielplatzverbot festzuhalten. Sie seien jedoch sowieso davon ausgegangen, dass die UMAS kein Interesse an diesem Spielplatz zeigen würden, sondern ihre Freizeit an anderen Plätzen verbringen möchten. Man habe also den Anwohnenden entgegenkommen können, ohne die Freizeitgestaltung der UMAS einzuschränken. Dies sei auch von der Realität bestätigt worden. An einer zweiten Informationsveranstaltung vor den Sommerferien seien dann nur noch wenige Quartierbewohner*innen erschienen. Sie äusserten keine Kritik, sondern erkundigten sich, wie sie die UMAS unterstützen können.

Mitte August sei nach Rücksprache mit Quartiervertretungen das Spielplatzverbot wieder aus der Hausordnung gestrichen worden. Das Verbot galt also lediglich wenige Monate. Der Leiter der Sozialhilfe gab zu, dass das Spielplatzverbot intern nicht unumstritten gewesen sei. Die Erfahrungen zeigen aber immer wieder, dass ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Quartierbevölkerung zu einer Beruhigung der Situation beitragen könne. Es sei notwendig, auch unberechtigte Ängste ernst zu nehmen. Viele Menschen liessen sich nicht von Fachpersonen oder Peers überzeugen, sondern müssten ihre eigenen Erfahrungen machen, um Vorurteile und unbegründete Ängste zu überwinden.

Die Petitionskommission stellt fest, dass das Spielplatzverbot aus der Hausordnung des Wohnheims für UMAS gestrichen wurde und damit die Hauptforderung der Petition erfüllt ist. Die Meinung darüber, ob das Vorgehen der Sozialhilfe richtig war, gehen in der PetKo auseinander. Ein Teil der Kommission findet es richtig, dass die Sozialhilfe mit einem pragmatischen Vorgehen versucht hat, den Anwohnenden ihre Ängste zu nehmen, anstatt die Fronten zu verhärten. Ein anderer Teil ist hingegen der Meinung, dass mit dem Spielplatzverbot ein falsches Signal gesendet worden ist, insbesondere da ja die Sozialhilfe selbst überzeugt davon war, dass die UMAS den Spielplatz sowieso nicht nutzen würden.

Wir sind in der Kommission nach engagierter Diskussion zum Schluss gekommen, dass die Frage, wie mit diffusen Ängsten, mit Vorurteilen und mit Rassismus umgegangen werden soll, ein generelles und weitreichendes gesellschaftliches Problem ist, das nicht im Rahmen einer Petition gelöst werden kann. Deshalb beantragt die PetKo einstimmig, die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» als erledigt zu erklären. Die Lancierung der Petition war trotzdem richtig und wertvoll, denn sie hat auch den Menschen eine Stimme gegeben, mit der im Nachhinein als unbegründet erwiesenen Vorbehalten gegenüber UMAS etwas entgegensetzen wollten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich im Namen von BastA den Menschen, welche diese Petition lanciert und eingereicht haben, herzlich danken. Diese Petition war aufgrund des ausschliessenden und diskriminierenden Entscheids der Verwaltung dringend angezeigt und notwendig. Schlussendlich hat diese Petition auch Wirkung erzielt, der Entscheid wurde zurückgenommen und diese Petition ist nun erledigt. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar kritische Worte.

Die Sozialhilfe der Stadt Basel ist für die Betreuung von asylsuchenden Minderjährigen zuständig. Sie hat zum Ziel, die jungen Menschen während des Asylverfahrens psychosozial gut zu betreuen, eine angemessene Unterkunft zu gewährleisten, schulische und administrative Unterstützung anzubieten und die Integration zu fördern. Von Ausschluss oder Abschottung ist nirgends da die Rede. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass die Sozialhilfe vor dem Bezug der Unterkunft im Neubadquartier ein unbefristetes Verbot für die Nutzung des im Innenhof gelegenen Spielplatzes ausgesprochen hat. Und es macht es auch nicht besser, dass die Sozialhilfe Basel selber davon ausgegangen ist, dass dieses Verbot gar nicht notwendig wäre, da die jungen Menschen den Spielplatz eh nicht nutzen würden und dann das Verbot wieder mit der Zeit aufgehoben werden kann. Das Aussprechen dieses Nutzungsverbots aufgrund besorgter Nachbar*innen, bevor überhaupt Erfahrungswerte bekannt sind, ist im Kern halt eine diskriminierende Vorverurteilung, einzig und allein aufgrund des Asylstatus der jungen Menschen.

Der Vorwurf, dass ein solcher Entscheid von einer unkritischen, unüberlegten, ich würde mal sagen, alltagsrassistischen Haltung geprägt ist, kann nicht ganz von der Hand gewiesen werden, auch wenn ich persönlich dies der Sozialhilfe überhaupt nicht unterstelle und überzeugt bin, dass ganz andere Überlegungen zu diesem Entscheid geführt haben. Aber von der Sozialhilfe unserer Stadt hätte ich eine deutlich andere Positionierung erwartet, eine Positionierung, die den fachlichen Standards der sozialen Arbeit gerecht wird. Anstatt Ängste und Vorurteile, die meiner Meinung nach durchaus ernst zu nehmen sind, mit diesem Verbot zu bestätigen, hätte die Sozialhilfe den Dialog aller Menschen im Quartier und den geflüchteten minderjährigen Menschen weiter begleiten und moderieren sollen und im Gegenteil zum Verbot, Orte der Begegnungen schaffen sollen.

Diese Chance hat man verpasst, obwohl ja mit der Quartiersinformationsveranstaltung ein guter Grundstein gelegt wurde. Auf mögliche Schwierigkeiten sollte immer erst dann reagiert werden, wenn solche auch wirklich bestehen. Dies müsste bekannt sein. Politische strategische Entscheide sind in einem so heiklen Bereich zu vermeiden. Schlussendlich sprechen wir auch nicht Rayonverbote oder Hausverbote präventiv aus, ohne dass es beispielsweise real zu Problemen im öffentlichen Raum gekommen wäre. Regelmässig sprechen wir hier im Grossen Rat über bestehende Stigmas und wie diese abgebaut werden können. Es wäre also wünschenswert, wenn die staatlichen Behörden ebenfalls versuchen, bestehenden Vorurteilen zu begegnen und versuchen, diese abzubauen. Dies wurde hier nach meiner Meinung leider verpasst.

Nun, das Verbot wurde schlussendlich im Sommer 2025 aufgehoben und wir sind froh, dass der Aufenthalt auf dem Spielplatz nicht mehr von vorneherein verboten ist. Es könnte ja durchaus sein, man stellt sich das vielleicht mal vor, dass ein junger Asylsuchender gemeinsam mit einer Familie aus dem Quartier in Kontakt kommt und im Sommer zusammen Tischtennis spielt, das wäre aus Sicht der sozialen Teilhabe und Begegnung von Menschen in dieser Stadt ja ein schönes Bild.

Wir von BastA wünschen uns für die Zukunft, dass solche vorverurteilenden Entscheide nicht mehr vorkommen und dass aus dieser Geschichte die notwendigen Lehren gezogen worden sind, denn es wird in einer engen Stadt immer wieder mal Situationen geben, wo mögliche Nutzungskonflikte bestehen. Wir müssen immer versuchen, im Dialog und in der Begegnung diese zu lösen, bevor ausschliessende Massnahmen getroffen werden. Umso mehr in einer Welt, in der wir tagtäglich den herrschenden Hass und die Ausgrenzung sehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich auch zu diesem Thema reden, relativ sachlich. Ich habe genau zugehört, Frau Mück hat gesagt, es ist nicht gut, wenn sich die Fronten verhärten, das sage ich auch. Ich stelle den

Antrag, dass die Petition nicht abgeschrieben wird, dass die Petition stehen bleibt. Zu Oliver Bolliger, er hat gesagt, dass er das nicht so gut gefunden hat, was die Sozialhilfe gemacht hat. Dazu möchte ich einfach sagen, es ist natürlich so, die Sozialhilfe Basel bekommt auch Rückmeldungen der Bürger, die sagen, wir wollen das nicht und es ist klar, dass die Leute, die dort wohnen, ein bisschen Angst haben, dass dann ihr Haus, das dort steht, an Wert verliert. Ich finde es auch spannend aus meinem Wahlkreis Kleinbasel, dass dann wegen dieser Belastung viele wegziehen von Kleinbasel, nicht nur Bürgerliche, sondern auch SP-Leute, die nach Baselland ziehen.

Ich möchte einfach das einmal zu bedenken geben, es gibt immer zwei Seiten und es ist schön, wenn man sich mit Gleichgesinnten für ein Ziel einsetzt wie die Petition oder die Leute, die das nicht wollen. Ich habe das Zitat so schön gefunden. Es kommt immer öfter vor, dass ich mich frage, was aus diesem Kanton und seinen Menschen geworden ist. Betrachte ich mir das aktuelle Geschehen, dann merke ich oft, dass vieles einfach aus dem Ruder gelaufen ist. Gesunder Menschenverstand ist wichtig und sollte nicht ideologischen Klassenkampf verdrängen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie müssen noch sagen, ob Sie dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung oder zur Stellungnahme überweisen möchten. Zur Stellungnahme. Heidi Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008121, 14.01.26 16:29:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Petition mit 94 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme als erledigt erklärt.

23. Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

[14.01.26 16:29:08, 25.5565.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt hier nur Einzelsprechende, wir haben keine Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche im Namen der Fraktion trotzdem. Ich werde nicht lange sprechen, aber ich werde gleich zu allen 11 Budgetpostulaten sprechen, denn wir haben uns in der Fraktion mit diesen Budgetpostulaten auseinandergesetzt und haben hier eine sehr klare Haltung. Wir lehnen sämtliche Budgetpostulate ab, auch genauso, wie es der Regierungsrat tut, wie wir ja in der Zwischenzeit auch noch mitbekommen haben, und einfach aus einem ganz prinzipiellen Grund. Aus unserer Sicht ist das Budget 2026 abgeschlossen. Dieser Prozess mit der Budgetierung für den Kanton Basel-Stadt beginnt in der Verwaltung im Frühjahr, es werden Wünsche deponiert, es werden innerhalb der Departemente diese Wünsche diskutiert, dann wird im Gesamtregierungsrat über diese Wünsche diskutiert und irgendwann entscheidet der Regierungsrat als Gremium, wie das Budget 2026 aussehen soll. Danach geht dieses Budget in die parlamentarische Beratung. Es wird der Finanzkommission vorgelegt, die Finanzkommission berät über zwei Monate intensiv über dieses Budget und auch über entsprechende Themen, die dann an diesen Hearings mit den Verantwortlichen der Departemente behandelt werden.

In dieser ganzen Phase ist es möglich, dass die Finanzkommissionsmitglieder, Sie haben das mitbekommen auch im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2025 zum Budget 2026, Anträge stellen können zu Veränderungen an diesem Budget 2026. Einerseits Anträge zur Streichung von gewissen «Wünschen», die innerhalb der Verwaltung oder des Regierungsrates bestehen, und aber auch Anträge zu Mehrausgaben. In der Finanzkommission sind mit Ausnahme der BastA alle Fraktionen vertreten, ich würde sogar behaupten, ausreichend vertreten. In dieser Phase können Wünsche, Anträge formuliert werden, sie können diskutiert werden, sie werden von der Regierung, von der Verwaltung auch behandelt, beantwortet und dann gibt es je nachdem Mehrheitsentscheide oder auch einstimmige Entscheide, bis dann das Budget im 2026 hier in diesem hohen Hause letztlich fertig behandelt und beschlossen wird.

Dann haben wir aus meiner Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion, das Budget 2026 eigentlich abgeschlossen. Und nun, wenn Sie diese elf Budgetpostulate anschauen, und ich bin jetzt doch schon einige Jahre in diesem Parlament, dann müssen wir feststellen, es werden a) immer wie mehr Budgetpostulate und b), wenn Sie dann diese einzelnen Postulate etwas genauer anschauen, dann muss ich schon sagen, und das ist jetzt meine persönliche Meinung, befinden wir uns im absoluten Mikromanagement. Wir behandeln hier heute Anträge von 10’000 Franken bis zu 10 Millionen und teilweise gehen diese Anträge in eine Detaillierung hinein, dass man dann sogar noch im Antrag, wenn man den Betrag begründen möchte, festschreibt, wie viel der externe Berater kosten darf und dort ist dann auch noch die Anfahrtspauschale, die er in Rechnung stellen kann, auch gleich noch drin. Also da machen Sie dann nicht nur die Arbeit des Regierungsrates, sondern auch gleich noch der wahrscheinlich innerhalb des Projekts dann wirklich wichtigsten Person des Sachbearbeiters. Sie haben dann Anträge für Kleinigkeiten, und ich möchte das nicht werten, von 10’000 Franken, die wir der Meinung sind, wenn der Regierungsrat es für notwendig erachtet, in einem Projekt, in einem Programm entsprechende Gelder noch aufzuwerfen, dann können diese im Rahmen des ordentlichen Budgets, das eine Dienststelle, ein Departement hat, auch abgerufen werden. Es erscheint uns nicht für sinnvoll, wenn nun der Grosse Rat hier in dieses Klein-Klein hineingeht und quasi den Regierungsrat im Januar mit Budgetpostulaten, zu denen er ja dann wieder Stellung nehmen muss, die wir noch einmal dann auch in irgendeiner Form hier behandeln werden, noch einmal mit dem Budget 2026 beschäftigen lässt. Das, glauben wir, ist nicht die Aufgabe des Parlamentes. Dieser Prozess hätte frühzeitiger beginnen können, indem Sie Ihren Mitgliedern in der Finanzkommission auch diese Wünsche mit auf den Weg geben und dann können diese Themen und diese Wünsche auch entsprechend diskutiert werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, alle diese elf Budgetpostulate abzulehnen. Aus unserer Sicht sind zehn dieser elf Budgetpostulate im Rahmen der Budgetbehandlung 2026 möglich bereits zum Behandeln gewesen. Das elfte Budgetpostulat, diese 10 Mio. Franken für den Nachtzug nach Malmö, erscheint uns insbesondere deshalb für etwas schwierig, weil die SBB ja selber gesagt hat, selbst wenn Sie diese Gelder sprechen werden, es wird kein Nachtzug nach Malmö fahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich habe eine gute Nachricht und ich habe eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst, ihr seid nicht alleine. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen schlägt, die Sorte Männer schlägt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer. Ich kenne sie, besser die Opfer. Ich habe zerschlagene Freunde auf Polizeiposten begleitet, dort, wo uns heute noch gesagt wird, ihr seid doch Manns genug, euch selber zu wehren. Ich kenne die betroffenen Freunde, die Nächte auf meinem Sofa verbrachten, weil uns die sicheren Zufluchtsorte fehlen. Ich kenne die Tragödien, ich kenne sie aus eigener Erfahrung, aus einer Beziehung geprägt von Abhängigkeit, Machtgefälle und Ausbeutung. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen unterdrückt, die Sorte Männer, die unterdrückt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer.

Und das ist gleichzeitig die schlechte Nachricht. Die Exklusivität mit den Opferrollen, Zufluchtsorte und Präventionskampagnen für ein einziges Geschlecht beansprucht werden, diese Exklusivität hat nicht nur Schlagseite, diese Exklusivität macht Gewalt an queeren Menschen unsichtbar. Ja, sie negiert sie. Richtig ist, Frauen sind zahlenmässig mehr und das ist auch ihr Vorteil in der politischen Lobby. Prozentual aber dürfte sich die Gewalt die Waage halten. Studien gibt es kaum. Interesse, das fehlt. Viele wollen gar nicht erst wissen, was ich hier vortrage. Frauen nicht, Männer schon gar nicht. Und selbst die queere Community, in der ist die Beziehungsgewalt ein Tabu. Das hat schwerwiegende Folgen für unsere Gesundheit und auch für das staatliche Handeln. Wer von Ihnen denkt an ein Beziehungsdelikt, wenn ein Mann einen anderen Mann erschlägt? Genau, die Ermittlungsbehörden tun es auch nicht.

Wie auch? Schwule Beziehungen sind oft nicht erkennbar, sie sind absichtlich nicht erkennbar. Unsere Beziehungen landen als ganz normales Gewaltdelikt in der Akte. Geht es um Geld, dann war es ein Streit um Schulden. Liegt am Tatort etwas Koks herum, liegt genauso nahe das Drogendelikt. Ist Sex im Spiel, wird es wohl Prostitution gewesen sein. Geld, Drogen, Prostitution, dort wird Gewalt zwischen Männern verortet. Dass Männer sich lieben oder liebten, das ist offenkundig jenseits des Denkbaren. Das ist so wahr wie traurig und es ist auch eine Folge des Narrativs, die Männlichkeit im Bösen verortet. Ein Mann ist kein Opfer, darin herrscht Einigkeit im Patriarchat und unter vieler jener, die angeben, es zu bekämpfen. Doch wer

Geschlecht und Sexualität differenziert denkt, weiss, der Handlungsbedarf ist grösser als angenommen. Das steht sogar zumindest theoretisch im JSSK-Bericht zum Projekt Halt Gewalt.

Doch wissen Sie, Sie erreichen uns nicht mit Kampagnen wie 16 Tage Gewalt an Frauen. An Ihren Quartiertreffpunkten, da sind wir nicht. Unsere Netzwerke, sie funktionieren anders. Das muss man nicht nur wissen, es gilt auch, danach zu handeln. Ich spreche aus 20 Jahren Community-Arbeit in dieser Stadt. Wir organisieren uns, wir bauen die Netzwerke, wir leisten die Unterstützung, wir sorgen für die Zufluchtsorte, wir tragen unsere Eigenverantwortung. Doch es braucht hier den politischen Willen der Mehrheitsgesellschaft, damit unser ehrenamtliches Engagement mit dem des Kantons verknüpft ist, denn gemeinsam sind wir besser.

Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Neben den zehn Quartiertreffpunkten soll die queere Community als elfter Netzwerkpunkt berücksichtigt werden, ebenfalls mit 10’000 Franken pro Jahr, um die Expertise und die Erfahrung der engagierten Zivilgesellschaft für die Weiterentwicklung von Halt Gewalt in der Regelstruktur zu gewinnen und ihre Netzwerke zu nutzen. Ich danke für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wie mein Kollege Joël Thüring möchte ich auf einer grundsätzlichen Ebene bleiben, auf einer grundsätzlich finanzpolitischen Ebene und ich spreche in meinem Votum entsprechend gleich für alle 11 Budgetpostulate zusammen. Die FDP lehnt alle Budgetpostulate aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Von uns kommt auch keines, um eine Anmerkung der Finanzdirektorin von heute Vormittag aufzunehmen, wir sind da konsequent.

Nachdem in der Budgetdebatte im Dezember alle Zusatzausgaben angenommen wurden und alle Kürzungsanträge abgelehnt wurden, sehen wir keinen Grund, die Ausgaben noch weiter ansteigen zu lassen, sie sind bereits auf Rekordniveau. Wir halten die Budgetpostulate zum Teil auch für sehr unausgereift, so beispielsweise das Budgetpostulat zu den Nachtzügen. Nachdem das Bundesparlament die Gelder hierfür abgelehnt hat, soll einfach der Kanton Basel-Stadt einspringen und den ganzen Betrag übernehmen. Keine Absprachen mit anderen Städten, um sich die Kosten aufzuteilen, diese Haltung, Basel hat Geld wie Heu, dann zahlen wir das halt selbst, ist für uns keine finanzpolitisch gesunde Haltung. Ich will die Budgetdebatte von Dezember nicht neu lancieren und verzichte deshalb darauf, die Ausführungen meines Ratskollegen Daniel Seiler zu wiederholen, sie gelten unverändert. Aber so viel möchte ich schon festhalten, in der Summe würde die Annahme all dieser Budgetpostulate bedeuten, dass wir statt einem kleinen Überschuss von 8 Mio. Franken mit einem Defizit budgetieren würden. Die FDP hat es mehrmals deutlich gesagt, wir wollen kein Budget mit einem Defizit.

Ohnehin ist dieser Überschuss zu relativieren. Das Betriebsergebnis liegt bei minus 273 Mio. Franken. Das Finanzergebnis liegt bei plus 281 Mio. Franken. Mit anderen Worten, der einzige Grund, weshalb wir nicht schon längst tief in den roten Zahlen stecken, ist das Finanzergebnis. Und was ist das Finanzergebnis? Das ist unter anderem die Rendite aus den Liegenschaften im Finanzvermögen. Dies an die Adresse derjenigen, die behaupten, der Kanton müsse auf seinen Liegenschaften keine Rendite erzielen. Und das sind unter anderem die Gewinne, also die Profite von Unternehmen mit Beteiligung des Kantons, also beispielsweise der Basler Kantonalbank. Damit Sie sich das gut merken können, erlaube ich mir, Ihnen das in Reimform vorzutragen. Ohne Rendite und Profite hagelt es hier drin Defizite. Es ist überfällig, dass wir beim Ausgabenwachstum endlich beginnen, Mass zu halten. Der beste Tag dafür war gestern, der zweitbeste Tag dafür ist heute.

Ich beantrage Ihnen deshalb namens der FDP, alle Budgetpostulate abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz ist die nächste Sprecherin.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir begrüssen die Verstetigung von Halt Gewalt sehr. Die Verankerung in Regelstrukturen ist für uns ein wichtiger und auch überfälliger Schritt, beinahe schon. Die Ansiedlung bei den Quartiertreffpunkten scheint uns sinnvoll. Sie erreichen eine breite Bevölkerungsschicht auf niederschwellige Art und Weise und können als vielfältige Anlaufstelle bei Fragen dienen, Informationen bereitstellen und die Bevölkerung sensibilisieren. Im Bereich der häuslichen Gewalt ist dies besonders wichtig. Häusliche Gewalt bleibt oft und meistens lange im Verborgenen. Auch der Ausstieg daraus ist für Betroffene sehr schwierig, denn es bestehen in der Regel Beziehungen zu den Tätern, die selbstverständlich mit Emotionen, Träumen und Hoffnungen einhergehen oder einhergegangen sind. Diese loszulassen, fällt nicht leicht. Hinzu können finanzielle Abhängigkeiten kommen und auch Scham über die Gewalt oder das eigene Unvermögen, sich daraus zu befreien. Auch Angst vor Einsamkeit, Überforderung oder einer Gewalteskalation kann ein gewichtiger Grund sein, weshalb Partner*innen in gewalttätigen Beziehungen verbleiben.

Wir sind der Meinung, dass über die Quartiertreffpunkte eine grosse Bevölkerungsgruppe angesprochen werden kann. Aus meiner Sicht suggeriert das Budgetpostulat etwas, dass queere Personen sich dort überhaupt nicht angesprochen fühlen würden. Dem möchte ich entgegnen, dass sich sicher nicht alle Menschen dort angesprochen fühlen, aber ich in meinem Umfeld durchaus auch queere Personen habe, die sich dort engagieren. Nichtsdestotrotz finden wir in der Fraktion es aber wichtig, dass häusliche Gewalt möglichst breit und divers adressiert wird und es auch für queere Personen entsprechende Informationen und Anlaufstellen gibt, die die spezifischen Bedürfnisse und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anerkennen und adressieren.

Wir unterstützen daher das Budgetpostulat im Sinne einer breiten Allianz gegen häusliche Gewalt, die möglichst viele Gewaltbetroffene erreicht. Der Betrag von zusätzlich 10’000 Franken pro Jahr scheint uns dafür sinnvoll investiert. Uns ist wichtig, dass damit keine Parallelstrukturen geschaffen oder gefördert werden, sondern dass es eine Koordination, einen Austausch von Wissen zwischen den verschiedenen Stellen gibt, die sich im Bereich der häuslichen Gewalt engagieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP-Fraktion steht konsequent für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und die Einhaltung des ordentlichen Budgetprozesses. Daher lehnen wir die heute vorliegenden Budgetpostulate allesamt ab. Nicht, weil uns die Anliegen per se fremd sind, viele dieser Themen sind durchaus wichtig, sondern weil das Budgetpostulat das falsche Instrument ist, um operative Aufgaben zu steuern oder langfristige Verpflichtungen am ordentlichen Prozess vorbei einzugehen. Viele dieser Forderungen sind bereits in bestehenden Strukturen abgebildet oder werden durch bevorstehende Verhandlungen abgedeckt. Ein wesentlicher Punkt für uns als Liberale ist die Förderung von Eigenverantwortung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Zahlreiche der vorliegenden Projekte stützen sich dabei auf diese Prinzipien und wir sind der Meinung, dass wir nicht voreilig durch staatliche Zuschüsse und Giesskannenbeiträge eingreifen sollten, um das Engagement von Privatpersonen und Organisationen zu ersetzen.

Betrachten wir die Details in der Justiz und Sicherheit. Beim Projekt Halt Gewalt wurde die Prävention bereits in Regelstrukturen überführt und um zehn Quartiertreffpunkte erweitert. Für die queere Community können und sollten bestehende Netzwerke genutzt werden, anstatt isoliert neue Mittel zu sprechen. Die Förderung nach einer zusätzlichen Stelle für die Fachgruppe Menschenhandel mag inhaltlich begründet sein, doch solche personellen Erweiterungen sollten im ordentlichen Stellenplan der Staatsanwaltschaft verankert werden und nicht in einem Budgetpostulat. Bei der Erziehung, bei den Schullagern ist die gesetzliche Vorgabe nach dem Bundesgericht bereits umgesetzt. Eltern zahlen heute lediglich die reinen Einsparungen für die Verpflegung. Auch zum Beispiel bei der Naturpädagogik sehen wir, dass das Amt für Wald und Wild bereits aus eigener Initiative Mittel aufgestockt hat und das Angebot massgeblich durch Stiftungen und das Naturforum Regio Basel mitgetragen wird.

Private Initiativen stärken, besonders deutlich wird der Wert des privaten Engagements beim Verein ooink ooink Productions, wo Lagerbetreuung durch Freiwillige geleistet wird und die Finanzierung durch Catering, Fundraising und durch die Christoph Merian Stiftung gestützt wird. Da Neuverhandlungen für 2026 anstehen, ist eine Überbrückung per Postulat der falsche Weg. Ähnliches gilt für die Spielbaracke im Giesslipark. Hier führen Eltern aus der Nachbarschaft die Spielgruppe und der Verein Robi-Spiel-Aktionen sucht bereits aktiv nach weiteren privaten Finanzierungsquellen. Da die zuständigen Dienststellen dem Projekt zudem positiv gegenüberstehen, darf es keinen politischen Eingriff in die administrative Planung geben. Anträge, wie die für die Quartiertreffpunkte Breite, Wettstein und Lohler oder Kulturlegi ignorieren, dass die Regierung bereits auf die nächste Startperiode ab 2028 bzw. das neue Kulturleitbild 2026 bis 2031 verwiesen hat. Wir dürfen diesen Rhythmus nicht durch ad hoc Budgeterhöhungen untergraben.

Bei der Verhältnismässigkeit wurde schon bereits angesprochen, ein Betrag über 10 Mio. Franken für einen Nachtzug nach Malmö ist finanzpolitisch schlicht nicht vertretbar, obwohl meine Tochter in Stockholm wohnt und ich das durchaus verstehen könnte. Nachdem der Bund die Förderung eingestellt hat, ein einzelner Kanton kann keine internationale Bahnverbindung dieser Grössenordnung im Alleingang subventionieren. Auch beim Therapiebad Felix Platter handelt es sich um eine betriebliche Entscheidung der Klinikleitung, in der wir nicht politisch eingreifen sollten, so wertvoll das Angebot auch für Partner wie Pro Senectute auch sein kann.

Zusammenfassend, wir betrachten diese Anträge als Anregungen für das nächste ordentliche Budget, aber nicht als Anlass, den Finanzplan aufzuschnüren und unser finanzielles Gleichgewicht zu wahren. Stellen Sie sich das Budget wie einen Nachbarschaftsgarten vor. Der Staat stellt das Grundstück und die Wasseranschlüsse bereit. Das ist die Basisfinanzierung. Aber die eigentliche Vielfalt und Pracht des Gartens entsteht dadurch, dass die Bürger ihre eigenen Setzlinge setzen und gemeinsam jäten. Wenn der Staat nun beginnt, jede Pflanze einzeln vorzuschreiben und zu finanzieren, verlieren wir nicht nur die Eigeninitiative der Gärtner, sondern überlasten auch den Boden oder in unserem Fall dem Steuerzahlenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, alle Budgetpostulate abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Bevor ich zum Inhaltlichen komme, auch etwas Generelles. Für uns ist es nicht ganz nachvollziehbar, dass Leute, die im Dezember für eine allgemeine Kürzung über 90 Millionen Ja gesagt haben, jetzt Budgetpostulate einreichen. Wir finden, es ist nicht stringent, weil entweder möchte man sparen oder man möchte mehr Geld ausgeben, aber beides gleichzeitig, das ist schon eine sehr flexible Haltung, die Sie mir dann gerne noch erklären dürfen.

Dann zum Inhaltlichen, die SP unterstützt dieses erste Budgetpostulat nicht. Wir haben im Dezember darüber abgestimmt, wie wir Halt Gewalt in die Regelstruktur überführen wollen. Das ist einen Monat her und noch einmal ein Monat vorher war es in der JSSK, in der vorberatenden Kommission und wir finden, die Kommission oder dann hier im Plenum, das ist der Ort, wo man Änderungsanträge stellen kann. Wenn man dann einen Monat später kommt und sagt, nein, wartet, ich habe doch noch eine viel bessere Idee, das finden wir nicht gut. Wenn wir so anfangen, dann können wir ja jedes Geschäft, das wir hier entscheiden, einen Monat später wieder ändern und wir glauben, dass das nicht die richtige Art ist, wie wir hier drin zusammenarbeiten sollen.

Wir finden, dass das Projekt, so wie wir es im Dezember besprochen haben, gut aufgegleist ist. Die Quartierorganisationen, das ist genau der richtige Ort, wo dieses Projekt angesiedelt werden soll. Ich weiss nicht, ob Sie sich noch an den SVP-Sprecher erinnern können, als wir über Halt Gewalt geredet haben. Er hat gesagt, dass wir eben alle Opfer mitdenken sollen, dass es in allen Beziehungen Gewalt gibt, und das möchte ich hier nochmals unterstreichen, das sehen wir auch so. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und es muss auch so angegangen werden und genau das tun ja die Quartierorganisationen. Darum möchten wir dieses Budgetpostulat nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Stier als nächste Sprecherin.

Franziska Stier (BastA): Wie meine Vorredner*innen betont haben, häusliche Gewalt bzw. Partner*innenschaftsgewalt ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem und vermutlich haben Sie alle in Ihren Familien-, Bekannten- oder Freund*innenkreis Menschen, die solche Erfahrungen gemacht haben. Wenn wir von häuslicher Gewalt sprechen, und auch das wurde bereits gesagt, denken wir zumeist an körperliche Gewalt und an ein klassisches Täter-Opfer-Bild. Doch die Realität ist deutlich vielschichtiger. Partner*innenschaftsgewalt hat viele Formen und kann auch finanziell, psychisch, emotional, sozial und kontrollierend sein, durch Einschüchterung, Isolation, Manipulation oder eben ständige Abwertung. Diese Formen sind weniger sichtbar, aber nicht weniger verletzend und oft viel schwerer zu erkennen.

Und wie das Budgetpostulat deutlich macht, betrifft häusliche Gewalt nicht nur heterosexuelle Beziehungen, sie existiert eben auch in queeren Partner*innenschaften. Die meisten queeren Menschen, die ich kenne, sind sehr gut über Formen von Gewalt informiert, da sie auch täglich die Folgen dieser Gesellschaft und dieser oft sehr gewaltvollen Gesellschaft spüren. Doch das ändert nichts daran, dass Anlaufstellen und Schutz fehlen oder für sie schwer erreichbar wirken. Betroffene leben nicht immer im gemeinsamen Haushalt, manche Beziehungen sind nicht geoutet und die Hemmschwelle, Hilfe zu suchen, ist hoch. Schliesslich kann die Thematisierung von Partner*innenschaftsgewalt auch zu einem Zwangs-Outing führen. Ein Schutzraum, der anerkennt, dass es diese speziellen Schutzstrukturen braucht und dass es eine Gleichzeitigkeit von Gewalterfahrung und Gewaltausübung geben kann, erscheint uns daher nötig.

Die bestehenden Präventions- und Unterstützungsangebote sind wichtig und richtig. Noch können wir nicht sagen, ob und wie die Quartiertreffpunkte auch Gewalt in queeren Kontexten bearbeiten werden. In jedem Fall erscheint es uns aber sinnvoll, zusätzlich Anlaufstellen für queere Paare oder queere Menschen zu ermöglichen und allein mit Blick auf Zielgruppenansprache erscheint uns eine peerbasierte Präventionskampagne als Ergänzung sinnvoll. Häusliche Gewalt ist zwar immer ein patriarchales Problem, es geht um Besitzansprüche, um Kontrolle und um Macht, aber es ist eben nicht immer sinnvoll, alle Betroffenen über einen Zugang zu adressieren. Mit den vergleichsweise bescheidenen 10’000 Franken können queere Netzwerke zur Sensibilisierung genutzt und gestärkt werden. Prävention bedeutet eben hinzusehen, nachzufragen, bevor Gewalt passiert und sie bedeutet, alle Betroffenen mitzudenken und niemanden auszuschliessen. Darum unterstützt die Fraktion BastA dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die vielen Voten. Da ich das erste Budgetpostulat beantworten darf, möchte ich zuerst ein grundsätzliches Statement machen. Wir haben es verschiedentlich gehört, Budgetpostulate behandelt der Regierungsrat sehr zurückhaltend, wir sind in aller Regel ablehnend dem gegenüber, genau aus diesen

finanzpolitischen Gründen, dass wir den Budgetprozess haben, das Budget wohl ausgewogen dann präsentieren und dementsprechend dann eben auch der Meinung sind, das Budget ist jetzt so gemacht für diese Periode. Wir wissen auch, der Budgetprozess wiederholt sich jedes Jahr wieder und dementsprechend gibt es auch wieder die Gelegenheit, neue Vorhaben auch aufzunehmen.

Ich möchte dennoch jetzt gerade auch aufgrund der doch sehr inhaltlichen Diskussion Stellung nehmen zu diesem Budgetpostulat und ich möchte in keiner Weise negieren, dass sexualisierte und eben auch Paargewalt auch in homosexuellen Beziehungen vorkommt und die Dunkelziffer sehr hoch sein dürfte. Herr Sieber, Sie haben ausgeführt, was die Gründe dahinter sein könnten. Psychische und physische Gewalt macht keinen Halt vor Geschlechtern, ja, und auch Männer sind Opfer. Hier liegt der Fokus aber woanders. Sie, Herr Sieber, wollen 10’000 Franken mehr für diese Quartierarbeitsüberführung Halt Gewalt, damit wir das queere Thema und das homosexuelle Thema auch abdecken in einem. Da übersehen Sie etwas, es geht hier um die Überführung dieses spezifischen Halt Gewalt-Projekts. Das haben wir ein paar Jahre jetzt geführt, wir haben es mit den Quartiervereinen, aber auch mit der Verwaltung zusammen aufgebaut. Wir haben es auch am Schluss evaluiert und wir haben hier einen Fokus auf heterosexuelle Paare gesetzt. Wir haben gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, auch homosexuelle Paarbeziehungen aufzunehmen, aber jetzt ist der Fokus, so wie er gesetzt ist, da. Wir haben es in die Regelstruktur überführt und das ist der Grund, warum wir jetzt gesagt haben, es ist nicht der Moment, dieses Projekt noch einfach um 10’000 zu erweitern.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Sieber, dass wir das Thema sehr ernst nehmen müssen und wir müssen Hilfsangebote entweder schaffen oder wir müssen sie ausbauen, wir müssen sie bekannter machen, da bin ich ganz einverstanden mit Ihnen. Aber ich bin nicht einverstanden, dass es jetzt hilft, einfach 10’000 Franken in ein eigentlich abgeschlossenes Projekt reinzutun und zu sagen, das muss jetzt einfach auch noch gemacht werden. Ich bin der Meinung, wir müssten das seriöser angehen, wir müssten, was Sie auch gesagt haben, die Community abholen, auch schauen, wie kommen wir an genau diese Klientel heran. Also es ist auch ein Teil des Projekts gewesen, bei Halt Gewalt zu schauen, wie kommen wir überhaupt an die Fälle heran, die wir dann präventiv da auch entgegenwirken können.

Ich erachte es als wirklich besser, wenn wir dieses Thema mitnehmen. Ich bin inhaltlich einverstanden, dass es wichtig ist, aber dass wir uns doch auch die Zeit nehmen, hier den Fokus zu setzen, auch mit meiner Gewalt- und Opferhilfestelle das anzuschauen und dann zu überführen in ein ordentliches Budget respektive auch, dass ich die Chance habe, auch mit einem ordentlichen Ratschlag oder was es auch immer ist, zu diesem Themenbereich auch hier vorstellig zu werden. Das ist eigentlich der Grund, also nicht wirklich die inhaltliche Ablehnung des Themas, sondern wirklich mehr der Prozess jetzt, und das auf ein Projekt, das eigentlich abgeschlossen ist, noch zu erweitern. Einfach dies zu Ihrer Erläuterung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, ich bin wie Olivier Battaglia dafür, er hat gut geredet, alle Anträge abzulehnen. Olivier Battaglia hat richtig gesagt, Eigeninitiative ist verlangt. Bei Frau Franziska Stier oder allgemein, auch bei den anderen Rednern teilweise, wir drehen uns im Kreis, wir haben quasi jeden Monat ähnliche Themen. Und wenn dann angesprochen wird, queere Menschen kann es schon geben, dann muss ich einfach sagen, das mit queeren Menschen, das sind Minderheiten, die eine Mehrheit quasi ständig angehen, ich sage es jetzt mal freundlich, das sind Minderheiten und das ist keine Mehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat das Schlusswort.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Diskussion, damit ist eigentlich das Ziel schon erreicht. Für mich war das eine wichtige Diskussion und es war auch wichtig zu erfahren, wie die Positionen der Parteien sind und da habe ich einiges erfahren heute. Zu Joël Thüring und Luca Urgese und auch ein Stück weit zur LDP. Ich kann verstehen, dass Sie das grundsätzlich nicht gut finden, wenn wir mit Budgetpostulaten hier antanzen. Es ist aber gleichzeitig so, dass Budgetpostulate schlichtweg ein parlamentarisches Instrument sind, das man wahrnehmen kann und das in gewissen Momenten auch Sinn macht und für mich macht es hier heute Sinn. Deswegen habe ich das auch eingereicht.

Der wichtige Konflikt, den ich irgendwie nicht gelöst habe in der Diskussion, ist die Sache mit den Parallelstrukturen. Also einerseits macht Lea Wirz darauf aufmerksam, dass man keine solche will, da bin ich sehr einverstanden, das will man nicht, auf der anderen Seite höre ich jetzt von der Regierungsrätin, dass man jetzt das mal so für die heterosexuellen Menschen machen will und dann irgendwo zusätzlich für die queeren Menschen aktiv werden will. Das ist völlig unnötig. Also ich verstehe auch nicht, warum die JSD sich überlegen muss, wie man diese Leute erreicht. Das ist ja genau das, was ich hier anbiete eigentlich. Die aktive ehrenamtliche Zivilgesellschaft, die erreicht diese Leute. Unsere Party-Veranstalter haben

eigene Care-Programme. Da gibt es Poster mit QR-Code, mit Links, wo sie sich melden können, wenn sie Drogenprobleme haben, wenn sie Probleme mit Gewalt haben, das wird abgeholt. Es ist ein Knopfdruck, diese Community, dieses ehrenamtliche Engagement an diese Regelstruktur anzubinden. Das wäre kein Problem. Und da verstehe ich jetzt nicht, will man eine Parallelgesellschaft, Parallelstrukturen aufbauen oder will man das in einem Wisch bearbeiten. Da bin ich irgendwie nicht genau schlau geworden aus der Diskussion und ich bin eigentlich der Meinung, dass Gewalt nicht von Geschlecht und sexueller Orientierung abhängen sollte, sondern dass wir das Problem eigentlich gemeinsam angehen sollten.

Dann finde ich halt, dieser Vorschlag ist ein cleveres Stück Gleichstellungspolitik und diese Thematik häusliche Gewalt in queeren Beziehungen, die wird kommen und die wird nochmals kommen. Und da verstehe ich die bürgerliche Seite nicht ganz. Jetzt könnten wir für 10’000 Franken im Jahr das Problem einmal wo verorten und da auch bearbeiten und schauen, wie weit kommen wir. Die Alternative ist eine Motion. Dann bekommt Stephanie Eymann etwas zu tun, eine Studie, dann kommt der Ratschlag, dann kommt die neue Stelle bei der Abteilung Gleichstellung oder beim JSD eine extra Beauftragte und dann eine Sachmittelgeschichte und dann wird das richtig teuer. Und ich sage Ihnen, wenn Sie das nicht anders wollen, dann können Sie das so haben. Mir fehlt kein Zacken aus der Krone, die SP zu unterstützen bei einem solchen Vorstoss, ich würde das sofort machen. Und wenn das Headcounts und Sachmittel bedeutet, ich würde das unterstützen, wenn Sie dieses Angebot nicht annehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008123, 14.01.26 17:06:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 62 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen.

24. Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

[14.01.26 17:06:17, 25.5566.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich Joël Thüring als erster Sprecher.

Joël Thüring (SVP): Ich werde jetzt bei jedem Budgetpostulat elfmal dasselbe erzählen. Nein, keine Sorge. Ich möchte hier einfach, weil wir in der Grundsatzdebatte sind, noch einmal auf die Absurdität dieser Budgetpostulate hinweisen. Es tut mir leid, dass jetzt das Sie trifft, Herr Hochuli, aber das ist jetzt ein perfektes Beispiel, weshalb dieses Mittel dafür jetzt einfach zu spät und ungeeignet ist. Sie haben ein Budgetpostulat eingereicht für eine zusätzliche Stelle. Der Regierungsrat wird über dieses Budgetpostulat, sollte es überwiesen werden, im April wieder in diesem Parlament berichten müssen. Das heisst, bis

zum April kann diese Stelle noch überhaupt nicht besetzt werden. Dann müssen Sie ja, wenn der Grosse Rat beschlossen hat, irgendwann mit dem Rekrutierungsprozess beginnen. Der beginnt auch nicht von heute auf morgen. Es ist jetzt auch nicht so, dass alle Stellen beim Kanton gleich am Tag eins bereits besetzt sind, es braucht ja auch eine gewisse Zeit, um einen solchen Prozess der Stellensuche aufzugleisen. Das heisst, eine solche Stelle wird, wenn überhaupt, frühestens im Herbst 2026 besetzt werden können. Und da zeigt sich, dass dieses Instrument des Budgetpostulats gerade dann, wenn es sogar noch um Stellen geht, um eine Headcount-Erhöhung eben nicht sehr geeignet scheint.

Hier wäre jetzt an Ihrer Stelle, ich muss Ihnen ja keine Beratungsdienstleistungen anbieten, aber hier wäre jetzt zum Beispiel fast sinnvoller gewesen, Sie hätten ein Vorgezogenes Budgetpostulat eingereicht. Das wird im nächsten Monat behandelt, im Februar 2026 und würde sich dann auf das Budget 2027 beziehen und dann hätte der Regierungsrat im Wissen des Beschlusses des Grossen Rates zu dieser zusätzlichen Stelle die Möglichkeit, dies im ordentlichen Budgetprozess für das Jahr 2027 einzubauen. Was will ich damit sagen, Sie würden damit wahrscheinlich gar nicht so viel mehr an Zeit verlieren, Sie hätten wahrscheinlich das Ziel genauso erreicht oder auch nicht erreicht, das ist dann wieder die Abhängigkeit des Entscheides des Grossen Rates und das ist genau deshalb, weshalb wir auch eben dieses Budgetpostulat, und ich spreche nachher zu den restlichen neun nicht mehr vermutlich, ablehnen werden, weil es hier gerade auch bei einer Headcount-Erhöhung eben tatsächlich so ist, dass es nicht geeignet ist, hier ein Budgetpostulat für ein Budget, das bereits beschlossen worden ist, einzureichen.

Ich bitte Sie deshalb auch hier im Namen meiner Fraktion mit diesen zusätzlichen Erwägungen, die auch sehr grundsätzlich sind, dieses Postulat Hochuli nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christoph Hochuli ist der nächste Sprecher.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Wie Sie bestimmt wissen, ist Menschenhandel ein typisches Hohldelikt, denn es gibt kaum Anzeigen. Die Ermittlungen in Strafverfahren wegen Menschenhandel sind sehr komplex, personal- und zeitintensiv, insbesondere, weil die Delikte meistens grenzüberschreitend stattfinden. Ein Problem ist auch oft die sehr geringe Aussagebereitschaft der Opfer. Ohne valide Opferaussagen kann jedoch ein Verfahren in der Regel nicht abgeschlossen werden. Die Fachgruppe Menschenhandel der Kriminalpolizei, die zur Staatsanwaltschaft gehört, ist zurzeit personell sehr schwach aufgestellt und hat zu wenig Ressourcen, um allen Verdachtsmeldungen nachzugehen und die Ermittlungen in den Strafverfahren in der notwendigen Intensität voranzutreiben. So kann sie nur wenige Strafverfahren führen, welche zu einer Anklage und schliesslich zu einer Verurteilung der Täterschaft führen. Deshalb benötigt die Fachgruppe Menschenhandel dringend Verstärkung und soll mit diesem Budgetpostulat eine zusätzliche Vollzeitstelle erhalten, denn von den sechs zusätzlichen Stellen, die wir mit dem Budget 2026 für die ganze Staatsanwaltschaft gesprochen haben, wird die Fachgruppe Menschenhandel nicht profitieren.

Ganz klar, mein Budgetpostulat ist nur für das Jahr 2026, wie Joël Thüring das richtig erläutert hat, und es braucht eine längerfristige Aufstockung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Deshalb bin ich am Schreiben einer Motion, damit im Rahmen des Projekts ReoS, also der Überführung der Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft in die Kantonspolizei, die personelle Aufstockung im Bereich Menschenhandel mitgeplant wird. Ich bitte Sie deshalb, später meine Motion und heute dieses wichtige Budgetpostulat zur Bekämpfung des Menschenhandels an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ja, Menschenhandel gibt es auch in Basel und es wird aus Sicht von BastA zu wenig dagegen unternommen. Wir teilen auch die Einschätzung, dass es zu wenig personelle Ressourcen gibt, die darauf verwendet werden, Menschenhandel konsequent anzugehen. Wie viele Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft dorthin fliessen, ist aber auch ein Entscheid der Leitung. Christoph Hochuli und ich pflegen einen guten Austausch zum Thema Menschenhandel und ich bin gerne dabei, einen anfälligen Vorstoss weiterzuverfolgen und auch zu unterstützen. Wir finden es grundsätzlich wichtig, dass Menschenhandel in Basel-Stadt stärker angegangen wird und die entsprechenden Stellen auch personell gestärkt werden. Trotzdem lehnen wir das vorliegende Budgetpostulat aus folgenden Gründen ab:

Solange die Leitung der Staatsanwaltschaft Menschenhandel nicht konsequent angehen will und nicht wirklich einen Schwerpunkt darauf legt, bringt eine zusätzliche Vollzeitstelle wenig. Und falls sie doch diesen Schwerpunkt so setzen würde, dann bräuchte es wohl deutlich mehr Personal als diese eine Stelle, die hier gefordert wird.

Wenn man zweitens online nachschaut, was zum Beispiel Zürich gegen Menschenhandel macht, kommt man als erstes auf eine Webseite vom Fachdienst Menschenhandel der Kantonspolizei Zürich, der auch stark auf die Bedeutung des

Opferschutzes hinweist. In Basel kommt man auf eine Medienmitteilung über eine gross angelegte Aktion im Rotlichtmilieu, bei der zahlreiche Menschen festgenommen wurden. Eine Aktion, welche auch von der Fachstelle FIZ scharf kritisiert wurde. Wenn wir in Basel mehr Ressourcen sprechen wollen in diesem Bereich, muss auch die Praxis im Kampf gegen Menschenhandel geändert und der Opferschutz gestärkt werden.

Drittens, und das haben Sie schon erwähnt, läuft aktuell das Projekt ReoS, bei dem die Kripo von der Staatsanwaltschaft zur Kantonspolizei überführt wird. Sobald das vollzogen ist, kann durch den Regierungsrat für die Kantonspolizei und die Kripo zusammen eine entsprechende Schwerpunktsetzung stattfinden und dann können wir auch die notwendigen Stellenprozente sprechen, die wohl die eine Vollzeitstelle übersteigen wird und eventuell wäre dann auch ein Modell, wie es Zürich kennt, sinnvoll.

Wir von BastA teilen also das Anliegen, den Kampf gegen Menschenhandel in Basel auszubauen. Stand jetzt wäre die zusätzliche Stelle aber kaum wirkungsvoll, es ist der falsche Zeitpunkt, auch bezüglich ReoS. Wir bieten aber Hand für einen Vorstoss, der das weiterverfolgt, Menschenhandel umfassend, wirkungsvoll und mit einer Sensibilität auf den Opferschutz anzugehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich kann mich in einigen Dingen Herrn Goepfert anschliessen, aber ich glaube, es ist sicherlich heute abzulehnen. Wir können es Herrn Hochuli, der wirklich ernsthaft an diesem Thema ist, nicht verbieten, dieses Budgetpostulat einzureichen, das nach «Chrüzlistich» die Mitte-EVP als Fraktion dies unterstützt. Er hat mich auf Anhieb überrascht, aber da habe ich zurückgedacht an die neu entdeckte Liebe der Mitte zu den Defiziten und das ist ja ein Mittel dafür. Aber nochmals ernsthaft, es ist wirklich nicht unsere Aufgabe, einzelne Stellen auszuschreiben hier. Ich glaube, wir haben eine Verantwortung, dass die Strafverfolgung als Ganzes genügend Mittel hat, dann gibt es gewisse Allokationen und wir sind auch in diesem ReoS-Prozess jetzt drin. Also jetzt da einzugreifen, es gibt eine Stelle und die ist ja nur für ein Jahr nicht mal wirklich gesprochen und dann ist die Frage, ob es dann im nächsten Budget noch überlebt, also das macht jetzt einfach null Sinn. Und bei aller Anerkennung der Ernsthaftigkeit der Anliegen von Herrn Hochuli, dass man dafür sein kann, ausser weil man weiss, dass es sowieso abgelehnt wird, dafür haben wir recht wenig Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Gallacchi. Diese wird entgegengenommen.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Besten Dank für die Annahme. Sie haben gesagt, die Mitte hat die Liebe zum Defizit entdeckt. Können Sie mir sagen, in den letzten 15 Jahren, wo da ein Defizit aufgetaucht ist?

David Jenny (FDP): Ich nehme Bezug auf Ihre Äusserungen in der Budgetdebatte, wo Sie gesagt haben, 100, 200, 300 Millionen, alles kein Problem.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich kann mich kurz halten. Kollege Nicola Goepfert hat vieles schon gesagt, an dem ich mich anschliessen kann. Auch die SP hat natürlich grundsätzliche Sympathien und anerkennt die Schwere des Delikts des Menschenhandels. Die Menschen oder die Opfer sind sehr vulnerable, es bestehen sehr viele schwierige Abhängigkeiten. Die Schicksale, die hinter diesen Zahlen und hinter diesen Taten stehen, die sind oftmals schrecklich und ich glaube auch, dass es ein unterschätztes Phänomen ist. Es gibt viele moderne Formen von Menschenhandel, die wahrscheinlich bis jetzt wenig bekannt sind und die vielleicht wirklich auch zu wenig thematisiert werden. Ich glaube aber dennoch, dass es wichtig ist, dass wir hier keine Schnellschüsse machen, sondern einen soliden und durchdachten Aufbau einer entsprechenden Fachstelle.

Herr Hochuli hat es selbst gesagt, zentral sind die Opferaussagen in diesen Verfahren. Wir müssen die Opfer schützen, wir müssen ihnen Perspektiven bieten, wir müssen ihnen unter Umständen ein Bleiberecht bieten, damit sie sicher sind und damit sie sich trauen, Aussagen zu machen. Und da bringen schnelle Razzien in irgendwelchen Nagelstudios oder im Rotlichtmilieu nichts, das ist oft gerade auch für die Opfer sehr traumatisierend. Und ich glaube, deswegen können wir nicht einfach sagen, ein bisschen mehr von dem, was wir bis jetzt tun, sondern wir müssen über die Bücher und das grundsätzlich und deswegen freue ich mich, wenn ein entsprechender Vorstoss kommt. Ich glaube auch, dass eine Stelle mehr hier einfach nicht genügt, aber wenn ich vielleicht die allgemeine Kritik auch als Unmut verstehen kann, dass die sechs

gesprochenen Stellen nicht in diesen Bereich fliessen, dann kann ich das durchaus auch unterzeichnen und auch unterstützen.

In diesem Sinne bleiben wir am Thema dran, aber das vorliegende Budgetpostulat wird die SP ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank auch für diese Debatte. Ich wiederhole mich nur ganz kurz, dass der Grundsatz der Ablehnung vor allem die finanzpolitische Seite ist, aber auch hier würde ich gerne sagen, dass wir inhaltlich auch das nicht das richtige Mittel finden. Ich denke, es wurde jetzt verschiedentlich aus allen Fraktionen gesagt, dass die Bekämpfung vom Menschenhandel ein wichtiges Anliegen ist. Es ist schwierig, Hohlkriminalität zu fassen, richtig zu fassen, Opfer zu Aussagen überhaupt zu bekommen, ein Verfahren lang dann auch zu motivieren irgendwo mitzuarbeiten, damit es dann auch zu Verurteilungen der Hintermänner kommt. Das ist ein Riesenaufwand, es ist Teil der organisierten Kriminalität und braucht massiv Ressourcen.

Wir haben im Budgetprozess 2022 damals Stellen gesprochen für das Migrationsamt, die Kantonspolizei, auch die Staatsanwaltschaft und wir haben gesehen, dass natürlich mehr Ressourcen im Thema auch mehr Fälle bedeutet. Und das ist ja eben das Paradoxe bei der Hohlkriminalität, wenn die Fallzahlen steigen, heisst das eigentlich, dass man mehr hinschaut. Ich bin dennoch der Meinung, dass eine Stelle jetzt ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Wir investieren mit dieser Stelle ins selbe System, wir können vielleicht ein bisschen mehr was machen, aber wir haben parallel doch neben dem Schwerpunkt der Regierung der Kriminalitätsbekämpfung, wo Menschenhandel drin ist, auch ein Legislaturziel in dieser Periode, die die Bekämpfung der organisierten Kriminalität als Legislaturziel der Regierung definiert. Menschenhandel ist ein Teil der organisierten Kriminalität und dementsprechend ist es mir wirklich auch ein Anliegen, dass wir hier unsere Strukturen überdenken, dass wir sicher schlagkräftiger werden im ganzen Themenfeld der organisierten Kriminalität, eben inklusive Menschenhandel.

Und da bin ich der Meinung, dass wir da aber schon nicht mit Einzelstellen agieren sollten, sondern wir haben ReoS. Wir werden nächste Sitzung des Grossen Rates im Februar über den Ausgabenbericht für die nächste Phase ReoS beschliessen und das ist ein Teil organisierter Kriminalität, sich da optimal aufzustellen, das wird in ReoS kommen. Danke, dass Sie eine Motion bringen möchten, aber das ist bereits eigentlich mitgedacht, weil ich denke, das ist ein wichtiger Part, dass wir hier die Strafverfolgung an sich stärken.

Und dann ist noch die weitere Frage, und dann höre ich auf, dann wird es zu inhaltlich, müssen wir jedes Knowhow und jede Ressource selber aufbauen oder ist in diesem organisierten Bereich nicht auch wichtig, dass wir über die Kantonsgrenzen schauen. Wir haben Zürich gehört als Beispiel, aber es gibt auch weitere Beispiele. Müssen wir uns nicht auch in solchen intensiven Bereichen so aufstellen, dass wir mit Kompetenzzentren arbeiten und Knowhow irgendwo auch bündeln. Aber das sind Themen, die wir jetzt hoch auf der Agenda haben und ich gebe Ihnen inhaltlich recht, dieses Thema müssen wir weiter bearbeiten und wir müssen vor allem auch stärker werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 79 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008125, 14.01.26 17:22:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 79 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

25. Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

[14.01.26 17:22:45, 25.5567.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne mache ich zum vorliegenden Budgetpostulat einige grundlegende inhaltliche Anmerkungen. Die Schullager an den Basler Schulen sind ein wichtiger Teil der Schulerfahrung der Schülerinnen und Schüler. Das System in Basel-Stadt ist bereits heute so, dass Eltern mit niedrigeren Einkommen eine Beitragsreduktion beantragen können. Dafür ist das Einkommen gemäss Prämienverbilligung massgebend. Die Höhe der Elternbeiträge werden aufgrund der Höhe der Verpflegungskosten für die Schullager festgelegt. Würden Sie nun heute dieses Budgetpostulat überweisen, würde dies nicht zu einer Zunahme der Anzahl Lager führen und wir müssen die Regelung der Elternbeiträge überdenken und ändern. Dies lehnt der Regierungsrat ab. Das aktuelle System, das, wie erwähnt, Erleichterungen für niedrigere Einkommen ermöglicht, soll beibehalten werden.

Noch eine Bemerkung zum System der Schullagerfinanzierung. Der Anmelde- und Abrechnungsprozess der Lager wurde deutlich verschlankt. Neu wird ein Maximalbeitrag pro Kind und Tag als Pauschalbeitrag der Schule vor Lagerbeginn ausbezahlt. Budget und Abrechnung liegt neu in der Verantwortung des Standortes, wodurch eine bessere Steuerung des Lagerbudgets und der Lagerabrechnung möglich ist. Die Lagerbudgets der einzelnen Lager sind unabhängig von der Lagerabrechnung der vergangenen Lager. Damit ist auch die im Budgetpostulat getroffene Aussage, dass einzelne Klassen weniger haben, wenn andere Klassen ihr Budget überziehen, so nicht korrekt. Insgesamt, und das ist wichtig, bleibt die Subventionierung der Lager durch die Volksschulen gleich hoch.

Zu Fragen nach der Umsetzung des im Budgetpostulat erwähnten Bundesgerichtsentscheids verweise ich sehr gerne auf die Antwort des Regierungsrats zur entsprechenden Interpellation der geschätzten Kollegin Franziska Roth zu diesem Thema. Nur so viel, der Kanton Basel-Stadt nutzt mit der aktuellen Regelung den verbliebenen Handlungsspielraum.

Ich komme nun zu meinem tagespolitischen ceterum censeo, da ich nachher auch vielleicht zu anderen drei Budgetpostulaten noch reden werde. Was die Regierungskollegin Stephanie Eymann vorhin mit anderen Worten erwähnt hat zur Haltung der Regierung zu Budgetpostulaten, wir lehnen alle aus finanzpolitischen Gründen ab. Vor allem angesichts des aktuellen Finanzplans des Kantons sind alle Departemente verpflichtet, ihren Auftrag innerhalb der vorgegebenen finanziellen Leitplanken zu erfüllen. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht sogar negativen Jahresergebnis. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir eine konsequente Budgetdisziplin haben. Der Gesamtregierungsrat setzt den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen die Departemente ihren Auftrag wahrnehmen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat das vorliegende Budgetpostulat ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Danke für die Annahme der Zwischenfrage und für das Teilen Ihrer finanzpolitischen Sicht der Regierung. Meinen Sie, es wäre dann nicht besser, statt Steuern an Unternehmen zurückzuzahlen, einen ganz kleinen Teil davon in die Lager, die ja direkt der Bevölkerung zugutekommen, zu investieren?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Der Kanton Basel-Stadt ist nach diesem Bundesgerichtsentscheid mit den Kosten runtergefahren und wie ich vorhin erwähnt habe, auch die Eltern, die Unterstützung brauchen, bekommen auch diese Beiträge.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen als Postulantin hat das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Lager sind wichtige Erfahrungen, sozial stürmische Zeiten, manchmal geprägt von Heimweh, aber ich glaube, niemand möchte die Lager missen, die wir erlebt haben. Lager sind aber auch sehr aufwendig für Lehrpersonen und sie sind sehr teuer. Beim Aufwand können wir wenig ändern. Die Lehrer müssen mit, sie haben 24-Stunden-Schichten, Lehrerinnen müssen auch mit, man muss rekognoszieren und man hat eine strenge Woche vor sich. Wenn man noch Familie zu Hause hat, muss man viel organisieren. Das ist ausserhalb unserer Möglichkeiten, aber bei dem Preis können wir etwas machen, denn zum Aufwand, den die Lehrerinnen und Lehrer sowieso schon haben, müssen sie heute noch Geld schachern. Und es ist halt trotzdem so, wenn die Budgetverantwortlichkeit bei dem einzelnen Standort ist, dann gibt es sehr wohl sehr grosse Diskussionen innerhalb dieses Standortes, wer wo noch Geld hat, das zur Verfügung steht. Wenn das Geld nicht reicht für die Köchinnen oder Köche, dann müssen Freunde angefragt werden, ob sie aushelfen kommen. Es müssen Kuchenstände organisiert werden, um noch ein bisschen Geld einholen zu können und es müssen Elternbeiträge eingeholt werden. Nun beim Kuchen, wir wissen es alle, seit Corona kaufen es die wenigsten freiwillig. Ich habe immer Rückmeldungen von meinen Kindern, dass sie fast ein bisschen enttäuscht sind, dass sie wohl ab und zu Geld bekommen, aber kaum jemand den Kuchen mitnimmt. Die Möglichkeiten dort sind also begrenzt.

Bei den Elternbeiträgen sind die Möglichkeiten theoretisch auch begrenzt. Ich habe eine Verordnung oder eine Weisung gefunden, dass man bei den Primarschulen 16 Franken pro Tag verlangt und bei den Sekundarschulen 25 Franken pro Tag. Ich weiss nicht, ob das aktuell heute noch so ist. Tatsache ist aber auch, dass viele Klassen unterdessen wieder Klassenkassen haben. Das ist eigentlich nicht erlaubt. Die Bildung in der Schweiz ist gratis zugänglich für alle. Diese Klassenkassen sind problematisch. Bei einem von meinen Kindern kostet das 50 Franken, ich habe jetzt nur zwei und ich verdiene gut genug, ich kann mir das leisten, auch bei mehreren Kindern. Für armutsbetroffene Familien wird das irgendwann kritisch und es ist ärgerlich, weil dann ist es eigentlich nicht mehr gratis. Dann ist die Bildung nicht mehr gratis, die Teilhabe ist nicht mehr für alle verfügbar.

Dann kommen wir doch noch zum Bundesgerichtsentscheid. Man kann es immer anders auslegen, drei Juristen, vier Meinungen, wir kennen es, aber das Bundesgericht hat gesagt, weil der Unterricht gratis ist, darf man nur so viel verlangen, wie wir einsparen, wenn unsere Kinder nicht bei uns sind. Grosszügig gesehen ist das das Essen und der Wohnraum, ich könnte ja theoretisch untervermieten während den Ferien, das hat das Bundesgericht so festgehalten. Ich bezweifle, dass das 16 Franken sind, ich weiss nicht, aber ich gebe meinen Kindern nicht jeden Tag Sushi. Gut, das ist wohl vertretbar und wirklich armutsbetroffenen Familien können das Geld, wir haben es gehört, wenn sie Prämienverbilligungen erhalten, wieder einfordern. Das ist immer mit einer Hemmschwelle verbunden und es hat nichts mehr damit zu tun, dass der Unterricht eigentlich gratis ist in der Schweiz, kostenfrei.

Das ED hat diese 300’000 Franken mehr verlangt, weil wir eine Teuerung haben, das ist uns allen bewusst, wir wissen, das Essen ist ein bisschen teurer geworden, wir können das gerade jetzt in den Medien nachlesen, Lagerhäuser sind immer teurer geworden, ich finde es absolut plausibel. Ich habe keine plausible Erklärung bekommen, auch jetzt nicht, wieso dieser Betrag nicht erhöht werden soll, obwohl alles teurer geworden ist. Es ist nicht ein riesiger Betrag, es sind 300’000 Franken für alle Schulklassen der Stadt. Gehen wir doch dort mit diesem Betrag hinauf, erleichtern wir das Lager organisieren, soweit es in unseren Möglichkeiten besteht. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008128, 14.01.26 17:32:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 48 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“)

[14.01.26 17:33:08, 25.5568.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Harald Friedl hat sich gemeldet. Lukas Faesch zuerst.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt auch dieses Budgetpostulat ab, zuerst einmal mit den finanzpolitischen Überlegungen des Kollegen Battaglia, aber hier möchte ich noch etwas sagen, weil es geht mir darum, dass ich diesem Narrativ entgegentreten möchte, dass die CMS ständig Projekte anreisst und dann nachher wieder nicht weiterführt und dann muss der Kanton das übernehmen, dem ist nicht so. Das ist ein gutes Projekt, ein tolles Projekt, das wir unterstützen. Die CMS hat dieses Projekt, und hören Sie gut zu, in den letzten Jahren mit 600’000 Franken unterstützt. Ich meine, das ist ein kleines Projekt, aber 600’000 Franken ist dafür ein grosser Betrag, also von zurückweisen oder nicht mitmachen kann keine Rede sein.

Bei der letzten Besprechung mit der CMS haben dann die Verantwortlichen dieses ooink ooink gesagt, sie möchten gerne eine Erhöhung haben um 13’000 Franken und diese Erhöhung hat die CMS begründet abgelehnt. Also von einem Zurückfahren der Beiträge kann keine Rede sein. Und was ist der Grund für diese Zurückweisung der Erhöhung? Der eine Grund ist, dass das Erziehungsdepartement selber schon die Beiträge an ooink ooink um 20’000 Franken erhöht hat, was auch nicht nichts ist, und zum zweiten hat die CMS festgestellt, dass für eine 60-Prozent-Stelle bei ooink ooink 113’000 Franken Lohn eingesetzt worden sind. Das war für die CMS doch ein etwas zu starkes Stück für ein 60-Prozent-Job für ooink ooink. Ich meine, wir sprechen da von Kinderbetreuung, Landhof und nicht jeden Tag 12 Stunden. Das ist doch relativ viel und das wollten wir nicht mitmachen, weil die CMS natürlich der festen Auffassung ist, dass wir mit den uns anvertrauten Stiftungsgeldern sehr sorgfältig umgehen müssen und ich bitte Sie, das mit den Steuergeldern ebenso zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiges Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche. Sie bietet Freiräume, um mit anderen Zeit zu verbringen, ohne Leistungsdruck. Kinder und Jugendliche können sich einbringen und auch aktiv sein, dies in ihren Wohnquartieren. Der Regierungsrat anerkennt dies. Zudem wächst die Zahl der Kinder in Basel-Stadt und Prognosen zeigen, dass dieser Trend sich fortsetzt. Der Regierungsrat hat aus diesen und auch aus weiteren Gründen die Finanzhilfen für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit bereits substanziell erhöht. Konkret, für die aktuelle Leistungsperiode 2024-2027 hat der Kanton die Beiträge um über 1 Mio. Franken pro Jahr erhöht für die gesamte offene Jugend- und Kinderarbeit. Und auch für die offene Kinder- und Jugendarbeit Oberes Kleinbasel, kurz ooink ooink, die am Landhof wichtige Arbeit leistet, wurde mehr Geld bewilligt. Vorhin wurde erwähnt, per 2024 fand eine Erhöhung um 44% statt. Sie hat neu 65’000 Franken statt wie vorher 45’000 Franken erhalten. Beantragt hatten die Verantwortlichen von ooink ooink zwar 78’000 Franken, aber es ist selten, dass der Kanton den gesamt geforderten Beitrag übernimmt. Und wenn Stiftungsgelder wegfallen, kann nicht immer der Kanton einspringen und weggefallene Mittel genau in diesem Betrag kompensieren. Wie ich in meiner Stellungnahme zum vorherigen Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Postulant Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Besten Dank, dass ich hier auch noch dazu sprechen darf. Ich habe einige Punkte. Ich meine, die Arbeit der Kinder- und Jugendarbeit, die ooink ooink Productions leistet, die wird, glaube ich, überall sehr geschätzt, zumindest ist mir nichts anderes zu Ohren gekommen. Ich werde also jetzt den Punkt, warum es so besonders wichtig ist, überspringen. Ich möchte aber gerne auf die Worte von Lukas Faesch und Regierungsrat Atici noch näher eingehen. Es

sollte nicht so daherkommen, als würde Undankbarkeit herrschen. Der Verein ist sehr dankbar für die langjährige und grosszügige Unterstützung durch den Kanton und durch die CMS. Es ist einfach Fakt, dass ihnen die 13’000 Franken weniger zur Verfügung stehen und das bringt sie halt an den Rand ihrer Betriebswirtschaftlichkeit.

Und was Sie jetzt vorhin erwähnt haben, das ist mir auch schon zu Ohren gekommen, bevor jetzt die Debatte hier geführt wird. Ich hatte auch schon bei der Erarbeitung dieses Budgetpostulats Kontakt zum Geschäftsführer, er hat das auch gesagt, dass er das Gesuch gestellt hat und es abgelehnt wurde, und dann wurde mir gesagt, es liegt scheinbar ein Missverständnis vor. Ich kann das nicht bis zum letzten beurteilen, ich kann nur wiedergeben, was mir mitgegeben wurde. Mir wurde gesagt, dass da ein Missverständnis vorliegt, dass die Gesamtlohnkosten des Vereins als das Gehalt des Geschäftsführers ausgelegt werden. Das hat damit zu tun, dass sie alle Lohnkosten in einem Posten zusammenführen. Ich habe mich dann bei ihm versichert, der Geschäftsführer, der als Sozialpädagoge arbeitet, hat ein übliches Gehalt, das man auf dem Markt so weit bezahlt. Er hat mir auch angeboten, dass ich seinen Lohnausweis konsultieren kann.

Von dem her glaube ich, hier liegt ein Missverständnis vor und ich finde es auch nicht ganz korrekt, dass so Zahlen dann hier jetzt im Grossen Rat in die Öffentlichkeit gebracht werden. Ob sie stimmen oder nicht stimmen, das kann ich jetzt hier nicht belegen, aber ich denke, das sollte man untereinander dann ausmachen. Es ist eben auch so, dass in diesen Gesamtlohnkosten auch Reinigungsaufgaben drin sind, die separat ausgezahlt werden. Da liegt kein Festvertrag vor, sondern das ist auf Stundenbasis, das ist ein Mandat und darum wird das wahrscheinlich schwieriger auseinanderzuhalten. Dass die Jahresrechnung bisher zu wenig klar ausgeführt war und zu wenig ausführlich, das ist dem Verein auch klar. Sie wissen aber auch, wie es läuft, Vereine, besonders kleine Vereine sind auf freiwillige Kassiererinnen und Buchhalter angewiesen, die das ehrenamtlich machen, aber sie sind daran, und das wurde mir auch versichert, dass die Jahresrechnung in Zukunft besser und detaillierter ausgeführt wird.

Und die 20’000 Franken, die vom Kanton zusätzlich bezahlt wurden, die sind ja in eine Praktikumsstelle geflossen. Ich glaube, Arbeit gibt es genug. Sie wissen es alle, im Moment ist der Kanton daran, ein Betriebskonzept für den Landhof auszuarbeiten. Da spielt der Verein ooink ooink Productions, der schon seit Jahrzehnten auf diesem Areal tätig ist, eine ganz wichtige Rolle. Ich glaube, das sind die Leute, die am meisten wissen, was dort abgeht und was die Bedürfnisse sind. Von dem her finde ich es wichtig, dass dieser Verein als Übergangslösung, es ist ja auch schon gesagt worden, es gibt dann die neuen Verhandlungen, die dann aber erst ab 2027 oder 2028 laufen sollen, dass es für diese Zeit eine Überbrückung gibt, damit der Verein nicht in Schieflage gerät. Daher danke ich Ihnen bestens für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008130, 14.01.26 17:42:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 58 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

[14.01.26 17:43:05, 25.5570.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Laetitia Block hat sich als erste Sprecherin registriert.

Laetitia Block (SVP): Ich möchte es nicht unnötig in die Länge ziehen, da wir ja bereits gesagt haben, dass wir als SVP alle diese Budgetpostulate ablehnen, aber hier trotzdem noch ganz kurz. Hier werden 150’000 Franken für den Ersatz einer Baracke gefordert und es ist doch erstaunlich, wenn man sich anschaut, das steht, glaube ich, sogar im Budget drin im Text, dass diese Baracke schon seit 40 Jahren, also in den 80er-Jahren, erstellt wurde und seit den 90er-Jahren, 1996 im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen ist. Da erstaunt es doch sehr, dass man hier ein Budgetpostulat machen muss und diesen Ersatz nicht vorausschauend planen kann. Das ist ja absehbar, das ist über 40 Jahre alt, dass man hier das auch entsprechend plant, das Geld auf die Seite legt, die Drittmittel akquiriert, auch wenn es positiv hervorgehoben werden kann, dass hier auch die Drittmittel versucht werden zu akquirieren, zumindest teilweise, aber es ist doch sehr erstaunlich, dass man hier nicht vorausschauend plant und hier ein Budgetpostulat notwendig ist. Also schon auch wegen dem inhaltlich muss man das hier ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu diesem Budgetpostulat Folgendes sagen. Ich versuche mich kurz zu halten, aber ich habe trotzdem ein paar inhaltliche Bemerkungen. Inhaltlich können wir aktuell keine Einschätzungen abgeben, ob es einen Ersatz dieses Pavillons braucht oder nicht. Was dagegen kein schönes Licht wirft, ist der Umstand, dass die bei uns zuständige Fachstelle für offene Kinder- und Jugendarbeit erst nach der Einreichung des Budgetpostulats über dieses Projekt informiert wurde. Das geplante Vorhaben war uns somit bis anhin nicht bekannt. Zudem geht aus dem Antrag auch nicht hervor, ob der Verein Robi-Spiel-Aktionen an anderer Stelle Drittmittel angefragt hat oder dies noch plant. Ein solches einmaliges Engagement wäre ein klassisches Projekt für die Zusammenarbeit mit einer Stiftung. Das Erziehungsdepartement unterstützt die wichtige Arbeit des Vereins bereits mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2’230’000 Franken. Und nun mein heutiges ceterum censeo, wie ich in meiner Stellungnahme zum Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Ich hätte die Frage auch einem anderen Regierungsrat stellen können, aber nun sind nur Sie gerade hier, das freut mich sehr, dass wenigstens ein Regierungsmitglied anwesend ist, wenn der Grosse Rat tagt. Finden Sie es zielführend, dass in Budgetpostulaten Verwaltungseinheiten, Dienststellen erwähnt werden, also subalterne Stellen erwähnt werden, die einem Projekt positiv gegenüberstehen, die eine solche Kostenfolge haben und die der Regierungsrat ablehnt?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Nein, ich finde es nicht recht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion SP und GRÜNE/jgb unterstützen dieses Postulat aus nicht finanzpolitischen Gründen nicht nur, sondern auch inhaltlich, weil es dieser Attraktivität dient und ich glaube, das, was Frau Laetitia Block vorhin gesagt hat, ist eben gerade der Grund, dass dieser Beitrag dieses Projekt zum Fliegen bringen könnte, weil ja gerade sehr viele Drittmittel auch dazu fliessen sollen und der Kanton so zum Ermöglicher wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Postulantin hat das Schlusswort, Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Der Giesslipark ist seit der Umgestaltung im 2013, 2014 ein kleines Juwel in einem Quartier, ich sage es immer wieder, das nicht gerade mit Grün- und Freiflächen verwöhnt ist. Fun Fact am Rande, die Kinder nennen diesen Spielplatz Dennerpark. Eigentlich nicht, weil er so billig ist, sondern weil vis-à-vis eine Denner-Filiale ist. Ich habe die

Umgestaltung dieses Parks damals relativ eng begleitet. Vielleicht erinnert sich ja die eine oder der andere an mein Budgetpostulat für ein öffentliches WC auf diesem Spielplatz. Die Spielbaracke im Giesslipark, die wurde aber damals bei der Umgestaltung nicht einbezogen und ist nun wirklich in die Jahre gekommen. Wie im Budgetpostulat erwähnt, sind die Wände und das Dach sehr morsch, die Fenster sind undicht und der Innenbereich ist stark abgenutzt.

Dass ich jetzt damit komme, mit dem Budgetpostulat, das wird mir ja vorgeworfen, dass wir da nicht längerfristig geplant haben, es ist tatsächlich so, dass die Situation langsam prekär wird. Ich war gestern da und habe das Haus noch einmal angeschaut und das Dach, das hängt einfach so durch an gewissen Stellen. Das ist eine schwierige Situation und da ist Handlungsbedarf hier. Und die Robi-Spiel-Aktionen, die waren wahrscheinlich ein bisschen spontan unterwegs. Sie haben zuerst auf eigene Faust versucht, etwas auf die Beine zu stellen, sie haben mit Architekten gesprochen, die ihnen Pläne gemacht haben. Sie haben auch bei der CMS angefragt, die dann sagte, es sei keine Aufgabe von ihnen, sondern da soll die öffentliche Hand einmal einspringen. Sie sind dann auf mich zugekommen und haben mich gebeten, dieses Budgetpostulat zu machen.

Wie gesagt, die Baracke war immer im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen, zu Beginn noch bei der Pro Juventute als damaliger Träger. Aktuell wird die Spielbaracke aber nicht nur von den Robi-Spiel-Aktionen, sondern auch von einer Elterngruppe genutzt, die hier eine Spielgruppe betreibt, die da pro Woche einmal dort ist, und die wären auch wahnsinnig froh, wenn diese Baracke wieder in sicherem Zustand wäre und wenn sie wieder gut nutzbar wäre. Und eigentlich habe ich das eingereicht, weil ich so ein grosses Potenzial sehe, also dort an diesem Ort, dieser Park, der wird sehr gut genutzt. Die Kinder, die dort hingehen, die können allein hingehen, er ist sehr geschützt und die Kinder, die dorthin gehen, die sind eigentlich meist auf diesem Spielplatz, also die nutzen keine anderen. Und wenn die Eltern dort hingehen können und dort ihre Feste machen können oder ihre Nachbarschaftstreffs, dann wäre das ein super Potenzial und wir könnten hier den Giesslipark weiterentwickeln und ich finde, dieses Quartier hat dies verdient. Ich bitte Sie deshalb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008132, 14.01.26 17:52:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen.

28. Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

[14.01.26 17:52:49, 25.5569.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Zu diesem Budgetpostulat. Aktuell läuft eine kleine Studie der FHNW zu den Gebäudetemperaturen an diversen Schulstandorten in Basel. Dies ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Erste allgemeine Aussagen können dazu schon gemacht werden. Diese sind jedoch noch nicht verifiziert. Es zeigt sich, dass die Frühauskühlung am Morgen deutlich weniger wirksamer ist als die längere Auskühlung am Abend. Die Nachtauskühlung erweist sich als wesentlicher Effekt. Zudem wird es sehr schwierig sein, einen einzigen Anbieter zu finden, der an allen Standorten gleichzeitig Personal für zwei bis drei Stunden stellen kann, um die Gebäude zu kühlen, was wiederum den Aufwand für die Verwaltung steigern würde.

Das Erziehungsdepartement arbeitet zudem zusammen mit Immobilien Basel-Stadt und dem Bau- und Verkehrsdepartement an einer langfristigen Hitzestrategie für die Schulgebäude. Ziel ist es, die Temperaturen an extremen Hitzetagen in den Schulen durch einen Mix an Massnahmen abzumildern. Geprüft werden bauliche, aber auch organisatorische Massnahmen. Je nach Standort wird es somit unterschiedliche Massnahmen geben müssen.

Wie ich in meiner Stellungnahme zu den vorherigen Budgetpostulaten bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Es ist kein Luxusbudgetpostulat. Das Thema heisse Klassenzimmer ist schon länger bekannt, und zwar spätestens seit dem Hitzesommer 2023. Da hat der Lehrpersonenverband schon etwas gefordert, das ist schon länger her. Die Verwaltung hat nicht viel unternommen, obwohl das Problem klar war. Es braucht von uns bzw. jetzt von Sandra Bothe diese Motion, jetzt gibt es eine Arbeitsgruppe mit vier beteiligten Departementen, was auch wieder etwas länger sein könnte. Ich denke, ja, das ist nicht eine optimale Lösung, aber es ist eine Lösung, die wir jetzt brauchen können.

Da ich abkürze, es ist eine konkrete kurzfristige Massnahme und wenn der Verantwortliche am ED, den ich gerne noch zitieren möchte, er hat gesagt: Alle Mitarbeitenden des ED verdienen bedarfsgerechte Dienstleistungen und Services, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Leider können die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht so gut erfüllen, wenn die Klassenzimmer überhitzt sind. Ich habe es gekürzt, es wäre länger gewesen. Bitte unterstützen Sie dringend dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich kann jetzt nicht mehr alles kürzen, aber wer im Sommer ein Schulzimmer betritt, weiss, Hitze ist kein abstraktes Thema. Sie steht im Raum, sie bleibt in den Wänden und sie belastet Kinder, Lehrpersonen und Schulbetriebe. Und gemäss SECO ist eine Innentemperatur bis 26 Grad erlaubt. Unterricht findet aber teils über mehrere Tage bei Innentemperaturen mit deutlich über 30 Grad statt, in Räumen, die nachts nicht abkühlen. Unter solchen Bedingungen ist Unterricht weder pädagogisch sinnvoll noch gesundheitlich vertretbar. Die Problematik, das hat Sasha Mazzotti schon gesagt, an Schulen ist bekannt und spitzt sich aber weiter zu. Im 2023 hielt die Regierung in einer Antwort fest, dass frühes Lüften und Nachtauskühlung zentrale Voraussetzungen sind, um hohe Temperaturen während des Tages zu vermeiden. Gleichzeitig wurde ebenso klar festgehalten, dass genau diese Massnahmen in vielen Schulgebäuden aus Sicherheitsgründen wegen fehlender technischer Voraussetzung und aufgrund arbeitszeitlicher Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden können.

Wir wissen also, was nötig wäre und weshalb es ohne gezielte Schritte nicht umgesetzt wird. Der Grosse Rat hat darum im 2025 Konsequenzen eingeleitet. Im Mai wurde der Anzug zu Sofortmassnahmen überwiesen, im Oktober folgte die verbindliche Überweisung der Motion für einen nachhaltigen Hitzeschutz an Schulen, aber eben zu spät für den Budgetprozess. Der Auftrag ist hingegen klar, der Kanton soll den Unterricht auch bei zunehmender Hitze verlässlich sicherstellen und den Gesundheitsschutz gewährleisten. Nicht erst morgen oder in sieben Jahren, sondern dieses Jahr. Genau hier setzt dieses Budgetpostulat an. Wenn wir wollen, dass im Sommer 2026 spürbare Verbesserungen eintreten, müssen die notwendigen Vorbereitungen jetzt erfolgen. Das braucht Organisation, konkrete Konzepte und Ressourcen.

Eine zentrale Rolle spielt die Ausgangstemperatur am Morgen. Beginnt der Unterricht bei rund 20 Grad, heizen sich die Schulzimmer deutlich langsamer auf. Entscheidend ist, dass über Tag gespeicherte Wärme aus der Gebäudemasse entweichen kann. Besonders wirksam ist dafür die Früh- bzw. eben Nachtauskühlung ab 4 Uhr morgens durch konsequenten Querlüften. Bleibt diese Auskühlung aus, staut sich die Hitze über mehrere Tage mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit und Unterrichtsqualität. Die koordinierte Lüftung in den Morgenstunden ist eine realisierbare und technisch verantwortbare Sofortmassnahme. Dass sie bisher nicht umgesetzt werden kann, liegt nicht am fehlenden Engagement des Schulpersonals, sondern an strukturellen Rahmenbedingungen, sprich an der Notwendigkeit von

standortspezifischen Lüftungskonzepten und an personellen Ressourcen, sei das das externe Sicherheitspersonal oder womöglich der Einsatz des Reinigungspersonals. Es ist klar, dass die Hausdienste nicht in allen Schulen gleichzeitig sein können, deshalb braucht es ja Ressourcen.

Ein weiteres Zuwarten würde bedeuten, dass wir trotz überwiesener Vorstösse im 2025 und klarer Problemanalyse auch den Sommer 2026 wieder verstreichen lassen. Und da frage ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen, welches Signal wir an die Betroffenen aussenden, wenn wir die Belastungen an Schulen für Kinder, Jugendliche und das Schulpersonal zwar klar anerkennen, sie aber erneut vertagen. Dieses Budgetpostulat soll diese Lücke schliessen und ist gezielt auf jene Gebäude beschränkt, in denen kurzfristige Verbesserungen möglich sind. Und ja, klar, das habe ich im Vorfeld mit der Fachstelle Raum und Anlagen abgeklärt. Darum sind sie ja da, wir können dort fragen. Schulen sind keine Freizeitbetriebe. Hitze macht müde, sie senkt die Konzentration, schränkt die kognitive Leistungsfähigkeit ein und beeinträchtigt Wahrnehmung und Lernfähigkeit. Wir sollten den Gesundheitsschutz ernst nehmen und kein weiteres Jahr verstreichen lassen. Danke an alle, die den Vorstoss unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberwesiung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008138, 14.01.26 18:01:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Budgetpostulat überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Georg Mattmüller (SP), Béla Bartha (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

29. Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi) 2
30. Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa) 5
31. Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö) 8
32. Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel) 12
33. Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter) 13
34. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser 16
35. Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein! 16
36. Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung 19
37. Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen 22
38. Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers 22
39. Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel 27
40. Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen 29
41. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde 30
42. Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen 30
43. Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken 31
44. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen 33
45. Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen 33
46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen 34

Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2026, 09:00 Uhr

29. Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

[21.01.26 09:00:20, 25.5572.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Unser Mitglied Erich Bucher hat uns mitgeteilt, dass er auf den 10. März aus dem Grossen Rat zurücktreten wird. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung am 11. Februar gebührend verabschieden.

Letzte Sitzung Franziska Roth

Heute ist die letzte Sitzung von Franziska Roth. Sie ist seit 2013 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied in der GPK, der Petitionskommission, der PUK Biozentrum und der IGPK UKBB. Noch Mitglied ist sie in der Disziplinarkommission und natürlich in der Bildungs- und Kulturkommission, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Franziska Roth eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns sehr herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Letzte Sitzung Andrea Elisabeth Knellwolf

Heute ist auch die letzte Sitzung von Andrea Elisabeth Knellwolf. Sie ist seit 2014 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied der Begnadigungskommission, der Spezialkommission Klima und der Bau- und Raumplanungskommission. Sie ist noch Mitglied der IGPK Rheinhäfen, der Petitionskommission, der Regiokommission, der Delegation des Oberrheinrates und der WAK, die sie seit 2021 präsidiert. Wir verlieren mit Andrea Elisabeth Knellwolf ebenfalls eine sehr erfahrene Politikerin und möchten uns ebenfalls ganz herzlich für die geleisteten Dienste bedanken. [Applaus]

Abgabe persönliche Vorstösse

Da das Geschäftsverzeichnis Februar bereits diesen Freitag publiziert wird, können darin nur persönliche Vorstösse abgedruckt werden, welche bis heute 12.00 Uhr dem Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte die Vorstösse jeweils auch per Mail an parlamentsdienst@bs.ch senden.

Dies waren meine Mitteilungen. Wir kommen zurück zur Traktandenliste, Traktandum 29.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Nochmals zum Ablauf. Zuerst haben wir Einzelvoten und am Schluss kann die Antragsstellerin oder der Antragssteller noch das Schlussvotum halten. Ich habe Andrea Elisabeth Knellwolf als erste Sprecherin eingetragen.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich möchte zum Geschäft nur etwas sagen, ich werde mit meiner Fraktion stimmen, allerdings mit etwas zwiespältigen Gefühlen, aber ich werde das tun, so ist halt die Politik und ich möchte mich vor allem hier an dieser Stelle von Ihnen verabschieden. Wie gehört, ist das die letzte Sitzung. Ich habe mich sehr über Ihren warmen Applaus gefreut. Es entspricht jetzt meiner Lebensplanung, dass ich jetzt aufhöre und ist für mich rundum stimmig. Ich bin gespannt, was jetzt kommt. Mein erstes Votum hielt ich übrigens zum Thema Sterbehilfe in Altersheimen, aber viel mehr und viel lieber erinnere ich mich an all die Babys, die hier verkündet werden konnten und ich wünsche diesen und Ihnen allen von Herzen eine gute Welt, eine gute Zukunft, alles Gute.

Ich habe mir etwas überlegt, wie ich mich bedanken kann bei Ihnen für Ihren Einsatz. Ich habe eine Nachtschicht eingelegt und habe kiloweise gebrannte Mandeln gekocht diese Nacht und die sind ungefähr so hart wie die Politik. Sie sind ungefähr gleich ungesund wie die Politik oder auch gleich gesund, je nachdem, welchen Teil der Mandeln man anschaut, und sie sollen Ihnen vor allem Freude und Energie geben, um weiterzumachen, um für Freiheit und Frieden und Entfaltung für alle zu arbeiten.

Ich danke Ihnen sehr herzlich. Kommen Sie vorbei an meinem Tisch, Sie wissen ja, wo Sie mich finden, es hat, solange es hat, und das gilt wirklich auch für die Medienschaffenden und Sie alle. Also Sie werde ich natürlich beliefern, Sie dürften ja nicht weg. Vielen Dank, das war es von meiner Seite.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber ohne Abtrittsrede.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte gerade sagen, Sie müssen mich noch ein bisschen aushalten. Ich möchte dieses Budgetpostulat unterstützen aus verschiedenen Gründen. Wir haben ja auch aus unserer Fraktion schon vor einiger Zeit mal den Anzug überwiesen bekommen von Ihnen, dass wir dieses Angebot ausbauen und es macht auch wirklich Sinn. Ich kann Ihnen sagen, ich veranstalte in Basel und in Zürich und in Zürich, wenn man da an der Kasse steht, dann wird man sehr oft gefragt, nehmen Sie auch die KulturLegi. Also die KulturLegi in Zürich ist total etabliert, es ist überhaupt nicht irgendwie ein Stigma, dass man diese KulturLegi hat und sie auch einsetzt und in Basel ist dieses Angebot völlig unterentwickelt. Also man kann da viel mehr machen, die Zugänglichkeit zur Kultur viel besser stärken und es ist weitaus die bessere Massnahme als diese Preispolitik, die Einzug hält im Kanton Basel-Stadt.

Ich weiss, ich mach mich hier ein bisschen unbeliebt, aber diese Von-bis-Preise, die angeboten werden unter der Prämisse, zahl, so viel du kannst, mit der habe ich ein bisschen Mühe, weil es ist eigentlich nicht, zahl, so viel du kannst, wenn man zwischen 15 und 25 Franken wählen kann, sondern es heisst, zahl, so viel du willst und oftmals in der Kultur bedeutet das dann, der Rest zahlt der Steuerzahler. Ich finde eigentlich, diese KulturLegi ist das Instrument, dass über die Prämienverbilligung gekoppelt ist, also wenn man Prämienverbilligung beanspruchen kann, kann man auch diese KulturLegi beanspruchen und bekommt dann bei diesen Veranstalter*innen, die dieses Angebot anbieten, einen günstigeren Preis. Das ist wirklich ein sehr schlaues Instrument und ich bin sehr dankbar, dass Bruno Lötscher hier das auch anerkannt hat und das Budgetpostulat einreicht. Ich möchte wirklich bitten, dass Sie das breit unterstützen von links bis ganz rechts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, die GLP hat jetzt mehrere Budgetpostulate eingereicht und unterstützt zahlreiche Budgetpostulate. Ist das die konsequente Sparpolitik der GLP, welche sie vom Regierungsrat verlangt?

Johannes Sieber (GLP): Ich weiss, Sie haben das noch nicht verstanden, aber die GLP ist eigentlich nicht für eine Sparpolitik, sondern für ein Haushalten der Gelder, die über Steuern hereinkommen. Und ich habe jetzt gerade ein Beispiel gemacht, wie wir diese Steuergelder gut einsetzen können, über diese KulturLegi und nicht einfach breit gestreut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen hier in Vertretung des Regierungspräsidenten Conradin Cramer die Haltung des Regierungsrats darlegen. Wir möchten Ihnen beantragen, das Budgetpostulat nicht zu überweisen. Seit 2019 wird das Projekt KulturLegi der Caritas beider Basel vom Kanton Basel-Stadt mit einem Staatsbeitrag gezielt gefördert. Aktuell, also in der letzten Periode 2022 bis 2025 waren das 20’000 Franken pro Jahr. Das Gesamtbudget des Projekts beträgt gemäss Jahresrechnung 2024 rund 80’000 Franken. Davon finanzieren neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland mit 10’000 Franken sowie die Christoph Merian Stiftung mit 20’000 Franken einen substanziellen Teil. Weitere Mittel werden durch spezifische Aktionen der Trägerschaft beigetragen, etwa durch Spendenaufrufe, den Weihnachtsbrief, den Beitrag Caritas Netz oder die Aktion Fair Friday. Der Regierungsrat anerkennt, dass sich gemäss den aktuellen statistischen Informationen die Nutzungszahlen der KulturLegi erfreulich entwickeln und dass dazu auch massgeblich technische Optimierungen seitens der Trägerschaft Caritas beider Basel in Zusammenarbeit mit dem Kanton, also insbesondere dem WSU beigetragen haben. Das ist insgesamt erfreulich.

Wie der Regierungsrat im Herbst 2024 in seiner Beantwortung des Anzugs von Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der KulturLegi erläutert hat, unterstützen wir auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten die private Trägerschaft der KulturLegi, diesen möglichst niederschwelligen Zugang für die Anspruchsgruppen zu ermöglichen. Es ist für den Regierungsrat unbestritten, dass das Projekt KulturLegi auch für die nächste Staatsbeitragsperiode substanziell gefördert werden soll. Auch eine massvolle Erhöhung ist für uns denkbar, aber wir möchten deshalb zum jetzigen Zeitpunkt, weil diese Verhandlungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, da nicht uns eine Zahl vorgeben lassen. Dafür möchte ich Sie um Verständnis bitten und mache Ihnen beliebt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Wie mein Vorredner Johannes Sieber möchte ich das gleiche sagen, bei mir ist es auch keine Rücktrittsrede, ich bleibe auch noch. Ich bin total erschrocken, als es geheissen hat, Rücktritt des Grossrats Eric.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein spezieller Moment, so früh am Morgen mit Ihnen in Kontakt zu treten auf diese Art und Weise nach zwei Rücktritten, die tatsächlich an die Substanz unseres Rates gehen, zwei sehr verdiente Mitglieder sind dann bald nicht mehr da. Aber wir haben Gelegenheit, weiterhin Gutes zu tun und eine dieser Möglichkeiten böte sich heute mit diesem Budgetpostulat KulturLegi. Ich habe jetzt zwar gehört, dass der Regierungsrat bereit ist, das weiterhin zu unterstützen im Rahmen der Möglichkeiten, da musste ich noch etwas staunen, weil der Rahmen der Möglichkeiten ist ja im Moment 20’000 Franken. Das ist also ein relativ bescheidener Betrag, der der Kanton Basel hier beisteuert. Die CMS steuert 18’000 Franken bei, das ist enorm wichtig, und Baselland 10’000 Franken.

Worum geht es? Mit dieser KulturLegi können armutsbetroffene Menschen in diesem Kanton, aber auch im Nachbarkanton an der kulturellen Teilhabe wirklich aktiv dabei sein. Etwa 330 Organisationen und Veranstaltungen sind aktuell im Veranstaltungskalender vergünstigt aufgeführt. Für diesen bescheidenen Betrag, den wir hier bis jetzt bezahlen, gibt es Vergünstigungen von 30 bis 100% für Leute, die es wirklich nötig haben. Und jetzt, warum macht das Sinn? Wenn wir uns überlegen, wir bezahlen relativ viel für Kultur, etwa 160 Millionen gemäss Kulturleitbild 2026 bis 2031, davon etwa 96 Millionen ohne die Museen, und die andere Seite der Medaille sind natürlich die Teilnehmer an diesen kulturellen Veranstaltungen, die Leute, die da hingehen. Und wir haben halt einige Menschen in diesem Kanton mit weniger Geld und die sollen eigenverantwortlich, das ist auch eine Integrationsgeschichte, eigenverantwortlich möglichst überall dabei sein können und sind halt darauf angewiesen, dass es etwas günstiger ist. Jetzt können wir von der Caritas her, wie ich das erfahren habe, diese Leistungen in diesem Umfang von der Caritas nicht mehr erbringen, weil die Zahl der Karten, obwohl wir in Basel relativ wenig Karteninhaber im Vergleich zur Schweiz haben, massiv gestiegen ist auf fast 5’000 Teilnehmende in den letzten drei Jahren. Der Betrag ist aber gleich geblieben.

Es braucht etwa 50’000 Franken mehr schon in diesem Jahr nur an Personalkosten, um dieses Angebot aufrechtzuerhalten und die Caritas kann das nicht mehr aus eigenen Mitteln schöpfen, weil, das wissen wir alle, die Caritas ja im Wesentlichen abhängig ist von Unterstützungsbeiträgen der Kirchen und die sind ja rückläufig, da gibt es ja gewisse Probleme mit den Mitgliederzahlen, da ist nicht beliebig einfach mehr Geld vorhanden. Und wenn wir also wollen, dass diese Teilnahme weiterhin möglich ist, dann bitte ich Sie schon sehr darum, über den Schatten zu springen und mal ein Budgetpostulat zu akzeptieren, das nun wirklich sinnvoll ist, bescheiden ist und eine enorme Hebelwirkung hat, enorm viel bewirken kann.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze sagen zum Budgetpostulat. Ich habe ja gehört an der letzten Sitzung von Luca Urgese, von Joël Thüring und von Olivier Battaglia, dass das eigentlich etwas schräg in der Landschaft liege, der Garten sei ja jetzt bestellt, wurde da gesagt, in einem schönen Bild. Ich muss Ihnen sagen, da liegen Sie falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, da liegt Ihr wirklich falsch. Es ist eben so vorgesehen, budgetrechtlich, dass diese sogenannten Verschlechterungen des Budgets nicht in der Budgetdebatte stattfinden, sondern in der Januarsitzung. Das Gesetz sieht das ausdrücklich so vor, § 49 der Geschäftsordnung des Grossen Rates hat das so geregelt. Also bitte, hören Sie doch auf, die Budgetpostulate per se schlecht zu reden und zu sagen, wir schauen die gar nicht mehr an, denn wir haben das Budget ja verabschiedet. Der Gesetzgeber hat eine gescheite Lösung getroffen. Das Budget soll verabschiedet werden können in der Dezembersitzung und die Budgetpostulate, die werden halt dann in der Januarsitzung angeschaut und später dann nochmals zurückgebracht, damit das Budget wirklich durch ist.

Ich bitte Sie also, springen Sie auch von bürgerlicher Seite hier über den Schatten, unterstützen Sie das im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008163, 21.01.26 09:17:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, das Budgetpostulat zu überweisen.

30. Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

[21.01.26 09:17:55, 25.5573.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir haben nur Einzelsprechende, keine Fraktionssprechenden. Amina Trevisan hat sich als erstes gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat mit voller Überzeugung. Es geht um drei langjährige etablierte Quartiertreffpunkte, die in unseren Quartieren unverzichtbare Arbeit leisten. Den Treffpunkt Breite mit mobiler Altersarbeit, den Quartiertreffpunkt Wettstein «Altersgerechtes Wettstein» und den Quartiertreffpunkt LoLa mit mobiler Quartierarbeit. Bisher wurden diese Projekte aus Projektmitteln und Stiftungen finanziert. Die kantonale Finanzierung lief Ende 2025 aus und eine beantragte Überbrückungsfinanzierung wurde von der Regierung abgelehnt. Ohne zusätzliche Mittel von insgesamt 439’000 Franken müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert oder eingestellt werden. Fachpersonal ginge verloren, gewachsene Vertrauensbeziehungen würden unterbrochen, auf öffentlichen Mitteln aufgebaute Strukturen entwertet. Das wäre ein klarer Widerspruch zum Legislaturziel im Legislaturplan 2025 bis 2029, und zwar mit dem Titel «Lebenswerte Quartiere fördern und eine bedarfsgerechte soziokulturelle Infrastruktur sicherstellen». Die beantragte Erhöhung sichert die Vollkostenregelfinanzierung ab 2026. Sie gewährleistet, dass die Projekte ohne Unterbruch weitergeführt werden, dass personal- und strukturintensive Angebote erhalten bleiben und dass die Projekte aus dem Projektstatus in eine stabile Regelstruktur überführt werden. Eine dringend notwendige Planungssicherheit nach Jahren unsicherer Finanzierung.

Diese Treffpunkte sind nicht nur theoretisch wichtig, sie wirken nachweislich. Die FHNW und die HSLU haben die Projekte evaluiert. Nutzungszahlungen, Veranstaltungen, Quartier-Feedback zeigen, diese Angebote erreichen Menschen, die sonst unsichtbar bleiben, fördern soziale Teilhabe, stärken den Zusammenhang in den Quartieren und unterstützen Menschen im Alltag, die auf andere Weise kaum erreicht würden. Manche sagen, professionelle Quartierarbeit verdränge Freiwillige. Das Gegenteil ist richtig. Fachkräfte schaffen den Rahmen, in dem freiwilliges Engagement erst möglich wird. Ohne professionelle Betreuung wären genau die Menschen ausgeschlossen, die am meisten von Mitgestaltung profitieren. Kurz gesagt, dieses Budgetpostulat ist eine Investition in stabile, hochwertige soziale Strukturen. Es sichert die Fortführung bewährter Angebote, setzt den Legislaturplan 2025 bis 2029 um und stärkt die soziale Teilhabe und Nachbarschaft in Basel-Stadt langfristig.

Und zum Schluss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Erhöhung sichern wir nicht nur Franken, wir sichern Vertrauen, Kontinuität und lebendige Quartiere. Wir investieren in Menschen, die sonst niemand erreicht. Wir investieren in eine Stadt, in der Nachbarschaft, Zusammenhalt und Teilhabe nicht vom Zufall abhängig, sondern strukturell verankert sind. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion diese 439’000 Franken Erhöhung für die Quartiertreffpunkte Breite, LoLa, Wettstein ohne Wenn und Aber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es mag Sie ja überraschen oder vielleicht auch nicht, dass die GLP dieses Budgetpostulat zur Überweisung empfiehlt, denn eigentlich spricht ja alles dagegen. Der Betrag ist sehr hoch oder zu hoch und die Ausführungen sind zu vage, um via Budgetpostulat gesprochen zu werden. Darum sollte die weiterführende Finanzierung der aufgeführten Projekte eigentlich von einer vorberatenden Kommission geprüft werden. Sollte die Wirkung der Projekte weiterhin gewünscht sein, scheint es uns prüfenswert, wie diese Wirkung über den Wirkungskreis der hier aufgeführten Quartiertreffpunkte oder die Projekte der Quartiertreffpunkte hinausgesichtet werden kann. Zudem erschliesst es uns auch nicht, warum sich die einen Quartiertreffpunkte diese Leistungen über Projekte «finanzieren lassen», während andere dieselbe Arbeit einfach nebenher, bisher im Normalbetrieb schon, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht haben. Gleichzeitig wissen wir aber auch aus den Quartieren, dass die hier genannten Projekte sehr wichtig sind. Die Chance auf die Weiterführung ab der nächsten Staatsbeitragsperiode ab 2028, das geht noch zwei Jahre, ist wahrscheinlich. Doch bis dahin erleiden die angelaufenen, wie man hört, erfolgreiche Projekte einen unnötigen Unterbruch. Diese Zwischenphase, die Pausierung der Projekte bedeutet Knowhow-Verlust, wir haben es gehört, Stillstand und Neuanfang dann ab 2028.

Das macht generell wenig Sinn. Ursprünglich beispielsweise wurde das LoLa vom Präsidialdepartement angefragt, ob sie für das Gebiet Lysbüchel eine mobile Quartierarbeitsequipe betreiben könne. Für die Zwischennutzungsareale war der Bedarf gering, jedoch wurde die mobile Quartierarbeit ein wichtiger Akteur in den neuen Wohnbaugebieten. Gerade aus diesem Gesichtspunkt ist es nun schwer nachvollziehbar, dass bei den Verhandlungen, die im Ratschlag in Aussicht gestellt wurden und darauf verwiesen wurde, dass man die regulären Verhandlungen jetzt nun abwarten soll, eine Pausierung der Beiträge zur Folge hat. Anscheinend, das haben wir jetzt von Amina Trevisan gehört und das habe ich auch sonst gehört, habe die Fachhochschule das Projekt evaluiert und einen Bericht erstellt, dieser sei aber nicht öffentlich und man verfüge nicht über Kenntnisse betreffend dessen Inhalt. Es wird vermutet, dass er eine Empfehlung zur Weiterführung enthält, welche eine Überbrückungsfinanzierung rechtfertigen würde.

Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt deshalb die Überweisung des Budgetpostulats im Sinne einer Erstüberweisung. Wir wünschen uns vom Regierungsrat einen ausführlichen Bericht, der aufzeigt, warum die Wirkung dieser Projekte seiner Auffassung nach entbehrlich sind, wenn allenfalls auch nur vorübergehend, zwei Jahre Pause. Zudem wüssten wir gerne, inwiefern die Thematik von anderen Quartiertreffpunkten bearbeitet wird respektive mit welchen Massnahmen flächendeckend der Bedarf an mobiler Quartierarbeit abgedeckt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Budgetpostulat fordert die Überführung von drei mehrjährigen Projekten der Quartierarbeit in die Regelstruktur. Die mobile Quartierarbeit St. Johann des Treffpunkts LoLa, die mobile Quartierarbeit Breite und St. Alban des Treffpunkts Breite sowie «Altersgerechtes Wettstein» des Quartiertreffpunkts Wettstein. Insgesamt werden 439’000 Franken pro Jahr dafür beantragt. Die Quartierarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt gegen Einsamkeit und bietet Informationsvermittlung, Beratung und Triage bei individuellen Fragestellungen. Die mobile Quartierarbeit hat dabei in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Ergänzend zu den Quartiertreffpunkten als räumliche Angebote zielt sie darauf, Quartierbewohnende, insbesondere auch schwerer erreichbare Bevölkerungsgruppen direkt in ihrem Lebensumfeld zu unterstützen. Aufgrund der demografischen Entwicklung entstanden in den letzten Jahren zudem auch neue Angebote für Seniorinnen und Senioren.

Der Bedarf für mobile Quartierarbeit sowie der Fokus auf die Zielgruppe Seniorinnen und Senioren soll im Rahmen der nächsten Staatsbeitragsverhandlung im Jahr 2027 dann im gesamtkantonalen Kontext betrachtet und beurteilt werden. Der Regierungsrat hat deshalb die Überführung der drei Projekte in die Regelstruktur zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt und wird die langfristige Finanzierung dieser Projekte für die Staatsbeitragsperiode 2028 bis 2031 prüfen. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, auf das Budgetpostulat nicht einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Kurze Erinnerung, weil es letzte Woche war, Joël Thüring hat es schon beim ersten Budgetpostulat gesagt, die SVP lehnt alle Budgetpostulate ab, dennoch möchte ich zu diesem Budgetpostulat kurz etwas sagen. Wir haben es schon gehört, es geht um diese drei Quartiertreffpunkte, wo 439’000 Franken gefordert wird. Vielleicht zuerst eine allgemeine Bemerkung. Es wird hier jeweils Geld gefordert für Organisationen, es wird aber kein Wort darüber verloren, meistens in den meisten Budgetpostulaten, dass hier auch Drittmittel von Privaten generiert werden könnten und es wird oft auch etwas suggeriert, dass es ohne die Finanzierung des Staates nicht geht. Zitat Vorstoss: Ohne zusätzliche Mittel (hier sind natürlich die Mittel vom Staat gemeint) müssten die Angebote ab 2026 stark reduziert werden. Weshalb? Man kann doch auch von anderer Quelle Mittel generieren und hier schauen, dass gute Projekte, wenn sie gut sind, lassen sich auch

die finanziellen Mittel dafür finden, die Projekte auch weiterführen. Aber hier wird wieder das Geld vom Papa Staat gefordert, hier soll der Staat das Geld rausrücken, ohne dass man hier dann einen eigenen Effort leistet. Also schon allein wegen dem müsste man dieses Budgetpostulat ablehnen.

Dann kann man aber auf diese drei Quartiertreffpunkten noch spezifisch eingehen, insbesondere hier auf das LoLa möchte ich eingehen. Mögen Sie sich erinnern an diese unsäglichen Uni-Besetzungen von der Gruppe Unibas 4 Palestine mit Sachbeschädigungen, Räumungen, Beschimpfungen und antisemitischen Vorfällen? Genau diese antisemitische Gruppierung führte mehrfach Propagandaveranstaltungen mit extremistischen Inhalten genau in diesem LoLa durch. Prime News hat das aufgedeckt, Zitat Prime News: Die Veranstaltungen, darunter Filme und Vorträge mit antiimperialistischen und pro palästinensischen Inhalten richten sich laut Experten möglicherweise gezielt an Jugendliche, um sie zu radikalisieren. Zitat Ende. Das LoLa sollte neutral sein, das musste aufgedeckt werden. Mehrfach wurden dort diese Veranstaltungen durchgeführt, nicht nur einmal. Sollen wir für das Steuergelder ausgeben, für so etwas, das unterstützen? Es ist absolut richtig, wenn man an das denkt, dass wir hier so etwas nicht unterstützen und ich denke, der Regierungsrat weiss schon, warum er hier das Geld nicht gesprochen hat.

Auch beim Quartiertreffpunkt Wettstein habe ich etwas recherchiert und auch dieses Projekt nachgeschaut. Man hat verschiedene Zahlen gefunden, wie teuer das Projekt ist oder war, ob das über ein oder mehrere Jahre war, aber um die 100’000 Franken war das Projekt über mehrere Jahre, zwei, drei Jahre. Hier werden jetzt aber 150’000 Franken gefordert. Auch hier habe ich mich gefragt, weshalb. Ich konnte es leider nicht herausfinden anhand der öffentlichen Quellen, aber auch hier scheint es mir, dass man die vollständige Finanzierung dieses Projekts eben wieder nicht über Drittmittel, sondern direkt komplett und vollständig über den Staat finanzieren lassen möchte. Sie sehen also, es gibt einige Gründe, abgesehen von den allgemeinen, dass man Budgetpostulate ablehnt, dieses spezifische Budgetpostulat abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Vielen Dank für die Annahme der Frage. In meinem Votum habe ich aber sehr wohl darauf verwiesen, dass auch Stiftungen die Quartiertreffpunkte finanzieren. Aber meine Frage lautet, sind Sie mit mir einig, dass die Quartiertreffpunkte in Basel unverzichtbar sind für Basel?

Laetitia Block (SVP): Ich glaube, es ist gut, wenn es solche Projekte gibt. Unverzichtbar, ich bin etwas sparsamer mit dem Wort wahrscheinlich als Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Antragsteller Laurin Hoppler hat das Wort.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat schreibt in seinem Legislaturplan, dass sie lebenswerte Quartiere fördern wollen und das Zusammenleben stärken. Das ist ein Legislaturziel, das gerade in heutigen Zeiten eine hohe Bedeutung hat und dafür brauchen wir eine funktionierende soziokulturelle Infrastruktur und diese ist zentral. Und eine von den wichtigsten Rollen einer solchen Struktur spielen da die Quartiertreffpunkte und ihre Projekte und Angebote, welche sie ausführen in unserer Stadt. Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Drei bewährte Quartiertreffpunkte mit ihren Projekten verlieren dieses Jahr die kantonale Finanzierung. Und sie werden nicht nur kantonal finanziert, sie bemühen sich auch um Drittmittel und haben auch bereits Drittmittel. Die Projekte sind teils seit Jahren im Projektstatus, zusätzlich zu den Staatsbeiträgen, die die Quartiertreffpunkte bekommen, und mittlerweile tragen sie massgeblich zur Regelstruktur dieser Treffpunkte bei.

Zum Beispiel die mobile Quartierarbeit vom Treffpunkt Breite bringt eigentlich den Treffpunkt direkt ins Quartier. Ein Team ist da regelmässig unterwegs, zu Fuss oder mit einem Cargovelo, informiert an öffentlichen Orten und organisiert Angebote, die nicht nur immer an einem Ort stattfinden, sondern auch an verschiedenen Orten. In einem Quartier zum Beispiel wie dem St. Johann, wo die mobile Quartierarbeit St. Johann arbeitet, eigentlich so wie eine Aussenstation des Quartiertreffpunkts LoLa, das ist ein Quartier, das über 1’000 neue Bewohnende hat, sich stark weiterentwickelt und da ist es umso wichtiger, dass wir diese Angebote haben, welche eben von Anfang an dieses Zusammenleben im Quartier unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stärkt und unterstützt. Das Projekt «Altersgerechtes Wettstein» ist auch ein Projekt, das die Arbeit zu den älteren Menschen bringt, also direkt dorthin geht, wo diese Menschen sind. Das ist wichtig für Menschen, die vielleicht nicht die Möglichkeit haben, direkt zu einem Angebot zu gehen. Und so werden eigentlich Senioren und Seniorinnen unter anderem auch abgeholt und unterstützt, dass sie am Quartieralltag ganz normal wie alle anderen teilnehmen können.

Und jetzt kommt der gemeinsame Nenner dieser Projekte, sie stecken alle in der finanzpolitisch gleichen Situation, weil alle drei vom Regierungsrat eine Überbrückung beantragt haben. Diese versprochenen Neuabsprachen haben stattgefunden, doch sie sind beim Regierungsrat abgeblitzt und wurden eigentlich einfach mit einer späteren Aufnahme in Aussicht gestellt und die wäre halt erst 2028. So kann man vielleicht Finanzpolitik machen, aber ein Quartier funktioniert nicht dementsprechend. Ein Quartier ist immer in Entwicklung und man kann es nicht zwei Jahre einfrieren und dann plötzlich wieder auftauen und alles geht weiter, wie es vorhin aufgebaut wurde über längere Zeit. Diese unnötige Lücke möchte ich mit diesem Budgetpostulat schliessen. Wenn wir das nicht machen, dann müssen die Angebote abgebaut oder eingestellt, verkleinert werden, es geht Fachwissen verloren und kurz gesagt, wir entwerten genau diese Strukturen, die der Kanton mehrere Jahre mitfinanziert hat.

Darum ist dieses Budgetpostulat eigentlich sehr simpel. Wir unterstützen hier drei Projekte, nicht, weil sie keine Finanzierung mehr haben, weil sie schlecht funktionieren oder schlecht organisiert sind oder kein Bedarf besteht, sondern einfach, weil sie in einem Projektstatus hängengeblieben sind und jetzt eigentlich der Realität nach bereits eine tragende Funktion in der soziokulturellen Infrastruktur einnehmen und im Regelbetrieb sind. Ich bitte Sie auch darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und auch damit zu verhindern, dass soziokulturelle Infrastruktur entwertet wird in unserer Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008165, 21.01.26 09:38:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 59 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö)

[21.01.26 09:38:51, 25.5574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Daniel Seiler hat sich gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Sie wollen hier entgegen der Empfehlung des Regierungsrats, des Nationalrats und auch der betroffenen SBB einen Nachtzug durchdrücken. Ich frage, haben Sie einmal einen Realitätscheck gemacht, haben Sie einmal über die Bedürfnisse dieses Nachtzugs Abklärung getroffen, das Ganze angeschaut? Die NZZ hat es gemacht und hat mit Anbietern von Nachtzügen in Europa gesprochen. Der eine Nachtzuganbieter heisst Snälltåget oder so, ich bin kein Schwede, das Unternehmen würde zwischen Basel und Malmö keine Verbindung von Nachtzügen anbieten. Das Unternehmen führt aus, dass es möglicherweise Bedarf gibt von Basel nach Malmö, in die andere Richtung scheint es keinen Bedarf zu geben. Die Schweiz wird hier als zu teuer angeschaut, wenn schon Verbindungen in grössere Hauptstädte

müssten in Kombination stattfinden. Das andere befragte Unternehmen kommt aus der Niederlande, heisst European Sleeper. Da meint man, dass alleine die leicht degressiv angesetzte Subvention zeige, dass es hier nicht um eine Anschubfinanzierung handeln kann, sondern eben, dass es eine dauernde Subventionierung brauchen würde. Der Chef von dieser Firma European Sleeper ergänzt dann auch noch, wer so viel Geld erhalte wie die Betreiber der Linie, der müsste fast keine Tickets mehr verkaufen. Ich bitte Sie also, verzichten Sie auf diese Überweisung des Budgetpostulates, weil das Angebot eigentlich keinem Bedürfnis entspricht und wir uns wirklich in Zukunft solche Symbolpolitik für 10 Millionen bald wirklich nicht mehr leisten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Es sollte nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen. Deswegen und weil die SBB klar machte, dass selbst bei einer Finanzierung der Nachtzug nicht mehr wie geplant im April zustande kommen würde, ist die SP auf offen. Es sollte wirklich nicht die Aufgabe von Städten sein, einen Nachtzug finanzieren zu müssen, doch es ist schon alarmierend, wie der Bund sich über das CO_2-Gesetz hinwegsetzt, das explizit die Förderung von Nachtzügen beinhaltet. Generell sollte es das Ziel sein, alternative Reisemöglichkeiten zu dem extrem emissionsstarken Flugzeug anzubieten.

Obwohl das revidierte CO_2-Gesetz eigentlich bis zu 30 Mio. Franken jährlich für die Förderung von Nachtzügen vorsieht, wurden nur 10 Millionen veranschlagt und nun auch diese Förderung gestrichen. Das eingesparte Geld kommt aber nicht dem Bundeshaushalt zugute, sondern wird für die Förderung von nachhaltigem Flugtreibstoff verwendet. Nun sollen die gesamten öffentlichen Gelder den Airlines zugutekommen und die Nachtzüge gehen leer aus. Die Flugtickets können so weiterhin günstig gehalten werden. Ich frage Sie, Daniel Seiler, ist da nicht auch eine Dauersubventionierung vorhanden, von der Sie so Angst bei Nachtzügen haben?

Die Schweizer Politik trägt jedoch eine Verantwortung und wir haben das Pariser Klimaabkommen und in Basel die Netto-Null-Strategie. Es kann nicht sein, dass diese Verantwortung und Abkommen nicht wahrgenommen werden und dass das Geld, das reserviert ist für Massnahmen im Verkehr, nicht auch für Nachtzüge eingesetzt wird. Ich kann das Vorgehen in Bern nicht nachvollziehen. Ich war vorletzten Sommer selbst in Malmö, mit dem Nachtzug nach Hamburg und dann weiter via Kopenhagen nach Malmö. Ich kann Ihnen sagen, ich wäre froh um einen direkten Nachtzug gewesen. Ich hatte nicht nur eine Woche zur Verfügung, sondern mehr Zeit, aber Zugausfälle und Wartezeiten beim Umsteigen erschwerten die Reise sehr. Zudem haben andere nicht so viel Zeit und wären sehr froh, eine Alternative zur Flugverbindung zu haben.

Es kann nicht sein, dass die beschlossene Nachtzugförderung nicht umgesetzt wird. Die SP spricht sich klar für die Förderung von Nachtzügen aus. Dies sollte eigentlich auch das Bundesparlament tun. Ob das vorliegende Budgetpostulat das richtige Instrument dafür ist, kann man hinterfragen. Auch die Höhe des Betrags dieses Budgetpostulats ist beträchtlich. Ein Anzug der SP wurde letzte Woche eingereicht, der die Förderung des internationalen Zugverkehrs fordert. Das Budgetpostulat ist also nicht alleine auf weiter Flur.

Meine persönliche Meinung ist abschliessend, wenn es also die in Bern nicht hinkriegen, dann müssen die Städte das zusammen regeln. Das heisst nicht, dass dies künftig zur Regel wird. Basel wäre Ausgangsbahnhof dieser Strecke, das betrifft uns und unsere Bevölkerung direkt. Das Signal an unsere Bevölkerung, dass der Grosse Rat zwar eine Resolution nach Bern schickt, aber nach dem Scheitern bei der Möglichkeit der Finanzierung andere Städte wie Zürich, Lausanne, Genf oder Bern potenziell einspringen lässt, fände ich schwierig. Wir haben es hier und jetzt in der Hand, ob es noch eine Chance gibt, dass dieser Zug an unserem Bahnhof losfährt oder nicht. Wenn der Innovationsfonds von 300 auf 400 Millionen aufgestockt wird, dann scheint es unseren Finanzen gut zu gehen. Wir können uns entsprechend die maximal 10 Millionen leisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Teilen Sie nicht auch die Meinung, dass die Investition in Forschung und Entwicklung von nachhaltigem Benzin nachhaltiger wäre am Ende des Tages wie die Subventionierung von einem Zug?

Leoni Bolz (SP): Ich denke, es braucht beides und es ist nicht sinnvoll, das Fliegen zu subventionieren, ohne dass es Alternativen gibt, die emissionsärmer sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte das einmal einordnen. Obwohl ich ein Zugfahrer bin, muss ich jetzt einmal sagen, dass das eine Minderheit ist, die es betrifft. Das Zugticket nach Malmö kostet 300 Franken, der Flug kostet 100 Franken. Es ist klar, jeder will sparen, keiner verschenkt 200 Franken, darum nehmen nur 0,5% den Zug. Es ist kein Prozent, das den Zug nimmt. 10% fahren mit dem Auto nach Malmö, 89,5% nehmen das Flugzeug und 0,5% nehmen den Zug. Und das sind einfach die Zahlen, die man sehen muss und ich verstehe wirklich nicht, warum ich seit Wochen und Monaten immer das mit diesem Nachtzug lese. Ich erinnere mich, als ich die Lacher auf meiner Seite hatte, an Johannes Barth, der nette Grossrat, als ich gesagt habe, ich möchte wieder den direkten Zug nach Moskau. Das ist etwas, das man dann wieder bringen könnte. Aber leider gibt es meine Lieblingspartei PdA, Partei der Arbeit, nicht mehr, die hätten meinen Antrag und meine Rede jetzt auch unterstützt und gesagt, Eric Weber hat recht, wir wollen den Nachtzug Basel-Moskau wieder.

Balz Herter, Grossratspräsident: Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt dieses Budgetpostulat, aber mit einigen Vorbehalten. Wenn wir Klimaziele ernst nehmen, brauchen wir Angebote, die Flüge ersetzen. Ein Nachtzug von Basel nach Malmö ist daher eigentlich ziemlich wichtig, weil er wirklich eine Alternative zum Flug darstellt. Basel als Grenzstadt ist ein wichtiger Verkehrsknoten, daher passt dieser Zug zu Basel auch umso mehr. Gleichzeitig sagen wir aber auch, wir finden es eigentlich falsch, wenn Kantone nationale oder internationale Bahnverbindungen mit kantonalen Geldern retten müssen. Diese Aufgabe ist eigentlich beim Bund. Warum unterstützen wir es dann trotzdem? Wir haben das diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir ein bewusstes Signal senden möchten von Basel nach Bern, weil diese Verbindung wichtig ist und auch verkehrspolitisch eine hohe Bedeutung für Basel als europäische Stadt hat.

Aber wenn wir hier einfach 10 Millionen sprechen, dann sicher nicht einfach so, sondern für uns braucht es klar Bedingungen, und zwar muss klar sein, für was das Geld ist und welche Leistungen damit gesichert sind. Es darf sich nicht um eine Dauersubvention handeln, das ist nicht das Ziel, sie ist befristet und es soll die Möglichkeit geben zu zeigen, dass dieses Angebot funktioniert und dass dieses Geld gut investiert ist. Der Bund muss in die Pflicht und wir möchten damit auch ein Stück weit Druck ausüben und zeigen, dass national diese Finanzierung unterstützt wird zukünftig und das ist wirklich eine Notlösung.

Unter dem Strich sagen wir, dass wir dem auch aus klimapolitischen Gründen zustimmen, aber wie gesagt, mit einem offenen Auge und es soll wirklich nicht zur Normalität werden, dass der Kanton Aufgaben, die der Bund hätte und nicht wahrnimmt, unterstützt. Daher bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Herr Hoppler, Ihre Bedingungen finden sich nicht im Wortlaut dieses Budgetpostulates. Wie wollen Sie diese durchsetzen?

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe bei diesem Anliegen eigentlich auch das Vertrauen, dass der Regierungsrat, der ja jetzt einen Bericht erstellen muss über dieses Budgetpostulat, dem nachgehen wird und diese Bedingungen sicher klären wird. Dementsprechend, wie sie auch schon bundesweit gefordert wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Antragstellerin Patrizia Bernasconi hat das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das Bundesparlament hat die Subventionen für den Nachtzug nach Malmö gestrichen. Die Begründung war sehr vereinfacht und zugespitzt, zu teuer für den Nachtzug, also subventionieren wir weiter die Flüge. Doch für mich lautet die entscheidende Frage nicht, ob 10 Mio. Franken viel Geld sind, sondern was ist langfristig wirklich teurer, 10 Mio. Franken oder jahrzehntelang Flüge zu subventionieren, die unser Klima belasten und Basel im europäischen Bahnnetz schwächen? Vergleichen wir diesen Betrag doch mit anderen Infrastrukturprojekten. Ein einziger Kilometer Autobahnausbau, etwa auf der A2 bei Basel, kostet bis zu 50 Mio. Franken. Wollen wir ernsthaft sagen, dass uns das Klima weniger wert ist?

Ein Nachtzug von Basel nach Malmö verursacht bis achtmal weniger CO_2-Emissionen als ein Flug. Trotzdem nimmt der Flugverkehr nach Skandinavien weiter zu. Rund 50 Flüge pro Woche verbinden die Schweiz mit Nordeuropa. Jeder einzelne davon belastet das Klima erheblich. Mit einem Nachtzug können wir konkret handeln. 2'100 Passagiere pro Woche könnten von der Luft auf die Schiene verlagert werden. Jeder einzelne spart hin und zurück rund 500 Kilogramm CO_2 im Vergleich zum Flug. Ein Nachtzug ist deshalb eine realistische, sofort wirksame Massnahme.

Doch es geht nicht nur um Klimapolitik, es geht auch um Basel als attraktive, gut vernetzte Stadt und um unseren Tourismus. Nicht ohne Grund wollte ich diese Mittel ursprünglich beim Präsidialdepartement genau bei der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing ansiedeln. Stellen Sie sich vor, zwei ESC-Städte, eine direkte Verbindung, Malmö 2024, Basel 2025. Ein Nachtzug zwischen diesen beiden Städten wäre ein starkes Symbol und ein echter PR-Gewinn. Wir würden gezielt junge, weltoffene und klimabewusste Gäste anziehen. Skandinavische Touristinnen und Touristen sind bekannt für ihre hohe Kaufkraft und ihre Affinität zu nachhaltigem Reisen. Warum sollen wir ihnen nicht den einfachsten Weg nach Basel bieten?

Ein weiteres Argument ist mir besonders wichtig. Europa investiert derzeit Milliarden in neue Bahnverbindungen, neue Nachtzugkorridore, neue Tunnel, neue Direktverbindungen und die Schweiz droht dabei an den Rand gedrängt zu werden. Basel ist das Tor der Schweiz nach Nordeuropa. Wenn wir hier schwache internationale Verbindungen haben, verlieren wir unsere zentrale Rolle im europäischen Bahnnetz. Wenn das Bundesparlament diese strategische Bedeutung nicht erkannt hat, dann müssen wir selber Verantwortung übernehmen. Die Nachfrage war da, die Tickets wurden bereits verkauft.

Jetzt aber zum Einwand, dass das Angebot nicht mehr besteht und die SBB diese Tickets bereits zurückerstattet hat. Auch dafür gibt es Lösungen und da bin ich eigentlich auch mit den Grünen einverstanden. Diese 10 Mio. Franken können als Anschubfinanzierung dienen und die ersten ein bis zwei Betriebsjahre absichern, um der SBB klar zu signalisieren, Basel steht hinter diesem Projekt. Ergänzend könnte sich Basel zeitlich begrenzt an den Betriebskosten beteiligen und weitere Städte für eine Kofinanzierung gewinnen. Das ist in diesem Budgetpostulat explizit vorgesehen, zumal in anderen Städten ähnliche Vorstösse eingereicht wurden oder noch werden. Das Risiko ist überschaubar, der Nutzen gross und, ich sage es nicht gerne, es gibt auch andere Anbieter als die SBB. So übernimmt beispielsweise die schon erwähnte European Sleeper die Linie Paris-Berlin, die die ÖBB eingestellt hat, und die SBB hätte die Leistung so oder so an die Firma RDC Deutschland übergeben.

Ist ein Budgetpostulat das richtige Instrument? Für mich ja. Es erteilt den politischen Auftrag, Lösungen zu prüfen und vorzulegen. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, in zwei Monaten einen Bericht vorzulegen. Also diese Mittel könnten auch als Defizitgarantie eingesetzt werden, wenn man es will, und ich bin der Meinung, rechtlich gesehen ist dieses Budgetpostulat beim Globalbudget richtig gesetzt. Es gibt die gesetzliche Grundlage dafür.

Meine Damen und Herren, 10 Mio. Franken sind viel Geld, aber was wir heute entscheiden, ist mehr als eine Budgetfrage, es ist auch eine strategische Frage. Ich bin auch der Meinung, dass der Bund zuständig ist, aber wenn der Bund nicht bereit ist, diesen Schritt zu gehen, dann sollte Basel den Mut haben, voranzugehen. Wir sollten nicht Forderungen an den Bund stellen, sondern selber auch handeln. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie diesen 10 Mio. Franken zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Ebi. Diese wird entgegengenommen.

Alex Ebi (LDP): Die Zwischenfrage ist ganz einfach. Ich habe immer noch nicht verstanden, warum es ausgerechnet Malmö sein muss. Stockholm, Helsinki, da gibt es ja noch viele andere Städte.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das war, was im Bundesparlament diskutiert worden ist, das war diese Verbindung und 10 Mio. Franken waren diese Gelder, die damals hätten gesprochen werden sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008167, 21.01.26 09:58:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 55 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

32. Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)

[21.01.26 09:58:15, 25.5575.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Heidi Mück hat das Schlusswort.

Heidi Mück (BastA): Ich hoffe, das ist kein schlechtes Zeichen, dass es zuerst vergessen wurde und jetzt sich niemand meldet. Ich hoffe, es flutscht in dem Fall durch, dieses Budgetpostulat. Ich habe es schon beim Text bei der Einreichung ziemlich ausführlich begründet, dies, weil die Sachlage doch ziemlich komplex ist und ich auch länger recherchieren musste, um überhaupt durchzublicken.

Auslöser war, dass ich im Oktober, November 2025 von Lehrpersonen erfahren habe, dass es kaum mehr Angebote der Naturpädagogik für Basler Schulen im Jahr 2026 gibt. Diese Angebote sind aber sehr beliebt und bringen auch viel. Es war dann ziemlich aufwendig herauszubekommen, was hier schiefgelaufen ist. Vielleicht werde ich der Komplexität der Situation nicht ganz gerecht, aber nach meinem Verständnis lief es tatsächlich so, dass die naturpädagogischen Angebote bis 2024 zu einem grossen Teil beim ED bei der Prävention beheimatet waren, dann wurden sie zum Amt für Wald und Wild transferiert mit der Absicht, diese Angebote zu bündeln und zu stärken. Da die Präventionsangebote im ED ja nicht so üppig ausgestattet sind, wurden diese naturpädagogischen Angebote zwar transferiert, aber nicht mit den dafür notwendigen Finanzen ausgestattet und so kam es, dass das Amt für Wald und Wild 2025 eingesprungen ist und aus eigener Tasche einige Angebote finanziert hat. Die Finanzierung ist jedoch nicht gesichert und es stehen nicht einmal die ursprünglich, also bis 2024 finanzierten Angebote zur Verfügung.

Deshalb also der Unmut der Lehrpersonen. Die naturpädagogischen Angebote sind nicht umsonst so beliebt. Die Kinder und Jugendlichen lernen bei diesen praktischen Naturerlebnissen nicht nur komplexe ökologische Zusammenhänge kennen, sondern erleben die ganze gesundheitsfördernde Wirkung eines Aufenthalts in der Natur, zum Beispiel Stressminderung, Konzentrationsförderung, Beruhigung und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Klar gibt es auch Lehrpersonen, die selbst mit ihrer Klasse in die Natur gehen, doch längst nicht alle trauen sich das zu. Sie profitieren auch gerne vom Expert*innenwissen der Naturpädagog*innen.

Wenn Sie dem Budgetpostulat zustimmen, ermöglichen Sie im 2026 rund 70 Schulklassen von Basel-Stadt ein halbtägiges naturpädagogisches Erlebnis. Damit wäre das Angebot wieder auf dem gleichen Stand wie 2024. Und die verschiedenen Player hätten Zeit, in Ruhe mal zusammenzusitzen und eine nachhaltige Finanzierung auf die Beine zu stellen. Ich bitte Sie deshalb, das Budgetpostulat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008169, 21.01.26 10:02:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 60 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)

[21.01.26 10:02:47, 25.5576.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA unterstützt das Budgetpostulat für den Erhalt des Therapieplatzes am Felix Platter-Spital und wundert sich über das kurzsichtige Knausern fast aller bürgerlichen Parteien in der Gesundheitsbehandlung von älteren Menschen. Ich gehe mal davon aus, dass nicht wirklich nachgedacht oder gerechnet wurde, sondern halt das ideologische Mantra, dass alle Budgetverschlechterungen per se abzulehnen sind, Ihren Entscheid beeinflusst hat. Eine solche Verweigerungshaltung ist in diesem Fall sehr schade, aktuell hat das Felix Platter-Spital eben noch ein Therapiebad. Wenn der Betrieb eingestellt und allenfalls das Bad dann rückgebaut wird, kostet es einiges mehr, wenn dann nach fünf Jahren ein solches Bad wieder dringend zu haben wäre. Und dies könnte durchaus ein Szenario sein, denn es ist ja logisch, es gibt sehr viele gute Gründe für ein Therapiebad im Felix Platter-Spital und somit auch für die Überweisung des Budgetpostulats.

Zuallererst ist Schwimmen und Bewegung im Wasser für ältere Menschen eine sehr etablierte und wertvolle Therapieform und Gesundheitspräventionsmassnahme. Schwimmen ist gelenkschonendes Kernkörpertraining, stärkt den Herzkreislauf und verbessert die Gehirnfunktion, was das Alzheimer-Risiko senkt. Schwimmen ist die Sportart, die bis ins hohe Alter empfohlen werden kann. Es macht also überhaupt keinen Sinn, ein bestehendes Therapiebad bei der Universitären Altersmedizin aufzugeben.

Das UAFP und die Universität Basel haben als Zielsetzung den Aufbau eines Campus für gesunde Langlebigkeit und wollen bei der Universitären Altersmedizin Innovation und Forschung voranbringen. Ebenso besteht ein Lehrstuhl für Geriatrie an der Universität. Ein Campus voranzubringen und gleichzeitig ein Therapiebad einsparen ist nicht wohl überlegt und erst recht nicht, das wissen wir, dass es an Schwimmflächen in Basel, besonders im Grossbasel West sowieso fehlt, also gibt es wirklich keinen guten Grund, dies zu tun.

Aber ich gebe Ihnen auch noch einen finanz- und gesundheitspolitischen Grund für die Überweisung dieses Budgetpostulats. Vor einem Monat haben wir hier im Grossen Rat jährlich 64 Mio. Franken an GWL für die Basler Spitäler gesprochen. 64 Mio. Franken, und wenn ich die Beiträge für das UAFP richtig zusammengezählt habe, werden rund jährlich 2,5 Mio. Franken GWL ans Felix Platter-Spital geleistet. GWL müssen ein öffentliches Interesse bekunden, vom Kanton also bestellt werden und im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stehen und zweckgebunden sein. Die Fortführung des Therapiebads kostet gemäss Budgetpostulat 282’000 Franken. In Anbetracht der Grössenordnung zu den GWL ist dies ja fast schon ein lächerlicher Betrag.

Nun stellt sich die Frage, hat das UAFP, also das Felix Platter, das Therapiebad als GWL bestellt, vielleicht, wir wissen es aber nicht ganz genau, aber zumindest hat das Felix Platter auch mehr bestellt, als sie schlussendlich an GWL erhalten haben. Falls das Felix Platter darauf verzichtet hätte, wäre dies auch ein schlechtes Zeichen und Ausdruck, dass aufgrund des Kostendrucks nur noch Sachen bestellt werden, die irgendwie einen Impact auf abrechenbare Leistungen haben. Falls der Antrag für das Therapiebad gestellt wurde und dieser Punkt nicht aufgenommen wurde, ist dies auch nicht

nachvollziehbar. Die Kosten für den Betrieb eines Therapiebads sind meines Erachtens eben genau typische GWL und sollten in diesem Rahmen finanziert und nicht via Budgetpostulat eingefordert werden müssen.

Dieses Bad jetzt aufzugeben und dann nach fünf Jahren dem Bad nachzutrauen, macht wirklich keinen Sinn. Eine Universitäre Altersmedizin und ein Campus für Langlebigkeit mit eigenem kleinen Therapiebad ist kein Luxus, sondern wahrscheinlich einfach Standard, der in Zukunft wichtig ist und jetzt verankert werden muss. Also hier zu sparen, macht nun wirklich aus gesundheitspolitischer Sicht überhaupt keinen Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Auf der Redner*innenliste, wie es original wäre, hätte Stefan Wittlin das Wort.

Stefan Wittlin (SP): Auch die SP-Fraktion möchte dieses Budgetpostulat überweisen. Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für diese interessante Argumentation, die ich vor allem als gesundheitspolitische Argumentation verstanden habe und ich möchte ein paar Ergänzungen machen, die ich eher als quartierpolitisch verstehe.

Das Schwimmbad im Felix Platter-Spital existiert seit dem Neubau und wurde im April 2019 eröffnet. Wenn ich richtig informiert bin, ich habe das nur vom Hören sagen, brauchte es damals dieses Bad für eine Zertifizierung als Rehaklinik. Nun offensichtlich ist der Bedarf nach einer Therapienutzung nicht so da, wie es geplant gewesen ist und diese sechs Jahre junge Infrastruktur wird offensichtlich kaum benützt. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Man kann diese wertvolle Infrastruktur vernichten oder man kann sie weiter nutzen und weiter nutzen heisst eben nicht nur, dass da Therapienutzungen unbedingt stattfinden müssen, sondern das wäre eben auch interessant für das Quartier. Der Bedarf ist da, ich denke zum Beispiel an Altersorganisationen, die dieses Bad gut und dringend nutzen könnten. Ich kann mir vorstellen, dass auch Kinder- oder Babyschwimmkurse da drin möglich sind. Vielleicht nicht unbedingt Unterricht für Schulklassen, über diesem Thema werden wir uns im letzten Traktandum dieser Sitzung nochmals unterhalten.

Ich danke Ihnen für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das vorliegende Budgetpostulat will niederschwellige und bezahlbare Schwimmangebote sichern, indem eben das bestehende Therapiebad am Felix Platter-Spital weiter genutzt werden soll. Das klingt ja sympathisch, allerdings ist es aktuell so, dass der Weiterbetrieb des Therapiebads an der Universitären Altersmedizin Felix Platter nach deren eigener Beurteilung keinen Sinn macht. Das Bad wird intern kaum noch genutzt, es ist aus therapeutischer Sicht nicht erforderlich, es verursacht hohe Kosten im Betrieb. Deshalb haben die Verantwortlichen des Spitals den Betrieb eingestellt. Und wenn man gesundheitspolitisch jetzt das kritisiert, dann glaube ich, macht man sich ein bisschen Illusionen über das, was effektiv Geriatrie und Altersmedizin in einem universitären Spital heute ist. Man darf sich davon keine jugendlich romantische Vorstellung machen. Die Patientinnen und Patienten, die stationär dort sind, die sind zu krank, zu schwach, zu fragil, um ein Bad gewinnbringend nutzen zu können. Das ist die Einschätzung des Spitals. Ich glaube, da müssen wir schon so realistisch sein und diese auch ernst nehmen.

Und nun versucht das Spital Nebennutzungen, Drittnutzungen anzubieten, dem verschliesst sich das Spital ja überhaupt nicht, das ist bisher allerdings noch nicht zustande gekommen. Es gibt so Interessenmeldungen beispielsweise von Schwimmschulen, auch anderen möglichen Nutzerinnen und Nutzern, aber eine verbindliche Zusage sozusagen eben auch eine Miete, die dann auch das Zahlen abdecken müsste, ist noch nicht zustande gekommen. Jetzt möchten Sie das Geld ja dem Gesundheitsdepartement zusprechen, damit wir das dann dem Spital weiterleiten als gemeinwirtschaftliche Leistung. Damit würden wir aber ja nicht Schwimmkurse für Babys finanzieren sollen, nehme ich an, das würde keinen Sinn machen, sondern wenn wir das Geld als gemeinwirtschaftliche Leistung für ein Spital einsetzen, dann muss es therapeutische Zwecke haben und die erfüllt es aktuell eben nicht mehr. Wenn es andere Nutzungsmöglichkeiten gibt, dann verschliessen wir uns dem überhaupt nicht, dann müsste aber auch die Finanzierung von dieser neuen Nutzerseite her gedacht und konzipiert werden.

Deshalb bitte ich Sie um Verständnis, dass wir das Budgetpostulat nicht entgegennehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen

Daniel Seiler (FDP): Man redet jetzt davon, dass man dieses Bad nicht mehr braucht, was sind denn die Gründe? Das Spital ist ja nicht wirklich alt.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Patientinnen und Patienten sind in einem Alter- und Gesundheitszustand mehrheitlich, wo es keinen Sinn macht für sie, wo sie überfordert sind, wenn sie in ein Schwimmbad gebracht werden. Ich glaube, das ist der medizinische Hintergrund. Wir sind doch älter im Durchschnitt der Patientinnen und Patienten, wir reden hier von spezialisierter Geriatrie, also Altersmedizin, wir reden über hochbetagte Patientinnen und Patienten und da hat sich gezeigt, ist dieses Therapiebad kein passendes Angebot mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller als Postulant.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bitte Sie, das Budgetpostulat zu überweisen. Das Schwimmbad im UAFP wurde ja tatsächlich vor nur ganz wenigen Jahren eingebaut und es diente seither als eine wesentliche Einrichtung für die Gesundheitsversorgung, es erfüllte Aufgaben, die sowohl medizinisch damals als auch gesellschaftlich von hoher Bedeutung sind. Für ältere, kranke und beeinträchtigte Menschen ist die Bewegung im Wasser ein wertvoller Beitrag zu einer besseren Lebensqualität. Davon zeugen auch die zahlreichen Angebote von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie zum Beispiel Pro Senectute. Ein Auszug aus ihrem Angebot zeigt es deutlich, Aqua Fit, Aqua Power, Aqua Gym, Aqua noch viele andere mehr.

Das ist auf dieser Seite des Altersspektrums, aber auch am anderen Ende des Altersspektrums, für die Jungen und Jüngsten ist ein Bad wie dasjenige im UAFP eben sehr wichtig. Kinder lernen hier sicher schwimmen und das ist eine grundlegende Fähigkeit, welche Leben retten kann. Die Mutter-Kind-Schwimmkurse, Eltern-Kind-Schwimmkurse, Kinder-Schwimmkurse, die angeboten werden, zeigen, dass das Angebot geschätzt wird. Die Aufzählung ist natürlich mitnichten nicht abschliessend, es lassen sich noch viele weitere Möglichkeiten vorstellen, denken wir nur gerade an Physiotherapeuten, welche Aquatherapien anbieten könnten. Sinn des Weiterbetriebs des Bades ist es also, nicht diese Therapie der Spitalpatienten weiter zu fördern, sondern das Schwimmen, das Lernen, das Praktizieren, das sich erholen, das Schmerzen lindern weiter zu ermöglichen.

Der Betrieb dieses Bades erfordert Leistungen, welche von aussen nicht sichtbar sind. Bisher wurden diese vom UAFP im «Hintergrund» finanziert, zum Beispiel die Haustechnik, und das UAFP bestätigte mir persönlich im Gegensatz zur Aussage von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass es eben doch sehr interessiert sei an einem Weiterbetrieb dieses Bades und es steht hinter diesem Postulat.

Wie ich ausgeführt habe, besteht ein Bedarf und ein Interesse an einem Bad gerade in einem Quartier, welches mit Schwimmmöglichkeiten für die Jungen und Jüngsten und für die Älteren und Ältesten nicht gesegnet ist. Es muss ein Weg gefunden werden, dieses Bad bestehen zu lassen, bis ein Betriebs- und ein Finanzierungskonzept gefunden ist, um einen langfristigen Betrieb aufrechterhalten zu können und ein solches Konzept kann im 2026 erarbeitet werden. Das wurde mir von mit der Sache vertrauten, wie auch mit der Sache beruflich eng verbundenen kompetenten Personen so bestätigt. Gerade für die älteren und eingeschränkten Personen im Umfeld, in diesem Quartier, im grösseren Umfeld des UAFP ist es wichtig, dass sich solche Möglichkeiten in der Nähe befinden. Denn es ist für sie schwierig, sich durch die halbe Stadt bewegen zu müssen, um ein Schwimmbad zu finden. Und wie gesagt, gerade in Grossbasel West besteht für die Jüngsten und für die Ältesten ein Mangel an solchen Schwimmmöglichkeiten. Und in einer Gegend, in welcher ein solcher Mangel besteht, eine existierende Möglichkeit abzubauen, das ist, wie auch schon gesagt worden ist, nicht sinnvoll.

Der beantragte Betrag geht über das Angebot von Therapiemöglichkeiten hinaus in Richtung einer gesamtheitlichen Gesundheitsversorgung, eine Massnahme zur Prävention von Unfällen, ein Beitrag zur Lebensqualität von älteren Menschen, ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, alles in allem und gesamtheitlich betrachtet, ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Ich bitte Sie deshalb eindringlich, dieses Budgetpostulat zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 20 Nein, 15 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008171, 21.01.26 10:18:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 63 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 15 Enthaltungen. Die Budgetpostulate sind erledigt.

34. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser

[21.01.26 10:19:01, 25.5492.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

35. Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!

[21.01.26 10:20:00, 25.5493.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Leoni Bolz hat das Wort.

Leoni Bolz (SP): Ich möchte gerne bestreiten. Ich kann verstehen, dass es für gewisse Menschen von Vorteil ist, wenn die Flugschule nicht geschlossen wird, Jobs erhalten werden und es ist ganz praktisch, wenn man diese Flugausbildung vor der Türe machen kann. Ob man die Freizeitaviatik unterstützen möchte, ist dann aber eine andere Frage und eigentlich geht es um dies in diesem Vorstoss.

Was ich nicht so goutiere, ist, dass im Vorstoss den Anschein erweckt wird, dass EasyJet auf die Ausbildung von Linienpiloten durch diese Flugschule angewiesen ist, denn dies ist schlichtweg nicht zutreffend. EasyJet bildet in einem grossen Trainingsprogramm Piloten aus, 200 Piloten jährlich in Gatwick, Milano, Brüssel und Flugpraxis kriegen sie dann in den USA und in Gatwick, etc. arbeiten sie mit den neusten Flugsimulatoren. Wie im Vorstoss auch zu sehen ist, verfügt die Flugschule nicht über diese Flugsimulatoren und die Ausbildung geht dort etwa drei oder mehr Jahre, während EasyJet in eineinhalb bis zwei Jahren 200 Piloten ausbildet. Ich denke also nicht, dass man sagen kann, dass diese Handvoll Piloten, die dann da ausgebildet werden, von Relevanz sind für den Betrieb von EasyJet. Entweder steht man also dazu, dass man die Freizeitaviatik fördern möchte, oder man lässt es vielleicht bleiben.

Die SP möchte diese Förderung nicht und es besteht auch keine Gefahr, dass dieser Platz genutzt wird dann für eine neue Piste oder Docks, weil der EAP keine Wachstumsstrategie hat. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantrage Ihnen in Stellvertretung von Regierungsrat Kaspar Sutter und im Namen des Regierungsrats, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Entscheid, den dauerhaften stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik am EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg einzustellen, beruht auf betriebswirtschaftlichen und planerischen Überlegungen. Aufgrund der knappen Platzverhältnisse am Boden sowie der fehlenden Wirtschaftlichkeit ist dieser Entscheid sachlich begründet und steht im Einklang mit den Vorgaben des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt (SIL). Gemäss SIL sind die verfügbaren Kapazitäten am EuroAirport prioritär für den Linien- und Charterverkehr vorgesehen. Die entsprechenden Auflagen des Bundes sind erfüllt, da der Flughafen innerhalb der vorhandenen Kapazitäten weiterhin auch anderen Verkehrsarten offensteht.

Wichtig ist festzuhalten, dass Leichtflugzeuge auch künftig am EuroAirport starten und landen dürfen. Nicht mehr möglich ist einzig das permanente Abstellen solcher Flugzeuge. Ausbildungs- und Trainingsflüge können somit weiterhin innerhalb der verfügbaren Kapazitäten stattfinden. Die für die Ausbildung relevanten Trainingsbedingungen an einem internationalen Flughafen bleiben damit gewährleistet. Die Schliessung der stationären Flugschule am EuroAirport gefährdet die Ausbildung von Pilotinnen und Piloten nicht.

Ein zentraler Anbieter der kommerziellen Pilotenausbildung in der Schweiz ist Horizon, ein Unternehmen der Helvetic Airways Group, das insbesondere auch Pilotinnen und Piloten für EasyJet ausbildet. Die Grundausbildung wird dabei regelmässig an kleinen Flugschulen ausgelagert. Neben der Flugschule Basel bestehen in der Schweiz zahlreiche weitere Ausbildungsstandorte, unter anderem in Grenchen und im Fricktal. Aufgrund dieser Vielzahl an Ausbildungsstätten ist der Pilotinnen- und Pilotennachwuchs nicht gefährdet. Zudem ist die Anzahl der von der Flugschule Basel ausgebildeten Pilotinnen und Piloten für EasyJet, der wichtigsten Airlines am EuroAirport, gering. Auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) teilt die Einschätzung, dass der Nachwuchs an Pilotinnen und Piloten nicht gefährdet ist. Der EuroAirport steht für Ausbildungszwecke weiterhin zur Verfügung. Ob und in welchem Umfang lokale Infrastruktur für den Schulungsbetrieb bereitgestellt wird, liegt im Ermessen des Flughafens.

Die Motion thematisiert zudem den Aufbau oder Betrieb von Ausbildungssimulatoren. Der Regierungsrat hält fest, dass die Pilotenausbildung in der Schweiz heute weitgehend privatwirtschaftlich organisiert ist. Der Betrieb von Flugschulen gehört weder zu den staatlichen Aufgaben noch zum Service Public. Flugsimulatoren sind mit sehr hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden und müssen in der Regel rund um die Uhr ausgelastet werden. Entsprechend konzentrieren sich solche Anlagen auf wenige grosse Ausbildungszentren. Am EuroAirport bestehen zwar Simulatorenstandorte, diese sind jedoch seit Jahren ungenutzt. Die Initiative für ein allfälliges Ausbildungs- und Kompetenzzentrum müsste aus der Privatwirtschaft kommen. Ob hierfür ein Bedarf besteht, ist fraglich, zumal sich in Zürich bereits ein entsprechendes Zentrum befindet.

Zusammenfassend hält der Regierungsrat fest, dass die Pilotenausbildung weiterhin möglich ist, dass der Nachwuchs nicht gefährdet ist und dass weder planerische noch staatspolitische Gründe bestehen, am EuroAirport einen stationären Betrieb der Leicht- und Freizeitaviatik oder eine Flugschule vorzuschreiben. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben es vielleicht gesehen, unsere Fraktion hat ein Offen bei der Frage und ich kann glücklicherweise schon etwas auf die Argumente der Vorsprechenden hinweisen zum Pro und Kontra bezüglich dieser Motion. Allgemein ist für unsere Fraktion die Sachlage so, dass Vorstösse betreffend den EAP sowieso besser geeignet sind, ein Flugzeug zu falten und sie ins Altpapier zu landen, als da die meisten sowieso eigentlich keine Wirkung haben. Das hat auch einen etwas institutionellen Grund. Es handelt sich beim EAP um einen Verwaltungsrat. Ein Verwaltungsrat ist dem Unternehmen verpflichtet und nicht dem Kanton. Natürlich hat man ein Gewissen, kann man etwas mitreden, aber am Schluss ist der Unternehmenserfolg entscheidend und jedes Unternehmen muss entsprechend agieren und der Verwaltungsrat muss sich auch da dann daran halten. Da wird sich also sowieso nichts ändern, egal ob wir das jetzt überweisen oder nicht.

Aber im Sinne einer paradoxen Intervention erlauben wir uns doch, Ihnen auch zum Teil zu empfehlen, diese Motion zu überweisen, weil schliesslich die Privatfliegerei dann Platz wegnimmt beim Ausbau irgendwelcher Terminals oder sonstiger Flugaviatik. Wenn wir die Zahlen sehen, ist der EuroAirport heute wieder auf dem Niveau der Vor-Coronazeit und da wir grundsätzlich gegen einen Ausbau der Flugbewegungen sind, möchten wir in diesem Fall ausnahmsweise mal überweisen, vielleicht hilft das ja dabei etwas.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat als Motionär das Schlusswort.

Lorenz Amiet (SVP): Pilot ist ein Beruf, wie viele andere auch. Pilot bedingt eine Ausbildung, wie bei vielen anderen Berufen auch. Und bei den Piloten herrscht in der Schweiz Fachkräftemangel, wie bei vielen anderen Ausbildungen auch. Geschätzte Frau Regierungsrätin, das ist einer der Hauptgründe, warum jede Menge Swiss-Flüge mit Flugzeugen von airBaltic durchgeführt werden, weil wir in der Schweiz zu wenig Piloten haben. EasyJet beschäftigt am Standort Basel, nur am Standort Basel, knapp 200 Linienpilotinnen und -piloten, Tendenz steigend. EasyJet, das ist richtig, führt selbst Flugschulen und bildet Pilotinnen und Piloten aus, hauptsächlich als Fortbildung, teilweise als Grundausbildung. Die Standorte wurden genannt, in England und in Italien, nicht hier an Basel. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass der Verwaltungsrat des EAP den Grundsatzentscheid, auf Leicht- und Kleinfliegerei am EAP zu verzichten, so absolut gefällt hat, dass auch für die Ausbildung von zukünftigen Pilotinnen und Piloten keine Möglichkeit mehr besteht am EuroAirport. Rund 10% der Kleinflugzeuge, die heute am EuroAirport stationiert sind, dienen der Pilotenausbildung.

Das Hauptargument ist jenes des Platzes. Um die Flugausbildung weiterhin zu ermöglichen, braucht es am EuroAirport rund 600 m2 Platz. Setzen Sie das bitte ins Verhältnis mit den 450 Hektaren Platz, die der EuroAirport wirklich hat. Nicht alle von Ihnen sind Architekt oder Raumplaner, deshalb ein Vergleichsbeispiel. Nehmen Sie ein Fussballfeld und der Platz, der da gebraucht wird, ist der Platz, der der Viertelkreis bei der Eckflagge benötigt. Das ist das Verhältnis und jetzt spricht man davon, man hat den Platz nicht. Es ist ein bequemes Argument, es ist kein stichhaltiges Argument und hinter vorgehaltener Hand wird jeder, der am EuroAirport arbeitet, sagen, ja, die 600 m2, die haben wir selbstverständlich schon. Wir sprechen nochmals nur von den Flugzeugen für die Ausbildung, nicht von jenen der Privatpiloten, die heute dort stationiert sind.

Ein anderer Vergleich, der Flughafen Zürich hat rund dreimal so viele Bewegungen wie der Flughafen Basel. Trotzdem ist es in Zürich weiterhin möglich, mit kleinen Privatflugzeugen zu fliegen, die dort stationiert sind, auch mit Flugschulen, eine davon hat vorhin Regierungsrätin Stephanie Eymann genannt mit Horizon. Sie hat auch die Alternative genannt, Grenchen, ja, das stimmt, man könnte natürlich auch nach Grenchen gehen für die Ausbildung. Ich habe vorhin kurz nachgeschaut, ab dem Marktplatz eine Stunde 24 mit dem ÖV oder eine gute Stunde mit dem Auto pro Weg. Natürlich kann man jede Ausbildung irgendwo machen, aber mit diesem Argument müssen Sie Ausbildungen in Basel überhaupt nicht mehr unterstützen. Man kann jede Ausbildung irgendwo sonst machen.

Weniger Piloten, geschätzte Damen und Herren, bedeuten auch nicht weniger Flüge. Dass man das Gefühl hat zum Beispiel, man könnte auf diese Art und Weise den Flugverkehr ab Basel etwas reduzieren und EasyJet ein bisschen die Piloten wegnehmen, das ist klar, das geht nicht. EasyJet wird die Piloten anderswo rekrutieren. Heute rekrutieren sie viele Pilotinnen und Piloten in Basel, in Zukunft würden sie halt mehr von anderswoher rekrutieren, vielleicht von Mailand und von Gatwick, allenfalls auch von Osteuropa, usw. Diese Pilotinnen und Piloten, die ziehen dann bestenfalls in die Region, schlechtestenfalls, und das ist in dieser Industrie Praxis, bleiben sie dort wohnen, wo sie heute wohnen und commuten dann mit dem Flugzeug nach Basel. Es ist selten, dass ich Flüge sinnlos finde, aber diese Flüge, die finde ich wirklich sinnlos. Auf die könnte man verzichten, wenn man die Ausbildung hier macht.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade heute noch Vorstösse behandelt werden, die genau zum Thema Ausbildung sind und die werden praktisch unisono vom ganzen Parlament alle unterstützt. Nur bei dieser Ausbildungsmotion hier fehlt die Unterstützung. Piloten machen einen Beruf wie alle anderen Piloten auch und verdienen eine Ausbildungsmöglichkeit wie alle anderen Berufe auch. Bitte unterstützen Sie in diesem Sinn meine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 46 Nein, 8 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008174, 21.01.26 10:33:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion nicht überweisen mit 46 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

36. Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung

[21.01.26 10:34:03, 25.5508.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Noch einmal Entschuldigung für die Schrecksekunde beim Frauenhausgesetz, ich war da ein wenig übermotiviert, aber bei dieser Motion ist es mir ernst, ich möchte sie bekämpfen. Wenn das nur ein einzelner Vorstoss wäre, dann könnte ich meine Argumentation relativ kurz halten. Einerseits können wir von BastA nicht nachvollziehen, warum dieses Anliegen mit einer verbindlichen Motion verfolgt werden muss, andererseits sehen wir nicht ein, warum eine einzelne Branche hier mit einer Anschubfinanzierung bevorzugt staatlich gefördert werden soll. Da kommen uns x Branchen in den Sinn, bei denen auch ein enormer Bedarf besteht und die gefördert werden müssten, zum Beispiel die Pflege, zum Beispiel die Kinderbetreuung. Aber diese Motion ist ja ein Teil eines ganzen Päcklis an Vorstössen zur Berufsbildung. Einige werden wir bekämpfen, einige auch laufen lassen.

Ich ergreife nun einfach die Gelegenheit, ein paar grundsätzliche Gedanken zu all diesen Vorstössen zu deponieren, die für die BastA-Fraktion wichtig sind. Wir haben stark den Eindruck, dass mit all diesen Vorstössen der mehr oder weniger sanfte Druck auf Kinder und Jugendliche, eine Lehre zu machen, erhöht werden und die Gymnasialquote gesenkt werden soll. Das eigentliche Ziel ist doch aber, dass 95% der jungen Erwachsenen einen Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit haben sollen. Ein Abschluss bedeutet Lehrabschluss, ja, aber er bedeutet auch Matur oder Fachmatur. Wir von BastA sind auch für die Förderung der Berufsbildung, aber dies ist für uns einfach der falsche Weg.

Es muss uns wirklich bewusst sein, dass der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein sehr grosser Schritt ist, gerade für 15- und 16-Jährige. Sie müssen nicht nur ein klares Berufsziel haben, sondern auch den Biss durchzuhalten, auch wenn es schwierig wird. Diesen Biss haben die wenigstens 15-Jährigen. Auch attraktive Werbeveranstaltungen in der Primarschule für Berufsfelder bringen diesen Biss nicht her. Schon nur das Absolvieren einer Schnupperlehre ist für so junge Menschen sehr anspruchsvoll. Sie kommen aus dem geschützten und gewohnten Rahmen der Schule in einen Betrieb und müssen dort im Berufsalltag sich bewähren, was eine enorme Herausforderung bedeutet. Vielleicht brauchen die Jugendlichen einfach mehr Zeit. Da zitiere ich gerne die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm, die ich sehr schätze. Sie sagt nämlich, 25 ist das neue 18. 25 sei zwar ein guter Zeitpunkt, um Daten zu erheben, aber ein schlechter, um Bildungsprozesse zu beenden. Jugendliche brauchen heute einfach länger, um sich für eine berufliche Laufbahn zu entscheiden. Geben wir ihnen doch diese Zeit, indem wir die Brückenangebote stärken, die Hürden für das Gymnasium und die FMS nicht erhöhen und Angebote für Erwachsene bieten.

Wie gesagt, ist der Schritt aus der Schule in eine Lehrstelle ein Wahnsinnsschritt und da gehören auch die Arbeitsbedingungen dazu. Es braucht hier einfach Verbesserungen punkto Arbeitszeit, punkto Ferien, punkto Lohn. Gerade in Branchen, die händeringend nach Lehrlingen suchen, können junge Menschen auch ohne Berufslehre arbeiten, zum Beispiel auf dem Bau, zum Beispiel in der Gastro, und sie verdienen dann deutlich mehr als Lehrlinge. Und wir bestreiten auch dezidiert, dass eine künstliche Senkung der Gymnasialquote dazu führt, dass mehr Jugendliche eine qualifizierte Berufslehre machen. Der Effekt dieser politisch herbeigeführten Senkung der Gymnasialquote ist, dass mehr Menschen in einen Ausbildungsweg gezwungen werden, den sie nicht wählen würden und dass wieder mehr junge Menschen aus eher bildungsfernen Familien den Zugang zum Gymnasium nicht schaffen. Wir von BastA möchten das nicht.

Ich könnte noch sehr viel mehr zu dem Vorstosspaket sagen, doch es geht ja um die vorliegende Motion. Diese bitte ich Sie abzulehnen, weil es keinen Sinn hat, eine einzelne Branche herauszupicken und mit einer kantonalen Anschubfinanzierung zu bevorzugen. Zu den anderen Vorstössen werden allenfalls andere Vertreter*innen von BastA sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als ersten Sprecher habe ich Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Die SP-Fraktion hat die vorliegende Motion intensiv diskutiert und ich werde mich jetzt auch nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern speziell zu dieser Motion und spreche für eine offene Fraktionshaltung. Ein Teil der SP möchte die Motion ein erstes Mal überweisen, ein anderer Teil steht der Motion kritisch gegenüber. Zunächst zum gemeinsamen Nenner.

Die SP steht klar für eine starke Berufsbildung. Lehrstellen sind zentral für Chancengerechtigkeit, soziale Durchlässigkeit und die Sicherung von Fachkräften. Gerade in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt müssen junge Menschen Zugang zu qualitativ guten Ausbildungsplätzen haben, auch in neuen und digitalen Berufsfeldern. Ein Teil der SP-Fraktion unterstützt die Motion, weil er darin eine mögliche Antwort auf reale Herausforderungen sieht. Der ICT-Bereich ist ein für unsere Volkswirtschaft wichtiger Bereich, die Anforderungen an digitale Kompetenzen steigen und Lehrbetriebe stehen unter Druck, Ausbildungsplätze aufrechtzuerhalten. Aus dieser Perspektive ist es legitim zu prüfen, ob gezielt kantonale Massnahmen helfen können, Ausbildungsqualität und Lehrstellenangebot in einem strategisch wichtigen Bereich zu sichern.

Gleichzeitig, und das ist der zweite ebenso gewichtige Teil der Debatte, teilt ein anderer Teil unserer Fraktion die grundsätzliche Kritik, wie sie auch von Heidi Mück, aber auch vom Gewerbeverband Basel-Stadt vorgebracht wird. Der Gewerbeverband weist zu Recht darauf hin, dass die Stärke der Berufsbildung gerade in ihrer Breite liegt. Unsere KMU bilden Fachkräfte in sehr unterschiedlichen Branchen aus, vom Handwerk über Industrie bis zu den Dienstleistungen. Eine staatliche Förderung einzelner Branchen wirft deshalb Fragen der Gleichbehandlung auf. Wenn der Kanton gezielt ICT-Lehrstellen fördert, warum dann nicht auch andere Lehrstellen, Heidi Mück hat ein paar erwähnt, in der Pflege, aber man kann auch den Bau und das Gewerbe anführen, Bereiche, die ebenfalls einen Mangel an Lehrwilligen haben.

Der Gewerbeverband argumentiert zudem ordnungspolitisch. Berufsverbände kennen ihre Branchen am besten, sie sind näher an den Betrieben, kennen die konkreten Bedürfnisse und können passgenaue Massnahmen entwickeln. Der Staat soll hingegen faire und verlässliche Rahmenbedingungen für alle schaffen, nicht einzelne Sektoren herauspicken und damit andere faktisch benachteiligen. Hinzu kommt ein weiterer Punkt, die Arbeitsmarktentwicklung im ICT-Bereich. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Nachfrage nach ICT-Fachkräften schweizweit zurückgeht. Automatisierung und künstliche Intelligenz verändern Tätigkeitsprofile fundamental. Gleichzeitig steigt die Zahl arbeitsloser ICT-Spezialistinnen und Spezialisten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die berechtigte Frage, ob eine zusätzliche staatliche Förderung in genau diesem Bereich derzeit tatsächlich notwendig und zielgerichtet ist. Schliesslich gibt es auch finanzpolitische Vorbehalte, zusätzliche Förderinstrumente belasten den kantonalen Haushalt. Ein Teil der SP-Fraktion fragt sich, ob diese Mittel nicht wirksamer und gerechter eingesetzt werden, wenn sie der Berufsbildung insgesamt zugutekämen. Etwa über branchenübergreifende Instrumente wie einen Berufsbildungsfonds oder ähnliches.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion zeigt, diese Motion berührt interessante Fragen. Neben der Frage der Gleichbehandlung und der Rolle des Staates aus unserer Sicht auch vor allem die Frage der Prioritätensetzung. Abschliessend möchten wir festhalten, die SP-Fraktion nimmt die in der Motion aufgeworfenen Fragen sehr ernst, ebenso aber auch die kritischen Punkte und wir sind deshalb gespannt auf die Antworten des Erziehungsdepartements, sollte, und es sieht ja so aus, diese Motion ein erstes Mal überwiesen werden. Man kann dann auch die kritischen Punkte beurteilen und sehen, inwiefern das wirklich eine gute Idee ist oder eben doch nicht unverhältnismässig und unfair gegenüber anderen Branchen. Das wird dann für die Meinungsbildung abschliessend in unserer Fraktion zentral sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb hat hier lange diskutiert und wird in diesem Anliegen unterschiedlich abstimmen. Einige Gründe sind hier schon genannt worden. Bei uns wird ein Teil der Fraktion die Motion unterstützen, auch aus der Überzeugung, dass in Basel die Berufsbildung für ICT-Fachkräfte gestärkt werden soll. Denn wir als Grüne haben uns schon mehrfach als Partei gezeigt, die sich konsequent für die Unabhängigkeit, Sicherheit und Qualität von digitalen Lösungen einsetzt und deshalb erachtet ein Teil der Fraktion es als folgerichtigen Schritt, hier die Kompetenzen der zukünftigen ICT-Fachleute im Kanton zu stärken und deshalb die Motion zu unterstützen. Nicht alle in der Fraktion sind jedoch überzeugt, ob branchenspezifische Förderungen der Berufslehre zielführend sind. Da haben wir auch schon Heidi Mück und Pascal Pfister gehört.

Kritisch möchten wir zusätzlich aber auch noch darauf hinweisen, auf die Forderung einer Partnerschaft mit einer geeigneten bikantonal agierenden Organisation. Wir fragen uns da schon, wie viele solche Organisationen kommen in der Region in Frage, vor allem nachdem der Gewerbeverband das Anliegen in diesem Fall ablehnt, und wir erinnern uns, wer war nochmal der Absender dieser Motion und dieses Berufsbildungspakets? Hier stellt sich also doch die Frage, ob es sein darf, dass man sich über den politischen Weg hier kantonale Aufträge möglicherweise einheimsen zu versucht.

Aus diesen Gründen werden wir zum Teil die Motion ablehnen, zum Teil sie unterstützen, werden aber sicher auch nochmal kritisch diskutieren, wenn es dann zu einer Zweitüberweisung kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wenn wir die Entwicklung in diesem Bereich beobachten, sehen wir, dass wir deutlich mehr qualifizierte Fachkräfte brauchen, aber die Lehrstellen in diesem Bereich sind wenig und die Gründe dafür sind vielfältig. Der administrative Aufwand für die Ausbildung sei zu hoch, es fehlten oft qualifizierte Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und viele Betriebe könnten zudem nicht alle betrieblich geforderten Leistungsziele abdecken.

Deswegen nimmt der Kanton dieses Anliegen ernst. Im Rahmen des Masterplans Berufsbildung sind Massnahmen zur Lehrstellenförderung auch für den ICT-Bereich zu ergreifen. Wir haben die eidgenössische Hochschule für Berufsbildung beauftragt, die Ausgangslage zu analysieren. Dafür sind unter anderem Betriebe gefragt worden. Die Resultate werden wir im Frühjahr bekanntgeben. Auf dieser Grundlage möchten wir Betriebe und Branchenverbände sinnvoll unterstützen, damit sie sich weiter oder neu für die Ausbildung engagieren.

Und übrigens, alles, was die Berufsbildung unterstützt, nehmen wir sehr gerne und prüfen wir und dann berichten wir, was wir noch unternehmen können. Die Zahlen in unserem Kanton sind ja generell bekannt, wie wir mit der Berufsbildungsquote unterwegs sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Motionärin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich bedanke mich für die interessante und angeregte Diskussion. Ich möchte mich jetzt hier nicht zum Vorstosspaket äussern, sondern wirklich ganz spezifisch zu dieser Motion. Wir haben es verschiedentlich gehört, dass es in der Region Basel einen Mangel gibt an Lehrstellen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, abgekürzt ICT. Die verschiedenen Zahlen der Motion belegen, dass in der Region zu wenige ICT-Fachkräfte ausgebildet werden. Dies betrifft nicht nur den ICT-Bereich im engeren Sinn, sondern die regionale Wirtschaft als Ganzes, denn ICT-Dienstleistungen sind aus keiner Branche wegzudenken und mit fortschreitender Digitalisierung werden unsere Firmen immer mehr ICT-Fachkräfte benötigen.

Bei ICT handelt es sich um ein übergreifendes Berufsfeld, also nicht eine einzelne Branche, das in der heutigen Zeit eine zentrale Rolle in nahezu allen Wirtschaftszweigen spielt. Die Förderung des ICT-Sektors ist weit mehr als nur eine Unterstützung einzelner Unternehmen oder Branchen. Sie stellt eine Investition in ein Berufsfeld mit enormer gesellschaftlicher Bedeutung dar, das für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Wirtschaft und Verwaltung unverzichtbar ist. Die Herausforderungen durch technologische Veränderungen wie KI erfordern dabei eine differenzierte Betrachtung sowie flexible Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden und langfristig den Fachkräftebedarf sicherzustellen.

Die Motion fordert deshalb eine zeitlich begrenzte Förderung von ICT-Lehrstellen, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft finanziert und organisiert wird. Durch die Nutzung bestehender Synergien sollen die Lehrstellen im ICT-Bereich in den beiden Basel effizient erhöht werden, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Zusammen mit den Motionären und Motionärinnen freue ich mich, wenn Sie diese Motion dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008176, 21.01.26 10:51:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion überweisen mit 55 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

37. Motion 4 Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen

[21.01.26 10:51:42, 25.5509.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

38. Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers

[21.01.26 10:52:13, 25.5519.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eric Weber bestreitet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Grossrat und Präsident der Liste Ausländer Stopp, Ein-Thema-Partei, und darum muss ich natürlich zu diesem Thema Sans-Papiers reden. Ich habe mir alles durchgelesen, ich habe mir eine Rede geschrieben, ich habe auf diesen Moment gewartet. Ich frage Nicola Goepfert, Erstunterzeichner, ich frage Sie, ich habe wirklich viele Fragen zu dieser Motion. Warum machen Sie das? Warum setzen Sie sich für Ausländer ein, die illegal in unserem Land sind? Was bringt Ihnen das? Haben Sie davon einen Nutzen und wenn ja, welchen? Warum setzen Sie sich für diese Sache ein?

Meine Damen und Herren, ich habe den Text zehnmal durchgelesen und es ist ein Widerspruch im Text dieser Motion. Oben schreiben Sie, diese Leute arbeiten, haben Geld, weiter unten steht aber, sie haben kein Geld. Als Journalist und Grossrat muss ich Ihnen sagen, Herr Goepfert, das ist gar nicht schlüssig geschrieben. Als Chefredakteur würde ich Ihren Text ablehnen und sagen, ungenügend, bitte sofort verbessern, denn ich lese genau. Das ist meine Pflicht.

Ich musste schon schmunzeln, wenn dann steht, die Leute arbeiten. Es steht, die Sans-Papiers haben eine Arbeitsstelle. Sans-Papiers trotz Arbeitsstelle, ja, aber, wenn ich eine Arbeitsstelle habe in Basel, bin ich legal hier anwesend und kann arbeiten und bin nicht jemand, der illegal hier ist, Sans-Papiers ist illegal und gegen das Schweizer Gesetz. Dann muss ich ganz ehrlich sagen, lieber Nicola Goepfert, wenn Sie hier schreiben, die Sans-Papiers arbeiten sogar, dann muss ich sagen, die zahlen aber keine Steuern und weil sie keine Steuern zahlen von 30% haben sie noch einmal 30% mehr Lohn, also muss es diesen Leuten gut gehen. Und ich kann das nicht akzeptieren, dass hier steht, die haben eine Arbeitsstelle, aber sie zahlen keine Steuern. Jeder von uns, der Grossrat ist, muss sein Grossratsgeld versteuern, ausser die 500 Franken Pauschale. Und die Leute, die Sans-Papiers sind, haben sogar noch mehr Geld, weil sie angeblich arbeiten und keine Steuern zahlen.

Wir reden immer, lieber Christoph Hochuli, Sie sind für mich der freundliche Quartierpolizist, was ja auch stimmt, warum unterschreiben Sie das? Und zu meinem Sitznachbar, Thomas Widmer-Huber, wir reden nett auf Instagram, aber Sie haben die Probleme in Riehen nicht, die wir in Kleinbasel haben. Und darum bin ich eigentlich überrascht, dass Sie das unterschrieben haben, weil ich zuerst gedacht habe, das ist nur eine Sache der Linken, aber jetzt sind da auch ein paar bürgerliche Grossräte irgendwie nach links gerutscht und das finde ich nicht okay.

Ich bin nicht für die Überweisung dieser Motion als Präsident der Liste Ausländer Stopp und ich möchte bitten, auch die SVP, meinem Antrag zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch ich möchte Ihnen im Namen der SVP-Fraktion beantragen, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Diese Motion ist politisch völlig falsch. Der Vorstoss fordert, dass der Kanton Basel-Stadt innert zwei Jahren eine dauerhafte finanzielle Grundlage schafft, um Sans-Papiers bei sogenannten zeitlich befristeten Notlagen zu unterstützen. Faktisch bedeutet das also nichts anderes, als der Staat soll Personen ohne Aufenthaltsrecht regelmässig mit Steuergeldern unterstützen. Das ist aus meiner Sicht sehr gefährlich und ich bin auch sehr überrascht, dass der Regierungsrat, der heute einmal mehr mit Abwesenheit glänzt, weil offenbar irgendein internationaler Gast in Davos für Herrn Sutter wichtiger ist, diesen Vorstoss gar entgegennehmen möchte. Das ist auch aus meiner Sicht wirklich rechtlich völlig haltlos, was hier nun der Regierungsrat mit dieser Entgegennahme überhaupt prüfen möchte.

Denn was wir hier diskutieren, ist letztlich eine Untergrabung von Recht und Ordnung. Sans-Papiers, man muss es so deutlich sagen, illegale Personen als Definition haben aus guten Gründen keinen Anspruch auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. Genau das ist die Konsequenz eines rechtsstaatlichen Migrationssystems. Und diese Motion von Herrn Goepfert, der ja bis vor kurzem auch Präsident dieser Anlaufstelle war und nun offenbar auf politischem Wege weiter für diese Stelle arbeitet, versucht, dieses System nun durch die Hintertür auszuhebeln. Sie schafft faktische Sozialleistungen ohne Rechtsanspruch, sie normalisiert illegale Erwerbstätigkeit und sie schwächt die Glaubwürdigkeit von Ausländer- und Asylrecht. Das ist integrationspolitisch falsch und rechtsstaatlich höchst fragwürdig.

Die Motion spricht von Notlagen, gleichzeitig hält sie selbst fest, dass ein grosser Teil der Sans-Papiers seit vielen Jahren hier lebt, viele dauerhaft arbeiten, Kinder hier zur Schule gehen und der Lebensmittelpunkt klar in der Schweiz liegt. Das sind deshalb auch keine zeitlich befristeten Ausnahmesituationen, das ist ein illegaler Daueraufenthalt, der mit dieser Motion faktisch weiter akzeptiert und finanziell abgesichert werden soll. Wer jahrelang ohne Aufenthaltsrecht hier lebt, befindet sich nicht in einer vorübergehenden Notlage, sondern in einem rechtswidrigen Zustand, den der Staat nicht noch belohnen darf.

Und noch gravierender ist die Signalwirkung über den Kanton Basel-Stadt hinaus. Ein offiziell alimentierter Sans-Papiers-Fonds sendet eine klare Botschaft. Wer ohne Aufenthaltsrecht kommt oder bleibt, wird aufgefangen, wird sogar noch dafür belohnt, dass er sich in der Illegalität befinden will. Gerade in einer Zeit hoher Migration und überlasteter Systeme ist das verantwortungslos. Basel-Stadt würde sich einmal mehr als Magnetkanton positionieren mit all den anderen weiteren bekannten Folgen für die Sicherheit, die Sozialwerke, den Wohnungsmarkt und unsere Finanzen. Ja, es gibt Härtefälle, ja, niemand will Elend oder Kriegsgefährdung, dafür gibt es aber ein gut funktionierendes Migrationssystem in der Schweiz. Es gibt bereits heute diese Möglichkeiten, sich in der Schweiz als Asylmigrant ordentlich zu registrieren, es gibt ein Asylverfahren, wer die Bedingungen gemäss unseren schweizerischen Gesetzen erfüllt, kann hier bleiben, wer diese Bedingungen nicht erfüllt, muss zurückgehen. Nur das ist ein humanes und gerechtes Asylsystem und daran sollten wir arbeiten und ich bin auch tatsächlich etwas überrascht, dass nun sogar schon Mitarbeitende unserer Polizei immerhin auch eine Behörde, die Recht und Ordnung durchsetzen muss, solche illegalen Bestrebungen quasi noch unterstützen möchte.

Humanität rechtfertigt keine dauerhafte Legalisierung durch Alimentierung. Ohne Ordnung verliert Humanität, verliert unser Asylsystem die Glaubwürdigkeit. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Joël Thüring hat eigentlich schon relativ vieles gesagt, was ich auch noch gesagt hätte. Diese Motion ist grundsätzlich eigentlich gut gemeint, aber ordnungspolitisch problematisch. Sie verlangt staatlich finanzierte Leistungen für Personen, die sich ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in unserem Kanton bzw. in unserem Land aufhalten. Damit wird ein Grundprinzip des liberalen Rechtsstaates untergraben, denn Rechte und Leistungen setzen einen legalen Status voraus. Zudem schafft dieser Vorstoss Fehlanreize und verlagert migrationspolitische Probleme in die Sozialpolitik. Anstatt konsequent gegen Schwarzarbeit und gar ausbeuterische Arbeitgeber vorzugehen, sollen hier die Risiken eines oftmals sogar illegalen Arbeitsmarktes abgefedert werden. Dies, werte Kolleginnen und Kollegen, darf aber nicht eine Staatsaufgabe sein. Besonders kritisch ist zudem, dass Kriterien und Auszahlungen ausserhalb klarer gesetzlicher Grundlagen zwischen dem Staat bzw. dem Kanton und einer privaten Stelle vereinbart werden sollen. Das schwächt Transparenz, parlamentarische Kontrolle und auch Gleichbehandlung. Schliesslich wird hier trotz einer sogenannten temporären Überbrückung faktisch eine neue Sozialleistung geschaffen und dies ohne Lösung des Grundproblems. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion FDP diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Es ist wirklich eine Verständnisfrage, weil ich das zum zweiten Mal jetzt höre. Woher nehmen Sie die Behauptung, dass man einen legalen Aufenthalt haben muss, um vom physischen Verderben bewahrt zu werden? Ich lese die Verfassung sowohl vom Kanton als auch vom Bund anders.

Christian C. Moesch (FDP): Steht das in der Verfassung? Das habe ich so nirgends gelesen, aber vielleicht können wir darüber nachher noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat auch eine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Sie sagen, diese Motion löse das Grundproblem nicht. Was ist das Grundproblem und wie soll es gelöst werden?

Christian C. Moesch (FDP): Das Grundproblem ist ja, welcher Status diese Leute hier überhaupt haben und ich denke, grundsätzlich muss man daran arbeiten, dass die einen legalen Status bekommen einerseits und andererseits natürlich, dass wenn sie arbeiten, dies natürlich auch richtig entlöhnt wird und nicht so, wie das offensichtlich anderweitig auch passiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Im Kanton Basel-Stadt leben mehrere tausend Sans-Papiers, die mehrheitlich seit Jahren hier wohnen, arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt hier bei uns in der Gesellschaft haben. Sie sind vor allem in privaten Haushalten, in der Gastro oder auf dem Bau tätig und übernehmen dort unverzichtbare Arbeit, davon profitieren wir alle, dies häufig unter prekären Bedingungen. Trotz ihrer Erwerbstätigkeit und oftmals langjähriger Integration haben diese Personen aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Ich möchte hier gerne einwenden, dass diese Grundrechte auch für diese Personen existieren, auch wenn sie keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Diese gelten für alle Menschen.

Bereits kurze Einkommensausfälle infolge von Krankheit, Unfall oder einer Schwangerschaft oder eines Arbeitsverlustes können sie deshalb in existenzielle Notlagen bringen. Diese Situation ist nicht per se selbst verschuldet, sondern auch strukturell bedingt und betrifft auch Kinder. Der Stress, dem Sans-Papiers ausgesetzt sind, ist ohnehin sehr gross. In einer Notlage multipliziert sich dieser, denn eine finanzielle Absicherung gibt es für diese Person eben nicht. In Anbetracht der vielen unverzichtbaren Arbeit, die Sans-Papiers erbringen, ist eine befristete Überbrückungshilfe eine sinnvolle und auch menschliche Investition.

Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch während der Covid-19-Pandemie, haben gezeigt, dass zeitlich befristete Überbrückungsbeiträge wirksam sind, um akute Not zu lindern und gravierende Folgekosten, etwa durch medizinische Unterversorgung oder Obdachlosigkeit, zu verhindern. Gleichzeitig ist der Bedarf weiterhin vorhanden, während die bisherigen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, ungenügend sind und die Ansätze, die dort im Moment ausbezahlt werden können, liegen zudem sehr deutlich unter Beiträgen beispielsweise der Nothilfe.

Die Motion verlangt keine umfassende Systemänderung, sondern einen pragmatisch und klar begrenzten Ansatz, eine verlässliche Grundlage nämlich für Überbrückungshilfen in ausgewiesenen Notlagen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion zu überweisen und so Hand zu bieten für eine pragmatische Unterstützung für Personen, die sich hier in unserer Gesellschaft befinden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich spreche mich im Namen der LDP gegen die Motion aus, die fordert, Überbrückungsbeiträge für Sans-Papiers in finanziellen Nöten bereitzustellen. Die Forderung mag aus humanitären Überlegungen sehr gut

nachvollziehbar erscheinen, doch sie widerspricht grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Marktökonomie und sozialer Gerechtigkeit, die wir als LDP hochhalten.

Erstens stellt die vorgeschlagene Unterstützung für Sans-Papiers eine Aushöhlung der bundesrechtlichen Migrationspolitik dar. Die Zuständigkeit für Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen liegt beim Bund und der Kanton darf diese nicht durch eigenständige Massnahmen umgehen. Eine kantonale Lösung würde nicht nur gegen das föderale Prinzip verstossen, sondern auch die Kohärenz der nationalen Migrationspolitik gefährden. Zweitens können solche Hilfsmassnahmen negative Anreize schaffen. Statt die Menschen zur Legalisierung des Aufenthaltes und zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt zu ermutigen, würden wir eine Parallelwirtschaft fördern, in der die Betroffenen weiterhin in einem rechtlichen Graubereich verbleiben würden. Drittens kann die Einführung von Überbrückungsbeiträgen auf lange Sicht die Belastung unseres Sozialsystems erhöhen, ohne dass ein klarer Integrationsweg geschaffen wird. Der Fokus sollte auf Lösungen liegen, die Sans-Papiers helfen, ihren rechtlichen Status zu klären und den Weg zur Integration zu finden, nicht auf temporären finanziellen Hilfen, die Probleme nur verschlechtern und nicht lösen.

Ich appelliere daher an alle, eine nachhaltige Lösung zu unterstützen, die in enger Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden entwickelt wird, um den rechtlichen Status der Sans-Papiers zu regeln und eine echte Integration zu ermöglichen. Vielen Dank für die Nichtüberweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch kurz zu meinen Vorrednern. Man muss das mal ein bisschen alles einordnen und ein bisschen darüber nachdenken. Ein grosses Dankeschön an meinen Vorredner Joël Thüring, dass Sie gesagt haben, die Sache ist haltlos, dass das illegal ist und dass wir das nicht annehmen dürfen. Und Sie haben gesagt, Anlaufstellen durch Hintertüren und der Kanton Basel-Stadt darf nicht zum Magnet von Illegalität werden wegen der Sicherheit. Sie sind auch überrascht, dass ein Polizist unterschrieben hat. Sie wissen, ich rede mit allen, ich habe jetzt auch mit Christoph Hochuli, Quartierpolizist in Grossbasel, gesprochen. Wir haben uns zu dieser Sache unterhalten und er sagt, die Sans-Papiers sind teilweise besser integriert als die, die eine Bewilligung haben. Dann habe ich den Mitunterzeichner gefragt, warum machen sie denn keine Bewilligung. Er hat gesagt, weil sie Angst haben, dass sie die Bewilligung nicht bekommen. Ich habe zuerst gedacht, dass die Unterschrift vielleicht hineingerutscht ist von Ihnen, aber gut, Sie haben es mir jetzt begründet, die Unterschrift ist echt. Wir wären dankbar, wenn Sie nicht mehr solche Sachen unterschreiben. Olivier Battaglia aus Riehen, unser höchstgelegener Grossrat, hat gesagt…

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Er hat gesagt, er bittet auch darum, das nicht zu überweisen und ich bitte auch noch einmal darum, das nicht zu überweisen. Ich habe das vergessen, aber Joël Thüring hat gesagt, dass der Erstunterzeichner Nicola Goepfert irgendwie der Verwaltungsratspräsident von dieser Gruppierung ist, Sans-Papiers von diesem Büro und macht das beruflich, also geht es hier um Eigeninteressen. Und da muss ich natürlich schon sagen, wenn es um Eigeninteressen geht, dass man sich dann vielleicht enthalten könnte und nicht hier eine Motion macht. Sie haben mich auch schon persönlich angesprochen wegen anderen Grossräten, darum spreche ich Sie auch an, geht es hier, und ich möchte, dass Sie das auch beantworten, um Eigeninteressen, ganz klar gesagt, um den eigenen Geldbeutel?

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Es gehört zu den grundlegendsten, das dachte ich zumindest, bis ich heute einige Voten gehört habe, unbestrittenen Aufgaben des Staates, die Menschen auf seinem Gebiet bei finanziellen und persönlichen Notlagen zu unterstützen. Dass das nicht nur als falsch, sondern sogar gefährlich und widerrechtlich dargestellt wird, schockiert mich, um ehrlich zu sein, ein bisschen. Woher dieses Rechtsverständnis stammt, ist mir schleierhaft. Ich habe mir die Aufgabe gemacht, kurz nachzuschauen, ob ich da vielleicht ein bisschen einseitig bin, habe zu Artikel 12 BV die Kommentare konsultiert und habe gesehen, diese Meinung vertritt zumindest Stand heute niemand. Dass das auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein muss, hat das Bundesgericht in den letzten 100 Jahren durchgehend immer wieder ganz klar betont und das haben wir deswegen auch in die, wir nennen sie heute noch die neue Bundesverfassung von 1999 überführt.

Bei Sans-Papiers, geschätzte Ratskolleg*innen, handelt es sich um diverse Menschen mitten in unserer Gesellschaft. Sie sitzen vielleicht neben Ihnen im Tram, sie stehen mit Ihnen bei der Coop oder der Migros-Kasse an, sie fiebern mit Ihnen

zusammen mit dem FCB mit und sie arbeiten im gleichen Gebäude wie Sie. Dass sie nicht nur ein Teil unserer Gesellschaft sind, sondern auch ein tragender und wichtiger Teil des Systems, das unsere Gesellschaft am Laufen hält, ist allein den Zahlen zu entnehmen, die Sie auch in der Motion sehen. Solche Personen, und das ist kein Widerspruch, können, selbst wenn sie arbeitstätig sind, denken wir an Arbeitsstellenverluste, an einbrechende Auftragszahlen, in temporäre Notlagen gelangen, wo eine Überbrückungshilfe notwendig ist. Sie können den Zahlen im Motionstext auch entnehmen, es geht hier nicht einfach darum, dass man Sozialhilfe an alle Personen ausbezahlt, die sich kurzfristig oder illegal in der Schweiz aufhalten. Es geht um minimalste Überbrückungshilfe für kurzfristige Notlagen, so dass zum Beispiel nicht massive Krankenkassenschulden entstehen oder direkt ein Wohnungsverlust droht.

Dieser Zugang zu Notfallüberbrückungshilfe ist sodann, und auch hier dachte ich, um ehrlich zu sein, das sei unbestritten, sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung als auch auf den gesunden Menschenverstand, dass man das ohne Vorzeigen eines Passes oder einer Aufenthaltsbewilligung erhalten muss. Es geht nicht darum, das ist mir wichtig zu betonen, dass wir heute hier irgendeine neue Leistung einführen wollen. Es geht darum, dass wir Hürden für eine verfassungsmässige Pflicht nicht unnötig künstlich hochhalten. Es geht um nichts anderes. Es geht darum, dass wir als Kanton umsetzen, zu was wir rechtlich verpflichtet sind, nicht zu etwas, das angeblich widerrechtlich oder gefährlich sein soll.

Ich möchte noch zu diesem Anreizargument kommen. Ich glaube, hier hat man nicht verstanden, worum es in dieser Motion geht und in welcher Lebenslage diese Personen sind. Wenn Sie wirklich glauben, dass eine Person aufhört, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu kümmern, weil sie, wenn sie in Notlagen gerät, 2,65 Franken bis 4,40 Franken pro Tag erhält, für wirklich das absolute Minimum, um überleben zu können, dass diese Person dann den Anreiz verliert, sich um einen regularisierten Aufenthalt zu bemühen, dann haben Sie wirklich nicht verstanden, worum es hier und in den Lebenslagen dieser Personen allgemein geht. Lassen Sie uns also unsere verfassungsmässige Pflicht umsetzen und diese Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring mit einer Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Könnten Sie mir vielleicht noch Ihre Interessenbindung bekanntgeben und erklären, wieso Sie als Vorstandsmitglied dieses Vereins einen Vorstoss unterschreiben, der diesem Verein Gelder zusprechen soll?

Daniel Gmür (SP): Gerne, das verstehen nicht alle Menschen, ich mache das freiwillig, ich kriege keine Entschädigung dafür. Es geht darum, die Leistungen für diese Personen über diesen Verein auszubezahlen, nicht einfach diesem Verein Geld zu geben. Ich bin Vorstandsmitglied von der Sans-Papiers-Anlaufstelle, um ihre erste Frage auch noch zu beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nicola Goepfert als Motionär.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank, ein Dankeschön an den abwesenden Regierungsrat, nein, Stephanie Eymann ist hier, dass Sie auf die Motion eintreten möchten. Speziellen Dank auch an die Fraktionen, die die Motion unterstützen, speziell an die EVP, welche die grosse Unterstützung darin zeigt, indem die Motion von allen Grossratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde. Vielen Dank auch an die Vorredner*innen, die die Motion unterstützt haben.

Sehr vieles wurde schon gesagt, ich möchte nicht alles nochmals aufnehmen, aber auch ein kleines Dankeschön zumindest zum Teil an die Vorredner*innen, die diese Motion eigentlich ablehnen. So hat Christian Moesch zum Beispiel gesagt, dass wir gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz vorgehen müssen. Sehr gerne können wir einen Vorstoss dazu machen, damit Sans-Papiers auch Zugang zur Justiz bekommen und so die Ausbeutung am Arbeitsplatz bekämpfen können. Auch an FDP und LDP, die sagen, ja, wir müssen die Sans-Papiers regularisieren. Es wurde schon eine Motion eingereicht, die diese Regularisierung von Sans-Papiers fördern möchte. Ich freue mich dann auf die Unterstützung von Ihnen für diese Motion.

Um was geht es. Es wurde schon gesagt von Lea Wirz, es gibt viele Situationen, welche Sans-Papiers unerwartet in Not bringen können und mit dieser Motion können wir eine zeitlich befristete Hilfe für diese Menschen in Not, welche keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben, schaffen. Denn diese Motion anerkennt ein Stück weit auch die widersprüchlichen Interessen des Staates, wie Joël Thüring es gesagt hat, einerseits Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus auszuschaffen, wenn es sein muss, so fest ich das selbst ablehne, aber andererseits, wie es Daniel Gmür sehr zutreffend gesagt hat, das Recht auf Hilfe in Notlagen, das eben jeder Person zusteht, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Es ist nicht so, dass wir da etwas völlig Neues schaffen, es geht um den Zugang zu einem Recht. Da hat der Kanton auch schon

Erfahrung aus der Corona-Zeit, dort wurde die Notwendigkeit einer direkten Hilfe an Sans-Papiers durch die Regierung anerkannt und darauf soll aufgebaut werden, denn sie zeigte, dass die Hilfe wirkungsvoll und notwendig ist.

Die Motion möchte, anders wie es Joël Thüring impliziert, nicht, dass die Institution Anlaufstelle finanziert wird, sondern dass direkt Hilfe an die betroffenen Personen fliesst. Hier vielleicht noch kurz, ich bin nicht mehr Vorstandsmitglied der Anlaufstelle, ich war das, aber natürlich bleibt mir das Anliegen immer noch sehr wichtig. Ich war auch selbst freiwillig engagiert, habe dort kein Geld verdient, einfach so zur Transparenz. Es gibt tatsächlich Menschen in diesem Kanton, die Ämter ausüben, die nicht bezahlt sind, einfach weil man sie wichtig findet und die Anliegen unterstützt. Es gab auch schon Vorlagen, wo Personen sogar direkt angestellt wurden, die davon betroffen wären, Stichwort Standortfördergesetz, und dort wurde ja auch kein Problem gesehen.

Zum Fazit: Es geht also darum, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen kann, trotz möglichem Interessenkonflikt. Es geht darum, dass Menschen, welche Teil unserer Gesellschaft sind, mitten in unserer Gesellschaft leben, Zugang erhalten zu einer zeitlich befristeten Überbrückungshilfe in Notlage. Diese Motion normalisiert nichts, sie ändert auch nichts am Aufenthaltsstatus, sie bietet lediglich eine kleine Hilfe in schwierigen und schlimmen Situationen, von denen Menschen betroffen sind in unserem Kanton. Ich danke allen, welche die vorliegende Motion unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008179, 21.01.26 11:23:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung ausgesprochen mit 62 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

39. Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel

[21.01.26 11:23:57, 25.5494.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heute also die MCH Group bzw. die Art Basel, Klappe, die Dritte. Im Gegensatz zu den bisherigen Vorstössen zur MCH Group scheint dieser Anzug nun überwiesen zu werden, Widerstand kommt nur von unseren Reihen. Vielleicht wird der Vorstoss einfach auch nur laufen gelassen, damit es so aussieht, dass das Parlament nicht untätig ist und ein Zeichen für die Art Basel aussendet. Aber alle eigentlich wissen, dass aus diesem Anzug nicht wirklich Wirkung entstehen wird, keine Wirkung entstehen kann.

Wir von BastA lehnen diesen Anzug ab, wir erachten diesen Vorstoss als nicht notwendig und als reine Kosmetik. Die vergangenen Debatten zum Ausstieg aus der MCH Group bzw. zur Übernahme der Aktienmehrheit hier in diesem Saale haben das Dilemma eigentlich klar aufgezeigt. Aber es ist wahrscheinlich so, die Art Basel scheint eine Art heilige Kuh für die Basler Politik zu sein, egal, was es uns kostet, egal, welche Nebengeräusche die MCH Group produziert, egal, welches

Kapital mit dem internationalen Kunsthandel weiss gewaschen wird und auch egal, welche Ökobilanz eine internationale Kunstmesse nach sich zieht. Wir tun alles, um die Art Basel in ihrem jetzigen Format zu erhalten und hoffen, dass uns dabei die MCH Group erhört.

Dies können wir so nicht unterstützen. Es ist nicht so, dass wir grundsätzlich die Messe Art Basel ablehnen, aber wir müssen hier eine andere Debatte führen. Es geht entweder um eine sinnvolle Transformation der MCH Group in eine andere Rechtsform oder halt dann wirklich Szenarien des Ausstiegs zu skizzieren. Falls uns die Art Basel wirklich so wichtig ist, müssten wir ehrlicherweise mal halt über die zukünftige Rechtsform der Messe Schweiz debattieren, um unseren kantonalen Einfluss wieder zu stärken.

Weshalb bestreiten wir diesen harmlosen Anzug und lassen ihn nicht einfach laufen? Weil wir finden, dass das eine Scheindebatte ist und dies eigentlich nicht notwendig ist. Der Anzug fordert nämlich insgesamt sieben Punkte, eigentlich immer dasselbe, einfach ein wenig anders geschrieben. Der Anzug will, dass der Regierungsrat mit seiner Vertretung im Verwaltungsrat der MCH Group darauf hinwirken soll, dass die Art Basel nicht abwandert, der Standort Basel nicht durch eine neue eigene Art Basel-Formaten an anderen Standorten auf der Welt weiter geschwächt wird und das private Messegeschäft wieder angekurbelt wird. Kurz, es soll einfach alles bitte beim Alten bleiben, so wie es ist.

Wir fragen uns, weshalb hat der Regierungsrat und seine Vertretung dies bis anhin nicht gemacht? Es müsste ja eigentlich logisch sein, dass der Regierungsrat und seine Vertretung im Verwaltungsrat sich per Mandat für die Art Basel in Basel einsetzt. Also warum scheint es so, dass er dies nicht macht bzw. nicht gut genug? Wir haben es Ihnen vor zwei Monaten schon gesagt und ich sage es Ihnen heute nochmals, weil die regierungsrätliche Vertretung es im Rahmen eines internationalen börsenkotierten Unternehmens einfach gar nicht kann. So simpel ist dies. Der VR der MCH Group ist einzig und allein dem Unternehmen verpflichtet und auch die Vertretenden des Regierungsrats im VR sind schlussendlich demselben Ziel unterstellt. Auch wenn wir dies bedauern und auch ich finde, dass durchaus mehr Kritik zum Ausdruck gebracht werden könnte durch den Regierungsrat, innerhalb des Verwaltungsrats können Sie gar nicht gegen die Interessen der MCH Group stimmen. Dass dem so ist, zeigte sich ja eindrücklich beim Entscheid betreffend der Art Basel in Katar und in der Debatte um Ausstieg bzw. Aktienmehrheit hier im Grossen Rat.

Deswegen bestreiten wir als BastA diesen Anzug und werden ihn nicht überweisen. Wir sind aber gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam grundsätzlich den Messestandort Basel zu beraten und zu prüfen, wie wir die Messe Basel in einer anderen Organisationsform und mit einer anderen Ausrichtung vielleicht auch neu aufstellen können. Vielleicht wäre dies ja um einiges wirkungsvoller, damit die Art Basel langfristig, vielleicht ist es dann ein wenig anders, in Basel gesichert werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir von der SP-Fraktion glauben im Gegenteil meines Vorredners eben an eine Wirkung dieses Vorstosses. Warum? Der Vorstoss wird klar getragen von vielen aus diesem Hause, von vielen Grossrätinnen und Grossräten und der nächste für mich sehr wichtige Punkt, die Abstimmung zur Aktienmehrheit, also ob der Staat die Aktienmehrheit erwerben soll oder es versuchen soll oder nicht, wurde hier drin diskutiert und wurde nur sehr knapp abgelehnt. Das heisst, eine Strategie ist gewollt. Wir brauchen nicht nur eine Strategie, sondern der Wille zu einer klaren Strategie ist auch, so denke ich doch, gegeben und deshalb glauben wir auch, dass der Anzug hier die Regierung klar auffordert, diesen Auftrag auch ernst zu nehmen und uns zu gegebener Zeit, und mit gegebener Zeit hoffe ich, dass das sehr bald schon sein wird, auch einen Vorschlag unterbreiten wird.

Inhaltlich, es ist schon Klappe, die Dritte, wurde viel dazu gesprochen. Wir hoffen, dass nicht nur von der Regierung der Auftrag jetzt klar ist, sondern auch von der MCH Group, dass sie eben nicht einfach machen können, was sie wollen und die Wirtschaft über die Menschen stellen, sondern dass klar ist, die Menschlichkeit muss immer die erste Frage sein. Die Werte, ich spreche selbstverständlich die sozialdemokratischen Werte an, aber auch die Menschenrechtskonventionen zum Beispiel, die müssen immer in erster Linie gelten und dann können wir über die Wirtschaft sprechen. Und deshalb, weil das für uns wirklich nicht einfach wichtig, sondern ein Standard sein muss, sagen wir zu diesem Vorstoss Ja.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Anzugsteller Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die Art Basel ist weit mehr als eine Kunstmesse. Sie ist eines der wichtigsten internationalen Aushängeschilder unseres Standorts, wirtschaftlich, kulturell und repetitiv. Sie bringt Sichtbarkeit, Gäste, Medienaufmerksamkeit und Wertschöpfung nach Basel. und prägt das internationale Bild unserer Stadt wie kaum ein anderes Ereignis. Gerade weil die Art Basel so erfolgreich ist, steht sie heute aber auch in einem intensiven globalen Wettbewerb. Die internationale Expansion ist unternehmerisch nachvollziehbar. Gleichzeitig zeigen Marktbeobachtungen und

Medienberichte, dass sich Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Sammlerströme verschieben können und genau hier setzt dieser Anzug an. Es geht nicht darum, Internationalisierung in Frage zu stellen. Es geht nicht darum, operative Entscheide der MCH Group zu kommentieren. Und es geht nicht um kulturpolitische Symbolik. Es geht um eine nüchterne, legitime Frage der Standortpolitik. Wie stellen wir sicher, dass Basel auch langfristig das Herz der Art Basel bleibt?

Basel verfügt über echte Standortvorteile, die nicht beliebig kopierbar sind. Ein zentrales Beispiel ist die Messeinfrastruktur. Formate wie Art Basel Unlimited sind in dieser Grössenordnung nur hier möglich. Diese Kombination aus Infrastruktur, Geschichte und internationaler Glaubwürdigkeit ist ein strategischer Asset und genau deshalb nicht selbstverständlich. Auch die ökonomische Bedeutung ist klar belegt. Eine unabhängige Studie zeigt, dass die Art Basel in Basel jährlich rund 340 Mio. Franken Umsatz generiert, eine Wertschöpfung von über 140 Mio. Franken schafft und fast 1’800 Arbeitsplätze sichert. Über 90% dieser Wertschöpfung bleiben in unserer Regierung. Das ist keine Symbolpolitik, das ist harte Standortökonomie.

Gleichzeitig ist wichtig festzuhalten, die Art Basel hat in den letzten Jahren sichtbar geliefert mit Investitionen in Willkommenskultur, Preisdisziplin bei Hotels, Öffnung in den Stadtraum, kostenlosen Angeboten und stärkerer lokaler Einbindung. Sie arbeitet aktiv an ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung, an ihrer sogenannten License to Operate. Dieser Anzug verlangt deshalb keine Vorleistung vom Staat, sondern ein politisches Commitment auf Augenhöhe. Der Kanton Basel-Stadt ist Miteigentümer der MCH Group. Daraus folgt keine operative Verantwortung, sehr wohl aber eine strategische Mitverantwortung. Der Anzug fordert den Regierungsrat auf, diese Rolle aktiv wahrzunehmen, über seine Vertretung im Verwaltungsrat, über den strukturierten Dialog mit zentralen Akteurinnen und Akteuren und über eine kohärente, abgestimmte Standortpolitik.

Wichtig ist mir, dieser Anzug ist bewusst offen und konstruktiv formuliert. Er schreibt keine Massnahmen vor, er verlangt keine Detailsteuerung. Er schafft aber die Grundlage dafür, dass wir diese Diskussion vorausschauend führen und nicht erst dann, wenn Fakten geschaffen sind. Ich erinnere gerne an die Basel World. Michela Seggiani hat es gesagt, die breite Unterstützung der Fraktionen zeigt, die Zukunft der Art Basel ist keine Parteifrage, sondern eine Frage des Selbstverständnisses unseres Standorts. Ich bitte Sie deshalb, diesem Anzug zuzustimmen und dem Regierungsrat den Auftrag zu geben, Basel als zentralen Standort der Art Basel auch langfristig aktiv zu sichern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008181, 21.01.26 11:35:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 88 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen.

40. Anzug 2 Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen

[21.01.26 11:35:54, 25.5497.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Anzug 3 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde

[21.01.26 11:36:18, 25.5513.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen

[21.01.26 11:36:48, 25.5511.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beantragt Ihnen, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicht, weil wir als SVP uns gegen Veloabstellplätze stellen, viele von uns sind selbst Velofahrer und brauchen auch Veloparkplätze, auch wenn ich hier jetzt mal die Platzeffizienz zumindest der Cargovelos etwas in Frage stelle, weil erfahrungsgemäss diese Cargovelos ja manchmal ganze Fahrspuren in Anspruch nehmen oder eben auch ganze Veloparkplätze für sich einnehmen. Die SVP stellt sich also nicht gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen, aber wir stellen uns ganz klar gegen die Schaffung von Veloabstellplätzen auf Kosten der noch wenigen in der Stadt übrig gebliebenen Autoparkplätze. Und das ist die grosse Sorge, die wir haben, und das hat uns auch dazu bewogen, hier diesen Vorstoss abzulehnen, die Sorge oder auch die Erfahrung schon, das Wissen, dass hier die Veloparkplätze wieder auf Kosten des Autos geschaffen werden und das ist einfach problematisch.

Zudem empfinden wir auch den Vorstoss als unehrlich, denn die krasse Statistik zu diesen Velodiebstählen, das liegt nicht an den Abstellmöglichkeiten oder an den fehlenden Stangen, um die Velos festzumachen, sondern das liegt daran, dass wir eine sehr grenznahe Stadt sind und wir offene Grenzen haben. Man weiss und man hat Berichte gehabt und Leute haben mit Chips ihre Velos verfolgt, dass es genauso funktioniert, dass hier Kriminaltourismus über die Grenze kommt, die Velos einpackt und mitnimmt. Da sind die Stangen und mehr Festmachmöglichkeiten für die Velos nicht die Lösung, sondern ehrlicherweise müsste man hier nicht das Symptom behandeln, sondern man müsste die Ursache behandeln und hier die Grenzen besser schützen. Deshalb lehnen wir als SVP diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben das hohe Lied des Grenzschutzes gesungen. Können Sie mir sagen, warum im Vergleich mit anderen Städten, die auch grenznah sind, in Basel-Stadt deutlich, und zwar sehr deutlich, viel mehr Velos gestohlen werden als in vergleichbaren Städten?

Laetitia Block (SVP): Leider, und das ist sehr traurig, schwingen wir generell bei all diesen kriminaltouristischen und Kriminalstatistiken oben aus. Dagegen wehren wir uns und wir geben uns ja Mühe, aber sie machen leider nie mit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anzugsteller Harald Friedl hat das Schlusswort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Danke, dass es noch zu einer kleinen Diskussion kommt, sonst hätte ich ja nicht mehr allzu viel zu sagen gehabt. Gerade auf das Votum der Kollegin der SVP, ich habe nirgendswo geschrieben, es sollen Autoparkplätze oder andere Parkplätze aufgelöst werden. Jetzt wird ein bisschen gekichert da hinten, das können Sie vermuten, aber es ist nicht die Frage und nicht der Auftrag, den ich hier drin stelle. Sie haben ja gesagt, Sie sind für Veloparkplätze und das ist genau das, was ich fordere, warum stimmen Sie dem nicht zu? Ich bin ein bisschen verwirrt. Und auch was die Diebstähle betrifft, ja gut, dann stellen Sie wahrscheinlich Ihr Velo einfach unabgeschlossen irgendwo hin, weil es spielt ja keine Rolle, wir sind in der Grenzregion.

Ich habe mit diesem Anzug nicht nur die Velosicherheit im Auge gehabt oder im Hintergedanken, mir geht es auch noch in einer zweiten Folge darum, das Stadtbild ein bisschen zu bewahren. Ich beobachte sehr viele Velos, die wild abgestellt werden aus Mangel an sicheren Veloabstellplätzen. Die Leute montieren dann ihr Velo noch an die Signalpfosten, an Gitter, die im Strassenraum stehen. Da gibt es ein wildes Sammelsurium, das kennen Sie selber auch. Diese Velos, das muss ich jetzt auch zugeben, die stören mich und ich verspreche mir da ein bisschen auch eine Verbesserung, wenn es dann mehr gute Veloabstellplätze gibt, die für das gemacht sind, nämlich um die Velos abzustellen. Dieser Platz, der wird nämlich streitig gemacht von Leuten, die zum Beispiel mit einem Kinderwagen unterwegs sind, die mobilitätseingeschränkt sind, und das sind viele Leute hier im Kanton, das sind Leute, die im Rollstuhl sitzen, ein Rollator vor sich schieben müssen oder an Stöcken gehen. Ich denke auch an diese Leute bei diesem Vorstoss.

Ich denke, es ist ein Bedürfnis und ich bin auch der Meinung, dass der Kanton da mal einen Blick darauf werfen soll. Das mit dem Grenzschutz, da gibt es ja auch noch andere Vorstösse in diesem Parlament und ich denke, die gehen Hand in Hand und ich bitte Sie darum, meinen Vorstoss hier auch mit zu unterstützen und ich denke, das wird ja auch klappen. Von dem her bedanke ich mich bei Ihnen für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008185, 21.01.26 11:43:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

43. Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken

[21.01.26 11:43:44, 25.5495.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA teilen die Problemanalyse des Anzugs, aber nicht seine Lösung. Unser Bildungssystem selektiert nach Geschlecht, nach sozialer Herkunft. Wir brauchen bildungspolitische Massnahmen, die echte Chancengleichheit ermöglichen. Wir von BastA stehen für eine ganzheitliche Bildungspolitik und die Gleichwertigkeit verschiedener Bildungswege und Bildungsbiografien und wir stellen uns gegen die frühen Leistungs- und Selektionslogiken, bei denen schon in der Primarschule aufs Zehntel genau berechnet wird, wie leistungsorientiert ein Kind ist. Darum stellen wir die Förderung der Begabung und eine partizipative Bildung ins Zentrum.

Die Primarschule ist ein Ort, an dem es um grundlegende Bildung geht, natürlich Lesen, Schreiben, Rechnen, aber eben auch soziales Lernen und Sozialkompetenz. Es geht auch um Demokratiebildung und Zukunftsvorstellungen. Insofern ist ein Lebensweltbezug in der Primarschule wichtig, aber eben nicht unter dem Primat der Arbeitsmarktlogik. Vor diesem Hintergrund teilen wir die Idee einer stufengerechten beruflichen Orientierung auf der Primarschule nicht. Ist es wirklich nötig, dass wir die Primarschüler*innen bereits mit der beruflichen Orientierung konfrontieren? Können wir die Kinder zu diesem Zeitpunkt nicht einfach Feuerwehrfrau, Astronautin oder Krankenpfleger sein lassen? Berufswelten ja, Berufsorientierung im Sinne einer Steuerung, nein. Die Primarschule sieht bereits Zukunftstage vor. Es besteht also bereits ein Angebot.

Ein Ausbau und die gezielte Einbindung der Wirtschaft und ihrer Interessen in den Primarschulen, wie es der Anzug fordert, stellt aus unserer Sicht keine Lösung für die bestehende Bildungsselektion dar. Vielmehr sehen wir darin die Gefahr, dass Kinder zu früh auf berufliche Bahnen gedrückt werden, bevor sie ihre eigentlichen Fähigkeiten und Interessen greifentwickeln konnten. Chancengleichheit bedeutet eben nicht möglichst frühe Anpassungen an Arbeitsmarktlogiken. Frühere Berufsorientierung, wie sie der Anzug fordert, garantiert nicht, dass Kinder aus finanziell schwächeren Haushalten dieselben Chancen erhalten wie Kinder aus privilegierten Familien. Ohne begleitende sozialpolitische Massnahmen wie etwa kostenlose Angebote, gezielte Förderung oder Abbau von sprachlichen und strukturellen Barrieren setzen sich bestehende Ungleichheiten fort.

Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, den Eltern die umfassenden Möglichkeiten unseres Bildungssystems näher zu bringen und vielleicht braucht es hier tatsächlich mehr Aufklärungsarbeit, damit den Bedürfnissen der Kinder gedient wird. Aber die Interessen und die Einflussnahme der Wirtschaftslobby haben in der Primarschule wirklich nichts verloren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat sich gemeldet.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz, ich möchte ein Beispiel erwähnen. Gestern Abend haben wir mit der Primarschule Bruderholz und mit der Handelskammer für Sechstklässlerinnen und -klässler und ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer eine Veranstaltung zum Thema «Berufe kennenlernen» organisiert und unser Ziel war, schon um 20 Uhr aufzuhören, aber die Fragen der Kinder waren so viele, dass wir dann irgendwann 20.20 Uhr gesagt haben, jetzt müssen wir dann aufhören. Also ich weiss nicht, warum es ein Problem sein sollte, wenn die Kinder möglichst früh sich verschiedene Berufe vorstellen können und auch damit in Berührung kommen. Wir kämpfen ja auch dafür, dass alle einen Anschluss haben. Also ehrlich gesagt, für mich, jeder, der es verpasst hat, nach der Sek 1 einen Anschluss zu haben, kostet uns gesellschaftspolitisch, finanziell und sonst auf allen Ebenen sehr viel. Und daher verstehe ich nicht, warum Sie gegen diesen Anzug sind und ich wäre froh, wenn Sie es unterstützen könnten, und dann werden wir natürlich berichten, was möglich ist und was nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Barth mit dem Schlusswort.

Johannes Barth (FDP): Mit diesem Anzug setzen wir ein klares Zeichen. Wir wollen unsere Kinder frühzeitig spielerisch mit der Vielfalt ihrer Berufswelt in Kontakt bringen und damit einen Beitrag leisten zu einer chancengerechteren, realistischen, durchlässigen Bildungsbiografie für alle. Heute wissen wir, bereits im Primarschulalter formen Kinder erste berufliche Vorstellungen und diese sind leider oft zu stark durch Geschlechterrollen und soziale Herkunft geprägt.

Genau hier setzt unser Anliegen an. Es geht nicht darum, Kinder zu früh auf eine Laufbahn festzulegen. Es geht darum, ein breites offenes Mindset mitzugeben, bevor sich in der Sekundarschule Vorstellungen verfestigen, die Möglichkeiten unnötig einschränken. Wir alle kennen das Problem, in der 7. Klasse ist das Fenster der Offenheit für viele Jugendliche bereits kleiner geworden. Mädchen orientieren sich vermehrt Richtung akademische Wege, Jungen zu klassischen Rollenbildern. Gleichzeitig kennen viele Kinder nur jene Berufe, denen sie zufällig im Alltag begegnen. Das schränkt Lebenswege ein, bevor sie überhaupt beginnen.

Basel-Stadt braucht deshalb ein Konzept, das die Wirtschaft, die Schulen und die Eltern gemeinsam ins Boot holt. Ein Konzept, das auch zeigt, die Berufsbildung bietet attraktive, moderne, hochqualifizierte Wege, gerade auch in unserer Region mit ihrem vielfältigen Arbeitsmarkt und mit einem grossen Bedarf an Nachwuchskräften. Darum ist es entscheidend, die obligatorischen Elternabende zu nutzen, um sachlich und verständlich über die Stärken unseres Bildungssystems zu informieren und Eltern zu zeigen, dass der P-Zug nicht der einzige Weg zum beruflichen Erfolg ist. Die Berufsbildung eröffnet hervorragende Karrierechancen und sie verdient es, von Beginn weg mitbedacht zu werden. Ebenso wichtig ist die frühzeitige Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft, denn nur so kann Kindern und Eltern vermittelt werden, wie viele spannende Berufe es in Basel tatsächlich gibt und jene, die im Quartier oder im Kinderbuch nicht vorkommen.

Dieser Anzug verlangt nichts Unrealistisches, er verlangt eine Prüfung, eine Konzeptentwicklung und eine Koordination mit Basel-Landschaft. Das ist pragmatisch sinnvoll und finanziell überschaubar, aber mit grosser Wirkung. Wir geben unseren Kindern nichts vor, aber wir geben ihnen mehr Möglichkeiten, mehr Offenheit und mehr Zukunft. Darum bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung für diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008187, 21.01.26 11:52:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen

[21.01.26 11:52:22, 25.5512.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

45. Anzug 7 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen

[21.01.26 11:52:47, 25.5510.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 11:53:12, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Heidi Mück hat beim Votum zur Motion Alioth unsere grundsätzliche Kritik am Bildungspaket aus der Feder des Gewerbeverbands und der Handelskammer zum Ausdruck gebracht. Trotzdem haben wir uns entschlossen, haben Sie ja vielleicht gemerkt, die diversen Vorstösse einzeln zu beurteilen. Bei diesem Anzug war es aber offensichtlich. Wir lehnen diesen entschieden ab, denn dieser bringt aus meiner Sicht die dahinterliegende Geisteshaltung der Arbeitgeberverbände wahrscheinlich am klarsten zum Ausdruck.

Es geht hier ganz klar um die Schwächung der FMS und um eine Beschränkung des Zugangs zu einer höheren Bildung mit der Idee, dass damit die Berufslehre aufgewertet werden kann. Das ist sehr gefährlich und klar der falsche Weg. Die FMS ist nach der obligatorischen Schulbildung eine der wichtigsten anschliessenden Schulen im Übergang zur Berufsbildung, und zwar in vielen unterschiedlichen beruflichen Feldern. Beispielsweise, das ist Ihnen sicher bekannt, für die dringend notwendigen Berufe in der Bildung wie Kindergärtnerin und Primarlehrerin. Der Lehrer*innenmangel ist Ihnen bekannt und wird sich auch in den kommenden Jahren akzentuieren. Eine Schwächung dieser Schule wäre also fatal für die jetzt schon fehlenden Lehrberufe.

Es gibt durchaus Probleme und offene Fragen bei der Berufsbildung, da gebe ich Ihnen recht, auch gerade in der höheren Fachausbildung. Weshalb hier beispielsweise in der sozialen Arbeit oder in der Pädagogik die Fachausbildungen sich vom Handwerk immer mehr distanzierten und eine universitäre Richtung angenommen haben, hinterfragen wir sehr wohl kritisch. Aber das ist nicht das Problem der FMS, sondern des jetzt bestehenden Bildungssystems und der Ausrichtung der FHNW. Auch die Berufslehre steht ebenso vor grossen Herausforderungen. Die Annahme, dass viele 15- bis 16-jährigen Jugendlichen schon wissen, welchen Beruf sie zeitlebens ausführen werden und deswegen die entsprechende zwei- bis vierjährige Berufslehre absolvieren, gilt heute einfach nicht mehr. Aber es galt auch schon nicht zu meiner Zeit. Als ich die Lehre gemacht habe, wusste ich einfach, ich gehe nicht in einen handwerklichen Beruf, aber eigentlich ist alles noch offen, also mache ich das KV, da bist du mal gut aufgestellt für alles, was danach kommt. Also es ist schon immer ein Problem gewesen, aber das hat sich ein wenig sicher verschoben.

Zudem sind die Bedingungen in der Berufslehre auch nicht nur rosig. Der Lohn ist gar nicht so entscheidend, sondern die nicht altersentsprechenden Ausbildungsbedingungen. Dies betrifft Ferien, genügend Zeit haben für die schulischen Anforderungen, die immer höher auch werden, persönliche Unterstützung und Wertschätzung durch den Ausbildungsbetrieb, das gibt es sehr wohl, aber auch nicht bei allen, und die Bereitschaft, auch mal einen schulisch etwas schwächeren Lehrling auszubilden, als ein grosses Rating zu machen und dann vielleicht einen Lehrling aus dem Kanton Aargau anzustellen.

Die FMS ist für die Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis 18 Jahren einer der wichtigsten Schulen in unserer Stadt. Sie ist beliebt, viele wollen dorthin und der Selektionsdruck ist jetzt schon sehr hoch. Diese noch weiter zu erhöhen bzw. das Angebot einzuschränken, macht überhaupt keinen Sinn. Alle diejenigen hier im Saal, die Kinder in diesem Alter haben oder hatten, werden mir beipflichten, dass gerade dieses Alter geprägt ist von sehr vielen grossen Fragen und Unsicherheiten und die haben sicher in den letzten Jahren nicht abgenommen.

Und was die Abbruchquote betrifft, können Sie sich auch ein wenig entspannen. Abbrüche in den nachobligatorischen Schulen oder in der Lehre sind nicht per se eine Katastrophe, sondern auch Ausdruck einer Gesellschaft, die sich wandelt und einen erhöhten Leistungsanspruch hat, der auch immer wieder mal überfordert. Biografische Entscheidungen haben sich deutlich nach hinten verschoben. Vielleicht wäre es einfach mal an der Zeit, dies anzuerkennen. Nicht erst seit Bourdieu wissen wir, Schule reproduziert soziale Ungleichheit, kleines Zitat: «Von unten bis ganz nach oben funktioniert das

Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin, auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind».

Also die FMS zu schwächen bzw. den Druck noch weiter zu erhöhen, führt unmittelbar dazu, dass Jugendliche aus bildungsfernen Familien in einem sehr wichtigen Altersabschnitt von Bildungsaufstiegschancen ausgeschlossen werden. Wer diesem Anzug zustimmt, nimmt dieses zumindest auch ein wenig in Kauf. Deshalb, geschätzte Bildungspolitiker*innen hier im Saal, unabhängig welcher Fraktion Sie angehören, lehnen Sie diesen Anzug bitte ab. Sie stärken die Berufsbildung nicht, wenn Sie diesen Anzug überweisen, im Gegenteil, Sie schwächen ihn sogar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich werde die Sitzung jetzt unterbrechen, da Herr Atici noch redet und Frau Brandenburger und schlussendlich noch Herr Thüring.

Schluss der 49. Sitzung

11:58 Uhr

Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Espositio (SP), Pascal Pfister (SP), Nicola Goepfert (BastA!), Béla Bartha (Grüne/jgb)*

Verhandlungsgegenstände:

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen 3
47. Anzug 9 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten 4
48. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR 5
49. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR 5
50. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen, Schreiben des RR 8
51. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR 8
52. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR 10
53. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR 11
54. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR 11
55. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR 12
56. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR 13
57. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR 13
58. Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR 14
59. Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR 14
60. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR 14
61. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR 15
62. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR 17
63. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR 17
64. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR 22

65. Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR 22
66. Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR 23
67. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR..... 25

Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2026, 15:00 Uhr

46. Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

[21.01.26 15:00:33, 25.5515.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Als kleine Information: Ich plane, meine Schlussrede gegen 17 Uhr zu halten, damit alle, die das noch möchten, sich noch umziehen, Rucksack deponieren oder sonst was können, bevor wir um 18.30 Uhr in der Mägt weiterfahren.

Wir fahren fort mit Traktandum 46. Das Wort hat Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir bestreiten diesen Anzug, weil wir mit der Grundprämisse, von der er ausgeht, nicht einverstanden sind. Wir finden nicht, dass es ein Problem ist, wenn die Fachmaturitätsquote hoch ist. Im Vorstoss wird gesagt, dass es Fachbereiche an der FMS gibt, in denen es auch eine berufliche Grundbildung gibt und dass sich diese Berufslehre dann mit der FMS konkurrenziert. Und das stimmt ja eben genau nicht, weil wenn man die FMS macht, dann bereitet man sich auf ein Studium vor. Und das macht man ja mit der Lehre nicht und man kriegt auch keinen EFZ-Abschluss an der FMS.

Wenn, dann wäre es ja die WMS, weil dort kann man in vier Jahren das eidgenössische Fähigkeitszeugnis EFZ als Kauffrau oder Kaufmann erwerben. Die WMS konkurrenziert eine Berufslehre, weil es eben der gleiche Abschluss ist, aber die FMS, die tut das nicht. Und darum finden wir diesen Vorstoss nicht sinnvoll. Wir möchten diesen Angriff auf die FMS nicht unterstützen, weil wir finden, es bringt keinen Mehrwert und es stärkt auch nicht wirklich die Berufsbildung. Und darum sollte es ja eigentlich in diesem Vorstosspaket gehen und deswegen sind wir dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Dass die FMS-Quote in Basel-Stadt im schweizerischen Vergleich hoch ist, ist unbestritten. Bisher haben wir statistisch nicht erhoben, wie erfolgreich die Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der FMS im Tertiarbereich sind. Diese Fragestellung ist sinnvoll und wir werden die Daten beim Bundesamt für Statistik bestellen und für unseren Kanton auswerten.

In einem zweiten Schritt werden wir auch prüfen, ob und wenn ja in welchen fachlichen Bereichen eine Konkurrenzsituation zwischen FMS und beruflicher Grundbildung besteht und was man dagegen tun kann. Wir wollen die Allgemeinbildung nicht gegen die Berufsbildung ausspielen, sondern dafür sorgen, dass wir im Kanton ein ausgewogenes Angebot haben, damit alle Schülerinnen und Schüler eine passende Anschlusslösung an die Sek II finden. Wir sind darum bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Besten Dank für das Votum von Regierungsrat Mustafa Atici, der ja im Namen des Regierungsrates bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch ausgeführt, weshalb die Regierung bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen und das bitte ich selbstverständlich auch. Denn es ist anders, als wir vor dem Mittag gehört haben von Oliver Bolliger und jetzt auch noch einmal nach der Mittagspause von Jessica Brandenburger. Wir haben keinesfalls mit diesem Anzug beabsichtigt, die FMS schlecht zu reden, im Gegenteil. Die Fachmaturitätsschule leistet selbstverständlich auch bei uns hier in Basel-Stadt einen wichtigen Beitrag im Bildungssystem und gerade deshalb ist es richtig, dass wir die Ausrichtung und die Wirkung der FMS auch regelmässig überprüfen. Auch eine FMS muss sich letztlich

daran messen lassen, ob sie die Ziele erreicht und ob sie eben gerade diesen bereits genannten Bedürfnissen von Lernenden, aber auch der Wirtschaft und der Gesellschaft gerecht wird.

Und deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn wir diese Ausrichtung nun überprüfen, denn die vorliegenden Zahlen, die wir heute schon kennen, zeigen, dass das eigentliche Bildungsziel, welches die FMS hat, nicht immer in allen Fällen auch tatsächlich erreicht wird. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil der Absolventinnen und Absolventen auch noch Jahre nach der Fachmaturität keine Tertiärausbildung abgeschlossen hat und gleichzeitig weist Basel-Stadt eben auch eine überdurchschnittlich hohe Fachmaturitätsquote auf. Sie ist doppelt so hoch wie im schweizerischen Durchschnitt und hat sich in den Jahren 2017 bis 2022 verdoppelt. Das ist kein Vorwurf, sondern ein bildungsstrategisches Warnsignal.

Und deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass wir hier schauen, in welchen Bereichen wir allenfalls Verbesserungen vornehmen können. Wir müssen selbstverständlich auch aufpassen, dass die FMS keine faktische direkte Konkurrenz zur beruflichen Grundbildung ist, denn in Bereichen mit stark praxisorientierten Berufsbildern zeigt sich, dass die Fachmaturität wird oft als Ersatz für eine Lehre wahrgenommen wird, obwohl sie nicht primär für den direkten Berufseinstieg konzipiert ist, und gleichzeitig sinkt, das wissen wir, der Anteil von Personen mit einem EFZ-Abschluss respektive er steigt nicht so, wie wir es uns eigentlich vorstellen und wie es auch der schweizerische Durchschnitt ansonsten aufzeigt.

Wir sind der Meinung, dass zur Stärkung des dualen Berufsbildungssystems eben diese Stärken der verschiedenen Bildungswege auch eingehalten werden müssen, diese Stärken auch ausgelebt werden müssen und hier glauben wir, ist es richtig, wenn nun der Regierungsrat mit diesem Anzug eben auch prüft, wie er die Ausrichtung der FMS noch zielgerichteter verbessern kann, so dass dieses Instrument, den Weg über die FMS zu gehen, auch sinnvoll von Schülerinnen und Schülern respektive Schulabgängerinnen und -abgängern benutzt werden kann.

Deshalb noch einmal, dieser Anzug verlangt keinen Abbau, er verlangt auch keine ideologische Neuausrichtung der FMS. Es soll nun lediglich analysiert werden, ob die FMS ihre Bildungsziele erreicht und wir erwarten uns vielleicht auch seitens des Regierungsrates Vorschläge, wie sie so ausgerichtet werden kann, dass sie nicht in Konkurrenz zur Berufslehre steht. Deshalb freue ich mich, wenn Sie mithelfen, diesen Anzug dem Regierungsrat, so wie er es wünscht, zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008198, 21.01.26 15:08:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug überweisen mit 57 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Anzug 9 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten

[21.01.26 15:08:50, 25.5516.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

48. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025, Schreiben des RR

[21.01.26 15:09:10, 25.5485.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist ja schon eine Weile her seit der Einreichung dieser Interpellation. Der Regierungsrat hätte ja Zeit gehabt, hier ausführlich zu antworten. Ich denke auch, die Interpellation wäre eine Chance gewesen, Vertrauen zu schaffen. Leider, leider muss ich sagen, ist die Antwort des Regierungsrats in meinen Augen zu ausweichend und nichtssagend.

Zum Beispiel in Frage 1 habe ich gefragt, wer denn die Publikation initiiert hat. Darauf antwortet der Regierungsrat nur, dass der Vorschlag im Vorfeld der Präsentation des Richtprojekts im Dezember erfolgte. Ich muss also zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht publik gemacht werden soll. Ich könnte jetzt noch weitere Beispiele aufführen, ich will Sie aber nicht langweilen.

Ich habe einige wenige Erkenntnisse aus dieser Interpellationsantwort aber trotzdem heraushören können. So wissen wir jetzt, dass die Publikation insgesamt 120’000 Franken gekostet hat, wovon der Kanton einen Drittel berappte, und dass der Inhalt von einem externen, aber uns nicht bekannten Kommunikationsbüro erstellt wurde. Der Kanton hat lediglich den Inhalt auf Korrektheit überprüft.

Insgesamt konnten mit dieser Beantwortung die Bedenken der Unabhängigkeit im ganzen Prozess bei mir und bei weiteren leider nicht aus der Welt schaffen. Ich erkläre mich daher als nicht zufrieden mit der Beantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

49. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 15:11:15, 19.5281.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Dann starten wir direkt mit der Fraktionssprechenden Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Wir beantragen von Seite der SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Die Bevölkerung hat im November 2024 den Ausbau der Autobahnen abgelehnt. In der Beantwortung der Motion respektive im Bericht wird ganz klar darauf Bezug genommen, dass man da eben noch nicht sicher sei, ob doch ein Rheintunnel kommt. Für uns ist ganz klar, Stand heute hat die Bevölkerung das abgelehnt, der Rheintunnel ist tot, es gibt keinen Rheintunnel, entsprechend kann man und soll man diese Motion abschreiben.

Was wir als besonders stossend empfunden haben, ist, dass der Bundesgerichtsentscheid zur Einführung von Tempo 60 in der Nacht angeführt wird als teilweise Erfüllung oder Weg hin zu einer Erfüllung. Ich weiss nicht ganz, wie es gemeint sein soll. Fakt ist, dass wenn man auf einer Autobahn in der Nacht 60 fährt, dann ist es immer noch eine Autobahn. Das ist kein

Rückbau, auch nicht in einem funktionellen Sinn, und entsprechend hat das überhaupt gar nichts zu tun mit der Forderung, die in der Motion eigentlich enthalten war.

Für uns ist klar, sollte der Bundesrat wieder einen Autobahnausbau in unserer Region planen, dann tut er das erstens gegen den Volkswillen und zweitens müssen wir das dann neu beurteilen und dann anschauen, was dann die Optionen sind. Aber das müssen wir dann angehen und die Motion, die sich hier ganz klar um den Rheintunnel dreht, hat sich für den Moment erledigt.

In diesem Sinne beantragt die SP-Fraktion, diese Motion abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es mag Sie vielleicht auf den ersten Blick erstaunen, dass die Fraktion, aus der die Motion ursprünglich stammte, hier für Abschreiben votiert und Ihnen das beantragt. Lisa Mathys hat vieles schon vorweggenommen, das ich auch sagen wollte. Ich persönlich muss sagen, dass ich den Inhalt der Motion eigentlich immer noch sehr sinnvoll finde. Diese A2, das wissen Sie selber auch, zerschneidet diese Stadt, die Anwohner:innen leiden unter Lärmgestank, unter Feinstaubemissionen und es ist fast unerträglich, dort direkt an dieser Autobahn zu wohnen.

Also wie schon gesagt, diese Autobahn gehört meiner Meinung nach weg. Leider muss ich konstatieren, dass der Regierungsrat aber nicht bereit ist, den Kerninhalt dieser Forderung näher zu verfolgen. Er bringt Vorschläge der Temporeduktion. Das finden wir super, das bringt einiges, und auch noch weitere Massnahmen, aber die Motion fordert eben noch viel mehr und da sehen wir jetzt in der Beantwortung keinen Lösungsansatz.

Lisa Mathys hat es schon gesagt, auch wir von der Fraktion GRÜNE/jgb sind der Meinung, dass mit dem Nein des Volksmehrs eigentlich der Rheintunnel vom Tisch ist. Es braucht jetzt neue Ansätze, es braucht jetzt neue Gedanken dazu. Und wie die SP-Fraktion werden wir uns mit Händen und Füssen dagegen wehren, falls der Bundesrat den Rheintunnel in dieser Form wieder auf das Tapet bringt, so wie wir das auch schon beim ersten Projekt getan haben. Und wir sind zuversichtlich, dass auch das Stimmvolk hier seine Meinung nicht in so kurzer Zeit ändern wird.

Daher beantragen auch wir Abschreiben dieser Motion und behalten uns vor, mit anderen Mitteln wieder Vorstösse zu machen, wenn neue Vorschläge kommen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Finden Sie auch, dass statt die Motion stehenzulassen nun vorangetrieben werden sollte, dass die beschlossenen Lärmschutzmassnahmen umgesetzt werden und zwar früher als ein allfälliger Autobahnausbau erfolgt?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Unbedingt, ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Situation unerträglich ist für die Anwohnenden, da muss jetzt auch vorwärts gemacht werden, da stimme ich Ihnen zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss schon nicht, welche Realität wir hier drin zum Teil leben. Die Autobahn muss weg. Ja, das kann man als Meinung vertreten, aber dann soll mir doch bitte mal jemand erklären, was denn die Alternative ist. Wie wollen Sie das machen? Wollen Sie die Brücke sprengen und dann einfach den Leuten sagen, so jetzt gibt es da keine Autobahn mehr nach Deutschland, es gibt keinen Verkehr mehr, es kommt kein Cargo mehr in die Schweiz, es ist alles vorbei.

Ich glaube, es ist schon langsam Zeit, jetzt ein bisschen Realität in diese ganze Verkehrsdiskussion hineinzubringen. Die ganze Zeit bieten wir Hand, wenn es um den Banknotenpunkt geht, wenn es um das Herzstück geht, wir bieten Hand, wir kämpfen mit Ihnen mit. Wenn es um die Autostrassen geht, habe ich das Gefühl, leben Sie in einer ganz anderen Realität.

Ich war gestern in Zürich mit einem bösen Auto, ich bin nach Hause gefahren vom Flughafen. In Zürich sind alle Engpässe beseitigt, in Zürich hat man keinen Stau mehr. Wo man vor Jahren jahrelang im Stau gestanden ist, wenn man die Nordumfahrung macht, ist heute kein Stau mehr oder mindestens viel weniger Stau. Und dann kommt man nach Basel, beziehungsweise man steht schon bei der Windrose. Ich weiss nicht, wieso Sie denken, wir könnten die Zukunft lösen in

dieser Stadt, ohne dass wir die Autoinfrastruktur ausbauen. Ich weiss es wirklich nicht. Es hat mir auch noch niemand eine Antwort geben können, aber der Rheintunnel ist da und die Autobahn muss weg. Also einfacher geht es wirklich nicht mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben gesagt, wir wollten diese Brücke sprengen. Wir sind gerade dafür, dass man die Motion, die den Rückbau fordert, abschreibt und Sie wollen die Motion stehen lassen. Ich habe nicht verstanden, was Sie uns vorwerfen.

Daniel Seiler (FDP): Man kann mich ja korrigieren, aber Harald Friedl hat vorher gesagt, diese Autobahn müsse weg. Und wenn ich das falsch verstanden habe, dann müsste man mich korrigieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, wir müssen schon noch einmal die Motion ansehen und was sie fordert. Sie fordert eine Untertunnelung der Osttangente, also sie fordert einen Tunnel und somit die Verlagerung der Osttangente unter den Boden und dann den Rückbau der Osttangente. Wer sagt, dass es komisch sei, dass die Regierung sich nicht für einen Rückbau der Osttangente einsetzt, obwohl es keinen Rheintunnel gibt, verkennt, dass das in der Motion so vorgesehen ist. Ich glaube, es ist schon wichtig, hier in Erinnerung zu rufen, dass wir auf der Osttangente 75% Regionalverkehr haben. Es ist nicht ausschliesslich Nord-Süd-Verkehr aus dem Ausland oder etwas Vergleichbares, das sich auf der Osttangente bewegt, sondern eben auch sehr viel Regionalverkehr. Wenn man heute ohne Alternative die Osttangente zurückbauen würde, würde das bedeuten, dass sehr viele Autos mehr durch die Quartiere fahren würden. Also das ist wirklich keine Alternative.

Ob Sie jetzt hier diese Motion stehen lassen respektive die Frist erstrecken oder ob Sie sie abschreiben, ist gar nicht so relevant. Tatsache ist, dass der Rheintunnel über die Analyse, die bei der ETH in Auftrag gegeben wurde wieder im Gespräch ist, sie wurde analysiert von Ulrich Weidmann. Was jetzt der Bundesrat mit dieser Ausgangslage oder mit diesen Ergebnissen macht, das wird er sehr bald bekanntgeben, voraussichtlich in etwa einer Woche oder in den nächsten zwei Wochen, im Zuge der Eckwerte zu Verkehr 45. Dann wissen wir, ob der Rheintunnel von Seiten Bund wieder aufs Tapet kommt, und dann müssen wir uns hier überlegen, wie wir damit umgehen.

Also unabhängig davon, was wir mit dieser Motion machen, wir werden uns irgendwie dazu verhalten müssen. Hier denken wir jetzt aber, dass es Sinn macht, die Frist zu erstrecken, wie wir beantragen, und wir bitten Sie nach wie vor, die Motion stehen zu lassen, weil wir nach wie vor davon ausgehen, dass der Wunsch ist, dass auch entsprechende Massnahmen auf Stadtgebiet getroffen werden, wenn ein Rheintunnel kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lisa Mathys hat den Antrag auf Abschreiben gestellt, deshalb stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008202, 21.01.26 15:21:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Fristerstreckung entschieden mit 49 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung.

50. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:13, 18.5165.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

51. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR

[21.01.26 15:22:37, 24.5270.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Salome Bessenich hat sich gemeldet.

Salome Bessenich (SP): Ich möchte kurz erklären, wieso sich die SP-Fraktion hier für Abschreiben ausgesprochen hat, denn wir sind natürlich grundsätzlich weder gegen Gauben noch gegen Dacheinschnitte. Der Grund ist relativ einfach, es wurde schon zweimal überwiesen beziehungsweise stehen gelassen und es ist nicht viel passiert. Wir sind auch nicht sicher, ob es zielführend ist, bei den Dächern quasi auf dieser Detailebene zu legiferieren.

Die Regierung führt das aus – ich hatte gehofft, dass Regierungsrätin Esther Keller das vielleicht auch nochmal kurz erklärt -, dass auch schon einiges im Gange ist bei den Dächern in Basel-Stadt. Das sehen wir auch aktuell beim Ratschlag Blockrandbebauung, der in der Bau- und Raumplanungskommission in Beratung ist. Wir kennen das auch alle, dass man von irgendeinem Projekt hört oder ein konkretes Gebäude sieht und denkt, hier wäre doch so eine gute Lösung möglich. Aber die Auswirkungen sind dann eben nicht immer so einfach vorherzusehen. Das sieht man jetzt auch beim Blockrandgeschäft, wo wir gewisse Lockerungen bei den Dachvorschriften wieder rückgängig machen müssen, die bei den Zonen 2a zu unsinnigen Lösungen geführt haben.

Vielleicht noch ein Hinweis auf diesen Ratschlag, der ebenfalls vorsieht, dass sich die Berechnung des Lichteinfallswinkels etwas verändert, etwas vereinfacht wird, wodurch aus unserer Sicht ebenfalls die Möglichkeiten bei einem Dachausbau zu Wohnraum eben verbessert werden sollten.

Und vielleicht dies noch als letzter Hinweis seitens der SP: Für uns ist es ganz wichtig, auch nicht nur auf Gauben oder Dacheinschnitte einzuwirken, sondern wir wünschen uns eigentlich oder wollen das weiter forcieren, dass es eben Vereinfachungen fürs Bauen im Bestand ganz allgemein gibt, für Umbauten, für Aufstockungen und so weiter. Und auch da ist die BRK dran, aber das dauert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher hat das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen natürlich das Stehenlassen dieses Anzugs. Ich verstehe nicht ganz, weshalb die Regierung den Anzug als erledigt abschreiben möchte, wir haben ja offensichtlich einen Ratschlag in der BRK, anlässlich dessen dieses Thema mitdiskutiert wird. Als erledigt abschreiben könnte man ihn allenfalls, wenn wir das dann im Parlament behandelt haben. Das ist der normale Fall, das ist der klassische Fall sogar.

Hier wird offensichtlich, dass man möglicherweise eben sehr zurückhaltend ist, sehr zurückhaltend bleiben will in diesen Fragen. Wir brauchen aber dringend zusätzlichen Wohnraum in Basel. Wir haben viele ungenutzte Estrichflächen in Basel, wo mit ökologisch sinnvollem Aufwand relativ rasch nötiger, wichtiger Wohnraum geschaffen werden könnte. Diese Nachverdichtung ist möglich unter Schonung der wirklich knappen Ressource Boden hier in Basel. Ich würde mich sehr dafür einsetzen, dass wir hier vorwärts machen und auch genügend Licht zulassen in diesen Situationen, Licht, wie man das heute erwarten darf beim modernen Wohnungsbau, dass wir nicht nur Lücken zulassen, durch die man drinnen praktisch die Taschenlampe braucht auch tagsüber, sondern dass man da etwas grosszügiger denkt, dass man wohnen kann in Basel auf Wohnflächen, die an sich schon überbaut sind und existieren.

Ich bin ja zuversichtlich und hoffe, dass da ein guter Vorschlag kommt, aber wir sehen ja dann, was kommt und wir können ja dann abschreiben. Vielleicht wollen wir aber auch sagen, doch, es wäre sinnvoll, den Druck noch etwas zu erhöhen, denn ich habe zwischen den Zeilen schon auch gelesen, dass man den Eindruck hat, es sei ja gut, wie das bis jetzt ist, denn die Gerichte würden ja die häufigen negativen Entscheide immer stützen. Das überrascht nicht, weil die Gesetzeslage halt eben so ist, und es ist eben an uns, die Gesetzeslage so zu ändern und zu verbessern, dass eben eine etwas grosszügigere Behandlung dieses Wohnraums, dieser Estrichräume möglich würde und dass wir hier dann tatsächlich einen schnellen Schritt nach vorne machen können, um die Wohnsituation etwas zu verbessern.

Ich bitte Sie dringend, diesen Anzug noch stehenzulassen, wir können ihn dann immer noch abschreiben, wenn wir wissen, was genau geschieht mit dem Ratschlag, der in Aussicht steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich war jetzt ehrlich gesagt gerade froh um diese Kurzdebatte. Es ist tatsächlich so, dass wir einfach sagen als Regierung, wir haben ja schon Änderungen vorgeschlagen, die befinden sich aktuell in Beratung, und was wir im Moment nicht sehen, ist, parallel zu dieser Beratung nochmals etwas auszuarbeiten und das dann nochmals in Beratung zu geben.

Ich habe Sie, Bruno Lötscher, jetzt aber so verstanden, dass das auch nicht so gemeint ist, dass es eher auch als Zeichen zu werten ist an die Kommission bezüglich Stossrichtung. Ich bin sehr froh, dass wir das präzisieren konnten. Es ist klar, wir werden dann wahrscheinlich in zwei Jahren noch nicht viel mehr berichten können, je nachdem wollen Sie ihn dann auch abschreiben, je nach Resultat der Beratung in der BRK. Es war einfach die Intention des Regierungsrats, zu sagen, wir möchten jetzt nicht parallel zu dieser Beratung nochmals zum gleichen Themenfeld einen Vorschlag bringen, sondern wir möchten zuerst die Beratung in der BRK abwarten, dann auch schauen, was das in der Praxis bedeutet, weil immer wieder stellt sich der Gesetzgeber etwas vor, Sie und wir, und in der Praxis ergeben sich dann neue Problematiken, die man dann wieder korrigieren möchte.

Also wenn das so ist, wie ich Sie jetzt verstanden habe, ist es auch nicht problematisch, den Anzug stehen zu lassen. Ich wusste nicht, ob Sie die Erwartung hatten, dass wir jetzt parallel etwas erarbeiten. Aber das ist nicht der Fall. Aber der offizielle Antrag des Regierungsrates lautet nichtsdestotrotz abzuschreiben und eben zu warten, was in der Beratung der BRK herauskommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008205, 21.01.26 15:30:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 53 gegen 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

52. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege, Schreiben des RR

[21.01.26 15:30:46, 25.5526.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich darf vorwegnehmen, dass ich mit der Antwort nicht zufrieden bin. Zufrieden könnte ich sein, wenn in der Antwort eingeräumt worden wäre, dass der durch dieses Parlament ausgerufene Klimanotstand beim Denkmalschutz bisher ignoriert wurde respektive zu wenig in die Ermessensbetätigung der Denkmalpflege eingeflossen ist und dass dies in Zukunft ändern soll. Nichts dergleichen aber bei der Antwort auf meine Interpellation. Zwar ist sie juristisch zu einem guten Teil korrekt formuliert, aber sie bleibt letztlich blutleer und technokratisch. Man könnte die Antwort weniger beanstanden, wenn ich bei der mündlichen Begründung der Interpellation nicht noch auf den ausgerufenen Klimanotstand hingewiesen und ein Beispiel einer gut eingepassten Solaranlage auf einem denkmalgeschützten Kirchengebäude im Bild in diesem Ratssaal gezeigt hätte.

Nun, worum ging es? Eine Kirchgemeinde in Basel möchte einen Beitrag zur klimaverträglichen Energieproduktion leisten und wird vom Denkmalschutz daran gehindert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, Solaranlagen auf Kulturdenkmälern von kantonaler und nationaler Bedeutung seien weiterhin baubewilligungspflichtig und dürfen diese nicht wesentlich beeinträchtigen. Ob eine Solaranlage ein Kulturdenkmal wesentlich beeinträchtigt, liege in erster Instanz im Ermessensspielraum der kantonalen Denkmalpflege. Also es handelt sich klar um ein Ermessen. Und darum geht es doch. Wird das Denkmal durch eine Solaranlage in Form von Dachziegeln in diesem Fall wesentlich beeinträchtigt? Und ich komme zum Schluss, das Ermessen wurde hier leider in die falsche Richtung betätigt.

Bei diesem Gebäude ist das Dach ohnehin nur sehr beschränkt einsehbar. Bei der Interpellationsbegründung habe ich eben auch gezeigt, dass mit Solarziegeln denkmalverträgliche Lösungen möglich sind. Darauf geht die Antwort mit keinem Wort ein, dass eben Lösungen möglich wären, die beide Interessen quasi bedienen.

Dann wird noch gesagt, dass der Verzicht auf diese Solaranlage vernachlässigbar sei. Meine Damen und Herren, 110 Haushalte wären durch diese Anlage mit Strom versorgt worden. Und wenn ich mir dann überlege, dass das vernachlässigbar ist, dann muss ich schon sagen, die Ausrufung des Klimanotstandes ist der Verwaltung offenbar egal. Wenn bei einer Spendenaktion im Rahmen der Katastrophenhilfe jedoch jeder Rappen zählt, dann zählt beim Klimanotstand wohl jede Kilowattstunde. Hier einfach zu sagen, es sei vernachlässigbar, das finde ich schon ein bisschen einfach.

Und es geht eben ums Mindset, das offenbar auch bei der Denkmalpflege Schwierigkeiten bereitet, nämlich Ermöglichen oder Verhindern. Und offenbar ist die Denkmalpflege hier auf der Verhinderungsseite und es ist die Verwaltung des Stillstands, obwohl hier dringlich gesagt wurde, wir müssen in jeder Hinsicht Fortschritte erzielen in der nachhaltigen Energieproduktion.

Was mich auch ärgert bei solchen Interpellationsantworten ist, dass Fragen nicht vollständig beantwortet werden, hier insbesondere die Fragen 5, 6, 7 und 9. Insbesondere habe ich danach gefragt, wie viel Energieleistung durch die verhinderten Solaranlagen verloren ginge. Es wurde zwar die Zahl genannt, aber nicht, wie viel da an Kilowattstunden nicht produziert wird. Auch auf die Frage der Solarziegel ging der Regierungsrat nicht ein. Das finde ich besonders ärgerlich. Er ging auch nicht darauf ein, wie dem Klimaschutz in der Interessenabwägung mehr Gewicht gegeben werden kann und auch nicht auf die Frage, welche Bedeutung Regierungsrat und Verwaltung in der täglichen Arbeit diesem Klimanotstand zumessen, der durch das Parlament ausgerufen wurde.

Zunächst werde ich nun prüfen, ob ich mit einer schriftlichen Antwort die fehlenden Antworten noch einfordern muss, und ausserdem werde ich prüfen, inwiefern die Solaroffensive bei denkmalgeschützten Gebäuden tatsächlich eine Verbesserung erzielt und ob bezüglich Interessenabwägung im Denkmalschutz nicht zusätzlich gesetzlich nachgebessert werden muss. Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

53. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise, Schreiben des RR

[21.01.26 15:35:23, 25.5536.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme die Antwort des Regierungsrates zur Kenntnis, zufriedenstellend ist sie jedoch nur teilweise. Der Regierungsrat bestätigt, dass der neue Kunstrasen auf dem Rankhof wegen unzureichender Wasserdurchlässigkeit gesperrt werden musste und dass das Problem in der obersten Rasenschicht, konkret im verwendeten Sand liegt. Damit ist klar, es handelt sich nicht um einen Bagatellfall, sondern um einen funktionalen Mangel an einem erst wenige Wochen alten Millionenprojekt.

Ich bin froh, ist aktuell – und ich betone aktuell – das Problem aber behoben. In der Antwort geht nämlich nicht ganz klar hervor, was passiert, wenn es wie im Herbst dauerregnet. Etwas witzig finde ich dann die Antwort auf meine Frage 4. Der Regierungsrat hält in der Antwort fest, dass es bei den letzten sieben Kunstraseneinbauten, unter anderem auch auf der Schorenmatte, keine vergleichbaren Herausforderungen gab. Das ist insofern bemerkenswert, als dass es auf der Schorenmatte bis heute gar keinen Kunstrasen gibt. Joël Thüring und der VFR Kleinhüningen haben sich hier also offensichtlich vergebens gefreut.

Positiv zur Kenntnis nehme ich aber, dass der Regierungsrat künftig eine engere Begleitung beim Einbau und bei der Nachbesserung ankündigt. Das ist jedoch kein Fortschritt, sondern sollte bei Projekten dieser Grössenordnung ja eigentlich auch selbstverständlich sein. Die Interpellation hat aber ihren Zweck erfüllt. Sie zeigt, dass bei der Planung, Qualitätskontrolle und Risikoabschätzung weiterhin Handlungsbedarf besteht. Entscheidend wird sein, ob aus diesem Fall tatsächlich Lehren gezogen werden, damit Kunstrasen in Basel künftig das leisten, was sie auch versprechen, nämlich verlässliche Sportinfrastruktur für unsere Vereine.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse, Schreiben des RR

[21.01.26 15:37:48, 25.5540.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Barth (FDP): Vielen Dank für die Antwort, die teilweise zufriedenstellend ist. Es ist ein grösseres Thema und für die Anwohner dort eigentlich fast nicht haltbar, dass man dies jetzt einfach so auf die lange Bank schiebt.

Im Moment ist die Birmansgasse-Kreuzung hälftig gesperrt und somit eine Aussage über den Rückstau in der Ahornstrasse nicht möglich. Bis vor einer Woche, als die Sperrung gemacht wurde, war es noch immer dramatisch, wie auf dem Film von Bajour gezeigt wurde. Der Rückstau blockiert die Velofahrer, diese müssen stehen bleiben und können gar nicht bis nach vorne fahren und von der eigenen Ampel profitieren, so wie es eigentlich in der Interpellationsbeantwortung steht. Einige weichen dann natürlich aufs Trottoir aus, und das ist sicher nicht die Idee, aber es ist ein Fakt und dadurch auch nicht gerade angenehm für die normalen Bürger, die auf dem Trottoir laufen möchten.

Wenn man die Situation anschaut und die Allschwilerstrasse und die Ahornstrasse miteinander vergleicht, würde man feststellen, dass man dies mit Sicherheit optimieren könnte. Nur ist es immer die Frage der Zeit, denn wenn die Baustelle noch länger läuft, dann bringt es nichts, wenn wir dann in einem bis zwei Jahren eine Antwort erhalten, dass dies ein Problem gewesen wäre. Von der Ahornstrasse aus kann man links und rechts in den Spalenring abbiegen, zudem geradeaus in die Birmannsgasse herunter. Von der Allschwilerstrasse aus, sie ist breiter, übersichtlicher und erst auf Tempo 30 reduziert worden, kann man nur rechts, warum auch immer. Wenn hier auch links abgebogen werden könnte, würde man die Ahornstrasse entlasten, also ein einfaches Mittel. Wenn die Ahornstrasse für Veloverkehr geöffnet werden würde, nachdem sie ja nicht begrünt wird, könnten die Velos, die aus der Allschwilerstrasse kommen, geradeaus fahren. Dies als Beispiel, wie man die Ahornstrasse entlasten könnte ohne grosse Studien und Kommissionsarbeit. Der Rückstau wäre nicht mehr so gross und der Velofahrer wäre nicht blockiert.

Also das Fazit: Aktuell kann man die Situation wegen der Baustelle nicht beurteilen, aber man muss die Ahornstrasse unbedingt entlasten, und zwar je schneller, desto besser. Die Allschwilerstrasse mehr einzubinden, wäre ein Lösungsansatz. Dies kann ich nur so stehen lassen und hoffe darum auf baldige Lösung. Somit bin ich mit der Antwort teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR

[21.01.26 15:40:51, 21.5754.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Auch die grüne Fraktion wird sich hier für Abschreiben aussprechen, dennoch möchte ich zu diesem und den nächsten zwei Anzügen gerne kurz Stellung nehmen. Wir erinnern uns vielleicht noch vage daran, auch in der Spezialkommission Klimaschutz gab es grosse Einigkeit insbesondere darüber, dass wir viel zu wenig nahe an der Wissenschaft arbeiten, dass wir hier drinnen Lösungen ausarbeiten, die nicht aufgehen, die nicht genug fundiert abgestützt sind, und es war grosse Einigkeit über alle Parteien hinweg, dass insbesondere diese Beziehungen sich verbessern müssen und dass es eine Annäherung braucht zwischen der Politik und der Wissenschaft, aber auch eben der Verwaltung.

Jetzt ist sehr viel Zeit vergangen und ich habe nicht unbedingt das Gefühl, dass es sich seitdem extrem etwas verbessert hat. Nein, eigentlich eher im Gegenteil, immer wieder greifen wir die Wissenschaft sogar an, weil es einfacher ist, Klimaschutz abzulehnen, wenn wir nicht genau auf die wissenschaftlichen Fakten schauen. Und dabei ist jetzt eigentlich die essenziellste Zeit, wir haben nämlich die Ziele gesetzt, aber wir müssen die Umsetzungen angehen und diese müssen im Einklang mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen fungieren.

Dementsprechend höre ich auch immer wieder von Universität und Fachhochschulen, wie wichtig es wäre, dass es einen engeren und direkteren Austausch gibt, dass die Kommissionen enger zusammenarbeiten, aber eben auch die Verwaltung. Und ich glaube, da ist es extrem wichtig, dass wir als Uni Basel in dem europäischen Umfeld auch die neuesten Erkenntnisse von anderen Städten, von grossen Städten einbeziehen können. Denn nur wenn wir informiert entscheiden, entscheiden wir hier drin richtig. Deswegen finden wir es eigentlich nicht sinnvoll, das einfach abzuschreiben, aber weil wir auch anerkennen, dass wir manchmal Geschäfte loswerden müssen, wird vermutlich etwas Neues eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller hat sich gemeldet.

Beat K. Schaller (SVP): Ich bin hier als Einzelsprecher und äussere eine andere Meinung als die Fraktion der SVP. Ich bitte Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Vielleicht erinnern Sie sich noch, an der letzten Sitzung vor Weihnachten haben wir ja über diese verschiedenen Anzüge zur Klimathematik gesprochen. Ich habe damals das hohe Lied der Wissenschaft gesungen. Ich bin nach wie vor überzeugt, mit einer einzigen guten Innovation, Entwicklung, können wir weltweit für Klima und Umwelt mehr erreichen, als wenn wir auf unseren paar Quadratkilometern mit CO_2-freiem Beton oder mit lokalem Holz arbeiten.

Wir sind hier in unserem Kanton in einer einzigartigen Position, dass wir wirklich nicht nur im Bereich Life Sciences, sondern auch im Bereich Umwelt und Klima etwas für die ganze Welt erreichen können. Wir haben hier auf diesen paar Quadratkilometern so viel Gehirnschmalz versammelt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir hier etwas Neues entwickeln können, das allen zugutekommt, nicht nur unserem Kanton, sehr hoch ist. Es ist angezeigt, dass wir dem Regierungsrat immer wieder einmal vor Augen halten, was er hier tun soll, dass er sich aktiv mit diesem Thema beschäftigt und dem Grossen Rat regelmässig Bericht erstattet. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen und denen, die das tun, danke ich recht herzlich dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht eine Vertretung des Regierungsrates das Wort? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008210, 21.01.26 15:45:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug abschreiben mit 87 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung.

56. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:11, 21.5753.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Antrag als erledigt abzuschreiben. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

57. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[21.01.26 15:46:32, 21.5488.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Auch hier verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde auch hier kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

58. Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:35, 23.5473.02]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

59. Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR

[21.01.26 15:47:37, 20.5252.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Das ist nicht der Fall. Franziska Roth hat sich als erste gemeldet.

Franziska Roth (SP): Ich spreche für die SP und zum letzten Mal auch in meiner Rolle als Präsidentin der BKK. In der BKK haben wir ganz kurz über die vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf die Abgeltung der Schulbesuche in den Museen gesprochen. Teile der Kommission sind zwar der Ansicht, dass Schulbesuche nach den effektiven Kosten abgerechnet werden sollten, im Anzug wird aber lediglich verlangt, dass ein anderes Finanzierungsmodell vorgelegt werden muss, was mit dieser Anzugsbeantwortung nun vorliegt.

Sehr gut dünkt die BKK, dass diese Änderungen in Zusammenarbeit mit den Museumsdirektionen erarbeitet worden sind und dass die Direktorinnen und Direktoren mit dem nun vorliegenden Vorschlag einverstanden sind. Dies zumindest haben wir so in den vergangenen Hearings mit den Museen vernommen. Die BKK ist entsprechend mit Abschreiben auch einverstanden. Allerdings wird sich die BKK die Freiheit nehmen, an weiteren Hearings mit den Museen nachzufragen, ob das neue Modell jetzt die gewünschte Wirkung erzielt. Und zudem bittet die BKK das Präsidialdepartement über die Ergebnisse, die mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Vereinbarungen betreffend die gegenseitigen Leistungen der kantonalen Museen getroffen worden sind, in der Kommission zu berichten.

Das war es für mich, ich bedanke mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Ich habe viel Freude erlebt und ich freue mich jetzt aber auch auf mehr Freizeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

60. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen, Schreiben des RR

[21.01.26 15:49:39, 25.5482.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war mit dieser Interpellation der Zeit voraus, ich habe die Interpellation abgegeben, bevor Basler Lokalpolitiker angegriffen worden sind. Es ist in der Zeitung gekommen, Joël Thüring ist angespuckt worden, eine Politikerin aus Basel-Landschaft ist zurückgetreten, weil sie als lesbisch beschimpft worden ist, und das sind immer mehr Fälle. Ich habe diese seitenlangen Interviews in der Basler Zeitung gar noch nicht gelesen.

Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden und ich muss das wirklich jetzt auch begründen. Ich bin wieder erschrocken, wie unsere Regierung mit uns Grossräten umspringt. Das kann man sich nicht vorstellen, ich kenne das nicht von anderen Parlamenten. Die Regierung sagt auf meine vier Fragen, Fragen zur Sicherheit des Ratsbetriebes seien direkt an den Grossen Rat zu richten. Aber meine Damen und Herren, die Antwort ist falsch. Ich stelle einmal fest, es ist die Regierung,welche die Securitas angestellt hat hier im Rathaus für die Sicherheit. Leider gibt es die Securitas nicht mehr. Dann ist eine private Firma gekommen, die billiger ist, über die es zahlreiche Beschwerden gibt, weil die Leute ständig am Handy sind, anstatt aufzupassen, wer hereinkommt. Ich habe schon öfters gesagt, in der Mittagspause kommen ganze Touristengruppen, das finde ich nicht okay.

Meine Damen und Herren, als Journalist möchte ich das einmal durchspielen. Ich habe vier Fragen gestellt und diese Fragen sind nicht beantwortet worden. Ich habe gefragt in Frage 1, ob die Regierung bereit sei, den Schutz für die Parlamentssitzungen im Basler Rathaus zu erhöhen. Die Frage ist nicht beantwortet worden. Aber ich gebe jetzt die Antwort für die Regierung. Die Regierung sagt, «das ist uns egal». Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, drei Kantonspolizeien, Basel-Stadt, Baselland, sogar vier, Solothurn und Kanton Bern haben diesen jungen Mann verhaftet in der Berufsschule, der mir geschrieben hat, er komme in den Grossen Rat, mache einen Amoklauf und erschiesse mich. Der ist verhaftet worden und ich bin dankbar, dass die Akte 800 Seiten hat. Ich habe sie angeschaut bei der Staatsanwaltschaft Olten und dann hat man festgestellt, dass der das von der Berufsschule im Kanton Bern verschickt hat und der junge Mann ist dann verhaftet worden und ist in Untersuchungshaft nach Basel gekommen. Mein Anwalt hat gesagt auf meine Frage gestern, warum die Polizei 800 Seiten Akten gemacht habe und ihn unbedingt finden wolle, ich solle daran denken, was in Zug passiert sei. Im Kanton Zug sind zwei Regierungsräte erschossen worden und 14 Kantonsparlamentarier.

Die Frage 2 ist auch nicht beantwortet worden. Da frage ich, warum die Regierung Sicherheitstüren im Rathaus habe einbauen lassen, aber nur für den Trakt Rathaus und Verwaltung und nicht für den Trakt Basler Parlament. Die Antwort auf die Frage 2 wurde damals gegeben, in der Zeitung, es sei wegen Eric Weber. Aber das kann doch nicht sein, ich bin hoch anständig und ich muss einfach sagen, als Grossrat bin ich nicht einverstanden, wenn man ohne Anmeldung nicht mehr in die Grossratskanzlei hineingehen kann, wie früher, da konnte man die Sachen abgeben und so weiter. Heute muss man unten an der Pforte bitten, hereingelassen zu werden.

Die Frage 3 lautete: Ist es richtig, dass in den letzten Monaten zahlreiche schriftliche Drohungen bei der Regierung eingegangen sind? Wurden Strafanzeigen gegen unbekannt gestellt? Auch diese Frage wurde nicht beantwortet. Ich will wissen, wie die Regierung bedroht wurde und es gibt diese Bedrohungen bestimmt. Auch die Frage 4 wurde nicht beantwortet, nämlich wie der Gesamtregierungsrat in den letzten fünf Jahren bedroht worden sei. Es hat ja auch einmal geheissen vor 15 Jahren, ein Regierungsrat habe Polizeischutz gebraucht.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, meine Fragen wurden nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

61. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!, Schreiben des RR

[21.01.26 15:55:08, 25.5490.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen ging, als das Projekt Hauptpost veröffentlicht wurde mit diesen netten Illustrationen, da hat sich bei mir zumindest Vorfreude eingestellt, insbesondere bei diesem Bild mit der Rooftop-Bar hat es mir durchaus angetan und ich erhoffte mir, dass da ein weiterer beliebter Aufenthaltsort in unserer Stadt entstehen würde an einem doch zentralen und historisch bedeutsamen Ort. Umso grösser war natürlich die Enttäuschung, als klar wurde, dass es die Kantonsverwaltung ist, die in diesen schönen Räumlichkeiten Einzug hält, und dass ich mit dieser Enttäuschung nicht alleine war, sieht man ja an anderen Interpellationen und den Äusserungen in den Medien von Ratskolleginnen und Ratskollegen. Nun können wir der Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation entnehmen, dass der Markt das geregelt habe, ob es eine zusätzliche Bar im obersten Stock gibt und dass es der Regierungsrat nicht als Aufgabe des Kantons erachte, die obersten Stockwerke von Liegenschaften im Privatbesitz mit Mitteln aus dem Staatshaushalt für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich gebe gerne zu, als ich diese Antwort gelesen habe, musste ich etwas lachen. Ich konnte mir vor dem geistigen Auge gerade die Freude der Verfasserin oder des Verfassers vorstellen, endlich eine Gelegenheit zu haben, einem Freisinnigen zu erklären, wie der Markt funktioniert und was nicht Aufgabe des Kantons ist. Also sprechen wir doch mal über den Markt und über die Aufgaben des Kantons. Selbstverständlich ist es so, dass die Liegenschaft der alten Hauptpost in privatem Eigentum ist, die Eigentümerin also selber entscheiden kann, wem sie ihre Räumlichkeiten vermieten will. Das macht zwar die Enttäuschung nicht kleiner, ist aber letztlich als Entscheid einer privaten Eigentümerin zu akzeptieren. Nur, das ist natürlich nur die eine Seite des Marktes.

Eine ebenso wichtige Seite des Marktes ist der Preis, in diesem Fall die Miete und die Bereitschaft des Marktes, diesen Preis zu bezahlen. Wir konnten lesen, dass sich die Miete für diese Büroflächen im obersten Preissegment der Basler Innenstadt bewege. Und wie sich über mehrere Monate gezeigt hat, gab es keinen Privaten, der bereit war, diesen Preis zu bezahlen. Man könnte auch sagen, die Miete war zu hoch. Auf dem Markt passiert nun folgendes, die Miete sinkt auf einem Preis, den der Markt auch wirklich hergibt. Das funktioniert aber natürlich nur dann, wenn nicht der Staat kommt und bereit ist, die Miete zu bezahlen, die von Privaten nicht bezahlt wird. Damit verzerrt der Staat den Markt also auf Kosten der Steuerzahlenden. Also sollte er nicht unbedingt mit dem Markt argumentieren, dieses Argument hinkt beträchtlich.

Der Regierungsrat will keine Auskunft darüber erteilen, was die Mietkonditionen sind. Öffentlich hat er verlauten lassen, die Mietkonditionen am neuen Ort seien vergleichbar mit den bisherigen Mietkosten an den bestehenden Standorten der fünf betroffenen Abteilungen. Achten Sie auf die sprachlichen Finessen. Sie sind vergleichbar. Sie sind nicht gleich hoch, sie sind nicht tiefer, das hätte der Regierungsrat uns sicherlich noch so gerne mitgeteilt, sie sind vergleichbar oder mit anderen Worten, sie sind höher als bisher. Nun würde ich sagen, wenn man bisher fünf Standorte hatte und neu nur noch einen Standort, dann sollte man dadurch tiefere Mietkosten erzielen können, aber Prestige kostet halt. Aber wenn schon bei uns in unmittelbarer Nähe das Staatsarchiv bald den Standort zügelt, hätten man sich beispielsweise auch fragen können, ob nicht diese Räumlichkeiten besser geeignet und vor allem günstiger gewesen wären.

Wie auch immer, wir kommen zu den Aufgaben des Staates. Ich freue mich, wenn der Regierungsrat künftig sehr konsequent überprüft, was Aufgabe des Kantons ist und was nicht, nicht nur im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung. Dass es nicht seine Aufgabe ist, eine Rooftop-Bar zu betreiben, sei geschenkt. Ich freue mich darauf, wenn er diese Haltung konsequent weiterführt und wenn er dann zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist, ein vom Markt nicht nachgefragtes Angebot namens Velospot künftig mit Steuergeldern am Leben zu halten und weil auch das nicht hilft, mit einer Gratisnutzung für Staatsangestellte die Nutzerzahlen künftig nach oben zu drücken. Oder wenn er zum Schluss kommt, dass es nicht Aufgabe des Kantons sei, via Instagram unter dem Titel «Umwelt Basel» den Menschen zu sagen, wo sie einkaufen sollen und zu vermitteln, dass man ja nicht bei Geschäften von Billionären einkaufen soll. Dass es bisher gar keine Billionäre gibt und nicht einmal Elon Musk ein Billionenvermögen hat, muss man wohl als unsorgfältige Übersetzung abtun. Aber wenn es um die Erziehung seiner Bürgerinnen und Bürger geht, dann scheint auch Kapitalismus kritische Polemik zu den Aufgaben des Kantons zu gehören.

Ich freue mich also, wenn der Regierungsrat sich künftig verstärkt marktorientiert verhält und konsequent überprüft, ob seine umfassenden Tätigkeiten tatsächlich alle Aufgaben des Kantons sind. So viel kann ich heute schon sagen, die Nachfrage des Interpellanten auf den politischen Wissensmarkt konnte durch den Anbieter Marke Regierungsrat nicht befriedigt werden. Ich bedanke mich für die Antwort, aber ich bin nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

62. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung, Schreiben des RR

[21.01.26 16:00:22, 25.5538.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Falls Sie die Antwort der Regierung auf meine Interpellation gelesen haben, wird es Sie wohl kaum erstaunen, dass ich mit dieser Antwort überhaupt nicht zufrieden bin. Die Antwort ist aus meiner Sicht enttäuschend und mutlos. Mir ist ja schon klar, wenn man etwas gar nicht will und dann vom Parlament dazu verpflichtet worden ist, dann unternimmt man natürlich auch nicht viel, um irgendwelche pragmatische Lösungen oder Ansätze zu finden, sondern man argumentiert mit Gesetzeslage und Rahmenbedingungen. Ich muss Ihnen schon sagen, ich habe den Eindruck, dass die Regierung überhaupt kein Fan von Superblocks ist. Es wirkt alles irgendwie so halbherzig und mit angezogener Handbremse. Kein Wunder, stottert dieses Pilotprojekt. Vielleicht müsste dies der Regierungsrat mal ehrlich kommunizieren, das könnte er ja dann machen, wenn man überhaupt nicht davon überzeugt ist, dann wüssten die Menschen in den Quartieren, welche sich seit August letzten Jahres engagieren, woran sie wirklich sind.

Bei der Beantwortung des Regierungsrats entsteht der Eindruck, dass es überhaupt keinen Grund gebe, irritiert zu sein. Das Ende des Superblocks und der Rückbau der Infrastruktur seien von Anfang an klar kommuniziert gewesen. Nun, meine Damen und Herren, es erstaunt mich dann schon ein wenig, dass so viele Bewohnende in den beiden Quartieren St. Johann und Matthäus dies ganz anders verstanden haben und dies, obwohl sie seit Monaten im engen Austausch sind mit den Behörden. Die Menschen, die bei mir an der Strasse wohnen und sich seit letztem Sommer mit Herzblut engagieren und Stunden an ehrenamtlicher Arbeit reinstecken, fühlen sich überhaupt nicht verstanden und abgeholt. Das Unverständnis ist, dass ab kommendem August alles rückgebaut wird und die Markierungen wieder zurückgemalt werden, die Töpfe wegkommen, der Tisch abgebaut wird, um dann im Frühling 2027 alles oder zumindest einen Teil davon wieder aufzubauen, und das Vertrauen in die Behörden ist dadurch natürlich deutlich gesunken. Diese Vorgehensweise wird dazu führen, dass diese Menschen sich in Zukunft nicht mehr für die Quartierentwicklung engagieren werden, das müsste dann das Präsidialamt in Zukunft selber tun, was halt so nicht funktionieren kann, denn ohne Quartierbevölkerung auch keine Quartierentwicklung.

Dass Superblocks und verkehrsberuhigte Strassen als Pilotprojekte eingeführt und im Echtbetrieb getestet und laufend optimiert werden, ist normaler Standard, ob nun in Barcelona, Gent, Amsterdam, Paris und in weiteren Städten, die das ausprobieren. Ein kompletter Rückbau vor einer definitiven Entscheidung ist in keiner dieser Städte, soweit ich weiss, üblich und macht halt auch nicht wirklich so viel Sinn.

Nun, ich bin kein Jurist und kann diese politische Frage auf der Gesetzesebene nicht beurteilen, ich wünschte mir aber irgendwie, dass der Regierungsrat schon noch Spielraum hat und die Kompetenz zum Beispiel zu entscheiden, dass der Pilot gezeigt hat, ob jetzt eindrücklich oder halb eindrücklich, dass eine Verkehrsberuhigung stattgefunden hat und auch die sozialen Interaktionen im Quartier, auf der Strasse zunehmen und deswegen mutig entscheidet, die beiden Pilotversuche, die es jetzt ja schon gibt, zu verstetigen und bezüglich neuer Superblocks erst nach einer definitiven Auswertung zu entscheiden. Das könnte doch schon auch ein Ansatz sein.

So einen Entscheid hätte ich mir sowie auch die engagierten Quartierbewohnenden gewünscht. Dies wäre dann zweifellos mutig und ein Bekenntnis zur Sinnhaftigkeit der Superblocks gewesen. Aber eben, der Mut fehlt und der Eindruck besteht, dass der Regierungsrat Superblocks nicht wirklich toll und sinnvoll findet und nun wird es wahrscheinlich so kommen, wie es kommt. Ich befürchte, dass das Davidsbodenstrassenfest am 15. August in einer rückgebauten grauen Strasse eröffnet wird, obwohl ein Jahr zuvor die schönsten Töne der Regierung bezüglich Superblocks dort geteilt wurden. Ich bin also nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

63. Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:05:29, 25.5256.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben Ihnen ausführlich schriftlich berichtet, ich möchte das eigentlich nicht weiter ausführen.Und die, die es gelesen haben, werden auch feststellen, dass wahrscheinlich auch nicht mein Departement zuständig ist, sondern dass es hier vor allem um eine Problematik im IDG geht.

Da ich aber gesehen habe, dass wohl ein grosser Teil jetzt an einer Motion festhalten möchte, möchte ich Sie doch vor der Diskussion noch bitten, dass Sie hier etwas ausführen, was Sie denn geändert haben möchten. Denn das IDG wurde erst auf 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Es wurde wohl vorher ausführlich in der JSSK beraten. Wir gingen jetzt bis zur Beantwortung davon aus, dass wir die rechtlichen Grundlagen bereits haben. Daher ist mir nicht ganz klar, was Ihr Wunsch ist, was Sie noch Zusätzliches haben möchten, das müsste man dann wissen. Und zudem würde ich dann eventualiter auch beantragen, die Frist auf zwei Jahre zu erstrecken, denn ich kann Ihnen jetzt schon sagen, es ist nicht realistisch, eine neue Gesetzesvorlage innerhalb eines Jahres vorzulegen.

Dann bin ich jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Fraktionssprecher hat sich Adrian Iselin für die LDP eingetragen.

Adrian Iselin (LDP): Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme zur Motion von Anina Ineichen und Konsorten überzeugend dar, dass für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen bereits heute eine ausreichende und tragfähige gesetzliche Grundlage besteht. Die bestehenden Regelungen, insbesondere im Bereich Datenschutz, Datenverarbeitung im Auftrag sowie beim Einsatz von Cloud-Dienstleistungen sind klar definiert und decken die relevanten Risiken umfassend ab.

Hinzu kommt, dass das Informations- und Datenschutzgesetz, wie Regierungsrätin Tanja Soland gerade ausgeführt hat, erst kürzlich modernisiert wurde und damit auf dem aktuellen Stand der Technik und der rechtlichen Anforderungen ist. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung würde aus Sicht der LDP keinen Mehrwert schaffen, sondern vielmehr zu unnötiger Bürokratie führen und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung im IT-Bereich einschränken.

Der Regierungsrat zeigt zudem nachvollziehbar auf, dass das bestehende Regelwerk ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet und gleichzeitig genügend Flexibilität bietet, um praxistaugliche und effiziente Lösungen umzusetzen. Genau diese Balance zwischen Sicherheit, Stabilität und operativer Effizienz ist entscheidend. Die LDP bittet Sie deshalb, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie bitten, die vorliegende Motion als Motion ein zweites Mal zu überweisen. Was verlangt die Motion, was wollen wir? Ich glaube, es ist relativ klar, wir wollen, dass die Regelung zu den Voraussetzungen, zu den Zuständigkeiten, den Verantwortlichkeiten und zu dem Risikomanagement bei der Auslagerung von Informatikdienstleistungen auf Gesetzesebene geregelt werden, Das ist die Forderung der Motion. Und wir sind überzeugt, dass es nicht zu viel verlangt ist, im Gegenteil, es ist das Minimum, was wir unserer Bevölkerung im Umgang mit ihren schützenswerten Personendaten schulden.

Und es geht uns dabei nicht um ein Misstrauensvotum der Verwaltung gegenüber. Es ist sehr hilfreich nachzulesen in der Stellungnahme, was in diesem Bereich schon gemacht wird, wie auch die Grundlagen ausgelegt werden. Das alles ist sehr wichtig und sehr begrüssenswert. Aber wir sind der Meinung, dass es eben eine parlamentarische Aufgabe ist, hier in diesem Bereich auf Gesetzesebene zu konkretisieren, wie und unter welchen Rahmenbedingungen Teile oder auch gesamte Bereiche einer IT-Infrastruktur ausgelagert werden können. Solche Entscheide sind nicht zu vergleichen mit der Auswahl eines neuen Briefpapiers oder so, es sind Entscheide mit enorm weitreichenden Konsequenzen, die wir vielleicht heute auch noch gar nicht richtig einschätzen können.

Gleichzeitig scheint mir wichtig hier zu betonen, dass eine Zweitüberweisung der Motion nicht heisst, dass es keine Auslagerung von IT-Dienstleistungen mehr geben soll und dass es für uns unbestritten ist, dass eine zeitgemässe und einwandfrei funktionierende digitale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für die Erfüllung aller Staatsaufgaben ist. Und die Überweisung heisst auch nicht, dass die Einführung von Microsoft 365 rückgängig gemacht wird, auch wenn mir

persönlich dieser Entscheid noch immer viel Bauchweh bereitet. Und ich glaube, wir müssen trotzdem nochmals darüber reden, weil es ja der ausschlaggebende Moment war, in dem auch hier erneut Fragen aufkamen zu diesen Rahmenbedingungen, wo wir jetzt Anpassungsbedarf sehen.

Ich habe schon bei der Erstüberweisung darauf hingewiesen und ich möchte das hier nochmals ansprechen, dass ich diese Risikoberechnungen hinsichtlich eines Zugriffs auf unsere Daten für hochproblematisch und fragwürdig halte, zumal diese nur das Risiko eines rechtmässigen Zugriffs anschauen und nicht das Risiko von unrechtmässigen Zugriffen mit Schadensintention. Und ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass all diese Abklärungen vor der zweiten Amtszeit von Trump gemacht wurden. Die Risiken haben sich aus unserer Sicht drastisch verschärft, gerade weil die USA mit dem Cloud Act bereits über die gesetzlichen Grundlagen verfügt, um vollkommen legal auf alle Daten zuzugreifen, die bei amerikanischen Unternehmen angesiedelt sind, unabhängig davon, wo die Server stehen. Und Trump ist alles zuzutrauen, das wissen wir auch wieder seit Anfang Jahr, das Jahr ist noch keine vier Wochen alt und ich erwähne einfach Venezuela und Grönland und wer weiss, wer als nächstes dran ist. Wie einfach es für Trump mittels Informatikdienstleistern ist, anderen zu schaden, das ist nicht einfach ein Gedankenexperiment. Im Mai 2025 hat Microsoft das E-Mail-Konto des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshofs gesperrt, nachdem Donald Trump Sanktionen verhängt hatte. Das ist kein Gedankenspiel, das ist Realität.

Nun aber zurück zu der Motion und den Forderungen hier. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage, um die Rahmenbedingungen für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen zu regeln, wir wollen damit Transparenz und wir wollen damit Rechtssicherheit schaffen. Und auch wenn der Regierungsrat hier schon einiges gut macht, wir sehen es eben als legislative Aufgabe, diese Rahmenbedingungen festzusetzen, und wir sehen es als unsere parlamentarische Verantwortung und Pflicht, uns der Risiken und Chancen einer Auslagerung bewusst zu sein und diese abzuwägen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie uns folgen und die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Frage, wie der Kanton Daten bearbeitet, wo diese Daten zwischengespeichert oder abgespeichert werden, ist eine zentrale Frage. Es ist eine zentrale Frage, weil die Personen diese Daten uns nicht freiwillig geben, weil diese Daten zum Teil sehr hohen Schutzbedarf haben. Ich weiss, das IDG regelt dies, aber das IDG regelt noch längst nicht alles. Die Daten werden dem Kanton gegeben, weil wir es müssen, weil wir vielleicht Stipendien beantragen wollen, Prämien für Verbilligungen benötigen und vieles mehr, oder weil der Kanton etwas von uns will, beispielsweise Steuergeld.

Daten sind besonders und Daten verdienen eine besondere Behandlung. Daten verdienen es auch, anders behandelt zu werden als andere Verwaltungshandlungen. Mich interessiert nicht, welches Papier die Verwaltung verwendet, auch nicht, welche Kugelschreiber. Hätte ich Ideen dazu? Klar, aber ich mache keine Motion dazu, welches Recyclingpapier verwendet werden soll. Ich anerkenne, dass gewisse Bereiche auch der Verwaltung vorbehalten bleiben sollen. Aber hier geht es halt nicht um die Beschaffung von Kugelschreibern oder Recyclingpapier, hier geht es um die Beschaffung einer Software, mit welcher fast alle oder alle Mitarbeitenden arbeiten und mit welcher fast oder alle Daten bearbeitet werden.

Wir haben ein Datenschutzgesetz, und kurz und knapp ist die Auslagerung von Daten abgehandelt. Aber ich bezweifle, dass das Ausmass, welches wir nun erleben mit der Auslagerung mit diesem M365, vor unseren Augen war, als wir das IDG überarbeitet, also teilrevidiert haben. Ich glaube, niemand hat zu diesem Zeitpunkt begriffen oder vielleicht nur sehr informierte Kreise haben begriffen, worum es eigentlich im Kern geht.

Der Rahmen, in welchem sich diese Software bewegen darf, braucht genaue Regelungen und Grenzen. Ich bin überzeugt, dass diese Grenzen hier im Grossen Rat gesetzt werden oder zumindest diskutiert werden müssen. Ich persönlich möchte, dass die JSSK, der ich sehr vertraue und deren hochkarätige Besetzung ich schätze, sich Gedanken dazu macht. Welche Risiken können eingegangen werden? Unter welchen Bedingungen können wir welche Cloud-Lösungen akzeptieren? Ich meine, wir müssen hier drin darüber diskutieren und entscheiden, wie gross die Abhängigkeit sein darf für das gesamte Betriebssystem. Wie stellen wir sicher, dass Business Continuity gegeben ist, und welche Ansprüche und Anforderungen haben wir an eine Business Continuity? Wie stellen wir fest, dass wir Sozialhilfegelder noch ausbezahlen können, wenn mal der Strom ausfällt in den USA? Diese zentralen Fragen sind nicht im Grossen Rat behandelt worden meines Erachtens.

Wir müssen auch über die Exitstrategie sprechen. Welche Anforderungen haben wir an eine Exitstrategie? Nicht im Detail, das ist mir schon bewusst, dass das die Verwaltung machen muss, aber die Leitplanken einer Exitstrategie müssen wir hier drin setzen. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie das Logbuch behandelt werden will. Welche Anforderungen stellen wir an diese Clouds? Wie fest möchten wir nachvollziehen können, welche Personen zu welchem Zeitpunkt auf welche Daten zugegriffen haben? All diese Leitplanken müssen im Grossen Rat gestellt werden.

Ich glaube, diese Fragen sind im Übrigen auch viel wichtiger als die viel diskutierten Lawful und Unlawful Zugriffe, die es hier gibt durch den Cloud Act oder die NSA. Ich glaube, hier geht es um Basic-Sachen, mit welchen sogar die FINMA kämpft, wenn ich auf das Logbuch zu sprechen komme, die hat nämlich diese Anforderungen, und es gibt diverse Gutachten, dass Microsoft diese Anforderungen nach einem Logbuch genau so nicht einhalten kann.

Die Realität ist halt, dass wir uns in eine extrem grosse Abhängigkeit begeben habe. Ich glaube auch, dass die Möglichkeiten klein sind, aber sie bestehen. Aber wenn wir diese Realität haben, dann möchte ich doch möglichst gute Leitplanken, um dieser Realität zu begegnen. Schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit. Schaffen wir die im Grossen Rat und nicht in der Verwaltung. Und ich möchte das auch nicht als Misstrauensvotum verstanden haben, sondern eigentlich als Schutz, weil wir haben die Verantwortung für die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner und ich möchte, dass wir diese Verantwortung auch wahrnehmen. Ich bitte Sie darum, die Motion dem Regierungsrat ein zweites Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe sehr genau zugehört und ich bedanke mich bei Salome Bessenich. Sie hat wirklich super geredet, auch gegen Trump, und ohne dass sie Angst haben muss, dass er sie heute Abend einsackt und mitnimmt, wie in Venezuela. Das passiert, Trump ist jetzt da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, ich komme jetzt zur Sache zu meinen Vorrednerinnen. Wir halten fest, dass das gesagt worden ist wegen Trump, dass er Zugriff hat auf diese Sachen. Und ich habe jetzt auch ganz spannend recherchiert dazu. Regierungsrätin Tanja Soland weiss das, ich habe mit ihr auch schon darüber gesprochen, ich habe das bei ihr auch abgegeben. Eric Weber hat etwas entdeckt zu dieser Geschichte, worüber wir jetzt reden. Ich habe nicht nur entdeckt vor 14 Jahren, dass das Kunstmuseum zugeht oder die Feier der Frau Herzog, ich habe jetzt auch entdeckt, dass unsere Steuerdaten in Amerika landen. Und auch Anina Ineichen hat richtig gesagt, dass man Grenzen ziehen muss und wir müssen das hier im Rat besprechen. Anina Ineichen hat gesagt, dass das zentrale Fragen sind.

Das sind zentrale Fragen und es gibt Verbindungen unserer Steuerverwaltung Baltax Online zu dieser amerikanischen Firma Red Hat Enterprise Linux in den USA. Wenn Sie die Steuererklärung abgeben dann eine Fehlermeldung kommt oder es nicht weiter geht, wenn beispielsweise die entsprechende Applikation streikt, dann wird eine Seite des amerikanischen Unternehmens Red Hat Enterprise Linux angezeigt. Und das ist natürlich schon verrückt, wenn dann Trump auf unsere Daten Zugriff hat. Und darum möchte ich, dass das besprochen wird.

Darum, benutzt ein Departement des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Software der Firma Red Hat Enterprise Linux und benutzen Departemente des Kantons Basel-Stadt, namentlich die Steuerverwaltung, Cloud-Lösungen im Ausland, Clouds, dann möchte ich wissen, wie die entsprechenden Programme heissen und wo die Server stehen. Welche Firmen wurden von der Basler Steuerverwaltung in den letzten fünf Jahren für Dienstleistungen im Bereich Software, Hardware, Computer und Programmierung engagiert und bezahlt? Ich habe jetzt in der Mittagspause einen Chefbeamten des Kanton Basel-Stadt getroffen und habe ihm das erzählt und er hat gesagt, Eric Weber, Sie haben wieder voll ins Wespennest gestochen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie waren nicht sehr redefreudig. Ich habe jetzt zwei Hinweise bekommen. Der erste Hinweis ist, dass man es auf Gesetzesebene regeln möchte, wenn man Informatikdienstleistungen auslagert. Die rechtliche Grundlage gibt es, Artikel 7 Bearbeiten im Auftrag, das haben Sie schon gemacht. So wie ich Anina Ineichen verstehe, geht es ihr nicht darum, sondern sie möchte M365 regeln und sie möchte die Auswirkungen von M365 im Gesetz regeln, denn das gibt es noch nicht, es gibt keine Regelung, das ist so. Wenn Sie die Regeln von M365, die Fragen der Software und der Daten im Gesetz regeln möchten, dann müssen Sie das noch tun. Aber es gibt eine rechtliche Grundlage zur Auslagerung generell. Aber so wie ich das jetzt verstanden habe, geht es eher um M365.

Ich stelle hier den Antrag auf Fristverlängerung von zwei Jahren. Und trotzdem bitte ich Sie, die Motion nicht als Motion zu überweisen, denn das, was Sie möchten, ist doch sehr operativ. Es ist sehr operativ, wenn Sie bestimmen möchten, welche Software wir bei uns haben, wenn Sie bestimmen möchten, um welche Daten genau es geht, wenn der Grossrat das im

Gesetz regeln bis aufs Detail regeln möchte, dann wird es wahrscheinlich sehr schwierig. aber ich habe das jetzt so verstanden, denn die anderen Grundlagen sind ja vorhanden im IDG, das Sie doch auch länger beraten haben. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von David Jenny und sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Sie fassen somit Schweigen nicht als Zustimmung zu Ihrer Haltung auf?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich gebe zu, ich bin etwas auf diese Kreuztabelle erpicht, da gibt es so viele Plus. Darüber bin ich etwas irritiert, aber ich lasse mich jetzt überraschen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir stimmen zuerst über die Fristverlängerung ab, ob ein Jahr oder zwei Jahre, und in einem zweiten Schritt über die Nichtüberweisung, die Adrian Iselin beantragt hat.

Abstimmung

JA heisst Frist 1 Jahr, NEIN heisst Frist 2 Jahre.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008219, 21.01.26 16:26:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist auf 2 Jahre festzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die zweijährige Frist entschieden mit 75 gegen 19 Stimmen bei einer Enthaltung. Jetzt stimmen wir darüber ab, ob die Motion überhaupt überwiesen wird oder nicht überwiesen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008221, 21.01.26 16:27:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion mit einer Frist von 2 Jahren dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion mit 64 gegen 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit einer Frist von 2 Jahren überwiesen. Das Geschäft ist erledigt.

64. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden, Schreiben des RR

[21.01.26 16:27:36, 25.5541.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich würde mal sagen, die Antworten sind ein bisschen sparsam ausgefallen und sie konnten mich an zentralen Punkten nicht wirklich überzeugen.

Zum Grundsatz: Der Regierungsrat betont in seinen Antworten mehrfach, dass der Entscheid zum Verkauf nicht primär finanziell motiviert sei, sondern auf Lage, Flächenzuschnitt, Zweckmässigkeit beruhe. Für mich stellt sich hier eigentlich genau das Problem beziehungsweise zeigt es ein Missverständnis. Auf der einen Seite bekennt sich der Kanton mit Gesetzen politisch zu einer aktiven Bodenpolitik, und die hat dann auch, so wie ich es bis anhin immer verstanden habe und ich denke, viele hier drin das auch teilen, einen Kern. Boden soll, wo immer möglich, im öffentlichen Eigentum bleiben und dann über das Instrument von Baurechten gesteuert werden. Deshalb kann der Verkauf von wirklich baureifem Wohnland wirklich nicht als neutraler Verwaltungsvorgang oder sonst wie interpretiert werden, sondern das ist ein politischer Entscheid und der hat auch langfristige Konsequenzen, weil dieser Boden weg ist.

Und ich finde, gerade diese Entscheide müssen doch wirklich besonders gut begründet sein. Und deshalb muss ich wirklich sagen, ist diese Antwort auf meine Interpellation schon sehr sparsam. Einerseits müssen da finanzielle Aspekte erläutert werden und zweitens muss es doch wirklich in eine Strategie passen. Das habe ich leider in der Antwort nicht erfahren.

Die Kleinteiligkeit finde ich auch kein überzeugendes Argument. Der Regierungsrat sagt jetzt zum zweiten Mal, dass das eine isolierte Parzelle sei. Also dieses Argument ist wirklich schwach. Diese Parzelle ist klein und sollte weniger gut angebunden sein. Weiter steht in der Antwort, nein, es gehöre aber zu einer grösseren Entwicklung, wovon man dann den Rest sehr wohl im Baurecht abgebe. Ich würde jetzt sagen, diese 30 Wohnungen, die hier entstehen könnten, sind sicherlich auch nicht wenig. Also das heisst, diese Parzelle befindet sich in einem strategischen Entwicklungsgebiet und der Kanton hat dieses Gebiet selbst mitentwickelt und jetzt verkauft er da ein gutes Stück Boden. Ich verstehe es wirklich nicht. Gerade für kleinere Flächen wäre ja dann das Baurecht das entsprechende Instrument, über das man dann auch steuern kann, welche Wohnformen da hinkämen. Wenn es weg ist, ist es weg.

Und jetzt, und da möchte ich wirklich auch nochmals die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen hier im Saale mitnehmen, dass zu diesen finanziellen Abwägungen einfach gar nichts kommt in dieser Beantwortung, das sehe ich besonders kritisch. Lesen Sie mal die Antworten auf Frage 3, 4 und 5, da kommt nichts. Ich habe gefragt, den einmaligen Verkaufserlös einer hundertjährigen Baurechtszinsnahme entgegenzustellen. Das macht hier die IBS nicht und das finde ich ist absolut kurzfristig, das ist absolut nicht nachhaltig im Sinne unseres Finanzvermögens. Ich erwarte etwas anderes, das ist Verscherbeln von unserem Tafelsilber und sicherlich nicht eine langfristige und sorgsame Anlagepolitik mit unserem Boden in diesem Kanton, auch wenn dieses Grundstück in Augst liegt, und gerade da ist es nämlich eine gute Anlage.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

65. Motion Johannes Sieber und Michela Seggiani betreffend Verbot von Konversionstherapien in Basel-Stadt, Zwischenbericht des RR

[21.01.26 16:33:09, 21.5244.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

66. Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:51:41, 25.5235.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir möchten zurück zu Traktandum 66. Ich eröffne nochmals die Traktandenliste und die Redner:innenliste. Philip Karger hat das Wort.

Philip Karger (LDP): Entschuldigen Sie, dass wir zurückkommen, ich habe mein Votum verpasst. Alle Menschen in der Schweiz, insbesondere auch psychisch Erkrankte, haben grundsätzlich Zugang zu einer Gesundheitsversorgung, die je nach Bedarf präventiv, kurativ, rehabilitiv oder palliativ sind. Ärzt:innen nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Bei dieser Motion geht es um Menschen, die krankheitsbedingt ihre Wünsche nicht mehr äussern und auch keinen Termin bei einer Spezialärztin vereinbaren können. Für diese Menschen stehen, wie es in der Antwort des Regierungsrates heisst, in eskalierenden Situationen Psychiaterinnen und Psychiater zur Verfügung. Wären wir nicht alle entsetzt, wenn wir nur in eskalierenden Situationen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen könnten

Es ist zu begrüssen, dass die Regierung eine adäquate alterspsychiatrische Versorgung der Kantonsbevölkerung für essenziell erachtet. Genau darum halte ich trotz in Aussicht gestellter personeller Verstärkung an der Forderung fest, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Die Aussage der Regierung, dass die alterspsychiatrische Versorgung in den Pflegeheimen sowie im intermediären und ambulanten Bereich im Kanton Basel-Stadt aktuell in sehr guter Qualität und Quantität sichergestellt ist, wird von Fachpersonen bezweifelt. Ich verweise auf die regierungsrätliche Stellungnahme zum Antrag Brandenburger, die eine Umfrage der Arbeitsgruppe Heimärztliche Versorgung aus dem Jahr 2024 zitiert. Dort zeigte sich, dass der Zugang zu alterspsychiatrischen Expertisen für die Pflegeheime meist nicht in gewünschtem Ausmass beziehungsweise innert gewünschter Frist möglich ist.

Zudem beurteilen Hausärzt:innen in Basel-Stadt die alterspsychiatrische Versorgung von Pflegeheimen als mittelmässig bis ungenügend. Das hat eine Studie KIS 2021 ergeben. Demenzbetroffene und psychisch kranke Bewohnende von Pflegeheimen und ausserhalb von Institutionen lebende Menschen haben ein Anrecht auf qualifizierte ärztliche Behandlung und Beratung. Dass in eskalierenden Situationen Psychiater-innen zur Verfügung stehen, entspricht nicht der Realität. Auch das zeigte die Umfrage. Ausserdem sollten Fachärzt:innen zur Förderung von Gesundheit der Betroffenen und zur Vermeidung von Eskalation präventiv hinzugezogen werden und nicht erst in eskalierenden Situationen.

Ich begrüsse es, dass das GD die Psychiatrische Uniklinik und das Felix Platter-Spital 2023 beauftragt hat, den Zugang zu alterspsychiatrischen Leistungen für Hausärzt:innen zu optimieren. Zudem sollen Massnahmen zur Bekanntmachung der zahlreichen bereits existierenden Angebote eingeleitet werden. Ich weise aber darauf hin, dass die Hausärzt:innen in Basel-Stadt die Etablierung eines aufsuchenden konziliarischen Dienstes für Alterspsychiatrie als dringend erforderlich erachten. Dieser Dienst wurde bis heute nicht realisiert und wird auch in der regierungsrätlichen Stellungnahme nicht erwähnt. Das UAFP verfügt bei weitem nicht über die personellen und finanziellen Ressourcen, um bei den 42 Pflegeheimen im Kanton einen Konsiliardienst anzubieten, der substanzielle Auswirkungen zeigen würde. Dies nicht zuletzt auch, weil die Vergütung der ambulanten Leistungen nicht kostendeckend ist.

So werden sich die Pflegeheime auch nicht, wie in der regierungsrätlichen Stellungnahme vorgeschlagen, diesem Modell anschliessen können. Auch ist die Anzahl der niedergelassenen Fachärztinnen im Schwerpunkt Alterspsychiatrie viel zu gering, als dass diese gemeinsam mit dem bestehenden Angebot der UAFP eine bedarfsgerechte alterspsychiatrische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen könnte, zumal weit über 50% der Bewohnenden in Heimen unter einer Demenz oder einer anderen psychischen Erkrankung leiden.

Im Namen der LDP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Vorstoss als Motion stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP-Fraktion hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich hier kurz fassen, da Philip Karger es bereits sehr gut auch erklärt hat und wir ja den Präsidenten an seinem Schlussvotum nicht zu lange hindern sollen.

Auch die SP-Fraktion ist dafür, diese Motion als Motion zu überweisen. Unsere Gesellschaft, wir wissen es, wird immer älter und auch die Demenzerkrankung ist sehr im Zunehmen begriffen und tatsächlich sind auch wir der Meinung, dass gerade auf der zuletzt erwähnten Ebene des konsiliarischen Dienstes in den Altersheimen unbedingt mehr gehen sollte. Es gibt einfach sehr komplexe Situationen und nicht alle können dann im Felix Platter-Spital in der gerontopsychiatrischen Abteilung betreut werden. Viele möchten da sicher auch gerne in der gewohnten. Umgebung in ihren Heimen bleiben, aber dafü braucht es unter anderem eben einen Konsiliardienst, den es, wenn ich es recht im Kopf habe, als Pilot schon gibt, aber der sollte ausgebaut werden.

Er ist offenbar sehr gefragt, regelmässige Sprechstunden in den Heimen wären dringend erforderlich und auch sonst denke ich nicht, dass alles zum Besten in dieser besten aller möglichen Welten steht, wie es in der Stellungnahme der Regierung steht. Ganz sicher wurde viel getan, das soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber die immer älter werdende Bevölkerung und die grausamen Fälle dieser Demenzerkrankungen haben verdient, dass man diese Motion jetzt als Motion überweist. Ich habe mich gewundert, dass die Regierung nicht, wie sonst so oft auf Anzug geht, sondern überhaupt nichts überwiesen haben will, also eigentlich sagt, das Problem gibt es nicht, das hat mich doch etwas erstaunt. Ich schliesse mich also wirklich im Namen der SP gerne Philip Karger an und beantrage Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie dürfen mir glauben, dass wir nicht die Bedeutung des Themas in Abrede stellen wollen, wenn wir Ihnen in diesem Fall beantragen, uns die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen. Wir sehen darin ehrlicherweise auch nicht viel praktische Hilfestellung. Sie geben uns mit, dass Sie es gerne besser hätten, aber Sie geben uns die dafür notwendigen Mittel nicht in die Hand.

Ich muss Ihnen auch sagen, es ist nicht besonders hilfreich, wenn wir abwechslungsweise mit Blick auf die verschiedenen Anspruchsgruppen und Bevölkerungsgruppen darauf hingewiesen werden, dass mehr Psychiatrie noch besser wäre. Wir bemühen uns nach Kräften. Wir haben hier schon öfter über die Psychiatrie und Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen gesprochen. Wir sprechen über die Angebote für Traumabetroffene, für Gewaltbetroffene, für Suchtbetroffene, und wir sprechen auch über die Alterspsychiatrie. Aber wir sollten vielleicht nicht für jede einzelne Anspruchsgruppe eine eigene Motion aufgetragen bekommen, einfach deshalb, weil uns das in der praktischen Bewältigung der Herausforderungen, die es selbstverständlich gibt, nicht wirklich hilft.

Wir haben Ihnen dargelegt, was wir gemacht haben und was wir weiter zu tun gedenken. Es ist überhaupt nicht so, dass wir hier selbstgefällig der Ansicht wären, dass nichts mehr zu tun wäre. Ich muss Ihnen einfach sagen, wir können in vier Jahren noch einmal berichten, was wir gemacht haben. Aber konkret ist wenig da und die Mittel werden uns auch nicht mitgeliefert mit dieser Motion. Insofern habe ich den Eindruck, dass Sie sehr zu Recht ein sehr wichtiges Thema angesprochen haben, aber zur Bewältigung der Fragestellungen und der Herausforderungen helfen Sie uns nur mässig. Daran arbeiten wir weiter, auch wenn Sie jetzt auf diese spezifische Motion, wie wir es Ihnen vorschlagen, nicht eintreten würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008232, 21.01.26 17:02:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion der Regierungsrat zu Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Geschäft mit 59 gegen 33 Stimmen bei 3 Enthaltungen als Motion weiterbearbeiten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche hier bzw. beende die Sitzung mit meiner Schlussrede. Darf ich Sie bitten, ihre Plätze einzunehmen?

67. Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[21.01.26 16:33:41, 25.5288.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Melanie Eberhard hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Melanie Eberhard (SP): Bereits bei der Erstüberweisung habe ich dargelegt, weshalb die Pflege im Kanton Basel-Stadt vor grossen strukturellen Herausforderungen steht: Fachkräftemangel, hohe Belastung, ungenügende Anerkennung, aber auch weiterhin unzureichende strategische Mitsprache in gesundheitspolitischen Fragen. Diese Ausgangslage hat sich seither nicht verändert, im Gegenteil. Die Anforderungen an unser Gesundheitssystem steigen weiter, die Abhängigkeit vom Ausland bleibt hoch und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung wird immer komplexer. Heute geht es deshalb nicht mehr darum, wie das Ob aussehen soll, sondern eben um das Wie.

Der Regierungsrat beantragt in seiner Stellungnahme, die Motion als Anzug zu überweisen, insbesondere aufgrund der folgenden drei Überlegungen. Erstens, mit der befristeten Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative sei der Bedarf bereits gedeckt, zweitens, die Schaffung der zusätzlichen Funktion könne zu Doppelspurigkeiten führen und drittens, die bestehenden Strukturen seien ausreichend.

Ich möchte klar festhalten, dass diese Einschätzung aus fachlicher, strategischer und langfristiger Perspektive zu kurz greift. In den vergangenen Wochen habe ich die Einschätzung des Regierungsrates mit sehr vielen unterschiedlichen Fachpersonen gespiegelt. Ich habe mit Personen aus der Pflegepraxis, aus Akutspitälern, der Langzeitpflege, ambulanter Versorgung Kontakt gehabt, aus der Versorgungsforschung sowie den Pflegewissenschaften und aus der Hochschullehre. Ich habe Kontakt gehabt mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen eines anderen Kantons, um eben diese Einschätzung spiegeln zu können. Und alle Expertinnen haben mir übereinstimmend die Haltung dargelegt, dass eine kantonale Pflegeverantwortliche eben einen sehr wichtigen Beitrag zur Stärkung und zur Weiterentwicklung der Pflege schaffen würde, was ein zentrales Element ist für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem, auch im Kanton Basel-Stadt.

Ich möchte nur noch auf drei einzelne Elemente besonders fokussiert eingehen. Erstens, die geschaffene befristete Stelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative reiche, wurde gesagt. Die Projektstelle zur Umsetzung der Pflegeinitiative erfüllt einen sehr wichtigen, aber auch sehr klar begrenzten Auftrag. Sie fokussiert auf die Ausbildung, auf Personalfragen und die Umsetzung des nationalen Verfassungsauftrages. Eine kantonale Pflegeverantwortliche hingegen versteht Pflege nicht primär als Personalthema, sondern als eigenständigen Steuerungs- und Versorgungsbereich innerhalb des gesamten Gesundheitssystems. Eine kantonale Pflegeverantwortliche könnte dadurch die Koordination der Ausbildungen und die Wirkungsbereiche von Pflegehelfer:innen hin zu promovierten Pflegewissenschaftler:innen aktiv mitgestalten. Zudem würde sich eine kantonale Pflegeverantwortliche mit Versorgungsqualität, integrierter Versorgung, Patient:innen-Sicherheit, Public Health, der evidenzbasierten Weiterentwicklung der Pflegepraxis und der strategischen Nutzung pflegerischer Kompetenzen beschäftigen, also eine breite Palette an Themen abdecken und dabei wichtige pflegerische Perspektiven ins Gesundheitsdepartement einbringen, die heute weitgehend fehlen.

Dann der zweite Punkt mit den Doppelspurigkeiten: Heutzutage sind nicht Doppelspurigkeiten das Problem, sondern die strukturellen Leerstellen. Die Pflege wird heute in der kantonalen Verwaltung fragmentiert, sektorenspezifisch und häufig sehr operativ gedacht. Was aber fehlt, ist eine settingübergreifende und strategische Perspektive. Akutpflege, Langzeitpflege, ambulante Versorgung, Prävention und Public Health sollten übergreifend aus der pflegerischen Perspektive

eben auch mitgedacht werden. Eine kantonale Pflegeverantwortliche schwächt den Kantonsarzt denn auch nicht, im Gegenteil, sie stärkt die gesundheitspolitische Führung insgesamt. Während der Kantonsarzt nämlich eine stark medizinisch geprägte Perspektive einbringt, ergänzt die Pflege eine ganzheitliche Sicht auf Versorgung, Betreuung und Alltagsrealitäten in den unterschiedlichsten Settings. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie zentral diese Perspektive ist und wie wenig sie eben heutzutage institutionell verankert ist, auch in Basel. Andere Kantone haben in den letzten Jahren die Stellen geschaffen und zeigen, dass es sehr gut funktioniert. Die Kantone Luzern, St.Gallen und Waadt verfügen bereits über eine kantonale Pflegeverantwortliche und ich habe gerade gestern gelesen bzw. gestern hat gerade der Kanton Wallis seine Stelle besetzt bzw. eben darüber informiert, wer das zukünftig machen wird.

In der Hoffnung, dass diese Thematik und das Anliegen nach einer kantonalen Pflegeverantwortlichen nun auch angegangen wird, möchte ich auch noch kurz den Blick nach vorne richten und darlegen, welchen Beitrag diese Funktion in unserem Kanton leisten kann. Eine kantonale Pflegeverantwortliche würde die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und Standards im Pflegebereich aktiv vorantreiben. Sie würde die evidenzbasierte Pflege systematisch stärken und die Qualität der Versorgung weiterentwickeln. Sie könnte auch die Integration und den gezielten Einsatz von Advanced Practice Nursing fördern oder die strategische Nutzung von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Robotik in der Pflege vorantreiben. Mit einer kantonalen Pflegeverantwortlichen könnte sich die Patientensicherheit erhöhen und die Versorgungsqualität nachhaltig gestärkt werden. Und zu guter Letzt würde die pflegerische Perspektive eben in übergeordnete Fragestellungen der Bevölkerungsgesundheit einfliessen.

Um die Gesundheitsversorgung in unserem Kanton also nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln und dabei die Ressourcen auch effizient und effektiv einzusetzen, sind das Wissen und die Erfahrung von Pflegefachpersonen und Hebammen für strategische Ziele unabdingbar. Ich bitte Sie deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen, damit die Stelle einer kantonalen Pflegeverantwortlichen auch wirklich geschaffen wird. Es wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung unseres Gesundheitssystems.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Meine Vorrednerin hat eigentlich das Wesentliche bereits gesagt und ich werde mich kurz halten.

Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb und auch der Fraktion BastA greift die Stellungnahme des Regierungsrates zu kurz in seinem Verständnis, warum es weiterhin eine Motion braucht. Der Regierungsrat versteht die Funktion der Chief Nursing Officer vorwiegend im Ausbildungs- und Personalbereich. Eine Pflegeverantwortliche versteht Pflege jedoch nicht primär als Projekt- oder Ausbildungsoffensive, sondern als eigenständigen professionellen Steuerungsbereich im Gesundheitssystem. Diese Eigenlogik der Pflege wird im heutigen System unterschätzt und findet im Gesundheitsdepartement nach unserem Verständnis bislang zu wenig systematisch Eingang.

Uns ist es ein Anliegen, dass die Entwicklung der Pflege in unserem Kanton strategisch, dauerhaft und unbefristet verankert wird und nicht ausschliesslich projektbezogen über die Umsetzung der Pflegeinitiative erfolgt, wobei ich hier erwähnen möchte, dass wir von den Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA begrüssen, dass dafür nun eine Projektleitung eingesetzt wurde. Diese kann und soll jedoch eine strukturelle, politische, verankerte Pflegeverantwortung nicht ersetzen.

Die Ansiedlung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen soll zudem dort erfolgen, wo sie Einfluss auf strategischer und politischer Ebene ausüben kann, beispielsweise direkt beim GS, wie dies in anderen Kantonen wie etwa Luzern, St.Gallen oder Waadt der Fall ist. Nur so ist gewährleistet, dass die Pflegeperspektive tatsächlich in politische, strategische und strukturelle Entscheidungsprozesse einfliesst. Die Pflegeperspektive ist im Vergleich zu einem stark medizinisch geprägten Gesundheitsverständnis ganzheitlicher. Sie stellt zudem die grösste Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar. Es ist deshalb für uns nur folgerichtig, dass diese Perspektive in der Verwaltung angemessen vertreten ist.

Alle diese Punkte sprechen für uns in der Fraktion und auch für die Fraktion BastA klar dafür, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Nur so stellen wir sicher, dass der Regierungsrat verbindlich eine gesetzliche Grundlage ausarbeitet und wir hier im Parlament über die strategische Ausrichtung der Pflege mitentscheiden können. Ich bitte Sie daher auch im Namen der Fraktion BastA bei der Zweitüberweisung bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberg hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen im Namen des Regierungsrats beantragen, diese Motion in der Form des Anzugs weiter zu bearbeiten. Die angesprochenen Fragestellungen sind wichtig. Ich glaube, Sie unterschätzen die Komplexität dieser Fragestellungen, Sie unterschätzen die Komplexität der Pflegethematik und Sie unterschätzen die

Kompetenzen, die wir dazu bereits haben, wenn Sie der Auffassung sind, der Lösungsweg führe darüber, einfach eine neue Stelle mit diesem Titel zu bezeichnen. Entschuldigen Sie meine Wortwahl, ich halte das für einen etwas naiven bürokratischen Ansatz.

Die Pflegethemen durchdringen das Gesundheitswesen in all unseren Funktionen. Wenn wir eine Versorgungsplanung machen, dann ist die nicht ärztlich motiviert, sie ist auch nicht pharmazeutisch motiviert und sie ist auch nicht ausschliesslich pflegerisch motiviert, sondern sie ist selbstverständlich holistisch. Das muss sie sein, das ist unser Anspruch und den, das würde ich für uns in Anspruch nehmen, lösen wir auch ein.

Wir haben sehr wohl Funktionen, die näher und die etwas weiter weg sind zu einem fachlichen Pflegebezug. Sehr nahe ist die Abteilung Langzeitpflege. Dort werden die Pflegeheime- und die Spitex-Leistungen geplant und auch strategisch entwickelt. Und dann gibt es vielleicht einen weniger expliziten Bezug in der Spitalplanung oder im Bereich der Aufsicht über die Gesundheitsberufe. Aber diese Themen kommen zum Tragen. Und sie lassen sich nicht isolieren und auf eine Person oder auf eine Stelle delegieren, weil eine vernetzte Versorgungsplanung und eine holistische Public Health-Politik nicht so einfach gemacht werden kann.

Zum Teil habe ich auch den Eindruck, dass Sie sehr fachliche oder gar akademische Erwartungen haben an so eine Stelle. Dafür ist aber nicht die Verwaltung der Ort, sondern dafür haben wir Ausbildungsbetriebe, wir haben das Bildungszentrum Gesundheit BZG und wir haben die FH nicht Nordwestschweiz, sondern Bern, die in Basel Themen bearbeitet, und wir haben ein Institut für Pflegewissenschaften an der Universität Basel, das älteste in der Schweiz. Es hat eben letztes Jahr das 25-jährige Jubiläum gefeiert. Die haben die Kompetenz zu diesen inhaltlichen Themen und bringen diese auch in die öffentliche Diskussion ein. Das können und wollen wir nicht konkurrieren mit einer kantonalen Funktion.

Insofern glaube ich, ist es der bessere Ansatz, wenn wir diese Themen, die Sie zu Recht ansprechen, in der Anzugsform weiter bearbeiten und nicht diesen schwereren Weg mit Gesetzgebung und Motion beschreiten müssen. Sie müssten dann in der Umsetzung der Motion ohnehin gewärtigen, dass die organisatorische Ausgestaltung sich ausschliesslich im Kompetenzbereich des Regierungsrats befindet und insofern finde ich es nicht richtig, wenn man sich bereits hier im Saal über die organisatorische Anbindung einer solchen Funktion äussert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Eberhard, diese wird entgegengenommen.

Melanie Eberhard (SP): Sie haben jetzt verschiedene Institutionen beispielsweise eben auch aus der Forschung und der Bildung angesprochen. Gedenken Sie, diese dann auch aktiv einzubeziehen in die weitere Planung, weil es sind genau diese Stellen, mit denen ich ja auch im Austausch stand und mit denen ich gemeinsam diese Motion auch erarbeitet habe. Da spüre ich eine andere Haltung.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ja, da weisen Sie zu Recht darauf hin, dass wir in der Pflicht stehen. Das ist meine Absicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Melanie Eberhard beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008226, 21.01.26 16:50:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung an den Regierungsrat als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Wir haben einen Ordnungsantrag auf dem Tisch. Traktandum 66 ging verloren, dass da andere Anträge gestellt werden sollen. Wir stimmen darüber ab, ob wir nochmal in das Geschäft eintauchen. Es braucht ein Zweidrittelsmehr. Ich starte die Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Wiedererwägung Traktandum 66, NEIN heisst keine Wiedererwägung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008229, 21.01.26 16:51:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Wiedererwägung von Traktandum 66.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sehr geehrte Frau Statthalterin, liebe Gianna, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stefan, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sehr geehrte Menschen an den Bildschirmen, liebe Familien und Freunde und Freundinnen. Vor exakt 350 Tagen sass ich hier an diesem Pult. Ich erinnere mich gut an diesen Moment. Der Saal war wie heute gefüllt, die Erwartungen waren spürbar und ich blickte mit einer Mischung aus Vorfreude und Respekt in Ihre Gesichter. Damals stellte ich Ihnen eine Frage, die mich seither nicht mehr losgelassen hat. Sie hat mich auch durch das ganze Amtsjahr begleitet. Haben Sie heute Morgen bereits eine Brücke überquert? Damals war diese Frage eine Einladung. Sie war der gedankliche Auftakt zu einem Amtsjahr, das ich ganz bewusst und mit voller Überzeugung unter das Motto Brücken bauen gestellt habe. Ich habe damals von Troubled Waters gesprochen, ich habe Simon & Garfunkel zitiert, nicht aus musikalischer Nostalgie, sondern weil das Bild des aufgewühlten Wassers der stürmischen See die Stimmung unserer Zeit so treffend beschreibt.

Wir leben in Zeiten, in denen Gewissheiten schwinden, in Zeiten, in denen wir Stabilität nicht mehr als gegeben voraussetzen können, sondern sie uns jeden Tag neu erarbeiten müssen. Ich sah das Brückenbauen nie als eine technokratische Bauanleitung für Ingenieure, ich sah es als einen dringenden gesellschaftlichen, ja zutiefst politischen Auftrag an uns alle. In einer Welt, in der die Algorithmen der sozialen Medien uns in Echokammern isolieren, in einer Zeit, in der die Gräben zwischen denen da oben und den da unten, zwischen Stadt und Land, zwischen Tradition und Moderne tiefer zu werden scheinen, wollte ich ein Zeichen setzen. Wenn die Töne schriller werden und die Geduldsfäden kürzer, dann ist es die nobelste Aufgabe der Politik, das Verbindende über das Trennende zu stellen.

Heute sitze ich wieder hier, der Kreis schliesst sich, das Amtsjahr neigt sich dem Ende zu und die Metapher hat sich gewandelt. Ich habe nicht mehr den frischen Bauplan in der Hand, ich stehe nicht mehr am Reissbrett. Stattdessen trage ich einen Rucksack auf dem Rücken. Er ist schwer, aber es ist eine schöne Schwere. Er ist gefüllt mit einem Jahr voller Leben, voller Erlebnisse, voller Begegnungen und Erkenntnisse. Und wenn ich heute an diesem letzten Tag meiner Präsidentschaft auf die vergangenen zwölf Monate zurückblicke, dann tue ich das mit einer tiefen Dankbarkeit und einer wichtigen beruhigenden Erkenntnis: Die Brücken von Basel halten.

Als höchster Basler hatte ich in den vergangenen zwölf Jahren das grosse Privileg, unseren Kanton in einer Intensität und Dichte zu erleben, die man im normalen Alltag kaum für möglich hält und die man vielleicht auch nur einmal im Leben in dieser Form erfährt. Ich durfte in diesem Jahr rund 180 Anlässe besuchen. 180 Mal durfte ich hier hinausgehen, raus aus der Blase des Parlamentsbetriebs, hinein in die echte Welt.

Ich durfte eintauchen in die vielfältigen Realitäten unserer Stadt. Diese 180 Termine waren keine Pflichtübungen, sie waren 180 Lektionen in Staatskunde und Menschlichkeit. Es waren 180 Begegnungen mit den Menschen, die unsere 36,95 km2 ausmachen, die diesem Kanton ihr Gesicht und ihren Charakter geben. Ich habe eine Tour de Bâle erlebt, die mir die Augen geöffnet hat für die unglaublichen Kontraste, die unsere Heimat prägen.

Ich war in jedem Quartier, vom tiefen Kleinbasel hinauf auf das Bruderholz oder Bettingen, von Riehen bis ins Bachletten. Ich habe die Stille erlebt und den Lärm. Ich stand in festlich geschmückten, holzgetäfelten Zunftsälen, in denen Jahrhunderte an Traditionen atmen, wo man Geschichte fast mit Händen greifen kann und wo Rituale gepflegt werden, die uns Halt geben in einer doch sehr schnellen Zeit. Und nur Stunden später sass ich vielleicht in den Gläsern moderner Sitzungszimmern von Firmen, wo die Zukunft gerade erst programmiert wird, wo künstliche Intelligenz und Life Sciences die Welt von morgen formen.

Ich durfte Hände schütteln auf staubigen Sportplätzen, wo Trainerinnen und Trainer bei Wind und Wetter Kindern beibringen, was Fair Play bedeutet. Ich war in unseren Kulturinstitutionen, in unseren Museen und Theatern, die Basel weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen lassen. Ich war Gast bei religiösen Feiern unterschiedlichster Glaubensgemeinschaften und durfte spüren, dass der Glaube, egal in welcher Form, auch eine starke Brücke zwischen Menschen sein kann. Und ich war in den Einsatzzentralen und Wachen unserer Blaulichtorganisationen bei der Polizei und der Rettung, Orte, an denen Professionalität über Leben und Tod entscheidet.

Was habe ich bei dieser intensiven Reise an diesen 180 Stationen gelernt? Ich habe gelernt, dass eine Brücke, so elegant der Bogen auch geschwungen sein mag, nur so stark ist wie ihre Verankerung im Boden. Und der Boden unseres Kantons, das fundamentale Gestein, auf dem wir stehen, ist unglaublich solide. Es besteht nicht nur aus Beton und Asphalt, es besteht aus dem Engagement von tausenden Baslerinnen und Baslern, Riehenerinnen und Riehener, Bettigerinnen und Bettigern.

Egal, wo ich hinkam, ob im kleinen, fast familiären Kreis eines Vereinsvorstands, der sich ehrenamtlich um die Quartierarbeit oder die Jugendförderung kümmert, oder vor der grossen internationalen Kulisse eines Jubiläums, überall habe ich denselben Geist gespürt, den Geist der Verantwortung. Ich bin Menschen begegnet, die nicht als erstes fragten, was kriege ich dafür oder lohnt sich das für mich, sondern ich bin Menschen begegnet, die sagen, ich mache das, weil es mir wichtig ist, ich mache das, weil es getan werden muss. Das Milizsystem und das Ehrenamt, diese zwei Säulen unserer Schweizer Identität, die mir politisch wie persönlich sehr am Herzen liegen, sind keine theoretischen verstaubten Konzepte aus dem Staatskundebuch. Sie sind lebendig, sie sind der Mörtel, der diese 180 Mosaiksteine, die ich besuchen durfte, zu einem stabilen Gesamtbild zusammenhält.

Ohne die Menschen, die nach dem Feierabend ihre Uniform anziehen, um für unsere Sicherheit zu sorgen, ohne die, die stundenlangen Instrumente üben oder Larven basteln, um an der Basler Fasnacht Freude zu verbreiten, ohne jene, die sich in sozialen Stiftungen für Schwächere einsetzen oder in der Nachbarschaftshilfe tätig sind, ohne sie alle würde das Bauwerk Basel Risse bekommen. Es würde instabil. Ihnen allen, diesen Tausenden von stillen Brückenbauerinnen und Brückenbauern gebührt mein und unser allertiefster Respekt. Diese 180 Anlässe waren für mich 180 Beweise dafür, dass unsere Zivilgesellschaft lebt, atmet und trägt.

Und hier im Saal, wie steht es um unsere Brücken? Wir haben in diesem Jahr auch hier drin unermüdlich gebaut, zugegeben, wenn wir ehrlich sind, unsere Konstruktionen waren nicht immer von ästhetischer Eleganz, nicht jede Debatte war eine Golden Gate Bridge. Manchmal waren es pragmatische Notstege, um ein dringendes Problem zu überbrücken, manchmal waren es mühsame Pontonbrücken im stürmischen Wasser, schwankend und unsicher, bei denen wir um jeden Meter ringen mussten, um ans andere Ufer zu gelangen. Ja, wir haben gestritten, wir haben hart in der Sache diskutiert, wir haben um Lösungen gerungen, wir haben uns nichts geschenkt und wissen Sie was? Das ist gut so.

Eine Demokratie, die nicht streitet, ist tot. Eine Demokratie, die Harmonie vortäuscht, wo Interessenkonflikte bestehen, ist unehrlich. Ich habe in meiner Antrittsrede das Bild der Dehnungsfuge verwendet. Eine Brücke aus Stahlbeton ohne Dehnungsfugen wird beim ersten Frost oder bei der ersten grossen Hitze reissen. Sie braucht Spielraum. Es braucht Platz für Spannung. Unser Parlament ist diese Dehnungsfuge unserer Gesellschaft. Hier müssen Spannungen ausgehalten werden, damit sie draussen auf der Strasse nicht zur Spaltung führen.

Aber entscheidend ist eines: Wir haben uns meistens am anderen Ufer wiedergefunden. Wir haben bewiesen, dass der politische Diskurs in Basel-Stadt trotz unterschiedlichen Meinungen, trotz unterschiedlichen Ideologien von Anstand und Respekt getragen sein kann. Wir haben gezeigt, dass man hart in der Sache sein kann, ohne die Brücken zum Gegenüber einzureissen, dass man den politischen Gegner kritisieren kann, ohne ihn als Feind zu betrachten. Dafür, für diese politische Kultur, die in der heutigen Welt alles andere als selbstverständlich ist, danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein solches Jahr, ein solches Pensum mit 180 Terminen und unzähligen Sitzungen bewältigt man nicht allein. Auch der stabilste Brückenpfeiler braucht einen Untergrund, der ihn trägt. Auch der Präsident braucht Menschen, die ihn stützen, wenn er müde ist, und die ihn korrigieren, wenn er mal falsch liegt. Mein Dank gilt heute jenen Personen, die mir den Rücken gestärkt haben, damit ich dieses Pensum überhaupt stemmen konnte.

Allen voran Jessica. Du warst mein Anker, wenn es draussen stürmisch war. Du hast mir den Rücken freigehalten und mir die Kraft gegeben, dieses Amt mit voller Freude auszuführen. Danke für deine Geduld und dein Verständnis.

Ich danke meiner Statthalterin Gianna und dem gesamten Ratsbüro für die kollegiale Zusammenarbeit. Wir waren ein Team und die Unterstützung bei der Sitzungsleitung war für mich unersetzlich. Es war auch hier ein Miteinander und kein Gegeneinander.

Ein ganz besonders tief empfundener Dank geht an den Parlamentsdienst. Ihr seid die Statikerinnen und Architekten im Hintergrund. Ihr seid die, die im Maschinenraum arbeiten, damit das Schiff auf Kurs bleibt. Ihr sorgt dafür, dass hier nichts einstürzt, dass die Abläufe stimmen, dass die Protokolle korrekt sind und ich mich voll und ganz auch auf meine anderen Aufgaben konzentrieren kann. Eure Professionalität, eure Diskretion und eure Loyalität sind das Rückgrat des Betriebs.

Ein grosser Dank gebührt auch meiner Arbeitgeberin Roche. Dass ein globales Unternehmen mir den nötigen Freiraum gibt, dieses anspruchsvolle und zeitintensive Amt auszufüllen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein starkes Zeichen für die funktionierende Partnerschaft und die tiefe Verbindung von Wirtschaft und Politik in unserer Stadt. Es ist das Bekenntnis zum Standort Basel und zum sehr wichtigen Milizsystem, das darauf angewiesen ist, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dieses Engagement überhaupt mittragen.

Ganz besonders danke ich auch meinem privaten Umfeld und meinen Freundinnen und Freunden. Sie mussten in diesem Jahr sehr oft auf mich verzichten. Der Balz ist schon wieder weg, hiess es wohl oft. Wenn ich abends noch zu einem Grusswort eilte, wenn ich am Wochenende an Zunftanlässen oder Vernissagen war, haben Sie mir auch den Rücken freigehalten. Ihr seid meine persönliche Hängebrücke, die mich auch über tiefe Täler sicher trägt. Ohne dieses private Netz würde man in der Öffentlichkeit fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kreis schliesst sich nun endgültig. Ich gebe den Stab oder die Glocke oder, wie im Bild meiner Präsidentschaft zu bleiben, den Bauhelm nun weiter. Ich verlasse dieses Pult gleich als nicht mehr höchster Basler, sondern kehre zurück in die Reihen als einer von Ihnen. Ich werde wieder Grossrat Herter sein, das bedeutet auch, ich gewinne meine politische Stimme zurück. Als Präsident ist man der Zurückhaltung verpflichtet, man moderiert, man repräsentiert, man muss oft auf die Zunge beissen, wo man gerne mitreden möchte. Ich freue mich darauf, nun wieder Debatten zu führen, ich freue mich darauf, Anträge zu stellen und ja, ich werde etwas parteipolitischer argumentieren, etwas pointierter auftreten, als es mir in diesem Jahr mit der überparteilichen Repräsentation möglich und auch gestattet war.

Ich tue dies aber mit einer grossen Portion Demut und Dankbarkeit. Es war mir eine ganz grosse Ehre, Ihr Präsident zu sein, es war mir eine Ehre, diese wunderbare Stadt und den Kanton 180 Mal repräsentieren zu dürfen. Jede einzelne Begegnung hat sich in mein Gedächtnis eingebrannt.

Ich möchte Sie zum Abschied ermutigen, ja, auffordern, lassen Sie uns auch in Zukunft mutig sein. Die Welt um uns herum wird nicht einfacher, wir sehen das jeden Tag in den Medien. Die Herausforderungen für Basel, für unseren Wirtschaftsstandort, für unseren sozialen Zusammenhalt werden nicht kleiner. Lassen Sie uns in diesem Moment nicht den einfachen Weg wählen. Lassen Sie uns nicht Mauern hochziehen, wenn es schwierig wird. Lassen Sie uns nicht die Schotten dichtmachen, wenn uns die Argumente des anderen nicht passen.

Lassen Sie uns weiter an den Verbindungen arbeiten. Investieren wir in den Unterhalt unserer gesellschaftlichen Brücken. Pflegen wir den Dialog, auch wenn er anstrengend ist, denn, und das hat sich im letzten Jahr bei jeder einzelnen meiner 180 Besuchen bestätigt, sei es am höchsten Feiertag oder am kleinsten Quartierfest, die Aussicht von der Mitte der Brücke, der Blick auf das gemeinsame Ganze, der Blick, der beide Ufer sieht, verbindet und ist immer noch die schönste Perspektive, die wir haben können. Tragen wir Sorge zu Basel, bauen wir weiter.

Hiermit schliesse ich das erste Amtsjahr der 45. Legislatur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich, Sie nachher wieder zu treffen.

Schluss der 50. Sitzung

17:20 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2**
23.9050

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 09:21:41
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	27	12	12	11	10	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	11	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5603

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:07:53
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	12	12	12	10	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	12	12	12	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5603

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:08:47
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.5604

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:09:51
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Alexandra Dill, GPK)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	10	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	10	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.5518

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 10:10:55
Geschäft Wahl eines Präsidenten / einer Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	28	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 11:53:29
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	1	12	12	0	10	7	7	0	0	0
Nein	44	28	0	0	10	0	0	0	6	0	0
Ent	3	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 11:54:13
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	1	12	12	2	10	7	7	0	0	0
Nein	43	28	0	0	9	0	0	0	6	0	0
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.0345

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 14:35:59
Geschäft Basler Personenschifffahrt AG (BPG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	97	30	11	12	12	10	7	7	6	1	1
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:07:59
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	28	0	11	10	1	7	0	6	0	0
Nein	29	0	13	1	0	8	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	12	10	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:09:01
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	10	10	7	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	12	10	10	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0556

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:10:13
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	19	13	11	8	9	5	7	1	0	0
Nein	15	9	0	1	1	0	0	0	4	0	0
Ent	6	1	0	0	1	1	2	0	1	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9.1**
22.5040

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 17:11:21
Geschäft Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	13	12	0	9	6	7	0	0	0
Nein	18	0	0	0	10	1	1	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1443

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:01:56

Geschäft Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	0	1	12	0	0	0	0	6	0	0
Nein	72	29	12	0	8	10	7	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	8	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1443

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:02:39

Geschäft Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Erster Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten sowie Kenntnisnahme der Vorstudie Stadtraum Bahnhof SBB. Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die weitere Koordination und Planung im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	29	12	0	8	10	7	6	6	0	0
Nein	13	0	1	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	8	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.1**
19.5023

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:03:31

Geschäft Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	0	0	8	6	7	0	5	0	0
Nein	36	0	13	12	0	3	0	7	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	8	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	3	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.2**
17.5445

Abstimmungsdatum 07. Januar 2026 18:04:10
Geschäft Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	29	0	0	8	7	7	0	6	0	0
Nein	34	0	13	12	0	2	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	8	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	3	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.1222

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 09:35:58
Geschäft Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	28	13	3	12	10	7	1	6	0	0
Nein	13	0	0	8	0	0	0	5	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.1115

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 10:30:54
Geschäft Anpassung des Finanzhaushaltgesetzes, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ent	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	60	2	13	12	10	10	7	6	0	0	0
Nein	11	7	0	0	1	0	0	0	2	1	0
Ent	25	20	0	0	1	0	0	0	4	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:04:04

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:04:49

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:05:51

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	0	1	12	0	7	0	6	0	0
Nein	40	0	12	11	0	10	0	6	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:06:30

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:07:07

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.1408

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:07:44

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich musikalische Bildung für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	13	12	12	10	7	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1387

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:22:46
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	28	9	0	12	9	7	1	6	0	0
Nein	21	0	4	12	0	1	0	4	0	0	0
Ent	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1387

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:23:24
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	28	13	10	11	8	7	6	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:37:28

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:38:05

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
25.1389

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 11:38:44

Geschäft Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familea für den Zeitraum 2026–2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	13	8	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	8	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1416

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:25:38

Geschäft Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	12	0	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	82	29	13	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.1416

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:26:23

Geschäft Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	30	12	2	12	10	7	6	6	0	0
Nein	11	0	0	10	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.2**
19.5292

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:27:48

Geschäft Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian-Weg, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	30	0	0	12	6	7	6	6	0	0
Nein	26	0	12	12	0	2	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11.3**
19.5293

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:28:24

Geschäft Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	30	0	0	12	7	7	6	6	0	0
Nein	26	0	13	12	0	1	0	0	0	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	30	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.1253

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:35:37
Geschäft Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	30	13	12	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	12	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.1426

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 15:44:46

Geschäft Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	30	13	12	11	10	7	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	10	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.1574

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 16:03:47

Geschäft Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	12	12	11	10	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	12	12	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5173

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 16:28:40
Geschäft Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	94	30	13	12	11	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5565

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:05:50

Geschäft Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	0	0	12	6	7	0	6	0	0
Nein	62	29	13	11	0	3	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
25.5566

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:22:04

Geschäft Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli fürJustiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	9	0	0	0	0	9	0	0	0	0	0
Nein	79	28	12	11	10	0	6	6	6	0	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	11	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	2	1	0	1	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5567

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:32:36

Geschäft Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	0	0	12	1	2	0	6	0	0
Nein	42	0	13	11	0	8	4	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	13	11	12	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
25.5568

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:42:35

Geschäft Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „ooink ooink Production“)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	29	0	0	12	7	4	0	6	0	0
Nein	34	0	12	12	0	2	2	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5570

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 17:52:20

Geschäft Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	29	0	0	12	3	0	0	6	0	0
Nein	45	0	13	12	0	6	7	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5569

Abstimmungsdatum 14. Januar 2026 18:01:01

Geschäft Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	28	0	0	11	7	7	0	6	0	0
Nein	33	0	12	12	0	2	0	6	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
25.5572

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:17:26

Geschäft Budgetpostulat 7 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	30	0	0	10	10	7	0	6	0	0
Nein	31	0	12	12	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5573

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:38:23

Geschäft Budgetpostulat 8 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	31	0	0	11	4	7	0	6	0	0
Nein	35	0	11	12	0	4	0	7	0	1	0
Ent	3	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5574

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 09:57:46

Geschäft Budgetpostulat 9 Patrizia Bernasconi betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, Öffentlicher Verkehr (Globalbudget), (Nachtzugverbindung nach Malmö)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	23	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	55	6	13	12	0	9	7	7	0	1	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
25.5575

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:02:19

Geschäft Budgetpostulat 10 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	60	31	0	2	11	7	3	0	6	0	0
Nein	35	0	13	9	0	2	3	7	0	1	0
Ent	2	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
25.5576

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:18:30

Geschäft Budgetpostulat 11 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	31	0	4	11	8	0	3	6	0	0
Nein	20	0	4	5	0	1	5	4	0	1	0
Ent	15	0	9	3	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5493

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:33:33
Geschäft Motion 2 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	12	12	5	9	2	2	0	0	0
Nein	46	29	1	0	1	1	4	3	6	1	0
Ent	8	0	0	0	5	0	1	2	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5508

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 10:51:13
Geschäft Motion 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ent	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	8	12	9	3	9	7	7	0	0	0
Nein	26	14	0	0	5	0	0	0	6	1	0
Ent	9	7	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	2	2	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
25.5519

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:23:28

Geschäft Motion 5 Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	31	0	0	11	7	7	0	6	0	0
Nein	33	0	13	11	0	1	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
25.5494

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:35:29
Geschäft Anzug 1 Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	31	13	12	11	8	6	7	0	0	0
Nein	7	0	0	0	0	0	0	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	31	13	12	11	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	2	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
25.5511

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:43:17
Geschäft Anzug 4 Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	30	11	0	11	10	7	4	6	0	0
Nein	13	0	0	11	0	0	0	1	0	1	0
Ent	3	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	95	30	11	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
25.5495

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 11:51:54

Geschäft Anzug 5 Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	19	10	12	10	9	6	7	0	0	0
Nein	3	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	77	19	10	12	10	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	22	12	3	0	1	1	1	0	2	1	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
25.5515

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:08:14

Geschäft Anzug 8 Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	1	13	12	9	10	5	7	0	0	0
Nein	31	25	0	0	1	0	0	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	13	12	10	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
19.5281

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:21:37

Geschäft Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	13	12	0	10	7	7	0	0	0
Nein	44	28	0	0	11	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
24.5270

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:30:11

Geschäft Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	28	12	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	53	0	1	12	11	10	7	7	5	0	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 55**
21.5754

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 15:45:34

Geschäft Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	13	6	11	10	7	7	5	0	0
Nein	6	0	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
25.5256

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:26:15

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	2	0	1	11	2	0	0	3	0	0
Nein	75	27	13	11	0	8	7	7	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
25.5256

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:26:58

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	29	0	4	11	8	7	0	5	0	0
Nein	29	0	13	7	0	1	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
25.5288

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:50:11

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	13	11	0	9	6	7	0	0	0
Nein	45	29	0	0	11	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	13	11	11	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
25.5288

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 16:51:19

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Einsetzung einer kantonalen Pflegeverantwortlichen (Government Chief Nursing Officer) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	13	0	10	6	4	4	5	0	0
Nein	19	0	0	11	0	3	1	3	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	11	10	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
25.5235

Abstimmungsdatum 21. Januar 2026 17:01:48

Geschäft Motion Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	30	10	3	11	0	0	0	5	0	0
Nein	33	0	0	8	0	10	7	7	0	1	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	11	11	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1